<36622238660019

Geschichte

des

siebenjährigen Kriegs.

Von

Arnold Schaefer.

Erster Band.

Der Ursprung und die ersten Zeiten des Kriegs
bis zur Schlacht bei Leuthen.

Berlin.
Verlag von Wilhelm Hertz.
(Besser'sche Buchhandlung.)
1867.

Vorrede.

Die Geschichte des siebenjährigen Kriegs schrieb König Friedrich im Laufe des ersten Jahres nach dem glorreich errungenen Frieden, in großen und scharfen Zügen, wie sie ihm vor der Seele stand, unter gleichmäßiger Rücksicht auf die Politik und auf die Kriegführung.

Dieses Werk wurde nach Friedrichs Tode im Jahre 1788 unter Hertzbergs Aufsicht zum ersten Mal in den Druck gegeben. Früher schon hatte General Henry Lloyd versucht die merkwürdigen Ereignisse des deutschen Kriegs wissenschaftlich darzustellen; die Übersetzung und Bearbeitung dieses Buches von G. F. v. Tempelhoff (1783; 2. A. 1794—1801. 5 Bde.) bildete lange Zeit die Grundlage für das Studium der Taktik Friedrichs II. Seitdem ist eine Fülle von Berichten, Tagebüchern und einzelnen Mittheilungen, zum Theil vom höchsten Werthe, ans Licht getreten; die Wissenschaft des Kriegs hat immer von neuem die Strategie, durch welche Friedrich den preußischen Staat vom Untergange rettete und ungetheilt zusammenhielt, zum Gegenstande ihrer Betrachtung gewählt. Napoleon I studierte sie auf St. Helena und gab sein gewichtiges Urteil darüber ab, allerdings nach unzureichenden Materialien und daher nicht überall der Sache gemäß, aber in wesentlichen Puncten mit der vollen Genialität des Meisters.

Eine neue Bearbeitung unternahmen die Offiziere des Königl. Preußischen großen Generalstabs mit Benutzung des militärischen

Staatsarchivs und der Plankammer, nicht für das Publicum, sondern als Studien der Generalstabsoffiziere für den Gebrauch der Armee. Dieser Zweck bedingt sowohl die Mängel des als Manuscript (Berlin 1824—47 in 6 Theilen) gedruckten Werks, an welchem abschnittsweise verschiedene mehr oder weniger geübte Hände arbeiteten, wie die Verdienste desselben, welche es zu einem rühmlichen Denkmale des wissenschaftlichen Geistes machen, der in dem preußischen Generalstabe lebt und die ganze vaterländische Wehrverfassung durchdringt. In den späteren Jahren sind aus der Mitte des Generalstabs mehrere ausgezeichnete Arbeiten über Abschnitte des Kriegs hervorgegangen, aber eine neue Gesamtdarstellung ist von dieser Seite noch nicht wieder unternommen. Die gegen Friedrich II bewaffneten Kriegsheere haben sich in umfassenden auf die Acten gegründeten Schilderungen ihrer Operationen nicht versucht, doch liegt ein ansehnlicher Stoff an Berichten, Correspondenzen und Denkwürdigkeiten vor.

Weniger als die eigentliche Kriegsgeschichte hat die Politik jener gewaltigen Epoche Beachtung gefunden. Lange Zeit sind die auf Friedrichs II Befehl von Hertzberg veröffentlichten Actenstücke des sächsischen Archivs die hauptsächliche Grundlage gewesen, auf welcher sich das Urteil über Friedrichs und seiner Gegner Handlungsweise bildete. Noch jüngst ist Graf Karl Friedrich Vitzthum von Eckstädt in den Geheimnissen des sächsischen Cabinets (Stuttgart 1866) hierauf vorzüglich zurückgegangen. Bei dieser Beschränkung des Gesichtskreises konnten Parteischriftsteller sich unterfangen die gegen den preußischen Staat gesponnenen Complotte rundweg abzuleugnen und Friedrich II für die Störung des europäischen Friedens verantwortlich zu machen. Es war daher das Haupterforderniß für eine neue Bearbeitung jener Geschichte, nicht bloß die bereits früher publicierten Acten zusammenzufassen, sondern diese aus den Staatsarchiven zu ergän-

zen, namentlich die Berichte von neuem zur Hand zu nehmen, auf Grund deren Friedrich der große seine Entschließungen faßte, und sein staatsmännisches Verhalten in jedem Momente aus den Urkunden zu ermitteln.

Zu diesem Zwecke durfte ich aus dem Geheimen Staatsarchiv zu Berlin die reichsten und gediegensten Materialien schöpfen und ward dabei von den Königlichen Archivbeamten auf das freundlichste unterstützt. Insbesondere bin ich dem Herrn Geheimen Staatsarchivar und Archivrath G. Friedländer zu dem herzlichsten Danke verpflichtet. Er hat meine Arbeiten Jahr für Jahr mit reger Theilnahme begleitet, jederzeit mich mit seinem kundigen Rathe unterstützt und keine Mühe gescheut um in schwierigen Fällen die besonderen Acten, welche meinen Untersuchungen Ausbeute versprachen, ausfindig zu machen und die von mir erhobenen Fragen zu beantworten. Ohne seine selbstverleugnende Hilfe wäre ich nicht im Stande gewesen so manche bisher vernachlässigte und dunkle Partie auf Grund der Urkunden in klares Licht zu setzen.

Die Hauptunterlage meiner Arbeit bildet die Correspondenz Friedrichs II und seiner Minister mit den Königlichen Gesandtschaften zu Paris und London. Am französischen Hofe ward Preußen von 1754 bis zum Bruche mit Frankreich im October 1756 durch den Reichsfreiherrn Dodo Heinrich von Knyphausen vertreten; in London war während des siebenjährigen Kriegs Louis Michell preußischer Geschäftsträger und neben ihm von 1758—1763 Knyphausen außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister. Knyphausens Name ist bisher in der preußischen Geschichte kaum genannt. Aus den von mir mitgetheilten Actenstücken wird sich ergeben, mit welchem Rechte der ältere Pitt ihn hochschätzte und Mirabeau in den letzten Tagen Friedrichs des großen sagen durfte: le Baron de Knyphausen — c'est un homme fort habile, et peut-être le seul habile de

la Prusse. Welche Acten ich außer diesen Papieren zu Rathe zog, erhellt hinlänglich aus meinem Buche und dessen Beilagen. In einem Falle, wo das preußische Staatsarchiv nicht zureichte, bot mir das fürstlich Wiedische Archiv zu Neuwied eine sehr dankenswerthe Ergänzung. Über Personalien erhielt ich erwünschte Auskunft durch den Königlichen Historiographen Herrn Professor Preuß, den Herrn Grafen Edzard zu Inn- und Knyphausen auf Lützburg und die Frau Gräfin Sophie von Schwerin, die Tochter von Knyphausens Stiefsohn Bogislav Grafen v. Dönhoff-Dönhoffstädt.

Friedrich der große war sein eigener Generalstabschef und sein eigener Staatskanzler. Seine Cabinetsminister, Podewils sowohl als Finckenstein, waren seine vertrauten Räthe, aber selbständig zu entscheiden hatten sie nicht, sondern nur das vom Könige beschlossene auszuführen. Während der Friedenszeit pflegte der König die von ihnen seinen Weisungen gemäß verfaßten Instructionen für die auswärtigen Gesandten selbst zu unterzeichnen. Diese Einrichtung ließ sich im Kriege nicht beibehalten, daher ordnete Friedrich II Dresden den 5 März 1757 an, daß die beiden Minister die von ihnen erlassenen Rescripte, ohne sie vorher an das Königliche Cabinet einzusenden, im Namen des Königs unterzeichnen sollten. Häufig empfiengen sie dafür specielle Anweisung und fertigten dann die Instructionen ad mandatum aus. Die gesandtschaftlichen Berichte wurden in duplo eingeschickt, ein Exemplar für das Ministerium, das andere für das Königliche Cabinet. Neben diesen regelmäßigen Berichten schrieben die Gesandten in wichtigeren Angelegenheiten unmittelbar an den König und erhielten von ihm Immediat-Rescripte und Instructionen. Von diesen sind viele von Friedrich eigenhändig concipiert, die meisten nach seinen Marginalresolutionen entworfen und öfters noch mit Postscripten versehen. Ich habe es um so mehr für meine Pflicht gehalten von dieser staunenswerthen Thätigkeit

Friedrichs des großen auch im Feldlager Proben zu geben, da in die Ausgabe seiner Werke nur die Familien- und freundschaftliche Correspondenz aufgenommen ist, mit grundsätzlichem Ausschluß der politischen.

Während die von preußischer Seite geführte politische Correspondenz so gut wie unbekannt blieb, haben die großen englischen Familien es mit Recht für eine Ehrensache angesehen aus dem von ihren Vorfahren überkommenen Erbe die historisch denkwürdigen Papiere der Öffentlichkeit zu übergeben. Die reichhaltigen Sammlungen, welche Andrew Mitchell als Gesandter bei Friedrich dem großen anlegte, sind im britischen Museum allgemeiner Benutzung zugänglich. Manche wichtige Stücke daraus sind von Friedrich von Raumer und Leopold von Ranke oder hie und da in englischen Druckwerken, namentlich der Chatham Correspondence, publiciert. Eine größere Auswahl gab Andrew Bisset heraus u. d. T. Memoirs and Papers of Sir Andrew Mitchell. II Vols. London 1850. 8°. Diese Publication ist nicht mit historischem Sinne angelegt, so viel des interessanten sie auch bietet. Der Herausgeber gieng bei den amtlichen Berichten darauf aus (preface p. X) to take chiefly such as throw light on the character of Frederic, and Mitchell's mode of exercising his diplomatic functions towards him, und nahm aus dieser Rücksicht weniger Bedacht auf die sachlich bedeutenden Stücke als auf solche, welche seinen Lesern zur Unterhaltung dienen möchten. Für einzelne Partien, z. B. Mitchell's Mission nach Braunschweig und Hannover im Februar 1757, habe ich selbst die Mitchell Papers benutzt, anderes verdanke ich Herrn Bergenroths gütiger Mittheilung. Sehr wichtige Papiere über den mündlichen und schriftlichen Verkehr Mitchell's mit Friedrich II und seinen Ministern enthält das preußische Staatsarchiv.

Die Politik der verbündeten Mächte Preußen und England

lag in der Hauptsache von allem Anfange an vor der Welt offen da und wir vermögen sie aus den Acten Schritt vor Schritt festzustellen. Dagegen hüllten ihre Gegner, namentlich der österreichische und französische Hof, ihre Entwürfe in das tiefste Geheimniß und obgleich mehr als hundert Jahre verflossen sind, trägt man in Wien sowohl als in Paris noch immer Bedenken den Schleier fallen zu lassen. Alfred von Arneth's gediegene Arbeiten haben bedeutende Abschnitte der Regierung Maria Theresia's aufgehellt, aber die Periode des siebenjährigen Kriegs berühren sie noch nicht. Bis zu dieser Stunde versagt die österreichische Regierung fremden Gelehrten die Mittheilung auch der unverfänglichsten Actenstücke. Jüngst hat allerdings Herr Onno Klopp die Vergünstigung erfahren, daß ihm für die zweite Auflage seines Buches über König Friedrich II (Schaffhausen 1867) die Berichte Starhembergs aus Paris wenigstens vom 18 März 1756 ab vorgelegt worden sind. Daraus hat denn selbst dieser Schriftsteller gelernt, was er früher zuversichtlich ableugnete, daß zu dem angegebenen Zeitpuncte der österreichische Hof mit dem französischen nicht bloß über einen Defensiv-Vertrag, sondern auch über ein Offensiv-Bündniß gegen den König von Preußen unterhandelte und sieht sich zu dem Bekenntnisse genöthigt: „Der „wesentliche Inhalt der Vorschläge, welche das letztere (nämlich „das Offensivbündniß) betreffen, läßt sich fassen in die Worte: „mit dem Tage, an welchem Österreich durch französische Hülfe „Schlesien und die Grafschaft Glatz wieder gewinnt, tritt es an „Frankreich einen bedeutenden Theil der österreichischen Nieder„lande ab“ (S. 240). Wir nehmen Act von dieser Bestätigung der von uns gegebenen Darstellung. Für die übrigen Thatsachen, welche Herr Klopp mit Starhembergs Berichten belegt, daß Valory im Juli 1756 angewiesen wurde Friedrich II zu erklären, im Falle eines preußischen Angriffs werde Ludwig XV der Kai=

serin beistehen (S. 241), daß am 20 October die diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Preußen abgebrochen wurden (S. 253), daß Ludwig XV die Offensiv-Allianz vom 1 Mai 1757 mit ausnehmender Freude abschloß (S. 255), und daß der Sieg der Kaiserlichen bei Kolin am Hofe von Versailles gleich einem Siege der französischen Waffen gefeiert wurde (S. 256), denn das ist die ganze Ausbeute, hätte es wahrlich des K. K. Haus-, Hof- und Staatsarchivs nicht bedurft, da alle diese Dinge längst actenkundig sind.

Um so bedeutender fallen die Publicationen ins Gewicht, welche trotz der bestehenden Verdicte gegen wissenschaftliche Arbeiten über eine längst vergangene Zeit aus österreichischen und französischen Archiven erfolgt sind. Von großer Wichtigkeit sind die Protokolle der Kaiserlich Königlichen Conferenz und die Depeschen, welche der Kön. Sächsische Minister Graf Albrecht von der Schulenburg veröffentlichte u. d. T.: Einige neue Actenstücke über die Veranlassung des siebenjährigen Krieges und der in Folge desselben entstandenen Allianzen. Aus den Papieren eines Staatsmannes. Leipzig 1841. Aus der zwischen Wien und Brüssel geführten Correspondenz, welche sich in dem belgischen Staatsarchiv befindet, haben Gachard und Heinrich Wuttke Mittheilungen gegeben, letzterer in den Ergänzungen zu der hinterlassenen Schrift Joh. Ferd. Huschbergs: die drei Kriegsjahre 1756, 1757, 1758 in Deutschland. Leipzig 1856. Ohnehin gewährt Huschbergs Arbeit vielfältige Belehrung, da sie ihrem Hauptinhalte nach aus Papieren der österreichischen Partei geschöpft ist, namentlich aus dem fürstbischöflichen Archiv zu Würzburg.

Noch wichtigere Aufschlüsse sind aus Frankreich gewonnen. Während Österreich keine einzige urkundliche Darstellung der kaiserlichen Politik und Kriegführung von 1748—1763 aufzu-

weisen hat, ja kaum irgendwelche erhebliche Beiträge dafür, besitzt Frankreich in älteren und neueren Publicationen eine reichhaltige Litteratur von Memoiren und Correspondenzen. Und auch das Archiv des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten zu Paris ist nicht immer mit der gleichen Engherzigkeit wie heutzutage der Wissenschaft verschlossen worden. Christoph Koch publicierte zuerst 1802 in seiner Table des traités entre la France et les puissances étrangères. Basle 1802. die zwischen den Höfen von Wien und Versailles geschlossenen geheimen Theilungsverträge; von anderen Actenstücken gab G. R. de Flassan Kenntniß in seiner Histoire de la diplomatie Française (Paris 1811. 2e Ed.). Unter der Regierung Louis Philipps ward Friedrich Christoph Schlosser der Zutritt zum Archiv des auswärtigen Ministeriums verstattet. Von seinen Excerpten hat Schlosser in der Geschichte des 18. und 19. Jahrhunderts einiges angeführt; mehrere Blätter daraus hat Wuttke veröffentlicht, dem Schlosser von freien Stücken seine Auszüge zugeschickt hatte. Auch mir sind auf Ludwig Häussers freundliche Vermittelung von Schlossers Erben jene Abschriften zur Verfügung gestellt worden. Ich publiciere daraus in den Beilagen das Précis der Präliminarien des am 1 Mai 1757 zu Versailles geschlossenen Theilungsvertrags. Außer Schlosser ward auch P. F. Stuhr freilich in sehr beschränkter Weise die Benutzung des gedachten Archivs gewährt; in ausgedehntem Maße durfte er das französische Reichsarchiv und das Kriegsministerialarchiv benutzen. Von diesen Arbeiten hat Stuhr in seinen Forschungen und Erläuterungen über Hauptpunkte der Geschichte des siebenjährigen Krieges. 2 Thle. Hamburg 1842. Rechenschaft abgelegt und Mittheilungen gegeben, welche bisher weniger beachtet sind als sie verdienen.

Mir bot die kaiserliche Bibliothek zu Paris zwei Handschriften von vorzüglichem Interesse. Die eine (Suppl. franç. fol. nr. 7134

1—4) enthält in drei Bänden ein Copialbuch der Ministerialcorrespondenz des Herzogs von Choiseul-Stainville während seiner Gesandtschaft in Wien 1757/8; es fehlt ein Band, der Stainville's Berichte vom Jahre 1758 enthalten haben wird. Der vierte Band enthält ergänzende Beilagen, Copien von Verträgen, Denkschriften und Correspondenzen, die letzteren zum Theil im Original. Die andere (Suppl. franç. fol. nr. 11260—11269) führt den Titel Mouvemens des Armées du Roy en Allemagne 1757—1762 und enthält eine Geschichte der französischen Feldzüge in Deutschland mit zahlreichen urkundlichen Beilagen, offenbar aus den Papieren des Generals du Muy. Dieses mit großer Sorgfalt gearbeitete Werk ist nicht bloß für die Kriegsgeschichte sondern auch für die Politik jener Zeit lehrreich.

Die Mittheilung der vom französischen Hofe mit Herzog Friedrich von Mecklenburg-Schwerin geschlossenen Verträge verdanke ich der Güte des Herrn Archivraths G. C. F. Lisch.

Vom russischen Hofe unter der Kaiserin Elisabeth hat schon Hertzberg sächsische Berichte bis zum Jahre 1756 veröffentlicht, aus späteren Jahren Ernst Herrmann im fünften Bande seiner Geschichte des russischen Staats. Außerdem liegt in englischen und französischen Berichten ansehnliches Material vor. Ich konnte außerdem die geheimen Zuschriften, welche Friedrich II im Jahre 1756 aus Petersburg empfieng, und die dem preußischen Gesandten im Haag, von Hellen, aus den Berichten des holländischen Gesandten in Petersburg, de Swaert, gegebenen Mittheilungen benutzen. Für die kurze Regierung Peters III und die ersten Zeiten der Kaiserin Katharina II sind die Berichte der preußischen Gesandten so reichhaltig und so gediegen wie keine anderen.

Die Mittheilung des zu Petersburg den 22 Januar 1757 abgeschlossenen Vertrags der beiden Kaiserhöfe, dessen Inhalt bisher völlig unbekannt war, hat die Kaiserlich Russische Regierung auf

die Fürsprache des Königlich Preußischen auswärtigen Ministeriums mit ausgezeichneter Liberalität gewährt.

In den Beilagen, welche bis zum Ende des Jahres 1757 gehen (die Nummern von späterem Datum werden dem zweiten Bande beigefügt werden) habe ich neben den bisher ungedruckten Verträgen zu bequemerer Übersicht den Vertrag von Westminster vom 16 Januar 1756 seiner urkundlichen Fassung gemäß und die geheimen Artikel des Versailler Vertrags vom 1 Mai 1756 abdrucken lassen. Die Actenstücke, deren Ursprung nicht besonders angemerkt ist, sind entweder dem Geheimen Staatsarchive zu Berlin oder der Correspondenz von Choiseul-Stainville entnommen. Wo irgend ein Zweifel obwalten konnte, habe ich die Herkunft ausdrücklich bemerkt. Die Schreibweise der Acten ist nur bei den zum ersten Male publicierten Verträgen beibehalten; in den meisten andern Fällen hätte ich nicht sowohl die Hand des Autors wiedergeben können als die des zur Ausfertigung oder zum Dechiffrieren verwandten Schreibers oder Copisten.

Meine Arbeit an diesem Bande war vor dem Jahre fast vollendet, der Druck hat im November begonnen. Die Parallelen zu den Ereignissen der Gegenwart sind von mir nicht gesucht worden, sondern ergeben sich aus der Sache selbst. Mein ernstes Bestreben gieng dahin, auf Grund der mir vorliegenden reichhaltigen Materialien den handelnden Personen in beiden Lagern gerecht zu werden und meine Darstellung rein zu halten von Parteizwecken, im Dienste der Wahrheit und mit dem warmen Antheile, der Begebenheiten und Thaten gebührt, welche nach langer Frist von neuem in dem deutschen Volke das Bewußtsein der in ihm wohnenden Kraft und ein höheres Selbstgefühl erweckten.

Bonn den 3 Mai 1867.

Arnold Schaefer.

Inhalt.

Erstes Buch.

Der Ursprung des siebenjährigen Kriegs.

Zweites Buch.

Vom Ausbruch des siebenjährigen Krieges bis zum Abschluß des österreichisch-französischen Theilungsvertrags.

Drittes Buch.

Das Kriegsjahr 1757.

Beilagen.

I. Verträge.

II. Briefe. Berichte. Actenstücke.

Lies: S. 213 Z. 7 v. u. 30 September
" S. 272 Z. 3 v. u. „unsern Mutterbruder"
" S. 431 Z. 9 v. o. im siebenunddreißigsten
" S. 464 Z. 18 v. o. Schubart

Erstes Buch.

Der Ursprung des siebenjährigen Kriegs.

Erstes Capitel.

Das europäische Staatensystem bis zum Ausgange des österreichischen Erbfolgekriegs.

Die Politik der europäischen Staaten ward im sechzehnten und in der ersten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts durch die Übermacht bedingt, mit welcher die Habsburger an der Spitze der spanischen Monarchie und in Deutschland die ständischen Freiheiten in Kirche und Staat bekämpften. Ihre Kraft brach sich zuerst an England und Holland; darauf gewann Frankreich unter dem Bourbonen Heinrich IV die unabhängige Haltung wieder, welche die nachfolgenden Machthaber wenigstens nicht auf die Dauer verleugneten; der letzte und schwerste Kampf endlich ward in Deutschland und den Niederlanden ausgefochten, aber auch hier scheiterte das Unternehmen, im Dienste der römischen Devotion und des Absolutismus die protestantische Kirche und die politische Selbständigkeit ihrer Anhänger zu unterdrücken.

In diesem Kampfe, der über die Freiheit Europas entschied, traten gegen die Kaiserlichen und Spanier auf Seiten der Protestanten in Deutschland und den Niederlanden die Schweden und Franzosen in die Schranken. Der Schwedenkönig Gustav Adolf rettete seine deutschen Glaubensgenossen im Augenblicke der höchsten Gefahr; die leitende Macht aber in Europa wurde nach der Abwehr habsburgischer Übermacht Frankreich. Indessen änderte sich mit dem Siege der Charakter der französischen Politik. Dieselben Grundsätze, deren Anwendung im Bereiche der spanischen Monarchie die freie nationale Entwickelung ertödtet hatte, kamen auch in Frankreich zur Geltung: der Staat gieng

auf in dem Hofe und in dem unumschränkten Belieben des Königs, die ständischen Gerechtsame sowohl als die kirchlichen Freiheiten wurden unterdrückt und der römische Clerus nach Möglichkeit zum Werkzeuge des Despotismus gemacht. Wie zuvor Scharen von Niederländern, Böhmen, Österreichern, Steiermärkern, Pfälzern aus ihrer Heimat flüchteten um ihren evangelischen Glauben zu retten, so kamen nunmehr aus gleicher Ursache Franzosen und verbreiteten mit den Schilderungen ihrer Leiden überall Schrecken und Entrüstung. Dieser innern Umgestaltung entsprach der Gang der auswärtigen Politik. Eine Zeit lang freilich spielte der bourbonische Hof nach außen hin noch die Rolle eines Beschirmers der Freiheit fort, aber mehr und mehr ließ er sie fallen und gab sich unverholen seiner Herrschsucht hin. Der Glanz des französischen Ruhmes sollte das Volk über die wachsende innere Fäulniß täuschen. In alles mischten sich französische Diplomaten und Agenten mit glatten Worten und klingendem Golde und die französischen Heere, in Organisation und Führung allen andern voraus, lagen immer wieder im Felde um bald ein Stück der Niederlande bald deutsche Städte und Landschaften zum Reiche zu schlagen. So ward Frankreich für Europa gerade so gefährlich wie früher die spanische Monarchie und zwar seinen bisherigen verbündeten, den protestantischen Staaten, nicht minder als den katholischen. Wollten sie sich nicht zu Vasallen erniedrigen, so hatten sie jetzt um dieselben Güter mit den Bourbonen zu kämpfen wie früher mit den Habsburgern.

Das natürliche Mittel den französischen Übergriffen eine Schranke zu setzen war ein enger Bund der protestantischen Staaten, welche für diesen Zweck auf den Beistand der habsburgischen Fürsten rechnen konnten. Und in der That, als Ludwig XIV Anstalt machte die spanischen Niederlande zu erobern, gebot ihm die Tripleallianz zwischen England, Holland und Schweden Halt. Aber nicht lange so begnügte sich Schweden mit der Stellung einer französischen Subsidiarmacht, und die englische Nation mußte die unerhörte Schmach erfahren daß ihr König samt seinen Ministern in den Sold des französischen Hofes trat und die Interessen

seines Landes verkaufte. Damit waren die Holländer isoliert und Ludwig XIV schien ohne große Schwierigkeit die Unterjochung der vereinigten Niederlande ausführen zu können, welche einem Philipp II nicht gelungen war. In dieser Krisis des europäischen Staatssystems stand ein einziger Bundesgenosse zu den Holländern, Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg. Mütterlicherseits dem Hause Oranien entsprossen hatte er sich zum Staatsmann und Feldherrn in den Niederlanden gebildet, welche damals mit dem Aufgebot der ganzen Volkskraft den großen Krieg mit Spanien glorreich bestanden und zugleich in allen Künsten des Friedens blühten. Von diesem Gemeinwesen entlehnte er Grundsätze der Verwaltung, welche ihn in den Stand setzten die Thätigkeit seiner Unterthanen zu beleben und in Ackerbau, Gewerbfleiß und Handel neue Quellen des Wohlstandes zu eröffnen. Damit fand er die Mittel um ein Heer zu schaffen, welches seine von den Westmarken Deutschlands bis zu den Ostmarken hin zerstückelten Lande zu schirmen vermochte. Auf einen gefährlichen Posten gestellt wie er war, hielt er sich stets gegen kommende Gefahren in Bereitschaft und nahm die protestantischen Interessen mit ganzer Entschiedenheit wahr. Deshalb zog er für die Holländer ins Feld als Ludwig XIV sie angriff, und sowohl damals als in dem bald ausbrechenden Reichskriege lag nicht an ihm, sondern an den kaiserlichen Räthen und Feldherrn die Schuld, daß den Franzosen nicht nachdrücklicher begegnet ward. Indessen behaupteten die Niederlande unter der Führung seines Neffen Wilhelms III von Oranien ihre Unabhängigkeit; die Krone Spanien und das Reich erkauften den Frieden mit Abtretungen, und Kurfürst Friedrich Wilhelm sah die Frucht seiner Siege über die mit Frankreich verbündeten Schweden, das eroberte Schwedisch-Pommern, durch die Gleichgiltigkeit oder die Eifersucht seiner Bundesgenossen sich entwunden. Dennoch war Friedrich Wilhelm bald von neuem gegen Ludwig XIV in Thätigkeit; trotz aller Einsprache des Hofes von Versailles nahm er sich hochherzig seiner verfolgten Glaubensgenossen an und bot Wilhelm von Oranien die Hand zum Sturze der Stuarts in England. Denn indem dieser es auf sich nahm für die politische Freiheit und die pro-

testantische Kirche in England einzustehen, führte er damit zugleich den stärksten Schlag gegen die Suprematie Frankreichs. Fortan griff England, aus der unwürdigen Dienstbarkeit erlöst, wiederum selbständig in die Angelegenheiten Europas ein, von deren Entscheidung seine eigene Wohlfahrt unzertrennlich war.

Die Staatskunst des großen Kurfürsten zeichnete seinen Nachfolgern die Bahnen vor, welche sie einzuhalten hatten. Sie waren berufen und verpflichtet in Deutschland die protestantischen Interessen zu schirmen, denen das sächsische Kurhaus sich entfremdete, als es das evangelische Bekenntniß um der polnischen Königskrone willen abschwur. Da zu jenem Zwecke Schweden keinen Rückhalt mehr bot, waren sie darauf angewiesen mit den Seemächten Holland und England gute Freundschaft zu pflegen. In diesem Sinne, ganz entsprechend den Absichten seines Vaters, unterstützte Friedrich III seinen Vetter Wilhelm, als dieser nach England hinüberging, mit brandenburgischen Regimentern, und zu dem gleichzeitig ausbrechenden Reichskriege mit Frankreich wirkte er auf das nachdrücklichste, während der kaiserliche Hof, durch den Türkenkrieg abgezogen, sich nur lässig an demselben betheiligte. Schon war das Ansehen des norddeutschen Staates so hoch gestiegen, daß Kaiser Leopold I nicht länger anstand seine Zustimmung zu der Annahme der preußischen Krone zu geben um für diesen Preis sich den Beistand des erprobten Heeres in dem spanischen Erbfolgekriege zu sichern. In allen Schlachten dieses großen Kriegs, an der Seite der Kaiserlichen wie der Engländer und Holländer bewährten die preußischen Truppen ihren Ruf und trugen wesentlich zu den Siegen bei, welche den Hochmuth Ludwigs XIV beugten. So errang sich das Königthum der Hohenzollern die europäische Anerkennung.

Jedoch mit dem Ausgange des spanischen Erbfolgekrieges und dem Frieden von Utrecht war ein Stand der europäischen Angelegenheiten herbeigeführt, der dauernde Gefahren in sich schloß. Der Zweck um dessen willen die Verbündeten zu den Waffen griffen, Frankreichs Übermacht zu beschränken und die Freiheit Europas zu sichern, war nicht erreicht. Spanien nebst den Colonien verblieb dem Enkel Ludwigs XIV und die Hoffnung der

man sich hingab, die verschiedenen Linien der Bourbonen würden in Zwietracht gerathen, erwies sich auf die Länge als trügerisch. Die gemeinsamen dynastischen Interessen überwogen schließlich die gegenseitige Eifersucht und dem Aufschwunge der britischen Seemacht suchten beide bourbonische Höfe Eintrag zu thun. Die Spanier mochten es den Engländern ebensowenig verzeihen daß sie mit Minorca einen beherrschenden Platz im Mittelmeere und mit Gibraltar den Schlüssel zur Meerenge behaupteten, als daß sie Portugal durch Verträge von sich abhängig gemacht hatten. Die Engländer, deren Gewerbfleiß und Handel stetig zunahm, empfanden mit wachsendem Widerwillen, daß das spanische Amerika ihnen so gut wie verschlossen war. Dies entsprach freilich dem hergebrachten System, die Colonien allein für das Mutterland und zwar auch hier wiederum für bevorrechtete Gesellschaften auszubeuten, aber der wachsende Unternehmungsgeist der Völker suchte die willkürlich gesetzte Schranke zu brechen. Zwar ein mächtig gebietender Staat wie England mit einer thätigen Bevölkerung vermochte wohl, so lange seine Colonien sich an dem Stande der Unmündigkeit genügen ließen, deren Häfen gegen die Fremden abzusperren: denn der Austausch der Erzeugnisse wurde durch die heimischen Schiffe in hinreichendem Maße bewirkt. Aber die verkommene spanische Monarchie, welche auf Grund päbstlicher Verleihung die Küsten in ganzer Ausdehnung für sich in Beschlag nahm, auch wo viele Meilen weit keine Ansiedlung bestand, wo die kostbaren Bau- und Farbehölzer im Walde ungenutzt moderten und die Häfen öde blieben, konnte mit vereinzelten barbarischen Züchtigungen die britischen Schiffer und Kaufleute nicht abschrecken, welche über die Verträge hinaus sich an den Küsten Amerikas einnisteten. Diese Umstände wurden zu einer nie versiegenden Quelle von Streitigkeiten und neuen Kriegen.

Nicht besser stand es zwischen England und Frankreich. Zu seinen älteren Colonien in Nordamerika hatte England die Hudsonsbailänder und am Lorenzbusen die Insel Neufundland und die Halbinsel Akadien erworben, während die Franzosen im Besitze von Canada und Louisiana verblieben und damit den Lorenz-

strom und den Mississippi beherrschten. Diese Vertheilung der beiderseitigen Gebiete gab um so eher Anlaß zu Streit, da in dem Utrechter Frieden die Grenzen nicht genau bestimmt waren. Was die eine Nation als ihr Recht in Anspruch nahm ward von der andern als ein Übergriff abgewehrt; die Colonisten von beiden Seiten lagen in beständiger Fehde und ihre Beschwerden und Klagen bei den Regierungen der Mutterstaaten nahmen kein Ende.

So wenig wie in den Colonialverhältnissen war auf dem Continente ein sicherer Friedensstand erreicht. Aus der spanischen Erbschaft verblieben dem Hause Österreich allein Belgien und die italienischen Besitzungen, mit Ausnahme schließlich von Sardinien, das der savoyischen Dynastie zugetheilt ward. Weder die eine noch die andere Erwerbung stärkte die Macht des kaiserlichen Hauses; vielmehr wurden die Angriffspuncte gemehrt und die Kräfte zersplittert. In Italien konnte die Herrschaft der Österreicher nicht Wurzel schlagen, und für Belgien bedangen die Seemächte sich Handelsprivilegien so umfassender Art aus, daß schon dadurch die Erwerbung dieser Provinzen bedeutend an Werth verlor. Prinz Eugen erklärte unumwunden daß weder dem Kaiser noch dem Reiche daran gelegen sei, und es blieb fort und fort ein leitender Grundsatz des Wiener Hofes sich dieses Besitzthums zu entäußern, sobald sich ein passendes Tauschobject biete. Eine solche Absicht war jedoch in directem Widerspruch mit den wesentlichsten Interessen seiner Verbündeten. Denn die Sicherheit Englands Hollands und Deutschlands erforderte es zu verhüten, daß Frankreich in den Besitz Belgiens komme, nach welchem es seit Richelieus Zeit unaufhörlich trachtete. Diesen Zweck vermeinten die Seemächte in dem sogenannten Barrieretractat damit zu erreichen, daß man in eine Anzahl von Plätzen holländische Besatzungen legte und die früher spanischen Provinzen an Österreich als ein unveräußerliches Depositum übergab. Aber mit papiernen Verschreibungen und halben Maßregeln ward nimmermehr eine sichere Schutzwehr gebildet, um so weniger als der Friede von Utrecht unverantwortlicher Maßen die in den vorigen Kriegen eroberten Landestheile mit den wichtigsten Festungen auch

fernerhin den Franzosen überließ. Dazu kam daß die vereinigten Niederlande nach den großen Opfern und Anstrengungen der letzten Kriege ihr Wehrsystem vernachlässigten und sich von der Theilnahme an den allgemeinen Angelegenheiten zurückzogen. Auf ihre Handels- und Geldinteressen beschränkt gaben die Holländer sich dem trüglichen Wahne hin in Zukunft als die Zwischenhändler und Bankhalter aller großen Mächte in ungestörter Neutralität ihre Geschäfte treiben zu können.

Mit Belgien war der Niederrhein gefährdet; nicht minder blieb der Oberrhein den Franzosen bloßgestellt. Seit Jahrhunderten hatte Lothringen eine Vormauer Deutschlands gebildet und Krieg auf Krieg war um dessen Besitz geführt. Ein Stück nach dem andern war davon abgerissen worden, zweimal hielten die Franzosen Jahrzehnte lang das Land besetzt, aber die Lothringer standen unter allen Widerwärtigkeiten treu zu ihrem angestammten Fürstenhause. Durch den Ryswijker Frieden war dieses wieder in sein Erbe eingesetzt: aber um ihm eine militärisch haltbare Position zu verschaffen war es nothwendig, Metz Toul und Verdun sowie den Elsaß mit Straßburg nicht in französischer Hand zu lassen. Damit wäre zugleich dem oberen Deutschland, welches jetzt jedem Angriffe offen lag, seine Schutzwehr wiedergegeben worden. Um diesen Preis stand die Mitwirkung Lothringens im spanischen Erbfolgekriege zu gewinnen. Aber so wichtig auch diese Maßregel für die Sicherung Europas gegen einen neuen Krieg war, sie ward vereitelt durch den Sturz des Whigministeriums der Königin Anna von England, indem die nun regierenden Tories um ihrer Parteizwecke willen die allgemeinen Interessen Englands und Europas preisgaben. Die Friedensschlüsse von Utrecht und Rastatt ließen Lothringen isoliert in einer unhaltbaren Stellung und bereiteten damit die Einverleibung des Landes in Frankreich vor. Dies war aber um so bedenklicher, da Frankreich seinerseits die Wiedereinsetzung der verjagten wittelsbachischen Fürsten in dem Kölner Erzstifte und in Baiern erlangte, welche nicht allein für ihre Person dem Hofe von Versailles dienstbar blieben, sondern bald auch die Pfälzer Linie, welche bisher gegen Frankreich angekämpft hatte, in die

gleiche Richtung hinüberzogen. Damit wurden die Rheinlande bis Düsseldorf hinab ein den Franzosen verpflichtetes Gebiet.

Unter solchen Umständen lag die Gefahr neuer Kriege nahe genug. Zwar hatte Frankreich den kriegerischen Glanz seines Hofes mit schweren Opfern an Gut und Blut bezahlt; das Selbstvertrauen war erschüttert, das Land erschöpft, der öffentliche Credit zerrüttet. Die Arbeit an dem Innern des Staates und die Fürsorge für die allgemeine Wohlfahrt ward verabsäumt: Misbräuche häuften sich auf Misbräuche. Wer in die Zukunft blickte konnte sich der Erkenntniß nicht verschließen, daß man auf diesem Wege endlich zu einem allgemeinen Umsturze kommen müsse, und wie arg auch die Verblendung und Lasterhaftigkeit des Hofes und der herrschenden Kreise war, ein Gefühl der Unsicherheit und eine Ahnung des drohenden Verderbens beschlich doch auch sie. Darum nahm man sich vor, der aggressiven Politik zu entsagen und Frieden zu halten. Aber zu lange war der französische Staat auf Eroberungen angelegt, als daß seine Regierung die einmal vorgesteckten Ziele ganz aus den Augen verlieren konnte. Noch war er durch die Organisation seines Heeres den Nachbarn überlegen und selbst einen Ludwig XV reizte der Ruhm, das von seinen Vorfahren begonnene zu vollenden und Lothringen oder die Niederlande mit Frankreich zu vereinigen.

Den Übergriffen der bourbonischen Höfe zu wehren war die gemeinsame Aufgabe Englands Hollands und des kaiserlichen Hofes. Jedoch fehlte viel daß sie klar erkannt und entschieden festgehalten wurde. Zwar Alberonis Versuch die Bestimmungen der Utrechter Verträge umzustoßen ward von Österreich und England im Einverständnisse mit der französischen Regentschaft vereitelt. Aber bald darauf ging ihre Politik aus einander: als die Höfe von Versailles und Madrid sich von neuem entzweiten, verband sich Österreich mit diesem und England mit jenem, und nachdem dem Ausbruch eines neuen Krieges schließlich noch vorgebeugt war, blieb es der leitende Grundsatz der englischen Regierung, an deren Spitze damals Robert Walpole stand, sich auf die innern Angelegenheiten zu beschränken und mit allen Höfen, vorzüglich aber mit den bourbonischen, ein gutes Einvernehmen

zu unterhalten. Die österreichische Politik ging ausschließlich darauf aus die pragmatische Sanction der Vererbung aller habsburgischen Länder auf die Kaisertochter Maria Theresia zur europäischen Anerkennung zu bringen. Aber statt sich in die Verfassung zu setzen sie nöthigesfalls gegen den Einspruch dritter mit den Waffen durchzuführen und zu diesem Zwecke sich des Beistandes bewährter Freunde zu versichern, verabsäumte der kaiserliche Hof das nothwendigste und ließ sich mit den Gegnern in Vereinbarungen ein, welche von seiner Seite mit Opfern erkauft dennoch für die Zukunft keine Gewähr boten. Zugleich suchte er an Rußland einen Rückhalt zu gewinnen und zog diese Macht in die europäischen Fragen herein ohne sich dessen bewußt zu werden, daß sie sowohl in den türkischen als in den polnischen Angelegenheiten der natürliche Nebenbuhler Österreichs war.

Die falsche Klugheit des Wiener Hofes äußerte sich vorzüglich gegen Preußen. König Friedrich Wilhelm I war von Herzen gern bereit dem Kaiserhause gegen Frankreich und die Wittelsbacher mit allen Kräften beizustehen, sobald ihm der Kaiser das auf die Erbverbrüderung von 1666 begründete Anrecht der Hohenzollern an das Herzogthum Berg mit Düsseldorf garantierte. Aber österreichischerseits spielte man nur mit ihm: um Preußen von der Allianz mit Frankreich und England abzuziehen wurden Zusicherungen ertheilt, aber sobald dieser Zweck erreicht und Preußen isoliert war, achtete man ihrer nicht, in der Überzeugung daß König Friedrich Wilhelm zu einer selbständigen Action sich unter allen Umständen nicht entschließen werde. Seitdem vollends England und Holland die pragmatische Sanction garantiert hatten, entschlug man sich aller Rücksichten. In dem polnischen Thronstreite ließen Österreich und Rußland die mit Preußen genommene Abrede ohne weiteres fallen; mit russischen Waffen ward August III von Sachsen den Polen als König aufgedrungen und Kurland statt einem preußischen Prinzen dem Buhlen der Kaiserin Anna von Rußland zugewandt. Das Anerbieten Friedrich Wilhelms, in dem mit Frankreich ausbrechenden Kriege dem Kaiser statt des vertragsmäßigen Contingents von 10000 Mann 30—40000 Mann wohlgerüsteter Truppen zu stellen, unter der

Bedingung daß er das Bergische mit Düsseldorf schon jetzt besetze, ward einfach abgelehnt. Obgleich die wittelsbachischen Fürsten von Baiern Köln und der Pfalz ihre Reichspflichten nicht erfüllten und den Franzosen allen Vorschub leisteten, beharrte dennoch der kaiserliche Hof auch fernerhin dabei den preußischen König an der Besitznahme des ihm zustehenden Landes zu hindern, dagegen seinen Mitbewerber, den Erben der pfälzischen Kur von der sulzbachschen Linie, vorläufig antreten zu lassen, und schloß zu diesem Ende einen Vertrag mit Frankreich. Kurz so gut kaiserlich gesinnt Friedrich Wilhelm war, er mußte es zu seinem bitteren Kummer erfahren, daß der Kaiser ihn schnöde von sich hinwegstieß.

Der Grund weshalb der Wiener Hof dem Könige von Preußen so zuwider handelte lag vorzüglich in den katholischen Tendenzen. So wie es von allem Anfange an österreichische Politik gewesen war den Hohenzollern die jülichsche Erbschaft streitig zu machen, wollte man auch jetzt die Verstärkung der protestantischen Macht am Niederrheine nicht zulassen: grade in diesem Puncte glaubte man eine Solidarität der katholischen Regierungen herstellen zu können. Hiezu kam daß je mehr man die Wittelsbacher von der Pfalz verpflichtete, um so weniger der Widerspruch der bairischen Linie gegen die pragmatische Sanction ins Gewicht zu fallen schien.

England und Holland nahmen an dieser Angelegenheit nur insoweit theil um zu verhüten daß der Friede gestört werde; ihrer tieferen Bedeutung und ihrer künftigen Folgen achteten sie nicht. Mit gleicher Schlaffheit hatten die Seemächte die Bourbonen in Italien Fuß fassen lassen, erst in Mittelitalien, dann bei Gelegenheit des polnischen Thronstreites in Neapel und Sicilien: ja sie hatten zur selben Zeit nichts dawider daß der Herzog von Lothringen, der erkorene Gemahl der Maria Theresia von Österreich, zu Gunsten Frankreichs sein Stammland mit Toscana vertauschte, denn sie waren darüber beruhigt daß Frankreich in diesem Kriege Belgien nicht angreifen werde. Alle Erfahrungen der letzten Menschenalter schienen vergessen zu sein: um sich in der Gegenwart nicht stören zu lassen schloß man die

Augen vor der Zukunft. Gleichmüthig ließ man ein Bollwerk des deutschen Reiches nach dem andern fallen: Österreich selbst verstärkte im Westen den französischen Einfluß wie im Osten den russischen und die Seemächte sahen darin für Europa keine Gefahr.

Aber sie war darum nicht minder vorhanden. Am 31 Mai 1740 bestieg Friedrich II den preußischen Thron; fünf Monate später, den 20 October, starb Kaiser Karl VI und wenige Tage nachher die Kaiserin Anna von Rußland. Mit dem Erlöschen des Mannesstamms der Habsburger war das ganze System der europäischen Politik in Frage gestellt. Denn die vorläufig ertheilten Garantien der pragmatischen Sanction erwiesen sich, wie jeder der mit klarem Blicke die Verhältnisse erwog vorausgesehen hatte, zum größten Theile als falsche Münze die nur durch den Schein blenden sollte. Keiner der katholischen Höfe hielt sich an seine wohlverbrieften Zusagen gebunden; die Bourbonen von Frankreich und Spanien schickten sich an über das habsburgische Erbe zu verfügen. Karl Albrecht von Baiern diente zu einem brauchbaren Werkzeuge um dem Lothringer die deutsche Krone zu bestreiten und das Reich zu einer Dependenz von Frankreich zu machen; überdies hatte er nichts dawider einzuwenden daß der französische Hof Einverleibung von deutschen und belgischen Gebieten seinem eigenen Belieben vorbehielt.

Noch ehe diese längst gehegten Plane zur Reife kamen, traf Friedrich II seine Entscheidung. Es konnte ihm nicht in den Sinn kommen sich den französischen Zwecken zu verkaufen. Die ganze Geschichte des preußischen Staates wies ihn darauf hin der fremden Übermacht in Deutschland zu wehren: so gut wie seine Vorfahren gegen Franzosen und Schweden die deutsche Ehre gewahrt hatten, war auch er entschlossen vor allem andern seine Unabhängigkeit zu behaupten, und diese war um so mehr bedroht, je weiter Frankreich griff. Aber eben so wenig war er gemeint für das Erbe der Maria Theresia zu streiten ohne zuvor mit dem Wiener Hofe abgerechnet zu haben. Die Bündnisse, welche mit kurzen Unterbrechungen seit 1658 zwischen dem Kaiserhause und den Hohenzollern bestanden, dienten jenem in

allen Kriegen zu wesentlichem Vortheile: die letzteren dagegen verdankten jeden Zuwachs ihres Staates allein ihrer eigenen Kraft und ihr Verbündeter sah sie ungern. Die jüngsten Erfahrungen machten das Maß voll. Was Friedrich in seiner Jugend an sich selbst erlebt und die Vorgänge in der Bergischen Sache bestimmten seinen Entschluß von dem guten Willen Österreichs nichts zu erwarten, sondern sein Pfand zu nehmen und alsdann seine Hilfe anzubieten. Gegen Österreich und Frankreich zusammen die preußischen Ansprüche auf Berg zu verfechten erkannte er als unausführbar und hielt sich statt dessen an Schlesien. Schlesien war unter den deutschen Ländern weniger als irgend ein anderes durch Natur und Geschichte mit den übrigen Staaten des habsburgischen Hauses verwachsen. Von den andren Ländern der böhmischen Krone schieden es die Gebirge; sein Handel und Verkehr hieng von je her vorzüglich mit dem Norden und Nordwesten zusammen, mit der Lausitz, welche im dreißigjährigen Kriege an Sachsen abgetreten war, und mit Brandenburg. Von der österreichischen Herrschaft hatten die Schlesier nichts als Unsegen erfahren. Mit den Böhmen führten sie die Waffen gegen Ferdinand II, und nach dessen Siege ergriffen sie jede Gelegenheit um unter dem Beistand der protestantischen Fürsten entweder vom Kaiser unabhängig oder doch vor Unterdrückung des evangelischen Bekenntnisses gesichert zu werden. Die kaiserliche Regierung aber glaubte Schlesiens erst dann ganz gewiß zu sein, wenn sie alle Einwohner unter das Joch des Papismus gebeugt hatte. Deshalb hielt sie die den evangelischen Schlesiern gewährten Zusicherungen nicht, nahm ihnen Kirchen und Schulen, vertrieb die Geistlichen, drückte mit Rechtsverkürzungen aller Art oder mit offener Gewalt Familien und Gemeinden. Wenn dennoch ein großer Theil der Schlesier der evangelischen Kirche treu blieb, so war das nicht der Gerechtigkeit oder der freien Gnade ihrer Kaiser zu verdanken, sondern der Standhaftigkeit der Bekenner und der Theilnahme ihrer Glaubensgenossen. Als König Karl XII von Schweden aus Polen nach Sachsen zog, warteten seiner bei Steinau an der Oder Scharen von Protestanten um ihre Leiden zu klagen, und auf seine drohende Forderung wurde

in einem neuen Vertrage Zurücknahme dessen, was den ausdrücklichen Bestimmungen des westfälischen Friedens zuwiderlief, und einige weitere Begünstigungen gewährt. Aber nichts desto weniger blieb die Lage der evangelischen Schlesier eine so bedrängte, daß sie in dem Ende der österreichischen Herrschaft das Ende einer langen harten Prüfungszeit sahen und in dem preußischen Könige, dessen Vorfahren so oft nachdrücklich sich für sie verwandt, vertriebene aufgenommen, kirchlicher Noth abgeholfen hatten, mit lautem Jubel den Retter ihres Glaubens begrüßten. Dazu kam ein anderes. Es war im preußischen Regentenhause unvergessen, welch ein falsches Spiel der kaiserliche Hof in den letzten Jahren des großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm getrieben um brandenburgische Anrechte auf schlesische Lande mit einer geringen Entschädigung abzufinden und zur gleichen Zeit durch ungegründete Vorspiegelungen von dem damaligen Kurprinzen, späteren Kurfürsten Friedrich III, den Revers über deren künftige Rückgabe zu erschleichen. Diese älteren Ansprüche dienten Friedrich II zur Rechtfertigung seines Unternehmens, welches er mit den Mitteln die sein Vater zugerüstet und aufgespart hatte unverzüglich ins Werk setzte, auf eigene Faust, ohne nach einem Alliirten sich umzusehen, in der Überzeugung, daß er seine beste Hilfe in seiner Thatkraft suchen müsse und daß eine entschlossene Macht in Zeiten großer Entscheidungen nimmer allein steht. Überdies fiel mit dem Tode der Kaiserin Anna von Rußland die Sorge vor einer Einmischung von dieser Seite wenigstens einstweilen hinweg. Friedrichs Plan gieng dahin das nun vereinte Haus Habsburg-Lothringen zu nöthigen ihm in Schlesien eine Entschädigung zu gewähren: dafür war er bereit in dem bevorstehenden Kriege Maria Theresia mit Geldzahlungen und mit seinem Heere zur Behauptung ihres Erbes gegen Baiern Sachsen und Frankreich beizustehn und die Erwählung ihres Gemahls zum Kaiser zu betreiben. Aber der Wiener Hof war auch in dieser Stunde nicht gemeint sich von dem preußischen Könige Zugeständnisse abzwingen zu lassen, welche ihm vorzuenthalten die überkommene Politik war. Man wies die von ihm gemachten Anträge zurück und war rasch entschlossen ihn für sein Unter-

fangen zu züchtigen, während man über die Absichten des französischen Hofes sich in eitler Täuschung verblendete und von dieser Seite nichts weniger als Feindseligkeit erwartete. In einem solchen Verhalten wurde Maria Theresia gerade durch die englische Regierung bestärkt, welche in diesem Stücke sich nicht durch eine unbefangene Prüfung der Sachlage und das wahre Interesse Englands bestimmen ließ, sondern durch persönliche Antipathien und augenblickliche Aufwallungen. England hatte, seit es die Garantie der pragmatischen Sanction gewährte, ruhig zugesehen als Lothringen und die beiden Sicilien den Bourbonen überlassen wurden, so bedenklich sich auch damit Frankreichs Machtstellung verstärkte. Dagegen berührte es kein englisches Interesse, ob Schlesien oder ein Theil von Schlesien zu Preußen oder zu Österreich gehörte; nur das war die Aufgabe der englischen Politik, mit allen Mitteln einen Krieg um Schlesien zu verhüten und die preußischen Waffen mit den österreichischen zur Aufrechterhaltung der pragmatischen Sanction gegen Frankreich und seine Schützlinge zu verbinden; um so mehr da England bereits in einem Seekriege mit Spanien begriffen war, welcher die wichtigsten Interessen der Nation angieng. Aber König Georg II von England that gerade das Gegentheil. In seiner Vermittelung war kein Ernst; er ermunterte eher Maria Theresia zum Widerstande und bot ihr unter der Hand Geldmittel zum Kampfe gegen Friedrich. Als sodann die preußischen Waffen ihm einen Strich durch seine Rechnung machten, war er geschäftig den Bruch zu heilen. Aber die späte Klugheit hinkte den Ereignissen nach und mußte sich bescheiden weiteren Schaden zu verhüten: während ein rasches, nachdrückliches Eingreifen der britischen Regierung den Bund Preußens mit England und Österreich gegen Frankreich bewirken konnte, galt es nun für das höchste Preußen zur Neutralität zu vermögen.

Die englische Regierung befand sich in einem Zustande des Schwankens und der halben Maßregeln; durch alle Kreise des Volks gieng ein Gefühl des Misbehagens. Die ersten Könige aus dem Hause Hannover, Georg I und Georg II, fühlten sich fremd in England und wurden als Fremde angesehen. Auf dem

Throne behaupteten sie sich nicht sowohl durch eigene Verdienste und Tugenden, sondern durch den Gegensatz gegen die Stuarts, denn sie repräsentierten das protestantische Königthum und die Erhaltung der parlamentarischen Rechte, die Grundlagen der Freiheit und inneren Wohlfahrt Englands in Kirche und Staat. Deshalb hielt ihren Principien getreu die Aristokratie der Whigs zu ihnen, und die Anhänger des vertriebenen Regentenhauses, die Tories, sahen die Aussichten auf eine Restauration um so mehr schwinden, mit je größerer Starrheit die Stuarts in der Verbannung sich an die kirchlich-politischen Grundsätze anklammerten, welche sie um den Thron gebracht hatten. Aber die Masse des Volks war gleichgiltig und zum Mistrauen gestimmt: während Gewerbe und Handel in Aufnahme waren und Wohlstand und Bildung namentlich der mittleren Stände sich hob, herrschte das Gefühl vor, daß die Geltung Englands seiner innern Kraft nicht entspreche und seine Ehre nicht gehörig gewahrt werde. Diesem Mistrauen gaben die Spaltungen der herrschenden Partei reichliche Nahrung. Sir Robert Walpole hatte das Verdienst durch seine Umsicht den Staatscredit hergestellt und im Innern wie nach außen hin Friede und Ruhe erhalten zu haben. Aber der Friede war damit erkauft, daß die Conflicte nicht gelöst sondern vertagt wurden, und im Innern war der vorhandene Riß nicht geheilt, sondern nur verdeckt: Wähler und Abgeordnete wurden in einem sonst unerhörten Maße mit Gunst oder mit baarem Gelde bestochen und damit die parlamentarische Opposition zum schweigen gebracht. Dieses System ließ sich halten so lange alles im gewohnten Gleise gieng, und Walpole wird deshalb von vielen noch heutzutage bewundert, aber einer ernstlichen Krisis war es nicht gewachsen. Sobald handgreiflich wurde, mit wie wenig Würde und Kraft die Regierung die auswärtigen Interessen der Nation vertrat, erhob sich im Parlamente ein Sturm des Angriffs gegen Walpole und dieser fand im Volke lauten Widerhall. Denn es entsprach dem Wesen des Regiments, welches Walpole führte, statt mit Amtsgenossen von persönlicher Bedeutung und selbständiger Haltung zusammenzuwirken, sich lieber dienstwillige Werkzeuge oder Figuranten von

mäßigen Gaben beizugesellen. Demgemäß hatte er sich nach und nach isoliert und sah schließlich alle Männer von Talent und Charakter in der Opposition gegen sich vereinigt.

Unter den Mitgliedern des Unterhauses zog damals in den Reihen der Opposition William Pitt mehr und mehr die Blicke auf sich. Der jüngere Sohn einer adligen aber wenig begüterten Familie, hatte Pitt auf der Schule zu Eton und auf der Universität Oxford seine Studien gemacht und alsdann zu seiner weiteren Ausbildung Frankreich und Italien bereist. Nach seiner Heimkehr erhielt er ein Patent als Junker bei dem blauen Reiterregimente und in einem Alter von siebenundzwanzig Jahren (er war geboren den 15 November a. St. 1708) einen Sitz im Parlamente für den Familienflecken Old-Sarum. Gemäß den Traditionen seines Hauses und seiner eigenen Überzeugung war Pitt Whig, aber von vorn herein schloß er sich der Opposition gegen Walpole's Staatsverwaltung an. Seine erste Rede hielt er im Jahre 1736 zur Unterstützung der Adresse an den König bei Gelegenheit der Vermählung des Prinzen Friedrich von Wales mit der Prinzessin Augusta von Sachsen-Gotha und pries dabei mit besonderem Nachdrucke das Verdienst ihrer Vorfahren, „deren „Ruhm es ist sich für die edelste Sache aufgeopfert zu haben, für „die ein Fürst sein Schwert ziehen kann, nämlich im Kampfe für „die Freiheit und die protestantische Religion." Die Rede war bei Hofe mißfällig, denn der Prinz von Wales lebte mit seinen Eltern in Unfrieden; darum büßte Pitt seinen Posten in der Armee ein und ward dafür als Kammerherr zu der prinzlichen Hofhaltung gezogen. Indessen strebte Pitt mit ernstem Bemühen danach seine angebornen Geistesgaben für den Dienst seines Vaterlandes auszubilden, sowohl in der regen Betheiligung an dem öffentlichen Leben als in der Zurückgezogenheit, zu welcher ihn öftere schmerzhafte Anfälle der Gicht nöthigten. Mit diesem Leiden, einem Erbübel seiner Familie, hatte er schon seit seinen Knabenjahren zu kämpfen und in solchen Perioden gewährten die Studien ihm die einzige Erquickung. Er war vertraut mit den alten Dichtern, mit Homer, Virgil und Horaz; er würdigte mit sicherem Urteile an Ciceros Reden „die Vielseitigkeit, die Fülle

„und Schönheit der Diction, den Adel und die Hoheit der Ge„danken" und an den demosthenischen „den unwiderstehlichen „Strom lebhafter Argumentation, die gedrungene und zwingende „Schlußfolgerung und die Tiefe und Seelengröße des griechischen „Staatsmanns." Aber neben den Alten wußte er auch die neueren Litteraturen zu schätzen: die Dramen Shakspeare's, namentlich die historischen, die Komödien Molières, die Reden Bolingbroke's, die Predigten Barrow's waren ihm nicht minder geläufig als die Dichter und Redner des Alterthums. Alle diese Studien gewannen in seinem Geiste die volle Bedeutung nicht durch den Reiz, mit welchem sie ergötzen, oder die damit gesammelte Gelehrsamkeit, sondern indem sie als eine geistige Zucht dienten, als Waffe und Rüstzeug einer männlichen, ehrenwerthen und tugendhaften Handlungsweise im öffentlichen wie im Privatleben. Die Angelegenheiten seines Volkes, sowohl in den innern als den auswärtigen Verhältnissen, waren der vorzüglichste Gegenstand seines Nachdenkens, und was er als wahr und heilsam erkannte, das vertrat er mit feurigem Pathos, mit einer Kraft und Fülle der Rede, welche für den jungen, unerfahrenen Mann, der weder durch Ahnen und Connexionen noch durch Vermögen oder Gunst sich empfahl, die widerwillige Bewunderung selbst der Gegner erzwang. An wichtigen Debatten nahm er zuerst im Jahre 1739 Theil, und zwar bei Gelegenheit der amerikanischen Händel mit Spanien, welche damals mehr als je zuvor die Gemüther erregten.

Die bourbonischen Höfe von Madrid und Versailles hatten am 7 November 1733 einen Familienpact geschlossen, in welchem der König von Spanien seinen Entschluß erklärte nicht allein den Übergriffen der Engländer zu wehren, sondern sie auch der ihnen vertragsmäßig zustehenden Handelsvorrechte zu berauben. Dagegen sollte Frankreich — dem Utrechter Vertrage zuwider — in den Genuß dieser Privilegien eintreten. Frankreich versprach, im Falle es darüber zum Kriege komme, Spanien zu unterstützen und überdies die Herausgabe von Gibraltar an Spanien mit Güte oder Gewalt zu bewirken. In Folge dieser Übereinkunft suchte die spanische Regierung einen Conflict herbeizuführen.

Zu den Repressivmaßregeln der Colonialbehörden gegen britische Schmuggler und Ansiedler, insbesondere der geschärften Durchsuchung britischer Schiffe, kam noch der Streit über die Grenzen der im Jahre 1732 gegründeten britischen Colonie Georgia, deren ganzes Gebiet Spanien für Florida in Anspruch nahm. Walpole bot alles auf um einen Krieg zu vermeiden und schloß deshalb im Januar 1739 eine Convention, welche für die geschädigten britischen Unterthanen einen Ersatz ausbedang und für die Handels- und Grenzstreitigkeiten Vereinbarung durch Commissarien vorbehielt; das Durchsuchungsrecht der Spanier war stillschweigend anerkannt. Damit war eine Frage vertagt, deren Lösung nach freisinnigen Handelsprincipien ein dringendes Anliegen der Nation war. Pitt vertrat mit beredten Worten, welche weithin nachklangen, die Interessen der britischen Schiffahrt und focht die geschlossene Convention als unsicher, unbefriedigend und unehrenhaft an. Die Opposition im Parlamente und die Bewegung im Lande ward so mächtig, daß als neue Beschwerden einliefen Walpole selbst noch in demselben Jahre den Krieg erklärte. Aber ein Minister des Friedens um jeden Preis, der als der Boden unter seinen Füßen wankte sich zum Kriege nur entschloß um seinen Posten zu behaupten, war nicht der Mann dazu einen Kampf zu leiten, bei dem es sich um nichts geringeres handelte, als die ganze spanische Colonialpolitik umzustoßen und den Spaniern Gesetze vorzuschreiben, deren sie sich mit allen Mitteln zu erwehren entschlossen waren. Zu solch einem Kampfe um die Herrschaft der See war in ihm weder der Entschluß noch hatte er dazu gerüstet: daher wurde der Krieg ohne durchgreifenden Plan, ohne Nachdruck und ohne Glück geführt. Nur ein englischer Capitän, Anson, trug aus demselben einen rühmlichen Namen davon, durch die Ausdauer, Klugheit und Entschlossenheit, mit welcher er durch feindliche Gewässer seine Fahrt um die Welt vollbrachte.

Noch ehe die französische Flotte offen den Spaniern beistand, starb Kaiser Karl VI, und England kam in den Fall seine Garantie der pragmatischen Sanction aufrecht zu halten. Nun konnte es keinem Zweifel unterliegen, daß das Interesse Groß-

britanniens und ganz Europas gebiete, Frankreich daran zu hindern nach Belieben auf dem Continente zu schalten und über das habsburgische Erbe zu verfügen. Aber eine über ihre Mittel und ihre Zwecke klare Regierung mußte darauf Bedacht nehmen den Seekrieg mit aller Energie fortzusetzen und zugleich auf dem Continente eine möglichst starke Allianz zu bilden, um Frankreich und seine Verbündeten entweder vom Angriffe abzuhalten oder einem solchen sofort mit überlegenen Streitkräften zu begegnen. In diesem Falle konnte ein continentaler Krieg, statt die Unternehmungen Englands zur See zu lähmen, vielmehr zu deren günstigem Ausgange beitragen. Dazu aber war, selbst wenn Holland auch seine vertragsmäßigen Verpflichtungen ungesäumt erfüllte, in noch viel höherem Grade als in den früheren Kriegen die thätige Mitwirkung Preußens erforderlich: denn nie zuvor erschien Österreich so wehr- und so mittellos und Preußen in so starker Waffenrüstung als eben damals. Deshalb mußte die englische Regierung nicht allein Friedrich II zu einem billigen Vergleiche bestimmen, sondern ebenfalls in Wien, wie Pitt dies ausgesprochen hat, die Annahme dieses Vergleichs zur Bedingung der britischen Hilfe machen, von der das Schicksal des Hauses Habsburg-Lothringen abhieng. Das aber geschah nicht, wenigstens blieben die Schritte welche Robert Walpole in diesem Sinne that unwirksam, da zu derselben Zeit Georg II der Königin von Ungarn direct widerrieth sich mit Preußen zu vergleichen, dessen Übermuth und Macht man mindern müsse, und die Versicherung gab ihr zu Schadenersatz verhelfen zu wollen: dabei gedachte er sich auch des seinigen zu erholen. Bei diesem Zwiespalte der Ansichten an leitender Stelle konnte die britische Vermittelung nicht anders als schwankend und ohne Nachdruck eintreten und diente nur dazu Maria Theresia in stolzem Selbstgefühl zu bestärken. Sie lehnte die Vergleichsvorschläge ab, das österreichische Heer setzte sich in Bewegung um Schlesien wieder zu erobern und König Georg II forderte von dem Parlamente Subsidien für Maria Theresia im Betrage von 300000 L. St. ohne weiteren Vorbehalt. Diese Summe ward bewilligt an demselben

Tage, an welchem die Nachricht vom Siege der Preußen bei Mollwitz in London eintraf.

Daß Regierung und Parlament von Großbritannien Friedrichs II Sache gegen Österreich nicht von der Erbschaftsfrage trennten und Preußen auf die Seite Frankreichs trieben, erklärt sich theils aus der damals bei der großen Mehrzahl herrschenden Unkenntniß und oberflächlichen Betrachtung continentaler Angelegenheiten, theils aus der persönlichen Politik Georgs II. Die engen Beziehungen der Freundschaft und Verwandtschaft, welche früher zwischen den Häusern Hannover und Preußen bestanden, hatten sich noch bei Lebzeiten Friedrich Wilhelms I in Unfrieden und Widerwillen verkehrt; Georg II war wie gegen diesen seinen Schwager so gegen seinen Neffen Friedrich II aufgebracht und sah jede Machterweiterung Preußens mit Verdruß, weil in entsprechendem Verhältniß die Bedeutung seines Kurfürstenthums Hannover abnahm. Die hannöverischen Interessen machten sich bei jeder Verwickelung der auswärtigen Politik in solcher Weise geltend, daß darüber in England bei allen Parteien nur eine Stimme der Mißbilligung war. Allerdings müssen wir es als Vorurteil betrachten, wenn jede continentale Maßregel der britischen Regierung als hannöverisch bezeichnet und damit verdammt wurde. Vielmehr waren bei den damaligen Zeitläuften England und das deutsche Reich auf die gleiche Politik hingewiesen und die Pflichten des Kurfürsten von Hannover und des Königs von England standen in der That den Bourbonen gegenüber nicht in Widerspruch. Ebensowenig durfte es Georg II und seinen Ministern verargt werden, wenn sie ihr Absehen darauf richteten das Kurfürstenthum vor einer feindlichen Invasion zu sichern: es mußte als eine Ehrensache des englischen Volkes gelten das Stammland ihrer Dynastie nicht einem gemeinsamen Feinde preiszugeben. Aber nichtsdestoweniger trug Georg II die Hauptschuld an jener Unzufriedenheit, sowohl durch den allgemeinen Charakter seiner Politik — denn die auswärtige Politik ward wesentlich nach seinem Sinne geleitet — als durch die besonderen Maßregeln mit denen sie ins Werk gesetzt wurde. Statt von den

großen Gesichtspunkten auszugehen, welche für England maßgebend sein mußten und denen auch Hannover sich unterordnete, war das Kurfürstenthum der Angelpunct seiner Staatsklugheit: statt im Angesichte eines Krieges, welcher über die Suprematie diesseit und jenseit des Oceans entscheiden konnte, darauf Bedacht zu nehmen daß Großbritannien und seine Verbündeten zur See und zu Lande dem Feinde mit gesamter Macht auf den Leib rückten, und zu diesem Zwecke von englischer Seite mit maritimen Rüstungen voranzugehen, den guten Willen der Continentalstaaten zu beleben und wo deren Mittel nicht zureichten mit Subsidien auszuhelfen, schienen sich alle Entwürfe des britischen Hofes in erster Linie um eine Defensive des hannöverischen Landes zu drehen. Deshalb wurde um Truppen gemarktet, beim Könige von Dänemark und Landgrafen von Hessen oder wo es sonst deren zu dingen gab, ohne daß man im Stande war mit all diesen für England höchst kostspieligen Miethcontracten — die man mit Unrecht Subsidienverträge nannte — einen starken und einheitlichen Truppenkörper zu bilden. Während in solcher Weise die britische Regierung große Aufgaben kleinlich und engherzig angriff, wurde der Unwille der Nation noch durch andere handgreifliche Beweise einseitiger hannöverischer Interessen genährt. Wenn billigerweise England auf Hannover Rücksicht zu nehmen hatte, so war es andererseits die Pflicht des Königs in seiner Eigenschaft als Kurfürst einen entsprechenden Theil an den Leistungen zu übernehmen und die gemeinsamen Zwecke uneigennützig zu fördern. Aber ganz im Gegentheile suchte Georg II, wie schon sein Vater gethan, bei jeder Gelegenheit im Namen Hannovers Geld zu machen, seine Dienste so theuer als möglich zu verwerthen und der Verantwortlichkeit und Mitleidenschaft in kritischen Momenten sich zu entziehen. Damit setzte er mehr als einmal seine Ehre auf das Spiel.

Nachdem der Angriff der Österreicher abgeschlagen und durch den bei Mollwitz erfochtenen Sieg Friedrich II die Oberhand in Schlesien gesichert war, schien die britische Regierung das früher versäumte nachholen und auf Frieden dringen zu wollen. Noch war es Zeit; über die Zahlung der vom Parlamente bewilligten

Subsidien war mit Maria Theresia noch kein Vertrag abgeschlossen, und Friedrich II hatte seine Bedenken auf die wiederholten Anerbietungen des französischen Hofes einzugehn noch nicht überwunden. Ohne Schwierigkeit gelang es dem Grafen Hyndford, der als außerordentlicher Gesandter in das preußische Lager abgeordnet wurde, den König zu Vorschlägen zu vermögen, welche zu einer Ausgleichung ganz geeignet schienen. Auch jetzt bestand Friedrich nur auf der Abtretung eines Theiles von Schlesien und war dagegen nach wie vor bereit für die pragmatische Sanction einzutreten, die Kaiserwahl des Großherzogs von Toscana zu bewirken und eine Zahlung von drei Millionen Thalern zu leisten. Aber so angelegentlich auch die englischen Gesandten, Hyndford sowohl als der in Wien beglaubigte Sir Thomas Robinson, zur Annahme dieses Vergleiches riethen, ihre guten Dienste waren umsonst: Maria Theresia lehnte ab und entschied damit Friedrich II nunmehr auf die französischen Anträge einzugehen und eine Defensivallianz mit Frankreich auf fünfzehn Jahre abzuschließen. In dem Vertrage vom 5 Juni 1741 garantierte Frankreich dem Könige von Preußen den Besitz von Niederschlesien mit Breslau: dagegen versprach dieser dem Hause Pfalz-Sulzbach seine Rechte auf die Herzogthümer Jülich und Berg zu cedieren, aber nur für den Fall, daß das Haus Österreich in dem künftigen Friedenstractate die Abtretung von Niederschlesien mit Breslau an Preußen zugestehe und demselben den ruhigen Besitz dieser Gebiete garantiere. Frankreich verpflichtete sich den Kurfürsten von Baiern kräftig zu unterstützen. Der König von Preußen versprach bei der Kaiserwahl diesem Fürsten seine Stimme zu geben. Eine weitere Verpflichtung gegen ihn übernahm er mit dem Vertrage nicht, noch weniger trat er zu dem Bunde, welcher gegen die pragmatische Sanction gestiftet war.

Mittlerweile waren nämlich die lange vorbereiteten Anschläge zur Zersplitterung der österreichischen Staaten gereift. Im Mai ward zu Nymphenburg das Bündniß Baierns mit Frankreich und Spanien abgeschlossen; bald trat auch Sardinien hinzu, und August III von Polen, geleitet von dem Grafen Brühl, forderte im Namen seiner Gemahlin seinen Theil an dem habsburgischen

Erbe. Um die Russen zu beschäftigen ward gemäß einer von Frankreich an Preußen ertheilten Zusage der schwedische Reichsrath, dessen Mehrheit im französischen Solde stand, zur Kriegserklärung gegen sie vermocht. Alsbald wurden die österreichischen Staaten in Italien und Deutschland mit Krieg überzogen und die Königin Maria Theresia stand der Uebermacht ihrer Feinde rath- und hilflos gegenüber, von aller Welt verlassen, allein angewiesen auf den Beistand den die Völker ihres Reiches, vor allen in kriegsmuthiger Begeisterung die Ungarn, ihr leisteten. Aber es bedurfte Zeit bis diese Streitkräfte gesammelt und organisiert waren, und baarer Geldmittel um die Kosten der Kriegsrüstung zu bestreiten. Jetzt freilich wurde es auch dem blödesten Auge klar, daß man einen argen Fehler begangen hatte, Friedrich II auf die Seite der Gegner zu drängen statt ihn durch gebotenen Vergleich zum Vorkämpfer für die pragmatische Sanction zu gewinnen. Zwar hatte Georg II in den zu Hannover am 24 Juni abgeschlossenen Verträgen sich anheischig gemacht, zur Unterstützung der Königin gemäß den älteren Stipulationen 12000 Mann Hilfstruppen in englischem Solde — Dänen und Hessen — marschieren zu lassen; ferner die vom Parlamente bewilligten Subsidien auszuzahlen, nämlich ein Drittel baar, zwei Drittel auf Rechnung der Ausrüstung von 10000 Mann hannöverischer Truppen — fernere 3000 Mann wollte Georg II auf eigene Kosten stellen —: aber sobald die Gefahr drohender wurde verweigerte er den Verträgen so weit sie Hannover angiengen die Ratification, und als gar ein französisches Corps in Westfalen vordrang, fand er nichts eiligeres zu thun als den 27 September einen Neutralitätsvertrag für Hannover abzuschließen, mit welchem er sich verpflichtete zur Kaiserwahl Karl Albrechts von Baiern seine Stimme zu geben und sich von der Theilnahme am Kriege vorläufig zurückzog. Zugleich verdoppelten die englischen Diplomaten ihre Bemühungen Maria Theresia zur Nachgiebigkeit und Friedrich II wenn nicht zur Waffenhilfe, so doch wenigstens zur Neutralität zu vermögen. Ihre Vorschläge fanden bei dem Könige von Preußen williges Gehör, denn dieser war über die Machtstellung, welche die Franzosen sowohl in Nord- als in Süd-

deutschland erlangten, in wachsende Sorge versetzt. So ward denn unter englischer Vermittelung am 9 October 1741 die geheime Convention von Klein-Schnellendorf verabredet, des Inhalts, daß die Österreicher dem Könige als Basis des alsbald abzuschließenden Friedens zu seinem dermaligen Besitzstande in Schlesien noch die Festung Neiße einräumten, wogegen dieser versprach seinerseits gegen Maria Theresia und ihre Verbündeten nicht weiter offensiv zu verfahren. Diese Übereinkunft konnte freilich nicht als ein Ersatz gelten für die preußischerseits früher angebotene Hilfe an Geld und Truppen; aber immerhin mußte es als ein bedeutender Gewinn angesehen werden daß ein so mächtiger Gegner die Waffen ruhen ließ und dem allein verfügbaren Heere der Königin von Ungarn Raum gab nicht allein Wien zu decken, sondern bald die Feinde aus Österreich zu vertreiben und nach Baiern vorzudringen.

Maria Theresia war jedoch nicht des Sinnes auf Grund jener Convention Frieden schließen zu wollen: es vergiengen Wochen, ehe sie nur sich herbeiließ einen Bevollmächtigten zur Unterhandlung zu bestimmen und mit Instructionen zu versehen. Inzwischen hatte Friedrich bereits ein Bündniß mit Karl Albrecht von Baiern und August III von Sachsen geschlossen und war nunmehr Willens sich nicht mehr mit Niederschlesien abfinden zu lassen, sondern auch Oberschlesien und Glatz zu erobern und damit Österreich gegenüber eine militärisch gesicherte Position zu gewinnen. Zu diesem Ende ergriff er wiederum die Offensive und drang über die schlesischen Gebirge nach Mähren und nach Böhmen vor. Diesen neuen Act des schlesischen Kriegs entschied der Sieg des Königs bei Chotusitz den 17 Mai 1742. Jetzt überzeugte sich endlich Maria Theresia von der Nothwendigkeit mit Friedrich einen Frieden zu schließen, nicht mehr, wie noch in den letzten Wochen verlangt war, um den Beistand der preußischen Waffen sondern nur um deren Neutralität zu erkaufen. Die englische Vermittelung stieß auf keine Schwierigkeit mehr; kein Monat vergieng, so hatte Hyndford in Vollmacht des Wiener Hofes den 11 Juni die Präliminarien zu Breslau festgestellt und am 28 Juli ward der Friede zu Berlin unterzeichnet,

welchem demnächst auch Sachsen beitrat. In diesen Verträgen ward von Maria Theresia Nieder- und Oberschlesien nebst der Grafschaft Glatz an Preußen abgetreten, jedoch die Gebiete von Teschen, Troppau und Jägerndorf, durch welche die Gebirgspässe von Mähren nach Schlesien führen, behielt sie sich vor. Preußen übernahm die Rückzahlung der auf Schlesien hypothecierten Anleihe, welche Karl VI im Jahre 1735 für den polnisch-französischen Krieg zu London abgeschlossen hatte, im Betrage von 1,700000 Thalern. Dem Hofe von Versailles gegenüber konnte Friedrich sein Verfahren damit rechtfertigen, daß die französischerseits ihm gemachten Zusagen nicht erfüllt waren: er hatte niemals in seiner Defensivallianz ein Hinderniß gesehen seine besondere Sache mit Österreich zum Austrage zu bringen.

Die französische Regierung begriff vollkommen wie schwer jener Schritt in die Wage fiel: des Königs Meldung von dem bevorstehenden Friedensschlusse erwiederte der französische Staatsminister, der greise Cardinal Fleury, unverzüglich mit der Bitte auch für Frankreich den Frieden vermitteln zu wollen und schrieb das bedeutsame Wort: „Ew. Majestät wird der Schiedsrichter von Europa." Überzeugt daß für Frankreich ein schleuniger Friedensschluß nothwendig sei, wies Fleury den Marschall Belleisle an mit dem kaiserlichen Feldmarschall Königsegg über freien Abzug der französischen Truppen aus Böhmen zu verhandeln und betheuerte selber diesem österreichischen General brieflich seine friedfertigen Gesinnungen. Ganz entsprechende Erklärungen gab er dem Lothringer Marquis de Stainville, der als Vertreter des Großherzogs von Toscana in Paris verblieben war. Maria Theresia hatte es in ihrer Macht jetzt den Krieg zu beendigen und außer Schlesien sich die Anerkennung ihrer Erbrechte gemäß der pragmatischen Sanction zu sichern. Aber von einem Friedensschluß auf dieser Grundlage war die Königin von Ungarn weit entfernt. Die Abtretung von Schlesien hatte sie nur unter der Voraussetzung bewilligt dafür anderweit vollständig entschädigt zu werden, namentlich mit Baiern. Frankreich gegenüber regte sich in ihr jetzt der ganze Stolz der Habsburgerin: sie forderte daß die französische Armee in Böhmen die Waffen strecke. Fleurys Schreiben

an Königsegg stand alsbald in den holländischen Zeitungen zu lesen. Nur die tiefste Demüthigung des bourbonischen Hauses schien eine entsprechende Genugthuung für die erlittene Unbill zu sein.

Und wiederum trieb die englische Regierung so viel sie konnte zu dieser Überhebung und diente ihr zum Rückhalt. Es war nicht mehr Sir Robert Walpole, der an ihrer Spitze stand. Unter dem Eindrucke der widrigen Ereignisse des Jahres 1741 sowohl in Amerika als auf dem Continent war seine Stellung unhaltbar geworden: als nach den neuen Wahlen das Parlament im December zusammentrat, zeigte sich's daß die ihm ergebene Majorität bedenklich zusammengeschmolzen war, und die Angriffe der Gegner erneuerten sich mit wachsender Gewalt. Da entschloß sich Walpole endlich von seinem Platze zu weichen, und Georg II mußte im Februar 1742 den Minister entlassen, unter dessen Händen der Gang der Regierung zwei Decennien lang ein so ungestörter gewesen war. Indessen zeigte sich's nach Walpole's Sturze daß die Führer der Opposition theils nicht Muth und Entschlossenheit genug besaßen, um ihren Grundsätzen getreu die Leitung der Geschäfte zu übernehmen, theils die Patrioten nur gespielt hatten, um sich an die erledigte Stelle zu setzen. Mit Verwunderung sah das Volk daß, während ein ansehnlicher Theil von Walpole's Collegen ruhig im Amte blieb, einige aus der Mitte der Gegenpartei ihnen zur Seite traten. Und wer auf einen Wechsel in den Principien der Regierung gerechnet hatte, mußte bald wahrnehmen, daß das neue Ministerium wenigstens im Innern ganz die Wege Walpole's gieng. Es wurde unverholen herausgesagt daß England nur durch Corruption zu regieren sei und dieser Anschauung gemäß der öffentliche Dienst gehandhabt. In der äußeren Politik durfte man jedoch von Lord Carteret, der als Staatssecretär in das Ministerium eintrat und bald die Seele desselben wurde, ein energisches Auftreten erwarten. Die glänzenden Gaben, durch welche Carteret sich schon in der Jugend hervorgethan hatte, befähigten ihn in hohem Grade zu seinem Amte: er war sehr unterrichtet, auch mit den Verhältnissen des Continents vertraut, rasch entschlossen und in den Geschäften gewandt, der parlamentarischen Rede mächtig und

beim Könige seines Einflusses um so sicherer, weil er mit ihm deutsch verhandeln konnte und die allgemeinen europäischen Angelegenheiten mit Eifer angriff. Aber bei all dieser staatsmännischen Begabung gieng dem Charakter Carteret's Ruhe und Stätigkeit ab. Er hatte nicht gelernt seinen feurigen Geist durch sittliche Zucht zu beherrschen; während ihm seine politische Stellung und sein öffentliches Amt die höchsten Pflichten auferlegte, ergab er sich dem Genusse des Burgunders und verfiel dem Trunke. Sich zu mäßigen und auf seinem Vorsatze zu beharren war überall seine Sache nicht. Er konnte sich aufs heftigste ereifern, aber es haftete in seiner Seele weder Haß noch Freundschaft. So ungestüm er Pläne entwarf und große Unternehmungen angriff, seine Entwürfe waren nicht durch kühle Überlegung gereift und wurden nicht mit fester Hand ins Werk gesetzt und zum Ziele geführt.

Carteret versprach sich nichts von einer Fortsetzung des Seekrieges in Amerika, der bisher nur Verluste mit sich gebracht hatte, und war mit Georg II darüber einverstanden die bourbonischen Mächte auf dem Continente zu demüthigen. Das Parlament bewilligte die zur Kriegsrüstung erforderlichen Geldmittel und für Maria Theresia neue Subsidien. Was als das wichtigste erschien, zwischen Friedrich II und dem Wiener Hofe Frieden zu stiften, gelang endlich dem unablässigen Andringen der britischen Gesandten, und Carteret bemühte sich nicht allein diesen Friedensstand zu sichern, sondern wenn irgend möglich mit Preußen ein engeres Bündniß herzustellen. Deshalb garantierte die Krone Großbritannien am 24 Juni 1742 die Präliminarien von Breslau und schloß am $\frac{18}{29}$ November zu Westminster eine Defensivallianz mit Preußen, auf Grund einer Garantie des preußischen Ländergebietes und des Friedensvertrages von Berlin seinem ganzen Umfange nach, wogegen Preußen eine entsprechende Verpflichtung für die Besitzungen des Königs von Großbritannien in Europa übernahm; jedoch wurden in einem geheimen Artikel die englischen Besitzungen im Mittelmeer und Spanien von der preußischen Garantie ausgenommen. Zu einer Garantie des Friedens suchte die englische Regierung auch Holland und Rußland zu bestimmen, mit welchem Reiche sie um die gleiche Zeit eine

Defensivallianz schloß. Carteret war dieser Erfolge nicht wenig froh. Noch ehe die Unterzeichnung der Allianzverträge vollzogen war, kündigte die Thronrede ihren Abschluß an, und dem französischen Gesandten antwortete Carteret auf die Frage: 'Also Sie 'wollen uns nöthigen, Mylord, einen schimpflichen Frieden einzu-'gehen?' — „Ohne Zweifel, das ist meine einzige Beschäftigung, „seit ich Minister bin: und ich schmeichle mir auch daß es damit „glücken soll"[1]. Aber Carteret täuschte sich, wenn er hoffte im Verfolg seines Entgegenkommens König Friedrich zu vermögen zu seinen Plänen mitzuwirken: vielmehr sah dieser Monarch je mehr sich dieselben entwickelten um so dringendere Veranlassung an sich zu halten. Denn bei der wachsenden Zuversicht trug man sich schließlich auf englischer und österreichischer Seite mit Entwürfen, die darauf hinausliefen so lange Krieg zu führen bis die Bourbonen für immer unschädlich gemacht und dem mit England verbündeten Hause Österreich auf dem Continente das Übergewicht gesichert sei. Frankreich sollte Elsaß, Lothringen, Burgund herausgeben. Mit diesen Ländern mochten die Wittelsbacher abgefunden werden: dagegen rundete sich Österreich mit Baiern ab und entschädigte sich ferner in Italien, namentlich mit Neapel und Sicilien. Denn die spanische Linie der Bourbonen sollte keinen Fuß in Italien behalten. Überdies wünschte man von englischer Seite angelegentlich die Wiedervereinigung der flandrischen Grenzlande bis zur Somme mit den österreichischen Niederlanden. Das Kaiserthum endlich sollte, wenn man ja Karl VII als dermaligen Inhaber desselben gelten ließ, wenigstens für die Zukunft dem österreichischen Hause gesichert bleiben und schon jetzt Franz Stephan, Maria Theresiens Gemahl, zum römischen König erwählt werden. So ward in abenteuerlichen Plänen das Loos über die Landkarte von Europa ausgeworfen, ehe die Länder, welche man vertheilen wollte, angegriffen, geschweige denn erobert waren.

Es lag in der Natur der Sache daß Friedrich II, weit entfernt zu so umfassenden Projecten die Hand zu bieten, in der

---

[1] 1742 $\frac{\text{Nov. 23}}{\text{Dec. 4}}$ London. Bericht des preußischen Gesandten Andrié.

beabsichtigten Umgestaltung der europäischen Verhältnisse eine ihm drohende Gefahr sah. Die Planmacherei ins blaue hinein war an und für sich ihm zuwider: er berechnete nüchtern und ruhig die für seinen Staat wesentlichen Zwecke und die Mittel, welche ihm dafür zu Gebote standen, und bemaß danach Schritt vor Schritt sein Handeln. Jetzt hatte er gewichtigen Grund anzunehmen, daß sobald der österreichische und großbritannische Hof auf dem Continente nach ihrem Gutdünken schalten konnten und Frankreich zu einer Macht untergeordneten Ranges herabsank, kein Vertrag ihn in seinem mit dem Schwerte errungenen Besitzthume sichern werde. Deshalb trat er nach Möglichkeit den kriegerischen Plänen der Verbündeten entgegen. Schon vor Abschluß der Defensivallianz von Westminster hatte er der englischen Regierung erklärt, daß er niemals weiter gehen werde als bis zur Neutralität im Kriege mit Frankreich, daß er namentlich nie die Hand dazu bieten werde Karl VII in der Person des Großherzogs von Toscana einen römischen König an die Seite zu setzen[1]), und er ließ nicht ab auf einen allgemeinen Frieden zu dringen. Zugleich aber sammelte er seine Kräfte um wenn es noth thue in einem neuen Waffengange seine europäische Stellung zu behaupten, entschlossen nicht über sich die Würfel werfen zu lassen, sondern des Spieles Meister zu bleiben.

Zuvörderst machte seit dem Sommer 1742 sich das Übergewicht der Österreicher und ihrer Verbündeten überall geltend. Schon im Anfange des Jahres war es gelungen Karl Emanuel von Sardinien auf ihre Seite herüberzuziehen: die Angriffe der Spanier auf Ober-Italien wurden abgeschlagen und der bourbonische König Karl von Sicilien durch die Drohung eines englischen Commodore, Neapel in Brand zu schießen, dahingebracht seine Truppen abzurufen und sich für neutral zu erklären. In Deutschland sahen die Franzosen sich genöthigt im December unter schweren Verlusten aus Prag abzuziehen. In Norden that die schwedische Regierung bereits Schritte den fruchtlosen Krieg mit

---

1 Kön. Instructionen für Andrié vom 1 Sept. und 16 Oct. und Erklärung an Lord Hyndford v. 11 Sept. 1742.

Rußland durch einen Friedensschluß zu beendigen. Erschüttert durch die gehäuften Unfälle, voll Kummer über die Zukunft seines Vaterlandes, starb Cardinal Fleury den 29 Januar 1743 in seinem neunzigsten Lebensjahre und die Regierung Frankreichs fiel mehr als je zuvor den Ränken der Höflinge anheim.

Inzwischen ließ die britische Regierung es sich angelegen sein auch ihrerseits im Jahre 1743 auf dem Continente die Offensive zu ergreifen. Zu diesem Ende wurden außer Engländern, welche nach den österreichischen Niederlanden übergesetzt waren, und den bisherigen Subsidiärtruppen noch 16000 Mann Hannoveraner in britischen Sold genommen. Die betreffende Übereinkunft, welche im December 1742 dem Parlamente vorgelegt ward, stieß zwar auf lebhafte Opposition; insbesondere tadelte Pitt die Parteilichkeit für Hannover, zu dessen Provinz England herabgewürdigt werde, und drang darauf, daß Hannover die Truppen, welche es im eigenen Interesse für Maria Theresia ins Feld stelle, auch selbst bezahle: aber die Majorität entschied für die Genehmigung. So ward die sogenannte pragmatische Armee gebildet und im Sommer des nächsten Jahres an den Mittelrhein und Main geführt: König Georg II übernahm mit seinem Sohne dem Herzog von Cumberland persönlich das Commando. Zugleich wurden auch die Holländer zu dem Entschluß vermocht ihre neutrale Haltung aufzugeben und der Königin von Ungarn Hilfstruppen zu stellen. Der Feldzug lief glücklich ab. Während die Österreicher durch Baiern vordrangen und die kaiserlichen Truppen zum Abschluß einer Neutralitätsconvention, die französischen Hilfsvölker zum Rückzuge über den Rhein nöthigten, schlug die pragmatische Armee bei Dettingen den 27 Juni 1743 den Angriff eines französischen Heeres zurück, welches über den Mittelrhein vorgegangen war. Von neuem bot sich nach diesen Erfolgen die Gelegenheit den Frieden herbeizuführen, wenn die Verbündeten auf ihre Eroberungspläne hätten verzichten mögen. Aber alle Bemühungen Karls VII um einen Frieden scheiterten an seiner Forderung daß Oesterreich ihm Baiern wieder einräumen sollte: denn Maria Theresia bestand darauf sich für den Verlust von Schlesien mit Baiern zu entschädigen: den

bairischen Wittelsbachern sollten dafür entweder die Niederlande oder Toscana nebst andern italienischen Gebieten zugetheilt werden. Die englische Regierung unterstützte diese Forderung und that mit der österreichischen vereint einen weiteren Schritt den Krieg zu verlängern. Am 13 September schlossen nämlich die verbündeten Mächte zu Worms einen Allianzvertrag mit dem Könige von Sardinien, welcher diesen gegen eine Abtretung lombardischer Gebiete (mit Piacenza) und vorgeblicher Anrechte auf Finale, das im Besitze der Republik Genua war, zu stärkeren Rüstungen für den italienischen Krieg verpflichtete: England versprach Subsidien und die Mitwirkung seiner Flotte im Mittelmeer. Die pragmatische Sanction wurde in ihrem ganzen Umfange bestätigt; ferner vereinigte man sich in einem geheimen Separatartikel dahin das Haus Bourbon aus Italien zu vertreiben, und zwar sollte Sicilien dem Könige von Sardinien, Neapel aber und die vormals spanischen Besitzungen an der Küste von Toscana (Stato degli Presidii) der Königin von Ungarn zufallen. Eine nur von englischer und österreichischer Seite unterzeichnete Declarationsacte sicherte überdies der Königin für die an Preußen und an Sardinien gemachten Abtretungen jede mögliche Entschädigung und Sicherheit für die Zukunft zu. Endlich verpflichtete sich in einer am 14 October unterzeichneten Convention die englische Regierung für die Dauer des Kriegs der Königin jährlich 300000 L. St. Subsidien zu zahlen und erneuerte ihre Garantie für die österreichischen Staaten namentlich für den Fall, daß der König von Preußen den Frieden von Breslau brechen sollte. Diese Verträge waren zwar zunächst gegen die bourbonischen Höfe und Baiern gerichtet: aber ihre Vollstreckung mußte zu einer für Preußen gefährlichen Übermacht Österreichs führen und die ohne Rücksicht auf die Verträge von Breslau und Berlin ausgesprochene unbeschränkte Garantie der pragmatischen Sanction schien auch Preußen zu bedrohen. Die rege Sorge Friedrichs II ward gesteigert durch einen Vertrag, den Maria Theresia am 20 Decbr. zu Wien mit Sachsen abschloß. Denn er kannte die feindselige Stimmung des sächsischen Hofes und die Mittheilungen, welche er über den Zweck des Vertrages erhielt, bestärkten

ihn in der Ansicht, daß es damit auf die Anfechtung seines Besitzstandes in Schlesien abgesehen sei. Kurz was von diesen Verträgen verlautete, verbunden mit anderen Kundgebungen, benahm Friedrich II jeden Zweifel, daß wenn der Kaiser Karl VII erst völlig abgethan und der Krieg in Italien entschieden sei, an Preußen die Reihe kommen werde. Deshalb hielt er sich bereit seinen Gegnern nicht den Vorsprung zu lassen.

Mit der Verlängerung des continentalen Kriegs war das englische Volk mit nichten zufrieden, und als im December 1743 das Parlament seine Sitzungen wieder aufnahm, erfuhren die Maßregeln, welche Lord Carteret an der Seite König Georgs II eingeleitet hatte, lebhafte Opposition. Wiederum war es vor allen andern Pitt, welcher mit schlagenden Gründen die Verkehrtheit des seit Beginn des Krieges verfolgten Weges darthat und vor den Gefahren warnte, denen man in thörichter Verblendung entgegengieng. Nach wie vor verwarf Pitt nicht die Aufrechthaltung der pragmatischen Sanction gegen den Angriff Frankreichs, sondern die Art und Weise mit der die englische Regierung von Anfang an zu Werke gegangen war. Insbesondere rügte er, daß man versäumt hatte den König von Preußen zum Verbündeten zu gewinnen als es Zeit war, ja daß man vielmehr den Wiener Hof reizte dessen Anerbietungen zu verwerfen, und sagte voraus, daß die Fortdauer des Krieges Preußen nöthigen müsse sich von neuem nach der Freundschaft und dem Beistande Frankreichs umzusehen. Er wies auf den bevorstehenden Angriff auf Flandern hin, zu dem man die Franzosen getrieben habe, während sie, um die Holländer in der Neutralität zu erhalten, ihn bis dahin unterlassen hätten, und gedachte der drohenden Gefahr einer Landung des Prätendenten in England. In der entschiedensten Verwerfung des Vertrages von Worms und der damit zusammenhangenden Maßregeln nannte er Lord Carteret einen verabscheuungswürdigen, alleinigen Minister, der die britische Nation verleugnet und von dem Tranke genossen zu haben scheine, der das Vaterland vergessen macht. Aber wie feurig auch Pitt mit eindringender Kenntniß und staatsmännischer Würdigung der Verhältnisse redete, seine Stimme drang im Parlamente nicht durch, die Majorität blieb auf Seiten des Ministeriums.

So giengen denn die verbündeten Regierungen mit weitreichenden Entwürfen in das Jahr 1744 hinüber, vermochten diese aber jetzt so wenig wie früher mit entscheidenden Schlägen auszuführen: vielmehr kehrten sich bald die Angriffe ihrer Gegner gegen sie und trafen ihre empfindlichsten Stellen. Frankreich schloß einen neuen Familienpact mit dem spanischen Hofe und sicherte sich dessen fernere Mitwirkung in Italien, indem es seinerseits die Verpflichtung übernahm dem Infanten Don Philipp Mailand, Parma und Piacenza zu verschaffen, auf der Räumung von Gibraltar und Port Mahon zu bestehen und den Übergriffen der Engländer in den Colonien, namentlich in Georgien, ein Ende zu machen. Während es bisher nur als Subsidiarmacht aufgetreten war, erklärte es im Frühjahr 1744 an England und an Österreich den Krieg. Mit französischer Unterstützung bereitete der Prätendent Karl Eduard eine neue Schilderhebung der Anhänger seines Hauses vor; die Franzosen unternahmen mit überlegenen Streitkräften die Eroberung von Belgien; in Italien brach Karl von Sicilien die ihm aufgedrungene Neutralität und verband sich wieder mit den Spaniern und Franzosen; und Friedrich II, damals im Rücken gedeckt durch freundliche Beziehungen zu der russischen Kaiserin Elisabeth, schloß am 5 Juni 1744 eine Offensivallianz mit Frankreich und dem Kaiser Karl VII und griff abermals zum Schwerte. Kurz, England und seine Verbündeten ernteten die bittersten Früchte von der herausfordernden Politik, zu der Lord Carteret den Anstoß gegeben hatte. Unter diesen Umständen wurde die Stellung dieses Ministers unhaltbar. So gern König Georg II, dessen politischen Neigungen er in hohem Grade entsprach, ihn auch behalten hätte, seine Amtsgenossen wandten sich von ihm ab und von allen Parteien verlassen trat er von seinem Posten zurück, noch ehe die Parlamentssession wieder eröffnet ward ($\frac{24 \text{ Nov.}}{5 \text{ Dec.}}$ 1744).

Nach Carteret's Rücktritt kam an die Spitze der englischen Regierung Henry Pelham, zwar kein Staatsmann ersten Ranges weder an Talent noch an Charakter, aber persönlich achtbar, besonnen und in den Geschäften gewandt und tüchtig. Ihm stand sein Bruder der Herzog von Newcastle mit seinem fürst-

lichen Reichthume und zahlreichen Anhange zur Seite, und auf den ausgesprochenen Grundsatz, daß von allen Eroberungen abgesehen und der Krieg, in enger Verbindung mit Holland, nur zu dem Ende fortgesetzt werden solle einen billigen und ehrenvollen Frieden zu erlangen, ließen sich Männer verschiedener Parteien bereit finden sich den Pelhams im Amte zu gesellen oder ihnen im Parlamente ihre Stimmen zu leihen. Unter den letzteren war Pitt, der schon im Februar, als die Landung des Prätendenten drohte, die Regierung rückhaltlos unterstützt hatte und mit den nunmehr für die auswärtige Politik aufgestellten Grundsätzen völlig einverstanden war. In der Verwaltung war er nicht, denn Georg II weigerte sich ihm eine Stelle im Ministerium einzuräumen: am wenigsten wollte er ihm die Leitung des Krieges übertragen, welche Pitt als den verantwortlichsten, aber für die Ehre und Wohlfahrt seines Vaterlandes wichtigsten Posten in Anspruch nahm. Die schneidende Schärfe, mit welcher Pitt bei früheren Debatten die Begünstigung hannöverscher Interessen im Rathe der britischen Krone rügte, und die unbegründeten und ungerechten Vorwürfe, welche er gegen die braven hannöverschen Truppen erhob, hatte der König als persönliche Kränkung empfunden. Das mochte er dem kühnen Redner nicht verzeihen, so dringend auch das Interesse des Staates forderte sich eines so einsichtigen und entschlossenen Rathgebers zu bedienen, dessen Patriotismus und Ergebenheit für das protestantische Königshaus sich unter allen Prüfungen bewährte, auf den das Volk mit Vertrauen sah und dessen unbestechliche Tugend und glänzende Talente alle Parteien zur Achtung und Bewunderung nöthigten. So blieb denn die Mittelmäßigkeit am Ruder, und die Folge davon war, daß der Zweck den man zunächst vor Augen hatte, der Friede, weder rasch noch dauerhaft errungen wurde, und daß England das Vertrauen seiner alten Bundesgenossen einbüßte ohne neue zu gewinnen.

Sobald die englische Regierung die früher mit dem Wiener Hofe gehegten Eroberungspläne aufgab, löste sich das enge Einverständniß der Verbündeten. Maria Theresia nahm die britischen Hilfsgelder, die ihr ungemein zu statten kamen, als Abschlags-

zahlungen hin, aber suchte zugleich durch energische Kriegführung und durch neue Allianzen sich die selbständige Entscheidung zu sichern. Und zunächst ließen sich die Dinge günstig genug an. Friedrich II schien durch den neuen Krieg, den er begann, nur seinen Untergang beschleunigt zu haben: er konnte sich in Böhmen gegen die österreichischen und die mit ihnen vereinigten sächsischen Truppen nicht halten und Maria Theresia glaubte Schlesien schon wieder unter die Länder ihrer Krone zählen zu dürfen. Denn Frankreich leistete Preußen die versprochene Unterstützung nicht und Kaiser Karl VII starb; dazu ward Elisabeth von Rußland von ihrer Hinneigung zu Friedrich II bekehrt und durch wohl berechnete Zuträgereien mit glühendem Hasse gegen ihn erfüllt. Graf Brühl, der Meister des sächsisch-polnischen Hofes, insgeheim schon längst auf Friedrichs II Schaden bedacht, bot mit Vergnügen die Hand zu neuen Bündnissen gegen ihn, der Quadrupelallianz von Warschau vom 8 Januar 1745, durch welche König August III sich gegen die Königin von Ungarn und die Seemächte verpflichtete für britisches und holländisches Geld seine Truppen gegen Preußen zu stellen, und zu den Theilungsdeclarationen vom 3 und 18 Mai 1745, mittels deren Österreich und Sachsen übereinkamen nicht eher die Waffen niederzulegen als bis nicht bloß Schlesien erobert, sondern Preußen überhaupt auf engere Grenzen zurückgeführt sei. Maria Theresia sah fortan eine Bedingung der Sicherheit Österreichs darin, daß der König von Preußen für alle Zukunft unschädlich gemacht werde, und betrieb diese Entwürfe damals um so entschiedener, da auf andere Schadloshaltung mit deutschen Landen für sie keine Aussicht mehr war. Baiern war verloren gegangen, während die österreichischen Truppen gegen Preußen gebraucht wurden, und zumal nach dem Ableben Karls VII fand man für gut die auf Einverleibung dieses Landes gerichteten Pläne bei Seite zu legen. Aber die Anschläge zur Zerstückelung des preußischen Staates wurden vereitelt durch den Sieg der preußischen Armee über die Sachsen und Österreicher bei Hohenfriedberg am 4 Juni 1745, welcher abermals über den Besitz von Schlesien entschied. Jetzt stand die englische Regierung von jeder ferneren Mitwirkung zum Kriege gegen

Preußen ab, nachdem sie vergebens bei Maria Theresia auf einen Frieden mit dieser Macht gedrungen hatte, und schloß ihrerseits den 26 August 1745 zu Hannover einen Vertrag mit Friedrich II ab, in welchem sie diesem ihre guten Dienste zur Herstellung des Friedens versprach. Die Grundlage desselben sollte der Breslauer Friede bilden: England garantierte Preußen den Besitz von Schlesien und verpflichtete sich diese Garantie auch in den künftigen allgemeinen Frieden aufnehmen zu lassen. Dagegen willigte Friedrich II ein, nach Abschluß des Friedens zu der Kaiserwahl des Großherzogs Franz Stephan von Toscana seine Stimme zu geben.

Mit der Auflösung des Offensivbundes zwischen Preußen und Frankreich glaubten die englischen Minister viel gewonnen zu haben: aber beim Wiener Hofe fanden ihre Vorstellungen jetzt so wenig Gehör als früher. Die Fortschritte der bourbonischen Waffen in Flandern und in Italien bekümmerten Maria Theresia wenig. Alle ihre Entwürfe hatten zum Mittelpunct Friedrich II und Schlesien; wollte England hierin ihr nicht zum Ziele verhelfen so war ihr die Allianz gleichgiltig. Sie schloß am 29 August mit Sachsen ein noch engeres Bündniß gegen Friedrich II: ohne Rücksicht auf Preußen ward am 13 September die Erwählung ihres Gemahls in Frankfurt vollzogen und ein Sieg ihrer Armee sollte das Fest der Kaiserkrönung verherrlichen. Aber auch diesmal scheiterte der Angriff in der Schlacht bei Soor in Böhmen an der Feldherrnkunst des Königs und an der Tapferkeit des preußischen Heeres, und ebenso erfolglos war das Unternehmen im Winter durch Sachsen nach der Mark vorzudringen um in Berlin den Frieden zu dictieren. Die Vereinigung der zu diesem Angriffe bestimmten Truppenkörper ward durch Friedrichs II Strategie und durch den Sieg des alten Dessauer Fürsten bei Kesselsdorf verhindert; ganz Sachsen fiel in preußische Hand, und England drohte mit seinen Subsidien innezuhalten. Da ergab sich Maria Theresia darein auf Grund der zu Hannover von preußisch-britischer Seite festgestellten Präliminarien den Frieden zu Dresden am 25 December 1745 abzuschließen und die Verträge von Breslau und Berlin zu

bestätigen. In diesem Frieden übernahm die Kaiserin die Garantie aller preußischen Staaten ohne Ausnahme, dagegen garantierte Friedrich die österreichischen Besitzungen in Deutschland. König August III erhielt seine Länder von Preußen zurück. Damit wurde dem ganzen deutschen Reiche der Friede wiedergegeben, während in Italien, in den Niederlanden und zur See die Feindseligkeiten noch ins dritte Jahr fortdauerten.

Die Hartnäckigkeit, mit welcher Maria Theresia den Krieg gegen Preußen verfolgt hatte, brachte ihre Verbündeten in die äußerste Gefahr. Karl Emanuel von Sardinien war nahe daran der Übermacht seiner Feinde zu erliegen: der Infant Don Philipp konnte seinen Einzug in Mailand halten. In Belgien waren die Holländer und Engländer, von den Österreichern wenig unterstützt, nicht im Stande dem überlegenen französischen Heere unter der trefflichen Führung des Marschalls von Sachsen die Spitze zu bieten; ja nach der Niederlage der Verbündeten bei Fontenay konnte der Prätendent Karl Eduard es wagen noch einmal in Schottland das königliche Banner der Stuarts zu erheben. Der Thron des Hauses Hannover wankte, die Regierung war unentschlossen und rathlos und der Schrecken verbreitete sich über das ganze Land. Aber das Parlament hielt fest zu der protestantischen Dynastie; im Unterhause schlug Pitt, der gerade in diesen kritischen Zeiten sich bewegen ließ den Posten eines Kriegszahlmeisters anzunehmen, mit siegreicher Beredsamkeit jede unzeitige Opposition nieder, und am $\frac{16}{27}$ April 1746 machten die königlichen Truppen unter dem Herzog von Cumberland in dem Treffen von Culloden dem schottischen Aufstande ein Ende. Karl Eduards anfänglicher Erfolg und die längere Entwickelung seines Unternehmens dienten nur zum Beweise, daß eine Restauration der vertriebenen Stuarts in England keinen Boden mehr fand. Um so schwerer traf die englische Regierung der Vorwurf, daß sie im Siege nicht Milde walten ließ und statt die überwundene Partei zu versöhnen durch Rohheit und blutige Härte sich die Gemüther der Schotten von neuem entfremdete. Den schlimmsten Namen hatte sich der Herzog von Cumberland selbst gemacht: man nannte ihn ʻden Henkerʼ.

Seit im Innern Englands wie in Deutschland der Kampf zu Ende war, wurde gegen die bourbonischen Mächte nachdrücklicher aber nicht mit größerem Erfolge als früher gestritten. Denn während für England und Holland der niederländische Krieg die nächste Gefahr brachte, beharrte der österreichische Hof dabei seine besten Kräfte anderwärts einzusetzen. Vor allem suchte er sich nunmehr in Italien schadlos zu halten und rechnete um so sicherer darauf hier die Oberhand zu gewinnen, da im Jahre 1746 mit der Thronbesteigung Ferdinands VI in Spanien der Einfluß, den seine Stiefmutter Elisabeth Farnese benutzt hatte um ihre Söhne in Italien zu versorgen, ein Ende nahm. In der That waren die Österreicher bald wieder Herren der Lombardei, und Genua mußte ihnen die Thore öffnen: aber der Einfall, den sie auf Betrieb der englischen Regierung mit den Piemontesen vereint in die Provence unternahmen, ward nach dem Aufstande der Genuesen rückgängig gemacht und ihre Anstrengungen, die ligurische Seestadt von neuem zu bezwingen, waren vergeblich. Zu der gleichen Zeit aber ward österreichischerseits nichts gespart um Elisabeth von Rußland mehr und mehr gegen Friedrich II aufzureizen, und es gelang am $\frac{22\ \text{Mai}}{2\ \text{Juni}}$ 1746 zu Petersburg ein Bündniß zu Stande zu bringen[1], in welchem die beiden Kaiserinnen für den Fall einer neuen Waffenerhebung Preußens sich gegenseitig Hilfe zusicherten. Für den gegenwärtigen Krieg verpflichtete sich Rußland in einer geheimen Erklärung, welche einen Bestandtheil des Vertrags bildete, den Seemächten gegen angemessene Subsidien vierundzwanzigtausend Mann zu überlassen und diese zu Gunsten Österreichs noch um sechstausend Mann zu verstärken. Die hiemit eingeleiteten Subsidienverträge wurden von den Seemächten im nächsten Jahre 1747 abgeschlossen. Demgemäß marschierten im Sommer 1748 36000 Russen bis nach Franken um gegen die Franzosen verwandt zu werden. Hier ward ihnen durch die inzwischen getroffene Übereinkunft der kriegführenden Mächte Halt geboten.

---

[1] Martens Suppl. I 272 ff. Arneth Maria Ther. erste Regierungsj. III 333 ff. Geheimn. d. sächs. Cabinets I 123 ff. 230 ff.

Die Franzosen hatten nämlich 1746 die Eroberung der österreichischen Niederlande bis auf Luxemburg und Limburg beendigt und brachen im nächsten Jahre in Holland ein. Die Engländer machten große Anstrengungen um den Holländern zu helfen; nichts desto weniger blieben die Franzosen gegen das alliirte Heer unter Cumberlands Führung im Siege, und die Wehrkraft der vereinigten Niederlande ward auch damit nicht hergestellt, daß die herrschende Staatenpartei, welche auf der bürgerlichen Aristokratie der großen Städte beruhte, gestürzt und der Oranier Wilhelm IV, der Schwiegersohn Georgs II, zum Generalcapitän und Erbstatthalter erhoben wurde. Die Geldopfer, welche der Krieg forderte, wurden den Holländern und Engländern auf die Dauer unerschwinglich. Aber nicht minder schwer bezahlte Frankreich seine Siege, und was es auf dem Continente gewann gieng zur See und in den Colonien verloren. Die britische Marine, welche im Beginne des Seekrieges wenig ausrichtete, hatte sich in den letzten Jahren bedeutend gehoben: von einem königlichen Geschwader unterstützt hatten die Neu-Engländer schon im Jahre 1745 Cap Breton mit Louisburg, die wichtigste Festung am Lorenzbusen, den Franzosen entrissen und bereiteten jetzt einen Angriff auf Canada vor. Die französische Kriegs- und Handelsflotte erlitt einen empfindlichen Verlust über den andern und die Engländer behaupteten auf allen Meeren das Übergewicht. Unter solchen Verhältnissen kam es zunächst zwischen Frankreich und England zu einer Verständigung über die gegenseitige Rückgabe der gemachten Eroberungen und der Garantie von Schlesien als Basis des Friedens, und die Niederlande vereinigten sich mit diesen Mächten zu den Präliminarien, welche zu Aachen den 30 April 1748 unterzeichnet wurden. Ihre Verbündeten, außer Stande für sich allein den Krieg fortzusetzen, sahen sich gezwungen ihren Widerspruch fallen zu lassen. So ward am 18 October 1748 der Friede zu Aachen geschlossen.

Dieser Friede trug mehr den Charakter einer vorläufigen Übereinkunft als eines schließlichen Austrages der Streitfragen, welche die europäischen Mächte unter die Waffen gebracht hatten. Die bourbonischen Höfe erlitten keine Einbuße

an Gebiet, vielmehr wurde neben dem Könige beider Sicilien in Italien noch ein zweiter Infant der spanischen Linie, Don Philipp, der Schwiegersohn des Königs von Frankreich, mit Land ausgestattet, und zwar mit Parma, Piacenza und Guastalla, während Karl Emanuel von Sardinien sich mit dem im Vertrage von Worms ihm überlassenen Stücke mailändisches Gebietes begnügen mußte. Aber Minorca und Gibraltar, die Stützpuncte der englischen Macht im Mittelmeer, waren nicht erobert und die Streitigkeiten über die Colonien zwischen England auf der einen und Spanien und Frankreich auf der andern Seite blieben unerledigt. Die englische Regierung behielt sich ihre Ansprüche stillschweigend vor, um sie zu gelegener Zeit geltend zu machen: der französische Hof wollte um jeden Preis sofort Frieden haben und gönnte sich deshalb nicht die Zeit zu weitläufigen Erörterungen. Deshalb gieng man übereilt und oberflächlich über vorhandene Schwierigkeiten hinweg, deren Lösung allein dem Frieden Dauer sichern konnte. Zwar wurde den Franzosen die Rückgabe ihrer überseeischen Besitzungen zugesagt und zu ihrer hohen Genugthuung sogar durch britische Geiseln verbürgt; insbesondere erhielten sie zu großem Verdrusse der Neu-Engländer Cap Breton zurück. Aber die streitigen Grenzen französischer und englischer Gebiete in Nordamerika wurden nicht festgestellt, sondern man setzte in den Vertrag die vieldeutige Clausel, alles auf den Fuß zurückzuführen, auf dem es vor dem Kriege war oder sein sollte. Damit sah sich jeder Theil angewiesen, das Recht, welches er zu besitzen meinte, so viel an ihm war zu behaupten und zu verfechten. Eben so wenig wurden die Grenzen Georgiens gegen das spanische Florida bestimmt oder die Interessen des britischen Handels in den westindischen Gewässern wahrgenommen, über welche zuerst der Seekrieg entstanden war: für den Assiento, welcher demnächst erlöschen sollte, erhielt England keinen entsprechenden Ersatz. Mochte die englische Nation, des Krieges müde wie sie war, für den Augenblick auch diesen Friedensschluß hinnehmen, so war er ihr doch von allem Anfang an widerwärtig, und sie täuschte sich nicht darüber, daß der Streit über lang oder kurz von neuem entbrennen müsse.

Da war es denn vor allem bedenklich daß die englische Regierung, während sie mit den Gegnern sich nicht klar auseinandersetzte, auf ihre bisherigen Bundesgenossen für die Zukunft nicht zählen durfte. Die Holländer zogen sich aus dem Kriege die Lehre, daß was auch geschehe sie sich neutral halten müßten um nicht ihre Renten und ihr Stillleben aufs Spiel zu setzen. Diese Gesinnung vertrat die Staatenpartei, welche überdies zu Frankreich hinneigte, sowohl aus Eifersucht auf das wachsende commercielle und maritime Übergewicht der Engländer als weil der erbstatthalterliche Hof zu England hielt. Ihr Einfluß auf die niederländische Politik machte sich nach dem frühen Tode Wilhelms IV, während seine Wittwe Anna von England unter dem Beirathe des Oberbefehlshabers der Landtruppen, des Prinzen Ludwig von Braunschweig, für den jungen Oranier die Vormundschaft führte, wieder in voller Stärke geltend: der Regentin blieb nichts übrig als die Beschlüsse der Generalstaaten formell zu genehmigen. Karl Emanuel von Sardinien hatte bei dem letzten Kriege so wenig seine Rechnung gefunden — denn von den Entschädigungen welche das Wormser Bündniß ihm zusprach wurden ihm weder Piacenza noch Finale zu Theil —, daß er es von nun an fürs klügste hielt sich nicht wieder in die Händel der großen Mächte zu mischen. Maria Theresia endlich unterwarf sich den Friedensbedingungen nur nach wiederholten Verwahrungen und mit dem äußersten Widerstreben. Daß sie Belgien zurückerhielt und daß die pragmatische Sanction, auf der ihre Nachfolge in dem habsburgischen Gesammterbe beruhte, anerkannt wurde verschlug ihr wenig: sie empfand allein die Opfer welche der Vertrag besiegelte und die Täuschung ihrer Hoffnungen. Es kränkte sie bitterlich, daß sie in Italien statt die Bourbonen verdrängt zu sehen und Genua zu züchtigen, zu Gunsten Sardiniens an dem ererbten Herzogthum Mailand Einbuße erfuhr: noch unerträglicher war es ihr, daß in diesem europäischen Vertrage Schlesien und Glatz unter gemeinsamer Garantie der betheiligten Mächte als preußisches Besitzthum anerkannt und die pragmatische Sanction nur mit dieser Beschränkung bestätigt wurde. Unter den bittersten Vorwürfen sagte sie zu dem englischen Ge-

sandten Sir Thomas Robinson, als dieser ihr den bevorstehenden Abschluß der Präliminarien eröffnete: „Meine Feinde werden mir bessere Bedingungen gewähren als meine Freunde. — Euer König von Sardinien muß alles haben, ohne die geringste Rücksicht und Fürsorge für mich. — Guter Gott wie bin ich von dem britischen Hofe behandelt worden. Da ist Euer König von Preußen! Wahrlich alle diese Umstände zusammen reißen zu viel alte Wunden auf und schlagen neue Wunden!" Als Robinson's Nachfolger Mr. Robert Keith der Kaiserin den Glückwunsch zu dem Abschlusse des Friedens darbringen wollte, ließ sie ihm sagen, eine Beileidsbezeigung würde besser angebracht sein. Das englische Bündniß hatte ihren Zwecken nicht genügt, jetzt warf sie ihre Augen auf Frankreich. Immer von neuem hatte sie in den letzten Jahren die Hoffnung gefaßt mit Frankreich sich über den Frieden verständigen zu können. Nach Beendigung des Krieges blieb es ihr persönlicher Gedanke ein Bündniß mit dem Hofe von Versailles zu suchen und sie ließ schon während des Aachener Congresses durch ihren Bevollmächtigten den Grafen Wenzel Anton von Kaunitz-Rietberg zu diesem Ende dem französischen, Grafen St. Severin, Eröffnungen machen. Die Verstimmung des Wiener Hofes ward von dem russischen getheilt: die Kaiserin Elisabeth fühlte sich sowohl durch die Rücksendung ihrer Truppen als durch die zu Gunsten Preußens ertheilte Garantie beleidigt und wartete nur auf die Gelegenheit ihrem Groll gegen Friedrich II freien Lauf zu lassen.

Zweites Capitel.

Die Politik der Großmächte nach dem Aachener Frieden.

Durch die Lage der Dinge zu Ende des österreichischen Erbfolgekrieges war der britischen Regierung ein bestimmter Gang ihrer ferneren Politik vorgezeichnet. Es konnte sich verständiger Weise nur darum handeln, die Wohlfahrt des eigenen Landes,

welche sie vermocht hatte ohne weitere Rücksicht auf Österreich zu einem Friedensschlusse die Hand zu bieten, auch ferner allein zur Richtschnur ihres Verfahrens zu nehmen; auf dem Continent den Frieden so weit möglich zu erhalten und, da die bisherigen Verbündeten sich gleichgiltig oder erzürnt abwandten, neue Bundesgenossen zu suchen, mit denen ein aufrichtiges Einverständniß möglich war. Der einzige Fürst auf dem Festlande der, wenn Österreichs Beistand versagte, England eine starke Hand bieten konnte, war Friedrich von Preußen, und welchen Schaden andererseits das preußisch-französische Bündniß den britischen Interessen brachte hatten die Thatsachen gelehrt. Den preußischen König von einer engeren Verbindung mit dem französischen Hofe abzubringen, die zwischen ihm und Maria Theresia vorhandene Feindschaft und Verbitterung wo möglich zu heben, auf jeden Fall aber einen dritten Krieg um Schlesien zu verhüten, damit wenn ein neuer Seekrieg ausbreche, Preußen und Deutschland vielmehr gegen Frankreich gerüstet seien, das war das einfache Programm, welches sich aus einer unbefangenen Prüfung der Verhältnisse für die britische Politik ergab. Und in der That nahm die Regierung König Georgs II einen Anlauf demgemäß zu handeln. Die Bedingungen, unter denen Weihnachten 1745 der Dresdner Friede geschlossen wurde, waren wie wir gesehen haben schon am 26 August zu Hannover zwischen dem britischen Staatssecretär und dem preußischen Gesandten vereinbart. Durch die Garantieacte vom $\frac{19}{30}$ Sept. 1746 hatte England die frühere Garantie vom $\frac{24\ \text{Juni}}{5\ \text{Juli}}$ 1742 und den Allianzvertrag von Westminster vom $\frac{18}{29}$ November desselben Jahres erneuert und die Verträge von 1745 und demgemäß den preußischen Besitz von Schlesien und Glatz gewährleistet, wogegen Friedrich II seinerseits zu Berlin am 13 October 1746 sowohl die in jenem Tractate ausgesprochene Garantie der österreichischen Staaten in Deutschland und den Defensiv- und Garantievertrag mit Georg II in seiner Eigenschaft als König von England und Kurfürst von Hannover abermals bestätigte als auch die Zahlung der schlesischen Schuld gemäß dem Berliner Frieden zusicherte. Damals schon erblickten die bedeutendsten Staatsmänner in dem Könige von Preußen den einzigen

Fürsten, der durch seine Theilnahme am Kriege Belgien den Franzosen abgewinnen, die vereinigten Niederlande schützen und England in den Stand setzen könnte statt auf dem Continent für Verbündete einzutreten lieber die eigenen Angelegenheiten jenseit des Meeres wahrzunehmen. Deshalb waren die Minister darüber aus durch hohe Subsidien seinen Beistand zu erkaufen.

Aber König Friedrich war nicht des Sinnes für englisches Geld Kriegsdienste zu thun. Nachdem er Preußens Machtstellung befestigt hatte fand er seine Pflicht und seinen Beruf darin den Staat im Frieden durch gerechte und weise Regierung emporzubringen und hielt sich deshalb vom Kriege fern. Während die andern Mächte die erborgten oder mit saurem Schweiße ihrer Unterthanen zusammengebrachten Gelder in einem mehr und mehr zwecklosen Kriege vergeudeten, sah man ihn, den ruhmgekrönten Kriegsfürsten, nach errungenem Frieden als den ersten Diener seines Staats, treu im großen wie im kleinen, an der Wohlfahrt seiner Unterthanen arbeiten und in Gesetzgebung und Verwaltung, von einsichtsvollen Räthen und Beamten unterstützt, schöpferisch und belebend wirken. Der Lohn dieser Arbeit war die dankbare Hingebung der Preußen an ihren großen König und die Bewunderung von Deutschland und von Europa, das nicht umhin konnte in seiner Regierung ein glänzendes und unerreichtes Muster anzuerkennen. Niemals aber wirkte Friedrichs innere Regierung wohlthätiger als in den zehn Friedensjahren welche dem zweiten schlesischen Kriege folgten. Es war in jener Zeit, um nur das eine zu erwähnen, wo das segensreiche Werk der verbesserten Rechtspflege durchgeführt ward, welches dem Richterstande seine Würde und seine Selbständigkeit sicherte und es jedem Unterthanen möglich machte schnell zu seinem Rechte zu gelangen. Diese und andre Reformen, welche Friedrich der große mit hellem und freiem Geiste anordnete, weckten die Energie und das Selbstgefühl des Volkes und erzeugten auf allen Gebieten ein lebendiges Streben.

Die Verjüngung und Kräftigung des preußischen Staats blieb weder in Frankreich noch in England unbemerkt. Die französischen Staatsmänner sahen in Preußen ein Gegengewicht gegen das

Haus Habsburg, wollten aber nicht daß die junge aufstrebende Macht sich den Einfluß unter den Reichsständen aneigne, welchen Frankreich seit dem dreißigjährigen Kriege als sein gebührendes Theil betrachtete. In England sah man dagegen in Preußen den natürlichen Bundesgenossen, und dies um so mehr, je lästiger und unersprießlicher die österreichische Allianz wurde. Daher entsprach es vollkommen der öffentlichen Meinung und wurde von allen einsichtsvollen Staatsmännern gebilligt, daß die Regierung, nachdem sie umsonst gesucht hatte mit der Kaiserin Maria Theresia über den Friedensschluß einig zu werden, sich dahin entschied, ein vollständiges Einvernehmen mit Preußen herzustellen. Am entschiedensten waren dafür Henry Pelham und der Lordkanzler Hardwicke[1], und König Georg II gab, allerdings mit Widerstreben, seine Zustimmung zu den Schritten welche dazu erforderlich schienen. Demgemäß ward die französischerseits schon in den ersten Propositionen beantragte Garantie Schlesiens[2] im allgemeinen Frieden von England acceptiert und trotz aller österreichischer Protestationen sowohl in den Präliminarien als im Definitivfrieden festgehalten. Zu der Mission in Berlin ward von Newcastle im Januar 1748 Henry Legge ausersehen, ein jüngerer Sohn einer alten angesehenen Familie, damals einer der Lords des Schatzamtes. Legge war als Geschäftsmann, namentlich im Finanzfache, ausgezeichnet und genoß wegen seines rechtschaffenen und tüchtigen Charakters große Achtung. Die Wahl eines solchen Mannes zum Vertreter Englands bei Friedrich dem großen war eine glückliche und hatte Pitt's ausdrückliche Zustimmung erhalten[3]. Gleich in seiner ersten Audienz am 1 Mai 1748 — denn seine Sendung war bis dahin verzögert worden — erklärte Legge: „ich bin der Abgesandte eines Ministeriums, das durch den allgemeinen Beifall stark ist, und einer Nation,

---

[1] Coxe's Pelham I 494.

[2] Arneth, M. Theresia's erste Regierungsjahre III 478, 13. Geheimn. des sächs. Cabinets I 234: la France garantira la Silésie ainsi que l'Angleterre l'a garantie.

[3] Chatham Corresp. I 28.

die den König von Preußen ehrt und liebt als einen großen Fürsten und Helden, seinen Thaten eine unaussprechliche Bewunderung widmet und ihm die Garantie aller seiner Staaten von Europa verschaffen will." Friedrich erwiederte mit dem Wunsche eines aufrichtigen Einverständnisses in solcher Weise, daß Legge die Überzeugung faßte: des Königs Herz ist noch deutsch, trotz der französischen Schnörkel auf der Oberfläche[1]. In den folgenden Unterredungen gieng Friedrich näher auf seine Stellung zu Frankreich und den Seemächten ein. Frankreichs Hilfe sei ihm in der Gefahr fern; auf die Dauer sei bei einem Bunde mit dieser Macht nichts zu gewinnen, denn ein Verbündeter der Franzosen sein bedeute in der That ihr Sklave sein. Dagegen befänden sich die Seemächte in der Lage ihm beistehen zu können: insbesondere würden die wesentlich gleichen Interessen sowie die starken Bande der protestantischen Religion, der Staatsklugheit und des Blutes einem Bunde Preußens und Englands Festigkeit geben. Wenn gleich die Verwickelung der Umstände ihn zu Frankreich hingeführt hätte, sei er sich doch wohl bewußt, wo die wahren und wesentlichen Interessen jenes Staates lägen. Sobald ein allgemeiner Friede geschlossen sei, hinderten ihn seine Verpflichtungen gegen Frankreich nicht, mit den Seemächten in das engste Bündniß zur Sicherung der Freiheit Europas zu treten. Friedrich ersuchte den Gesandten zu einem derartigen Vertheidigungsbündnisse, welches abzuschließen er bereit sei, sich Instruction und Vollmacht ertheilen zu lassen. Übrigens lehnte er es entschieden ab, so lange die Friedensverhandlungen noch schwebten, aus seiner neutralen Haltung herauszutreten. Er habe dem Andringen des Hofes von Versailles für seine Zwecke etwas zu thun widerstanden, aber seine Verpflichtungen gegen denselben seien der Art, daß es ihm als Ehrensache gelte nicht gegen Frankreich Partei zu ergreifen. Nach der guten Aufnahme welche er fand und der entgegenkommenden Erklärung des Königs sprach Legge gegen Pitt die bestimmte Hoffnung aus, man werde seines mächtigen Beistandes sich für künftige Fälle versichern und England und

---

[1] Raumer Beitr. II 227 f.

Preußen durch ein Bündniß verknüpfen können, welches für beide Theile gleich ersprießlich sei[1].

Legge glaubte noch einen weiteren Schritt thun zu dürfen. Es schien damals das Ableben des Kurfürsten Clemens August von Köln nahe bevorzustehen, der neben andern geistlichen Territorien auch das Bisthum Osnabrück inne hatte. Dieses mußte alsdann gemäß der im westfälischen Frieden stipulierten Alternative auf einen protestantischen Fürsten übergehen und zwar auf einen jüngeren Prinzen des hannövrischen Hauses. Georg II hatte es dem Herzoge von Cumberland zugedacht, aber wollte sich nicht mit dessen Inhaberschaft auf Lebenszeit begnügen, sondern bemühte sich Osnabrück als erblichen Besitz für seine Familie zu erlangen. Die Verhandlungen, welche er ohne Vorwissen seiner englischen Minister einleitete, ließ Georg II, als er Ende Mai 1748 sich nach Hannover begeben hatte, sowohl auf dem Aachener Congresse als an den Höfen von Versailles, Wien und Berlin durch seine hannövrischen Minister eifrig betreiben. Die katholischen Höfe wollten jedoch nichts davon wissen: Maria Theresia erklärte offen, daß keine Rücksicht irgend einer Art sie vermögen werde darein zu willigen. Inzwischen ließ sich Legge ohne dazu Ermächtigung zu haben auf die Sache ein und traf mit König Friedrich die vorläufige Abrede, daß Preußen das hannövrische Anliegen mit seinem Einflusse und Beistande fördern werde; dagegen solle das alte Bündniß des brandenburgischen Hauses mit den Seemächten erneuert werden. Was Österreich anbetraf, so war Friedrich bereit durch das Mittel der Seemächte für die kaiserlichen Besitzungen jede Garantie und Sicherheit zu geben[2].

Das Verfahren Legge's entsprach den Absichten des Ministeriums, welches ihn abgeordnet hatte, aber König Georg II war keineswegs davon erbaut. Er hatte in die Mission nur gewilligt um auf den Wiener Hof einen Druck zu üben, jedoch ein selbständiges Bündniß mit Preußen wollte ihm jetzt so wenig als

---

[1] Legge an Pitt $\frac{10}{21}$ Mai 1748. Chatham Corresp. I 30.

[2] Coxe's Pelham I 435 ff. Vgl. S. 502 Hardwicke's Brief an Newcastle. Juli $\frac{15}{26}$ 1748.

früher zu Sinne. Die Stellung welche er Preußen zugedacht hatte war keine andre als die, daß es in einer neuen großen Allianz der Seemächte mit der Kaiserin und der Czarina neben Sardinien seinen Platz finden sollte[1]. Dazu kam die Einmischung Legge's in kurfürstliche Angelegenheiten, wogegen Georg II besonders empfindlich war. Kurz der König beschied ihn bald nach seiner Ankunft zu sich nach Hannover um ihm sein höchstes Mißfallen zu erkennen zu geben und wenig fehlte, so wäre Legge ohne weiteres nicht bloß von der Gesandtschaft sondern auch aus dem Schatzamte entlassen worden. Wurde auch dies von Newcastle abgewendet, so konnte doch seine Mission in Berlin unter solchen Umständen keinen Erfolg haben, und Georg II kehrte nicht nach England zurück ohne vorher Legge von dem Posten abzurufen, auf welchem er sich die Achtung und den Beifall des preußischen Monarchen erworben hatte[2]. Inzwischen verlief die Verhandlung über Osnabrück ohne Resultat. Maria Theresia und ihr Gemahl der Kaiser beschwichtigten Georg II mit der Erklärung, daß wenn alle andern betheiligten zustimmten sie ihren Widerspruch fallen lassen würden. Mittlerweile genas der Kurfürst von Köln und überlebte schließlich Georg II, so daß von der Sache nicht weiter die Rede war.

In den Verhandlungen mit Preußen hatten die persönlichen Neigungen Georgs II über die Entwürfe seines Cabinets den Sieg davon getragen, und die britische Politik lenkte in die alten Bahnen zurück, ohne daß die Minister ernstlich widerstrebten. Es ward nunmehr alles aufgeboten um das gestörte Einvernehmen mit dem Wiener Hofe wieder herzustellen, den Unmuth der Kaiserin zu beschwichtigen und sie durch wesentliche Dienste zu verpflichten. Robert Keith, der neue Gesandte am kaiserlichen Hofe, war durch die Milde und Lauterkeit seines Charakters ganz dazu geschaffen dieser versöhnlichen Stimmung Ausdruck zu geben. Zum handgreiflichen Beweise, daß der britische Hof die engste Gemeinschaft mit dem österreichischen aufrecht zu erhalten

---

[1] A. a. O. I 427. 439 f.

[2] Das Abberufungsschreiben ist erlassen Hannover den $\frac{4}{15}$ Nov. 1748.

wünsche, wurde im Frühjahr 1749 zu den früheren Subsidien noch die nachträgliche Zahlung von 100000 L. St. an die Kaiserin geleistet. Henry Pelham, der am entschiedensten diese Forderung als unbegründet und unzulässig bestritten hatte, bequemte sich dem Willen des Königs und der von seinem Bruder gegebenen Zusicherung so weit, daß er selbst die Bewilligung im Parlament beantragte. Und Maria Theresia schien nunmehr in der That befriedigt: wiederholt erklärte sie, daß sie in Georg II ihren ältesten und besten Freund erkenne.

Aber wenn auch äußerlich das gute Einvernehmen erneuert war, mit den obschwebenden Fragen kamen die beiden Höfe unter einander nicht aufs reine. Namentlich konnten sie über die staatsrechtliche Stellung der österreichischen Niederlande zu den Seemächten sich nicht einigen. Da faßte König Georg II einen Plan, dessen Durchführung wie er überzeugt war die alliirten Mächte unauflöslich verknüpfen, das politische System von Europa und namentlich die Ruhe von Deutschland auf die Dauer sichern und allen ehrgeizigen Absichten Preußens vorbeugen sollte. Dieser bestand darin, schon jetzt die Wahl des damals neunjährigen Erzherzogs Joseph zum römischen König zu bewirken, zu diesem Zwecke eine überwiegende Mehrzahl kurfürstlicher Stimmen zu gewinnen und gegen etwaigen Widerstand Preußens sich durch ein russisches Bündniß zu waffnen[1].

Im Sommer 1750 als Georg II wiederum, mit keinem unbequemeren Minister als Newcastle an der Seite, in Hannover residierte, ward dieser Plan in Angriff genommen. Maria Theresia und ihr Gemahl der Kaiser hatten einen solchen Vorschlag nicht hervorgerufen[2], aber sie nahmen ihn mit Dank auf und wirkten an ihrem Theile dazu mit die Wahl ihres ältesten Sohnes durchzusetzen. Auch die Generalstaaten verstanden sich dazu die Maßregel, welche den Frieden Europas verbürgen sollte, mit baarem

---

[1] S. über die römische Königswahl Coxe's Pelham II 119 ff. nebst den Correspondenzen im Anhange. Adelung Staatsgesch. Eur. VII 146 ff.

[2] Coxe Pelham II 340 — 'of my own proposing, without being asked' sagt K. Georg II.

Gelde zu unterstützen. Die römische Curie gewährte die in Rücksicht auf die Jugend des Erzherzogs nachgesuchte Dispensation.

So begann denn das Markten um die kurfürstlichen Stimmen. Der Kurfürst von Mainz, Johann Friedrich Karl aus dem Hause der Grafen von Ostein, war dem kaiserlichen Hofe unbedingt ergeben und bereit die Wahl auszuschreiben; auch des kurtrierschen Hofes hielt man sich sicher. Am wichtigsten erschien es mit den wittelsbachischen Höfen einig zu werden, welche als Lehnsträger Frankreichs galten. Das Geschäft war dadurch erleichtert, daß der französische Hof, längst verstimmt über die stolze Selbständigkeit des preußischen Monarchen, an die Stelle von Valori, der in seiner eilfjährigen Gesandtschaft das Bündniß mit Preußen geschlossen und gepflegt hatte, den Irländer Lord Tyrconnel nach Berlin sandte um dem Könige die Stirn zu bieten[1]. Dagegen ward Valori angewiesen den Sommer über in Hannover bei dem Könige von England zu verweilen, der ihn mit offenen Armen empfing. So wurde denn in der That mit dem Kurfürsten von Baiern ein Subsidienvertrag geschlossen[2], demgemäß er in den Jahren 1750—1756 von England im ganzen 120000 L. St., von Holland und von Österreich je 60000 L. St. bezog. Die österreichische Zahlung diente als Abfindung seiner Ansprüche auf Mirandola und Concordia, welche übrigens österreichischerseits nie anerkannt waren. Dafür versprach der Kurfürst 6000 Mann als Hilfstruppen bereit zu halten und in den Reichsangelegenheiten „mit Hannover zu stimmen"; denn dies war die Formel, unter der der Wahlhandel begriffen ward. Dagegen stieß sich die Verhandlung an den Forderungen von Privilegien, Territorialabtretung und Geldentschädigung, welche Kurfürst Karl Theodor von der Pfalz erhob. Köln, dessen man sich schon durch einen Subsidientractat vom 18 Mai 1750 versichert zu haben glaubte, unterstützte diese Ansprüche und machte von deren Erledigung seine Abstimmung auf dem Wahltage abhängig. Im Jahre 1751 schlossen sowohl Kurpfalz als Köln neue Subsidienverträge mit

---

[1] Valori mém. I 297. Oeuvres de Frédéric IV 17.

[2] Hannover d. 22 Aug. 1750. Wenck cod. jur. gent. II 457—463.

Frankreich[1] und steigerten daraufhin den Preis ihrer Stimmen. König Friedrich von Preußen endlich, dem man zu allerletzt über diese Angelegenheit Eröffnung that, erklärte von vornherein die Wahl eines minderjährigen Prinzen zum römischen Könige unter den obwaltenden Umständen für unzweckmäßig und verwahrte sich gegen jede den Reichsgesetzen nicht entsprechende Wahlhandlung, und wenn gleich Georg II, um seine Besorgnisse zu beschwichtigen, der früher übernommenen Verpflichtung gemäß die Garantie des Dresdner Friedens von Seiten des Reiches erwirkte[2], so ließ er darum doch nicht ab auch fernerhin im Sinne seiner früheren Erklärungen zu handeln.

Um Preußen in Schach zu halten trug Georg II dem russischen Hofe einen Subsidienvertrag an, nachdem er bereits im Jahre 1750 dem österreichisch-russischen Bündnisse von 1746, jedoch nur dem Hauptvertrage, nicht den geheimen Artikeln, beigetreten war[3]. Zugleich bemühte er sich den französischen Hof, der seinerseits durch die in seinem Solde stehenden Fürsten der Wahl hinderlich war, mit Preußen zu entzweien. Damals gieng Graf Kaunitz nach Paris, in der Absicht für die von ihm und der Kaiserin längst gewünschte französische Allianz weitere Schritte zu thun und brachte zur Genugthuung des britischen Cabinets sehr bald eine Entfremdung der Höfe von Versailles und Berlin zu wege. Inzwischen wurde man mit dem Dresdner Hofe Handels einig. König August III hatte fünf Jahre lang französische Subsidien bezogen; nunmehr ließ er sich gegen Übernahme derselben Verpflichtungen wie Baiern in den Jahren 1751—1755 von den Seemächten zusammen 192000 L. St. zahlen, zwei Drittel von England, ein Drittel von Holland. Ueberdies half Georg II als Kurfürst von Hannover mit seinem gefüllten Schatze der kur-

---

[1] Der neue Vertrag mit Pfalz datirt vom 17 Jan. 1751; der Subsidienvertrag mit Köln vom 1 März 1751. Ein neuer Vertrag mit Köln ward am 26 Dec. 1753 abgeschlossen. Vgl. hierüber L. Ennen Frankreich u. der Niederrhein II 298 ff.

[2] S. die Actenstücke bei Wenck II 527 ff.

[3] Martens Suppl. 1807. III 26 ff. Vgl. Geheimnisse des sächs. Cabinets I 201 ff.

fürstlich sächsischen Steuerkasse aus. Schon in den Jahren 1744 und 1745 hatte er dieser 2½ Million Thaler Conventionsmünze vorgeschossen; jetzt erhöhte er dieses Darlehen noch um eine Million und ließ sich dagegen die Einkünfte der Grafschaft Mansfeld und anderer Herrschaften verpfänden[1].

Georg II war seiner Sache jetzt so gewiß, daß er im Frühjahr 1752 einen Ministercongreß nach Hannover berief, zu welchem von französischer Seite Vergennes, der Gesandte am kurtrierschen Hofe, abgeordnet wurde[2]. Vergennes hatte bereits den Kurfürsten von Trier, einen geborenen Grafen von Schönborn, gegen die Wahl eingenommen und war in Hannover geschäftig die pfälzischen Ansprüche zu vertreten, welche den Hauptgegenstand der Verhandlungen bildeten. Schließlich wurden diese dahin formuliert, daß Pfalz das Privilegium de non appellando für alle seine Gebiete, also auch für Jülich, erhalten sollte, ferner die Abtretung gewisser Territorien, auf die es Österreich gegenüber Ansprüche zu haben vorgab, endlich 1,200000 fl. Entschädigung, welche noch vom spanischen Erbfolgekriege her berechnet wurden. Von dieser Summe waren England und Holland bereit 500000 fl. zu übernehmen; aber der Wiener Hof lehnte in herber Weise ab und war trotz alles Andringens und selbst Drohungen englischerseits nicht zu bewegen auf jene Forderungen einzugehen. Was die Zahlung anbelangte so ließ sich Kaiser Franz I schließlich dazu herbei fünf oder sechshunderttausend Gulden darein zu geben: aber die Bewilligung des begehrten Privilegiums und die Abtretung irgend eines Landstriches ward aufs entschiedenste verweigert. So konnte denn Georg II im September 1752 nicht weiter kommen, als daß er seinerseits die Convention mit Kurpfalz unterzeichnete[3], mit der Erklärung daß sie giltig sein sollte, sobald auch Österreich beiträte: aber dieser Beitritt erfolgte nicht. Vielmehr beschwerte sich der österreichische Hof, daß England

---

[1] Dresdener Vertrag v. 13 Sept. 1751. Wenck II 593 ff. Über die Darlehen s. Gretschel sächs. Geschichte III 68.

[2] Flassan hist. de la dipl. franç. VI 12.

[3] Adelung Staatsgeschichte VII 260.

jeden, der einen Anspruch erhebe um die Kaiserin zu berauben, unterstütze; Maria Theresia sagte gerade heraus daß auch eine Krone zu theuer erkauft werden könne und ließ an auswärtigen Höfen erklären, daß sie es als ihrer unwürdig betrachte die Erhebung ihrer Familie dem Einflusse einer fremden Macht zu verdanken.

Sehr verdrießlich kehrte König Georg II nach England zurück und besuchte Hannover die beiden nächsten Jahre nicht wieder. Freilich war er auch jetzt von seinem Lieblingsgedanken, mit dem seiner Überzeugung nach das politische System von Europa stehen oder fallen mußte, nicht abgekommen. Er hielt für das Gelingen der Wahl seine Ehre verpfändet und fuhr fort eine Ausgleichung mit Kurpfalz zu betreiben. Hier war man schließlich nicht abgeneigt auf billigere Bedingungen einzugehen; der französische Hof sah im Herbste des Jahres 1754 die Sache für so gut als abgemacht an[1], und Friedrich der große ließ im Januar 1755 ein Memoire über die dem neuen Könige aufzuerlegende Wahlcapitulation ausarbeiten. Da erfuhr er daß die Sache von neuem ins Stocken gerathen sei. Diesmal war es England, welches mit dieser Verhandlung innehielt. Es hatte für einen neuen Seekrieg mit Frankreich seine Maßregeln zu treffen und wollte mit dem Wiener Hofe zuvörderst über näher liegende und dringendere Interessen aufs reine kommen, als die römische Königswahl es war.

Die Colonialstreitigkeiten zwischen England und Frankreich, welche die Diplomaten beim Friedensschluß in der Schwebe gelassen hatten, mußten an den Thatsachen zur Entscheidung kommen: denn die Commissarien, welche im Frieden vorbehalten waren, brachten eben so wenig eine Vereinbarung zu wege als die Minister welche schließlich die Sache in die Hand nahmen. Die Forderungen beider Theile giengen so weit aus einander, daß eine Vermittelung allerdings schwer zu finden war. Die Franzosen setzten als Grenze des britischen Acadiens oder Neu-Schottlands den Isthmus, welcher die Halbinsel mit dem Festlande verbindet: die Engländer dagegen, welche durch die Gründung von Halifax

[1] 1754 Sept. 9. Paris. Bericht des preußischen Gesandten Knyphausen.

im Jahre 1749 sich einen trefflichen Hafen sicherten, nahmen das ganze Landgebiet im Süden des Lorenzstromes bis zur Fundybai in Anspruch. Die Engländer in den Küstenprovinzen hielten sich berechtigt die Alleghanies und Apalaches zu überschreiten und im Gebiete des Ohio und Missisippi ihre Blockhäuser und Factoreien aufzuschlagen: die Franzosen hinwiederum betrachteten den Bereich dieser Ströme als ihr Eigenthum und drangen von ihnen landeinwärts an die Seen vor, welche das große Wassergebiet des inneren Nord-Amerika bilden; deshalb setzten sie den englischen Handelsleuten und Ansiedlern das Gebirge als Grenze, welche sie nicht überschreiten dürften.

Der Besitz von Landstrecken, welche bis dahin selten der Fuß eines weißen Mannes betreten hatte, konnte an sich unwesentlich erscheinen; aber die Franzosen, welche an Ort und Stelle mit dem Stand der Dinge vertraut worden waren, erkannten klar, daß es sich bei diesem gegenseitigen Ringen um den Vorsprung um nichts geringeres handele, als darum ob die französischen Colonien in Amerika überhaupt fortbestehen oder den Engländern verfallen sollten. Die Franzosen hatten an den mächtigsten Strömen des nördlichen Continents Fuß gefaßt und ihre Städte gegründet, eine beträchtliche Anzahl thätiger und unternehmender Ansiedler hatte sich in ihren Colonien niedergelassen und die Bevölkerung nahm in steigender Progression zu. Aber bei allen Vortheilen der Lage vermochten sie mit den englischen Niederlassungen nicht Schritt zu halten. In den französischen Colonien ward alles von Regierungswegen bestimmt und nach militärischen und mönchischen Vorschriften geregelt: die britischen Ansiedlungen dagegen erwuchsen aus dem Grundsatze politischer und religiöser Freiheit und hatten trotz der Willkür und dem Unverstande, welche in jener Zeit die meisten Versuche britischer Staatsmänner in Colonialpolitik bezeichnen, doch ein solches Maß von Selbstverwaltung, daß ihr Gemeinsinn und ihre Thatkraft stets neue Anregung erhielt. Sie begannen damals, während das Mutterland ihre Angelegenheiten wenig kannte und beachtete, selbständig ihren Weg zu verfolgen. Im letzten Kriege hatten sie Cap Breton eingenommen und die Eroberung von

Canada beabsichtigt, als der Aachner Friede ihre Entwürfe durchkreuzte und sie um die Frucht ihrer Anstrengungen brachte. Sie ruhten darum nicht. Ohne Regierungsbefehle zu erwarten bahnten sich ihre verwegenen Botschafter, Jäger und Kaufleute die Pfade über das Gebirge in die unerforschten Wälder und Stromgebiete. Der Verkehr den sie mit den Indianerstämmen des Westens anknüpften führte bald zu förmlichen Bündnissen mehrerer derselben mit den Briten, in Folge deren unter ausdrücklicher Genehmigung der Provinciallegislaturen feste Niederlassungen gegründet wurden. So drangen die Neu-Engländer auf verschiedenen Puncten vor, von Massachusets, Newyork, Virginien, Carolina aus: insbesondere ließ die jüngst gegründete Ohiocompagnie es sich angelegen sein sich im Gebiete dieses „schönen Flusses" — Belle Rivière wie die Franzosen ihn nannten — festzusetzen.

Die französischen Gouverneure in Canada vermochten weder Ackerbauer anzusiedeln noch wußten sie Rath zu schaffen, wie man gegen die britischen Händler den Markt für die französischen Manufacturen behaupten solle; dies um so weniger, da der in Freiheit sich entwickelnde Gewerbfleiß Englands rasch stieg und billigere Waren lieferte. Das einzige Mittel welches in ihrer Hand lag bestand darin militärisch wichtige Plätze zu besetzen und verbündete Indianer mit in den Kampf zu führen; nur so glaubten sie das Binnenland gegen die vordringenden Engländer absperren zu können. Deshalb fügten sie zu den starken Bollwerken ihrer Macht am Lorenzstrom, Quebek und Montreal, eine Reihe von Forts um die Seen und das Ohiobecken wie durch eine wohlgegliederte Kette zu verbinden. Namentlich befestigten sie Crownpoint östlich vom Champlainsee, Niagara an dem Abflusse des Erie in den Ontariosee und gründeten da, wo der Monongahela und Alleghany sich zum Ohio vereinigen, das Fort Duquesne. Aber die britischen Amerikaner waren nicht des Sinnes sich den Weg zum Westen und zu seinen Völkern verschließen zu lassen: der Gewalt setzten sie Gewalt entgegen. Am 28 Mai 1754 lieferte der Oberst George Washington, damals ein Jüngling von zweiundzwanzig Jahren, mit virginischen Milizen einer französischen Truppe ein

Gefecht auf den „großen Wiesen" im oberen Ohiobecken, wobei der befehlhabende französische Offizier blieb. Fünf Wochen später wurde Washington durch eine stärkere Truppe zu einer Capitulation genöthigt, vermöge deren er das Ohiogebiet räumte. So entspann sich der Krieg.

Alles hieng jetzt davon ab, ob die europäischen Regierungen noch in der letzten Stunde sich vertragen oder den Streit ihrer Colonisten auch zu dem ihrigen machen würden. An der Neigung Frieden zu halten fehlte es weder den englischen noch den französischen Ministern, wohl aber an der Macht: sie beherrschten die Dinge nicht, sondern ließen sich von dem Drange der Umstände wider ihren Willen treiben. Die französischen Staatsmänner würdigten wohl die Bedeutung des Streites richtiger als die meisten englischen, aber bei der Zerrüttung der Finanzen und der Schwäche der Marine wünschte man, wenn ja der Krieg nicht zu vermeiden war, doch seinen Ausbruch hinauszuschieben; man verkannte nicht daß bei einem Seekriege für Frankreich mehr zu verlieren als zu gewinnen sei. Die Engländer in den Colonien waren der angreifende Theil, und das Vertrauen in die überlegene Kraft, welches sie vorwärts trieb, ward im Mutterlande getheilt. Hier hatte sich der Wohlstand von Jahr zu Jahr über alles Erwarten gehoben, Gewerbfleiß und Handel entwickelten sich in stetigem Aufschwunge und trachteten neue Absatzwege zu gewinnen, und in dem Bewußtsein moralischer Überlegenheit empörte sich die Nation über jede Schranke, welche eine fremde Macht ihrem Vordringen in fernere Gebiete ziehen wollte. Deshalb war die öffentliche Stimmung namentlich in den Städten lebhaft für die Unterstützung der Colonisten. Die englische Regierung schwankte hin und her, seit Henry Pelham nicht mehr an ihrer Spitze stand. Dieser einsichtige Minister hatte den Credit des Staates namentlich durch Reduction der Zinsen des größten Theiles der öffentlichen Schuld von vierundeinhalb bis auf drei Procent neu befestigt — der Curs der dreiprocentigen Staatsschulden stieg unter seiner Verwaltung bis auf 106 % —; er hatte talentvolle und erprobte Männer zur Regierung herangezogen und den Parteikampf beschwichtigt. Prinz

Friedrich von Wales, um den sich früher die Opposion gesammelt hatte, war 1751 gestorben: seine Wittwe Augusta von Sachsen-Gotha lebte mit ihren Kindern in stiller Zurückgezogenheit fern vom öffentlichen Leben. Des Königs zweiter Sohn der Herzog von Cumberland, Oberbefehlshaber der Landmacht, war über die Minister mißvergnügt, aber seine staatsmännischen Gaben waren so gering daß er eine Partei zu bilden nicht im Stande war. Er unterstützte jedoch mit seinem Einflusse, der öfters bei dem Könige ins Gewicht fiel, die seiner Person ergebenen Anhänger. Zu diesen gehörte vor allen Henry Fox, der seine Leidenschaft für das Spiel theilte. Fox war ein für die Geschäfte und die Debatte vorzüglich geschickter Mann, übrigens in seiner politischen Laufbahn sittlicher Grundsätze bar: er ließ sich zu allem gebrauchen wobei er seine Rechnung fand. Damals bekleidete er die Stelle des Kriegssecretärs, ohne Sitz und Stimme im Cabinet. Im auswärtigen Amte hatte sich der Herzog von Newcastle den Grafen Holdernesse beigesellt, von dessen schlaffer Natur ein Widerspruch nicht zu erwarten war. Graf Granville endlich — der frühere Lord Carteret — hatte sich dazu verstanden von den Pelhams den Vorsitz im Geheimenrathe anzunehmen, einen hohen Ehrenposten ohne selbständige Thätigkeit. Andere bedeutende Staatsmänner wandten sich der richterlichen Thätigkeit zu oder wurden durch Körperleiden gebeugt.

Die Opposition ruhte bis der unerwartete Tod Henry Pelham's (den 6 März 1754) neuen Zwiespalt weckte. Denn sein Bruder der Herzog von Newcastle, der als der Erbe seiner Macht an die Spitze des Schatzamtes trat, war so charakterlos und von so kleinlichem und beschränktem Geiste, daß leicht zu ermessen war, er werde das Ministerium nicht zusammenhalten und die Interessen der Nation nicht wahrnehmen, zumal in einer schweren Krisis, welche mehr als gewöhnliche Einsicht und Thatkraft erforderte. Newcastle hatte überall nur persönliche Rücksichten: er war geschäftig diesen durch eigene Beförderung, jenen durch Anstellung seiner Freunde zu befriedigen, immer mit dem Vorbehalte daß ihm selbst der ganze entscheidende Einfluß verblieb.

Am meisten Verlegenheit machte Newcastle das auswärtige

Amt und die Leitung des Unterhauses. Niemand war anerkannter Maßen mehr zu diesem Posten berufen als William Pitt. Er hatte anfangs in der Opposition gegen Walpole und Carteret seinen Ruf begründet, dann, nachdem er zehn Jahre als ein Vorkämpfer in der Minorität gestanden, nach Carteret's Sturze die Pelhams im Parlamente unterstützt und in schweren Zeiten der Regierung wichtige Dienste geleistet. Das Amt des Kriegszahlmeisters, für seine Inhaber hergebrachter Weise eine Quelle der Bereicherung, verwaltete er mit einer damals unerhörten Uneigennützigkeit. Im Unterhause setzte er sein Wort ein für die Maßregeln der Regierung oder er schwieg: nur einmal drang er gegen Henry Pelham's Anträge, aber ohne augenblicklichen Erfolg, auf einen stärkeren Bestand der Seemannschaft. Die Überzeugung von Pitt's staatsmännischer Bedeutung war so allgemein und so fest begründet, daß nicht allein die Pelhams sondern Männer welche von seiner gegnerischen Schärfe empfindlich verletzt worden waren sich wiederholt bemühten ihm einen Platz im Cabinet zu verschaffen: aber König Georg II blieb gegen alle Vorstellungen taub und beharrte in hartnäckigem Widerwillen gegen den großen Redner.

Newcastle fügte sich bei der damaligen Ministerkrisis dem königlichen Willen um so leichter, da er sich wohl bewußt war, Pitt werde sich nicht am Gängelbande persönlicher Gunst leiten lassen. Er bot den Posten Fox an, der in vielen Stücken dafür geeignet war: aber als dieser sich ebenfalls mit dem Amte auch den entsprechenden Antheil an Macht und Einfluß ausbedingen wollte, brach er die Verhandlungen ab und behalf sich mit Sir Thomas Robinson, dem früheren Gesandten in Wien, seitdem königlichen Ober-Garderobenmeister, der sich gern jeder Bedingung seines Gönners und Chefs fügte. So glaubte Newcastle gewonnen Spiel zu haben: die neuen Wahlen zu dem Parlamente, welches von 1754—1761 saß, giengen unter dem Zusammenwirken aller Whigs und unter der persönlichen Oberleitung Newcastle's, der Geld und Gunst nicht sparte, so ganz nach seinen Wünschen von statten, daß er einer gefügigen Majorität, die von ihm persönlich abhieng, vollkommen versichert war.

Aber wenn Newcastle auch in seinem Ministerium und in den parlamentarischen Kreisen gehorsame Stimmen mustern konnte, so stand doch hinter dieser kleinen Welt, welche den Gesichtskreis dieses Staatsmanns erfüllte, die große Welt mit streitenden Interessen und forderte von ihm Vertretung der nationalen Ehre und der öffentlichen Wohlfahrt. Newcastle that sein bestes den Frieden zu erhalten: er ward nicht müde den französischen Ministern und dem Hofe von Versailles die schönsten Worte zu geben und fand dafür geneigte Ohren. Wie wenig es damals den Franzosen darum zu thun war mit den Briten Händel zu suchen, bewies eine am 11 October 1754 von den ostindischen Compagnien beider Nationen abgeschlossene Übereinkunft, mit welcher die stolzen und weitgreifenden Pläne, welche Dupleix für die Begründung französischer Macht im Dekan verfolgt hatte, aufgegeben und die Erfolge der britischen Waffen thatsächlich anerkannt wurden. Aber die indische Politik mit ihren ränkevollen Verwickelungen ward in Europa kaum verstanden: greifbarer waren die Colonialinteressen, welche in Amerika um die Wette eiferten, und keine Regierung konnte es wagen diese geradezu preiszugeben. In England wuchs die Bewegung und die Botschaften aus den Colonien schürten sie; und so viel auch Newcastle zum Frieden redete, der Herzog von Cumberland setzte beim Könige militärische Maßregeln durch, welche die Absichten des Ministers durchkreuzten. So gieng man unter schwankender Leitung des Staates einem neuen Kriege entgegen, an dessen bevorstehendem Ausbruch mit Ende des Jahres 1754 kein verständiger mehr zweifeln konnte.

Da der Krieg drohte galt es zu erwägen in wie weit England auf seine continentalen Bundesgenossen zählen könne: dabei kam für Georg II die Sicherheit Hannovers, für die Traditionen der englischen Politik die Sicherheit Belgiens in erster Linie in Betracht. Nach dem bisherigen Gange der Dinge erwartete das Cabinet von St. James nichts anderes als ein Offensivbündniß Friedrichs von Preußen mit Frankreich, dessen Preis für Preußen Hannover, für Frankreich die österreichischen Niederlande sein würden. Denn der englische und preußische Hof waren mehr als je entzweit und selbst die Formen fürstlicher Courtoisie wurden

kaum noch gewahrt. Seit Legge abberufen war, blieb die britische Gesandtschaft in Berlin anderthalb Jahre hindurch unbesetzt. Im Jahre 1750 ($\frac{20\ \text{Juni}}{1\ \text{Juli}}$) ward der Gesandte zu Dresden Sir Hanbury Williams bei Friedrich II beglaubigt, und dieser, schon früher geschäftig gegen Preußen zu wirken, nahm sich auf seinem Posten so viel heraus, daß der König im November 1750 seinen Gesandten von dem britischen Hofe beurlaubte und auf William's Abberufung bestand, mit der Drohung, er werde ihm sonst den Hof untersagen: kaum daß er sich durch die Rücksicht auf seinen Vollmachtgeber bestimmen ließ ihm eine Abschiedsaudienz zu bewilligen[1]. Seitdem war bis zum Jahre 1756 weder in London noch in Berlin ein Minister der beiden so nahe verwandten Könige beglaubigt und die Stimmung zwischen ihnen war so unfreundlich wie möglich.

Alle politischen Entwürfe Georgs II in dieser Zeit hatten den nächsten Zweck Preußen in Schranken zu halten: deshalb ward die römische Königswahl eingeleitet und um das Bündniß mit Rußland geworben. Friedrich der große suchte dagegen seinen Rückhalt an Frankreich. Während mit englischem und holländischem Gelde Wahlstimmen gekauft wurden, zog er wie wir sahen unter französischer Mitwirkung die Wahlverhandlungen hinaus: weit entschiedener aber noch trat er im Bunde mit Frankreich wider die russischen Entwürfe gegen Schweden auf. Denn unter dem Vorwande die in Schweden bestehende freie Regierungsform und damit die Ruhe im Norden zu beschirmen, gefährdete Rußland fortwährend die Grenzen und die Selbständigkeit Schwedens. Österreich störte es darin nicht. Einzig und allein darauf bedacht sich um jeden Preis der Dienste Rußlands gegen Preußen zu versichern hatte Maria Theresia sich in dem zweiten geheimen Separatartikel des Petersburger Vertrags von 1746 verpflichtet, zu einem Kriege gegen Schweden dem russischen Hofe entweder 15000 Mann Hilfstruppen zu stellen oder eine halbe Million Rubel Subsidien zu zahlen. König Friedrich II dagegen war

---

[1] Das Abberufungsschreiben ist vom 22 Januar 175$\frac{0}{1}$ (a. St.); übergeben ward es am 4 März 1751.

entschlossen es Rußland zu wehren sich auf Kosten Schwedens noch mehr zu vergrößern. Deshalb schloß er am 29 Mai 1747 mit Schweden eine Defensivallianz auf zehn Jahre, in welcher Preußen es übernahm für den Fall eines Angriffs auf Schweden ein Hilfscorps von 9000 Mann zu stellen, Schweden im Fall eines Angriffs auf Preußen 6000 Mann: weitere Waffenhilfe ward vorbehalten. Diesem Vertrage trat Frankreich zu Anfang des nächsten Jahres bei[1]. Im Jahre 1750 schien es als wollte Rußland zum offenen Kriege übergehen. Der österreichische Hof stellte sein Contingent bereit; die russischen Truppen zogen sich an den Grenzen Finnlands und in Livland zusammen; die diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und Preußen wurden abgebrochen. Friedrich traf seinerseits entsprechende Maßregeln und schloß den 24 December 1750 und 2 Januar 1751 zwei Verträge mit dem Herzoge Karl von Braunschweig und mit Frankreich, kraft deren der Herzog sich verpflichtete auf sechs Jahre 4000 Mann seiner Truppen bereit zu halten, welche im Falle eines Kriegs zu einer Hälfte nach Magdeburg zur anderen nach Stettin in Garnison gelegt werden sollten. Dafür zahlte Frankreich an Preußen und dieses wiederum an Braunschweig jährlich 100000 Thlr. Courant: in Kriegszeiten sollten diese Subsidien auf 200000 Thlr. erhöht werden[2]. Indessen kam es nicht zum Ausbruch des nordischen Krieges, da Georg II vermittelnd eintrat und die Russen vermochte von einem Angriffe auf Finnland abzustehen[3].

Nicht lange so erregte die Ernennung eines neuen preußischen Gesandten in Frankreich Georgs II höchsten Unwillen, denn er

---

[1] Das schwedisch-preußische Bündniß s. Wenck II 235 ff. Die französische Accessionsacte ward von Ludwig XV unterzeichnet Marly d. 24 Jan. 1748, also an Friedrichs Geburtstage. Sie enthält die förmliche Erklärung nous accédons — au dit traité et voulons bien comme y compris prendre part aux obligations etc. Der gegenwärtige Krieg ward gemäß dem preußisch-schwedischen Antrage ausgenommen. Vgl. über die Tripleallianz Oeuvres de Frédéric IV 18.

[2] S. die Verträge Beilagen I 1.

[3] Coxe's Pelham II 122 f.

sah in der von Friedrich getroffenen Wahl eine absichtliche Feindseligkeit. Der preußische König übertrug nämlich diesen Posten seinem trefflichen Freunde Georg Keith Grafen Marishal von Schottland, dessen jüngerer Bruder Jacob seit 1747 als Feldmarschall in seinen Diensten stand. Beide Brüder, einer der ältesten und berühmtesten Familien Schottlands entsprossen, hatten als Jünglinge sich an den Jacobitenaufständen von 1717 und 1719 betheiligt und dann als geächtete und verbannte in Frankreich, Spanien, Rußland gelebt. Längst waren sie den Umtrieben der Jacobiten fremd und der jüngere Keith hatte bereits vor Jahren, als er mit russischen Aufträgen nach England kam, Georg II als seinen legitimen König anerkannt. Überhaupt hörten in dieser Zeit die Anhänger des vertriebenen Regentenhauses selbst in Großbritannien auf eine politische Partei zu bilden: seit Jacob III seinen jüngeren Sohn zum Cardinal der römischen Kirche weihen ließ und der ältere Karl Eduard sich dem Trunke ergab, blieb ihren getreuen in der Heimat von der hingebenden Gesinnung nur das schmerzlich theure Gedächtniß: eine Rückkehr der Stuarts auf den englischen Thron mußten sie mehr und mehr für ein Ding der Unmöglichkeit erkennen. Friedrich II war damals eben so weit wie früher davon entfernt sich mit den Plänen des Prätendenten zu befassen und hatte demgemäß den Grafen Marishal instruirt[1]. In dieser Hinsicht also war der Argwohn Georgs II ungerechtfertigt. Aber allerdings durchkreuzte diese Mission die Absichten des britischen Cabinets. Graf Marishal ward nämlich nach Frankreich abgesandt, als im Jahre 1751 Kaunitz auf den Hof von Versailles so weit eingewirkt hatte, daß dieser einen stolzen und befehlenden Ton gegen Preußen annahm. Eine solche Sprache wies der König scharf und entschieden zurück, gab aber zugleich durch die Sendung eines in Frankreich wohl bekannten Mannes, dessen Persönlichkeit an jedem Orte Hochachtung und Ehrfurcht erwecken mußte, ein Unterpfand daß er auf die freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich den größten Werth lege. Diese Berechnung traf voll-

[1] Raumer Beitr. II 264 f.

kommen zu: das französische Cabinet kam wieder mit Preußen in engeres Einvernehmen und Friedrich konnte in den nächsten Jahren auf seine Unterstützung rechnen. Ein vorläufiger Handelsvertrag zwischen Preußen und Frankreich vom 14 Februar 1753 beurkundete das freundliche Verhältniß der beiden Regierungen[1].

Dagegen wurden zwischen den Königen Friedrich und Georg schon früher entsponnene Streitigkeiten mit steigender Erbitterung verfolgt. Im Jahre 1744 war der Mannesstamm der Fürsten von Ostfriesland ausgestorben und gemäß der durch kaiserliche Bestätigung verbrieften Anwartschaft hatten die Stände sofort dem Könige von Preußen gehuldigt. Friedrich legte großen Werth auf diese neue Erwerbung im Nordseegebiete und die biederen Friesen, welche sich glücklich schätzten mit einem Staate verbunden zu sein, unter dessen Schutze sie für die Entwickelung ihrer Schiffahrts- und Handelsinteressen Förderung hoffen durften, bewährten den preußischen Königen in guten und schlimmen Zeiten ihre Treue und Hingebung. Aber die hannöversche Regierung bestritt den preußischen Besitztitel und erhob ihrerseits Ansprüche auf Ostfriesland. Eine Zeitlang hatte der Streit geruht; jetzt suchte Hannover mit verstärktem Eifer seinen Anspruch vor dem Reichstage und dem Reichskammergerichte durchzufechten[2]. Obgleich diese Bestrebungen an den rechtlichen und factischen Verhältnissen nichts änderten, dienten sie doch dazu die Kluft zwischen dem englischen und preußischen Hofe noch mehr zu erweitern.

Hierzu trug noch ein anderer Streitfall bei. Während des letzten Krieges waren preußische Schiffe, welche Korn und Holz nach französischen Häfen geladen hatten, von englischen Capern aufgebracht und von den Admiralitätshöfen für gute Prise erklärt worden. König Friedrich hatte gleich beim Ausbruch des Seekriegs die erforderlichen Schritte gethan um seine Unterthanen gegen ungebührliche Belästigungen sicher zu stellen und von der englischen Regierung beruhigende Zusicherungen erhalten. Demzufolge unterwarf er sich den Sprüchen englischer Gerichte nicht, sondern bestand auf dem völkerrechtlichen Satze: frei Schiff frei

[1] Wenck II 722.

[2] Adelung Staatsgesch. Europas VII 268 ff.

Gut, den die Engländer nicht anerkennen wollten, und forderte Schadloshaltung seiner Unterthanen. Bei gutem Willen wäre die Sache leicht beizulegen gewesen, da der Minister Henry Pelham selbst die Härte des Verfahrens und die Angemessenheit einer Entschädigung zugab. Statt dessen ward mit juristischer Gründlichkeit in weitläufigen Schriftstücken unter wachsendem Verdrusse beider Theile Jahre lang hin und hergestritten, bis endlich 1752 König Friedrich von der schlesischen Anleihe, deren Zahlung er im Breslauer Frieden übernommen und bisher pünktlich geleistet hatte, die letzte Quote — 45000 L. St. — bei dem Kammergericht deponierte und die Auszahlung derselben an die Gläubiger auf so lange innehielt, bis die englische Regierung den preußischen Unterthanen gerecht geworden sei und den auf 32454¼ L. St. festgestellten Schadenersatz gezahlt haben werde. Georg II hätte damals am liebsten Michell, der als preußischer Geschäftsträger in London verblieben war, die Pässe gegeben[1]: das nächste was er befürchtete war ein preußischer Angriff auf Hannover.

In Wien, wo Graf Kaunitz, von seiner französischen Gesandtschaft zurückgekehrt, im Mai 1753 die oberste Leitung der Geschäfte übernahm, hörte man die Klagen Georgs II sehr gern und suchte seinen Unmuth zu nähren, aber dennoch fehlte immer etwas an dem völligen Einverständniß. Der Eifer Georgs für die Wahl des römischen Königs ward wie wir gesehen haben der Kaiserin am Ende lästig, das britische Cabinet dagegen klagte, es werde in seinen Maßregeln zum besten des Kaiserhauses vom österreichischen Hofe eher gehindert als gefördert. Georg II ergieng sich des öfteren in heftigen Ausdrücken über die Kaiserin und den Kaiser, „diesen hergelaufenen Fremden, dem er zum Throne verholfen habe", und wenn auch seine Minister in der Form sich mäßigten, so empfand doch die Kaiserin es bitter, daß

---

[1] S. die Actenstücke in Martens causes celèbres du droit des gens 1827 II 1—88. Coxe Pelham II 402 f. 484—489. Adelung Staateng. VII 331 ff. Vgl. Trendelenburg Friederichs des Großen Verdienst um das Völkerrecht im Seekrieg. Berichte d. Berl. Akad. 1866 S. 29 ff.

man ihr in hofmeisterlichem Tone immer wieder die geleisteten Dienste vorrechnete[1].

Die Verstimmung gieng bald in Verbitterung über. Für England handelte es sich in den Beziehungen zum Hause Österreich vorzüglich um die Niederlande. Ihre Unabhängigkeit von Frankreich zu sichern bildete den wichtigsten Zweck der großen Allianzen seit Wilhelm III; denn kein englischer Staatsmann konnte verkennen, daß wenn das Küstenland bis zur Schelde zur französischen Monarchie geschlagen wurde, damit Frankreich zu einer Seemacht anwuchs, der England kaum noch Stand halten konnte. Zugleich büßten die vereinigten Niederlande ihre Schutzwehr ein, England wurde von Deutschland abgeschnitten, und die Franzosen hatten die einzig geeignete Basis zu einer Invasion Englands in Händen. Nun waren nach dem spanischen Erbfolgekriege die früher spanischen Provinzen durch den Barrierevertrag von England und Holland dem Hause Österreich übergeben als ein erblicher und unveräußerlicher Besitz, welcher nie in keiner Form an einen Fürsten des Hauses Bourbon übertragen werden dürfe: es war festgesetzt, daß jederzeit nicht weniger als 30—35000 Mann im Lande stehen sollten und zwar dreifünftel kaiserliche, zweifünftel holländische Truppen, für welche letztere die kaiserliche Regierung jährlich 1,400000 fl. zu zahlen hatte. In fünf Festungen bildeten die Holländer allein, in zwei anderen mit den Österreichern zusammen die Besatzung. England garantierte den Vertrag und verpflichtete sich mit Hilfstruppen und Schiffen jeden Angriff abzuwehren. Dabei dauerte nicht allein die Sperrung der Schelde durch die Holländer fort, sondern es wurde durch denselben Vertrag der britische und holländische Handel zum Nachtheile der einheimischen Kaufleute privilegiert.

Solche Bedingungen machten den Besitz Belgiens für Österreich zu einer Last und zu einem Zankapfel unter den Verbündeten. Schon Kaiser Karl VI entzweite sich mit den Seemächten über die zu Ostende errichtete ostindische Handelscompagnie, und diese ruhten nicht bis sie aufgegeben wurde. Mit Maria Theresia

---

[1] Coxe Pelham II 229. 368. Austria 2d ed. V 47 f.

begannen die Versuche sich der Niederlande zu entäußern. Als der Erbfolgekrieg sich entspann und die Gefahr der Zersplitterung des habsburgischen Erbes durch die Übermacht ihrer Feinde sich enthüllte, im August 1741, hielt Maria Theresia zwar an Schlesien unerschütterlich fest, aber sie bot als Preis des Friedens dem Vasallen Frankreichs, dem Kurfürsten von Baiern, die Niederlande, Frankreich selbst die starke Festung Luxemburg, mit deren Verluste die Rheinlande vollends jedes Bollwerks beraubt wurden[1]. Im Fortgange des Krieges hatte sie den Engländern und Holländern die Vertheidigung der Niederlande fast ausschließlich überlassen. Als diese von den Franzosen erobert waren, erkaufte England im Frieden ihre Räumung mit der Rückgabe der eigenen Eroberungen in Amerika; von österreichischer Seite aber ward wie schon in den vorhergehenden Jahren[2] so jetzt von neuem für die Wiedererlangung Schlesiens der französischen Regierung ein Stück der Niederlande angeboten. So viel wenigstens erreichte Kaunitz, der kaiserliche Bevollmächtigte, daß in dem sechsten Artikel des Aachener Friedens, durch welchen die Niederlande der Kaiserin zurückgestellt wurden, des Barrierevertrags keine Erwähnung geschah: nur des Besatzungsrechtes der Generalstaaten ward ausdrücklich gedacht.

Dieser Bestimmung gemäß zogen nach dem Frieden die Holländer wiederum in die von den Franzosen geräumten Festungen ein, aber die österreichische Regierung that nichts dieselben in wehrhaften Stand zu setzen, sondern ließ die Werke mehr und mehr verfallen; überdies verweigerte sie die vertragsmäßigen Zahlungen, bis eine neue und billigere Übereinkunft geschlossen sei. Die Holländer hörten nicht auf sich darüber zu beschweren und England unterstützte sie darin um so entschiedener, je näher die Gefahr eines Krieges mit Frankreich rückte: Maria Theresia beharrte dabei ihren Beschwerden nicht gerecht zu werden. Nicht

---

[1] A. v. Arneth, M. Th. erste Regierungsjahre I 328. 329. Mém. du Duc de Luynes XV 431 f.

[2] Arneth M. Th. III 131. 134. 159 f. Die Instruction f. d. Marquis de Hautefort (Schlosser Gesch. d. 18. Jahrh. II³ 227) Huschberg-Wuttke S. XL ff.

minder mißachtete die Kaiserin den Barrierevertrag durch Einführung eines neuen Zolltarifs, welcher ihre Unterthanen mit den Engländern und Holländern auf gleichen Fuß stellte. Dies brachte die privilegierten Nationen mehr als alles andere in Harnisch und es entspann sich ein hitziger Federkrieg. Die Seemächte forderten Anerkennung und Vollziehung des älteren Vertrages, die kaiserliche Regierung bestand auf einer neuen Übereinkunft mit verminderten Zahlungen und Vorbehalt eines künftig zu schließenden Handelsvertrages. Da von beiden Seiten der einmal eingenommene Standpunkt hartnäckig festgehalten wurde, war an eine Ausgleichung nicht zu denken: sowohl die zu Brüssel abgehaltenen Conferenzen als die directen Verhandlungen der Cabinette änderten nichts in dem Stande der Dinge[1]. In den Bestimmungen des Vertrages von Aranjuez, durch welche Österreich, Spanien und Sardinien dem Handel ihrer Unterthanen für ihre Staaten und Häfen in Europa gegenseitig die Privilegien der begünstigtsten Nationen zusicherten, sahen die Engländer und Holländer sich von neuem in den Vorrechten verletzt, welche sie für sich ausschließlich in Anspruch nahmen[2].

Unter diesen Umständen kam Georg II auf den Gedanken, der englische Gesandte in Wien, Robert Keith, habe es an der gehörigen Energie fehlen lassen. Er schickte daher im Jahre 1753 Sir Hanbury Williams, der damals Gesandter am sächsischen Hofe war, in außerordentlicher Mission nach Wien um alle obschwebenden Fragen, die Königswahl, den Barrierevertrag und die mit Rußland gegen Preußen zu schließende Allianz zu erörtern und durch entschiedenes und rückhaltloses Auftreten die Kaiserin auf den rechten Weg zurückzuführen. Mit Williams hatte das britische Cabinet sich einen Mann auserſehen, in dessen Natur es lag durch kecke Rede zu reizen und zu erbittern. So sehr auch die Kaiserin die Zweckmäßigkeit eines englischen Subsidienvertrages mit Rußland betonte, in jedem andern Stücke wies

[1] De Nény, mém. hist. et polit. des Pays-bas Autrichiens. 2e Ed. Bruxelles 1785. II 38 ff.

[2] S. den Vertrag v. 14 Juni 1752, Art. XL bei Wenck II 720.

sie die Vorstellungen von Williams mit Lebhaftigkeit zurück. Namentlich als er ihr die Theorien des Barrierevertrages aus einander setzte, rief die Kaiserin so laut daß man es in den nächsten Zimmern hörte: „Bin ich nicht die Souveränin der „Niederlande? ist es nicht meine Pflicht, meine Unterthanen zu „beschützen, welche so lange durch den Barrieretractat unterdrückt „und der natürlichen Privilegien, welche alle anderen Nationen „genießen, beraubt worden sind?" Eben so entschieden erklärte sich Kaunitz in dieser Sache und Williams reiste unverrichteter Dinge nach Dresden zurück[1].

Wozu sollte es nun dienen daß Holdernesse dem österreichischen Cabinet aber und abermals mit dürren Worten aus einander setzte, „daß die Niederlande, mit dem Blute und dem Gelde der „Seemächte erobert, dem Hause Oesterreich übergeben seien als „ein Depositum, unter der Bedingung sie gegen die Franzosen „zu vertheidigen: daß gemäß den Grundsätzen der großen Allianz „die Einwohner dieser Lande von der Ausübung des Handels „ausgeschlossen bleiben müssen und daß der Landesherr kein Recht „habe ihre Handelsprivilegien zu erweitern"[2]. Wenn dieser Minister ferner aussprach, „jene Länder bildeten das einzige Band „zwischen dem Hause Österreich und den Seemächten, und durch „den Bruch des Barrieretractats werde dieses Band zerrissen", so ward die Kaiserin dadurch nur in ihrem Entschlusse bestärkt sich einem Bunde zu entziehen, der lästige Beschränkungen auferlegte, und sich der belgischen Niederlande zu entäußern, sobald sie Schlesien dafür gewinnen könne. Inzwischen wurden die Stände der Provinzen vermocht den Betrag der früher an Holland gezahlten 1,400000 fl. zu übernehmen, aber diese Summe kam einfach den kaiserlichen Kassen zu gute: weder wurde sie den Holländern ausgezahlt noch diente sie zu der eigenen Landesvertheidigung; das Land lag jedem Feinde offen da.

Das waren die Früchte der Politik welche den Frieden von Utrecht zu Wege brachte. Denn nicht die Urheber der großen

---

[1] Williams', Bericht Dresden 1753 Juli 15. Coxe Pelham II 469 ff.
[2] Holdernesse an Mr. Keith 1754 April 26. Coxe Austria V 50 f.

Allianz hatten den Grundsatz aufgestellt, den Holdernesse ihnen unterschob, die südlichen Niederlande zu bloßen Tributären von Holland und England zu machen: sondern die an ihre Stelle berufenen Staatsmänner verleugneten und fälschten die wesentlichsten Principien des Bundes und trugen zu gleicher Zeit der Gewinnsucht ihrer Landsleute unbillige Rechnung. Während die Holländer sich ihres Ehrenplatzes in der Reihe der leitenden Staaten Europas begaben, hielten sie um so zäher an den überkommenen Privilegien fest, und die englische Regierung jener Zeit stimmte ihren engherzigen Grundsätzen bei. So ward das Band welches die Seemächte und Österreich vereinigte gelockert, um sich schließlich ganz zu lösen und neuen Combinationen europäischer Politik Platz zu machen.

Indessen lebten Georg II und seine Minister immer noch des blinden Glaubens, Maria Theresia könne und dürfe nicht anders als die früher von England empfangenen Dienste durch die That vergelten, und dem Einverständnisse des österreichischen und englischen Cabinets vermöchten auch die vereinigten Niederlande sich nicht zu entziehen. Darum wurden sie nicht müde in die Kaiserin zu dringen, daß sie den bestehenden Verträgen nachkomme. Kaunitz dagegen suchte die Gelegenheit wahrzunehmen England von neuem in die deutschen Angelegenheiten zu verwickeln. Der Ministerwechsel nach Pelham's Tode kam ihm erwünscht: er rechnete auf Robinson's Anhänglichkeit für den österreichischen Hof und setzte mit Recht voraus, daß Newcastle viel eher sich auf neue Subsidienverträge einlassen werde als sein Bruder der bedächtige und sparsame Henry Pelham es gethan hatte[1]. Aber während es sich für England um Deckung der Niederlande und Hannovers gegen Frankreich handelte, blieb Ziel und Aufgabe der österreichischen Politik Schlesien wiederzugewinnen. Die britische Allianz hatte für Maria Theresia nur dann noch Werth, wenn sie diesem Zwecke diente. Deshalb suchte Kaunitz England zu Verträgen heranzuziehen, welche diese Macht verpflichtet haben wür-

---

[1] Depesche des Marquis de Hautefort. Wien 1754. April 20. Schlosser II³ 299.

den sich an einem neuen schlesischen Kriege zu betheiligen, vor allem zu dem direct gegen Preußen gerichteten geheimen Artikel des Bündnisses von St. Petersburg vom $\frac{22 \text{ Mai}}{2 \text{ Juni}}$ 1746. Jedoch dies Bemühen war vergeblich. Wenn auch die englische Regierung wie wir gesehen haben dem Hauptvertrage des österreichisch-russischen Bündnisses beitrat, so beharrte sie doch bei ihrer Weigerung die Acte der Garantie zu brechen, durch welche sie Schlesien für Preußen gewährleistet hatte[1]. Als sie aber angesichts des Krieges mit Frankreich ihrerseits verlangte, daß die Kaiserin die Stärke der Truppen angebe, welche sie zur Vertheidigung der Niederlande und Hannovers gegen Angriffe von französischer und preußischer Seite marschieren lassen wolle, wich Kaunitz jeder bestimmten Erklärung aus. Überhaupt sah er keine Gefahr vor Frankreich, sondern stellte nur immer wieder die Nothwendigkeit vor, die preußischen Ländergebiete zu zerstückeln und nahm hierzu Englands Beihilfe in Anspruch.

Das britische Ministerium mochte bei einem solchen Programm der kaiserlichen Politik sich nicht beruhigen, sondern forderte eine bestimmte Antwort über die für die Niederlande zu treffenden Maßregeln. Um diesem Ansinnen zu entsprechen ließ Kaunitz am 16 April 1755 durch den österreichischen Botschafter Grafen Colloredo dem Herzog von Newcastle ein Schriftstück überreichen, welches er ein Ultimatum und einen Plan gemeinsamer Operationen gegen Frankreich zu nennen beliebte[2]. Die Kaiserin erklärte damit daß sie für die Niederlande nicht mehr thun könne als ihr Contingent auf die volle Stärke von 25000 Mann bringen. Deshalb beantragte sie daß die Seemächte in der Hauptsache die Vertheidigung übernähmen und sprach die Erwartung aus daß der König von England mit Rußland einen Subsidienvertrag über 60000 Mann russischer Truppen schließen werde, und daß

---

[1] Über die Spannung zwischen dem österreichischen und britischen Cabinet im J. 1754 vgl. Geheimnisse d. sächs. Cabinets I 239.

[2] Das folgende nach den Depeschen bei Coxe Austria V 58. Mitchell's State of Europe in 1755 with regard to England (Mitch. Pap. vol. 67 Brit. Mus.). Gachard in den Bulletins de l'Académie de Bruxelles XVII, 1 S. 378 ff.

er ferner die Subsidienverträge mit Sachsen, Baiern, Hessen und anderen Fürsten erneuere. Die holländischen und englischen Truppen nebst den Hessen und Österreichern, zusammen 70000 Mann, sollten die Niederlande gegen Frankreich vertheidigen: die Russen sollten zur kaiserlichen Armee stoßen und vereint mit dieser den preußischen Angriffen die Spitze bieten.

Das von Kaunitz dem Cabinete von St. James gestellte Ultimatum enthielt, wie damals treffend gesagt wurde, ein Rest von Subsidien und zwar so handgreiflich für Zwecke, die dem englischen Interesse fremd waren, daß man denken sollte kein Minister der britischen Krone hätte seinen Namen dazu hergeben mögen. Aber Georg II und seine Räthe waren so leicht nicht aus dem Gleise zu bringen, sondern traten volles Ernstes in weitere Verhandlungen über die österreichischen Vorschläge ein. Von Hessen, so lautete die Antwort an das kaiserliche Cabinet, stehe Seine Britische Majestät in Begriff 8000 Mann zur Vertheidigung der Niederlande in Sold zu nehmen: die Subsidienverträge mit Sachsen und Baiern sei sie bereit in Gemeinschaft mit der Kaiserin zu erneuern: ferner wolle sie alle Kosten übernehmen für ein von Rußland zu stellendes Corps von 50—60000 Mann, welches für die gemeinsame Sache verwandt werden solle. Dagegen forderte die englische Regierung von der Kaiserin zum Schutze der Niederlande, zugleich um damit einer von Frankreich etwa beabsichtigten Landung in England oder einem Angriffe auf Hannover entgegenzutreten, eine sofortige Verstärkung von 25—30000 Mann für die Niederlande, ungerechnet die Garnison von Luxemburg, als dem einzigen Mittel die Vereinigten Niederlande zur Mitwirkung zu vermögen; ferner die Aufstellung einer zweiten Armee zum Schutze von Hannover gegen Preußen.

Mittlerweile reiste Ende April König Georg II, Holdernesse in seinem Gefolge, nach Hannover um die Verhandlungen zu beschleunigen: denn englische sowohl als französische Kriegsschiffe waren nach den amerikanischen Gewässern abgegangen und jeden Augenblick konnte ein Zusammenstoß erfolgen. Die Auskunft, welche Holdernesse zu Brüssel von dem Gouverneur, Karl von

Lothringen, über die schwache Besetzung des Landes erhielt — sie betrug im ganzen nur 21000 Mann[1] — lautete wenig tröstlich und die Generalstaaten fanden darin einen nicht unwillkommenen Grund auch ihrerseits nichts zu thun. Indessen hatte Georg II Sir Hanbury Williams als seinen Gesandten nach Petersburg abgeordnet um die englisch-österreichisch-russische Tripleallianz, welche unmittelbar gegen Preußen gerichtet sein sollte, abzuschließen[2] und ließ die Verhandlungen über einen Subsidienvertrag mit dem Landgrafen von Hessen-Cassel durch Holdernesse zum Abschluß bringen. Zugleich erklärte er sich unter dem 1 Juni gegen die Kaiserin dahin, sie möge die von ihm gestellten Bedingungen erfüllen, sonst könne er nicht mehr ihr Verbündeter sein und das ganze System von Europa müsse sich auflösen.

Aber die Drohung Georgs II that die erwartete Wirkung nicht: vielmehr nahm Kaunitz die ihm vorgehaltene Eventualität gleichgiltig auf und vergalt die Vorwürfe mit Vorwürfen. In der Antwort, welche er am 19 Juni ertheilte und Mr. Keith als Verbalnote übergab, weigerte sich die Kaiserin ihre Truppen aus dem Centrum der Monarchie zum Schutze der Niederlande, der Vereinigten Provinzen, Englands und des Kurfürstenthums Hannover marschieren zu lassen. Der beständigen Mahnung an die schuldige Dankbarkeit stellte sie die Erklärung gegenüber, daß die zu ihren Gunsten von den Seemächten ergriffenen Maßregeln von deren eigenen Interessen dictiert worden seien. Die Unsicherheit der Niederlande sei die nothwendige Folge des Verfahrens, welches die Mächte hinsichtlich des Barrierevertrags beobachtet hätten. Was die schlimmen Folgen des Verlustes der österreichischen Niederlande betraf, so ward einfach ausgesprochen: „obgleich wir es als ein Mißgeschick empfinden werden einen „Theil unserer Besitzungen zu verlieren, so können wir ein ge„ringeres Übel einem größeren vorziehen“. Indessen um zu versuchen diesem verderblichen Zwiespalt ein Ende zu machen, fasse

[1] Schreiben Karls v. Lothringen an die Kaiserin 1755. Dec. 31. Bulletin de l'Acad. de Brux. a. a. O. S. 380.

[2] Seine Instruction von 11 April 1755 s. Raumer Beitr. II 285.

die Kaiserin ihr Ultimatum dahin: sie sei bereit 25000 Mann in den Niederlanden zu halten, ungerechnet 12000 Mann Garnison in Namur und Luxemburg: jedoch unter der Bedingung daß England dazu fernere 20000 stelle und die Vereinigten Provinzen die im Barrierevertrag bestimmten Contingente oder zum mindesten 8000 Mann. Dagegen liege es Seiner Britischen Majestät ob, den vertragsmäßigen Beistand, welchen er der Kaiserin in seiner Eigenschaft als König wie als Kurfürst senden wolle, genau zu bestimmen: die angekündigten Subsidienverträge (mit Sachsen, Baiern u. s. w.) sobald als möglich abzuschließen: die russischen Truppen im britischen Solde zur Vertheidigung der Kaiserin gegen den König von Preußen zu verwenden: endlich alle erforderlichen Maßregeln zu ergreifen sich des Königs von Sardinien zu versichern, damit jedwede Ursache für die Ruhe Italiens zu fürchten gehoben sei. Nur unter diesen Bedingungen sollten die kaiserlichen Truppen in die Niederlande marschieren, und zwar sobald der kaiserliche Hof sichere Nachrichten erhalte, daß die 20000 Mann britischer Soldaten sich in Bewegung gesetzt hätten, und für die pflichtschuldige Ausführung der übrigen Bedingungen positive Zusicherung empfangen habe.

Es gieng also das österreichische Ultimatum, welches im stolzesten Tone gehalten war, darauf hinaus: wenn England etwa 100000 Mann fremde Truppen in Sold nehme und Österreich zur Verfügung stelle, dann werde die Kaiserin zu guter Letzt auch ihre Truppen in den Niederlanden um 16000 Mann verstärken und den Seemächten dieses Besitzthum ihres Hauses vertheidigen helfen. Was dabei die wahre Absicht des österreichischen Hofes sei sagte Kaunitz mündlich dem britischen Gesandten gerade heraus, als dieser ihn fragte, auf was für Grundlagen sein Monarch sich mit der Kaiserin werde verständigen können: „Mein Gott, wenn er den König von Preußen angreift"[1].

Zu diesem Knappendienste aber waren weder Georg II noch seine Minister bereit. Sie mußten sich überzeugen daß der

---

[1] Coxe Austria V 64 „mon Dieu, en attaquant le Roi de Prusse". Raumer Beitr. II 392. Vgl. Hertzberg Rec. I 251.

österreichische Hof zwar immer noch darauf ausgehe Englands Beihilfe zu gebrauchen, daß er aber jeder Gegenleistung für englische Zwecke sich weigere. Deshalb gaben sie auf diese Note keine Antwort. Ebensowenig antwortete Kaunitz auf eine am 24 Juni, wenige Tage nach Abgang jenes Ultimatums, von Keith an ihn gerichtete Anfrage, ob die Kaiserin Hannover im Falle es angegriffen würde beistehen werde, mit wie viel Truppen und binnen welcher Zeit; endlich ob die Kaiserin den Subsidienvertrag mit Baiern erneuern und zu den Kosten des Marsches bairischer Truppen beitragen wolle. Er verwies einfach auf die von ihm gemachten Propositionen.

So war die Allianz, auf der das Gleichgewicht von Europa seit Generationen beruht hatte, aufgelöst und England stand ohne Bundesgenossen Frankreich gegenüber. Aber mit der Unleugbarkeit dieser Thatsache war noch kein besserer Rath gewonnen. Ministern wie Newcastle, Robinson, Holdernesse mangelte die geistige und sittliche Kraft, welche dazu erfordert wird um an die Stelle eines hinfällig gewordenen Systems ein neues zu setzen. König Georg II, dessen politischer Horizont von jeher seinen Pol in dem Bündnisse mit Österreich gehabt hatte, fuhr gleichsam mechanisch fort die Vorschläge des Wiener Hofes auszuführen.

Damit wollte es nun aber gleich bei Baiern und Sachsen nicht glücken; es zeigte sich daß die für die kurfürstlichen Stimmen von England und Holland gezahlten Gelder unnütz weggeworfen waren. Was ihre Verwendung betraf, so fristeten sich die arg zerrütteten bairischen Finanzen mit diesen Zuschüssen während der Friedensjahre nothdürftig hin. In Sachsen benutzte sie Graf Brühl um den Liebhabereien seines fürstlichen Herrn für Oper und Ballet und Gemälde zu huldigen: es sind damals Meisterwerke italienischer Kunst für die Dresdner Gallerie erworben worden. Aber jetzt, als mit der Erneuerung der Verträge auch entsprechende Leistungen ausbedungen werden sollten, fanden die britischen Vorschläge weder in Dresden noch in München Gehör: da man des Soldes einer fremden Macht nicht entrathen mochte, bewarb man sich lieber um französische Subsidien und durfte sicher sein keine Fehlbitte zu thun.

Dagegen wurden die seit sechs Jahren gehegten Entwürfe eines englisch-russischen Subsidienvertrags, welche bisher an den hohen Forderungen der kaiserlichen Minister gescheitert waren, endlich zum Abschluß gebracht. In Rußland hatte seit dem Tode der Kaiserin Anna die Wage geschwankt. Im Namen des unmündigen Iwan hatte Ostermann sich mit Friedrich II befreundet, aber bald Münnich und dem österreichischen Einflusse weichen müssen. Ihn und den Thron des unglücklichen Knaben stürzte wiederum mit Hilfe französisches Geldes die Czarentochter Elisabeth. Mit ihrer Thronbesteigung war auf lange Zeit staatsmännische Einsicht und Charakter aus der Regierung verbannt und es herrschte unter russischem Namen Trägheit und Gemeinheit. Im Innern des Reiches wie in den auswärtigen Beziehungen entschied als Kaiserin ein Weib, deren Gedanken von Putz und starkem Getränke, von Wollust und Laune beherrscht wurden, und die des Glaubens lebte durch Wallfahrten und andächtige Ceremonien als eine treue Tochter ihrer Kirche ihr zeitiges und ewiges Heil zu sichern. Ihr Urteil über Personen und Geschäfte bestimmten Kammerfrauen und Günstlinge, deren Bestechlichkeit weltkundig und ihr selbst nicht verborgen war. Zuerst unterhielt sie die freundschaftlichsten Beziehungen zu Friedrich von Preußen. Seinem Vorschlage gemäß erwählte sie im Jahre 1744 zur Gemahlin ihres Neffen und Erben Peter von Holstein-Gottorp die Prinzessin von Anhalt-Zerbst, die Tochter eines commandirenden preußischen Generals, und vermittelte die Vermählung des anderen Gottorpers, Adolf Friedrich, der auf ihre Forderung zum schwedischen Thronfolger erwählt war, mit Friedrichs Schwester Luise Ulrike.

Dies Verhältniß ward jedoch vorzüglich durch die Bemühungen von Bestucheff, der zur Würde des Großkanzlers emporstieg, noch im Jahre 1744 vollständig umgekehrt. Der französische Gesandte ward mit bewaffneten Geleite über die Grenze gebracht und die Beziehungen zu Preußen erkalteten: bald haßte die Kaiserin Friedrich II als ihren ärgsten Feind und bot ihre Hand zu jedem Bündnisse gegen ihn. Die österreichischen und sächsischen Gesandten nährten diese Stimmung mit dem schlauesten Intriguenspiel. Wir haben der Defensivallianz der beiden Kaiserhöfe,

welche am $\frac{22 \text{ Mai}}{2 \text{ Juni}}$ 1746 zu Petersburg geschlossen wurde, schon oben gedacht. In dem vierten geheimen Artikel dieses Vertrages ward für den Fall, daß der König von Preußen entweder Österreich oder Rußland oder Polen angreife, der Kaiserin Königin die Wiedererlangung von Schlesien und Glatz garantiert, und die verbündeten Höfe kamen überein gemeinsam Rath zu pflegen um die Gefahr eines Angriffs abzuwenden und ihre Gesandten an den fremden Höfen zu gegenseitiger Vertraulichkeit anzuweisen. Jede der beiden Mächte verpflichtete sich 30000 Mann zu schleuniger Hilfleistung bereit zu halten und im Kriegsfalle 60000 Mann gegen Preußen zu verwenden. Der König von Polen erklärte sein völliges Einverständniß mit diesem Artikel und seinen Entschluß eintretendes Falls zu dem angegebenen Zwecke mitzuwirken, wogegen er sich im voraus seinen Antheil an der eventuellen Theilung Preußens ausbedang: aber in Betracht der gefährlichen Nachbarschaft seines Gegners suchte er darum nach ihm den förmlichen Beitritt zu erlassen[1]. Dafür war sein Minister Graf Brühl um so geschäftiger den Haß gegen den preußischen König durch Zuträgereien aller Art zu schüren.

Der im Jahre 1748 auf Grund des englisch-holländischen Subsidienvertrags erfolgte Einmarsch russischer Truppen in das deutsche Reich blieb ohne weitere Folgen, da inzwischen der Friede zu Aachen geschlossen ward. Aber die Erbitterung des russischen Hofes gegen Friedrich II trat immer offener hervor, namentlich seit dieser die auf Eroberung des schwedischen Finnlands gerichteten Pläne durchkreuzt hatte. Im December 1750 ward der russische Gesandte angewiesen ohne Abschied zu nehmen Berlin zu verlassen und natürlich brach sofort auch Preußen den diplomatischen Verkehr ab. Im Mai 1753 ward zu Moskau in dem Geheimenrathe der Kaiserin als leitender Grundsatz der russischen Politik

[1] S. die Actenstücke in dem Mémoire raisonné und dessen deutscher Ausgabe: gegründete Anzeige, Berlin 1756. Jenes ist abgedruckt in Hertzberg's Recueil des déductions I 30 ff. und die Beilagen auch in den Oeuvres de Frédéric IV 42 ff. Vgl. meinen Aufsatz Graf Brühl und Friedrich der große in Sybel's hist. Zeitschrift XV 116 ff. 1866.

festgestellt, sich nicht nur dem ferneren Anwachsen des preußischen Staates zu widersetzen, sondern mit allen Kräften ihn auf den alten Fuß und in die mäßigen Umstände zu setzen worin er war, sei es daß der König von Preußen Hannover angreife oder daß Rußland selbst den Krieg erkläre und anfange um diesen unruhigen Nachbar im Zaum zu halten[1].

Indessen war Preußen vor einem russischen Angriffe zunächst sicher, da die kaiserliche Armee vernachläßigt und die tüchtigsten Männer, unter ihnen der Feldmarschall Keith, beseitigt waren um Creaturen Bestucheffs Platz zu machen. Überdies waren die Finanzen durch schlechte Verwaltung und Unterschleif zerrüttet. Ohne fremdes Geld konnte der russische Hof kein Heer marschieren lassen. Daher bemühten sich Maria Theresia und ihre Minister unablässig Georg II in seinem Mistrauen gegen Preußen zu bestärken und ihn dahin zu bringen an Rußland Subsidien zu zahlen. Wirklich trat dieser am 30 October 1750 der österreichisch-russischen Allianz bei, aber mit ausdrücklicher Ausnahme der geheimen Artikel, welche ihm mitgetheilt worden waren[2]: er verhandelte auch über einen Subsidientractat, aber die russischen Forderungen erschienen so übertrieben, daß die Verhandlungen darüber nicht so bald zum Abschlusse kamen. Jetzt aber, im Sommer 1755, kam Sir Hanbury Williams als englischer Gesandter nach Petersburg mit ausgedehnten Vollmachten, um den Vertrag abzuschließen und die Russen, koste es auch was es wolle, gegen Preußen unter die Waffen zu bringen. Da bedurfte es nur eines zündenden Funkens, und der Kampf um die Existenz der preußischen Monarchie entbrannte.

---

[1] Hertzberg Recueil I 248 f. aus dem Berichte des sächsischen Geschäftsträgers Funck.

[2] Martens Recueil des traités Suppl. III, 26 – 30 (1807).

Drittes Capitel.

Ausbruch des Seekriegs zwischen England und Frankreich. Zustand des französischen Hofes und Einleitung des österreichisch-französischen Bündnisses.

Während in Europa noch die Waffen ruhten, war jenseit des Oceans der Krieg zwischen England und Frankreich bereits in vollem Gange. Zwar tauschten die Cabinette noch immer unfruchtbare Vergleichsvorschläge aus: Newcastle fuhr fort seine friedfertigen Gesinnungen zu betheuern; die beiderseitigen Gesandten, Albemarle in Paris (der zum Bedauern des französischen Hofs in dieser kritischen Zeit starb) und Mirepoix in London empfiengen und gaben schmeichelhafte Zusicherungen und waren eifrig bemüht den Riß zu vertuschen.

Aber mit glatten Reden mochte man Höflinge und Weiber täuschen; für die Sache trugen sie nichts aus als daß die Worte der englischen Minister und die Handlungen der Regierung in schreienden Widerspruch traten. Hinter den Ministern stand als oberster Befehlshaber der Truppen in unverantwortlicher Stellung und von seinem Vater dem Könige hochgehalten der Herzog von Cumberland, entschlossen Gewalt mit Gewalt zu vertreiben. Noch im Februar 1755 traf General Braddock mit königlichen Truppen in Virginien ein und brachte vom Herzog von Cumberland die bestimmte Weisung mit, die feindlichen Forts anzugreifen: die französische Regierung sandte im Frühjahr ein Geschwader mit Verstärkungen nach dem Lorenzstrom. Diesem kam ein englisches unter Boscawen zuvor und eröffnete den erhaltenen Befehlen gemäß am 8 Juni 1755 in den Gewässern von Neufundland den Angriff: zwei französische Kriegsschiffe wurden genommen, die übrigen gelangten nach Louisburg in Sicherheit. Auf dem Festlande von Amerika drangen die englischen Truppen und die Milizen an vier Puncten gegen Canada vor. Von Neuschottland aus nahmen sie die französischen Forts auf der Landenge und

am andern Gestade der Fundybai: die dortigen französischen Ansiedler wurden vertrieben, das Gebiet des St. Johnsflusses gehörte seitdem den Briten. Dagegen erreichten die Angriffe, welche auf Fort Duquesne, auf Niagara und auf Crownpoint beabsichtigt waren, ihr Ziel nicht. Bei dem ersten Zuge, zu dem die besten Kräfte verwandt wurden, erlitt General Braddock am 9 Juli 1755 in den Wäldern des Monongahela eine Niederlage und wurde selbst tödlich verwundet; bei dem zweiten Zuge brachten die Engländer wenigstens Verstärkung nach Oswego, ihrem Hauptplatz am Ontariosee: im Gebiet der Seen S. Georg und Champlain endlich kämpften sie mit Glück — hier fiel am 8 September einer der tüchtigsten französischen Generäle, der Sachse Dieskau —; aber die Franzosen behaupteten ihre Posten und setzten sich auch in Ticonderoga fest. Den Winter über erfüllten Einfälle der mit ihnen verbündeten Indianer Virginien und Carolina mit Schrecken: viele englische Niederlassungen wurden verbrannt und die Bewohner ermordet. Noch fühlten die Franzosen sich militärisch überlegen und der neue Gouverneur de Vaudreuil, selbst in Canada geboren, war ganz der Mann dazu ihren Muth zu beleben: wenn Frankreich sie nicht im Stiche ließ waren sie des besten Erfolges sicher.

Inzwischen hatte die englische Regierung einen neuen Gewaltact ausführen lassen, der auch auf die europäischen Gewässer sich erstreckte: als Admiral Hawke Ende August mit der Canalflotte in See gieng, erhielt er Befehl alle französischen Schiffe aufzubringen, eine Maßregel von welcher, da keine Kriegserklärung vorausgegangen war, hunderte von Kauffahrern betroffen wurden. Über diesen Bruch des Völkerrechts herrschte in Frankreich allgemeine Entrüstung: während bisher der Handelstand den lebhaftesten Wunsch nach Fortdauer des Friedens gehegt hatte, kam jetzt jedermann überein daß der Krieg eine Sache der Nothwendigkeit sei.

Nur die französische Regierung schien anderer Meinung zu sein. Zwar rief sie nach Eingang der Nachricht von dem Seegefechte bei Neufundland ihren Gesandten von London ab, aber den Krieg erklärte sie nicht, vielmehr gab sie ein von ihrer Ma-

rine erobertes englisches Kriegsschiff wieder frei. Dieses Verfahren, sagte man, sollte dazu dienen England zu beschämen und die französische Ehrenhaftigkeit vor Europa zu constatieren: in Wahrheit aber verbarg sich unter dem Scheine des Edelmuths die Unfähigkeit zu einem männlichen Entschlusse, die feige Scheu vor jeder Anstrengung und der Wunsch den Krieg, wenn er ja nicht zu vermeiden sei, so lange als möglich hinauszuschieben.

Es bedurfte neuer Gewaltschritte von englischer Seite um das französische Cabinet aus seinem Schlummer aufzuschrecken. Nachdem im November die königliche Thronrede und die Adressen des Parlaments kundgaben, daß England nicht mehr an Frieden denke und bald darauf wieder ein französisches Kriegsschiff genommen war, forderte Ludwig XV am 21 December noch einmal Rückgabe der gemachten Prisen und als die englische Regierung diese verweigerte, ordnete er am 23 Januar 1756 auch seinerseits die Beschlagnahme der englischen Schiffe an. Damit war die Thatsache des Krieges mit England anerkannt.

Daß die französische Regierung den Fehdehandschuh so zögernd aufnahm setzte Freund und Feind in Erstaunen. Denn überraschen konnte billiger Weise der Krieg niemand. Der letzte Friede war mit dem stillschweigenden Vorbehalte geschlossen worden die amerikanische Frage in einem künftigen Kriege auszufechten. Die Sache war volksthümlich. Es galt für unbestreitbar, daß von dem Besitze der amerikanischen Colonien die Entwickelung der französischen Fischerei und Schiffahrt, das Gedeihen der Industrie und des Handels abhange, und so wenig auch der Hof sich um die öffentliche Wohlfahrt kümmerte, der Ruhm in Amerika England überwunden und für Frankreichs Seemacht eine neue glänzende Periode begründet zu haben schien selbst das verflachte Gemüth eines Ludwig XV reizen zu müssen. Für die Colonien war der Friede weit gefährlicher als der offene Krieg, denn sie hatten nicht die gewaltsamen Angriffe, sondern den langsam aber stetig wirkenden Druck der britischen Ansiedelung und Betriebsamkeit zu fürchten. Bei einem kräftig geführten Kriege, unter einer anerkannt tüchtigen Leitung, mit der nöthigen Zahl königlicher Truppen, welche Frankreich leicht hergeben konnte, gestützt auf den Kriegshafen

Louisburg und auf die Festungen am Lorenzstrom, im Bunde mit den kriegerischen Indianerstämmen, waren sie im Stande binnen wenig Jahren ihren Gegner zu überwältigen, dessen militärische Anstalten den französischen nicht von fern gleichkamen und dessen Milizen andauerndem Felddienste widerstrebten.

Dazu kam daß die allgemeine Lage von Europa für Frankreich so günstig wie nur möglich war. England war isoliert, ohne Bundesgenossen auf dem Continente, deren feindliche Haltung Frankreich vom Seekriege abziehen konnte; Frankreich dagegen war fast mit allen Mächten des Continents im besten Einvernehmen. Gegen Ludwig XIV standen die Seemächte und das Haus Habsburg im Bunde: jetzt verlangte Holland nichts weiter als Neutralität und der Wiener Hof buhlte um die Gunst des französischen. Eine Anzahl kleiner deutscher Höfe, unter ihnen die kurfürstlichen von Köln und Pfalz, zehrten von französischem Golde, andere wie Baiern und Sachsen waren lüstern danach. Preußen stand mit Frankreich in Defensivallianz und erklärte sich bereit dieses Bündniß, dessen Termin zu Ende gieng, zu erneuern. Der russische Hof schloß den Miethvertrag mit England, aber daß russische Truppen direct gegen französische operieren würden, war nicht zu fürchten. Es kam nur darauf an, wenn Rußland seine Grenzen überschritt, die unter sich wie mit Frankreich verbündeten Staaten Schweden und Preußen vereint agieren zu lassen und ihnen jeden möglichen Beistand zu gewähren. Der Wille dem bestehenden Bündnisse nachzukommen war in Preußen wie am schwedischen Hofe vorhanden. Friedrich II erkannte es für ein wesentliches Interesse Preußens zu verhüten daß Schweden keinen weiteren Abbruch durch Rußland erleide. Das schwedische Volk war voll Begier sich an den Russen zu rächen: der König von Schweden Adolf Friedrich von Holstein-Gottorp und seine Gemahlin Luise Ulrike von Preußen wußten daß die russische Kaiserin, welche früher ihre Thronfolge durchgesetzt hatte, jetzt diesen Schritt bereue und ihren Haß auf sie geworfen habe. Sie beide, vor allem die geistvolle und feurige Königin, sehnten sich nach Erlösung von der Knechtschaft, in der die Oligarchie des Reichsraths das Königthum und den Staat hielt, und sie hofften,

daß nach den traurigen Erfahrungen der letzten Zeiten diesesmal ein nationaler Krieg zur Herstellung der königlichen Würde und Macht beitragen werde. Die französische Regierung hatte mit Schweden im Jahre 1754 einen neuen Subsidienvertrag abgeschlossen und hielt die Führer der Majorität des Reichsraths in ihrem Solde; ein Abfall Schwedens von dem Bündnisse war daher vorläufig auch in dem Falle nicht zu besorgen, wenn diese Machthaber die Oberhand behaupteten. Zu einer wirksamen Diversion gegen Rußland konnte der französische Hof die osmanische Pforte vermögen, welche namentlich seit dem Frieden von Belgrad auf Frankreich fest vertraute und auch in den letzten Jahren die Zusicherung erneuert hatte, sobald die Russen Schweden bekriegten, gemäß ihrem im December 1739 mit Schweden geschlossenen Bündnisse Rußland angreifen zu wollen.

Auch Dänemark war in französischer Pflicht. Der regierende König Friedrich V hatte schon von seinem Vater einen Subsidienvertrag mit Frankreich überkommen und jüngst erst wiederum im Jahre 1754 erneuert. Früher mit einer Tochter Georgs II vermählt, war er nach deren Tode und einer neuen Heirat mit Juliane Marie von Braunschweig-Wolfenbüttel mit seinem früheren Schwiegervater völlig entzweit. Allerdings war auf eine offene Parteinahme Dänemarks gegen England nicht zu rechnen, denn das Land bedurfte des Friedens schon wegen seiner sehr belasteten Finanzen und die leitenden Minister, der schlaue Moltke und der eher zu England sich hinneigende Bernstorff, waren darauf bedacht neutral zu bleiben. Dieses Zuwarten war für Dänemark geboten, so lange das königliche Haus der Furcht lebte, es möchte die Gottorpsche Linie die ihr widerfahrene Beraubung rächen und ihr gebührendes Theil an Schleswig zurückfordern. Deshalb ward mit allen Mitteln dahin gearbeitet den Verzicht der Gottorper auf Schleswig und die Vertauschung ihres holsteinischen Antheils gegen Oldenburg nnd Delmenhorst zu erlangen. Adolf Friedrich hatte noch als Thronfolger von Schweden in einen Vertrag dieses Inhalts für die jüngere Linie gewilligt: aber der regierende Herzog Peter von Holstein-Gottorp war fest entschlossen sich seiner Rechte nicht zu entäußern, sondern sie geltend zu machen

sobald er den russischen Thron bestiegen haben werde. Diese Sorge nöthigte Dänemark vorläufig von feindlichen Schritten gegen Schweden gänzlich abzusehen. Die Republik Polen war längst in den europäischen Verwickelungen ein leidender Theil: ihre Cooperation kam nach keiner Seite in Anschlag. In ihrem Innern drängte für den Augenblick nichts zur Entscheidung: denn obgleich die Gefahr des Untergangs vor Augen stand, blieb alles beim alten und jeder Versuch schreiende Misbräuche abzustellen war umsonst: seit zwanzig Jahren war kein Reichstag mehr zu Stande gekommen. Übrigens hatte Frankreich eine starke Partei und manche patriotisch gesinnte Männer erwarteten dort Hilfe in der letzten Noth zu finden. Der königlich polnische Hof war durch Verwandschaft mit den Bourbonen verknüpft; August III hatte eine Tochter an den König beider Sicilien, eine andere an den Dauphin von Frankreich vermählt.

Von den jüngeren bourbonischen Häusern hatte Ludwig XV keinen Widerstand zu besorgen. Karl von Neapel wartete bedächtig der Zeit, da er sicher auf dem spanischen Throne sitzen werde, um dann mit England Abrechnung zu halten; sein Bruder Philipp von Parma, Ludwigs XV Schwiegersohn, setzte alle seine Hoffnungen auf Frankreich. Am Hofe ihres ältesten Bruders, des in Trübsinn versunkenen Ferdinand VI von Spanien, waltete zwar die Abneigung gegen das französische Cabinet vor. Daher gelang es die zwischen England und Spanien obwaltenden Irrungen wegen des Assiento durch den Vertrag von Madrid im Jahre 1750 zu erledigen: in gleichem Sinne ward im Jahre 1752 der Vertrag von Aranjuez mit Österreich und Sardinien geschlossen, durch welchen, zumal nach dem Beitritt des Königs beider Sicilien und des Herzogs von Parma, die Ruhe Italiens eine neue Bürgschaft erhielt. Aber wenn auch auf Spaniens Mitwirkung zum Kriege gegen England für den Augenblick nicht zu rechnen war, so konnte man doch gewiß sein, daß die Regierung jenes unglücklichen Fürsten sich zu keinem Acte der Feindseligkeit gegen Frankreich entschließen werde. Ein Bündniß mit England, um die See vollends unter britische Herrschaft zu bringen, war unmöglich nach den unaufhörlichen Streitigkeiten über

die spanischen Colonien, angesichts der englischen Besatzungen in Port Mahon und Gibraltar und bei der offenkundigen Freundschaft zwischen den Portugiesen und Engländern, endlich auch nicht zum geringsten Theile wegen der spanischen Rechtgläubigkeit, welche mit den Ketzern nicht gemeine Sache machen wollte.

Rechnete man zu all diesen Umständen den Zauber hinzu, mit dem der bloße Name Frankreichs damals in Europa wirkte, die große Zahl gewandter und erfahrener Diplomaten, ein sieggewohntes Heer, so durfte man mit Zuversicht sagen, daß die französische Regierung, wenn sie ihre Mittel richtig verwendete, auf dem Festlande keinen Feind zu scheuen brauchte. Wollte sie den Frieden in Europa erhalten um alle ihre Kräfte auf den See- und Colonialkrieg zu concentrieren, so war sie vor jedem Angriff auf dem Continente sicher. Denn niemand konnte zweifeln, daß Georg II und seine Räthe nicht daran dachten von den Niederlanden oder Hannover aus die Offensive zu ergreifen. Sie hatten keine größere Sorge als die, diese Länder und die britischen Inseln selbst gegen mögliche Invasionen zu decken und schlossen nur zu diesem Zwecke die Soldverträge mit deutschen Fürsten und der russischen Kaiserin ab. Von Österreich war es offenkundig, daß es nicht einmal zu ausreichender militärischer Deckung Belgiens Anstalt treffen wollte, geschweige denn daß es zu einer Diversion gegen Frankreich den Engländern die Hand geboten hätte. Man wußte am französischen Hofe sehr wohl daß der Kaiserin Maria Theresia nichts so sehr am Herzen lag als Schlesien wieder zu erobern. Aber damit hatte es vorläufig gute Wege. Friedrich der große war jetzt so gut wie früher allein im Stande Schlesien gegen die Österreicher zu behaupten. Wollte Frankreich jedoch für seinen Verbündeten ein übriges thun, so lag es in seiner Macht ihm die Truppen der deutschen Fürsten, welche im französischen Solde standen, gegen Österreich oder Rußland zur Verfügung zu stellen.

So günstig lagen die Umstände, wenn Frankreich auf dem Continente Frieden halten wollte, aber noch größere Vortheile durfte es sich versprechen, wenn es dem Seekriege durch eine Diversion zu Lande Nachdruck gab. Die für England empfindlichsten

Stellen waren Belgien und Hannover. Im vorigen Kriege waren die österreichischen Niederlande durch die französischen Waffen erobert; man hatte sie zum Schmerze des Heeres und der Nation zurückgegeben um dafür die verlorenen Colonialgebiete von England wiederzuerhalten und alle betheiligten hatten die Ausführung der dahin gehenden Bestimmungen garantiert. Um dieselben Colonien erneuerte sich der Krieg: wie nahe lag es, wenn man einen Vorwand suchte, das Unterpfand, dessen man sich im Frieden entäußert hatte, jetzt wieder zu nehmen. Der wehrlose Zustand, in welchem das sonst so hartnäckig bestrittene Belgien sich befand, lockte zur Eroberung und von dort nach Hannover gieng der Weg durch befreundete Territorien. Die Holländer konnte man durch Zusicherung der Neutralität und durch Handelsprivilegien gewinnen; zogen sie doch schon vor Ausbruch des Krieges ihre Besatzungen aus den Barriereplätzen zurück. Österreich war entfernt, und es galt den Versuch, ob es sich nicht zu einem Tausche seiner niederländischen Provinzen bestimmen lasse, etwa gegen Baiern, dessen Kurhaus am Erlöschen war und dessen künftige Erwerbung seit dem spanischen Erbfolgekriege ein Object der österreichischen Politik bildete. Im äußersten Falle konnte es durch Preußen beschäftigt werden. Was die Engländer betraf, so mangelte ihnen jede Operationsbasis um Belgien oder Hannover, wenn sie in raschem Anlaufe erobert waren, den Franzosen wieder zu entreißen. Und wenn man die Gesinnung Georgs II und seiner Minister erwog, so war mit Bestimmtheit vorauszusagen, daß sie die Interessen der britischen Colonien preisgeben würden um Hannover wiederzuerlangen und Frankreich nicht zum Meister des Continents werden zu lassen.

Wer möchte leugnen daß in solchen Unternehmungen Frankreichs eine große Gefahr für England nicht allein, sondern in höherem Grade noch für Deutschland und damit für Preußen lag, dessen König, obwohl er durch die Umstände zur Allianz mit Frankreich genöthigt worden war, darum nicht minder die Gefahren der Übermacht Frankreichs mit wachsamer Sorge erwog. Gieng doch schon im Jahre 1742 sein Urteil dahin, daß selbst wenn er mit dem Könige von Großbritanien nicht Freund sei, die gute Politik

ihm nicht erlaube französische Truppen in Hannover zu dulden[1]. Aber ganz so bedenklich wie im österreichischen Erbfolgekrieg, wo es daran war daß die Franzosen sich zu Herren und Meistern von ganz Deutschland machten, konnte eine Diversion der Franzosen gegen Hannover während des jetzigen Seekrieges nicht erscheinen. Überdies wußte Friedrich II zu gut, wie gefährliche Anschläge der österreichische und russische Hof, mit denen der englische bis dahin Hand in Hand gieng, gegen seinen Staat spannen, als daß er sich so leicht hätte entschließen sollen das einzige Bündniß welches ihm einen Rückhalt gewährte aufzugeben.

Aber freilich alle die Vortheile, welche Frankreich vor England erringen konnte, hiengen ab von der Thatkraft und Entschlossenheit, mit der man sich ihrer zu versichern wußte, und wurden zu nichte an dem sittlichen Bankerott des Hofes und der Regierung. In andern Ländern wurden alte Schäden getilgt und durch Gesetzgebung und Verwaltung das gemeine beste befördert, jedoch in Frankreich, wo das Bedürfniß dringender und tiefer gefühlt ward als irgendwo sonst, nahm man höchstens einmal einen schwachen Anlauf zu Reformen um bald wieder in die alten Misbräuche zu verfallen. Die innere Verwaltung war ohne Einheit und Kraft, voll Willkür und Ungerechtigkeit; mitten im Frieden herrschten z. B. in der Provence die traurigsten Nothstände und für ihre Abhilfe geschah nichts. Nicht besser stand es mit Flotte und Heer. Der Marschall von Sachsen hatte eine durchgreifende Neugestaltung des Heerwesens nach Art des preußischen für nothwendig erklärt und namentlich bessere Verpflegung und Besoldung der Mannschaften gefordert. Statt seinem Rathe zu folgen vergab man die Offizierstellen wie geistliche Pfründen nach Gunst und Gnaden und überbürdete das Heer mit unnützen Höflingen. Die Herstellung der Flotte wurde als eben der Friede geschlossen war nach einem großartigen Plane mit augenfälligem Eifer betrieben: aber bald stellte man den kostspieligen Schiffbau wieder ein als sei man des ewigen Friedens gewiß, während England Jahr aus Jahr ein neue Fahrzeuge auf den Stapel legte. Jetzt, als die Noth drängte, gieng

[1] Ranke Preuß. Gesch. III 43, 1.

man ans Werk um das versäumte nachzuholen und es zeigte sich was Frankreich vermochte, wenn es sich zusammennahm: in einem Jahre wurden, freilich zum Theil aus grünem Holze, denn ältere Vorräthe hatte man nicht, fünfzehn Kriegsschiffe fertig gebaut. Wenn man so fortfuhr konnte man noch immer mit Ehren bestehen und Frankreichs maritime Stellung behaupten, aber bald brauchte man wieder das Geld für andere Zwecke nöthiger als für eine so widerwärtige Sache, wie dem Hofe der Krieg mit England war.

Der Grund des Ruins lag eben da, woher die Abhilfe kommen sollte, in dem Könige und der Regierung. Von früher Jugend an hatte Ludwig XV sich den Lüsten hingegeben und jeder ernsten Thätigkeit abhold die Langeweile welche ihn quälte durch immer neue Vergnügungen zu zerstreuen gesucht. Durch den beständigen Sinnenreiz ward jedes edlere Gefühl seiner Seele abgestumpft, bis er endlich in elender Schlaffheit seine Person und seinen Staat der Leitung einer Buhlerin überließ, welche auch nachdem ihre Reize verblüht waren ihn als seine vertraute umgarnt hielt. Dies war Jeannette Poisson, verehelichte Madame d'Etioles und durch ihren königlichen Liebhaber Marquise de Pompadour. Vor ihr beugten sich die Großen des Reichs wie die Stimmführer der Litteratur. Längst hatte sie bei der Ernennung der Minister und bei wichtigen Beschlüssen aller Art die Hand im Spiele: sie traute sich das Talent zu auch die europäische Politik nach ihrem Sinne zu lenken. Dabei waren ihre Triebfedern dieselben welche sie zur Meisterin in den Künsten der Maitresse gemacht hatten, ihre Selbstsucht und ihre Eitelkeit. Das Staatswohl und das Glück des Volkes kam für sie nicht in Betracht. Mit List und Klugheit verfolgte sie ihren Weg; sie bestand nicht auf ihrer Meinung und drängte sie den Ministern nicht auf, geschweige denn dem Könige; sie gab dem Widerspruche nach, um wenn ihre Stunde gekommen war schließlich doch ihren Willen durchzusetzen. Ihre Absicht gieng dahin den Einfluß, welchen der Prinz Conti beim Könige hatte, zu beseitigen und auf die Allianz mit der Kaiserin Maria Theresia ein neues politisches System zu gründen, dessen Seele sie selbst sein würde.

Ludwig XV war nicht ohne Sinn für die Fragen der auswärtigen Politik und nicht ohne Interesse für das Getriebe der Diplomatie, so lange er mehr zuschauen konnte als zum thätigen Eingreifen genöthigt war. Er wußte zu schweigen und die Zeit zu erwarten. Natürlich faßte er alles unter höfischen und dynastischen Gesichtspuncten auf: wo persönliche Vorliebe oder Abneigung hinzukam, war er der größten Opfer fähig und in seiner Ungnade und seinem Hasse unversöhnlich. Niemals ward er von Grundsätzen der Staatskunst bestimmt, sondern von einem engen Kreise leitender Ideen, an welche er seine königliche Ehre und sein Seelenheil gebunden glaubte. Wenn er diese im Spiele glaubte, war er im Stande schnelle und kühne Entscheidungen zu treffen und daran mit Zähigkeit festzuhalten. Aber wo es darauf ankam nicht nach flüchtigem Gutdünken oder Gemüthserregung, sondern nach bedächtiger Erwägung der Gründe, nach Maßgabe der Wege und Mittel und allen Bedingungen des Erfolges einen Entschluß zu fassen und diesem gemäß zu handeln, da trat seine Oberflächlichkeit und Leichtfertigkeit und der gänzliche Mangel sittlicher Spannkraft zu Tage. Dem Cardinal Fleury hatte er ein unbegrenztes Vertrauen geschenkt: nach dessen Tode gab es keinen leitenden Minister mehr. Er wollte selbst regierender König sein wie Ludwig XIV, aber da er den Ernst der Geschäfte scheute, beförderte er nur die Cabale. Männer vom höchsten Range und Diensterfahrung getrauten sich selbst in den dringendsten Fällen nicht mit dem Könige offen und freimüthig über Staatsangelegenheiten zu reden, weil es gegen die Etikette war, der sie mit knechtischer Unterwürfigkeit sich fügten: dafür klagten sie um so bitterer im vertrauten Kreise.

Ludwig XV selbst richtete neben der amtlichen Geschäftsbehandlung durch seine Minister noch eine geheime Diplomatie ein, welche der Prinz Conti leitete. Sie hatte den Zweck die Minister zu controlieren und in gewissen Fällen eine andere Politik zu treiben als die, welche sie als Beamte der Krone mit königlicher Genehmigung handhabten. Auf den Prinzen Conti war das lebhafteste Interesse für Polen vererbt und mitten in einem Leben voll Ausschweifungen verfolgte er doch mit Eifer

seinen Zweck eine künftige polnische Königswahl auf sich zu lenken. Zu diesem Ende arbeitete er seit Jahren daran die französische Partei in Polen zu verstärken, ein ewiges Bündniß der Republik mit der Türkei, mit Schweden und mit Preußen einzuleiten, und so die Herrschaft, welche mittelst des sächsischen Königshauses Österreich und Rußland in Polen ausübten, zu brechen. Er glaubte sich seinem Ziele nicht fern als der Seekrieg mit England ausbrach und Bündnisse mit Österreich sowohl als mit Sachsen in Aussicht genommen wurden, welche den Absichten des Prinzen schnurstraks zuwiderliefen.

Um so willkommener waren sie seiner Feindin der Marquise. Conti hatte die Pompadour durch eine andere Favorite zu verdrängen gesucht. Dies war nicht gelungen, die Pompadour behauptete den Platz, aber die Nähe der Gefahr zeigte ihr die Nothwendigkeit den Prinzen Conti ganz zu entfernen und um dem Hofe sicher zu gebieten auch die Politik zu beherrschen. Es gelang ihr zusehends. Das Ministerium war uneinig und ohne Kraft. Noch zählte es Mitglieder welche ihr widerwärtig und feind waren; um so ergebener zeigten sich andere, vor allen der Großsiegelbewahrer Machault und Rouillé, der Staatssecretär der auswärtigen Angelegenheiten. Rouillé ward, nachdem er lange in finanziellen Ämtern gearbeitet und zuletzt das Ministerium der Marine bekleidet hatte, am 28 Juli 1754 in einem Alter von fünfundsechzig Jahren zum auswärtigen Ministerium berufen. Für diesen wichtigen Posten besaß er weder Talent noch Erfahrung. Seine Kenntniß der Geschichte und der Politik war dürftig: vergebens suchte er durch den hochfahrenden Ton, den er gegen tüchtige Untergebene und gegen fremde Gesandte annahm, die Blößen welche er sich gab zu verdecken. Ohne tiefere Einsicht und ohne festes System, nicht fähig einen selbständigen Entschluß zu fassen, folgte er einzig den Eingebungen der Pompadour, welche ihrerseits sich vorzüglich von dem Abbé Grafen Bernis berathen ließ.

Die Marquise scheute nichts mehr als den Krieg, weil dessen Ausbruch dem Kriegsminister d'Argenson, ihrem geschworenen Feinde, eine gewichtigere Stimme geben mußte und in das üppige Wohlleben des Hofes einen grellen Mißton brachte. Obgleich sie

alles aufbot durch immer neue Lustbarkeiten jeden ernsten Gedanken zu verscheuchen, so versank Ludwig XV doch öfters in trübe Stimmung und konnte sich der Reue und der Sorge über den Gang der Dinge nicht völlig entschlagen. Wie leicht konnte ein Krieg ihn aus dem Taumel aufschrecken und Männer der That an das Ruder des Staates bringen. Deshalb hinderte sie auf alle Weise den offenen Bruch mit England: sie hatte sich einmal in den Sinn gesetzt, man werde sicherlich durch Mäßigung und rücksichtsvolles Betragen England besänftigen und den Frieden erhalten. Namentlich seit dem Ende des Jahres 1754 machte sie ihren Einfluß überall geltend. Ohne Vorbesprechung mit ihr ward kein wichtiger Beschluß über innere oder auswärtige Angelegenheiten gefaßt, oft ergriff sie selbst die Initiative. Unter solchen Umständen hielt sie es an der Zeit den schon früher gehegten Plan eines Bündnisses mit dem österreichischen Hofe wieder aufzunehmen. Damit war der Prinz Conti abgethan und Preußen, bisher der angesehenste Bundesgenosse Frankreichs, mußte in den zweiten oder dritten Rang zurücktreten.

Von jeher war König Friedrich der Pompadour zuwider. In den ersten Monaten ihres Glückes am Hofe, im Jahre 1745, hatte er Ludwig XV durch den Vertrag von Hannover empfindlichen Verdruß bereitet. In den folgenden Kriegsjahren erwies er Frankreich keinen directen Dienst, sondern wahrte jederzeit stolz seine Neutralität und seine Selbständigkeit. Von den Gesandten aller Höfe empfing die Pompadour Huldigungen, von keinem weniger als von dem preußischen. Es schmeichelte ihrer Eitelkeit in hohem Grade, daß Maria Theresia sich durch ihren Gesandten Grafen Starhemberg ihr Bildniß ausbat. Ein gleiches thaten die Brüder Friedrichs: aber der König selbst ließ sich zu einer solchen Bitte so wenig als zu irgend einer andern Aufmerksamkeit herab, vielmehr wurden ihr beißende Spötteleien desselben über sie und ihren Herrn hinterbracht. Von Kindesbeinen an hatte Friedrich nie einen guten Witz oder eine treffende Spitze zurückhalten mögen: weder die Schläge seines Vaters noch so mancher viel schmerzlichere Streich, welchen gereizte Empfindlichkeit gegen ihn und seinen Staat führte, konnten die angeborene Neigung unterdrücken.

Gerade hierin fühlte er sich geistesverwandt mit Voltaire, dessen leichtes glänzendes Talent und Formgewandheit ihn in solchem Grade fesselte, daß er sich trotz der schlimmen Erfahrungen, die er mit diesem seinem litterarischen Lehrmeister machte, nie völlig von ihm losriß. Es ist bekannt, wie übel Voltaires Aufenthalt am preußischen Hofe ablief. Für die erfahrene Kränkung nahm Voltaire boshafte Rache, indem er der Pompadour Spottgedichte, welche der König auf sie gemacht hatte, in Abschrift zufertigte; bald darauf ließ er sie mit den übrigen Poesien Friedrichs, welche das als Manuscript gedruckte Exemplar enthalten hatte, nachdrucken. Der ganze Kreis von leichtfertigen Schöngeistern, der sich um die Favorite drehte, namentlich der Abbé Bernis, war darin arg mitgenommen und entbrannte vor Zorn über die scharfen Stiche des fürstlichen Schriftstellers. Manches gesprochene oder nicht gesprochene Wort, das Voltaire in Umlauf setzte, steigerte noch die Erbitterung: am tiefsten mochte die Pompadour die Verachtung reizen, mit der Friedrich, als sie ihn durch Voltaire ihrer Verehrung versichern ließ, erwiedert hatte: „ich kenne sie nicht" — „je ne la connois pas". Er sollte sie kennen lernen.

Denn um Bundesgenossen war der Hof von Versailles nicht verlegen: wenn Preußen seine Gunst verscherzte, so bewarb sich der Kaiserhof um so eifriger an dessen Stelle einzutreten. Die französischen Gesandten, Marquis de Hautefort und nach ihm Marquis d'Aubeterre — 'einer der liebenswürdigsten Menschen, die man sehen kann, ein gereifter Franzose', wie ein preußischer Berichterstatter sagt — wurden in Wien mit ausgesuchter Auszeichnung behandelt. Die Kaiserin sprach gegen sie offen aus, wie sehr sie ein Bündniß mit dem Könige von Frankreich wünsche. Statt wie bisher durch ihre Zwietracht den Frieden von Europa zu stören, seien Österreich und Frankreich vielmehr berufen vereint den Frieden zu erhalten und, wenn eine Macht zweiten Ranges ihn störe, diese in engere Grenzen zurückzuführen. Das galt Preußen. „Ich habe der Ruhe von Europa meine theuersten „Interessen zum Opfer gebracht und Schlesien abgetreten," sagte sie einst zu Hautefort, „aber wenn je zwischen ihm und mir der Krieg „wieder entbrennt, so trete ich in alle meine Rechte wieder ein

„oder ich gehe darin unter, ich und der letzte meines Hauses.“ Zwar für den Augenblick, versicherte sie, habe sie nicht die Absicht um Schlesiens willen wieder Krieg anzufangen: aber sie hatte des Kummers um diese Provinz so wenig Hehl als der Absicht sich ihrer wieder zu bemächtigen, sobald die Umstände im Laufe der Zeit sich günstig gestalteten[1].

Den Plan des Bündnisses mit Frankreich hatte Maria Theresia selbst mit dem Grafen Kaunitz entworfen[2] und die ganze Sache ruhte jahrelang in ihrer Hand, ohne daß andere Räthe oder der Kaiser ins Vertrauen gezogen wurden. Schon auf dem Aachener Congresse machte Kaunitz dem Grafen St. Severin Anträge in diesem Sinne und knüpfte mit dessen Gönnerin der Marquise de Pompadour eine Correspondenz an. So ungern die Kaiserin ihren tüchtigsten Minister entbehren mochte, jede andere Rücksicht trat vor dem Wunsche zurück den Hof von Versailles zu gewinnen: deshalb gieng Kaunitz im Jahre 1751 selbst als Botschafter nach Frankreich. Seine Vorstellungen, welche durch genaue Kenntniß der deutschen und der europäischen Verhältnisse unterstützt wurden, verfehlten nicht bei den französischen Ministern Eindruck zu machen: aber die Kluft, welche die Interessen des österreichischen Hauses und Frankreichs trennte, war durch den zweihundertjährigen Gegensatz zu sehr befestigt, als daß sie es verantworten mochten auf ein Bündniß einzugehen, welches statt den Frieden zu sichern nur neuen Krieg und zwar zum Vortheile des so lange bekämpften Gegners in Aussicht stellte. Wenn daher auch das Einvernehmen mit Preußen vorübergehend erschüttert ward, bald schien es von neuem hergestellt. Zwar war Madame de Pompadour ganz für die österreichische Allianz eingenommen, aber die Minister mit denen sie die Sache erwog, ihre eigenen Creaturen, widersprachen ihr so entschieden daß sie es nicht wagte dem Könige einen Plan vorzulegen, gegen den im ganzen Geheimenrath nur éine Stimme

---

[1] Hauteforts Bericht vom 24 Oct. 1750 (Schlosser II³ 297) Huschberg-Wuttke S. XLIV. Duclos mém. secr. II 103 f.

[2] Vgl. Stainvilles Bericht an Bernis vom 25 Aug. 1757. Die Kaiserin sagte von der französischen Allianz: je suis la première avec Kaunitz qui l'aie desirée.

sein werde. Sie fürchtete ihre Stellung zu gefährden und erklärte daher Kaunitz, man müsse eine gelegenere Zeit abwarten.

Kaunitz war weit davon entfernt die Sache übereilen zu wollen: daß eine günstige Stimmung erweckt und die ersten Schritte zu einem engeren Verhältnisse gethan waren, galt ihm schon als ein nicht geringer Gewinn. Er blieb noch auf seinem Posten, scheinbar ohne irgend ein wesentliches Geschäft: seine Rede war, er sei nur deshalb nach Frankreich gekommen um dem Könige und der Marquise den Hof zu machen. Dem äußeren Scheine nach zu urteilen hatte seine Mission kein weiteres Resultat, als daß die beiden Höfe seitdem auf freundlicherem Fuße mit einander verkehrten und öfters Geschenke mit einander tauschten. Nicht anders verhielt sich Graf Georg von Starhemberg, der im Jahre 1753 an die Stelle von Kaunitz trat. Ohne im Augenblick eine bindende Erklärung zu fordern behauptete er die Gunst der Madame de Pompadour und bestärkte sie in dem Verlangen das Bündniß mit Österreich endlich doch durchzusetzen. Der beginnende Seekrieg brachte auch für diese Frage die Entscheidung.

Inzwischen arbeitete Kaunitz in Wien als Haus-, Hof- und Staatskanzler darauf hin das politische System, zu dessen Durchführung Frankreich an seinem Theile mitwirken sollte, nach allen Beziehungen einzuleiten und zu begründen. Wer nur das geckenhafte äußere dieses Ministers sah und von den Thorheiten hörte, mit denen er halbe Tage zubrachte, mochte denken daß er in lauter Frivolität aufgehe: aber wer genauer beobachtete und durch die seltsame Hülle hindurchdrang, mußte in Kaunitz einen Staatsmann erkennen von scharfem methodischem Verstande, von festen Grundsätzen und von beharrlicher Willenskraft. Maria Theresia wußte ihn nach Gebühr zu schätzen und ehrte ihn durch rückhaltloses Vertrauen und zarte Aufmerksamkeit. So sehr die Kaiserin auch sich selbst beherrschen lernte, so entsprang doch immer ihre Staatskunst zum guten Theile aus dem Gemüthe und ward von unmittelbaren Impulsen, von Haß und Vorliebe bestimmt. Kaunitz dagegen gab keiner Leidenschaft Raum: er brachte Regel und Methode in die österreichische Politik und entwarf mit der nüchternsten Erwägung das System, auf welchem

seiner Überzeugung nach die Größe des Kaiserhauses beruhte. Darum gieng er mit der Zuversicht des Meisters an das Werk, zu dem er sich berufen wußte.

Durch Kaunitz erhielt das auswärtige Ministerium am österreichischen Hofe erst seine wahre und volle Bedeutung. Bei der bisherigen collegialischen Behandlung der Geschäfte hatten in der That subalterne Referenten die wichtigsten Entscheidungen beherrscht, und den fremden Gesandten fiel es nicht schwer von Verhandlungen und Beschlüssen Kenntniß zu erhalten. Dagegen arbeitete Kaunitz als Chef mit wenigen von ihm erprobten Beamten seiner Wahl und gab dem Ministerium Einheit und undurchdringliche Verschwiegenheit. Jetzt konnte die diplomatische Kunst mit sicherer Berechnung auf ihre Ziele lossteuern und der endliche Erfolg schien keinem Zweifel zu unterliegen. Aber die Meisterschaft der formalen Methode, welche Kaunitz wie kein anderer besaß, macht noch nicht einen großen Staatsmann, sondern die Tiefe, Einfachheit und Wahrheit der politischen Gedanken, und diese vermissen wir bei ihm. Ebenso wie Kaunitz für seine Person schlimmer als das Gift jeden frischen Luftzug fürchtete, war auch sein politisches System nicht ein gesundes, aus den natürlichen Lebensbedingungen der unter dem habsburgischen Scepter vereinigten Völker entsprungenes, sondern ein Treibhausgewächs, welches den Keim des Verderbens schon in seiner Wurzel trug.

Sein Hauptaugenmerk richtete Kaunitz auf die deutschen Angelegenheiten. Die Auflösung des Reichskörpers betrachtete er als unausbleiblich und als nahe bevorstehend: die Vorstellung aber, daß das deutsche Volk mit dem Falle seiner alten Verfassung nicht untergehen, sondern sich verjüngen und nach neuen Formen seines staatlichen Daseins ringen werde, lag völlig jenseit seines Horizonts. Für ihn handelte es sich nur darum aus den Trümmern des Reiches so viel zu retten um das Übergewicht des österreichischen Hauses zu behaupten und zu befestigen. Das konnte geschehen theils durch Abrundung seiner Territorien und neue wohlgelegene Erwerbungen, theils indem man die katholischen Höfe in immer engere Verbindung mit dem Kaiserhause zog und das Mistrauen der Protestanten nach Möglichkeit beschwichtigte.

Im Reiche war für diese Pläne kein Gegner zu fürchten außer Preußen; dieses aber stand überall im Wege. Die Einverleibung Schlesiens in den preußischen Staat brachte Österreich nicht nur um eine reiche Provinz, sondern sie gab auch den Protestanten in Deutschland ein erhöhtes Gewicht und drohte die bisherige Stellung der Parteien zu ändern. Seit dem Ausgange des sechzehnten Jahrhunderts hatte die österreichische Dynastie aufgehört unter den Religionsparteien zu vermitteln und den Frieden zu erhalten und war statt dessen auf die Unterdrückung der Protestanten in ihren eigenen Territorien wie außerhalb derselben ausgegangen. Im Prager und westfälischen Frieden behielten Österreich und Baiern außer der Rheinpfalz alles was sie in den ersten Jahren des dreißigjährigen Krieges den Protestanten entrissen hatten. Auch nachher blieben Beeinträchtigungen nicht aus; dazu wurden zwei Kurhäuser, Pfalz und Sachsen, katholisch, während die Protestanten keinen Zuwachs erfuhren. Da erhob sich durch die Erwerbung von Schlesien Preußen zu einer protestantischen Macht auf dem Continente; die evangelische Kirche war in einer Provinz, in der sie fast verloren schien, gerettet und die Siege Friedrichs hoben nicht Preußen allein, sondern das ganze protestantische Deutschland aus dem Stande der Demüthigung und Duldung zu stolzem Selbstgefühl empor. In den österreichischen Landen ward auch unter Maria Theresia das System der Unterdrückung der Protestanten beibehalten; im Reiche gieng damals die Politik des Kaiserhofes dahin, zwar den Gedanken an einen Religionskrieg nicht aufkommen zu lassen, überhaupt niemand um seines Bekenntnisses willen zu verfolgen, aber eben so wenig den Protestanten über diesen Stand der Gnade hinaus eine selbständige Macht zu gestatten. Demgemäß waren Maria Theresia und Kaunitz — denn der Kaiser Franz blieb diesen Plänen vorläufig fremd — darin einverstanden, daß der preußische Staat aufgelöst und zerstückelt werden und daß vor allem andern Schlesien an Österreich zurückfallen müsse. Nicht allein daß diese Provinz für die katholischen Interessen hochwichtig erschien[1], sondern Preußen

[1] Maria Theresia's Schreiben an Card. Fleury v. 21 April 1741. Arneth M. Th. erste RJ. I 192.

beherrschte mit derselben auch die Verbindung von Sachsen und Polen und gefährdete Sachsen selbst. Wenn Friedrich II dieses Land, das er schon einmal in Händen hatte, eroberte und die brandenburgischen Fürstenthümer in Franken, welche auf wenig Augen standen, mit seinen Staaten verband, so war Österreich vom Reiche so gut wie ausgeschlossen. Deshalb mußten die unruhigen und aufstrebenden Hohenzollern auf die Mark Brandenburg beschränkt und für immer unschädlich gemacht werden.

In Polen wucherte der Haß der Parteien üppig fort und jede Seite suchte durch fremden Einfluß sich zu verstärken. Wohl war es ein Wunsch der Kaiserin daß die nächste Königswahl auf ihren Schwager Karl von Lothringen oder einen ihrer jüngeren Söhne fallen möge. Aber die Aussichten darauf waren so unsicher, daß die österreichische Regierung sich auch andere Combinationen gefallen ließ und namentlich der von dem sächsischen Hause erstrebten Erblichkeit nicht entgegentrat. Darüber mochte in der Zukunft entschieden werden: für jetzt war die Hauptsache, daß man mit dem sächsisch-polnischen wie mit dem russischen Hofe in dem Hasse gegen Friedrich II eines Sinnes war. Von ihnen also war keine Störung des österreichischen Systems, sondern thätiger Beistand zu erwarten.

Der Gegner, den der österreichische Hof zu fürchten hatte, war Frankreich. Bei jeder polnischen Königswahl, in der Türkei, in Italien, in den Niederlanden, in Deutschland stand diese Macht Österreich gegenüber: ihre Diplomatie, ihr Geld und ihre Heere durchkreuzten von jeher die Pläne des habsburgischen Hauses. Dieser Widerstreit der Habsburger und Bourbonen hatte die Geltung eines unumstößlichen Princips gewonnen, welches eine Generation von Fürsten und Staatsmännern der andern überlieferte.

Aber sollte es drum nicht möglich sein ein anderes System auszudenken, welches sich statt auf die Zwietracht der beiden Höfe, auf ihre Einigkeit gründete? Wenn dies gelang, wenn Österreich und Frankreich sich verständigten und zusammenwirkten, waren die beiden Mächte jedem Gegner überlegen und lenkten die Geschicke Europas nach ihrem Belieben. Im Reiche hörte die Spal-

tung auf: die Höfe welche Frankreich besoldete dienten fortan ebensowohl wie die dem Kaiserhause ergebenen Reichsstände den habsburgischen Zwecken; die militärischen wie die diplomatischen Kräfte, welche sich jetzt an einander rieben, wirkten dann auf den einen Feind und mußten in raschem Anlaufe ihn überwältigen.

Um dieses Ziel zu erreichen galt es eine Basis zu finden, auf der die habsburgischen und bourbonischen Interessen sich vereinigten, und eine solche war durch die Geschichte beider Dynastien gegeben. Die eine wie die andere hatte so weit ihr Arm reichte bei ihren Unterthanen den Protestantismus unterdrückt und die Katholicität gewaltsam hergestellt. Damit begründeten sie einen natürlichen Gegensatz zu den protestantischen Mächten, und wenn dieser auch um politischer Rücksichten willen oft genug verdeckt war, so trat er doch wie schon in den Zeiten Karls V so auch später mehrmals wieder zu Tage, namentlich bei dem Ryswijker Friedensschlusse und neuerdings im Verlaufe des polnisch-lothringischen Kriegs. Mit dieser innern Geschichte beider Dynastien, durch welche sie die katholischen Großmächte geworden waren, trafen die persönlichen Tendenzen der Monarchen zusammen. Maria Theresia war eine fromme, eifrige Katholikin und sah im Protestantismus nur Abfall von Gott. Weil der französische Hof katholisch war, hatte sie nach ihrer Thronbesteigung zu ihm das beste Zutrauen gehabt, und so bitter sie enttäuscht ward, achtete sie es dennoch auch fernerhin einem Glaubenssatze gleich sich seine Freundschaft zu erwerben. Ludwig XV vermeinte die Menge seiner Sünden durch fromme Werke decken zu können und hielt sich der ewigen Gnade versichert, wenn er nach dem Vorbilde seiner Ahnen die Ketzerei vertilgte. Gerade damals, vorzüglich in den Jahren 1754 und 1755, waren die Häscher gegen die „Prediger der Wüste" und gegen angesehene Bekenner des Evangeliums in eifriger Thätigkeit; Geistliche wurden gehängt und Greise auf die Galeeren geschleppt. Je tiefer der König in Unsittlichkeit versank, um so eifriger ward seine Devotion, und die Verbindung mit protestantischen Fürsten beschwerte sein Gewissen.

Graf Kaunitz war nichts weniger als von kirchlichem Eifer

beseelt: ihm galt es nur das politische Princip, welches sich auf die katholischen Tendenzen der Monarchen begründen ließ. Kamen diese zu dem Entschluß sich mit einander zu verbünden, so erschien ihm die Verständigung über die zwischen Österreich und Frankreich obwaltenden Differenzen nicht allzu schwierig. Die wesentlichen Objecte des Streites bildeten Italien und Belgien. Daß in Italien das Haus Lothringen im Besitz von Toscana bleibe, lag im Interesse Frankreichs, damit nicht die Ansprüche auf das Stammland wieder auflebten, welches damals Frankreich noch nicht förmlich einverleibt war. Die Niederlande aber konnte man dem bourbonischen Hause anbieten unter der Bedingung der Beihilfe zur Eroberung von Schlesien. Damit erreichte Ludwig XV, was früheren Feldherrn und Staatsmännern in Frankreich als das höchste Ziel des Ruhmes gegolten hatte, und bot den Seemächten die Stirn; Österreich aber ward in den Stand gesetzt den Nebenbuhler im Reiche zu vernichten.

Freilich ließ sich gegen diesen Plan einwenden, Frankreichs Übermacht möge dadurch zum Schaden wie des deutschen Reiches so auch Österreichs erhöht werden, und England, von Österreich verlassen, könne sich mit Preußen verbinden. Aber Kaunitz ward durch solche Bedenken an seinem System nicht irre. Er kannte die innern Schäden des französischen Hof- und Staatswesens und fürchtete das Wachsthum der französischen Macht nicht; ja im Gegentheil hielt er sich überzeugt, Frankreichs Geltung werde nicht wachsen, sondern eher abnehmen, sobald es im Reiche nicht als selbständige Macht für die Gegner des österreichischen Hauses, sondern nur subsidiarisch für österreichische Zwecke mit Geld und Truppen wirke. Ferner deckte sich Österreich durch sein Einvernehmen mit Sachsen und Rußland. In Petersburg hatte Graf Nicolaus Esterhazy, der österreichische Botschafter, die entscheidende Stimme: der Bruch aller diplomatischen Beziehungen mit Frankreich bestand noch fort. Der Wiener Hof that vorläufig nichts ihn zu heben, sondern hielt vor dem französischen Hofe die mit dem russischen und polnischen und vor diesen wiederum die mit Frankreich gepflogenen Verhandlungen geheim. Im schlimmsten Falle, wenn das Bündniß mit Frankreich sich nicht bewähren sollte,

hoffte Kaunitz an jenen nordischen Höfen einen Rückhalt zu finden. Übrigens schien der unmittelbare Gewinn, den die Begründung einer österreichisch-französischen Allianz gegen Preußen dem Kaiserhause bringen sollte, von so entscheidender Bedeutung zu sein, daß dafür kein Opfer zu groß erachtet werden dürfe.

Was endlich England anbetraf, so bemühte sich wie wir gesehen haben der österreichische Hof fortwährend den Widerwillen und Argwohn König Georgs II gegen Preußen zu nähren und britisches Geld für österreichische Zwecke zu erlangen, und bisher nicht ohne Erfolg. Noch im Jahre 1755 war Hannover ein Mittelpunkt feindseliger Machinationen gegen Preußen, wie das russische Bündniß darthat. Aber zu gleicher Zeit von England Dienste empfangen und um Frankreichs Gunst werben war nicht mehr möglich, als diese Mächte in offenen Krieg geriethen: jetzt mußte Österreich für die eine oder die andere Macht sich entscheiden. In der Zuversicht daß ihr das französische Bündniß nicht entgehen werde wandte sich Maria Theresia von England ab. Sie weigerte sich irgend einen Schritt zu thun, der Frankreich beunruhigen konnte, und stellte in ihrem Ultimatum an England so übertriebene Forderungen, daß sie zu erfüllen unmöglich war.

Das Verfahren der österreichischen Regierung war nicht allein dem englischen, sondern auch den andern Cabinetten unerklärlich, denn noch schien sie des englischen Bündnisses nicht entrathen zu können. Bis dahin verrieth auch dem kundigen und aufmerksamen Beobachter nichts eine Änderung der französischen Politik. Nach wie vor empfieng König Friedrich von Preußen die geheimsten Mittheilungen und sein Gesandter genoß das besondere Vertrauen welches dem Vertreter eines befreundeten Monarchen gebührte.

An die Stelle des Grafen Marishal war als preußischer Gesandter am französischen Hofe im Jahre 1754 Dodo Heinrich Reichsfreiherr zu Inn- und Knyphausen getreten, ein junger Mann, der vermöge seiner Talente und Leistungen zu den vorzüglichsten Diplomaten gezählt werden muß, welche Preußen je gehabt hat. Knyphausen stammte aus einem alten Hause friesischer Edlen und Häuptlinge, welches seit dem sechzehnten Jahrhunderte eine Reihe angesehener Generale und Staatsmänner in oranischen,

schwedischen, später brandenburgischen Diensten hervorbrachte. Dodo I war einer der ausgezeichnetsten Generale Gustav Adolfs. Sein Enkel Dodo II trat in den Dienst des großen Kurfürsten und erhöhte als Kammerpräsident den Ertrag der Domänen zum größten Vortheil für den Staat. Nach seinem Tode im Jahre 1698 gieng der größere Theil der in der Familie noch erhaltenen ostfriesischen Stammgüter auf den älteren Sohn über: der jüngere Friedrich Ernst erwählte den preußischen Staatsdienst und bekleidete namentlich unter König Friedrich Wilhelm I die wichtigsten diplomatischen Missionen. Im Jahre 1725 zum Staats- und Cabinetsminister ernannt bot er als solcher alles auf um die Doppelheirat zwischen dem englischen und preußischen Königshause durchzusetzen und erwarb sich das vorzügliche Vertrauen der Königin. Als dieser Plan durch die Intriguen Seckendorffs und Grumbkows vereitelt ward und der Kronprinz Friedrich für seinen Eigensinn und die versuchte Flucht büßen sollte, ergieng den 28 August 1730 an Knyphausen die königliche Weisung um seine Dimission nachzusuchen, die ihm übrigens in Gnaden ertheilt wurde, und sich mit seiner Familie nach der Commanderie Lietzen zu begeben. Damit endeten seine sechsunddreißigjährigen Staatsdienste. Er starb schon im nächsten Jahre und hinterließ seiner Wittwe, einer Tochter des früheren Ministers von Ilgen, die Sorge für eine zahlreiche Familie. Den ältesten Sohn führte ein jugendliches Abenteuer in die Fremde nach Batavia; der zweite, Dodo Heinrich, geboren am 3 August 1729, betrat die diplomatische Laufbahn. Zuerst wurde er als Gesandtschaftssecretär dem preußischen Gesandten in Stockholm, von Rohd, beigegeben, darauf dem Grafen Marishal, als dieser im Jahre 1751 den Posten eines preußischen Gesandten in Paris übernahm.

An der Seite dieses edlen und vielerfahrenen Mannes, dem er stets das dankbarste Andenken bewahrte, bildete sich Knyphausen zum Diplomaten aus und gewann nicht allein sein Vertrauen sondern auch die volle Zufriedenheit des Königs und der Minister Podewils und Finckenstein. Als Graf Marishal wegen seines Alters und abnehmenden Gedächtnisses der Gesandtschaft nicht mehr vorzustehen vermochte, wurde er zunächst, im November

1753 ermächtigt sich von Knyphausen vertreten und durch diesen die regelmäßigen Berichte erstatten zu lassen. Wenige Monate darauf rief König Friedrich II den Grafen Marishal von der Gesandtschaft ab[1] und übertrug ihm den Ruheposten eines Gouverneurs von Neuenburg; an seiner statt ward Knyphausen in dem jugendlichen Alter von fünfundzwanzig Jahren bevollmächtigter Minister am französischen Hofe. Durch die Lebendigkeit und Schnellkraft seines Geistes, seine feine Bildung und angenehmen Formen, seinen edlen Geschmack und seinen Kunstsinn gewann er die Gunst der höheren französischen Gesellschaft und die Zuneigung der angesehensten Männer; seine wachsame Umsicht, seine klare und scharfe Auffassung und sein nach Marishals Urteil bewundernswürdiges Gedächtniß verlieh seinen Berichten einen ausgezeichneten Werth. König Friedrich lohnte ihm durch sein Vertrauen, versäumte jedoch nicht, so oft in den ersten Jahren seine Relationen ihm oberflächlich und gehaltlos erschienen, ihn mit strenger Rüge auf die wesentlichen Gegenstände hinzuweisen, denen er seine Aufmerksamkeit zuwenden sollte[2]. Die großen Dienste, welche Knyphausen bald dem preußischen Staate zu leisten Gelegenheit fand, hoben sein angeborenes Selbstgefühl und gaben ihm das Recht nicht bloß des Königs Befehle zu vollziehen und ihm auf das freimüthigste zu berichten, sondern auch Rathschläge zu ertheilen, welche jederzeit sorgfältig erwogen und oft befolgt wurden.

Knyphausen war durchdrungen von der Wichtigkeit der französischen Allianz für Preußen, und obwohl er die Erbärmlichkeit der Cabinetsregierung eines Ludwigs XV gebührendermaßen würdigte, hielt er es doch für möglich, daß eine Umwandlung zum bessern eintrete, welche Frankreich in kurzem wieder zu seinem früheren Ruhm und Ansehen erheben werde. Deshalb ließ er es seine angelegentlichste Sorge sein diese Allianz aufrecht zu erhalten und als der Termin, bis zu welchem sie geschlossen war, zu Ende gieng, ihre Erneuerung einzuleiten.

---

[1] S. den Brief des Grafen Marishal an den König vom 5 Januar 1754, Beil. II 1.

[2] S. Beil. II 2.

Längere Zeit verlief über den französisch-englischen Streithändeln, ehe von Feindseligkeiten in Europa überhaupt die Rede war: erst seit dem Frühjahre 1755 wurde der Fall eines Continentalkrieges ernstlich erwogen. König Friedrich war entschlossen, sich an einem solchen nicht zu betheiligen, es sei denn daß die Haltung Englands und seiner Verbündeten ihn zwänge die Waffen zu ergreifen, und ließ dies unter der Hand durch die Herzogin von Braunschweig dem Könige Georg II erklären[1]. Als daher Rouillé im April einen Angriff auf Hannover zur Sprache brachte, bei welchem Preußen mitwirken sollte, erwiederte Friedrich II sofort, daß er sich auf ein solches Project, das leichter zu entwerfen als seinerseits auszuführen sei, nicht einlassen könne, um so weniger da Frankreich den Vertrag von 1744 nicht erfüllt und 1745 Preußen im Stiche gelassen habe[2]. Dagegen wies er die französische Regierung auf Flandern hin, das für sie in einem Feldzuge zu gewinnen stehe. Zunächst ließ Rouillé die Sache fallen, nicht ohne gelegentlich die Besorgniß zu äußern, daß der König von England Preußen zur Neutralität bestimmen werde[3]. Das geschah lange ehe englischerseits dazu irgend ein Schritt gethan wurde, aber Rouillé faßte keinen Entschluß um durch Befestigung des französisch-preußischen Bündnisses solchen Anträgen Englands zuvorzukommen.

Friedrich II war fest überzeugt daß England und Frankreich sich nicht mehr über einen Frieden verständigen würden. Im Juni 1755 reiste er an den Rhein und im tiefsten Incognito nach Holland und beschied Knyphausen nach Wesel um mit ihm mündlich den Stand der Dinge durchzusprechen; auch Darget, früher Secretär der französischen Gesandtschaft in Berlin und dann in Friedrichs Diensten, so wie der Johanniterbailli de Froulay kamen von Paris herüber. Der Inhalt dieser Unterredung ist nicht verzeichnet: nur auf einen Ausspruch, den er gethan, beruft sich der König noch einige Wochen später: daß da

[1] 1755 April 19. Hannover. Flemmings Bericht an das sächsische Cabinet nach einer Mittheilung von Holdernesse. Geheimn. d. sächs. Cabinets I 240.

[2] Mai 6. Potsdam. Friedrich II an Knyphausen. Vgl. Aug. 2. 9.

[3] Juni 6. Paris. Knyphausen an den König. Vgl. Stuhr Forschungen I 14 f.

die Erklärungen, welche Mirepoix von den englischen Ministern empfangen habe, von der Nation nicht autorisiert gewesen, dieser Gesandte sie nur habe ansehen dürfen als Privatmeinungen einiger englischer Minister, nicht als eine Antwort von Nation an Nation. Auch von anderer Seite hören wir daß die von Frankreich England gegenüber zu ergreifenden Maßregeln, namentlich in Betreff der Niederlande, in diesen Unterredungen erörtert wurden[1].

Mittlerweile war Georg II angelegentlichst um die Sicherung des Kurfürstenthums bemüht. Am 18 Juni unterzeichnete Holdernesse zu Hannover den Subsidienvertrag mit dem Landgrafen von Hessen-Cassel über vorläufig 8000 Mann, welche auf 12000 verstärkt und im Dienst der englischen Krone in Deutschland, den Niederlanden oder England verwandt werden sollten[2]. Mit dem Markgrafen von Brandenburg-Anspach und dem Fürstbischof von Würzburg ward von der hannöverschen Regierung am 6 September ein Miethvertrag über 5000 Mann geschlossen. Dies geschah, wenigstens was Würzburg anbetraf, unter ausdrücklicher Billigung des österreichischen Hofes[3], der unter allen Umständen des Bischofs gewiß war. Dem Herzoge von Braunschweig eröffnete Georg II die Aussicht auf die Vermählung seiner älteren Tochter mit dem Prinzen von Wales und erbot sich, seine Truppen gegen eine doppelt so hohe Zahlung, als der preußisch-französische Vertrag ihm gewährte, in Sold zu nehmen. Der Herzog erklärte, nach Ablauf seines Vertrages mit Frankreich, d. h. mit Ende des Jahres 1756, sei er nicht abgeneigt auf dieses Anerbieten einzugehen[4].

So viel stand fest: der braunschweigische Hof, welcher seither mit Hannover gespannt war, suchte jetzt dessen Freundschaft und war bereit auch die Verständigung zwischen Preußen und Hannover einzuleiten. Alles dies wußte Rouillé; dazu verfehlte Knyphausen nicht zu erinnern, daß der Allianzvertrag zwischen Preußen und

[1] 1755 Aug. 9. Potsdam. Friedrich II an Knyphausen. Beil. II 5. Vgl. Valori mém. I 295 f.

[2] S. den Vertrag bei Wenck III 67 ff.

[3] Huschberg S. 9 f.

[4] 1755 Juli 1. Potsdam. Friedrich II an Knyphausen.

Frankreich bald ablaufe; aber nichts vermochte die französische Regierung aus ihrer Indolenz zu reißen.

Da kam am Abend des 17 Juli der von Mirepoix aus London eingesandte Bericht von dem Seegefechte bei Neufundland und traf das französische Cabinet wie ein Wetterschlag aus heiterem Himmel: denn es hatte keine Gefahr anziehen sehen oder doch sich die Miene gegeben keine zu befürchten. Jetzt schien es alles Ernstes Entschlüsse fassen und sich mit Friedrich II berathen und verbünden zu wollen. Am 24 Juli erklärte Rouillé dem preußischen Gesandten, daß der König den Herzog von Nivernois zu einer vertraulichen Sendung an den preußischen Hof ausersehen habe um seine Absichten mitzutheilen und gemeinsame Maßregeln gegen England zu vereinbaren. Rouillé bemerkte, daß Nivernois nur kurze Zeit, bloß zur Ausführung dieses Auftrags, in Berlin verweilen solle, aber fügte hinzu, da es jetzt nothwendiger als je sei am preußischen Hofe einen Vertreter zu haben, der Friedrich II genehm sei und sein Vertrauen genieße, so werde man unverzüglich den jetzigen Gesandten de la Touche abberufen und durch den Marquis de Valori ersetzen oder wen sonst etwa der preußische Monarch wünschen möge.

Was die Abberufung von de la Touche und die Ernennung von Valori betraf, so entsprach die französische Regierung damit einem Wunsche, den Friedrich zu Wesel nachdrücklich geäußert hatte[1]. Nicht minder deutete die außerordentliche Sendung von Nivernois auf freundliche Absichten. Nivernois stand zum Marschall von Belleisle in verwandtschaftlichen Beziehungen und war bei Hofe, namentlich auch bei der Pompadour, sehr wohl gelitten; bei seiner erklärten Bewunderung für Friedrich den großen versprach sich Knyphausen von seiner Mission den besten Erfolg. König Friedrich hieß seine Ernennung willkommen, nicht minder die des Marquis von Valori zum Gesandten, vorausgesetzt, daß dieser das Vertrauen des Ministeriums genieße[2]. Aber sein Be-

---

[1] 1755 Juli 20. 24. 31. Compiègne. Knyphausen an den König. Beil. II 3. 4. Valori mém. I 298. Luynes XIV 201 f. 207. 218.

[2] Aug. 2. Potsdam. Friedrich II an Knyphausen.

denken, daß Frankreich keinen Plan und kein bestimmtes System verfolge, ward nicht gehoben, und der stets zunehmende Einfluß der Pompadour, welche schon damit umgieng den Abbé Bernis zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu machen, war nicht geeignet sein Vertrauen zur französischen Regierung zu erhöhen[1]. Alle Umstände bestärkten ihn in dem Vorsatze seine neutrale Haltung zu wahren. Der Vorschlag in Flandern einzurücken ward im französischen Conseil verworfen[2]; der Kurfürst von Baiern, dessen Verpflichtungen gegen England mit dem Juli 1756 endeten, erklärte sich bereit einen Subsidienvertrag mit Frankreich einzugehen, aber man hielt ihn hin um Österreich nicht zu beunruhigen. Dagegen äußerte Rouillé daß man Sachsen, dessen Vertrag mit den Seemächten zu Michaelis des Jahres ablief, einen Subsidienvertrag anbieten müsse[3], ein Plan, der bei der feindseligen Stimmung des sächsischen Hofes gegen Preußen dem Könige Friedrich nur höchst ungelegen sein konnte und daher von allem Anfange an von ihm bekämpft wurde.

Während die französische Regierung unentschieden hin und her schwankte, empfieng König Friedrich ein Schreiben von seinem Schwager dem Herzog Karl von Braunschweig, des Inhalts, daß Lord Holdernesse am 10 August bei ihm erschienen sei und den Wunsch ausgesprochen habe unter seiner Vermittelung im Namen König Georgs II mit Preußen Maßregeln zu vereinbaren, um die Ruhe Deutschlands bei dem bevorstehenden Kriege zu sichern. Zu diesem Zwecke begehrte er ein förmliches Versprechen des Königs von Preußen, daß er nichts gegen die deutschen Lande des Königs von Großbritannien unternehmen und eine etwaige französische Invasion selber nicht unterstützen, sondern vielmehr verhindern wolle[4].

---

[1] 1755 Aug. 9. 26. Potsdam. Friedrich II an Knyphausen. Aug. 22 u. 29. Paris. Knyphausen an den König (Beil. II 5. 6).

[2] Aug. 19. Compiègne. Knyphausen an den König.

[3] Juli 27. Compiègne. Knyphausens Bericht.

[4] Aug. 11. Braunschweig. Schreiben des Herzogs Karl an den König m. d. Précis des discours de Mylord Holdernesse. Beil. II 17, 4. Die ganze Correspondenz des Herzogs Karl mit König Friedrich II über die hannöversche Neutralität s. Beil. II 17.

Friedrich II erwiederte dieses Entgegenkommen zunächst mit dem Vorschlage, man möge doch dem drohenden Übel nicht mit Palliativmitteln begegnen, sondern es an der Wurzel angreifen und versuchen die amerikanischen Streitigkeiten durch einen redlichen Frieden beizulegen. Wenn befreundete Mächte, etwa Österreich und Preußen, sich der Vermittelung unterzögen und England und Frankreich ihre guten Dienste genehm hielten, stehe zu hoffen, daß bis zum nächsten Frühjahr der Friede hergestellt sei. An diesem heilsamen Werke erklärte er seinerseits mit allem möglichen Eifer arbeiten zu wollen[1]. Auf diesen Vorschlag gieng König Georg II nicht ein; er ließ vielmehr durch Holdernesse antworten, daß der Gegenstand des Streites für die englischen Colonien in Amerika von der äußersten Wichtigkeit sei und daß Frankreich so ungerechte Ansprüche erhebe und so wenig Neigung zur Versöhnung gezeigt habe, daß er nicht habe unterlassen können die nachdrücklichsten Gegenmaßregeln zu ergreifen und von einem neuen Versuche zur Ausgleichung sich keinen Erfolg verspreche. Um auch den König von Preußen davon zu überzeugen machte sich Holdernesse anheischig, sobald er nach England zurückgekehrt sei, eine klare Darstellung von dem Stande der Sache und dem Verlaufe der Verhandlungen mit Frankreich zu geben. Inzwischen sprach er von neuem das Verlangen seines königlichen Herrn aus zu wissen, was er im Falle eines französischen Angriffes auf Hannover von der Freundschaft des Königs von Preußen zu erwarten habe[2].

Die Wichtigkeit dieser Eröffnungen verkannte Friedrich der große keinen Augenblick. Eben damals begann der amerikanische Krieg sich auch auf Europa auszudehnen und die jüngsten Maßregeln der Engländer zerstörten vollends die Hoffnungen auf Herstellung des Friedens. König Friedrich sah voraus, daß über kurz oder lang der französische Hof ihn von neuem zu einer Invasion Hannovers drängen werde. Zu einer solchen war er von Anfang

[1] 1755 Aug. 12. Potsdam. Antwort des Königs an den Herzog von Braunschweig. Beil. II 17, 5.

[2] Extrait de la lettre de Lord Holdernesse au Duc de Brunswig (o. D.), bei dem Schreiben des Herzogs an den König vom 22 August 1755. Beil. II 17, 7.

an entschlossen nicht mitzuwirken: er kam aber jetzt zu der klaren Erkenntniß, daß er sie verhindern müsse um Deutschland vor den Leiden eines europäischen Krieges und seine Staaten vor feindlichen Angriffen zu sichern. Deshalb lag es im deutschen und im preußischen Interesse die Neutralität Hannovers ausdrücklich zu stipulieren. Eine solche Convention konnte bewirken daß Rußland Frieden hielt, mit dem wie er wohl wußte der englische Subsidienvertrag so gut wie abgeschlossen war. Was Frankreich betraf so hatte dessen Regierung jüngst einen solchen Widerwillen gegen einen Continentalkrieg bezeigt, daß kaum zu bezweifeln war, sie werde gegen einen Vertrag, der den Frieden Deutschlands sicherte, wenig einzuwenden haben. Jedesfalls war nach den obwaltenden Verhältnissen nicht anzunehmen, daß sie einer solchen Übereinkunft zwischen Preußen und England zuwider den Entschluß fassen sollte auf eigene Gefahr den Krieg nach Deutschland zu spielen.

Deshalb setzte Friedrich II durch die Hand des Herzogs von Braunschweig den Briefwechsel mit Holdernesse fort und gab zu verstehen, daß wenn der König von England annehmbare Vorschläge thue, man sich vielleicht über die Neutralität von Hannover einigen könne, daß Preußen aber bestimmt sich nicht zuerst aussprechen werde[1]. Zugleich ließ er durch seinen Gesandten in Paris an Rouillé die Meldung gelangen, daß ihm eigenthümliche und wichtige Anträge gemacht seien, über die er sich vorbehalte dem Herzog von Nivernois sogleich nach seiner Ankunft das nähere mitzutheilen.

Diese Eröffnung, deren Beziehung auf England keinen Augenblick verkannt wurde, nahm der französische Hof mit Dank entgegen[2] und es hatte den Anschein als solle Nivernois' Sendung nunmehr beschleunigt werden. Knyphausen war am 24 October im Stande über den wesentlichen Inhalt der für Nivernois bestimmten Instructionen zu berichten. Diese giengen dahin dem

[1] 1755 Sept. 1. Potsdam. Friedrich II an den Herzog Karl von Braunschweig. Beil. II 17, 8.

[2] Sept. 13 im Lager bei Breslau. Friedrich II an Knyphausen. Beil. II 9. Oct. 2. Fontainebleau. Knyphausen an den König.

Könige von Preußen den Plan für den Seekrieg und die dazu getroffenen Maßregeln zu entwickeln; ferner über die Diversion gegen Hannover seine Meinung zu vernehmen und die Mittel darzulegen, welche Frankreich anwenden wolle um Preußen vor jedwedem russischen Angriffe sicher zu stellen. Diese sollten bestehen erstens in einem Manifest der osmanischen Pforte, wo möglich mit Truppenbewegungen verbunden; zweitens einem zwischen Schweden und Dänemark zu stiftenden Seebunde; drittens einer Conföderation in Polen um den Durchmarsch der Russen zu verhindern; viertens einem Bunde deutscher Fürsten auf der Basis gegenseitiger Garantie ihrer Besitzungen. Für den Fall, daß Friedrich auf die französische Proposition eingehe, war Nivernois befugt, des Königs Meinung über die Preußen zu gewährenden Vortheile zu vernehmen; und eine besondere Weisung ermächtigte ihn, demselben die Garantie von Ostfriesland und den Besitz der neutralen Inseln Tabago, St. Vincent, St. Lucie anzubieten, zu deren Eroberung Frankreich ihm leicht verhelfen könne. Endlich hatte Nivernois Befehl nichts zu verabsäumen um sich über die von englischer Seite dem Könige gemachten Anträge, über die Art wie sie aufgenommen seien und die dermaligen Beziehungen Preußens zu England genau zu unterrichten. Auch sollte er versuchen den König zu überreden, daß er zu dem französisch-sächsischen Subsidienvertrage seine Zustimmung gebe[1].

Solches Inhalts waren die Propositionen, auf Grund deren Nivernois die französisch-preußische Allianz erneuern sollte. Unbestimmt und jämmerlich wie sie waren[2] dienten sie nur dazu Friedrich in dem Entschlusse zu befestigen sich durch Frankreich nicht in den Krieg verwickeln zu lassen und ihn zu überzeugen, daß die französische Allianz ihm kaum noch irgend eine Gewähr biete. Man trieb Preußen zum Angriffe auf Hannover, ohne gegen die Folgen eines solchen Unternehmens die mindeste Garantie zu gewähren. Österreich war nicht mit einem Worte genannt,

[1] 1755 Oct. 24. Paris. Knyphausen an den König. Vgl. Oeuvres de Frédéric IV 31 f.

[2] Nov. 8. Potsdam. Friedrich II an Knyphausen. Beil. II 14.

gegen Rußland, dessen Angriff nach dem Abschlusse seines Bündnisses mit England in kürzester Frist zu erwarten war, hatte man nur Phrasen. Nicht einmal der Seebund zwischen Dänemark und Schweden, um den sich der französische Gesandte zu Kopenhagen, Präsident Ogier, thätig bemühte, wollte zum Abschlusse kommen. Denn der dänische Hof wünschte zwar eine Deckung mehr zu gewinnen, aber er scheute dabei jeden Schritt der die russische Kaiserin reizen konnte sich der Rechte des Hauses Gottorp anzunehmen. Deshalb hatte er das Jahr zuvor ein Bündniß mit Preußen abgelehnt[1]. Die gegenseitige Garantie deutscher Fürsten war noch kein Unterpfand ihrer Hilfe: überdies war nicht gesagt wen man dabei im Sinne habe. Daß die französische Regierung trotz Friedrichs entschiedenem Proteste immer wieder auf Sachsen zurückkam, mußte vollends Argwohn erwecken. Dazu kam, daß die seit dem Juli so oft als unverzüglich bevorstehend angekündigte Sendung von Nivernois immer wieder hinausgeschoben wurde, Beweis genug daß während von Canada schlimme und schlimmere Botschaften eingiengen, der französische Hof sich dennoch zu keinem Entschlusse ermannen konnte, und daß ihm an der Erneuerung des preußischen Bündnisses nicht eben viel gelegen war. Ohne irgend eine Meldung davon empfangen zu haben schöpfte König Friedrich bereits Verdacht, daß zwischen den Höfen von Versailles und Wien geheime Verhandlungen gepflogen würden[2], und stand deshalb um so weniger an, auf eigne Hand ohne auf den französischen Botschafter zu warten die von England angetragene Neutralitätsconvention anzunehmen, ein Entschluß, welchem die Rücksicht auf die feindselige Gesinnung des russischen Hofes gegen Preußen den Ausschlag gab.

Wir haben der ersten Propositionen gedacht, welche im August gemacht wurden. Das damals verheißene Exposé über die Angelegenheiten der britischen Colonien sandte Holdernesse Ende Septembers an den Herzog von Braunschweig mit einem Schreiben, in welchem er aussprach, daß wenn der König von Preußen

---

[1] 1754 Nov. 25. Paris. Knyphausens Bericht.
[2] 1755 Nov. 15. Friedrich II an Knyphausen. Beil. II 15.

sich offen für die Neutralität Hannovers und die Erhaltung des Friedens in Deutschland aussprechen wolle, die englische Regierung einen Mann besonderes Vertrauens als Minister wählen werde, der dem Könige von Preußen genehm sei um diese Unterhandlung in Berlin unter seinen Augen zu führen[1]. Friedrich II erwiederte hierauf zunächst mit der Versicherung, daß er nie irgend eine Absicht gegen die deutschen Lande des Königs von England gehegt habe, auf die er weder Rechte noch Ansprüche besitze, und daß er keinen andern Wunsch hege als die Erhaltung des Friedens. Aber er könne für zukünftige Ereignisse nicht einstehen, welche ihn nöthigen könnten wider seinen Willen aus der Unthätigkeit herauszutreten um Conjuncturen zu verhüten, deren Gefahren auf den Staat den er regiere zurückfallen könnten. Er gieng auf die Bedenken ein, welche er sich machen müsse sich von Frankreich, seinem bisherigen Verbündeten, abzuwenden und betonte aufs nachdrücklichste seine Pflicht sich durch keine Neigung, sondern einzig und allein durch die Wohlfahrt des ihm anvertrauten Staates leiten zu lassen. Deshalb sei es nothwendig daß, wenn der König von England oder irgend ein anderer Fürst ihm Vorschläge machten, die Interessen Preußens und jener andern Nation übereinstimmten und daß, wenn man von ihm eine Erklärung fordere, man sie ebenso wohl von der andern Seite gebe[2].

Dieses Schreiben blieb längere Zeit unerwiedert. König Georg II machte zuvörderst den Versuch von Kaiser und Reich Maßregeln gegen den Durchzug der Franzosen durch deutsche Reichsgebiete zu erlangen. Zu diesem Ende richtete das hannöversche Ministerium am 12 October Circularschreiben an sämtliche Reichsstände und an den Reichsvicekanzler das Gesuch um den Erlaß von Dehortatorien an die rheinischen Fürsten, erhielt aber von diesem im Namen des Kaisers am 4 November eine ausweichende Antwort, welche ihn belehrte daß der Kaiser nichts

[1] 1755 Sept. 30. Whitehall. Lord Holdernesse an den Herzog von Braunschweig. Beil. II 17, 10.

[2] Oct. 13. Potsdam. Friedrich II an den Herzog von Braunschweig. Beil. II 17, 11.

für Hannover thun wolle[1]. Inzwischen hatte König Friedrich erfahren, daß der englisch-russische Subsidienvertrag am 30 September zu Petersburg unterzeichnet sei. Jetzt suchte er sich durch seine Gesandten, namentlich Klinggräff in Wien und Hellen im Haag, sowie schließlich von dem englischen Ministerium selbst Gewißheit darüber zu verschaffen, wie viel England über den russischen Hof vermöge. Die Gesandten berichteten hierauf einstimmig, daß die russische Regierung, feil und selbstsüchtig wie sie sei, ohne Zweifel fortan von dem englischen Golde abhangen werde[2]. Die britischen Minister erklärten, daß es bei dem Könige von Preußen stehe den Marsch russischer Truppen zu verhindern. In diesem Sinne schrieb Holdernesse am 21 November an den Herzog von Braunschweig[3]; am 28 November machten die britischen Staatssecretäre Fox und Holdernesse dem preußischen Geschäftsträger Michell Mittheilung von dem mit Rußland abgeschlossenen Vertrage und gaben dabei die Versicherung, daß König Georg II, weit entfernt feindselige Absicht gegen den König von Preußen zu hegen, bereit sei nicht allein alle älteren Garantieacte zu erneuern, sondern sich eng mit ihm zu verbinden um den Frieden in Deutschland zu erhalten[4].

Damit that die englische Regierung was Friedrich II begehrt hatte. Unverzüglich nahm dieser am 7 December die englische Proposition an und erklärte sich einverstanden für die Dauer der gegenwärtigen Kriegswirren mit dem Könige von England einen Neutralitätsvertrag zur Erhaltung des Friedens in Deutschland abzuschließen. In diesem sollten weder die Franzosen noch die Russen benannt werden um niemand zu beleidigen und Preußen freie Hand zu lassen auf die Aussöhnung der beiden entzweiten Nationen hinzuwirken[5].

---

[1] Huschberg S. 13 f.

[2] Oeuvres de Frédéric IV 30. XXVII 3, 281.

[3] Beil. II 17, 12.

[4] 1755 Nov. 28. London. Michell an den König. Vgl. Friedrichs Schr. an den Herzog von Braunschweig vom 8 Dec. Beil. II 17, 13.

[5] Dec. 7. Potsdam. Königliche Instruction für Michell. Beil. II 18a.

Friedrichs II Muthmaßung, daß ein Bündniß zwischen Österreich und Frankreich im Werke sei, erwies sich durch den ferneren Verlauf der Dinge als wohl begründet, jedoch ist es uns noch nicht vergönnt auf Grund authentischer Zeugnisse den Gang der geheimen Verhandlungen vollständig zu enthüllen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der österreichische Hof, seit sein Bruch mit England entschieden war, also seit dem Juli 1755, seine Bemühungen um die französische Allianz verdoppelte. Einflußreiche Personen unterstützten ihn darin: gleich an erster Stelle begegnen wir einem Lothringer, der als Gesandter von Toscana im Dienste des Kaisers stand, dem Marquis Stainville, Vater des späteren Ministers Herzog von Choiseul. Dieser berichtete am 2 Mai 1755 der Kaiserin Maria Theresia von einer Unterredung, welche er mit Herrn von Montmartel gehabt habe, dem vielvermögenden Financier, um dessen Gunst die Pompadour nicht minder warb als der Finanzminister Séchelles. Montmartel sprach sich dahin aus, Frankreich müsse gegen die bisherigen Alliirten Englands Neutralität beobachten; ja es müsse der Kaiserin anbieten die Herstellung der Handelscompagnie von Ostende durch einen Tractat zu garantieren, mit dem Versprechen ihre Flagge gegen jedermann zu schützen[1]. Die Pariser Gesellschaft trug sich mit Anekdoten über einen Brief, den die Kaiserin auf Kaunitzens Andringen in freundschaftlichen Ausdrücken an die Pompadour geschrieben habe[2]. Dies hat Maria Theresia auf das nachdrücklichste in Abrede gestellt; sie giebt nur zu der Marquise im Jahre 1756 ein „nicht sowohl prächtiges als artiges" Geschenk gemacht zu haben. Ihre Minister hätten ihr den Hof machen müssen wie alle andern, aber ein vertrauliches Verhältniß habe nicht bestanden, die Verhandlungen seien nicht durch sie gegangen[3].

Das letztere ist nicht wahr. Wenn auch die Kaiserin ihrer

---

[1] Gachard, Bull. de l'Acad. de Bruxelles XVII, 1 S. 391.

[2] Hans Stanley an W. Pitt. Paris 20 Aug. 1761 bei Thackeray Chatham II S. 598 f. Valori mém. I 320. Duclos m. s. II 112 f.

[3] Maria Theresia an die Kurfürstin Mar. Antonia von Sachsen. 10 Oct. 1763 in C. v. Weber, M. Ant. Walp., Churf. zu S. I 144.

Frauenwürde nicht so viel vergab, um der Pompadour mit eigenhändigen Briefen zu schmeicheln, so haben Kaunitz und Starhemberg es in ihrem Namen und Auftrage um so angelegentlicher gethan und ihren Zweck durch die regierende Buhlerin zu erreichen gesucht. Es ist Thatsache daß diese es war, welche jeden Plan eines continentalen Krieges, insbesondere eines Angriffs auf die österreichischen Niederlande hintertrieb. Darüber wurde wie wir gesehen haben um die Mitte August im Conseil Beschluß gefaßt. Gerade zu dieser Zeit waren Ludwig XV scharfe Worte Friedrichs des großen über die Schwäche und Kopflosigkeit der französischen Regierung hinterbracht worden, welche ihn mit Ärger und Mistrauen erfüllten und welche er nie verziehen hat. Jetzt erklärte er sich geneigt den österreichischen Anträgen auf eine Allianz Gehör zu geben, und nahm einen Entwurf derselben im September von dem Gesandten der Kaiserin entgegen. Die Basis aller weiteren Verhandlungen war österreichischerseits die Forderung, daß Frankreich dem Bündnisse mit Preußen, französischerseits, daß Österreich dem Bündnisse mit England entsage[1]. Es stimmt vollkommen dazu, daß Kaunitz vom August an mit dem englischen Gesandten Keith in Wien so gut wie gar nicht mehr über Geschäfte sprach[2].

Von den Verhandlungen am französischen Hofe hat Duclos in einem Aufsatze über die Ursachen des Kriegs von 1756 folgendes erzählt[3]. Madame de Pompadour zog zunächst den Grafen Bernis ins Vertrauen. Bernis rieth von der österreichischen Allianz ab. Dennoch sprach die Marquise mit Ludwig XV davon und dieser gieng über Erwarten lebhaft auf den Plan ein. Er bezeigte die freundschaftlichsten Gesinnungen für die Kaiserin, die er früher ungerechter Weise bekriegt habe; dagegen war er ungehalten über den

---

[1] Aus der Instruction des Königs für den Grafen Stainville als Gesandten am österreichischen Hofe, v. 31 Juli 1757. Stuhr Forschungen I 20. Schr. d. Königs v. Fr. an die Kaiserin v. 29 Juni 1756. (Fr. Albr. Gr. v. d. Schulenburg) neue Actenst. Leipz. 1841 S. 31. Knyphausen an König Fr. d. 21 Juni 1756 (Beil. II 31).

[2] Raumer Beitr. II 298 f.

[3] Mém. secr. II 113 ff.

König von Preußen, den ketzerischen Schöngeist, der ihn mit seinen Spöttereien persönlich beleidige. Seinen Wünschen entsprach eine Allianz der katholischen Höfe, welche den akatholischen Mächten Gesetze vorschreiben könne; damit werde England seines mächtigsten Bundesgenossen beraubt und jede Gefahr eines continentalen Krieges beseitigt. Ehe jedoch Ludwig XV einen definitiven Entschluß faßte, sollte Bernis mit Starhemberg das nähere besprechen.

Diese Besprechung, fährt Duclos fort, fand des folgenden Tags, den 22 September, zu Babiole statt, dem Lusthause der Madame de Pompadour oberhalb Bellevue. Starhemberg setzte den von Kaunitz entworfenen Plan in allen seinen Details auseinander; zur genaueren Feststellung desselben hatten darauf Bernis und Starhemberg mehrere geheime Unterredungen in einem Quartiere des Palastes Luxembourg, über welches Duclos verfügen konnte. Zur Entscheidung einer so wichtigen Angelegenheit schien die Mitwirkung des Conseils erforderlich; indessen war vorauszusehen, daß mehrere Mitglieder desselben, namentlich Puisieux und St. Severin sowie der Kriegsminister d'Argenson lebhaften Widerspruch erheben würden; überdies gehörte Bernis nicht zum Conseil. Deshalb verwies der König die Sache an ein besonderes Comité zur Vorberathung, und bestimmte zu diesem Machault Rouillé Séchelles und den Grafen St. Florentin, endlich Bernis, kurz lauter Creaturen der Pompadour. Das Comité hielt seine erste Sitzung am 20 October und empfieng von Bernis die Mittheilung des Entwurfs einer Allianz mit Österreich, im wesentlichen so wie sie später wirklich vereinbart wurde. Der leitende Grundsatz war, jeden Keim zu Mishelligkeiten zwischen Frankreich und dem Kaiserhause zu zerstören. Dieses gab die Verbindung mit England für immer auf und überließ die Niederlande dem Infanten Don Philipp, Ludwig XV Schwiegersohne; es willigte in die Erblichkeit der polnischen Krone unter Garantie der Freiheiten der Republik mit Rücksicht auf die Pforte; bei den zu treffenden Gebietsvertheilungen sollte Schweden ganz Pommern erhalten. Schlesiens wird bei Duclos an dieser Stelle nicht gedacht.

Es leuchtete ein wie große Vortheile Österreich bot, dennoch wurden die Bedenken nicht verhehlt, welche der Rücktritt von dem langerprobten Systeme französischer Politik erwecken mußte. Es ward geltend gemacht, man werde Preußen und die Reichsfürsten, Polen und die Pforte sich entfremden und die Protestanten nöthigen sich an England anzuschließen, und das alles auf die Gefahr, daß die Allianz mit dem Wiener Hofe nur so lange bestehe bis dieser seine eigenen Zwecke erreicht habe. So lebhaft auch Bernis diese Einwürfe bestritt, so kam doch das Comité zu der Erklärung, daß Frankreich, bevor es sich über die österreichischen Anträge entscheiden könne, die weiteren Schritte Englands und Preußens abwarten müsse. In diesem Sinne ward der Kaiserin geantwortet. Sie forderte nunmehr den französischen Hof zu Gegenvorschlägen auf, und Bernis entwarf darauf einen Unions- und Garantietractat beider Höfe für ihre Besitzungen in Europa. Diesem sollte Preußen beitreten können; England aber ward wegen seines Friedensbruches ausgeschlossen. Ludwig XV war darüber verstimmt daß keine engere Allianz beliebt ward und die Kaiserin machte die größten Schwierigkeiten in die Garantie des preußischen Staates zu willigen: aber in Erwägung daß ein solcher Vertrag sie vor jedem feindseligen Schritte Frankreichs sicher stelle und daß Friedrich II selbst zu einem Kriege Anlaß geben werde sprach sie endlich ihre Zustimmung aus.

Duclos darf im allgemeinen als wohl unterrichtet und glaubwürdig gelten; auf die Einzelheiten jedoch die er mittheilt dürfen wir nicht allzu großes Gewicht legen, zumal er jenen Aufsatz erst nach Ende des Kriegs niedergeschrieben hat.

Was zunächst die Motive anlangt, so erhellen diese ganz entsprechend dem Berichte von Duclos auch aus anderen Zeugnissen. Ludwig XV selbst hat dem Herzog von Choiseul erklärt, er sei des Glaubens, Gott werde ihn nicht verdammen, wenn er als König die katholische Religion aufrecht erhalte, und er habe in keiner anderen Absicht sich mit dem Hause Österreich verbündet als um den Protestantismus zu vernichten[1]. Nicht minder be-

[1] St. Priest, hist. de la chute des Jésuites. Paris 1844. S. 49 aus Choiseuls Papieren.

stätigen uns vollkommen zuverlässige Nachrichten, daß Duclos den thatsächlichen Verlauf der geheimen Berathungen im wesentlichen genau kannte und wahrheitsgetreu aufzeichnete.

Wir haben gesehen daß das französische Cabinet im Juli beschloß vor allen Dingen sich mit Friedrich II zu verständigen. Belle-isle und Nivernois bekannten sich als Vertreter dieser Politik und damals schien auch Bernis derselben Ansicht zu sein. Aber so gute Worte auch dem preußischen Gesandten gegeben wurden, schon im August verräth nichts daß dem Hofe an dem Einverständnisse mit Friedrich II etwas gelegen sei. Dagegen gieng im September ein schottischer Emigrant Namens Douglas als französischer Emissär nach Petersburg, wie er dort sagte auf ärztlichen Rath, um die Wohlthat des kalten Klimas zu genießen. Er verkehrte mit dem österreichischen Gesandten und mit den Grafen Schuwaloff, welche über die Gunst der Kaiserin geboten, und erreichte seinen Zweck, die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland einzuleiten[1]. Daß diese Mission in der Zeit erfolgte, wo der englisch-russische Subsidientractat abgeschlossen ward, findet seine Erklärung in der Nachricht, daß der französische Hof — ohne Zweifel aus österreichischen Mittheilungen — überzeugt war, die Czarin werde binnen sechs Monaten ihren Vertrag mit England brechen[2]. Der Einfluß von Bernis am Hofe von Versailles wuchs sichtlich; er ward zur Mission nach Madrid ausersehen; aber so wichtig diese auch war, seine Abreise ward bald ins unbestimmte verschoben[3]. Gegner einer Allianz mit Österreich wurden dahin gebracht aus dem Conseil auszutreten, wie St. Severin[4] (aber noch vor dem Datum, welches Duclos

---

[1] Williams Berichte aus Petersburg v. 7 Oct. 1755 und 9 Juli 1756 in Raumers Beitr. II 297. 346. 348. Die ersten geheimen Instructionen für Douglas d. d. 1 Juni 1755 wurden von Conti mit Rücksicht auf die polnischen Angelegenheiten entworfen und von Ludwig XV genehmigt. Boutaric corr. secr. de Louis XV. Paris 1866. I 203.

[2] Madame de Pompadour au Comte d'Affry. Lettres de M. la Marqu. de Pompadour. Londr. 1772. I 29.

[3] 1755 Sept. 15. Paris. Knyphausen an den König. Sept. 26 Potsdam. Friedrich II an Knyphausen.

[4] Sept. 19. Paris. Knyphausens Bericht. Vgl. Luynes XIV 265. XV 441.

der Conferenz zu Babiole gibt), oder ihre beabsichtigte Berufung in dasselbe unterblieb, so die des Marschalls von Belleisle[1]. Weder mit diesem noch mit Conti sprach Ludwig XV in dieser ganzen Zeit ein Wort über Staatsangelegenheiten[2]. Nivernois klagte gegen Knyphausen, daß er den König nicht dahin bringen könne ihm den Befehl zur Abreise zu ertheilen[3]. Die für ihn bestimmten Instructionen enthalten nichts, was mit der schließlichen Proposition von Bernis, das österreichische und preußische Bündniß zu combinieren, in Widerspruch stünde: der vorgeschlagene deutsche Bund zu gegenseitiger Garantie des Besitzstandes stimmt vollkommen dazu. Die verzögerte Entschließung schob Rouillé darauf, man müsse die englische Thronrede abwarten: als diese, am 13 November gehalten, nichts weniger als versöhnlich lautete, wollte man sehen, was das Parlament darauf beschließe.

In dem gleichen Verhältniß wie der französische Hof sich Preußen entfremdete, trat ein vertrauteres Verhältniß zu Österreich ein. Rouillé scheint freilich noch im September des Glaubens gewesen zu sein, daß Österreich sich nie von England trennen werde[4]; er galt in der That so wenig, daß man die wichtigsten Verhandlungen hinter seinem Rücken einleitete: später leugnete er zwar, daß mit Österreich ein Neutralitätsvertrag geschlossen sei, aber sprach doch von allgemeinen Zusicherungen, die man gegeben und empfangen habe[5]. Von österreichischer Seite wurden die englisch-braunschweigischen Verhandlungen benutzt um Mißtrauen gegen Preußen zu erregen, und der Subsidienvertrag mit Sachsen befürwortet; hatte doch Maria Theresia schon im Jahre 1751, ehe der sächsisch-englische Vertrag zu Stande kam, sich für die Erneuerung des französischen Subsidienvertrags mit August III

[1] 1755 Oct. 12. Fontainebleau. Knyphausen an den König. Belleisle wurde erst am 16 Mai 1756 zum Staatsminister und damit zum Mitgliede des Staatsrathes ernannt. Luynes XV 55.

[2] Nov. 24. Paris. Knyphausen an den König.

[3] Oct. 27. Paris. Knyphausen an den König. Beil. II 12. Vgl. Valori Mém. I 299.

[4] Sept. 14. Rouillé an Aubeterre. Schlosser II 302.

[5] Oct. 27. Dec. 1. Paris. Knyphausens Berichte und Schreiben an den König.

verwandt[1]. Die Verhandlungen mit dem Könige August III hatte die französische Regierung ohne auf Preußens Einwendungen Rücksicht zu nehmen im August eingeleitet[2]. Hinterher versicherte Rouillé zwar dem preußischen Gesandten die Verhandlung fallen lassen zu wollen, wenn Preußen es wünsche; aber obgleich König Friedrich nach Empfang des von seinem Gesandten in Dresden erstatteten Berichtes der französischen Regierung die Erklärung abgeben ließ, er wolle mit Sachsen nicht in derselben Allianz sein[3], nahm die Verhandlung über den sächsischen Subsidienvertrag nichtsdestoweniger ihren Fortgang.

Am 7 October traf der jüngst ernannte sächsische Gesandte Ludwig Siegfried Graf Vitzthum von Eckstädt in Paris ein, ein welterfahrener und geschäftskundiger Edelmann, und empfieng alsbald von Rouillé das erneuerte Anerbieten eines Subsidienvertrags; der Botschafter am königlich polnischen Hofe, Graf Broglie, ward angewiesen nach Sachsen abzureisen um diese Angelegenheit zum Abschlusse zu bringen. Indessen ergaben sich zwischen den allgemeiner gehaltenen Erklärungen Rouillés und den bestimmteren Propositionen Broglies auffallende Widersprüche die damit zusammenhiengen, daß Broglie in die geheime Diplomatie eingeweiht war und die französische Partei in Polen zu unterstützen und zu verstärken suchte[4]. Broglie forderte nämlich von dem sächsischen Cabinet außer denselben Leistungen, zu welchen Sachsen sich in dem bisherigen Vertrage den Seemächten ver-

---

[1] 1751 Febr. Hautefort's Bericht über seine Audienz bei der Kaiserin. Maria Theresia sagte: la Saxe me tient fort au coeur, c'est au point que je voudrois que le roi lui continuât ses subsides, car elle en a besoin (Schlossers Excerpte).

[2] Über die französisch-sächsische Verhandlung s. Geheimnisse des sächs. Cabinets I 247 ff.

[3] Der französische Courier traf am 24 August in Dresden ein; Potsdam den 1 Sept. wies König Friedrich Knyphausen an zu sagen, que-je ne saurois pas être avec les Saxons dans une même alliance (Beil. II 7). Schon vor Eingang dieser Instruction empfieng Knyphausen von Rouillé die Versicherung, nach Preußens Wunsch die Verhandlung mit Sachsen aufgeben zu wollen. Knyphausen an den König Sept. 5.

[4] Vgl. Stuhr Forsch. I 22. Boutaric corr. secr. I 63 ff.

pflichtet hatte, die Lösung der mit den kaiserlichen Höfen bestehenden Bündnisse, und auch das französische Cabinet hielt wenigstens daran fest, daß König August III die mit den Höfen von Wien und Petersburg geschlossenen Verträge mittheile und sich verpflichte den gemäß dem neuen englisch-russischen Vertrage zu erwartenden Durchmarsch russischer Truppen durch Polen nicht zu gestatten. Diese Vorbedingung des Subsidienvertrags lehnte die sächsische Regierung am 11 December ab und damit ruhte vorläufig die Verhandlung.

In dieser ganzen Angelegenheit war auf die wiederholte Einsprache des Königs von Preußen nicht geachtet worden. Als Friedrich in Folge von Broglies Abreise nach Dresden dem französischen Ministerium erklären ließ, daß von dem Verfahren Frankreichs in dieser Sache die Erneuerung seines Bündnisses abhange, erwiederte Rouillé, die Verhandlungen mit dem sächsischen Hofe seien schon zu weit vorgeschritten als daß man noch mit Ehren zurücktreten könne, wenn sich nicht ein triftiger Vorwand darbiete[1]. Nähere Mittheilungen wurden dem preußischen Gesandten nicht gemacht, dagegen ward Starhemberg von dem Stande der Verhandlungen in Kenntniß erhalten; er verfehlte auch nicht dem sächsischen Gesandten zu eröffnen, daß niemand anders als der König von Preußen die Schwierigkeiten hervorgerufen habe, welche den Abschluß verhindert hättten[2]. Für die sächsischen Subsidien hatte sich Augusts III Tochter die Dauphine und ihr Gemahl der Dauphin, bisher ohne allen Einfluß auf die Politik, eifrig bemüht und sie blieben auch fernerhin dafür thätig. König Friedrich aber hatte inzwischen seinen Entschluß gefaßt und gab seinem Gesandten die Weisung über den sächsischen Vertrag kein Wort weiter zu verlieren[3].

Alle diese Umstände geben uns die Bestätigung, daß seit dem August 1755 Ludwig XV sich d..m entschied auf die von Öster-

[1] 1755 Nov. 7. Paris. Knyphausen an den König. Beil. II 13.

[2] Vitzthums Bericht vom 14 Dec. 1755. Geheimnisse I S. 288 f.

[3] 1755 Dec. 5. 26. Paris. Knyphausen an den König und dessen Marginalverfügung zu dem letzteren Schreiben. Beil. II 18b. Vgl. Nivernois an Broglie. Berlin 1756 Febr. 20. Oeuvr. de Nivernois I 227.

reich angetragene Allianz einzugehen, daß jedoch vorläufig noch Preußen eine Stelle in dem neuen Systeme zugedacht ward, unter der Voraussetzung daß es sich gegen Hannover gebrauchen lasse. Indessen ward die Mission des Herzogs von Nivernois an Friedrich II so lange hinausgeschoben, bis die Meldung erfolgte, daß England auf dem Puncte stehe mit Preußen einen Neutralitätsvertrag abzuschließen.

Seltsam aber hatten sich die Wege der europäischen Diplomatie in diesen Zeiten verschlungen. Maria Theresia verfolgte beharrlich den Plan ein Bündniß mit Frankreich zu schließen und bot zugleich alles auf, die Hilfsquellen des mit Frankreich verfeindeten Englands gegen Preußen auszubeuten. Die englische Regierung suchte gegen Frankreich und Preußen ihre Stütze in Österreich und Rußland und griff in dem Augenblicke, wo sie mit schwerem Gelde Rußland erkauft zu haben meinte, zu dem viel einfacheren Mittel mit Preußen die Neutralität zu vereinbaren. Dies geschah zu dem Zwecke sowohl Russen als Franzosen den Einmarsch in Deutschland zu verwehren und den Frieden auf dem Festlande zu sichern, theils um Hannovers willen theils aber um Maria Theresia den Vorwand zu entziehen, daß sie ihre Truppen gegen Preußen zusammenhalten müsse und deshalb Belgien nicht stärker besetzen könne. Der französische Hof gieng auf die österreichischen Allianzpläne ein und gedachte zu gleicher Zeit über Preußens Streitmacht gegen den König von England zu verfügen; und Friedrich II schmeichelte sich mit der Hoffnung, während er sich mit England verständigte, nichtsdestoweniger in einem Defensivbündnisse mit Frankreich verbleiben zu können. So kreuzten sich die Fäden älterer Beziehungen und neuer Combinationen, bis der natürliche Gang der Dinge die unverträglichen Elemente von einander schied.

Viertes Capitel.

Die Verträge von Westminster und Versailles.

Friedrich der große faßte den Entschluß auf den Vertrag mit England einzugehen in der Hoffnung, daß dieser dazu dienen werde das in englischem Solde stehende Rußland von einem Angriffe auf Preußen abzuhalten. Zugleich vertraute er, je sichtlicher die Erschlaffung Frankreichs ward, um so mehr auf die Kraft des englischen Volks. Noch aber fehlte viel daß die Regierung diese richtig zu leiten verstand. Der Herzog von Newcastle fuhr fort an der Spitze des Ministerium seinen Einfluß dahin auszuüben die wahrhaft berufenen Männer von den entscheidenden Stellen fernzuhalten. Indessen verwickelte er sich in immer größere Rathlosigkeit. Er hatte Sir Thomas Robinson zum Staatssecretär und zum Leiter des Unterhauses ausersehen, und die Aufgabe schien nicht schwer, da die Majorität leichthin für alles stimmte was das Ministerium verlangte. Aber einen so ungeschickten Vertreter hatte die Regierung noch nie gestellt: Pitt und Fox gaben ihn um die Wette dem Gelächter preis und Newcastle mußte fürchten daß seine getreuen ihm am Ende abtrünnig werden möchten. Deshalb suchte er Fox zu gewinnen und die Unterhandlung gelang: gegen die Gewährung des Eintritts in das königliche Cabinet, aber ohne entsprechenden Antheil an der Regierungsgewalt, verstand sich Fox dazu die ministeriellen Maßregeln im Unterhause zu unterstützen. So gieng die Session ohne Schwierigkeit zu Ende: am 25 April 1755 ward sie geschlossen und Tags darauf erfolgte die Ernennung von Fox als Lord Commissioner. So hatte Newcastle mit diesem Gegner und durch ihn auch mit dem Herzog von Cumberland seinen Frieden gemacht.

Seitdem waren Pitt und Fox geschiedene Leute. Pitt verzieh es nicht daß Fox ihn verließ und sich auf unehrenhafte Bedingungen hin Newcastle ergab. Pitt hatte zehn Jahre lang gewissenhaft sein untergeordnetes Amt verwaltet und sich der Op-

position enthalten, in der Hoffnung die königliche Ungnade zu überwinden und an den Platz berufen zu werden, auf dem er zum besten des Landes und der Krone wirken könne. Diese Hoffnung war getäuscht, er sah daß der Entschluß feststand ihn auf die Seite zu schieben. Damit fühlte er sich jeder weiteren Rücksicht enthoben: ja er erkannte es als seine Pflicht, da große Entscheidungen sich vorbereiteten, mit aller Kraft eine Administration zu bekämpfen, deren längeres Verbleiben im Amte unwiderbringlichen Schaden stiften mußte. Denn ihr Oberhaupt Newcastle war unentschlossen und feige, das ganze Ministerium ohne rechten Zusammenhalt, der Stimmen im Parlamente sicher, aber voll Scheu vor der wachsenden Aufregung des Volkes, in Angst vor dem was die Franzosen thun könnten ohne selbst zu wissen was zu thun sei.

Der offene Bruch Pitts und seiner Freunde mit dem Ministerium erfolgte über die Subsidienverträge, welche Georg II in Hannover durch Holdernesse abschließen ließ. Der für die Dauer der Abwesenheit des Königs eingesetzte Regentschaftsrath genehmigte sie ohne weiteres, aber Legge, der Kanzler der Schatzkammer, verweigerte seine Unterschrift für die zur Ausführung erforderlichen Schatzanweisungen. Voller Bestürzung wandte sich Newcastle an Pitt und suchte ihn zu vermögen die Subsidienverträge im Parlamente zu vertheidigen: unter dieser Bedingung bot er ihm einen Sitz im Cabinet an und eröffnete ihm die Aussicht auf den Posten des Staatssecretärs. Aber die Unterhandlung war umsonst. Pitt verwarf entschieden Newcastle's System durch andre als die in voller Autorität mithandelnden Räthe der Krone die Geschäfte mit dem Parlamente zu erledigen. Ganz unbedingt versprach er seine Mitwirkung um den für einen nationalen Zweck unternommenen Krieg nachdrücklich zu führen: er war auch bereit für Hannover einzustehen, wenn es um Englands willen angegriffen werde, aber nicht mit Subsidien. Jedoch verstand er sich dazu aus Rücksicht auf den König den hessischen Vertrag gutzuheißen, sobald er keinen Präcedenzfall bilden solle: den russischen Vertrag aber weigerte er sich zu genehmigen. Damit zerschlug sich die Unterhandlung.

Jetzt nahm Newcastle gegen die Opposition von Legge, Pitt und dessen Schwäger, den Grenvilles, von denen der älteste Graf Temple im Oberhause saß, seine Zuflucht wieder zu Fox, und dieser ließ sich willig finden für die Verträge, von deren Unzweckmäßigkeit auch er überzeugt war, im Parlamente einzustehn. Dafür ward ihm der Posten des Staatssecretärs zugesichert, wogegen Robinson in sein früheres Amt eines königlichen Garderobenmeisters zurückkehrte. Die Publication der Veränderungen im Ministerium, welche schon im September beschlossen waren, ward bis nach der Adreßdebatte verschoben[1].

Am 13 November 1755 eröffnete König Georg II die Session des Parlaments. Die Thronrede sprach von der zum Schutze der amerikanischen Colonien vorgenommenen Flottenrüstung und Truppensendung, von den Maßregeln, welche getroffen seien um Frankreich an ferneren Uebergriffen zu hindern, England für die erfahrenen Feindseligkeiten Genugthuung zu verschaffen und Anschlägen gegen seine Königreiche und seine übrigen Besitzungen zu begegnen. Sie gedachte der Versicherung fortdauernder friedlicher Gesinnungen, welche der König von Spanien ertheilt habe und nahm zur Durchführung der nationalen Sache die kräftige und freudige Unterstützung des Parlaments in Anspruch. Hiebei ward auf die verstärkte See- und Landmacht und auf die mit Rußland und Hessen-Cassel abgeschlossenen Verträge hingewiesen.

Die Adressen, welche in beiden Häusern fast gleichlautend beantragt wurden, erwiederten die Thronrede mit Dankes- und Vertrauensbezeigungen und gaben die Zusicherung im Falle eines Angriffs auch Hannover schützen zu wollen. Aber sie riefen lange und heftige Debatten hervor. Im Oberhause sprachen Temple und Halifax gegen die im hannöverschen Interesse ergriffenen Maßregeln und Temple gab sogar seinen förmlichen Protest zu Protokoll. Im Unterhause währte die Debatte funfzehn Stunden, und obwohl die Adresse mit einer Majorität von 311 gegen 105 Stimmen angenommen wurde, hatte das Ministerium doch eine moralische Niederlage erlitten. Das Ereigniß jenes Abends

[1] Lord Mahon hist. of England. 5th Ed. 1858 ch. XXXII. IV 49 sqq.

war die Rede von Pitt[1], welche wie ein lange zurückgehaltener Strom mit überwältigendem Ungestüm hervorbrach. Sein Angriff galt der Sache sowohl wie den Personen. Die Subsidienverträge verwarf er, namentlich den russischen, weil er Preußen provociere und einen Continentalkrieg entflammen werde, während es sich für England darum handle jetzt endlich für die so lange gekränkte und so lange vergessene Bevölkerung von Amerika einzustehn. Er tadelte die unparlamentarische Einmischung des königlichen Namens und alle die Künste, welche man anwende um die Würde des Unterhauses zu erniedrigen. Die Verbindung von Newcastle und Fox beleuchtete er durch ein Bild voll bitteres Hohns: „Ich sah zu Lyon den Zusammenfluß der Rhone und „der Saone, der eine ein gelinder, schwacher, stiller Strom, und „obwohl still doch ohne Tiefe, der andere ein rauschender und „ungestümer Strudel, aber so verschieden sie sind, so kommen sie „schließlich zusammen: und lange, lange mögen sie vereinigt blei„ben einander zum Troste, und zum Ruhme, zur Ehre und zur „Sicherheit unseres Volkes".

Pitts Beredsamkeit war auf ihrer Höhe. Wie glänzend sich auch sein Talent schon vor Jahren in der Opposition gegen Walpole und gegen Carteret entfaltete, so hatten doch in den folgenden Zeiten fortgesetzte Studien, der stete Verkehr mit den bedeutendsten Männern und die Erfahrung in den Geschäften sein Urteil gereift und sein Selbstvertrauen gehoben. Vor einem Jahre hatte er durch die Ehe mit einer edlen Frau, Lady Hester Grenville, sein häusliches Glück begründet und sich mit einer der angesehensten Familien verbunden. Jetzt gab der Unmuth über die kränkende Zurücksetzung die er erfuhr zugleich mit der wachsenden Gefahr des Landes seinen Reden einen höheren Schwung. Er war durchdrungen von der Überzeugung, daß er und kein anderer im Stande sei England zu retten, und ließ sich in seiner Zuversicht nicht dadurch irren, daß die Trabanten von Newcastle und die willenlosen Anhänger des Hofs in weit überwiegender Majorität

---

[1] H. Walpole to R. Bentley 1755 Nov. 16. Lord Orford Works V 348 f. Deſſ. Memoires of the reign of George II I 412—416.

ihm gegenüberstanden. Ein Meister in der Rede aus dem Stegreife wie es keinen zweiten gegeben hat, war er jeden Augenblick zum Angriff oder zur Abwehr bereit, mochte es gelten mit Laune und Spott einen Gegner dem Gelächter preiszugeben oder niedrige und gemeine Grundsätze mit sittlicher Entrüstung zu bekämpfen oder mit vollem Nachdrucke in ergreifenden und begeisternden Worten das Recht und die Interessen des Landes zu vertreten. Rückhaltlos aus voller Seele dringend, freimüthig und wahrhaftig, bildeten und befestigten seine Reden im Parlamente die Grundsätze und Ansichten zwar nicht der stumpfen Masse, aber doch vieler empfänglicher Mitglieder, und was davon draußen verlautete ward mit Begierde aufgegriffen und bestimmte die öffentliche Meinung, welche sich immer lebhafter wider das Ministerium kundthat. Und wie durch den bedeutenden Inhalt, den Ausdruck einer wohlbegründeten Überzeugung und männlichen Entschlossenheit, so fesselte Pitt die Versammlung durch seinen meisterhaften Vortrag, durch den Adel seiner Haltung, die Anmuth und Würde seiner Gestalt, sein lebhaftes Geberdenspiel: er hat Gegner durch einen Blick seines großen feurigen Auges verstummen gemacht. Dazu endlich eine Stimme von wunderbarer Klarheit Fülle und reicher Modulation, deren leisester Ton auf den fernsten Sitzen deutlich vernommen ward, und die in vollkräftiger Erhebung dem Klange einer Orgel vergleichbar durch die Vorsäle und Stiegen hinabdrang bis in die Halle von Westminster.

Zwei Tage nach der Adreßdebatte, am 15 November, ward Fox zum Staatssecretär der auswärtigen Angelegenheiten für das südliche Departement ernannt: am 20 erfolgte die Entlassung von Legge, Pitt und George Grenville; James Grenville nahm Tags darauf seinen Abschied. Graf Temple stellte seinen Schwager Pitt vor äußeren Sorgen sicher, indem er ihn dazu vermochte ein Jahrgeld von 1000 L. St. von ihm anzunehmen. In den ferneren Parlamentsverhandlungen suchte die Opposition Maßregeln zu rascherer Bemannung der Flotte und zur Bildung und Organisation einer Miliz für die Landesvertheidigung durchzusetzen, aber ihre Bemühungen wurden entweder schon im Unterhause oder im Oberhause vereitelt. Ebenso vergeblich bekämpfte sie die Ver-

träge mit Hessen=Cassel und mit Rußland: sowohl diese als alle Geldforderungen welche die Minister beantragten wurden genehmigt. So weit es auf die Beschlüsse des Parlaments ankam, konnten die Minister mit den Ergebnissen der Session zufrieden sein: es galt nun zu zeigen wie sie die ihnen anvertrauten Mittel anzuwenden verstanden.

Mittlerweile wurden die Verhandlungen über den Neutralitätsvertrag mit Preußen rasch zum Abschlusse geführt. Zu Ende Decembers gieng der von englischer Seite aufgestellte Entwurf bei Friedrich II ein: am 4 Januar 1756 wurden die Instructionen und Vollmachten für Louis Michell ausgefertigt, der als Gesandtschaftssecretär in London zurückgeblieben war und jetzt zum Geschäftsträger ernannt wurde, und am 16 Januar fand zu Westminster die Unterzeichnung des Vertrages statt.

Der Vertrag besteht aus vier Artikeln. Im Eingange wird der Zweck bezeichnet, während der Zwistigkeiten welche sich in Amerika zwischen England und Frankreich erhoben haben, den Frieden in Europa und insbesondere in Deutschland zu erhalten. Zu diesem Ende versichern sich die contrahierenden Mächte Frieden und Freundschaft und versprechen einander demzufolge ihre Territorien weder direct noch indirect anzugreifen, sondern im Gegentheil alles aufzubieten um ihre Verbündeten von Unternehmungen gegen dieselben abzuhalten. Sollten fremde Mächte Truppen in Deutschland einrücken lassen, so werden die contrahierenden Theile ihre Streitkräfte vereinigen um sich dem Ein= oder Durchmarsche solcher fremder Truppen und diesem Friedensbruche zu widersetzen und um die Ruhe in Deutschland zu sichern. Die zwischen ihnen bestehenden Allianz= und Garantieverträge werden ausdrücklich erneuert, namentlich der Vertrag von Westminster vom 18 November 1742, die Convention von Hannover vom 26 August 1745 und die preußische Acceptation der britischen Garantieacte vom 13 October 1746.

Dieser Vertrag, an dessen Entwurfe Friedrich II fast nichts wesentliches geändert hatte, sollte ostensibel sein und um niemand zu reizen war darin keine auswärtige Macht benannt. Dazu kam ein geheimer Separatartikel, den Friedrich II als conditio sine

qua non seiner Genehmigung des Vertrages aufgestellt hatte. Durch diesen wurden die österreichischen Niederlande ausdrücklich von der Deutschland betreffenden Neutralitätsconvention ausgenommen, um so mehr da Preußen im achten Artikel des Dresdener Friedens der Kaiserin Königin nur die Staaten garantiert habe, welche sie in Deutschland besitze.

Endlich wurde hinsichtlich der vom letzten Seekriege sich herschreibenden Streitigkeiten in einer besonderen Erklärung festgestellt, daß sobald der König von Preußen den auf die schlesische Schuld gelegten Beschlag aufhebe und den Rest der schlesischen Schuld gemäß dem ursprünglichen Vertrage auszahlen lasse, der König von England die Summe von 20000 L. St. zahlen lassen werde, womit alle Ansprüche des Königs von Preußen und seiner Unterthanen erledigt sein sollten[1]. Am 13 Februar wurden die Ratificationen ausgewechselt und zugleich die Sendung von Andrew Mitchell als englischem Gesandten am preußischen Hofe angekündigt, während Michell gemäß dem Wunsche der englischen Regierung als Minister Friedrichs am englischen Hofe verblieb[2]. Der Abschluß eines Handelsvertrages ward vorbehalten und später auf ruhigere Zeiten verschoben. Die beiderseits zugesicherten Zahlungen wurden prompt und pünctlich geleistet, so daß am 23 Juni die Generalquittungen ausgetauscht werden konnten[3].

So war der Zwiespalt zwischen England und Preußen endlich abgethan und der Weg zu einem freundlichen Einverständnisse betreten. Es fragte sich nun, wie Frankreich, der bisherige Alliirte Preußens, und der jüngst mit England verbündete russische Hof diesen Neutralitätsvertrag aufnehmen würden.

König Friedrich hatte am 23 December seinen Gesandten am französischen Hofe angewiesen die Mittheilung zu machen,

---

[1] S. den Vertrag in den Beilagen I 2.

[2] 1756 Febr. 13. Bericht von Michell und Schreiben von Holdernesse an Podewils. Febr. 28. Podewils Antwort an Holdernesse.

[3] Juni 25 Michell's Bericht. Die Auszahlung der Abfindungssumme an die beschädigten Schiffsrheder ordnete König Friedrich am 22 Mai an. Trendelenburg Ber. d. Berl. Ak. 1866 S. 36. Über die Rückzahlung der schlesischen Schuld ebend. S. 52, 4.

daß England ihm neue Vorschläge für die Aufrechterhaltung der Neutralität in Deutschland gemacht, und am 3 Januar die Erklärung hinzugefügt, daß er im Hinblick auf die von Österreich und Rußland gegen seine Staaten beabsichtigten Angriffe sich veranlaßt sehen dürfte auf diese Anträge einzugehen[1].

Unmittelbar nach Empfang dieses königlichen Schreibens, welches einen Entschluß von höchster Bedeutung ankündigte, unternahm es Knyphausen seinem Monarchen noch einmal Vorstellungen zu machen: nicht gegen die Neutralität Preußens an sich, denn diese entsprach auch seiner Überzeugung, sondern über die Form des Verfahrens Frankreich gegenüber. Seiner Ansicht nach waren die Gebrechen der französischen Regierung nur zufällig und mit der Zeit stand ein neuer Aufschwung Frankreichs zu erwarten: deshalb erachtete er es für wichtig einen so mächtigen Alliirten nicht augenblicklichen Vortheilen zu opfern. Er rieth daher dem Könige seine Verhandlung mit England nicht ohne Vorwissen Frankreichs zum Abschlusse zu führen, sondern mittlerweile darauf hinzuarbeiten, daß Frankreich zur Neutralität Deutschlands seine Zustimmung gebe. Diese meinte er erlangen zu können, da die französische Regierung ohnehin kaum noch auf Preußens Mitwirkung zu einem Einfall in Hannover hoffe und diese Diversion so gut wie aufgegeben habe. Dagegen werde es schwer halten den französischen Hof zu beruhigen, wenn Preußen insgeheim mit England verhandle und seinen Vertrag erst nach erfolgtem Abschluß mittheile. Denn in diesem Falle werde der König von Frankreich über das ihm versagte Vertrauen empfindlich sein und man werde hinter dem Vertrage bedenkliche Geheimnisse suchen, kurz es werde ein Sauerteig von Ärgerniß daraus entstehen, der fortdauernde Gährung hervorbringen werde[2].

Dieser Rathschlag Knyphausens kam zu spät. Friedrich II hatte ein so entschiedenes Mistrauen gegen die französische Regierung gefaßt, daß er den Abschluß des Neutralitätsvertrags mit England nicht von ihrer Zustimmung abhängig machen wollte.

[1] 1755 Dec. 22. 1756 Jan. 3. Berlin. Friedrich II an Knyphausen.
[2] 1756 Jan. 21. Paris. Knyphausen an den König. Beil. II 19.

Von der ersten ihm gemachten Proposition hatte er ihr eine Anzeige zukommen lassen und genaue Mittheilung darüber an Nivernois zugesagt. Monate waren vergangen, als der erneute Antrag und zwar nunmehr direct von der englischen Regierung an ihn ergieng und noch hatte der französische Bevollmächtigte sich nicht auf den Weg gemacht. Jetzt noch die Entscheidung über die englischen Propositionen in die Länge zu ziehen mußte sowohl im Hinblick auf England als auf Rußland sehr bedenklich erscheinen. Überdies hatte Knyphausen, so richtig er sonst den französischen Hof beurteilte, doch einen Factor außer Berechnung gelassen, der sich bis dahin noch seiner Beobachtung entzog, nämlich den wachsenden Einfluß Österreichs, dem es gelungen war Mistrauen gegen Preußen zu wecken und zu nähren. Kurz König Friedrich war überzeugt keine schuldige Rücksicht zu verletzen, als er den Schritt that, welchen die Fürsorge für die Sicherheit seiner Staaten gebot, und hoffte daß der französische Hof sich in die vollendete Thatsache finden werde.

Auf die von Wien und vom Haag eingegangene Meldung, daß England alles aufbiete um mit Preußen und andern Staaten einen Neutralitätsbund abzuschließen, begab sich endlich der Herzog von Nivernois auf die Reise und traf am 12 Januar in Berlin ein. Nach seiner Antrittsaudienz am 14 Januar ließ er einen Tag nach dem andern vergehen ohne von Geschäften zu sprechen: inzwischen redete er, ein vollendeter Hofmann, mit Bewunderung von dem Könige, den Manufacturen, von allem was er in Berlin sah[1]. Endlich am 24 Januar, dem königlichen Geburtstage, hatte er mit Friedrich dem großen eine lange Unterredung auf Grund der Instructionen, welche diesem längst bekannt waren, und trug im Namen Ludwigs XV auf Erneuerung des Allianzvertrages von 1741[2] und Preußens Mitwirkung zur Invasion Hannovers an. König Friedrich erzählt selbst, er habe Nivernois auf das

[1] 1756 Jan. 17. Podewils an den König.

[2] Den Vertrag vom 5 Juni 1741 nennt Nivernois selbst Oeuvres posth. I 236. Das Offensivbündniß vom 5 Juni 1744 bezog sich nur auf die Dauer des damaligen Kriegs, der Vertrag vom 2 Januar 1751 nur auf die braunschweigischen Subsidien.

Anerbieten der Entschädigung mit Tabago erwiedert, er wolle nicht in die Fußstapfen des Marschalls von Sachsen treten, dem diese Insel einmal zugetheilt war, und werde nicht wie ein Kaufmann Krieg führen. Man möge sich nach einem geeigneteren Gouverneur von Barataria umsehen — der Insel des Sancho Pansa[1]. Aber mit dem leichten Scherze war die Sache nicht abgethan, sondern Friedrich der große bemühte sich alles Ernstes den französischen Botschafter von seinem Rechte und seiner Pflicht zu überzeugen sich in dem französisch-englischen Kriege neutral zu halten und sich dieser Neutralität durch einen förmlichen Vertrag zu versichern.

Dieses Hauptstück der Verhandlung hat König Friedrich zur Instruction seiner Minister noch an demselben Tage niedergeschrieben[2]. Sein Recht gründete er darauf daß er Frankreichs amerikanische Besitzungen nicht garantiert habe, daß also der daraus entsprungene Krieg ihn nicht angehe; daß seine Defensivallianz mit Frankreich ihn zu keinem offensiven Schritte verpflichte: endlich daß diese Allianz abgelaufen sei, ihn also nicht weiter binde. Was den Sachverhalt anbetraf, so gieng er davon aus, daß er selbst nur hunderttausend Mann ins Feld führen könne, dagegen Hannover, Österreich, Rußland zusammen das doppelte. Wären diese in éinem Lager, so würde er sie angreifen, aber da sie durch ihre geographische Position ihn nöthigten seine Kräfte zu theilen, sei er überall der schwächere. Solle er einen Krieg anfangen, wenn es ihm an der Kraft zur Abwehr mangele? Nein, denn das wäre unter allen Arten von Kriegen der lästigste und gefährlichste. Unthätig bleiben, wenn die Russen in das Reich einrückten, könne er nicht, denn die Vereinigung mit ihnen werde seine Feinde allzu stark machen. Aber den Einmarsch der Russen und damit den Krieg zu vermeiden gebe es nur ein Mittel, nämlich den von England vorgeschlagenen Neutralitätsvertrag abzuschließen: deshalb müsse er ihn schließen. Für Frankreich sei es besser, wenn die Russen nicht nach Deutschland kommen: denn

---

[1] Oeuvres de Frédéric XXVII 3, 282. IV 31.

[2] Beil. II 21.

es habe um so viel Feinde weniger zu bekämpfen. Wenn man einwenden wolle, England möge immerhin sein Geld in Subsidien vergeuden, so sei zu erwägen, daß in gleichem Verhältnisse auch die Ausgaben Frankreichs wachsen um der vermehrten Zahl von Feinden Widerstand zu leisten. Überhaupt, je verwickelter der Krieg werde, um so viel schwieriger sei es ihn zu beendigen, als wenn er auf die beiden jetzt entzweiten Mächte beschränkt bleibe. Aber es genüge nicht, daß Preußen sich neutral verhalte ohne einen Neutralitätsvertrag zu schließen, denn alsdann würden weder die Russen am Marsche gehindert noch alle anderen Verwickelungen verhütet, welche ihr Marsch herbeiführen werde. Also sei sein Neutralitätsvertrag für Frankreich ebenso zuträglich als er für Preußen im gegenwärtigen Augenblicke unabweislich sei. Und endlich wenn ganz Deutschland in Krieg gerathe und sich das unterste zu oberst kehre, sei das ein Vortheil für Frankreich? Nein, denn es würde dabei nichts gewinnen als vielleicht seine Alliirten vernichtet zu sehen, die in anderen Zeitläuften ihm sehr nützlich sein könnten. Also entspreche die Neutralität den Interessen aller[1]. Übrigens sei er nach wie vor bereit die Defensivallianz mit Frankreich zu erneuern, wobei sein Neutralitätsvertrag durchaus nicht im Wege stehe.

Um Nivernois noch vollständiger von der Beschaffenheit des Neutralitätsvertrages zu überzeugen, legte Friedrich ihm in den nächsten Tagen das Original desselben vor, welches am 25 Januar in Berlin eingegangen war, und ließ ihm eine Abschrift davon geben[2].

Friedrich der große sollte bald erfahren, daß seine Gründe auf den französischen Hof keinen Eindruck machten, sondern daß

---

[1] So weit nach der Relation des Königs. Das Folgende nach des Königs Schreiben an Knyphausen vom 3 Februar 1756.

[2] Jan. 26 expedierte Nivernois einen Courier mit seinem Berichte über die Unterredung mit dem Könige, Jan. 29 früh einen zweiten mit dem Berichte über die Convention, welche er vom lesen fast auswendig wußte; die Copie der Convention sandte er am 1 Febr. ab. (Nach Briefen von Podewils an den König.) Vgl. Oeuvres de Frédéric IV 32. Oeuvres posth. du duc de Nivernois I 30 f.

dort einzig und allein Rücksichten äußerer Convenienz und persönliche Stimmungen den Ausschlag gaben. In einer Unterredung, welche am 21 Januar stattfand, brachte Rouillé selbst die von Wien gemeldeten Bestrebungen Englands zur Stiftung eines Neutralitätsbundes in Deutschland zur Sprache. Knyphausen suchte den Minister zu überzeugen, daß ein solches Bündniß der Absicht Frankreichs den Krieg nur zur See zu führen vielmehr günstig als hinderlich sei, da es in Verbindung mit den Übereinkünften für die Ruhe Italiens und dem mit Holland beabsichtigten Neutralitätsvertrage den Continent vor jeglichem Kriegsbrande sicher stelle. Er fügte hinzu, daß Frankreich um so eher damit einverstanden sein könne, da es ja auf den Plan eines Einfalls in Hannover verzichtet zu haben scheine, ein Unternehmen das in Folge der von England geschlossenen Bündnisse nothwendig einen europäischen Krieg herbeiführen müsse. Rouillé gab zu, daß Frankreich für den Augenblick gegen Deutschland nichts im Schilde führe und daß ein Einfall in Hannover mit großen Schwierigkeiten verknüpft sei. „Indessen", sagte er, „wenn dies „auch unsere gegenwärtige Ansicht ist und es allen Anschein hat, „daß wir in Deutschland nichts unternehmen werden, so würde es „doch sehr demüthigend für uns sein, wenn uns die Hände gebun„den wären, zumal es nicht gewiß ist, ob unsere Anschläge zur See „glücken werden". Einen andern Ton schlug Rouillé schon nächster Tage an, auf Grund von Berichten aus dem Haag und aus London, welche den bevorstehenden Abschluß eines englisch-preußischen Vertrages meldeten: wenn Frankreich sich in einem so kritischen Augenblicke von Preußen verlassen sehen sollte, werde es leicht Gelegenheit finden dafür Vergeltung zu üben[1].

Alsbald verbreitete sich die Nachricht von der am 16 Januar erfolgten Unterzeichnung des Vertrages, aus der in London durchaus kein Geheimniß gemacht war, und nun konnte Rouillé nicht Worte genug finden um auszudrücken, wie schmerzlich es dem

[1] 1756 Jan. 23. Paris. P. S. zu Knyphausens Schreiben an den König vom 21 Januar. Beil. II 19. Über die Correspondenz aus dem Haag (zwischen dem französischen Botschafter Bonnac und Rouillé Dec. 30. Jan. 13) s. Stuhr Forschungen I 29. 31.

Könige von Frankreich gewesen sei den Abschluß eines solchen Vertrags in demselben Augenblicke zu vernehmen, welchen er gewählt habe um dem Könige von Preußen das kostbarste Unterpfand seiner Freundschaft darzubieten und ihm durch eine feierliche Gesandtschaft die Gesinnungen des zärtlichsten und aufrichtigsten Vertrauens zu bestätigen. Wenigstens hätte der König von Preußen, dem diese Sendung vor mehreren Monaten angekündigt sei, dem Ruhme des Königs die Demüthigung ersparen können, daß ein erlauchter Bürger, der sich durch seine Anhänglichkeit für den preußischen Monarchen hervorgethan, bei dieser Gelegenheit den Feinden Frankreichs zur Trophäe diente[1].

So viel war von vorn herein klar, daß die Sache an sich und das französische Staatsinteresse kaum erwogen wurde; vielmehr sprachen Rouillé und andere Minister wiederholt aus, daß man sich über die Neutralität habe verständigen können: sondern es handelte sich um die Form. Ludwig XV sah den ganzen Vorgang nur von der Seite an, daß Friedrich II aus seiner Verhandlung mit England vor ihm ein Geheimniß gemacht habe und daß die Sendung eines außerordentlichen Bevollmächtigten an den preußischen Hof ins lächerliche falle. Das reichte hin um das Maß seines Unwillens zu erfüllen und ihn zu einem unversöhnlichen Feinde Friedrichs des großen zu machen.

Allerdings suchte Rouillé Gründe hervor um den Zorn seines königlichen Herrn auch gegen den Vertrag an sich zu rechtfertigen. Er fand diesen in Widerspruch sowohl mit der zwischen Frankreich und Preußen noch bestehenden Defensivallianz als mit dem schwedisch-preußisch-französischen Vertrage. Überdies bringe er Frankreich um die Frucht aller Bündnisse, die es zum Theil Preußen zu Gefallen im Reiche geschlossen habe, während die Engländer ihre deutschen Hilfstruppen zu sich herüberholen könnten. Kurz der einfache Neutralitätsvertrag sollte einen Bruch der heiligsten Verpflichtungen und unberechenbaren Schaden für Frankreich in sich schließen.

---

[1] 1756 Jan. 30. Febr. 2. 8. Knyphausen an den König. Vgl. desselben Schreiben vom 21 Juni. Beil. II 22. 23. 31.

Inzwischen traf der von Nivernois erstattete Bericht über seine Unterredung mit Friedrich dem großen ein und vermeldete sowohl die von dem preußischen Könige ausgesprochenen Motive für den Neutralitätsvertrag mit England als dessen Anerbieten, auch unter den jetzigen Umständen die Defensivallianz mit Frankreich zu erneuern. Darüber ward am 4 Februar zu Versailles von einem Comité, zu welchem auch der Marschall von Belleisle berufen war, Berathung gepflogen. Von vorn herein schien nur éine Stimme zu sein, daß man eine fernere Allianz mit Preußen rundweg ablehnen und Nivernois sofort zurückberufen müsse. Indessen wie arg die Verblendung und der Knechtessinn am französischen Hofe auch war, so vermochte doch das Wort eines erfahrenen Mannes sich noch Gehör zu verschaffen. Belleisle wagte es für Friedrich II seine Stimme zu erheben und stellte vor, wie unbesonnen es sei, sich so ganz den Gefühlen der Empfindlichkeit hinzugeben. Preußen, welches in Deutschland Österreich die Wage halte, sei ein so wichtiger Alliirter, daß es nur zu Frankreichs Schaden dienen werde, wenn man diese Macht auf die Seite der Feinde treibe. Deshalb müsse man wo möglich trotz des Neutralitätsvertrages die Defensivallianz erneuern.

Obgleich Belleisle allein stand und niemand sich getraute offen in gleichem Sinne zu sprechen, so fiel doch der Beschluß des Comités dahin aus Nivernois einstweilen noch in seiner Mission zu belassen, und Belleisle bestimmte auch Ludwig XV seine Genehmigung dazu zu ertheilen[1]. Nivernois sollte demnach in Berlin verbleiben, bis der Marquis von Valori, der schon im Sommer 1755 vor dem Einverständnisse mit Österreich zum Nachfolger von de la Touche ausersehen war, auf seinem Posten eingetroffen sein werde[2]. Übrigens bekannten sich auch andere wohlerfahrene Männer zu Belleisles Ansicht. So drückt ein Schreiben von Aubeterre, dem französischen Gesandten in Wien, an den Minister Rouillé die Überzeugung aus, der König von Preußen habe

---

[1] 1756 Febr. 8. Paris. Knyphausen an den König.

[2] Febr. 16 unterzeichnete Ludwig XV die Vollmacht für Valori. Mém. de Valori I 295ⁿ. Vgl. o. S. 106. Luynes XIV 431.

sich entschlossen den Vertrag mit England einzugehen erstens aus Furcht vor den Russen, zweitens weil er die Meinung hege, seine Existenz sei für Frankreich so wichtig, daß, er möge thun was er wolle, die französische Regierung doch nie leiden könne daß man ihn schwäche[1]. Ähnlich urteilten Nivernois und Valori über den preußisch-englischen Vertrag[2].

König Friedrich sah mit unerschüttertem Sinne diesem Sturme zu, entschlossen Schritt vor Schritt sich nur von dem Interesse des Staates leiten zu lassen. Noch glaubte er, das Drohen und Schnauben des Hofes von Versailles werde sich legen, und hielt es für undenkbar daß dieser mit dem österreichischen vereint auf sein Verderben sinnen könne. Deshalb spornte er seinen Gesandten aufs höchste an alles Geschick, alle Talente, alle Gewandtheit deren er fähig sei aufzubieten um das französische Ministerium dahin zu bringen, daß es sich in den Neutralitätsvertrag finde, und demselben jeglichen Verdacht, Mistrauen und Ärger zu benehmen: ja bei dieser Gelegenheit ward Knyphausen sogar an die Pompadour gewiesen, was bisher nie geschehen war[3].

Friedrich ließ es sich angelegen sein Knyphausen mit Gründen auszurüsten, welche seine Berechtigung und Würde gegen die Vorwürfe des französischen Cabinets wahren sollten. Er wiederholt die Motive, welche er Nivernois auseinander gesetzt hatte, aber in scharfer Fassung, und weist die Einwendungen Rouillés nachdrücklich und entschieden zurück.

Preußen ist in seinem Rechte, heißt es in diesen königlichen Instructionen, und erfüllt eine Pflicht, die es sich selbst schuldig ist, wenn es in dem amerikanischen Kriege neutral bleibt. Diese Neutralität sich mittelst eines Vertrags zu sichern, konnte es durch

---

[1] 1756 Febr. 11. Wien. Aubeterre an Rouillé (Schlossers Gesch. d. 18 Jahrh. II 303, 29). Huschberg-Wuttke S. LX f.

[2] Nivernois Schreiben an die französischen Gesandten in Dresden, Regensburg und Wien. Febr. 20. 21. März 1. Oeuvres posth. de Nivernois I 225 ff. Valori mém. I 296. 302. Vgl. Luynes XIV 401. Darget's Schreiben an Friedrich II vom 2 März. Oeuvres de Frédéric XX 68 f.

[3] Jan. 24. Berlin. Febr. 7. 10. Potsdam. Friedrich II an Knyphausen. Beil. II 25. 26.

die Defensivallianz von 1741 sich nicht hindern lassen, denn sie läuft im Juni ab, wo die Operationen beginnen werden. Wollte man diesen Zeitpunkt abwarten um eine Vereinbarung zu treffen, so würde jede Macht ihre Miethvölker aufgeboten haben und Deutschland würde von Barbaren aller Art, von Russen Kalmüken Tataren, überschwemmt worden sein. Solchen Übelständen mußte man vorbeugen.

Die preußisch-schwedische Allianz betrifft nur das Gleichgewicht der Macht im Norden und hat mit den französisch-englischen Händeln nichts zu schaffen. Wenn aber Rouillé glaubt, daß diese Allianz auf die gegenwärtigen Verhältnisse Europas Anwendung finde, warum bedient er sich nicht der Hilfe der in Frankreichs Solde stehenden Mächte um die französischen Seerüstungen zu verstärken? Scheint es doch daß man im vorliegenden Falle gegen die Subsidiarstaaten Nachsicht übt und dagegen die Verpflichtungen, welche freie und unabhängige Mächte eingegangen sind, über Gebühr ausdehnen will.

Rouillé behauptet ferner, die Neutralität Deutschlands bringe Frankreich um die Frucht der mit deutschen Fürsten geschlossenen Subsidienverträge. Dawider ist zu erwägen, daß die Verträge, welche durch des Königs von Preußen Hände gegangen sind, die Ruhe Deutschlands zur Basis haben; daß niemand dabei an den Stockfischkrieg und an den Ohio dachte, sondern daß sie veranlaßt wurden durch die Bewegungen der Russen an den Grenzen von Finnland, welche Schweden mit Krieg bedrohten. Diese Verträge, darauf berechnet die Ruhe Deutschlands zu erhalten, können nicht dazu dienen sie zu stören.

Rouillé glaubt, daß der Vertrag von Westminster England in den Stand setze sich seiner Hilfstruppen auf den britischen Inseln zu bedienen. Das ist allerdings mit einem Theile derselben der Fall: die Hessen sind hinüberbeschieden und das holländische Hilfscorps wird ebenfalls in Anspruch genommen. Aber ist es für Frankreich nicht besser, daß die Engländer 14000 Mann Hilfstruppen zur Vertheidigung der britischen Inseln herüberholen, als daß eine Armee von 80000 Mann nach Flandern und eine von 60000 Mann an den Rhein marschiert? Und davor wird

die französische Regierung durch den Neutralitätsvertrag gesichert, gegen den sie sich so heftig sträubt und an dem sie alles von der schlimmsten Seite auszudeuten sucht.

Was die Expedition gegen Hannover anbelangt, so hätte Frankreich diese im August des vorigen Jahres unternehmen sollen: jetzt, wo man dem Feinde Zeit gelassen Vorkehrungen zu treffen, würde sie übel angebracht sein. Überdies möge Rouillé doch bedenken, daß der König von England und die englische Nation Hannover nicht mit gleicher Zärtlichkeit ansehen: daß man die Eroberung Hannovers auf englische Subscription, unterzeichnet und ausbezahlt in London, ausführen könne; daß da der jetzige Krieg eine Angelegenheit der englischen Nation sei, welche sich in Rücksicht auf ihren Handel lebhaft dabei betheilige, der Einfluß des Königs nicht so viel vermöge, daß die Nation für Hannover ihre wahren Interessen opfere. Vielmehr werde ein Einfall in dieses Land keine andere Wirkung haben als die Russen ins Reich zu ziehen und einen allgemeinen Krieg herbeizuführen.

Kurz Frankreich hat so wenig Grund über die Neutralität Preußens ungehalten zu sein als über die Spaniens, und der Umstand des Eintreffens von Nivernois ändert an der Sache nichts, denn nicht der persönliche Charakter, sondern die annehmbaren Bedingungen entscheiden den Erfolg der Mission. Rouillé ärgere sich, daß der König von Preußen nicht seine Erlaubniß erbeten habe den Vertrag zu schließen; das aber sei sein königliches Recht und es bedürfe dazu nicht der Erlaubniß eines andern Fürsten. Übrigens erkenne der Minister stillschweigend den von Preußen gethanen Schritt als gerechtfertigt an, wenn er damit schließe, daß nur seine Erlaubniß gefehlt habe um diesen Act legitim zu machen[1].

Die Argumentation des Königs von Preußen hätte Eindruck machen können wenn die französische Regierung auf Gründe gehört hätte; aber da ihre Triebfeder Laune und Leidenschaft war blieb sie ohne Wirkung. Die Pompadour regierte. Ihre Anmaßung kannte keine Schranke mehr. Damals mußte die Königin

---

[1] 1756 Febr. 17. Potsdam. Friedrich II an Knyphausen. Beil. II 27.

von Frankreich es sich bieten lassen, daß durch königliche Verfügung die Marquise zu ihrer Palastdame ernannt wurde. Man versicherte bei Hofe daß sie auf sehr ernste Gedanken gekommen sei und hinfort christlich leben wolle. Den preußischen Minister empfieng sie nicht[1], dagegen wurden seit Ende Januar die Unterhandlungen mit Starhemberg mit großem Eifer betrieben und ließen den baldigen Abschluß eines französisch-österreichischen Bündnisses erwarten.

Friedrich der große mochte anfangs an einen so übereilten Schritt des französischen Hofes nicht glauben: er vermuthete daß es sich wohl nur um die Neutralität der Niederlande handele[2]: aber bald belehrten ihn die Berichte seines Gesandten, daß viel umfassendere Pläne im Werke seien. Unter diesen Umständen bot die von Preußen versuchte Vermittelung zwischen England und Frankreich wenig Aussicht auf Erfolg, obgleich Nivernois mit dem Könige dahin übereinstimmte, daß die englischen Vorschläge billig und annehmbar seien: nur hätten sie einige Wochen früher eingehen müssen, bevor die Franzosen in Kriegseifer gerathen wären. Damals schrieb der königliche Cabinetsrath Eichel voller Sorge: „Der Himmel wende alle Sachen zum besten, so „wie S. Kön. Majestät Dienst und Ruhm und die Wohlfahrt „dero Staaten es erfordert, daran ich auch nicht zweifeln will[3]".

Je mehr die Aussicht auf Verständigung mit Frankreich schwand, um so wichtiger wurde es für Friedrich darüber ins klare zu kommen, ob England auf Grund des Neutralitätsvertrages Rußland vermögen könne Friede zu halten oder nicht. Bald sollte es sich zeigen, daß die Regierung Georgs II, unähnlich früheren englischen Staatsmännern, die es als ihre Pflicht erkannten die Moskowiter von Europa fern zu halten, einen Brand angefacht hatte, den zu löschen sie nicht im Stande war. Als Georg II einen preußischen Angriff auf Hannover befürchtete und Maria Theresia zur Verstärkung ihrer Truppen in Belgien zu bewegen hoffte, im

---

[1] 1756 Febr. 13. 27. Knyphausen an den König. Luynes XV 322 ff. 338 f.

[2] Febr. 10. Potsdam. Friedrich II an Knyphausen.

[3] Febr. 22. Potsdam. Eichel an Podewils.

April 1755, empfieng Sir Hanbury Williams für seine Mission nach Petersburg die Weisung alles zu thun um die Russen gegen Preußen unter die Waffen zu bringen: er sollte vorstellen, daß Rußland bloß eine asiatische Macht bleiben werde, wenn es still sitze und dem Könige von Preußen Gelegenheit lasse seine ehrgeizigen Vergrößerungspläne auszuführen[1]. Williams, nach Mitchells Ausspruch ein Mann von vielem Geist aber wenig Urteil[2], hatte während er Gesandter am Hofe Augusts III war Pläne zur Theilung Preußens ausgesonnen und ließ es auch jetzt an sich nicht fehlen bei jedermann Haß gegen Friedrich II zu erregen. Es gereichte ihm zu besonderer Genugthuung, daß selbst die Großfürstin Katharina mit schlauer Verstellung ihm eines Tages sagte, sie erkenne in dem Könige von Preußen, der das schlechteste Herz von der Welt habe, den natürlichen und furchtbarsten Feind Rußlands[3].

Das englische Ministerium unterließ nicht den Gesandten mit den erforderlichen Geldern auszustatten um die unersättliche Habsucht des Großkanzlers Bestucheff und seiner Creaturen zu befriedigen: auch der Vicekanzler Woronzoff nahm sein Theil dahin. So brachte denn Williams am 9 August 1755 einen Subsidientractat zu Stande, der bei Kaunitz gebührenden Beifall fand und, obgleich nicht ohne Bedenken, auch von der englischen Regierung genehmigt ward, so daß am $\frac{19}{30}$ September die Unterzeichnung zu Petersburg erfolgen konnte.

Der Vertrag sollte eine Bestätigung und weitere Ausführung der am 11 December 1742 zu Moskau abgeschlossenen Defensivallianz bilden und ward auf vier Jahre geschlossen. Die Kaiserin verpflichtete sich an der Grenze von Livland gegen Litthauen ein Heer von 55000 Mann und 40 bis 50 Schiffe bereit zu halten. Der Befehlshaber dieser Streitmacht sollte angewiesen werden, auf die erste Requisition Seiner Britannischen Majestät mit 45000 Mann schleunigst eine Diversion zu machen und zu der-

[1] 1755 April 11. Instruction von Holdernesse für Sir Hanb. Williams. Raumer Beiträge II 285 f.

[2] Finckensteins Bericht über seine Unterredung mit Mitchell v. 17 Juni 1756.

[3] 1755 Oct. 2. Raumer II 296.

selben Zeit die übrigen 10000 Mann einzuschiffen um diese an geeigneter Stelle landen zu lassen. Dagegen machte der König von England sich verbindlich von dem Tage an, wo diese Truppen über die russische Grenze giengen, jährlich 500000 L. St. Subsidien zu bezahlen und, wenn der Krieg ausbreche, ein Geschwader in die Ostsee zu senden. Aller und jeder Ertrag ihrer Plünderungen sollte den russischen Truppen zu gute kommen. Die Bewilligung des freien Durchmarsches durch polnisches Gebiet machte England sich anheischig erforderlichen Falls auszuwirken. Von den geheimen Artikeln verpflichtete der erste England für die Friedenszeit innerhalb jener vier Jahre 100000 L. St. jährliche Subsidien an Rußland zu zahlen, der zweite enthielt das Versprechen beider Mächte, alles was sich auf Verhandlungen mit dem gemeinschaftlichen Feinde beziehe, einander vertraulich mitzutheilen und alles aufzubieten um bei dem Friedensschluß den beiderseitigen Vortheil wahrzunehmen[1].

Damit hatte der russische Hof erlangt, was er im Vereine mit dem österreichischen so lange vergebens erstrebt hatte. In Folge dessen faßte das große Conseil der Kaiserin am 7 October den Beschluß den König von Preußen ohne weitere Verhandlung anzugreifen nicht bloß wenn dieser Fürst einen Verbündeten Rußlands angreifen sollte, sondern sobald er von einem oder dem andern dieser alliirten mit Krieg überzogen werde[2]. Dieser jähe Eifer zur Zerstörung des preußischen Staates hatte mit den natürlichen Zielen der russischen Politik nichts zu schaffen, denn diese lagen in Polen und der Türkei, und in beiden Ländern mußte Rußland eher von Österreich als von Preußen Widerstand gegen seine Absichten erwarten. Nur die fernere Schwächung Schwedens zunächst durch die Losreißung Finnlands war ein Gewaltschritt, der Friedrich II sofort unter die Waffen gebracht haben würde. Aber die hierauf gerichteten Pläne ruhten vorläufig, so daß kein anderer Beweggrund als Selbstsucht und blinde Leidenschaft die Machthaber Rußlands dahin brachte den Absichten der

[1] Wenck III 75–83.

[2] 1755 Oct. 13. 20. Petersburg. Berichte des sächsischen Geschäftsträgers Funck. Hertzberg Rec. I 249. 57. Oeuvres de Frédéric IV 70.

Maria Theresia zu dienen. Denn für sie allein, nicht für Großbritannien, sollten die russischen Streitkräfte in Bewegung gesetzt werden.

Nachdem der russische Subsidientractat abgeschlossen war, kam die englische Regierung endlich zu der Einsicht, daß sie von Österreich im Stiche gelassen sei, und gieng deshalb den Neutralitätsvertrag mit Preußen ein. Damit verlor der Vertrag von Petersburg allen Sinn, denn er war nicht auf den Frieden in Deutschland berechnet, sondern auf den als unvermeidlich angenommenen Kriegsfall, und zwar war er direct gegen Preußen angelegt. Aber das britische Ministerium schmeichelte sich mit der Hoffnung, nachdem einmal die russische Regierung in Sold und Pflicht genommen sei, werde es nicht schwer fallen auch zu der veränderten Politik ihre Zustimmung zu erlangen.

Zu diesem Ende gab Holdernesse am 26 December, als der Vertrag mit Preußen schon so gut wie abgeschlossen war, dem Gesandten in Petersburg neue Instructionen. Er leugnete nicht, daß der erste Zweck der mit dem russischen Hofe gepflogenen Unterhandlung gegen Preußen gerichtet gewesen sei, behauptete aber zugleich, was der Wahrheit nicht entsprach, es habe vor allem dadurch der Friede in Europa erhalten werden sollen. Er deutete auf die mit dem Wiener Hofe eingetretene Spannung hin und eröffnete im tiefsten Geheimniß dem Gesandten, was er mit dem preußischen Geschäftsträger Michell verhandelt habe sowie daß der Entwurf eines Neutralitätsvertrages mit Preußen aufgestellt sei. Auf einen solchen Vertrag einzugehen sei der König von Preußen vorzugsweise durch den zwischen England und Rußland geschlossenen Tractat veranlaßt worden. Holdernesse erklärte, König Georg II halte sich überzeugt, die Kaiserin werde bei ihrer bekannten hochherzigen Gesinnung ebenso befriedigt sein, daß sie durch einen Federstrich für den Frieden und die Erhaltung ihres Verbündeten so viel bewirkt habe, als wenn sie Gelegenheit gehabt hätte die Tapferkeit ihrer Truppen und die Größe ihrer Kriegsmacht zu zeigen[1]. Am 6 Februar sandte

[1] Raumer Beitr. II 300 ff.

Holdernesse eine Copie des Vertrags von Westminster nach Petersburg und bemerkte dabei: Österreich hat seither immer erklärt, es könne nichts für England thun, so lange es nicht gegen Preußen gesichert sei; dies ist jetzt der Fall, und besser als durch bloße Mittel der Gewalt. Sollte aber der Wiener Hof jemals die Hoffnung gehegt haben, Seine Majestät würde die Hand zu dem wilden und ausschweifenden Plane bieten, die Macht des Königs von Preußen zu zerstören, so ist es hohe Zeit ihn zu enttäuschen und zu überzeugen, daß keine Rücksicht jemals Seine Majestät bewegen wird auf eine so unausführbare und ungerechte Unternehmung einzugehen[1].

Durch die neue Wendung der britischen Politik war Williams in hohem Grade bloßgestellt, aber seine gewohnte Zuversicht verließ ihn nicht. Noch am 17 Februar schrieb er dem Minister, er werde zu verhüten wissen, daß der preußische Vertrag am russischen Hofe eine üble Wirkung hervorbringe. Aber bald ergab sich das Gegentheil. Die Kaiserin, welche Monate lang warten ließ, ehe sie den Vertrag mit England unterzeichnete, vollzog ihre Unterschrift am $\frac{14}{25}$ Februar, aber mit einer Declaration, welche besagte: das Bündniß gelte nur, insofern der König von Preußen die Staaten des Königs von England oder seiner Verbündeten angreife[2]. Unter den Verbündeten aber verstand die Kaiserin keinen andern als Österreich. So ward die Urkunde dem bestürzten Gesandten ausgehändigt. Williams suchte sich damit zu trösten, daß Rußland den König von Preußen in Schach halten und zwingen werde der Verbindung mit England treu zu bleiben, eine Anschauung für die er bei einem Minister wie Newcastle auf Beifall rechnen mochte. Ja er ließ sich durch die scheinbar harmlose Vertraulichkeit des österreichischen Gesandten Grafen Esterhazy bethören, daß er meinte, dieser unterstütze ihn in dem Bemühen den Verdruß der Kaiserin zu beschwichtigen, obgleich Esterhazy nicht unterließ ihm die Erklärung zu vermelden, die russische Kaiserin hoffe, der englische und der Wiener Hof wür-

---

[1] Raumer Beitr. II 305 f.

[2] Ebend. S. 307 f. 344.

den einen Plan entworfen haben um Preußen herunterzubringen, wozu sie jederzeit eifrig und bereitwillig helfen werde[1].

Auf diese Weise konnte es freilich nicht gelingen den englischen Einfluß wiederherzustellen: im Gegentheil ward die Sprache des russischen Hofes immer hochfahrender und achtete keine Rücksicht, die eine Macht wie England für sich fordern durfte. Zur Rechtfertigung der dem Subsidienvertrage angehängten Declaration las Fürst Galitzin, der kaiserliche Gesandte in London, gegen Ende März dem britischen Staatskanzler eine Note vor, in welcher unter vielen Klagen Beschwerden und Vorwürfen der englischen Regierung geradezu die Berechtigung abgesprochen wurde ohne vorherige Vereinbarung mit der Kaiserin sich auf ein Bündniß oder eine Übereinkunft mit dem Könige von Preußen einzulassen: denn der zweite geheime Artikel des Vertrages von St. Petersburg verpflichte die contrahierenden Theile von allen Verhandlungen mit dem gemeinsamen Feinde einander vertrauliche Mittheilung zu machen. Holdernesse bestritt diese Behauptung und erklärte, der Artikel beziehe sich auf den wirklich eingetretenen Kriegsfall und die geleistete Beihilfe der Kaiserin: jetzt aber sei Friede und kein gemeinsamer Feind vorhanden. Zugleich mit dem Berichte von dieser Unterredung sandte er die Declaration zu dem Subsidienvertrage, welche mit der Ratification am 16 März in London eingetroffen war, zurück und gab den Entschluß der englischen Regierung kund sich lediglich an den Vertrag zu halten. König Georg II meinte, je weniger man von der Declaration spreche, desto besser; Williams solle sorgen daß sie in der Stille ganz unterdrückt werde, damit Preußen keinen Anstoß daran nehme[2].

So war die englische Regierung wieder auf dem heillosen Wege, statt den Fehler den sie gemacht hatte, zu erkennen und auf Abhilfe zu denken, vor den offenbaren Thatsachen die Augen zu verschließen und sich thörichten Illusionen hinzugeben. Ein

---

[1] Raumer Beitr. II 310 f.

[2] 1756 März 30. Holdernesse an Williams. Raumer Beiträge II 314 f. Vgl. den sächsischen Bericht Hertzberg Rec. I 250. Die am 16 März erfolgte Ankunft der russischen Ratification meldet Michell.

Grund dieses Verhaltens lag darin, daß Georg II sich der Frucht schämte, welche seine kurzsichtige hannöversche Politik erzeugt hatte, und die Minister, welche sich zu dienstfertigen Werkzeugen derselben hergegeben hatten, fuhren lieber fort englisches Geld für fremde Zwecke zu zahlen um den Schein des Bündnisses zu retten, als daß sie der parlamentarischen Opposition gegen den russischen Vertrag nachträglich Recht gegeben hätten.

Das allerbedenklichste Spiel trieb die englische Regierung mit Preußen. Sie hatte Friedrich II versichert, es liege in ihrer Macht Rußland zum Frieden anzuhalten, und sich mit ihm vertragsmäßig verbunden den Einmarsch fremder Truppen in Deutschland zu verhindern. Sobald jene Zusicherung sich als falsch erwies und die Gefahr einer fremden Invasion im Anzuge war, mußte sie daher in Wahrheit und Treue sich verpflichtet fühlen dem Könige von Preußen offene Mittheilung zu machen und mit ihm zu erwägen, auf welche Weise der Gefahr vorgebeugt werden könne.

Nach diesem in der Natur der Sache liegenden Grundsatze handelten Georg II und seine Minister nicht. Nicht von englischer Seite ward Friedrich II vor Rußland gewarnt, sondern er mußte seine Nachrichten allein aus den Quellen schöpfen, welche er sich anderswo zu eröffnen wußte. Ja noch mehr: während Williams von Berathungen der russischen Minister über die Frage, ob man den Vertrag mit England für null und nichtig erklären solle oder nicht, von dem wachsenden Einverständnisse des österreichischen und russischen Cabinets, dem leidenschaftlichen Hasse der Kaiserin Elisabeth gegen die Person und die Macht des preußischen Monarchen berichtete[1], war das britische Ministerium nur darauf bedacht solche Meldungen vor König Friedrich II zu verhehlen oder, so oft dieser auf Grund empfangener Nachrichten sich Auskunft und aufrichtigen Bescheid erbat, die Sache zu vertuschen und seine Sorge zu beschwichtigen[2]. Die englische Re-

[1] 1756 März 27. April 11. Raumer II 314 f. 318 ff.

[2] Juni 22. Berlin. Mitchell an Holdernesse: I have carefully concealed much of Sir Hanbury Williams's letter of the 5th to your Lordship and endeavoured to palliate as far as possible the bad situation of our affairs in that country. Mitchell Papers I 187.

gierung versicherte immer von neuem, sie sei der Russen gewiß: ja noch im Juni erklärte Holdernesse dem preußischen Geschäftsträger, sie hoffe demnächst freundliche Beziehungen zwischen Preußen und Rußland herzustellen[1]. Länger freilich konnte die Täuschung, welche durch die immer von neuem mit guter Zuversicht erfüllten Berichte von Williams genährt wurde, vor der handgreiflichen Thatsache nicht bestehn, daß Rußland mit Österreich einig war und mit Frankreich sich verständigte, nicht zu friedlichen Zwecken, sondern um zur Umwälzung des europäischen Staatensystems mitzuwirken.

Das Verhalten der englischen Regierung, so unverträglich mit Treu und Glauben und so widersinnig wie es war, würde unbegreiflich sein außer bei einem Minister wie Newcastle, dem Unwahrheit und Intrigue zur andern Natur geworden war und dessen gänzliche Unfähigkeit täglich mehr zu Tage trat. Hat doch selbst ein Freund von Newcastle's Amtsgenossen Fox, der jüngere Horace Walpole, dieses Jahr das der ärgsten Mißregierung genannt, das er in England erlebt habe[2]. Damals waren Hof und Ministerium in Ängsten vor einer französischen Landung und vergaßen darüber jede andere Sorge für die auswärtigen Besitzungen und die Verbündeten Englands. Was Preußen betraf, so fürchtete man, wenn König Friedrich erfahre, in wie schwieriger Lage sich England befinde, werde er sich vielleicht nach andern Freunden umsehen. Deshalb suchte man ihn in eine trügerische und, wenn Friedrich nicht selbst wachsam gewesen wäre, unheilvolle Sicherheit einzuwiegen.

Jene Landung aber war ein leeres Phantom. Im December war von der französischen Regierung der Vorschlag des Marschalls Belleisle genehmigt worden vor allem andern den Engländern Minorca zu entreißen[3], aber diese Absicht durch Scheinrüstungen in den nördlichen Häfen zu maskieren. Dieser Plan gelang vollkommen. Die englischen Minister hatten seit dem

---

[1] 1756 Juni 4. Michell's Bericht (de mettre bien V. M. avec la cour de Russie). Dazu die Antwort des preußischen Ministeriums vom 15 Juni.

[2] Lord Orford Mem. II 54.

[3] 1755 Dec. 29. Knyphausen an den König.

Januar Kenntniß von dem französischen Plane gegen Minorca und den dazu getroffenen Vorbereitungen: aber die Meldungen von den mit möglichst viel Geräusch und Aufsehen ins Werk gesetzten Rüstungen am Canal setzten sie so in Alarm, daß sie für jede vernünftige Vorstellung taub waren. Für das Mittelmeer thaten sie gar nichts. Der einzige Gedanke der sie einnahm war die Vertheidigung Englands. Aber zu dieser boten sie nicht die Kraft des englischen Volkes auf, sondern vereitelten im Oberhause eine Maßregel, welche sie im Unterhause gut geheißen hatten, nämlich das von Pitt und seinen Freunden beantragte Gesetz über die Organisation der Landmiliz in England[1], ganz entsprechend ihrem Verfahren in Amerika, wo sie die von den Colonisten ausgeführte Landesvertheidigung gegen Franzosen und Indianer höchst ungern sahen und sie nach Möglichkeit reglementierten und lähmten. Ihre einzige Hilfe waren die fremden Truppen, deren Berufung nach England schon Anfang Februar beschlossen war[2], und sie beharrten dabei auch, als sie nicht länger zweifeln konnten daß die Franzosen im Mittelmeer ernstliche Absichten hatten und als sie sich gedrungen sahen um diesen zu begegnen dorthin ein Geschwader zu beordern.

Am 23 März entbot der König dem Parlamente, daß er zur Abwehr einer von den Franzosen beabsichtigten feindlichen Invasion in Großbritannien oder Irland das Corps von 8000 Hessen requiriert habe. Als beide Häuser diese Botschaft mit Dankadressen erwiederten, gegen die nicht eine Stimme sich erhob, ließ Georg II einen weiteren Schritt thun, welcher ihm den Gewinn brachte einen ansehnlichen Theil seines kurfürstlichen Heeres auf englische Rechnung zu übertragen. Am 29 März schlug Fox im Unterhause eine Adresse an den König vor, welche die Bitte enthielt ein entsprechendes Corps hannöverscher Truppen nach England herüberkommen zu lassen. Dieses sollte einen Ersatz bilden für das Contingent der Holländer, welches aus Rücksicht auf Frankreich nicht gestellt ward. Auch dieser Antrag ward von

---

[1] Parliam. Hist. XV 704 ff.

[2] 1756 Febr. 6. Michell's Bericht.

beiden Häusern genehmigt, vom Unterhause nicht ohne nachdrückliche Opposition und die zornige Misbilligung von Pitt, der die angeborne Kraft der Nation für hinreichend zur Vertheidigung des Landes erklärte[1]. Aber nichts war natürlicher als daß die Verzagtheit der Regierung sich dem Volke mittheilte und daß mit dem Mistrauen in ihre Einsicht und Entschlossenheit auch die Furcht vor Frankreichs Überlegenheit zunahm[2].

So war Friedrich der große mehr als je auf sich selbst angewiesen und folgte mit größter Spannung dem Verlaufe der Unterhandlungen, welche seit dem Januar am französischen Hofe über das Bündniß mit Österreich mit sichtlichem Eifer gepflogen wurden. Das Geheimniß, welches selbst dem französischen Gesandten in Wien vorenthalten wurde, war um so schwerer zu durchdringen, da die Conferenzen meistens nur zwischen der Pompadour, Bernis, dem Abbé de la Ville und Starhemberg stattfanden. Rouillé und Machault erhielten nur oberflächliche Kenntniß von der Sache, andere Minister, welche aus ihrer Misbilligung kein Hehl machten, wurden mit ihren Einreden abgewiesen[3]. Erst am 16 März konnte Knyphausen melden, daß es sich um den Tausch eines Theiles von Belgien gegen Parma und Piacenza handele: dies aber sei nur der erste Zweig eines Projectes, das noch viel umfassendere und weiter reichende Ziele habe[4].

Indessen zogen sich die Verhandlungen in die Länge, nicht sowohl durch den Widerspruch angesehener Männer — denn dieser schwieg vor dem erklärten Willen des Königs — als durch die Schwierigkeiten, welche in der Sache lagen. Für den amerikanischen Krieg war nichts so wesentlich als die Mitwirkung Spaniens. Noch die letzte englische Thronrede hatte ein merkwürdiges Zeugniß davon abgelegt, welchen Werth die englische Regierung dem friedlichen und neutralen Verhalten des spanischen Hofs beimaß. Es galt in den regierenden Kreisen als ein politischer Glaubenssatz, daß die britische Macht es wohl mit

[1] Parliam. Hist. XV 700 ff.
[2] 1756 März 30 u. Mai 21. London. Michell's Berichte.
[3] Febr. 13. März 1. Knyphausen an den König.
[4] März 16. Knyphausen an den König.

Frankreich oder mit Spanien, aber nimmer mit beiden zusammen aufnehmen könne. Um so dringender erschien es für den französischen Hof alles aufzubieten um die Familienpacte der Dynastien zu erneuern und in dem spanischen Volke den leicht erregbaren Haß gegen England aufzustacheln. Deshalb war schon im Herbste Bernis zum außerordentlichen Gesandten am spanischen Hofe ernannt worden, jedoch die Verhandlungen über die österreichischen Anträge, welche von ihm geleitet wurden, verzögerten seine Abreise. Jetzt waren die Franzosen im Begriffe Minorca mit dem festen Platze Port Mahon zu erobern: gelang ihnen dies, so konnte um die Engländer vollends aus dem mittelländischen Meere zu vertreiben ein Versuch auf Gibraltar gemacht werden. Mit diesen spanischen Seefestungen hatte man den Preis in Händen, um den selbst die stumpfsinnigste Regierung Spaniens sich des Bündnisses gegen England schwerlich weigern durfte, während andererseits der Abschluß eines Bündnisses mit Österreich, welches auch Italien so wesentlich berührte, ohne vorgängiges Einvernehmen mit dem Hofe von Madrid, den spanischen Stolz kränken und Mistrauen erwecken mußte. Deshalb war es im Werke die Verhandlungen über die österreichisch-französische Allianz zu vertagen, bis man Minorca erobert und mit Spanien sich verständigt habe.

Einer solchen Absicht trat jedoch die österreichische Regierung im April aus allen Kräften entgegen, und um jede Schwierigkeit zu beseitigen schlug sie vor, zunächst nur die Basis des neuen Systems zwischen Österreich und Frankreich vertragsmäßig festzustellen, hiervon den bourbonischen Höfen von Madrid und Neapel Mittheilung zu machen um diese wo möglich zum Beitritt zu bewegen, und alsdann nach reiflicher Erwägung aller in Betracht kommenden Puncte zur Durchführung der Allianz einen neuen Vertrag abzuschließen[1]. Dieser Vorschlag ward gebilligt und die Unterhandlung über die vorläufigen Verträge möglichst beschleunigt.

---

[1] Vgl. Ludwigs XV Schr. v. 29 Juni 1756 über das österreich. Memoire vom April. (v. d. Schulenberg) u. Actenstücke L. 1841 S. 32. Knyphausens Schreiben an den König. Paris 9 April 1756.

Während diese Verhandlungen noch in der Schwebe waren, suchte man die andern Höfe über den Stand der Dinge im unklaren zu halten. Nivernois, der von Friedrich dem großen mit der höchsten Auszeichnung behandelt wurde[1], blieb bis zum 3 April in Berlin: er verließ den preußischen Hof erst nachdem er dem Könige als Nachfolger von de la Touche den Marquis de Valori vorgestellt hatte. Valori hatte keinen Auftrag zu neuen Verhandlungen mit Preußen, ja er ward nicht einmal von den Instructionen, welche Nivernois erhalten hatte, und der von ihm geführten Unterhandlung in Kenntniß gesetzt[2]. Seine Instruction gieng nur dahin alle Aufmerksamkeit anzuwenden um zu entdecken, wie weit die Verpflichtungen zwischen Preußen und England gehen, welche Absichten der König von Preußen vorzüglich in Beziehung auf England, Österreich und Rußland hege und wie er gegen Frankreich und dessen Verbündete sich zu verhalten denke, damit auf Grund seiner Berichte der König von Frankreich über die Erneuerung des Bündnisses mit Preußen einen definitiven Beschluß fassen könne[3]. Aber die Sendung dieses Mannes, in welchem Friedrich der große einen alten werthen Freund seines Hauses begrüßte, zeigte an sich schon die Absicht des Hofes von Versailles nicht geradezu mit Preußen zu brechen.

Ja die französische Regierung that noch mehr um ihre Großmuth zu beweisen. Sie ließ nämlich die seit dem 1 Februar fällige Rate der braunschweigischen Subsidien, welche absichtlich zurückgehalten war, am 22 April 1756 mit 33333 Thlr. an den preußischen Minister Grafen Podewils auszahlen. Am 12 Mai stellte Herzog Karl über deren Empfang die Quittung aus[4], die

[1] Oeuvres de Nivernois I 31 ff. Mém. de Valori II 6.

[2] Mém. de Valori II 10. 12. 47.

[3] Mém. de Valori I 39 f. Die Instruction ist datirt Versailles den 26 Februar 1756.

[4] Pr. St. A. Vgl. Rouillés Schr. an Valori Apr. 11 1756. Mém. de Valori II 9 und die Instruction für den Marschall v. Richelieu v. 13 Nov. 1757. Stuhr Forsch. I 348. Meiners u. Spittler n. Götting. hist. Magazin 1794 III 330.

letzte, denn die beiden noch übrigen Raten wurden nicht mehr bezahlt. Diesem Entgegenkommen schien es zu entsprechen daß nunmehr die preußische Vermittelung in den Differenzen mit England mit Dank angenommen wurde. Die französische Regierung formulierte ihre Bedingungen, unter denen die Rückgabe der von den Engländern aufgebrachten Schiffe in erster Linie stand, und die durch das preußische Cabinet übermittelte englische Gegenerklärung ward am 20 April von Knyphausen zu Versailles übergeben[1]. Auch auf die von Spanien nicht mit besonderem Ernste eingeleitete Vermittelung ließ der französische Hof sich ein.

Gleichermaßen vermied die englische Regierung jeden Schritt, der ihre Absichten verrathen hätte, ohne jedoch die Verstellung so weit zu treiben wie der französische Hof. Maria Theresia verbarg ihre Empfindlichkeit darüber nicht, daß ihr früherer Verbündeter Georg von England sich jetzt mit Friedrich von Preußen vertragen habe. Aber das britische Ministerium schmeichelte sich mit der Hoffnung den Unwillen der Kaiserin über den unschuldigen Vertrag, der nichts weiter als Deutschland vor französischen Unternehmungen sichern und in Frieden erhalten solle, beschwichtigen und sie von den Plänen einer Allianz mit Frankreich abbringen zu können. Am 7 April überreichte der englische Gesandte Keith dem Grafen Kaunitz eine vollständige Copie des Vertrags von Westminster, von welchem er am 3 Februar nur das Hauptstück, ohne den Separatartikel und die Declaration, mitgetheilt hatte. Hiebei gab er im Namen seiner Regierung die Versicherung, wenn wider alles Erwarten der König von Preußen das Haus Österreich angreifen sollte, werde der König von England ungeachtet dieses Vertrags nicht verfehlen, seine Verpflichtungen gegen die Kaiserin Königin zu erfüllen und selbst den Beistand der russischen Kaiserin in Anspruch zu nehmen. Diese bedeutsame Erklärung ward von Kaunitz mit trockener und kalter Förmlichkeit hingenommen und die darauf vorbehaltene Antwort ließ über einen Monat auf sich warten.

[1] Abgedruckt Mém. de Valori II 34 f.

Das gleiche geschah gegenüber den Bemühungen des sardinischen Gesandten um Erneuerung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und England[1].

Endlich trat am französischen Hofe die Entscheidung ein, welche Kaunitz so lange mit allen Mitteln seines Geistes erstrebt hatte. Gegen die fortgesetzten Bestrebungen der Gegner des neuen Systems gab ein Schreiben, welches Graf Starhemberg am 20 April an die Pompadour richtete[2], den Ausschlag. In diesem erörterte der kaiserliche Gesandte die wider die Allianz erhobenen Einwände und faßte die Gründe für dieselbe noch einmal zusammen. Er gab zu, daß sie die Politik Frankreichs ändere, aber in der Art, daß dieselbe vereinfacht werde. Statt einer Menge kleiner nach Subsidien und Geschenken dürstender Alliirten werde Frankreich auf dem Continente einen einzigen Bundesgenossen haben, von dem es eben so viel Beistand empfange als es ihm leiste. In einem Landkriege werde Frankreich leicht über seine Feinde die Oberhand gewinnen. Da jeder Grund zur Eifersucht zwischen beiden Mächten wegfalle, stehe ihrer Union nichts mehr im Wege. Spanien, über das Loos Italiens beruhigt, werde am Kriege theilnehmen und sich an England rächen können; Holland, der Erhaltung der Barriere versichert, werde neutral bleiben. So werde Frankreich im Stande sein in voller Sicherheit seine Kräfte gegen England zu verwenden. Die Türken und die Polen würden über die Allianz der beiden Höfe sehr befriedigt sein. Der König von Preußen werde auf gemeinsame Kosten für seine heimlichen Verträge bestraft werden, und die Stände des Reichs bei dessen Oberhaupte an dem Könige von Frankreich eine mächtige Stütze haben. Was Dänemark und Schweden betreffe, so werde die durch das in Rede stehende Bündniß bewirkte Steigerung der französischen Macht diese Staaten dem Hofe von Versailles noch unwandelbarer verpflichten und sie bestimmen nöthigesfalls sich gegen Rußland zu erklären.

---

[1] Raumer II 317. 324 ff.

[2] Flassan hist. de la diplomatie fr. VI[2] 48 ff.

Die von Starhemberg entwickelten Gründe überwanden die letzten Bedenken Ludwigs XV. Am 1 Mai 1756 ward zu Versailles das Bündniß zwischen Österreich und Frankreich unterzeichnet. Die ersten Acte umfaßten eine Neutralitätsconvention, einen Unions- und Freundschaftsvertrag, der als defensiv bezeichnet war, und zwei Separatartikel, lauter ostensible Schriftstücke: überdies fünf geheime Artikel als Basis des demnächst zu schließenden geheimen Bundesvertrags.

In der Neutralitätsconvention versprach die Kaiserin sich in keiner Weise an den französisch-englischen Händeln zu betheiligen, deren Gegenstand sie nicht angehe und hinsichtlich deren sie keine Verpflichtung habe, sondern sich vollkommen neutral zu verhalten. Der König von Frankreich versprach dagegen weder die Niederlande noch andere Reiche Staaten und Provinzen, die zur Botmäßigkeit der Kaiserin Königin gehörten, mit Krieg zu überziehen. Dasselbe Versprechen leistete die Kaiserin Königin in Betreff der Staaten des Königs von Frankreichs.

In dem Unions- und Freundschaftsvertrage, der wie es im Eingange hieß dazu dienen sollte den Frieden unter beiden Staaten noch fester zu begründen und so weit es von ihnen abhange den Weltfrieden zu erhalten, ward eine aufrichtige und beständige Freundschaft und Einigung unter beiden Mächten festgesetzt. Der westfälische Friede von 1648 und alle nachfolgenden Friedensverträge wurden erneuert und bestätigt. Beide Theile übernahmen gegenseitig die Garantie ihrer Staaten und verpflichteten sich sie gegen jedweden Angriff zu vertheidigen: jedoch nahm Österreich gemäß dem Neutralitätsvertrage den gegenwärtigen Krieg mit England aus. Für den Fall eines feindlichen Angriffs ward dem bedrohten Theile ein Hilfscorps von 24000 Mann zugesichert, und zwar 18000 Mann Infanterie, 6000 Mann Cavallerie. Jedoch ward der Macht, welche die Hilfe in Anspruch nahm, vorbehalten anstatt der effectiven Mannschaft ein Aequivalent in Geld zu fordern, und zwar 8000 Reichsgulden monatlich für je 1000 Mann Infanterie, 24000 Reichsgulden für je 1000 Mann Cavallerie. Die contrahierenden Mächte behielten sich vor gemeinschaftlich andere Mächte zum Beitritt zu

diesem „rein defensiven" Vertrage einzuladen. — Die Separatartikel betrafen nichts weiter, als die Rangordnung und die Anwendung der französischen Sprache.

Von den geheimen Artikeln setzte der erste fest, daß obgleich in der Defensivallianz der gegenwärtige Kriegsfall zwischen Frankreich und England von der Garantie und Waffenhilfe ausgeschlossen sei, dennoch wenn auf Veranlassung dieses Krieges andere Mächte als England einen Angriff auf französische Provinzen unternähmen oder dabei mitwirkten, die Kaiserin Königin zur Garantie und Vertheidigung der angegriffenen Provinzen die in dem Unionsvertrage ausgemachte Hilfe leisten werde. Die gleiche Verpflichtung übernahm der König von Frankreich für den Fall, daß auf Veranlassung des gegenwärtigen französisch-englischen Krieges irgend eine Macht die Lande der Kaiserin Königin angreife. Der zweite bestimmte daß die gemeinschaftlichen Einladungen, dem Defensivtractat beizutreten, ergehen sollten an den römischen Kaiser als Großherzog von Toscana, an den König von Spanien, den König beider Sicilien, den Infanten Don Philipp Herzog von Parma, Piacenza und Guastalla und andre Fürsten, über welche man künftig übereinkommen werde. In dem dritten Artikel sprachen die beiden Mächte ihren Entschluß aus sich zu verständigen und zu vergleichen über alle die Fälle, welche in dem letzten Frieden von Aachen nicht gehörig vorgesehen seien sowie über alle Gebietsstreitigkeiten und andere Gegenstände, welche eines Tags die Ruhe von Europa stören und die gedachten Mächte und ihre Verbündeten veruneinigen könnten, so wie auch über die Angelegenheiten, welche insbesondere die Ruhe Italiens angiengen. Zu diesem Ende verpflichteten sie sich nach gemeinsamer Übereinkunft unter einander und mit anderen dabei betheiligten Mächten die geeignetsten Mittel zu ergreifen. In dem vierten Artikel versprachen sie während des gegenwärtigen Krieges keinen Vertrag abzuschließen oder zu erneuern ohne einander vorher vollständige Mittheilung zu machen. Der fünfte Artikel endlich besagte, daß diese geheimen Artikel zugleich mit der Neutralitätsconvention, dem Defensivvertrage und den Separatartikeln ratificiert werden sollten.

Alle diese Actenstücke wurden gezeichnet von Starhemberg, Rouillé und Bernis, der französischerseits der eigentliche Unterhändler gewesen war[1].

Fünftes Capitel.

Wirkungen des österreichisch-französischen Bündnisses. Die Bedrängniß der englischen Regierung.

Maria Theresia und Kaunitz sahen ihre langjährigen Bemühungen mit Erfolg gekrönt; die Allianz mit Frankreich war begründet und der lebhafte Antheil, den Ludwig XV an dem Bündnisse nahm, das er mit Stolz als sein eigenstes Werk betrachtete, sicherte dem neuen politischen Systeme dauernden Bestand. Jetzt säumten die neu verbündeten nicht sich England gegenüber zu erklären. Am 4 Mai empfieng Knyphausen die französische Antwort auf die letzten englischen Propositionen, eine einfache Ablehnung, ohne daß, wie Friedrich wünschte, die Gegenbedingungen Frankreichs präcisiert wurden[2]. Am 9 Mai ertheilte Kaunitz die Antwort auf die am 7 April erfolgte Mittheilung des Vertrags von Westminster in Form einer Verbalnote, welche in spitzigem Tone gehalten und darauf berechnet war zu constatieren daß die alten Beziehungen zwischen Österreich und England gelöst seien[3]. Auf weitere Erörterungen einzugehen weigerte sich Kaunitz, namentlich lehnte er irgend welche Erklärung über die Unterhandlungen mit Frankreich ab.

Keith beruhigte sich bei dem von Kaunitz ertheilten Bescheide nicht, sondern erbat eine Audienz bei der Kaiserin. Maria

---

[1] Vgl. Knyphausens Bericht vom 4 Juni 1756 Beil. II 29. Die Verträge (ohne die geheimen Artikel) s. Wenck III 139—147. Die geheimen Artikel (Koch-Schöll hist. des traités III 19) s. Beil. I 3.

[2] 1756 Mai 6. Paris. Knyphausen an den König (eingeg. Potsdam Mai 20). S. das Actenstück in Valori mém. II 35 ff.

[3] Gachard Bull. de l'Acad. de Brux. XVII 1, 393[n]. Beil. II 28.

Theresia empfieng ihn am 13 Mai, ihrem vierzigsten Geburtstage. Als Keith auf die ihm übergebene Note eingieng, leugnete sie an der Auflösung des „alten Systems" schuld zu sein, sondern der König von England, indem er den Vertrag mit Preußen abgeschlossen, habe sie und jenes System verlassen. „Ich und „der König von Preußen sind unvereinbar und keine Rücksicht „auf der Welt soll mich je bewegen in eine Vertragsgenossen„schaft einzutreten, an der er Theil hat." Im weiteren Gespräche deutete die Kaiserin auf den möglichen Abschluß eines Vertrags mit Frankreich hin und erklärte: „die Abtretungen, „welche England im Dresdner und Aachner Frieden von mir „erzwang, haben mir Arme und Beine abgeschnitten. Von „Frankreich habe ich wenig zu fürchten. Ich bin außer Stande „mit Nachdruck zu handeln und sehe mich genöthigt Maßregeln „zu ergreifen, welche geeignet sind das was mir noch bleibt „sicher zu stellen." Als Keith einwarf: „Wollen Sie, die „Kaiserin und Erzherzogin, sich so weit erniedrigen sich in die „Arme Frankreichs zu werfen?" erwiederte die Kaiserin rasch: „Nicht in die Arme, sondern auf die Seite Frankreichs." Sie schloß die Unterredung mit den Worten: „Es steht nicht mehr „in meiner Macht an weit abliegenden Vorgängen theilzunehmen; „deshalb kann ich mich um die entfernten Landschaften meiner „Staaten wenig kümmern. Meine Hauptaufgabe ist meine Erb„lande zu sichern. In Wahrheit habe ich nur zwei Feinde zu „fürchten, den König von Preußen und die Türken, und so lange „ich und die Kaiserin von Rußland in so gutem Einvernehmen „bleiben wie es jetzt zwischen uns besteht, werden wir Europa „überzeugen, daß wir im Stande sind uns gegen diese wenn „auch furchtbaren Gegner zu vertheidigen[1]."

Am folgenden Tage berichtete die Kaiserin ihrem Schwager dem Prinzen Karl von Lothringen nach Brüssel über die dem englischen Gesandten ertheilten Erklärungen und die Gründe, welche sie dazu bestimmt hätten. Den Plan, welchen der König

---

[1] 1756 Mai 16. Keith Bericht an Holdernesse; s. Coxe Austria V 69 f. Raumer Beitr. II 329 ff.

von England ihr beinahe in aller Form vorgelegt hätte, das System der großen Allianz zwischen den Seemächten und Deutschland zu erneuern, nachdem die durch Preußens Verbindung mit Frankreich entstandene Spaltung gehoben sei, und so einen mächtigen Bund gegen Frankreich zu bilden, nannte die Kaiserin eben so abgeschmackt als gefährlich für sie. Abgeschmackt, denn sie würde den zweiten Platz einnehmen; gefährlich, denn der König von Preußen würde über die Streitkraft dieses Bundes verfügen: die katholische Religion, die Würde der Kaiserkrone, alles würde der Sorge geopfert werden diesen Monarchen bei dem Bündnisse zu erhalten. Kurz sie sehe sich gezwungen von der Illusion dieser alten Vorurteile eines Systems des europäischen Gleichgewichts zurückzukommen.

Wir sehen, der Haß der Kaiserin gegen Friedrich II und die Furcht vor seiner Überlegenheit ließ keine andere Erwägung aufkommen, und das Gefühl des Triumphes, welches sie in jenen Tagen erfüllte, hob sie leicht über jeden Zweifel an der Weisheit ihrer Entschließungen hinweg. In gleicher Stimmung schrieb Kaunitz drei Tage später an den Prinzen Karl bei Übersendung der französischen Verträge: „Wir haben den Rubicon überschritten „und die Vorsehung muß das übrige thun. Wir müssen hoffen, „daß nachdem wir für unsere Sicherheit gesorgt haben die Gunst „des Schicksals uns gleichermaßen die Gelegenheit verschaffen „wird unsern Vortheil zu bedenken[1]."

Zunächst aber galt es den Widerspruch im eigenen Hause zu überwinden, denn Maria Theresia und Kaunitz standen allein den Überzeugungen des Kaisers und aller andern Minister gegenüber. Kaiser Franz war dem lothringischen Blute nicht so entfrembet, daß ihm nicht ein Bund mit Frankreich aufs äußerste zuwider gewesen wäre, und seine Gesinnung theilten namentlich sein erster Minister der Reichsvicekanzler Graf Colloredo in Hinblick auf die deutschen Verhältnisse und Graf Batthiany, der

---

[1] Das Cabinetschreiben der Kaiserin vom 14 Mai und das Schreiben des Grafen Kaunitz vom 17 Mai 1756 ist publiciert von Gachard, Bull. de l'Acad. de Brux. XVII, 1 S. 393—397.

Gouverneur des Erzherzogs Joseph. Daher gab es lebhafte Debatten in der Conferenz, welche am 19 Mai in Gegenwart des Kaisers und der Kaiserin im Staatsministerium abgehalten wurde. Kaunitz setzte die Vorzüge der französischen Allianz im allgemeinen und die günstige Fassung der einzelnen Stipulationen aus einander. Der Kaiser unterbrach ihn und verließ schließlich mit einem Proteste gegen einen so unnatürlichen Bund die Sitzung. Die Kaiserin gebot jedoch dem Staatskanzler seinen Vortrag zu beendigen und sprach ihre Zustimmung so nachdrücklich aus, daß sie damit den Widerspruch ihrer Räthe zum Schweigen brachte: sie bekannte mehrmals, daß sie noch keine Convention in Zeit ihrer Regierung mit so vergnügtem Herzen unterschrieben habe. Was den Kaiser betraf so übernahm sie es seine Zustimmung nachträglich zu erwirken. So ward die Ratification der Verträge vollzogen und die betreffenden Urkunden am 28 Mai zu Versailles ausgewechselt[1].

Nachdem dieser wichtige Schritt gethan war, beantwortete Kaunitz die Propositionen des russischen Hofes, über welche Graf Esterhazy am 22 April berichtet hatte. Von der russischen Regierung war ein Plan zu unverzüglicher Offensive und zur Theilung der preußischen Monarchie vorgelegt, dermaßen, daß Schlesien und Glatz an Österreich zurückkomme, Preußen an Polen, dagegen Kurland und Semgallen nebst einer weiteren Ausgleichung Rußland zufalle. Nach Beginn der Operationen wären Sachsen und Schweden zum Beitritt aufzufordern und ersterem Magdeburg, letzterem das brandenburgische Pommern zuzusichern. Die Russen wollten ihre Operationen im August anfangen: um den Kriegsplan mit Österreich zu vereinbaren, ward Etat und Vertheilung der russischen Streitkräfte mitgetheilt und von der österreichischen Regierung die nämliche getreue Mittheilung verlangt.

Die Instruction für Esterhazy, mit welcher Kaunitz diese Eröffnungen erwiederte, ist vom 22 Mai datirt. Sie enthält zuvörderst die Versicherung, daß der österreichische Hof alles

---

[1] Auszug des Protocolls der Conferenz v. 19 Mai. N. Actenstücke 1841 S. 24 ff. Vgl. Coxe Austria V 67 f. 75 (aus den Depeschen von Keith).

mögliche thun werde um die große Idee auszuführen und daß er zu allem was zu des Königs von Preußen mehrerer Schwächung dienen könne, mit Freuden die Hände bieten werde. Für die Ausführung jedoch des ganzen Vorschlags wird die vorgängige Zustimmung des französischen Hofs als nothwendig bezeichnet, da sonst das Unternehmen zu Österreichs und Rußlands Schaden ausschlagen werde. Bei der Mittheilung der Defensivallianz von Versailles biete sich dem russischen Hofe Gelegenheit zu erklären, daß er zur Herstellung der Beziehungen mit Frankreich ganz geneigt sei, jedoch nur unter der Bedingung, daß der französische Hof in die große Absicht eingehe. Dadurch werde dieser nicht wenig angetrieben werden sich willfähriger zu zeigen und nicht so viele Rücksicht auf den König von Preußen zu nehmen, welche hauptsächlich an dem bisherigen Verzuge Ursach sei. „Allein wenn auch unsere dermalige und in der größten „Krisis stehende Negociation noch so glücklich geht, so kann doch „solche allem Ansehen nach vor etlichen Monaten nicht zum „Schlusse gelangen und alsdann wäre die Zeit allzusehr ver„strichen, als daß noch in diesem Jahre die Armee zusammen„gezogen, in Marsch gesetzet und die Operationen zu gleicher Zeit „angefangen werden könnten, daß also diese bis in das nächste „Frühjahr ausgesetzt bleiben müßten. Inzwischen würde alles „darauf ankommen das Spiel recht zu verdecken und den Ver„dacht, welchen England und Preußen schon gehegt haben, auf „die thunlichste Art zu verhindern, folglich unser Vorhaben bis „zum wirklichen Ausbruch geheim zu halten. Hierzu kann nun „der russische Hof durch sein vorsichtiges Betragen und Äußerung „um so mehreren Vorschub geben, da auf denselben England und „Preußen hauptsächlich Achtung geben und von uns beiden nichts „widriges vermuthen, so lange die russisch-kaiserlichen keine de„terminierte Entschließung merken lassen[1]."

Das Spiel war fertig. Gegen Preußen und England nahm Kaunitz die Maske der Neutralität und Friedfertigkeit vor. Die Hitze des russischen Hofs, von voreiligem Ausbruche abgelenkt,

[1] N. Actenstücke S. 35 ff.

diente dazu die immer noch laue französische Regierung anzufeuern. Bis dahin war Frankreich zu nichts weiter verpflichtet als im Falle eines Angriffs die österreichischen Lande vertheidigen zu helfen. Jetzt war es die Aufgabe mit dieser Macht entweder von vorn herein das vorbehaltene definitive Bündniß und zwar als ein offensives abzuschließen, oder wenn sich diese Verhandlung hinausziehe es dahin zu bringen, daß Preußen zuerst zu den Waffen greife, sei es um Hannover gegen eine französische Invasion zu vertheidigen oder um einen Angriff gegen Österreich oder dessen Bundesgenossen zu erheben. Dann war Frankreich schon durch die Defensivallianz zur Theilnahme am Kriege verbunden, was nicht der Fall war, wenn der Angriff von Österreich oder von Rußland ausgieng. Daß aber unter allen Umständen der Krieg nicht früher als zum künftigen Frühjahr beginnen werde nahm Kaunitz mit solcher Bestimmtheit an, daß er die Anschaffung von Pferden und Material zur Kriegsbereitschaft bis dahin verschob. Im nächsten Jahre entfalteten sich dann seinen Dispositionen gemäß die Streitkräfte, deren Übermacht mit unwiderstehlicher Gewalt Preußen erdrücken sollte.

Die Frage war, ob der Entwickelung dieses neuen Systems der continentalen Großmächte die Staaten, gegen welche es gerichtet war, gleichgiltig zusehen würden oder nicht. Preußen und England mußten aus der Entrüstung, welche nicht bloß Frankreich sondern auch Österreich und Rußland gegen die Neutralitätsconvention von Westminster zur Schau trugen, sich die Lehre ziehen, daß sie auf einander angewiesen seien und die Maßregeln welche ihre Sicherheit gebot gemeinsam zu erwägen hätten.

Die diplomatischen Beziehungen des britischen und preußischen Hofes waren hergestellt. In London blieb als preußischer Geschäftsträger Louis Michell, ein geborener Waadtländer. Durch Andrié, den früheren Minister Friedrichs II am britischen Hofe, in den preußischen Dienst gezogen, hatte er während der mehrjährigen Vacanz der Londoner Gesandtschaft die Geschäfte als Legationssecretär eifrig und treu besorgt und jüngst den Vertrag von Westminster zum Abschlusse geführt. Da die britischen Minister sein Verbleiben wünschten, überwand König Friedrich das

Bedenken, sich an so wichtiger Stelle durch einen Ausländer vertreten zu lassen, den er nie mit Augen gesehen hatte[1]. Michell rechtfertigte das ihm geschenkte Vertrauen durch pünctliche Befolgung der ihm ertheilten Instructionen und gewissenhafte Berichterstattung. Weiter reichte sein Beruf nicht: ein so achtbarer und ehrenwerther Mann er war, so war er doch nicht dazu geschaffen durch seine Rathschläge auf die Entschließungen des Königs einzuwirken oder auf die leitenden Staatsmänner Englands Einfluß zu gewinnen.

Viel bedeutender war der englische Gesandte, welcher zu Friedrich dem großen abgeordnet wurde. Andrew Mitchell, der einzige Sohn eines angesehenen Geistlichen in Edinburg, hatte eine tüchtige Schule durchgemacht und durch Reisen auf dem Continent Vielseitigkeit der Anschauungen und Lebenserfahrung erworben. Unter den ausgezeichneten Männern mit denen er verkehrte fühlte er sich namentlich in Paris zu Montesquieu hingezogen. Nach England zurückgekehrt, betrat er die juristische Laufbahn, ward aber im Jahre 1742 als Unterstaatssecretär für Schottland in den Staatsdienst gezogen und war seit 1747 Mitglied des Parlaments. Zu einer auswärtigen Mission ward er zuerst im Jahre 1752 verwandt, als königlicher Commissar bei den zu Brüssel über den Barrierevertrag gehaltenen Conferenzen. Jetzt hatte man ihm die Gesandtschaft in Wien angetragen, da man Keith durch einen der Kaiserin nicht so persönlich zugethanen Minister zu ersetzen wünschte. Diesen Posten schlug Mitchell aus, dagegen erklärte er sich gern bereit die preußische Gesandtschaft zu übernehmen[2].

Als Gesandter am preußischen Hofe bewährte sich Mitchell eine lange Reihe von Jahren hindurch so vorzüglich, daß britische Staatsmänner von sehr verschiedenartigem Schlage ihm ihre Anerkennung zollen mußten. In nicht minderem Grade gewann er das Vertrauen und die Hochschätzung Friedrichs des großen und der bedeutendsten Männer seiner Umgebung, namentlich der

---

[1] 1756 Jan. 1. Eichel an Podewils.

[2] Febr. 13. Holdernesse an Podewils und Michells Bericht v. dems. T.

Minister Podewils und Finckenstein, sowie seiner Landsleute des Feldmarschalls Keith und seines Bruders des Grafen Marishal. Mitchell stand in einem Alter von achtundvierzig Jahren als er seinen Posten am preußischen Hofe antrat, und Eigenschaften, welche in der diplomatischen Laufbahn zu gewinnen und zu behaupten schwer ist, männlicher Freimuth, Offenheit und Stärke des Characters, Freudigkeit des evangelischen Glaubens, waren durch die Prüfungen des Lebens in ihm gereift und befestigt. Ein abgesagter Feind aller Ränke und Winkelzüge erfüllte er seine Pflichten mit einer seltenen Hingebung nicht bloß im gemächlichen Hofleben, sondern unter allen Strapazen und Gefahren des bald ausbrechenden Kriegs. Mit scharfer Beobachtung verfolgte er sowohl die preußische Politik und ihre Beziehungen zu England als die europäische Politik überhaupt, so daß seine Correspondenzen und Tagebücher und die von ihm gesammelten Papiere, welche das britische Museum aufbewahrt, eine reiche und unerschöpfte Quelle für die Geschichte jener Zeit bilden.

Die Instructionen, welche König Georg II am 12 April unterzeichnete, wiesen Mitchell an, sich dem Könige von Preußen möglichst angenehm zu machen, das engste Vertrauen zwischen der britischen und preußischen Regierung herzustellen und gemeinsame Maßregeln zu vermitteln. Ein bestimmter Plan aber war noch nicht gefaßt und die Mittheilungen, welche Mitchell gemacht wurden, z. B. über den Stand der Dinge am russischen Hofe, waren unvollständig und oberflächlich. Mitchell traf am 8 Mai in Berlin ein und war am 11 und 12 mit Podewils bei dem Könige in Potsdam. Mitchells Persönlichkeit machte gleich bei seinem ersten Auftreten einen sehr günstigen Eindruck. Friedrich II kam dem Gesandten in so offener und herzgewinnender Weise entgegen, daß dieser seinerseits sich gedrungen fühlte des Königs Güte durch ein gleich offenes und gerades Verfahren zu erwiedern[1]. Das hatte die Wirkung, daß Friedrichs Vertrauen zu Mitchell täglich wuchs und daß ihm bald die Berichte der preußi-

[1] Mitchell's Journal hgg. v. L. Ranke in Schmidt's Zeitschr. f. Geschichtswiss. I 153. Podewils Depesche an Michell vom 15 Mai 1756.

schen Gesandten entweder im Originale vorgelegt wurden, um daraus zu copieren was für die englische Regierung von Interesse war, oder daß ihm Auszüge derselben in Abschrift gegeben wurden.

Als Mitchell seine ersten Unterredungen mit Friedrich dem großen hatte, hielt der König für das laufende Jahr den Frieden auf dem Continente noch für gesichert. Indessen machte Rußland ihm Sorge, und die beschwichtigenden Erklärungen der englischen Regierung beruhigten ihn nicht völlig. Noch ward die Möglichkeit erwogen, daß im Fall ein französisches Heer über den Rhein gegen Hannover vordringe, ein russisches Hilfscorps von 30000 Mann etwa in Rostock landen könne; indessen erklärte Friedrich, es werde ihm sehr unlieb sein fremde Mannschaft, woher sie auch sei, im Reiche zu sehen; er hoffe, die Russen werden nicht kommen, sofern man ihrer nicht dringend bedürfe. Sie möchten dann als Pfand für die Treue Rußlands dienen und verhindern daß diese Macht nicht die Gegenpartei ergreife[1].

Die preußische Regierung verfolgte damals mit großer Aufmerksamkeit die Verhandlungen des österreichischen Cabinets mit den deutschen Fürsten. In den Reichsangelegenheiten hatten Preußen und Hannover, selbst während sie mit einander in bitterem Streite lagen, doch stets zusammengestanden, so oft es galt die Protestanten gegen katholische Übergriffe zu beschirmen. Das hatte sich zu großem Verdrusse des Wiener Hofes im Jahre 1750 gezeigt, als die Protestanten in den Hohenlohischen Religionsbeschwerden zur Selbsthilfe schritten[2], und neuerdings bei der im landgräflich hessischen Hause geschehenen Religionsveränderung.

Der Erbprinz Friedrich von Hessen-Cassel war nämlich im Jahre 1749 heimlich zur römischen Kirche übergetreten und communicierte in derselben im September 1754 öffentlich zu Aachen. Sofort traf der alte Landgraf Wilhelm VIII, ein gestrenger und dem Glauben seiner Väter ergebener Herr, wirksame Maßregeln

[1] Auszüge aus Mitchell's Berichten vom 14 u. 27 Mai 1756 bei Raumer II 334—339.

[2] Adelung Staatengeschichte VII 174 ff. Coxe Pelham II 338 f. Schlosser Gesch. d. 18 Jhdts. II 265 ff.

damit die Abtrünnigkeit seines Sohnes dem Lande und dem regierenden Hause nicht zu weiterem Schaden gereiche. Er entbot ihn auf der Stelle zu sich nach Cassel und nöthigte ihn am 1 October eine eidliche Declaration und am 28 desselben Monats eine Versicherungsacte für die hessischen Lande auszustellen, durch welche die Erziehung der erbprinzlichen Söhne in der evangelisch-reformierten Kirche und die unverrückte Beibehaltung des hergebrachten Religionsstandes festgesetzt wurde. Um die Familie von jedem Einfluß des Erbprinzen unabhängig zu machen, übertrug der Landgraf die von ihm erworbene Grafschaft Hanau auf seinen ältesten Enkel und setzte für den Fall seines eigenen Ablebens dessen Mutter Maria von Hannover zur Vormünderin des Prinzen ein. Nähere Bestimmungen wurden mit den Ständen vereinbart und in dem Landtagsabschiede vom 11 Januar 1755 bestätigt. Überdies gab der Erbprinz an dem gedachten 28 October Reversalien an das Corpus Evangelicorum für die Aufrechthaltung der Versicherungsacte, und dieses sowohl als die Könige von Preußen, Großbritannien, Schweden, Dänemark und die Generalstaaten der Niederlande ertheilten derselben ihre Garantie[1]. Damit war die hessische Frage als eine gemeinsame Angelegenheit aller evangelischen Staaten anerkannt.

Je dankbarer das hessische Land für das entschlossene Verfahren des Landgrafen war, um so unzufriedener waren die römische Curie und die katholischen Höfe, die von Versailles und von Wien an ihrer Spitze, daß alle an den hessischen Religionswechsel geknüpften Hoffnungen zu nichte werden sollten, und obgleich die Rechtmäßigkeit der getroffenen Verfügungen nicht anzufechten war, trösteten sie sich doch damit daß die abgedrungenen Verpflichtungen und Eide sich zu gelegener Zeit würden lösen lassen[2]. Es war im Werke den Erbprinzen nach Wien zu ziehen, aber der Landgraf kam zuvor und sorgte dafür daß er statt dessen im

---

[1] Adelung Staatengesch. VII 462 ff.

[2] 1756 Febr. 21. Berlin. Nivernois an den französischen Residenten in Regensburg. Oeuvr. posth. I 229. Rouillés Erklärung in Knyphausens Bericht v. 17 Mai 1756.

April 1756 sich nach Berlin begab um in die preußische Armee einzutreten, zu großer Freude seines Schwiegervaters des Königs Georg II[1].

Um dieselbe Zeit ward von Wien der General Pretlak auf eine Rundreise zu verschiedenen deutschen Höfen geschickt um vorzustellen, daß die englisch-preußische Convention, weit entfernt zum besten des Reichs zu dienen, ein offenbarer Eingriff in die kaiserliche Machtvollkommenheit sei und daß, wenn ja Franzosen in Westfalen oder Hannover einrücken sollten, diese Invasion nicht als eine Feindseligkeit gegen einen Reichsstand betrachtet werden dürfe, sondern als ein Unternehmen eines Königs gegen einen andern. Pretlak fand an den meisten Höfen williges Gehör und befestigte namentlich den Landgrafen von Hessen-Darmstadt in seiner Ergebenheit für das Kaiserhaus: in Cassel jedoch, wo er ein kaiserliches Handschreiben übergab und für den Erbprinzen den Rang eines Generals der Artillerie und ein Regiment anbot, waren seine Bemühungen fruchtlos. Trotz der — wie der Erbprinz zu dem französischen Gesandten in Berlin sagte — unglaublichen Intriguen des Wiener Hofs gelang es nicht seines Vaters Sinn zu beugen oder ihn selbst von Berlin wegzulocken[2]. Pretlak hatte damals noch nicht seinen Übertritt zur katholischen Kirche erklärt und wurde deshalb vorzüglich zu den protestantischen Reichsständen abgeordnet; andere, namentlich geistliche Höfe, wurden später von dem kaiserlichen und fürstlich würzburgischen Geheimenrath von Fechenbach bereist und von diesem sehr eifrigen Katholiken zur Wahrnehmung der kirchlichen Interessen angetrieben[3]. Entsprechend den von Wien ergangenen Aufforderungen setzte der Bischof von Speier sich mit andern Kirchenfürsten ins Vernehmen um „dem von dem Corpus Evangelicorum geübten Unwesen" entgegenzutreten und zu bewirken, daß „die katholischen Stände sich fest zusammensetzen und dem kaiserlichen

[1] 1756 März 22. April 18. Berlin. Valori an Rouillé. Mém. de Valori II 4. 21. April 30. London. Michells Bericht.

[2] März 16. April 27. Berlin. Instructionen für Michell. Mai 1. Valori an Rouillé. Mém. de Valori II 29.

[3] Mai 15. Podewils an Michell.

„Hofe sich mit Bestand anschließen möchten[1].“ Kurfürst Max Joseph von Baiern war bereits von Frankreich gewonnen und ließ sich zu einer Erneuerung des Subsidienvertrages mit England nicht herbei. Sein Oheim Clemens August von Cöln begann Magazine anzulegen und verbot die Ausfuhr von Lebensmitteln und Getränken, Maßregeln welche auf den erwarteten Einmarsch der Franzosen bezogen wurden[2].

Dergleichen Vorgänge erhöhten die Spannung und versetzten die Protestanten in Unruhe: aber um was es sich handelte wurde erst klar durch den Abschluß der Verträge von Versailles am 1 Mai und die nachfolgenden Erklärungen des österreichischen und französischen Hofes. Das Geheimniß war bei dieser Gelegenheit strenger als gewöhnlich am französischen Hofe bewahrt: wenn auch die Thatsache, daß die Unterzeichnung stattgefunden habe, schon früher verlautete, so ward doch der Inhalt der Verträge erst bekannt, nachdem am 28 Mai die Ratificationen ausgewechselt waren.

Die publicierten Actenstücke entsprachen vollkommen ihrem Zwecke vorbehaltlich weiterer Übereinkünfte die Bundesgenossenschaft von Frankreich und Österreich zu beurkunden. Die Neutralitätsconvention enthielt nichts befremdliches: aber der Unions- und Freundschaftsvertrag bezeugte nicht allein in jedem Worte die engsten Beziehungen beider Mächte, sondern ließ in den Bestimmungen über den mit Truppen oder mit Geld zu leistenden Beistand hinlänglich erkennen, wie ernstlich sie es mit der Bethätigung ihrer Freundschaft meinten. Zwar war der gegenwärtige Krieg zwischen Frankreich und England ausgenommen: es stand wiederholt zu lesen, daß der Vertrag „rein defensiv“ sein solle: aber ganz abgesehen von den geheimen Artikeln (denn diese blieben in der That geheim) war es klar daß dieser Vertrag den Franzosen den Weg nach Deutschland bahnte. Der Wiener Hof hatte das deutsche Reich in die Freundschaft und Union,

[1] 1756 März 22. Schreiben des Bischofs von Speier an den Bischof von Würzburg. Huschberg-Wuttke S. 24.

[2] Huschberg S. 28 f.

welche er mit Frankreich eingieng, nicht mitbegriffen: die Franzosen konnten gegen Hannover marschieren und den Krieg in Deutschland entzünden und der kaiserliche Hof stand ihm dabei freundschaftlich zur Seite. Jüngst hatte die englische Regierung von neuem mit unermüdlicher Zudringlichkeit in Wien vorstellen lassen, die Kaiserin werde, selbst wenn sie die vertragsmäßige Hilfe nicht gewähren wolle, doch dem Könige ihre Freundschaft bewahren; wenn das Haus Österreich gänzlich vergessen wolle, wie viel es dem Beistande Englands verdanke, dürfe es auf diesen nicht wieder rechnen; und hatte darauf die Antwort von Kaunitz empfangen: dem Londoner Hofe stehe es frei zu thun was ihm beliebe[1]. Jetzt bekannten die britischen Minister, daß sie über den Umfang der in diesem Vertrage von Österreich und Frankreich übernommenen Verpflichtungen erstaunt seien und betheuerten um so angelegentlicher die Freundschaft mit Preußen pflegen zu wollen, Versicherungen, die zwar von Herzen kamen, aber bei dem schlimmen Stande der englischen Angelegenheiten vorläufig von zweifelhaftem Werthe waren.

Die Maßregeln, welche zur Abwehr einer französischen Invasion der britischen Inseln dienen sollten, waren ins Werk gesetzt: die hessischen Truppen wurden am 18 Mai — demselben Tage an welchem endlich die Kriegserkärung an Frankreich proclamiert wurde[2] — die hannöverischen am 21 Mai ausgeschifft. Jetzt ward die Milizbill im Oberhause bei der dritten Lesung verworfen und am 27 Mai die Session geschlossen. Aber der lastenden Sorge um das gemeine Wohl, dem Misbehagen über die Subsidien an fremde Fürsten und die Verwendung fremder Truppen in England gab der Sprecher des Hauses der Gemeinen Onslow in seiner letzten Ansprache an den König offenen Ausdruck[3].

Die Furcht vor der Macht Frankreichs war in England größer

---

[1] 1756 Juni 5. Berlin. Ministerialdepesche an Michell: — que la cour de Londres étoit la maîtresse de faire tout ce qu'il lui plairoit.

[2] Die englische Kriegserklärung ist datirt Kensington den 17 Mai 1756. Die französische Kriegserklärung erfolgte zu Versailles am 9 Juni.

[3] Parliam. Hist. XV 776.

als je. Man wußte, daß die französische Regierung, während die englische Canalflotte für die nähere Gefahr in Bereitschaft gehalten wurde, sowohl nach Westindien als nach Canada Verstärkungen geschickt hatte, und obgleich diese nicht sehr beträchtlich waren, nahm man doch für gewiß an, daß die regulären französischen Truppen den britischen Streitkräften überlegen sein würden[1].

Dazu kam die Botschaft daß Port Mahon auf Minorca von den Franzosen belagert werde. Am 10 April gieng der Admiral La Galissonière von Toulon unter Segel: sieben Tage später landeten die von dem Herzog von Richelieu befehligten Truppen, mehr als 12000 Mann. Die englische Besatzung in ihrer Friedensstärke von 2600 Mann reichte kaum hin die ausgedehnten Werke von San Felipe, der Citadelle von Port Mahon, zu besetzen; die höheren Offiziere waren meist auf Urlaub abwesend. Jedoch ward die Vertheidigung mit der Hoffnung auf baldigen Entsatz unternommen. Mehr als ein Monat vergieng: endlich am 19 Mai erschien Admiral Byng mit dem Geschwader, welches am 7 April von Spithead gesegelt war, lieferte den Franzosen ein unentschiedenes Gefecht und fuhr darauf nach Gibraltar zurück um wenigstens diesen Platz zu decken. Minorca blieb seinem Schicksale überlassen. Das kleine Häuflein wehrte sich bis zum 28 Juni: dann ward die Festung den Franzosen übergeben. Gibraltar, nach den Berichten seines Gouverneurs verwahrlost wie eine vater- und mutterlose Waise[2], ward nicht angegriffen. In England tobte man gegen den Admiral Byng, dem alles Unheil beigemessen ward und die Regierung bot ihren Einfluß auf um das Volk in dieser Meinung zu bestärken und den Admiral als Opfer für ihre Sünden bluten zu lassen. Zwar hatte Byng nicht das äußerste gethan um den Platz und die britische Ehre zu retten, jedoch den größeren Theil der Schuld trug die Regierung, welche beim Ausbruch des Krieges jegliche Fürsorge für

[1] 1756 April 20. Mai 21. London. Michells Berichte.

[2] Aug. 20. 27. Sept. 20. Lord Tyrawly an Fox. Chatham Corresp. I 200 ff.

ihre Häfen im Mittelmeere verabsäumte und im letzten Augenblicke ein Geschwader von unzulänglicher Stärke und Bemannung hinaussandte.

Die Schwäche Englands erleichterte der französischen Regierung die Verhandlungen mit den Seemächten zweiten Ranges. In Holland war die Regentin Anna vor Freude außer sich gewesen über den Vertrag, den ihr Vater Georg II mit Friedrich von Preußen abgeschlossen[1], und ihr Wunsch, das altbestandene Bündniß zwischen Holland und England auch ferner gepflegt zu sehen, ward von allen Anhängern des oranischen Hauses getheilt: um so entschiedener neigten die Generalstaaten zu Frankreich ohne jedoch durch einen offenen Bruch mit England den holländischen Handel gefährden zu wollen. So entspannen sich Unterhandlungen, bei denen tüchtige Diplomaten thätig waren, von englischer Seite Joseph Yorke, der Sohn des Lordkanzlers Hardwicke, von preußischer von Hellen, von französischer Graf d'Affry, ein Schweizer von Geburt. Von vorn herein schien der englische Einfluß zu überwiegen: noch im Februar rechnete die englische Regierung so sicher auf Holland, daß sie die vertragsmäßigen Hilfstruppen gegen die französische Invasion requirierte und die Hessen auf kürzestem Wege über Holland kommen lassen wollte: aber die nachdrücklichen Proteste der französischen Regierung wandten das Blatt: die Holländer lehnten es ab ihre Truppen zu stellen und gestatteten nicht einmal den Durchmarsch der Hessen. Nachdem hierauf die Franzosen ihnen einige Zollbegünstigungen gewährt hatten, gelobten die Generalstaaten am 25 Mai dem Könige von Frankreich die strengste Neutralität beobachten zu wollen und empfiengen dafür am 10 Juni die Zusage daß ihr Gebiet und die belgischen Barriereplätze nicht verletzt werden sollten[2]. Mit dem Austausch dieser Erklärungen war die Auflösung des englisch-holländischen Bündnisses und die zwischen Frankreich und der Republik obwaltende Freundschaft förmlich bestätigt; man hielt sich versichert, daß, was auch über Belgien verfügt werden möge, die Holländer sich ruhig verhalten würden.

[1] 1756 Jan. 23. Haag. Hellen an den König. Beil. II 20.

[2] Flassan VI 55 ff. Vgl. Stuhr F. I 63 ff.

Dagegen ließen sich die Holländer nicht bewegen mit Dänemark und Schweden in einen Bund zum Schutze ihres Handels und ihrer Schiffahrt gegen die kriegführenden Mächte zu treten. Die französischen Minister bemühten sich seit Jahr und Tag um diesen Seebund, einen Vorläufer der bewaffneten Neutralität. Nachdem nunmehr auch der russische Hof erklärt hatte, daß er durchaus nichts dagegen habe, ward am 12 Juli zu Stockholm der Vertrag über die „maritime Union“ zwischen Dänemark und Schweden unterzeichnet[1] und beiderseits wurden ein paar Kriegsschiffe ausgerüstet. Die Regierungen waren willens, so viel sie es ohne offenbaren Schaden nur irgend thun konnten, Frankreich vor England zu begünstigen, ein Verhältniß das unter Umständen für den englischen Handel und Schiffsbau recht lästig werden konnte.

Der Einfluß der französischen Gesandten an den skandinavischen Höfen war im Steigen. Baron Ogier stand zu Kopenhagen in hoher Gunst, zu Stockholm gebot Graf Havrincourt unbedingt. Auf dem schwedischen Reichstage, der im October 1755 zusammentrat, war der Streit zwischen dem Königthum und der Oligarchie des Reichsraths meist durch Verwendung des französischen Geldes entschieden worden, und zwar mit einem völligen Siege der Adelspartei. Dem Könige ward auch der Schatten von Macht entzogen, der ihm bisher noch zustand, jeder Einfluß auf Ernennungen, jede Entscheidung irgend einer Art. Fortan mußte der König der Mehrheit des Reichsraths beipflichten und durfte ihre Beschlüsse nicht aufschieben noch hindern: hatte der Reichstag oder wenn dieser nicht versammelt war der Reichsrath entschieden, so ward die Beistimmung des Königs als vorhanden angenommen. Es bildete sich eine Verschwörung gegen die regierenden Machthaber zu Gunsten des Königs, an deren Spitze Freiherr Gustav Jakob Horn und Graf Erich Brahe standen, dieser Oberst des königlichen Leibregiments, jener Hofmarschall; aber das Vorhaben ward entdeckt und die Häupter fielen am 23 Juli 1756 auf dem Block: desgleichen wurden die Bauernunruhen, namentlich der

[1] Wenck III 148 ff.

Aufstand der Dalekarlen, unterdrückt und bestraft. Dem Könige war für diesen Fall das Begnadigungsrecht entzogen und er ergab sich in sein Loos. Die Königin, welche von glühendem Zorne erfüllt war und die Stunde der Vergeltung herbeisehnte, ward natürlich von Graf Fersen und der ganzen herrschenden Aristokratie aufs bitterste gehaßt und man nahm jede Gelegenheit wahr um sie zu kränken; mußte sie sich doch sogar darüber ausweisen, ob sie die Krondiamanten und den bei ihrer Vermählung ihr von den Ständen verehrten Schmuck nicht veräußert habe: aber förmlich Hand an sie zu legen und ihr den Prozeß zu machen wagte man schließlich doch nicht.

Nirgends war man mehr mit diesen Siegen der herrschenden Adelspartei in Schweden einverstanden als am russischen Hofe, und dessen persönliche Anhänger wirkten dazu mit: denn die russische Regierung fürchtete eine freie und mächtige Krone Schweden. So lange Schweden einen Theil von Pommern besaß, fand auch Friedrich der große, obgleich er das Loos seiner Schwester beklagte und das Treiben der schwedischen Herren in scharfen Noten verurteilte, kein Interesse an einer durchgreifenden Verfassungsänderung jenes Reiches. England aber, das an einem freien Schweden einen natürlichen Bundesgenossen finden mußte, sah gleich einem unbetheiligten Zuschauer zu, wie der französische Hof die schwedische Staatsgewalt vollständig in Sold und Pflicht nahm.

Je mehr die englische Regierung ihren Einfluß schwinden sah, um so straffer übte sie Gewalt gegen den Seeverkehr neutraler Völker mit Frankreich. Gegen die Holländer glaubten sie eine besondere Nachsicht zu üben, als sie auf die dringendsten Beschwerden ihre bisher aufgebrachten Schiffe freigab und die Eigenthümer für die Ladung entschädigte. Um eine rechtliche Basis zu gewinnen erließ sie im August die Erklärung, daß sich sämtliche Häfen Frankreichs im Blokadezustande befänden und daß demnach alle dahin bestimmten Schiffe von England als gute Prise behandelt würden. Dieser Misbrauch der Seemacht verletzte die Holländer an der empfindlichsten Stelle und verstärkte ihre Neigungen für Frankreich. König Friedrich hatte beim Abschluß des Vertrags

von Westminster von der principiellen Entscheidung über das Recht der Neutralen im Seekriege abgesehen, welches er so eifrig verfochten hatte, und sich mit der Schadloshaltung seiner Unterthanen begnügt. Aber aufgegeben hatte er es darum nicht, sondern um den Handel seiner Unterthanen vor Schädigung und Belästigung durch die britische Marine zu sichern drang er wiederholt auf den ihm mündlich zugesagten Handelsvertrag, den die englische Regierung jetzt liegen ließ[1].

Während dieser zunehmenden Verwickelung der europäischen Politik verhandelten Friedrich der große und seine Minister eifrig und vertraulich mit dem englischen Gesandten Mitchell, immer noch in der Hoffnung, daß es gelingen werde den Frieden auf dem Continente zu erhalten, ja vielleicht ihn auch zwischen England und Frankreich herzustellen. Die französische Antwort auf die britische Gegenerklärung berechtigte freilich kaum dazu: ja der Schluß erschien so anstößig, daß der König ihn weder der englischen Regierung noch dem Gesandten mittheilte. Aber er hielt es für gut, um von möglicher Weise eintretenden Umständen Vortheil zu ziehen, die Verhandlung noch einigermaßen in Gang zu halten[2]. Nicht lange so berichtete Knyphausen, das französische Ministerium wünsche trotz der sicheren Einnahme von Port Mahon Frieden mit England. Unmittelbar nach Empfang dieser Immediatdepesche schickte König Friedrich einen Auszug an Podewils, den Mitchell sollte lesen und copieren dürfen, und wies seinen Minister an, dem Gesandten vorzustellen, daß Frankreichs Unternehmungen im Mittelmeer und in Amerika so gut in Zug kämen, daß England zur Defensive greifen müsse; damit aber werde es nie etwas gewinnen und auf die Länge in arge Bedrängniß gerathen. Viel heilsamer als solch eine Kriegführung würde ein ehrlicher Friede sein[3]. Dieselbe Überzeugung sprach

---

[1] 1756 Juni 1. Berlin. Ministerialdepesche an Michell.

[2] Mai 24. Mündliche Resolution des Königs (auf Podewils Schreiben vom 23 Mai).

[3] Mai 24. Paris. Knyphausen an den König. Juni 2. Potsdam. Königliches Cabinetschreiben an Podewils.

der König am 7 Juni in einem Schreiben an Podewils aus[1], bei Übersendung einer für den englischen Hof bestimmten Denkschrift, in welcher die Vorkehrungen erörtert wurden, welche Preußen und England unverzüglich gegen etwaige Unternehmungen ihrer Feinde zu treffen hätten. Denn gelinge es nicht vor Ablauf des Jahres den Frieden herzustellen, so müßten sie zur Vertheidigung gerüstet sein: die geringste Versäumniß könne sonst mit der Zeit ihren beiderseitigen Ruin herbeiführen.

Friedrichs Hoffnung auf einen Friedensschluß zwischen England und Frankreich beruhte wesentlich auf der Voraussetzung, daß König Georg den russischen Hof gewinne: dann meinte er werde Deutschland ruhig bleiben. Aber diese Voraussetzung erwies sich noch im Laufe des Juni als unzweifelhaft falsch. Alle Berichte, welche Friedrich von Wien und Dresden, vom Haag, von Stockholm, von Danzig empfieng, bestätigten das Einverständniß des russischen Hofs mit dem österreichischen über einen Angriff auf den preußischen Staat. Der österreichische Gesandte Graf Esterhazy behauptete sein vorwiegendes Ansehen; der französische Emissär Douglas ward von der Kaiserin empfangen[2] und der englische Gesandte immer mißgünstiger angesehen[3]. Um den Feldzug noch im laufenden Jahre eröffnen zu können, setzten sich Truppen aus dem Innern des Reichs in Bewegung, mit denen die Armee in Liefland auf 140000 Mann gebracht werden sollte.

Freilich wurden im Juni, nachdem der Vorschlag der österreichischen Regierung, den Anfang der Operationen bis in das künftige Frühjahr zu verschieben, in Petersburg eingegangen war, für dieses Jahr Gegenbefehle erlassen und der zum Oberbefehl ausersehene General Apraxin begab sich aufs Land statt seine Reise zur Armee anzutreten[4]. Aber daß diese veränderte Disposition nicht aus Rücksicht auf den englischen Hof getroffen sei, verkannte selbst Williams nicht. Klarer noch als er durchschaute

---

[1] Raumer Beitr. II 340 f.

[2] 1756 Juni 1. Berlin. Ministerialdepesche an Michell.

[3] Juni 22. 29. Ministerialdepeschen an Michell.

[4] Mai 29. Juni 12. Petersburg. Williams Berichte bei Raumer II 339. 343. Vgl. die sächsischen Berichte b. Hertzberg Rec. I 117—128.

Keith das Geheimniß, und schrieb schon am 7 Juni aus Wien: Rußland und Österreich sind aufs engste verbunden und handeln in Übereinstimmung. Sie wollen England nur täuschen und in den Schlaf lullen, bis alle Plane zwischen ihnen reif sind und alles vorbereitet ist[1]. Überdies war die Sprache der russischen Regierung unzweideutig: Fürst Galitzin erhielt die Weisung dem britischen Staatssecretär zu erklären, daß die Kaiserin bei der Clausel beharre, welche den Subsidienvertrag allein gegen Preußen wirksam machte[2].

Nachdem alle bisher gemachten Versuche den russischen Hof auf andere Gedanken zu bringen fehlgeschlagen waren, blieb noch das Mittel der Bestechung. Am 9 Juli meldete Williams, daß Bestucheff sich beklage mit seinem Gehalte von 7000 Rubel nicht unabhängig leben zu können und bereit sei gegen ein Jahrgeld von 2500 L. S. dem Könige von England zu dienen und ganz anzuhangen: ferner daß die Großfürstin Katharina, voll Anhänglichkeit für den König von England und sehr unzufrieden über die Unterhandlungen des kaiserlichen Hofs mit Frankreich, um thätig wirken zu können Geld brauche und zwar begehre sie 20000 Ducaten. Diese Gelder wurden am 8 August von dem britischen Ministerium bewilligt[3], eben so fruchtlos wie frühere. Denn der Haß der Kaiserin gegen Preußen und damit auch gegen das mit Preußen verbündete England war so glühend daß Bestucheff, der selbst ihn früher angefacht hatte, auch bei dem besten Willen seinem fremden Lohnherrn zu dienen nichts dagegen vermochte, und Katharina war viel zu klug das Geld zu andern als ihren eigenen Zwecken zu verwenden. Aber so sehr ließ die englische Regierung sich durch die Rücksichten auf Rußland bestimmen, daß sie in Erwiederung der königlichen Denkschrift vom 7 Juni Preußen zwar jeden möglichen Beistand im Falle eines Angriffs versprach, sei es mit Geld oder mit einer Flotte in der

---

1 Raumer II 340.

2 1756 Juni 25. London. Holdernesse an Williams. Raumer II 344 f. Michells Berichte vom 18 u. 25 Juni.

3 Lord Mahon's hist. of Engl. IV app. XVI sqq. Raumer II 347 ff.

Ostsee, aber den Abschluß eines engeren Bündnisses vorläufig ablehnte um den russischen Hof dadurch nicht zu reizen[1].

Friedrich der große wußte was er von den beiden kaiserlichen Frauen zu erwarten hatte, die, so verschieden sonst an Charakter und Sitte, in ihrem Hasse übereinstimmten, und bereitete in der Stille alle Maßregeln vor, welche die Sicherheit seiner Staaten ihm zur Pflicht machte. Der Freundschaft Englands im allgemeinen gewiß, konnte er die von den Umständen gebotenen Entschließungen nicht von einem in sich haltlosen britischen Ministerium abhängig machen. Den Ausschlag gaben die von sehr guter Hand erstatteten Berichte über die zwischen den Höfen von Wien und Petersburg zum Angriffe auf Preußen getroffenen Dispositionen, die Kriegsrüstungen der Österreicher in Böhmen und Mähren und die Meldungen von dem Stande der österreichisch-französischen Unterhandlungen. Aus all diesen Umständen erkannte Friedrich, daß der Krieg unvermeidlich sei und daß die Sicherheit des preußischen Staates fordere den Feinden zuvorzukommen, ehe sie ihre Rüstungen vollendet und ihre Streitkräfte vereinigt hätten.

---

[1] 1756 Juli 2 u. 9. London. Michells Berichte.

Zweites Buch.

Vom Ausbruch des siebenjährigen Krieges bis zum Abschluß des österreichisch-französischen Theilungsvertrags.

Erstes Capitel.

Die Schilderhebung Preußens.

Die Überzeugung, daß die zwischen den Höfen von Wien und Versailles geschlossene Freundschaft binnen kürzester Frist zu einem Kriege gegen Preußen dienen solle, gewann Friedrich der große nicht vor dem Juni 1756. Die im Mai erfolgte Unterzeichnung des österreichisch-französischen Bündnisses hatte ihn nicht in gleichem Maße beunruhigt wie den englischen Hof: denn er hatte sie längst vorausgesehen und lebte noch des Vertrauens, das Einvernehmen jener beiden Höfe werde nicht von Dauer sein; wenigstens werde Frankreich sich nicht auf größere Leistungen zu Gunsten Österreichs einlassen als es in dem Vertrage vom 1 Mai zugesagt habe. Daher hielt er noch an der Hoffnung fest, daß der Friede auf dem Continent zunächst nicht werde gestört werden.

Die Berichte des königlichen Gesandten aus Paris bestärkten Friedrich in seiner Meinung. Fortwährend bemüht einen Bruch zwischen Preußen und Frankreich zu verhüten, meldete Knyphausen daß die französische Regierung sich noch immer mit Friedensgedanken trage, trotz der bevorstehenden Einnahme von Port Mahon; daß die neue Allianz zwar nicht der jetzt im geheimen Rathe herrschenden Partei, aber den aufgeklärtesten und urteilsfähigsten Mitgliedern desselben im höchsten Grade zuwider sei; daß man darin nur eine Hofintrigue der Pompadour und ihres Anhangs sehen dürfe, darauf angelegt den König dem Einflusse von Männern wie Belleisle zu entziehen. Die ganze Nation

sei empört darüber[1]. Französische Politiker erkannten an, daß es Preußens Aufgabe sei das europäische Gleichgewicht wieder herzustellen und, um sich gegen Österreichs Übermacht in Deutschland zu sichern, sich an England und der Pforte eine Stütze zu verschaffen; jedoch riethen sie, es möge Preußen gerade jetzt dem französischen Hofe noch einmal die Erneuerung des Defensivbündnisses von 1741 antragen[2]. In Folge dieser Berichte ward in der That ein Vertragsentwurf in Berlin aufgesetzt, in welchem der gegenwärtige französisch-englische Krieg ausgenommen und von dem Könige von Frankreich erklärt werden sollte, daß er der am vergangenen 16 Januar zu London geschlossenen Convention sich nicht widersetzen, sondern vielmehr den König von Preußen in der Erhaltung der Neutralität und der öffentlichen Ruhe Deutschlands unterstützen werde[3].

Indessen verhandelt wurde auf dieser Grundlage nicht mehr. Zwar waren die Gegner der österreichisch-französischen Allianz, welche theils durch politische Erwägungen theils durch den Haß gegen die Urheberin des neuen Systems die Marquise bestimmt wurden, nicht unthätig. Der Dauphin ließ eine Denkschrift dagegen ausarbeiten: eine andere, von Favier verfaßt, wie es heißt im Auftrage des Kriegsministers d'Argenson, wurde in den ersten Tagen des August eingereicht[4]. Aber was selbständig urteilende Männer im Widerspruch mit der Pompadour und ihrem Anhange auch für Gründe anführen mochten, Ludwig XV beharrte in der Feindschaft gegen den König von Preußen und nahm daran allein seine Richtschnur. Bald sollte dies noch klarer zu Tage kommen.

Die wahre Lage der Dinge und die ihm drohende Gefahr

---

[1] 1756 Mai 24. Juni 7. 18. 21. Paris. Knyphausen an den König. Vgl. Luynes XV 340.

[2] Juni 21. Juli 2. Paris. Knyphausen an den König.

[3] Projet d'un nouvel Traité d'Alliance entre S. M. le Roy de Prusse et S. M. T. C. (ohne Datum) liegt bei Knyphausens Depeschen vom 2 Juli.

[4] Das im Auftrage des Dauphins verfaßte Memoire d. d. 1 Juli 1756 s. Soulavie mémoires I 229 ff. Favier, doutes et questions sur le traité de Versailles du 1 Mai 1756 ist abgedruckt in L. P. Ségur, politique de tous les cabinets de l'Europe. 2[e] ed. Paris an IX. III, 251 ff. Vgl. Flassan VI 53. Über andere Denkschriften vgl. Stuhr Forschungen I 37 ff.

erkannte König Friedrich seit der Mitte Juni. Um diese Zeit entnahm er aus den diplomatischen und militärischen Berichten die Gewißheit, daß die Kaiserin Maria Theresia sich zum Kriege gegen ihn anschicke und daß es ihr gelungen sei, Rußland von England gänzlich abzubringen und zu einem Angriffe auf Preußen zu vermögen, der im nächsten Frühjahr eröffnet werden solle. Unter diesen Umständen zweifelte Friedrich nicht, was er sich und seinem Staate schuldig sei. Er war nicht gesonnen abzuwarten bis seine Feinde ihn wie ein Wild im Gehege umstellt hätten, sondern faßte den Entschluß ihnen zuvorzukommen und den ersten Stoß auf Österreich und Sachsen zu führen. Das sollte im Spätsommer geschehen, wo die Russen außer Stande waren noch im laufenden Jahre auf dem Kriegsschauplatze zu erscheinen. Aber von diesem schon längst als möglich betrachteten Entschlusse bis zur That war noch ein weiter Weg. Denn Friedrichs Stärke lag nicht darin allein daß er kühne und große Gedanken hatte und diese ins Werk setzte, sondern daß er sie mit der schärfsten Umsicht prüfte, die Wirkungen auf seinen Staat, alle denkbaren Folgen und Wechselfälle gewissenhaft erwog, stets bereit, besserer Überlegung Raum zu geben: daß er, sobald nicht die äußerste Noth ihn zwang, nicht mehr unternahm als er durchzuführen vermochte, und nicht eher als bis er die Mittel seines Handelns vollständig vorbereitet hatte. Niemals aber hatte es eine ernstlichere Überlegung gegolten als jetzt, wo Österreich und Rußland vereint ihre Kräfte gegen Preußen kehrten, wo Frankreich, das früher verbündete, zu den Feinden hielt, und wo das befreundete England eher selbst der Hilfe bedürftig als zur Unterstützung seiner Verbündeten fähig schien. Von höchstem Gewichte war dabei die Frage, ob im Falle Preußen mit Österreich und Rußland in Krieg verwickelt werde, Frankreich seinen wesentlichsten Interessen zuwider sich in die Unruhen Deutschlands mischen werde oder nicht. Diese Frage sollte Knyphausen auf sein Gewissen und seine Ehre beantworten[1].

Bis der König auf diese Frage ausführlichen Bericht erhielt,

---

[1] 1756 Juni 19. 26. Potsdam. Friedrich II an Knyphausen. Beil. II 33.

vergieng ein voller Monat; aber jede der zunächst eingehenden Depeschen Knyphausens lehrte schon hinlänglich, daß die Macht der Pompadour und ihrer Anhänger von neuem zunahm und damit auch das Interesse für das österreichische Bündniß. Der Bruder der Pompadour erhielt den Orden vom heiligen Geist; wie früher St. Severin, so trat nunmehr aus dem Conseil auch Puisieux aus, unter dessen Ministerium der Aachener Friede geschlossen war. Daß Bernis an Rouillés Stelle das auswärtige Ministerium zugedacht sei, ward wiederholt versichert; für die Gesandtschaft in Madrid sollte der Lothringer Stainville, damals Gesandter am päbstlichen Hofe, bestimmt sein. Bernis und Starhemberg hatten Tag für Tag Conferenzen mit dem spanischen Gesandten, bei denen es sich nicht bloß um den Beitritt Spaniens zu dem Vertrage von Versailles, sondern um ein Offensivbündniß zwischen Frankreich und Spanien handelte. Zugleich drängte man die Republik Genua einen neuen Vertrag mit Frankreich zu schließen, der die Besetzung der Insel Corsica mit französischen Truppen zum Zwecke hatte[1]. Aus diesen Meldungen, von denen natürlich der englische Gesandte Mitchell Kenntniß empfieng, konnte König Friedrich vorläufig entnehmen, wessen er sich vom französischen Hofe zu versehen hatte: vollständigere Information brachte ihm der vom 15 Juli datierte Bericht, mit welchem Knyphausen die an ihn gerichtete Anfrage beantwortete[2].

Knyphausen war noch der irrigen Überzeugung, daß der Vertrag von Versailles bis jetzt keine anderen als die veröffentlichten Artikel enthalte, und erklärte das Gerücht über einen vom Wiener Hofe entworfenen Plan, einen Krieg zwischen den katholischen und protestantischen Reichsfürsten anzustiften, für unbegründet. Aber aus sehr guter Quelle hatte er erfahren daß der österreichische und französische Hof, um ihrem Bunde ewige Dauer zu geben, aufs ernstlichste damit umgiengen über den Tausch der österreichischen Niederlande gegen die Besitzungen der Infanten

---

[1] 1756 Juli 2. 4. Knyphausens Immediatbericht an den König und Ministerialdepesche. Beil. II 34. 35.

[2] Juli 15. Compiègne. Knyphausen an den König. Beil. II 37.

in Italien ein festes und endgiltiges Abkommen zu treffen[1]. Man behaupte, daß Spanien, dem nach dem gegenwärtigen Kriege Minorca und Gibraltar zufallen sollten, gern bereit sei auf diesen Plan einzugehen, daß dagegen der König von Neapel, der bei seiner Thronbesteigung in Spanien Neapel seinem jüngeren Sohne zugedacht habe, Widerspruch erhebe. Aber während über einen Vertrag der Art zwischen Frankreich Österreich und Spanien verhandelt werde, bemühe sich die österreichische Regierung aus allen Kräften Frankreich sofort zu einem Separatbündnisse zu vermögen für den Fall, daß Preußen und England sich enger verbinden und Österreich angreifen. Zu diesem Ende habe die Kaiserin erklärt, falls es ihr gelinge mit Beistand Frankreichs und seiner Alliirten dem Könige von Preußen Schlesien zu entreißen, ganz Belgien an Frankreich überlassen zu wollen, um so mit einem Schlage jenen Plan auszuführen. Bis man hiezu die schließlichen Anordnungen treffe, sei es nothwendig Preußen alle möglichen Hilfsquellen abzuschneiden. In Folge dieser Vorstellungen habe Frankreich mit Rußland angeknüpft und Baiern so gut wie gewonnen. Um den Abschluß des von ihm vorgeschlagenen Vertrags zu beschleunigen, verbreite der österreichische Hof die Nachricht daß die preußischen Truppen in Schlesien verstärkt würden und die böhmische Grenze bedrohten: auch der sächsische zeige sich über die preußischen Truppenbewegungen außerordentlich beunruhigt. Der Minister Rouillé hatte Veranlassung genommen darüber mit Knyphausen zu sprechen und bemerkt daß, wenn der König von Preußen Österreich angreifen sollte, Frankreich nicht umhin könne sich mit dieser Macht zu vereinigen um den Angriff abzuschlagen. Aber dies war nicht die einzige Klippe welche Preußen zu fürchten hatte, sondern Knyphausen glaubte ferner annehmen zu müssen, daß Österreich sich eifrig bemühe Frankreich zu einem Angriff auf das Kurfürstenthum Hannover zu bestimmen, um einen Vorwand zu haben über Preußen herzufallen, sobald sich der König dieser Invasion widersetze. So leicht werde

---

[1] Vgl. Geheimnisse des sächs. Cabinets I 339 f. (v. März 1756). Mém. du Duc de Luynes XV 92. Juni 3 1756.

die französische Regierung sich wohl nicht dazu entschließen, aber da eine ansehnliche Partei im Conseil einen Landkrieg wünsche, könne es vielleicht nächstes Jahr dazu kommen; denn für dieses Jahr mache die dermalige Vertheilung der französischen Truppen — über welche Knyphausen schon am 11 Juli genau berichtet hatte — ein solches Unternehmen unmöglich. Unter diesen Umständen würde es eine arge Selbsttäuschung sein zu meinen daß Preußen irgend welche Unterstützung bei Frankreich finden werde, das die österreichischen Minister völlig bezaubert hätten. Aber so sehr sie sich auch bemühten Frankreich dahin zu bringen in Deutschland Krieg zu erheben, der König dürfe versichert sein daß diese Diversion zuverlässig in diesem Jahre nicht statthaben könne.

Knyphausen war in der That von dem Stande der Angelegenheiten, die am französischen Hofe betrieben wurden, gut unterrichtet. Was zwischen Österreich und Rußland verhandelt ward kam jedoch nicht zu seiner Kunde, da selbst der französische Hof davon nur theilweise Mittheilung empfieng. Wir kennen die Instructionen für den geheimen Vertrag mit Frankreich, welche nach den von der k. k. Conferenz zu Wien am 19 Mai gefaßten Beschlüssen an Starhemberg erlassen wurden[1]. Diese stellten als Bedingungen sine qua non auf: 1) daß der König von Frankreich nicht allein zur Wiedereroberung von Schlesien und Glatz, sondern zu einer noch weit größeren Schwächung des Königs von Preußen seine ausdrückliche Zustimmung gebe; 2) daß er zum Gelingen des Planes thätig mitwirke, indem er der Kaiserin ein ansehnliches Truppencorps stelle, welches entweder mit kaiserlichen Truppen aus den Niederlanden verbunden oder für sich allein auf Begehren der Kaiserin sich dorthin verfüge, wo das Bedürfniß es erfordere; 3) daß die von Frankreich der Kaiserin gewährten Geldzahlungen demselben Risico unterliegen wie das ganze Unternehmen, und daß demnach die von der Kaiserin zu machenden Abtretungen nicht unter dem Titel eines Verkaufes geschehen, sondern des Tausches und gegenseitiger Convenienz; 4) daß die

[1] V. d. Schulenburg, N. Actenstücke. Leipz. 1841 S. 29 f.

vollständige Abtretung der Niederlande nur unter der Bedingung geschehe, daß sie dem Infanten Don Philipp zugetheilt werden, mit Ausnahme des Herzogthums Luxemburg und der Herrschaften Chimay und Beaumont, welche Frankreich zufallen. Dagegen trete der Infant an die Kaiserin seine drei Herzogthümer ab und verzichte auf alle Ansprüche, welche er nach dem Aachener Vertrage auf die Succession in Neapel erheben könnte. Hiermit waren die Grundzüge gegeben: weitere Vorschriften, welche sich über die einzelnen zu erörternden Fragen erstreckten und auch solche Puncte umfaßten, welche man wohl anregen aber nicht unbedingt festhalten wollte, wurden in der Conferenzsitzung vom 2 Juni beschlossen. In diesen Instructionen ward die gemeinschaftliche Offensive noch mehr in den Vordergrund gestellt, und Kaunitz sprach in seiner Abstimmung die vollständige Hoffnung aus, Frankreich werde auf diesen neuen Offensivtractat eingehen[1].

Wirklich that Ludwig XV hiezu alsbald den ersten Schritt. In einem königlichen Cabinetsschreiben, welches am 29 Juni 1756 übergeben ward, faßte er die Absichten, welche ihn bei dem Wunsche, die Defensivallianz mit der Kaiserin durch einen geheimen Vertrag zu befestigen, geleitet hätten, dahin zusammen: 1) den Bund unabänderlich zu machen durch Beseitigung aller Hindernisse, die seine Dauer gefährden könnten; 2) die Ruhe Italiens und insbesondere die Ausstattung der Infanten Karl und Philipp sicher zu stellen und die Zwistigkeiten zu verhüten, welche darüber in Zukunft zwischen dem französischen und österreichischen Hofe entstehen könnten; 3) in einem für beide Theile so vortheilhaften Übereinkommen neue Mittel zu finden um an England eine gerechte Vergeltung zu üben, ohne daß Frankreich verbunden sei offensiv gegen den König von Preußen aufzutreten. Aber jetzt, nachdem Starhemberg ausführliche und bestimmte Instructionen empfangen habe, gab er, der König von Frankreich, seine Zustimmung, daß seine Bevollmächtigten die Verhandlungen über das Detail beginnen sollten mit der Unterzeichnung eines Artikels, welcher feststelle, daß die von der Kaiserin Königin zu

---

[1] A. a. O. S. 27—29. 31.

machenden Abtretungen nicht eher statthaben, als nach der Wiedereroberung von ganz Schlesien und der Grafschaft Glatz, und nachdem sie in den friedlichen und anerkannten Besitz dieser Lande getreten sei. Nach dieser Zustimmung sprach das königliche Schreiben die Erwartung aus, daß Starhemberg sich nunmehr über den Inhalt seiner Instructionen auslasse, und erklärte, daß von Seiten Frankreichs alles geschehen solle um die Vollendung eines Werkes zu befördern, dessen Anfang schon den beiden Monarchien so schmeichelhafte Hoffnungen eröffnet habe[1].

Damit war der Grund gelegt, jetzt giengen Starhemberg und Bernis daran die einzelnen Capitel des weitschichtigen Theilungsplanes zu bearbeiten, der Deutschland, die Niederlande und Italien umfaßte und die europäischen Verhältnisse von Grund aus umgestalten sollte. Aber mitten in ihre Unterhandlungen hinein fiel wie ein Wetterschlag der Entschluß Friedrichs des großen das Schwert zu ziehen.

Als Friedrich im Juni von Knyphausen Bericht erforderte, war die Entscheidung noch in der Schwebe: als der Bericht eingieng, bestärkte er nur den König in seinem Vorsatze. Den Ausschlag gaben die bestimmten und sicheren Nachrichten, daß die russische Regierung mit der österreichischen übereingekommen sei im nächsten Frühjahr loszuschlagen; daß aber die dermalige Stärke der russischen Truppen und ihre Vertheilung der Art sei, daß sie auf keinen Fall in dem laufenden Jahre ihre Operationen beginnen könnten; endlich daß die Franzosen wenigstens für dieses Jahr nicht in Deutschland einfallen würden.

Seine Nachrichten über die russischen Pläne hatte König Friedrich zum Theil aus den Mittheilungen entnommen, welche ihm Weingarten, der Secretär des österreichischen Gesandten de la Puebla, aus dessen Correspondenz mit Wien und Petersburg übermachte. Gerade damals jedoch schöpfte Puebla Verdacht und Weingarten mußte am 12 Juni von Berlin flüchten[2]. Nach wie

---

[1] A. a. O. S. 31 ff.: Réponse du Roi remise le 29 Juin 1756. S. namentlich S. 33 f.

[2] Oeuvres de Frédéric IV 34 f. Mém. de Valori II 79.

vor aber, schon seit dem Jahre 1753, erhielt Friedrich durch den bestochenen sächsischen Kanzlisten Mentzel Copien aller wichtigen Depeschen, welche aus Wien und Petersburg in Dresden eingiengen[1]. Daß unter österreichischer Vermittelung an der Herstellung des Einverständnisses zwischen Rußland und Frankreich gearbeitet werde, meldete Hellen aus Holland. Von Petersburg ward zu diesem Zwecke der geheime Hofrath Bectejeff nach dem Haag geschickt und reiste um die Mitte Juli von dort nach Paris[2]. Der englische Courier Pollock, welcher am 6 Juni Petersburg verlassen hatte und am 18 Juni in Berlin war, meldete, daß er von Narwa bis Riga und weiterhin bis Mitau marschierende und lagernde Truppen und Transportcolonnen angetroffen; daß die russische Armee gemeinschaftlich mit den Österreichern Preußen angreifen solle, war in Petersburg die gangbare Meinung. Aus Österreich endlich erhielt König Friedrich Berichte über Munitions- und Provianttransporte, welche nach Böhmen und Mähren giengen, und von dem bevorstehenden Marsche ungarischer Regimenter[3].

Zu diesen übereinstimmenden Botschaften über die kriegerischen Anstalten der Österreicher und Russen kamen Schreiben aus Rußland an den König „im höchsten Vertrauen von sehr guter Hand". Ihr Inhalt war von solchem Gewichte daß dadurch jedes fernere Bedenken niedergeschlagen ward. Das erste, welches König Friedrich am 19 Juni empfieng, brachte die Nachricht, daß die für den laufenden Sommer beabsichtigten Kriegsoperationen zum nächsten Jahre vertagt seien und daß die im Marsche begriffenen Regimenter Gegenbefehl erhalten hätten. Das zweite, welches am 8 Juli in Friedrichs Händen war, gieng des näheren auf den

---

[1] Oeuvres de Frédéric a. a. O. Auszug aus dem Untersuchungsprotokoll Mentzels, Warschau d. 25 u. 26 Sept. 1757. Kriegskanzley 1758 I 61—65, zu ergänzen aus d. N. Actenstücken L. 1841 S. 7.

[2] 1756 Juni 7. Friedrich II an Finckenstein. Vgl. Stuhr Forsch. I 45 f.

[3] Juni 12. Wien. Klinggräff an den König. Juni 19. Potsdam. Friedrich II an Klinggräff, über eine bei seiner Ankunft im Lager von Pitzpuhl bei Magdeburg (Juni 15) ihm zugegangene Meldung. Vgl. Oeuvres de Frédéric XXVII 3, 282. Hertzberg Recueil I 134 ff.

Stand der Dinge am russischen Hofe ein. Demnach waren zu Anfang des Jahres die beiden Kaiserhöfe übereingekommen Preußen zu gleicher Zeit anzugreifen, der österreichische mit 80000 und der russische mit 120000 Mann. Dieses Vorhaben sollte schon in diesem Jahre bewerkstelligt werden, weil es aber dem russischen Hofe an Recruten, an Matrosen und an Getreide um die Magazine zu füllen gefehlt, so habe man die Ausführung solches Planes bis auf künftiges Frühjahr verschoben. Noch war hinzugefügt, daß Bectejeff auf seiner Reise durch Pommern nach Frankreich die dortigen Küsten in Augenschein genommen, um zu sehen, ob man auf selbigen füglich landen könnte[1].

Diese wichtigen Schreiben wurden nicht, wie Valori vermuthete[2], von englischer Seite übermittelt, sondern erst nachträglich ins französische übertragen und Mitchell mitgetheilt[3].

Wir können nicht zweifeln daß der Briefsteller kein anderer war als der Großfürst Peter. Was er von den Plänen des russischen Hofes schrieb, war vollkommen der Wahrheit gemäß, aber von der angeblich bereits erfolgten Unterzeichnung eines neuen Vertrags der beiden Kaiserhöfe war er falsch berichtet. Bis dahin verhandelte der österreichische Hof nur auf Grundlage des Bündnisses von 1746 und beeilte sich nicht die weiter gehenden Entwürfe zu formulieren, freilich aus keinem andern Grunde, als weil ohnehin der gleiche Haß gegen den König von Preußen den Bund fest genug besiegelte und weil Kaunitz erst den Hauptvertrag mit Frankreich zu Stande bringen wollte, ehe er mit Rußland neue Vereinbarungen traf[4]. Preußen war deshalb um nichts sicherer. Die russischen Gesandten an allen Höfen sprachen offen

---

[1] Hertzberg Recueil I 108. 141; den deutschen Text giebt die „Beantwortung der Anmerkungen“ Berlin 1757. Kriegs-Canzley 1757 II 74. Über die Motive der Vertagung vgl. den Bericht des sächsischen Legationssecretärs Prasse, Petersburg d. 21 Juni 1756 Rec. I 128 (Kr. C. a. a. O. S. 56) und den Auszug eines Briefes aus Petersburg v. 22 Juni Beil. II 32.

[2] Valori mém. I 304. 307. II 196.

[3] 1756 Juli 8. Eichel an Finckenstein auf königlichen Specialbefehl. Die Schreiben selbst finden sich im geheimen Staatsarchiv zu Berlin nicht vor.

[4] S. o. S. 160.

von den Angriffsplänen ihrer Kaiserin. Ebenso galt es im österreichischen Heere für ausgemacht, daß man zwar nicht in diesem Jahre gegen Preußen losbrechen werde, wohl aber im nächsten Frühjahr. Aus Dresden schrieb Broglie am 23 und 25 Juli, wenn der König von Preußen mit Angriffsplänen umgehe, habe er Unrecht deren Ausführung zu verschieben. Sollte er indessen zum Angriff übergehen, so werde man ihm begegnen, denn die Kaiserin versammle beinahe 100000 Mann in Böhmen und Mähren. „Ich glaube daß bei der Stellung, welche die Preußen „und Österreicher gegen einander einnehmen, der Krieg wenigstens „im Jahre 1757 ausbrechen muß[1]."

Unter diesen Umständen traf Friedrich der große seine Entscheidung. Jene Schreiben aus Petersburg dienten einmal zur Bestätigung der von allen Seiten ihm zugehenden Nachrichten über die gegen seine Staaten gesponnenen Angriffspläne und gaben diesen eine bestimmte Form; es blieb danach dem Könige kein Zweifel daß er zur Vertheidigung und zur Erhaltung Preußens Krieg führen müsse. Aber nicht darin lag die höchste Bedeutung jener vertraulichen Mittheilungen, sondern in der Gewißheit welche sie gaben daß die Russen für dieses Jahr nicht im Felde erscheinen würden. Knyphausens Berichte überzeugten Friedrich, daß die Franzosen eben so wenig im laufenden Jahre in Hannover einfallen könnten. Also hatte er es gegenwärtig noch nicht mit den Heeren dreier Mächte zu thun, sondern nur mit den kaiserlichen, und auch mit diesen noch nicht in voller Kriegsrüstung, da der Wiener Hof darauf rechnete die Offensive erst im künftigen Jahre zu eröffnen. Preußen dagegen hatte die Mittel zum Kriege in Bereitschaft. Im Staatsschatze lagen einschließlich der Einzahlungen auf eine bei der kurmärkischen Ritterschaft gemachte Anleihe beinahe achtzehn Millionen Thaler, eine Summe welche für die Mobilmachung und wenigstens für zwei Feldzüge hinreichte[2]. Das Heer stand zu Befehl. König Friedrich hatte sich bei den im Mai und Juni abgehaltenen Manövern von

[1] 1756 Juli 23. 25. Broglie an Bonnac b. Stuhr F. I 48. Vgl. (v. Cogniazo) Geständnisse eines österr. Veterans I 224 f. (aus Pueblas Munde). II 190.

[2] A. F. Riedel, der brandenburgisch-preußische Staatshaushalt 1866 S. 81.

der Schlagfertigkeit seiner Truppen überzeugt und durch ein großes Avancement die allerhöchste Zufriedenheit beurkundet. Jetzt sollte sich das preußische Heer von neuem bewähren und gegen die rings- um drohenden Feinde den ersten Schlag thun.

Friedrich handelte nach dem Grundsatze melius praevenire quam praeveniri. Wenn er zauderte und wartete bis die Heere der Österreicher, Russen und vielleicht auch der Franzosen zusammenwirkten, war Preußen ohne Rettung verloren, und daß die kluge Diplomatie eines Kaunitz und der glühende Haß der über drei Reiche gebietenden Frauen zu dem Puncte gelangt war dem Werke der Rache freien Lauf zu lassen, ward von Tage zu Tage mehr zur Gewißheit. Aber noch wurde dem Könige Friedrich gerade durch das systematische und bedächtige Verfahren des Staatsmannes, der die Seele des gegen ihn gebildeten Bundes war, eine Frist bis zum nächsten Frühjahr gegönnt: es fragte sich wie er sie benutzen sollte. Männer des Cabinets von minder kühnem Gemüthe würden alles daran gesetzt haben mit jeglicher Feinheit diplomatischer Künste der drohenden Coalition zu begegnen. In diesem Sinne erklärte Hertzberg, der damals als geheimer Legationsrath die von preußischer Seite ausgegebenen Staatsschriften bearbeitete, wenige Monate nach Friedrichs II Tode in einer akademischen Rede, es sei zweifelhaft, ob die gegen Preußen gefaßten Pläne zur Ausführung gekommen wären, wenn der König nicht angegriffen hätte, und ob es gefährlicher war sie abzuwarten als ihnen zuvorzukommen[1]. Diese Ansicht, der Hertzberg Worte lieh, wie sie dem Charakter Friedrich Wilhelms II und dem Wesen der unter ihm befolgten Politik entsprachen, ward, als es die Entscheidung galt, von Knyphausen gehegt und sie war auch die Meinung der Brüder des Königs. Es sprach für eine solche Meinung der Umstand, daß Frankreich durch sein Defensivbündniß mit Österreich sich verpflichtet hatte zur Abwehr eines von Preußen ausgehenden Angriffs zu helfen, nicht aber selbst an einem Angriffe auf den preußischen Staat sich zu betheiligen. Friedrich der große

[1] N. Mém. de l'Acad. R. 1785. Berlin 1787 S. 333 f. Richtig urteilt darüber Th. Bernhardt in Sybels hist. Z. XII 22 f.

urteilte anders, und zwar auf Grund der Summe sorgfältig gewonnener Informationen, welche er allein vollständig überschaute. Er sah klar vor Augen daß der österreichische Hof alles hervorsuchte um ihn zu reizen und ihn als den angreifenden Theil erscheinen zu lassen, und er konnte nicht zweifeln, daß seine Feinde zu gelegener Zeit einen Vorwand finden würden sich selbst als die gekränkten hinzustellen und alle Schuld des Kriegs auf Preußen zu schieben.

Eine Zeitlang boten die seit der Regierung König Friedrich Wilhelms I immer wiederholten Beschwerden des Herzogs Christian Ludwig von Mecklenburg-Schwerin über preußische Werbungen und Preßgänge dem Wiener Hofe Gelegenheit zu Anklagen Preußens. Schon im April waren in dieser Sache kaiserliche Decrete in beleidigendster Form gegen die preußische Regierung erlassen, die dieser selbst zuerst aus den Zeitungen bekannt wurden[1]. Als diese Angelegenheit nach dem Tode des alten Herzogs (Mai 30) und dem Regierungsantritt seines Sohnes Friedrich auf den Weg gütlicher Verständigung gebracht wurde, war bereits neue Klage über die österreichischerseits verfügte Erhöhung der Eingangszölle an der schlesischen Grenze von 60 % auf 100 %. Andererseits drängte der kaiserliche Hof Frankreich zur Invasion Hannovers, welche Preußen nicht dulden durfte. Kurz die österreichische Regierung suchte Preußen bald hier bald dort in Händel zu verwickeln, welche eine Veranlassung bieten konnten den Beistand des verbündeten französischen Hofs in Anspruch zu nehmen. Daß die Dinge so lagen, war der Schluß den König Friedrich mit Wahrscheinlichkeit zog. Ob er richtig geurteilt, konnte so lange in Zweifel gezogen werden als die Angriffspläne des österreichischen und russischen Hofes nicht urkundlich nachgewiesen waren. Heutzutage liegen die Actenstücke vor und thun für jeden der sie lesen kann und die Wahrheit sehen will mit voller Klarheit dar, daß die Höfe von Wien und von Petersburg darüber einig waren im Frühjahre 1757 Preußen

[1] Mém. de Valori II 27. Vgl. Friedrichs II Schr. an Knyphausen. Potsdam d. 13 Juli 1756. Beil. II 36.

anzugreifen und daß Maria Theresia und Kaunitz der wohlbegründeten Überzeugung lebten bis dahin auch den französischen Hof zu vertragsmäßiger Betheiligung am Kriege gegen Preußen zu vermögen.

Das einzige Mittel zu wirksamer Gegenwehr gegen diese Anschläge lag darin anzugreifen, so lange Preußen es mit Österreich allein zu thun hatte, das mit den finanziellen Anordnungen und mit den Rüstungen noch im Rückstande war. Friedrich rechnete darauf die Österreicher zu schlagen und möglicher Weise soweit zu schwächen, daß im nächsten Jahre ihre Alliirten die Last des Krieges tragen müßten, wozu sie keine Lust verspüren würden. Auf jeden Fall kam der Vorsprung den er gewann ihm zu gute, und das Zaudern und Abwarten seinen Feinden. Dieser erste Entschluß bedingte aber einen zweiten. Von allem Anfange stand es dem preußischen Könige fest, daß er mit seinem Angriffe nicht bloß Mähren und Böhmen sondern auch Sachsen treffen müsse. Die Feldzüge von 1744 und 1745 hatten ihn in der empfindlichsten Weise belehrt, daß es nicht gerathen sei gegen die österreichischen Staaten vorzugehen, während Sachsen zweideutig oder feindselig im Rücken blieb[1]. Erst dann waren Schlesien und die Marken gedeckt, die Zufuhren gesichert und für den Angriff sowohl als die Vertheidigung die natürliche Basis gewonnen, wenn die preußischen Waffen die Lausitzer und sächsischen Gebirge und den Elbstrom bis Böhmen beherrschten. Als feindlich aber mußte der sächsische Hof Friedrich gelten nach dem ganzen Verfahren, welches der allein gebietende Graf Brühl auch nach geschlossenem Frieden beobachtete, und zwar als ein Feind, der so lange er im Finstern schlich, viel böses anstiften konnte, der aber zu Boden lag, sobald man ihm geradeswegs zu Leibe gieng.

Die natürliche Aufgabe eines minder mächtigen Staates, der zwischen zwei größere gestellt ist, geht dahin die unter ihnen vorhandenen Gegensätze durch seine guten Dienste so viel wie möglich zu heben, durch eine feste unparteiliche Haltung beiden Nachbarn Achtung einzuflößen und zugleich seine Kräfte so zu Rathe

---

[1] Vgl. Valori's Schreiben an Rouillé vom 31 Aug. 1756. Mém. II 161.

zu halten, daß er im äußersten Falle einer Vergewaltigung nicht wehrlos unterliege. Davon hatte Brühl das gerade Gegentheil gethan. Um seinen Herrn mit andern als Staatsangelegenheiten zu beschäftigen, verschwendete er für Lustbarkeiten des Hofs mit vollen Händen und fröhnte seiner eigenen Habsucht in der schamlosesten Weise. Seit mit dem Herbste 1755 die englischen Subsidien ausfielen, war Brühls Finanzverwaltung vollends an den Bankerott gekommen. Das hatte das Militärwesen vor allem zu entgelten. Die Armee, welche im Jahre 1745 60000 Mann, im Friedenstande von 1746 über 40000 Mann stark gewesen war, ward seitdem binnen zehn Jahren allmählich bis auf 22000 Mann vermindert[1] und selbst dieser schwache Bestand nicht gehörig bezahlt. Aber bei dieser fortschreitenden Entwaffnung zeigten Brühl und seine Agenten sich nur um so geschäftiger auswärtige Höfe, namentlich den russischen, gegen den verhaßten König von Preußen aufzuhetzen. Vollkommen der Wahrheit gemäß besagt die später veröffentlichte preußische Staatsschrift: „die „sächsischen Minister an den auswärtigen Höfen haben die gröbsten „Erdichtungen, die härtesten Verleumdungen und alle verhaßte „Mittel einer unechten Staatskunst angewandt um Seine König„liche Majestät mit allen Mächten von Europa, sonderlich aber „der Kaiserin von Rußland zu veruneinigen“[2]. Friedrich wußte aus den Papieren des sächsischen Cabinets, daß der sächsische Hof die gegen ihn gerichteten Anschläge billigte und beförderte und dieses gefährliche Spiel durch eine äußerlich neutrale Haltung zu verdecken meinte, wie denn auch die geheimen Verhandlungen des österreichischen Hofes mit Frankreich und mit Rußland ohne Betheiligung Sachsens geführt wurden[3]. Sollte nun bei dieser offenkundigen Feindseligkeit Friedrich warten bis es dem heuch-

[1] S. die actenmäßige Darstellung von Heinr. Aster, Beleuchtung der Kriegswirren zw. Preußen u. Sachsen v. Ende Aug. b. Ende Oct. 1756. Dresd. 1848. S. 14 ff. In der angegebenen Zahl sind 2500 Mann Reiterei inbegriffen welche in Polen standen.

[2] Mém. raisonné in Hertzberg Recueil I 26. Gegründ. Anzeige S. 31. 67.

[3] (v. d. Schulenburg) Neue Actenstücke S. 15 ff.

lerischen und falschen Minister gefiel die Larve abzuziehn und sich hinterrücks den Gegnern Preußens beizugesellen, um des Antheils an der Beute nicht verlustig zu gehen? Vielmehr war es Friedrichs von lange her befestigte Überzeugung, daß er unter den obwaltenden Verhältnissen mit Österreich keinen Krieg führen könne ohne zuvörderst Hand auf Sachsen zu legen, und daß er im Stande sei aus den Papieren der sächsischen Minister die Gewaltthat die er damit begieng als eine nothgedrungene Abwehr vor Europa zu rechtfertigen. Dabei lag Friedrich der Gedanke fern Sachsen für sich erobern zu wollen: aber er nahm keinen Anstand die reichen Hilfsquellen dieses Landes zu benutzen um Preußen die ungeheure Last des Krieges gegen übermächtige Feinde nicht allein tragen zu lassen.

Die Maßregeln für den Krieg traf König Friedrich bedächtig und mit so geringem Aufsehen als möglich. Als die russischen Truppen nach den preußischen Grenzen zu marschierten, sandte er Ende Juni ein Truppencorps nach Stolp in Pommern und versah den Feldmarschall Lehwaldt mit Instructionen für den Fall eines Angriffs der Russen[1]. Das nächste war daß er, unter dem Vorwande zur Deckung der hannöverschen Lande ein Lager bei Halberstadt errichten zu wollen, Anordnungen traf die westfälischen Regimenter heranzuziehen und daß er Befehl ertheilte die schlesischen Festungen zu verproviantieren[2]. Sofort bildete die österreichische Regierung ein Heerlager bei Königgrätz, ein anderes bei Prag und setzte die ungarischen Regimenter in Bewegung. Diese militärischen Anstalten beunruhigten die preußischen Befehlshaber in Schlesien und auf Grund ihrer Berichte erließ Friedrich weitere Befehle. Seine Truppen waren so vertheilt daß sie in kürzester Zeit losschlagen konnten: jetzt wurden die beurlaubten eingezogen und die Mobilmachung eingeleitet. An den Feldmarschall Keith und die andern Offiziere, welche sich in den böhmi-

[1] 1756 Juni 23. Oeuvres de Frédéric XXX 201 ff.

[2] Juni 29. Potsdam. schreibt Friedrich II an Klinggräff von dem Lager bei Halberstadt. Am 26 Juli traten die westfälischen Regimenter ihren Marsch an.

schen Bädern aufhielten, war am 23 Juni der Befehl erlassen in den ersten Tagen des Juli zurückzukehren[1]. Den Feldzugsplan entwarf der König mit dem jüngst beförderten Generallieutenant Hans Karl von Winterfeld und zog bei der Ausarbeitung desselben im Detail für das Proviant- und Fuhrwesen den Intendanten der Armee General von Retzow hinzu. Hierauf reiste Winterfeld nochmals nach Böhmen und Sachsen um Pferde zu kaufen und Stärke, Stellung und Absichten der Gegner zu erkunden. Außer den genannten Generalen wurden die Feldmarschälle Schwerin (der am 10 Juli eintraf) und Keith sowie die Generallieutenants Schmettau und Ferdinand von Braunschweig zum Könige nach Potsdam beschieden um Rath und Auskunft zu ertheilen und Verhaltungsbefehle zu empfangen.

Der Entschluß des Königs war gefaßt, der Kriegsplan festgestellt und alle Vorbereitungen dahin getroffen, daß die Armee gegen Ende August losschlagen konnte. Nicht früher die Waffen zu erheben schien schon aus dem Grunde gerathen, weil damit jede Möglichkeit einer russischen Offensive oder einer französischen Invasion für dieses Jahr ausgeschlossen ward. Jetzt galt es dem britischen Cabinet die Nothwendigkeit darzuthun, in der Preußen sich befand den Krieg zu eröffnen. Nicht daß König Friedrich auf die Mitwirkung der englischen Regierung gezählt hätte, denn sie war selbst rath- und hilflos, und hatte für Preußen nichts als schöne Worte und leere Hoffnungen in Bereitschaft: aber er wollte nicht ohne Einvernehmen mit der verbündeten Macht zum Schwerte greifen. Er lud deshalb Mitchell zu sich nach Potsdam und hatte am Morgen des 17 Juli eine Unterredung mit ihm[2]. Er theilte ihm die Berichte über die drohenden Bewegungen der Österreicher an den preußischen Grenzen mit und erklärte, daß er entschlossen sei ins Feld zu ziehen um seinen Feinden zuvorzukommen, als dem einzigen Mittel der Rettung gegen so zahl-

---

[1] Preuß Urkundenbuch I 241. II 131.

[2] S. Mitchell's Journal herausg. v. L. Ranke in Schmidt's Zeitschr. f. Geschichtswiss. I 158 ff. Vgl. das Cabinetsschreiben an Knyphausen v. 17 Juli 1756 Beil. II 38.

reiche und so mächtige Gegner, deren Streitkräfte, wenn einmal vereinigt, den seinigen um vieles überlegen seien.

Mitchell suchte den König zu beruhigen. Er stellte ihm vor, die Berichte möchten übertreiben: die Absicht der Österreicher gehe vielleicht dahin ihn zu reizen den ersten Schlag zu thun, damit sie dann berechtigt wären französischen und russischen Beistand zu fordern. Da antwortete Friedrich rasch und lebhaft, indem er dem Gesandten fest ins Gesicht sah: „Wie, Herr? was sehen „Sie in meinem Gesichte? glauben Sie daß meine Nase dazu „gemacht ist Nasenstüber hinzunehmen? Bei Gott, die werde ich „mir nicht bieten lassen.“ Er zeigte Mitchell noch andere Berichte und schloß, indem er vor dem Bilde Maria Theresiens stehen blieb: „diese Dame will Krieg und sie soll ihn bald haben. „Ich kann nichts dagegen thun als meinen Feinden zuvorkommen: „meine Truppen sind bereit und ich muß versuchen diese Verschwörung zu brechen, bevor sie zu stark wird.“ Mitchell fuhr fort abzureden: er machte Rücksichten auf den russischen Hof geltend, dessen Neutralität zu hoffen sei, wenn der Angriff von Österreich ausgehe, und rieth von der Kaiserin Königin über ihre Rüstungen eine Erklärung zu fordern. Falle die Antwort nicht befriedigend aus, so werde alle Welt es berechtigt finden, wenn der König die Macht, welche ihm zu Gebote stehe, zu seiner Vertheidigung gebrauche. Friedrich widersprach: das werde die Sache nur ärger machen; er laufe Gefahr eine anmaßende und beleidigende Antwort zu erhalten, die er sich nicht gefallen lassen werde. Mitchell bemühte sich seinen Vorschlag weiter zu begründen, aber der König schloß endlich die lange Unterredung mit den Worten: „Sie kennen die Leute nicht: das wird sie nur stolzer „machen und ich werde mich ihnen nicht fügen.“ Darauf gieng der König zur Tafel und ließ während derselben Mitchell auffordern noch zu bleiben und abends die italienischen Sänger zu hören. Nach dem Ende der Burletta im Garten rief Friedrich den Gesandten zu sich und sagte: „ich habe über den Vorschlag, „den Sie diesen Morgen so warm empfahlen, nachgedacht und „werde meinen Minister in Wien anweisen bei der Kaiserin selbst „eine Audienz nachzusuchen, ohne die Dazwischenkunft ihres Mi-

„nisters. Vielleicht erhalte ich durch Überraschung eine Antwort: „aber wenn sie Zeit haben sie vorzubereiten, wird sie so aus„fallen wie ich Ihnen sagte."

Am nächsten Tage, den 18 Juli, sandte der König an seinen Gesandten Klinggräff die Weisung bei der Kaiserin eine Privataudienz nachzusuchen und in dieser ihr in seinem Namen bescheiden und mit gebührender Höflichkeit zu sagen, daß er, der König, da er von vielen Seiten die Bewegungen ihrer Truppen in Böhmen und Mähren erfahre und die Zahl der Regimenter, die sich dahin begäben, sie, die Kaiserin, frage, ob diese Rüstung in der Absicht geschehe ihn anzugreifen[1]. Am 24 Juli traf der Courier mit dieser Instruction in Wien ein und am nächsten Tage ersuchte Klinggräff den Grafen Kaunitz ihm eine Privataudienz bei der Kaiserin zu verschaffen, in welcher er ihr den Inhalt der empfangenen Weisungen vortragen könne: übrigens eröffnete er Kaunitz auf dessen Verlangen wohin der Auftrag lautete. So hatte der Staatskanzler vollauf Muße seine Rathschläge zu überdenken.

Die Audienz des preußischen Gesandten fand am 26 Juli statt. Die Kaiserin hörte seine Anfrage an und las darauf die von Kaunitz aufgesetzte Antwort ab, „daß, da die allgemeinen „Angelegenheiten sich in einer Krise befänden, sie es angemessen „erachtet hätte Maßregeln für ihre eigene Sicherheit und die „ihrer Verbündeten zu ergreifen, welche übrigens auf niemandes „Nachtheil abzielten[2]". Damit brach sie die Audienz ab und entließ den Gesandten. Diese „energische und dunkle" Antwort war, wie Kaunitz dem sächsischen Gesandten am nächsten Tage auseinandersetzte, darauf berechnet, jede weitere Verhandlung, welche die Kriegsrüstungen verzögern oder die Kaiserin irgendwie binden könnten, abzuschneiden. Man rechnete darauf, daß der

---

[1] 1756 Juli 18. Potsdam. Der König an Klinggräff. Beil. II 39.

[2] Juli 27. Wien. Klinggräff an den König: que les affaires générales étant en crise, elle avoit jugé à propos de prendre des mésures pour sa propre sureté et celle de ses alliés, et qui ne tendoient au préjudice de personne. Vgl. Flemmings Berichte an den Grafen Brühl v. 28 u. 31 Juli. Hertzberg Recueil I S. 59 ff. (Oeuvres de Fréd. IV 73) 244 f.

König von Preußen entweder durch die kostspielige Kriegsbereitschaft seinen Schatz erschöpfe und bei langsamem Feuer sich verzehre oder daß er einen übereilten Schritt thue. Übrigens ward durch ein vom 24 Juli datiertes Circularrescript dem Reichstage zu Regensburg eröffnet, daß die Kaiserin Königin in Hinblick auf die Rüstungen des Königs von Preußen befohlen habe die in Böhmen und Mähren stehenden Truppen zusammenzuziehen und dieselben aus den übrigen Erblanden zu verstärken[1].

Indessen so klug auch Kaunitz seine Schritte bemaß, nicht minder entschieden gieng König Friedrich seinen Weg. Bereits am 24 Juli theilte er Mitchell einen Bericht über das österreichische Lager bei Eger mit und fügte hinzu: „ich habe noch „viele andere empfangen: es bleibt mir nichts übrig als praevenire quam praeveniri". Eine schriftliche Erklärung, welche Valori am 26 Juli im Namen seines Hofes abgab, daß, wenn die Kaiserin angegriffen werde, Frankreich durch die Verträge verpflichtet sei, ihr beizustehen, beantwortete der König dahin, daß bisher Preußen nur Defensivmaßregeln ergriffen habe: aber daß der Wiener Hof, nicht zufrieden damit in jeder Weise an den schlesischen Grenzen Vorbereitungen zum Kriege zu treffen, auch noch den König von Preußen für den Angreifer gelten lassen wolle. Zugleich ließ er dem Gesandten einen Auszug aus der an Klinggräff ertheilten Instruction in Abschrift mittheilen[2]. An demselben Tage gieng der inhaltschwere Bericht Knyphausens vom 15 Juli über die österreichisch-französischen Entwürfe ein, dessen Inhalt wir oben besprochen haben. Der König erwiederte ihn unverzüglich mit einer Darlegung der Gründe, welche den Krieg für ihn unvermeidlich machten. Er erklärte dabei: „ich betrachte „das französische Ministerium als zu schwach und zu beschränkt „sich vor den Schlingen des österreichischen zu hüten: Graf Kau„nitz wird sie führen und sie so weit fortreißen, daß sie ihre Augen

---

[1] Sammlung der neuesten Staats-Schriften. Frankfurt u. Leipzig. 1757 S. 16 ff.

[2] 1756 Juli 15. Instruction für Valori. Juli 26. Valori an den König von Preußen und dessen Antwortschreiben (bei Valori's Depesche vom 27 Juli). Valori Mém. II 101. 121. 127.

„erst zu spät öffnen. Meine Lage ist auf jede Weise gefährdet; „nur durch einen kühnen Streich kann ich mich herausziehen[1]".

Eben an diesem Tage ward Mitchell eine Denkschrift übergeben, in welcher König Friedrich dem britischen Hofe den Entschluß seinen Feinden zuvorzukommen ankündigte. Er begehrte keine Hilfe von dem Könige von England: wenn dieser Fürst ein Geschwader in die Ostsee schicken wolle, werde er es ihm Dank wissen: wenn er seiner Flotte anderswo zu bedürfen glaube, namentlich zur Vertheidigung seiner Insel, so verzichte er auf diesen Beistand. Er wolle aus Freundschaft für ihn den Anfang seiner Operationen bis zum Ende des August, etwa den 24, verschieben, damit die Franzosen in diesem Jahre außer Stande wären in Deutschland einzufallen. Zugleich aber drang er in den König von England, er möge die Holländer bestimmen ihre Landtruppen zu verstärken, kleinere deutsche Contingente in Sold nehmen und die hannöverische Armee vermehren, so daß bis zum nächsten Frühjahr eine Armee von wenigstens 74000 Mann gebildet werde. Diese werde die Franzosen am Rheine aufhalten und Franken Hessen Westfalen decken können. Wenn jene dann ihre Küsten entblößten um eine Armee gegen Deutschland marschieren zu lassen, so könnte die englische Flotte daraus Gewinn ziehen und durch Landungen die Bretagne und die Normandie alarmieren: hielten sie die Küsten besetzt, so würden sie ihre Armee am Rheine nicht über 50000 Mann bringen: dann würden die Verbündeten ihnen überlegen sein und sie unnütz an den Ufern des Rheines festhalten, ein eben so großer Gewinn für die gemeine Sache als eine gewonnene Schlacht. Aber zur Ausführung dieses Planes gelte es nicht einen Augenblick zu verlieren: „warten wir „zu mit gekreuzten Armen, so werden wir einer nach dem an„dern erdrückt werden, weil wir versäumten uns der Vortheile „zu bedienen, welche der Zeitgewinn und unsere Wachsamkeit uns „darbieten konnte[2]". Mit diesem Memoire war der Plan vorgezeichnet, den Pitt später aufnahm, nachdem die Franzosen bis

[1] 1756 Juli 26. Berlin. Friedrich II an Knyphausen. Beil. II 41.

[2] Aus den Mitchell Papers. Brit. Mus.

an die Elbe vorgedrungen waren: aber um ihn zu fassen und durchzuführen bedurfte es eines Staatsmannes an Stelle der unfähigen und unentschlossenen Minister, welche noch in England am Ruder saßen.

Anfangs August hatte König Friedrich die Antwort der Kaiserin in Händen und zugleich die Depesche des sächsischen Gesandten, welche aus Kaunitzens Munde sie commentierte. Schon vorher hatte er den Entschluß gefaßt, für den voraussichtlichen Fall, daß die Kaiserin einer bestimmten Erklärung ausweiche, eine zweite Frage zu stellen[1]. Die Instruction dazu gieng am 2 August an Klinggräff ab. Die erste Anfrage war ganz allgemein und im rücksichtsvollsten Tone gehalten, so daß niemand daran den geringsten Anstoß nehmen konnte: aber nachdem man für gut befunden hatte ihn mit stolzen und nichtssagenden Redensarten abzufertigen, änderte auch König Friedrich seine Sprache und nahm den Ton an, den er seiner Ehre schuldig zu sein glaubte. Der Zweck, weshalb er in Wien weitere Erklärungen forderte, war ein doppelter: entweder gelang es noch in der letzten Stunde den Frieden zu befestigen; dann war sein heißester Wunsch erfüllt: oder Maria Theresia gab ihre feindlichen Absichten offen kund; dann war Friedrich vor Europa gerechtfertigt wenn er das Schwert zuerst gegen sie zog, und niemand durfte ihn darum mit Grund für den Angreifer halten. Wenn aber sein Krieg mit der Kaiserin als nothgedrungene Abwehr eines wider ihn beabsichtigten Angriffs gelten mußte, so lag für die Mächte, welche mit Österreich Vertheidigungsbündnisse geschlossen hatten, also namentlich für Frankreich, keine Verpflichtung zur Theilnahme an diesem Kriege vor. Zwar rechnete Friedrich nicht mehr darauf den französischen Hof umzustimmen: aber er wollte doch kein Mittel versäumen darauf hinzuwirken und vor der Welt klar zu machen wie es zwischen ihm und der Kaiserin stehe. Deshalb mußte seine zweite Anfrage auf die von dem österreichischen und russischen Hofe gegen Preußen gehegten Entwürfe geradezu eingehen und so gefaßt sein, daß eine aus-

[1] 1756 Juli 26. Berlin. Friedrich II an Knyphausen. Beil II 41.

weichende Antwort darauf mit dem förmlichen Zugeständnisse, daß der Angriff auf Preußen beschlossen sei, gleichbedeutend war.

Demgemäß lautete die königliche Instruction für den Gesandten dahin, unverzüglich die Kaiserin um eine Audienz zu bitten und sie um bestimmtere Erklärungen zu ersuchen. Weder ihre noch ihrer verbündeten Staaten seien von einem Angriffe bedroht, wohl aber die seinigen. Er sei auf eine Weise die keinen Zweifel zulasse davon unterrichtet, daß sie zu Anfange des Jahres eine Offensivallianz mit Rußland gegen ihn geschlossen habe. Darin sei bestimmt, daß Rußland ihn mit 120000 Mann, die Kaiserin Königin mit 80000 Mann unerwartet angreifen wollten. Der Plan, welcher zum Mai dieses Jahres ins Werk gesetzt werden sollte, ward verschoben, weil es den Russen an Recruten für die Armee, an Matrosen für die Flotte, an Korn zur Ernährung des Heeres mangelte, und die beiden Höfe kamen überein das Unternehmen auf das nächste Frühjahr zu verschieben. Da er nun von allen Seiten von Truppenbewegungen und Rüstungen in Böhmen und Mähren vernehme, halte er sich berechtigt von der Kaiserin eine förmliche und kategorische Erklärung zu verlangen, daß sie keine Absicht habe ihn in diesem oder dem nächsten Jahre anzugreifen. „Ich muß wissen ob wir in Krieg „oder Frieden sind: ich mache die Kaiserin zur Schiedsrichterin „darüber. Wenn ihre Absichten lauter sind, so ist jetzt der Augen„blick sie an den Tag zu legen: aber wenn man mir eine Ant„wort im Orakelstile giebt, unbestimmt oder nicht bündig, so wird „die Kaiserin sich alle Folgen vorzuwerfen haben, welche die still„schweigende Bestätigung der gefährlichen Pläne, die sie mit „Rußland gegen mich entworfen hat, nach sich ziehen muß, und „ich nehme den Himmel zum Zeugen, daß ich an dem Unglück, „das daraus entspringen wird, unschuldig bin[1]".

Am 7 August war die Instruction in Klinggräffs Händen und dieser setzte Kaunitz von seinem Auftrage in Kenntniß. Der Kanzler, dem die wiederholte Anfrage sehr ungelegen kam, forderte von dem Gesandten ein schriftliches Memoire. Von dem

[1] 1756 Aug. 2. Friedrich II an Klinggräff. Beil. II 42.

Könige dazu ermächtigt übergab es Klinggräff unter dem Datum des 18 August und empfieng darauf am 21 August im Namen der Kaiserin die Erwiederung, daß sie den Inhalt der Denkschrift des Gesandten mit Erstaunen und der gerechtesten Empfindlichkeit vernommen habe. Die Denkschrift sei sowohl dem Gegenstande als den Ausdrücken nach der Art, daß die Kaiserin die Schranken der Mäßigung, welche sie sich vorgezeichnet, überschreiten müßte, wenn sie auf alles was sie enthalte antwortete. Das jedoch wolle sie erklären lassen, daß die Nachrichten von einem zwischen ihr und der Kaiserin von Rußland abgeschlossenen Angriffsbündnisse falsch und erdichtet seien. Daraus werde ganz Europa ersehen daß die traurigen Ereignisse, welche der Gesandte ankündige, ihr, der Kaiserin Königin, niemals beigemessen werden könnten[1].

Friedrich II erwartete mit der äußersten Ungeduld die Antwort der Kaiserin, welche über Krieg und Frieden entscheiden mußte. Wenn sie ihm Sicherheit bot, war er seinerseits nach wie vor bereit Frieden zu halten. Statt dessen empfieng er am Abend des 25 August die stolze Abfertigung, welche seinem Gesandten ertheilt war. Jetzt zauderte er keinen Augenblick mehr, denn es war offenbar, daß man in Wien Krieg und nichts anderes wollte. Am 26 August giengen die Befehle zum Einmarsch in Sachsen ab. An demselben Tage wies er seinen Gesandten in Dresden an, dem Könige von Polen von diesem Einmarsch und seiner Absicht Sachsen in Beschlag zu nehmen Anzeige zu machen. Zugleich sandte er an Klinggräff nach Wien die Instruction, wegen der von ihm verlangten Versicherung, daß die Kaiserin ihn weder in diesem noch im künftigen Jahre anzugreifen beabsichtige, noch ein drittes Mal anzufragen. Dabei schrieb er dem Gesandten: „ich marschiere, aber bin zur Verständigung noch jetzt bereit, wenn der Wiener Hof dazu geeignete Vorschläge thut[2].“ An diesem wie an dem nächsten Tage conferierte er mit dem englischen Gesandten und eröffnete

[1] Jo. Ch. Adelungs Staatsgesch. Europens VIII Anhang S. 11—16.
[2] 1756 Aug. 26. Potsdam. Friedrich II an Klinggräff.

ihm seinen Entschluß sich Sachsens zu versichern. Sonnabend den 28 August setzte er sich an der Spitze seiner Garden in Marsch. Klinggräff übergab am 2 September ein der empfangenen Instruction entsprechendes Memoire welches die Erklärung enthielt, daß sobald die Kaiserin die verlangte Versicherung förmlich und bestimmt ertheilen werde, der König sogleich seine Truppen zurückziehen wolle. Unmittelbar darauf gieng die Nachricht von dem Einmarsche der Preußen in Sachsen ein. In Folge dessen lehnte die österreichische Regierung in ihrer vom 6 September datierten Antwort jede weitere Erklärung ab[1]. Die beiderseitigen Gesandten empfiengen ihre Päße. Zwischen Maria Theresia und Friedrich sollten zum dritten Mal die Waffen entscheiden.

Zweites Capitel.

Einmarsch der Preußen in Sachsen. Schlacht bei Lobositz und Capitulation des sächsischen Heeres. Bruch zwischen Frankreich und Preußen.

Die Absicht Friedrichs II bei seinem Einmarsche in Sachsen war, den König von Polen entweder zu nöthigen ihm die Besetzung des Landes zu gestatten und die sächsische Armee ihm zu überlassen oder die Sachsen in ihren Quartieren zu entwaffnen und sie außer Stande zu setzen seine Operationen gegen Böhmen zu hindern. Alsdann gedachte er in Böhmen Fuß zu fassen und die österreichischen Truppen so weit wie möglich, vielleicht über Prag, zurückzuwerfen. Zu diesem Ende überschritt die von dem Könige persönlich befehligte Hauptarmee von 70000 Mann in drei Corps getheilt, welche sich bei Dresden vereinigen sollten, am 29 August die sächsische Grenze. Feldmarschall Schwerin war beauftragt mit 27000 Mann Schlesien und das Glatzer Land zu

[1] Adelung Staatsgesch. VIII Anh. S. 17—19.

decken und von dort gegen Königgrätz in Böhmen vorzudringen, wo der kaiserliche Feldzeugmeister Fürst Piccolomini seine Truppen zusammenzog[1].

Ganz unerwartet kam der sächsischen Regierung der Einmarsch der Preußen nicht. Die Maßregeln, welche in diesem Falle zu ergreifen sein möchten, waren von dem Feldmarschall Rutowski und der Generalität schon seit dem Juni erwogen worden[2]. Man gieng davon aus, daß bei dem dürftigen Stande der Armee, welche, die in Polen stehenden vier Cavallerieregimenter zusammen von 2500 Mann eingerechnet, nicht ganz 20000 Mann zählte, es unmöglich sei mit dem preußischen Heere den Kampf aufzunehmen. Das einzige was zu thun blieb war die Armee in Sicherheit zu setzen. Man mußte also die Truppen zuvörderst zusammenziehen und, wenn die Österreicher außer Stande waren alsbald zu ihrer Unterstützung vorzugehen, nach Böhmen zurückweichen um sich dort mit der kaiserlichen Armee zu vereinigen. Aber einen solchen Entschluß zu fassen, der die Schwäche Sachsens und die Pflichtversäumniß seiner Regierung ohne Umschweif ent-

---

[1] Das folgende vorzüglich nach Heinr. Aster, Beleuchtung der Kriegswirren zw. Preußen u. Sachsen vom Ende August bis Ende October 1756. Dresden 1848. (Gf. Karl Fr. Vitzthum v. Eckstädt) Geheimnisse d. sächs. Cabinets. Ende 1745 bis Ende 1756. Stuttg. 1866. Vgl. Sammlung der neuesten Staatsschriften v. J. 1756. Ffk. u. Lpz. 1757 S. 214—266 u. die von dem sächs. Geh. Kriegsrath Le Coq verfaßte Schrift: natürliche Vorstellung der Wahrheit: entgegengesetzet dem Preußischen sogenannten gründlichen und überzeugenden Bericht von dem Betragen derer Höfe zu Wien u. Dresden. Warschau 1756, abgedruckt Teutsche Kriegs-Canzley auf d. J. 1757 I 932—1035. In den Beilagen ist die Correspondenz der beiden Könige in Übersetzung mitgetheilt: den französischen Text der meisten Stücke s. in J. Ch. Adelung Staatsgeschichte Europens VIII Beil. Nr. 6—26 S. 19 ff. u. vollständig Geheimn. d. sächs. Cabinets I 419. 436. II 55. 66. 72—74. 79—81. 83. 90. 103—106. 109—113. 255 f. 258 f. 261 f. In den Oeuvres de Frédéric IV 236 ff. ist eine ungenaue Rückübersetzung aus dem Französischen abgedruckt. Vgl. Sybels hist. Zeitschr. XV 157. XVI 116ⁿ.

[2] Frédéric Oeuvres IV 81 erwähnt die Aufstellung sächsischer Truppen zwischen Elbe und Mulde au mouvement que quelques régiments firent pour se rendre en Poméranie. Vgl. o. S. 194. Die Worte sind genau und es ist nichts daran zu ändern.

hüllte, waren König August III und sein Minister Brühl nicht fähig und die Generale, Rutowski an der Spitze, waren in dem weichlichen und prunkenden Hofleben zu sehr aller männlichen Gesinnung bar geworden, als daß sie für die ihrer Überzeugung nach nothwendigen Maßregeln fest und entschieden eingetreten wären. Vielmehr fügten sie sich dem alleingebietenden Einflusse Brühls, obgleich sie dessen unheilvolle Wirkungen erkannten. Überdies war der ganzen Armee und vor allem Rutowski die Verbindung mit den Österreichern, welche durch die Verfeindung des sächsischen Hofes mit Preußen zur Nothwendigkeit wurde, mehr als je zuwider, seit die Österreicher die sächsische Armee bei Kesselsdorf im Stiche gelassen hatten. Deshalb ließ man den Gedanken das Land zu räumen gänzlich fallen. Man begnügte sich oberhalb Dresden zwischen Pirna und Königstein einen Lagerplatz auszuwählen, der vermöge der Natur des Terrains gegen ein anstürmendes Heer leicht zu vertheidigen war, und ersuchte am 1 Juli die österreichische Regierung nahe der sächsischen Grenze ein hinreichendes Armeecorps aufzustellen und den in Böhmen befehligenden Feldmarschall Brown anzuweisen auf alle Fälle insgeheim mit dem sächsischen Feldmarschall Rutowski Abrede zu nehmen. Nachdem hierauf eine zustimmende Antwort ertheilt war, sah man von anderen Vorkehrungen ab. Weder für Geld noch für Munition noch für Vorräthe von Lebensmitteln ward gesorgt. Die Concentration der sächsischen Truppen wurde am 27 August und den nächsten Tagen ausgeführt, ehe die Preußen sie hindern konnten: nun suchte Brühl sein Heil in Unterhandlungen.

Der preußische Gesandte in Dresden, Freiherr von Maltzahn, erklärte am 29 August gemäß der eigenhändigen Instruction seines Monarchen dem Könige von Polen, daß der König von Preußen durch das ungerechte Verfahren und die gefährlichen Absichten des Wiener Hofes genöthigt sei die Waffen zu ergreifen und durch Sachsen nach Böhmen zu marschieren. Dabei werde er genaue Mannszucht halten lassen und das Land so viel es die Umstände gestatteten schonen, insbesondere dem königlichen Hause alle nur mögliche Rücksicht angedeihen lassen. Übrigens werde

man es ihm im Hinblick auf die Vorgänge in den Jahren 1744 und 1745 nicht verdenken können, daß er die nöthige Vorsicht gebrauche um nicht wieder in ähnliche Umstände zu gerathen. Er verlange jedoch nichts eifriger als die baldige Wiederherstellung des Friedens und den Eintritt des Zeitpunctes, da er S. M. von Polen in den ruhigen Besitz ihrer Lande wieder einsetzen möge[1]. In ähnlichem Sinne war das Manifest abgefaßt, welches beim Einmarsch der preußischen Truppen bekannt gemacht wurde. August III ließ auf die mündliche Erklärung des Gesandten noch an demselben Tage die schriftliche Antwort ertheilen, daß er den königlich preußischen Truppen den unschädlichen Durchmarsch durch seine Lande nicht verwehren wolle, unter der Voraussetzung daß alle etwaige Lieferungen und Leistungen um marktgiltige Preise richtig und baar bezahlt würden. Im übrigen berief er sich auf seine gewissenhafte Beobachtung des Dresdner Friedens und sprach die Überzeugung aus, S. K. Majestät in Preußen werde bei seiner Erklärung, an den jetzigen Mishelligkeiten zwischen Preußen und Österreich nicht im mindesten theilnehmen zu wollen, sich beruhigen und über Sachsen nichts verhängen, was der Reichsstandsfreiheit entgegen laufen und S. K. M. nöthigen könnte an das gesamte Reich und an die Garants der allgemeinen und besonderen Friedensschlüsse zu recurrieren.

Noch im Laufe dieses und des nächsten Tages kamen von allen Seiten Berichte von der Einnahme Leipzigs und anderer Städte und von dem gebieterischen und gewaltsamen Auftreten der Preußen. Deshalb ließ man sich an der dem preußischen Gesandten ertheilten Erklärung nicht genügen, sondern sandte in der folgenden Nacht Generallieutenant von Meagher an König Friedrich ab mit einem königlichen Schreiben vom 29 August, welches sich auf die für den Marsch der Preußen zu treffenden Anordnungen bezog und über Maltzahns mündliche Eröffnung beruhigende Erklärung forderte. Nachträglich ward General Meagher noch beauftragt über die feindliche Begegnung und Vergewalti-

[1] Die königliche Instruction d. d. Potsdam den 26 August s. Beil. II 47. Vgl. Aster 114. Geheimn. d. sächs. Cabinets I 395.

gung von Seiten der preußischen Truppen Vorstellungen zu machen und auf Räumung der von ihnen besetzten Städte anzutragen. Friedrich II empfieng den sächsischen General am 1 September zu Pretzsch zwischen Wittenberg und Torgau und gab ihm ein Antwortschreiben an August III mit. In diesem setzte er die um der Erhaltung des Friedens willen mit dem Wiener Hofe geführten Verhandlungen aus einander und erklärte: „die Triebfedern meines Handelns sind weder Habsucht noch Ehrgeiz, „sondern der Schutz, den ich meinen Völkern schuldig bin und „die Nothwendigkeit Anschlägen zuvorzukommen, die von Tag „zu Tag gefährlicher werden würden, wenn der Degen nicht „diesen gordischen Knoten zerschnitte, da es noch an der Zeit ist." Dem Könige und seiner Familie versprach er aufmerksame und hochachtungsvolle Behandlung, aber beklagte daß derselbe sich den Rathschlägen eines Menschen hingebe, dessen böse Absichten ihm allzu wohl bekannt seien und dessen schlimme Anschläge er aus den Urkunden beweisen könne. Das Schreiben schloß mit allgemeinen Versicherungen ohne eine bestimmte Zusage zu geben.

Graf Brühl hatte ohne auf einen Bericht des Generals Meagher zu warten sich schon am 30 August nach einem andern Unterhändler umgesehn und fand den englischen Gesandten Lord Stormont sehr willig den erbetenen Dienst zu übernehmen, in der Erwartung daß seine Regierung, welche den Dresdener Frieden vermittelt habe, diesen Schritt gutheißen werde. Lord Stormont ward ermächtigt dem Könige von Preußen einen Neutralitätsvertrag anzubieten, nach dessen Abschlusse die sächsischen Truppen von der böhmischen Grenze in andere Theile der sächsischen Lande verlegt werden sollten. Ferner ward die Hoffnung ausgesprochen daß dem Könige von Polen Gewißheit für die Sicherheit seiner Person und seiner Familie sowie seiner Hauptstadt gegeben werde. Lord Stormont reiste nach Torgau, gewann aber bald in den Unterredungen, welche er mit dem Feldmarschall Keith und König Friedrich selbst hatte, die Überzeugung, daß an einen Neutralitätsvertrag nicht zu denken sei. Er fand den König entschlossen für die Herbeischaffung der Kriegsbedürfnisse den

ganzen Elbstrom in seiner Gewalt zu haben und die sächsische Armee nicht in seinem Rücken zu lassen. Er fürchte sie nicht, sagte er, wenn sie vor ihm stehe, wohl aber wenn sie hinter ihm stehe. Sobald aber die von der Kaiserin Königin zu erwartende Antwort günstig ausfalle, d. h. sobald sie erkläre Preußen weder dieses noch künftiges Jahr angreifen zu wollen, werde er mit seiner ganzen Armee zurückgehen.

So wenig wie diese Missionen führten die Schreiben, welche August III und Friederich II am 3 und 5 September wechselten, die Unterhandlungen einen Schritt weiter. Der sächsische Hof mußte sich überzeugen, daß zu einem Neutralitätsvertrage nicht die mindeste Aussicht sei. In dieser Bedrängniß ward am 2 und 3 September vom Ministerrathe beschlossen, daß der König mit der Armee sich nach Böhmen und von dort, um nicht gezwungen zu sein, auf alle Bedingungen welche der Wiener Hof vorschreibe einzugehen, nach Polen begeben möge. Demgemäß, da August III willenlos that was seinen Räthen beliebte, ward bei den kaiserlichen Behörden in Prag und bei der Kaiserin selbst der Durchmarsch nachgesucht und der König begab sich in das Feldlager seiner Truppen. Der gefaßte Entschluß sollte am 4 und am 5 September ausgeführt werden, aber man verfiel auf neue Bedenken. Die hohe Generalität war damit unzufrieden die einmal ausgewählte von Natur feste Stellung ohne weiteres aufzugeben und, da das Fuhrwesen nicht organisiert war, Artillerie und vor allem ihre Equipagen zurücklassen zu müssen. Sie fürchtete auf dem einer Flucht ähnlichen Marsche das Nachdringen der Preußen, deren Reiterei sich bereits in ihren Flanken zeigte, und äußerte Besorgniß für die persönliche Sicherheit des Monarchen: auch werde dessen Entfernung mit der Armee von dem Könige von Preußen übel gedeutet werden und dem Lande zum Schaden gereichen. Auf diese Erwägungen hin wurden die bereits ertheilten Befehle zurückgenommen und, nachdem man das Land zuerst preisgegeben hatte, verabsäumte man nun auch die Rettung des Heeres. Das geschah während die Lebensmittel schon knapp und die Cassen so leer waren, daß Brühl den kaiserlichen Hof um 150000 fl. bat, welche auch verabfolgt wurden.

Friedrich II hatte indessen am 5 und 6 September seine Armee concentriert, besetzte am 9 Dresden und nahm am 10 sein Hauptquartier zu Groß-Sedlitz unterhalb Pirna, von wo man das sächsische Lager weithin übersah. Am 13 September rückte die preußische Avantgarde unter dem Befehle des Herzogs Ferdinand von Braunschweig über Nollendorf in Böhmen ein und trieb in den nächsten Tagen die österreichische Avantgarde über die Eger zurück. Am 14 September brach Feldmarschall Brown aus dem Lager bei Kolin gegen die Eger auf, mit einer Armee, welche in voller Stärke 80000 Mann zählen sollte[1], aber noch keineswegs vollständig mobil war. Die sächsische Armee war auf allen Seiten eingeschlossen, jedoch konnte auf Wald- und Bergpfaden die Correspondenz mit Böhmen unterhalten werden. An demselben 10 September, an welchem König Friedrich in Sedlitz eintraf, hielt die sächsische hohe Generalität mit Brühl einen Kriegsrath auf Veranlassung eines Schreibens von Kaunitz an den österreichischen Feldmarschall Brown[2], in welchem die Ursachen entwickelt waren, weshalb man die Sachsen weder entsetzen noch degagieren könne. Es mangelten nämlich der Armee in Böhmen noch Geschütze, Munition, Pontons, Pferde, Bedürfnisse aller Art, da das Wiener Cabinet des festen Glaubens gewesen war zur Eröffnung der Operationen noch bis zum nächsten Jahre Zeit zu haben[3]. Brühl äußerte im Kriegsrathe zwar den Wunsch, daß die sächsische Armee noch jetzt versuchen möge sich nach Böhmen durchzuschlagen, aber da die Generale einmüthig erklärten, das sei zu spät und schlechterdings unmöglich, bestand er nicht weiter darauf. Demnach ward beschlossen stehen zu bleiben, erneute Vorstellungen wegen schleunigen Entsatzes an Brown und den Wiener Hof zu richten und mit dem Könige von Preußen nochmals zu verhandeln[4]. So ward der Ruin der Armee entschieden von Männern, die im

---

[1] Aster Beil. Nr. 11 S. 23.

[2] Geheimn. II 44 f.

[3] Aster S. 264 f. (v. Cogniazo) Geständnisse eines österreich. Veterans I 188 ff. II 190 ff. Vgl. Brown's eigene Erklärungen. Geheimn. II 5. Aster 199.

[4] Aster 237 ff. Geheimnisse II 46 ff. 427 ff.

üppigen Hofleben alle Spannkraft eingebüßt hatten, die in unterthänigen Redensarten einmal über das andere erstarben, aber zu einer männlichen That unfähig waren, denen die Sorge für ihren Bauch und ihre Equipagen über die Ehre ihrer Waffen gieng. Allerdings hatte das sächsische Lager den großen Nachtheil daß ein Ausweg aus demselben schwer zu gewinnen war: aber am 10 September war es noch möglich, wenn auch mit schweren Opfern, die preußische weit ausgedehnte Stellung zu durchbrechen und über Peterswalde und Nollendorf den Weg nach Böhmen zu erzwingen: denn die Truppen waren treu und brav und das Offiziercorps mit Ausnahme der höchstgestellten tüchtig. Die Disciplin und Ausdauer der sächsischen Armee ward weder durch das Verharren in thatenloser Einschließung noch durch Entbehrungen aller Art gebrochen und ihre Gegner selbst haben ihr die wohlverdiente Anerkennung nicht versagt[1].

Daß die Verhandlungen, welche nach dem Beschlusse des Kriegsraths von neuem mit König Friedrich angesponnen wurden, etwas fruchten würden, redete sich selbst im sächsischen Hoflager niemand ein: um so leichter nahm man es damit nach entgegengesetzten Seiten Versprechungen auszubieten. An dem gedachten 10 September schrieb Brühl an den Feldmarschall Brown und nach Wien um die so eben versagte Hilfe doch noch herbeizuziehen und versicherte: „wir werden uns alsdann mit der kaiserlichen Armee vereinigen und so lange der Krieg dauert vereinigt bleiben;" König August III dagegen versicherte Friedrich II alles was zu seiner Beförderung möglich sei beitragen zu wollen, namentlich ihm auch die Elbe frei zu lassen. Ebenfalls an demselben Tage ward für den Feldmarschall Rutowski eine Instruction entworfen, durch welche diesem für den Fall der Abreise des Königs nach Polen das unumschränkte Commando Macht und Gewalt über die Armee und die Festungen Sonnenstein und Königstein übertragen und zum voraus alle Capitulationen, welche die Armee einzugehen gedrungen werden könnte,

---

[1] S. die preußischen Zeugnisse bei Aster S. 436. 440; vg. 491. Mitchell Pap. I 210. 212 f. Friedrichs des großen Ausspruch Geheimn. II 303 f.

genehmigt wurden. So machte sich der jüngst noch mit eitlem und erborgtem Glanze blendende Hof mehr und mehr mit dem Gedanken vertraut, ohne alle eigene Selbstbestimmung die Gesetze hinzunehmen, welche die Großmuth seiner Freunde oder Feinde ihm vorschreiben möchte.

Friedrich II erwiederte den Brief des Königs von Polen am 11 September. Er hatte so eben aus Wien die letzte Antwort, mit welcher alle Verhandlungen abgebrochen wurden, empfangen und wiederholte mit Bezug hierauf und auf die bösen Absichten des sächsischen Ministers die bestimmte Erklärung, daß er im Beginn eines von der Kaiserin Königin gegen ihn angestifteten Krieges erstens sich des Elbstroms versichern müsse, zweitens daß er keine Armee im Rücken lassen könne, welche nur den Augenblick erwarten würde um, wenn er mit seinen Feinden recht verwickelt wäre, etwas wider ihn zu unternehmen. Dem Könige und seiner Familie stehe der Weg durch das preußische Heer offen. Dieser Briefwechsel ward die nächsten Tage fortgesetzt. Am 14 September empfieng August III in seinem Lager den Generallieutenant von Winterfeld, welcher von König Friedrich den mündlichen Antrag eines Defensiv- und Offensivbündnisses überbrachte: Sachsen müsse Glück und Unglück Preußens in dem Kriege theilen. Diesen Vorschlag verwarf August III sofort und wiederholte seine Ablehnung in einem Schreiben vom 15 September unter Hinweisung auf sein Defensivbündniß mit der Kaiserin, welches ihn verpflichte derselben mit 6000 Mann zu Hilfe zu kommen, wenn in dem gegenwärtigen Falle der Angreifer nicht zweifelhaft wäre; deshalb werde davon nicht mehr die Rede sein[1]. Noch an demselben Tage ersuchte er den König von Preußen zu gestatten, daß er sich mit seinem Minister und Gefolge frei und ungehindert über Breslau nach Polen begeben könne. Friedrich erwiederte, er hoffe, der König werde geruhen erst die wegen der Armee angefangenen Unterhandlungen zum Schlusse zu bringen: dann sollten die verlangten Pässe unverzüglich aus-

[1] Den Bericht des Generals von Arnim, welcher das Schreiben überbrachte, über seine Unterredung mit König Friedrich s. Geheimnisse II 93 ff.

gefertigt und die Postpferde durch Schlesien bereit gestellt werden. Die Correspondenz der beiden Fürsten endete erst am 18 September mit einem Schreiben Friedrichs, in welchem dieser schließlich sein Bedauern aussprach, daß der König von Polen mit den Feinden Preußens Verbindungen eingegangen sei, welche ihn nach seinem eigenen Geständniß nöthigten das beste seiner Person und seiner Staaten hintanzusetzen. Wenige Tage darauf, am 21 September, ward an die in Polen stehenden vier sächsischen Reiterregimenter Befehl erlassen nach Böhmen zu marschieren und sich dort unter österreichisches Commando zu stellen.

Inzwischen hatten die preußischen Truppen die sächsischen immer enger eingeschlossen und deren Vorposten zurückgedrängt: diese hatten gemessenen Befehl von ihren Waffen keinen Gebrauch zu machen. Am 21 September wurden die ersten Schüsse gewechselt. Die sächsischen Generale hatten die Zeit versäumt sich mit der Armee durchzuschlagen und warteten jetzt im Lager bei Pirna ab, ob die Preußen sie angreifen oder die Österreicher sie erlösen würden. Die preußische Armee griff die Verschanzungen nicht an. König Friedrich hatte, nachdem er die ungemeine Festigkeit der sächsischen Stellungen in Augenschein genommen, den Beschluß gefaßt keinen Sturm zu unternehmen, sowohl um seine eigene Armee nicht einem starken Verluste auszusetzen als um die sächsischen Truppen zu schonen, auf deren künftige Dienste er zählte. Ihm war die Hauptsache „sich der „Leute Meister zu machen und so viel möglich ohne sonderlich „Blutvergießen". Deshalb ließ er es bei der Einschließung bewenden mit der sichern Aussicht, daß in kürzester Frist der Hunger zur Capitulation nöthigen werde. Es kam darauf an ob der kaiserliche Feldmarschall diesen Ausgang verhindern konnte.

Brown war von der Kaiserin ermächtigt worden, was die Umstände erlaubten zum Entsatze der Sachsen zu thun und trat zu dem Ende um Mitte September den Marsch nach der Eger zu an, wo er bei Budin lagerte. Dort empfieng er am 28 September die Vorschläge, welche Brühl ihm aus dem sächsischen Hauptquartier gesandt hatte. Sie beruhten auf der Voraussetzung, daß es unmöglich sei die preußische Hauptmacht auf dem linken

Elbufer zu durchbrechen: daher bleibe kein anderer Ausweg als daß die sächsische Armee unter den Kanonen des Königsteins auf das rechte Elbufer gehe. Um dort die Hand zu bieten, sollte Brown über Schandau den Sachsen entgegen kommen. Selbst mit dem Terrain nicht bekannt, verließ sich Brown auf die Einsicht der sächsischen Offiziere und versprach am 11 October mit einem hinlänglichen Corps zur Stelle zu sein. Sein Plan gieng dahin mit seiner Hauptmacht auf dem linken Elbufer nach Lobositz und von da weiter auf die Anhöhen bei Außig dem preußischen Observationscorps entgegen zu marschieren um sein Unternehmen desto mehr zu verdecken: alsdann die Hauptarmee zu verlassen um sich zu dem Corps zurückzubegeben, welches den Sachsen Hilfe bringen sollte, mit diesem persönlich bei Leitmeritz über die Elbe zu gehen und es nach Schandau zu zu führen.

Ganz so wie er gedacht konnte Brown seinen Plan nicht ins Werk setzen. König Friedrich war beunruhigt über die Bewegungen des kaiserlichen Heeres. Um die Straße nach Sachsen und die Elbe sicher zu beherrschen hatte er die unter Ferdinand von Braunschweig nach Böhmen entsandten Truppen allmählich verstärkt und den Feldmarschall Keith an ihre Spitze gestellt: am 28 September begab er sich selbst zu diesem Observationscorps. Die Aufstellung desselben in der Gegend von Außig schien ihm nicht vortheilhaft zu sein: um den Feind schärfer zu beobachten führte er es am 29 und 30 September durch das Mittelgebirge auf den Flecken Lobositz an der Elbe zu. Unterwegs erfuhr er daß Feldmarschall Brown eben dahin in Marsch sei. Das entschied zur Schlacht.

Die österreichische Armee, etwa 33000 Mann stark mit 94 Geschützen, lagerte am 30 October zwischen Lobositz und dem Dorfe Sulowitz, in der Fronte theilweise durch einen Bach und Gräben gedeckt, in der Mitte die Infanterie, auf beiden Flügeln, namentlich auf dem linken die Cavallerie. Die Abhänge der gegenüberliegenden Höhen, an denen sich Weinbergsmauern hinzogen, waren von den leichten Truppen besetzt. Einige Stunden später war die preußische Armee, welche 24000 Mann zählte,

zur Stelle und besetzte die Höhen, welche die Ebene von Lobositz beherrschen, den zur Elbe abfallenden Loboschberg und den Radostitzer oder Homolkaberg sowie das zwischen ihnen liegende Defilee. Um die Abhänge der Höhen entspann sich schon am frühen Morgen des 1 October das Vorpostengefecht und wurde vorzüglich am Loboschberge, wo der Oberstlieutenant Laudon befehligte, lebhaft unterhalten.

Um sieben Uhr morgens, als der dichte Nebel sich etwas lichtete, begann die Schlacht. Die preußischen schweren Geschütze, welche in zwei Brigaden den beiden Flügeln zugetheilt waren, hatte Oberstlieutenant Karl Friedrich von Moller am Loboschund Homolkaberge aufs vortheilhafteste postiert. Unter ihrem raschen Feuer drangen die Regimenter aus der Enge hervor und von den Höhen herab. Den linken Flügel befehligte der Herzog von Bevern, den rechten am Homolkaberge der König. Als ihm die Österreicher durch das preußische Geschützfeuer erschüttert schienen, ließ König Friedrich die Reiterei, welche bisher zwischen den Höhen hinter der Infanterie gehalten hatte, vorgehen und von ein paar Regimentern einen Angriff machen. Diese warfen in scharfem Anprall die ihnen gegenüberstehende Reiterei auseinander und drangen vor, bis sie in das Feuer der österreichischen Infanterie geriethen und zugleich in der Flanke angegriffen wurden. Sie wichen, aber erneuerten bald ihren Angriff, diesmal von allen übrigen Schwadronen unterstützt, ohne Befehl und nicht mit dem Willen des Königs. Dieser zweite Angriff führte die preußische Reiterei bis in die Niederungen von Sulowitz. In dem durchschnittenen Terrain brach sich ihre Kraft: die österreichischen Regimenter hielten standhaft aus; von vorn und von den Seiten beschossen, zugleich von feindlicher Cavallerie in der Flanke gefaßt, wurde die preußische Reiterei mit Verlust geworfen und zog sich nach der Anordnung des Königs hinter die Infanterie, während das erneute Feuer der preußischen Geschütze die Österreicher am offensiven Vorgehen bei Sulowitz hinderte. Jetzt beschloß Brown den Versuch zu machen von Lobositz her den preußischen linken Flügel von dem Loboschberge zu verdrängen. Lascy leitete diesen kühnen Sturm, aber die preußischen Grenadiere, welche

ihre Patronen verschossen hatten, giengen mit gefälltem Bajonnet den angreifenden Truppen entgegen und trieben sie die Anhöhe hinab. Von neuem gieng die preußische Artillerie vor und schoß Lobositz in Brand, wo sich das österreichische Fußvolk zusammendrängte. Der preußische linke Flügel, aus der Mitte verstärkt, verfolgte den errungenen Vortheil und nahm den brennenden Ort.

Damit war nach siebenstündigem Gefechte das Treffen für die Preußen entschieden. Aber auch die Österreicher hatten den ersten Waffengang in diesem Kriege mit Ehren bestanden. Unverfolgt giengen sie in ihre früheren Stellungen zurück. Ihr Verlust an Mannschaft war geringer als der Verlust der Preußen. „Ich „glaube daß nicht bald so hartnäckig als diesmal gestritten wor„den", schrieb Brown nach der Schlacht, und König Friedrich erklärte in einem Schreiben an Schwerin: „seit ich die Ehre „habe die Truppen zu befehligen, habe ich keine solchen Wunder „der Tapferkeit gesehen." Aber er mußte bekennen daß er nicht mehr die alten Österreicher vor sich habe.

Nach der Schlacht bei Lobositz konnte Feldmarschall Brown nicht daran denken, auf dem linken Elbufer so weit als er gewollt hatte vorzudringen, vielmehr zog er sich am folgenden Tage wieder über die Eger zurück. Aber seine Hauptabsicht verfolgte er unverdrossen, da König Friedrich mit seinem schwächeren Corps bei Lobositz stehen blieb. Am 6 October übergab Brown den Oberbefehl über die Hauptarmee bei Budin dem General Grafen Lucchesi und gieng selbst mit 8—9000 Mann ein paar Meilen oberhalb Leitmeritz bei Raudnitz über die Elbe um der mit den sächsischen Oberbefehlshabern getroffenen Abrede zu entsprechen. Von Raudnitz zog er über Grabern Kamnitz Rumburg Schluckenau Nixdorf Lichtenhain nach Schandau: dorthin wollten die Sachsen ihm entgegen kommen. Es war die felsigste und unwegsamste Gegend, welche für diese Operationen ausersehen war, allerdings gerade darum von den Preußen weniger stark besetzt. Brown hielt auf den Tag Wort. Vom 11 bis 14 October stand er mit seinen Truppen von Lichtenhain bis Altendorf unweit Schandau den Preußen gegenüber und wartete auf den Anmarsch der sächsischen Armee.

Aber die Sachsen kamen nicht. Ihre Anstalten waren so mangelhaft und unzweckmäßig, daß sie nicht früher als in der Nacht vom 12 zum 13 October über die Elbe gehen konnten. Die Mannschaften hatten vor dem Übergange ihr letztes Brod gegessen: nun standen sie bei Regen Sturm und Kälte am Fuße des Liliensteins auf ungangbarem Terrain, das keine Möglichkeit des Entkommens durch die immer stärker sich scharenden Preußen darbot, welche auch das verlassene sächsische Lager ohne Verzug besetzten. Von Brown gieng eine Meldung ein daß er, da die Preußen auf seiner Seite sich stets verstärkten, am 14 October seinen Rückmarsch antreten werde. Damit schwand die Hoffnung auf österreichische Hilfe. Jetzt suchten die sächsischen Generale am Morgen des 14 Octobers um eine Waffenruhe nach, welche die Preußen bewilligten und sofort für die Verpflegung der hungernden Truppen Sorge trugen. August III, der sich mit Brühl auf den Königstein begeben hatte, ertheilte auf die Vorstellungen seiner Generale noch an demselben Tage Rutowski die Vollmacht zur Capitulation und diese ward am 16 October abgeschlossen unter den Bedingungen wie sie Friedrich II, der am 13 October aus Böhmen wieder eingetroffen war, genehmigte. Die sächsische Armee, nach einem Rapporte vom 11 October 18558 Mann, nach preußischen Berichten 16—17000 Mann, gab sich gefangen; die Offiziere verpflichteten sich bis zum Frieden nicht gegen Preußen zu dienen. Pauken, Standarten und Fahnen wurden nach dem Königstein gebracht. Für diese Festung wurde am 18 October eine Neutralitätsconvention abgeschlossen, nach welcher während des ganzen Krieges die Elbe für die preußischen Transporte frei blieb und die Festung für die Bedürfnisse der Besatzung ungehinderte Communication behielt. Die kriegsgefangene Armee zwang Friedrich II in seine Dienste zu treten und forderte von ihr den Eid der Treue, unter Gewaltmaßregeln, denen die dem angestammten Fürstenhause treu ergebenen Truppen aufs äußerste widerstrebten und die dem preußischen Heere keine wahrhafte Verstärkung gewährten. Wer konnte verließ bei erster Gelegenheit die preußischen Reihen, ganze Bataillone marschierten im nächsten Frühjahre nach Polen ab. Von den Offizieren, denen

zwischen Kriegsgefangenschaft oder Entlassung aus sächsischem und Übertritt in preußischen Dienst die Wahl gelassen ward, wählten dreiundfünfzig den letzteren, fünfhundertundachtundsechzig zogen die erstere vor. König August III trat am 20 October mit den Prinzen Xaver und Karl, mit Brühl und einem Hofgesinde von mehreren hundert Köpfen die Reise nach Warschau an: die übrige königliche Familie verblieb in Dresden, namentlich die Königin und der Kurprinz Friedrich Christian und seine Gemahlin Marie Antonie von Baiern.

So hatte Friedrich der große binnen sieben Wochen Sachsen in seine Gewalt gebracht: immerhin ein bedeutender Erfolg, die Grundlage für die Kriegsunternehmungen des nächsten Feldzugs. Aber während das preußische Heer durch die Ausdauer der sächsischen Truppen länger als einen Monat festgehalten wurde, verstrich die Jahreszeit für einen böhmischen Feldzug, welcher bei der mangelhaften Ausrüstung der Österreicher den größten Erfolg erwarten ließ. Da ungewöhnlich früh rauhe Witterung eintrat räumten die preußischen Truppen vor Ende October, sowohl von der Hauptarmee als der von Schwerin befehligten — denn auch diese war gegen das österreichische Corps unter Piccolomini über Nachod bis in die Nähe von Königgrätz vorgedrungen — ihre Stellungen in Böhmen und bezogen die Winterquartiere in Sachsen, der Lausitz und Schlesien. Dresden war König Friedrichs Hauptquartier und das ganze Land stand mit Steuern und Leistungen aller Art ihm zu Gebote. Von vorn herein waren die kurfürstlichen Cassen mit Beschlag belegt: die Kammer- und Landeseinkünfte mußten an das preußische Felddirectorium abgeliefert werden und außerordentliche Kriegssteuern und Lieferungen wurden ausgeschrieben. Die königliche Familie ward mit Artigkeit behandelt und die zu ihrer Hofhaltung nothwendigen Gelder wurden ausgezahlt, dagegen ward der üppige Hofstaat, der an dem Mark des Landes gezehrt hatte, aufgelöst und die Gehalte der Beamten auf das nothdürftigste herabgesetzt. Das mußte der Drang der Umstände entschuldigen und die Preußen hielten wenigstens strenge Ordnung und Kriegszucht. Nur Brühls Palast und Gärten erlitten Verwüstungen, welche als ein Act persönlicher Rache des

Königs gegen den Minister allgemeine Misbilligung hervorriefen. Zur Rechtfertigung des Verfahrens gegen Sachsen ward Mitte Octobers die „gegründete Anzeige des unrechtmäßigen Betragens und der gefährlichen Anschläge und Absichten des wienerischen und sächsischen Hofes" veröffentlicht, welche Hertzberg auf Grund der Originalbriefschaften des sächsischen Hofes abfaßte. Diese geheimen Papiere, deren Copien König Friedrich meistens schon vorher in Händen hatte, waren am 10 September durch den Commandanten von Dresden General von Wylich in den Gemächern der Königin, welche sie persönlich zu vertheidigen suchte, in Beschlag genommen worden: und sie lieferten von der feindseligen Gesinnung des sächsischen Cabinets, welches nur die günstige Gelegenheit hatte abwarten wollen um gegen Preußen loszubrechen, den handgreiflichen Beweis[1]. Je mehr die Gefahr wuchs, der Preußen im nächsten Jahre zu begegnen hatte, um so mehr Gewicht legte König Friedrich darauf die öffentliche Meinung über die Pläne seiner Feinde aufzuklären.

Die russische Regierung hatte unverzüglich nach Beginn des Kriegs den Willen verkündet ihren Alliirten nachdrücklich gegen Preußen beizustehen: das gleiche that Frankreich. Es war vorauszusehen daß der Einmarsch der preußischen Armee am französischen Hofe große Sensation machen werde, da seit Entwickelung der österreichischen Allianz die früher wenig beachtete sächsische Verwandtschaft mit immer günstigeren Augen angesehen ward. Überdies trat mit Eröffnung des Kriegs zwischen Preußen und Österreich die durch den Vertrag von Versailles eingegangene Verpflichtung der Hilfe mit Truppen oder mit Geld in Kraft.

Die erste Nachricht von dem Einfall der Preußen in Sachsen überbrachte dem französischen Hofe am 6 September ein Courier des Gesandten in Dresden Grafen Charles de Broglie, mit Briefen des Königs und der Königin an die Dauphine voll dringender Bitten um Hilfe. Die Dauphine warf sich ihrem

---

[1] Mémoire raisonné sur la conduite des Cours de Vienne et de Saxe. Berlin 1756 in Hertzbergs Recueil I 1—64. Vgl. Sybels hist. Zeitschr. XV 119 ff.

Schwiegervater zu Füßen und flehte ihn an ihre Eltern in ihrer Bedrängniß nicht zu verlassen. Ludwig XV richtete sie auf und versprach nichts zu versäumen um ihre Thränen zu trocknen und den König von Polen zu rächen. Der ganze Hof legte die größte Theilnahme an ihrem Schmerze an den Tag. Starhemberg empfieng die Versicherung, daß Frankreich seiner Verpflichtung gewissenhaft nachkommen werde, und ein Rundschreiben Rouillés vom 10 September setzte die französischen Gesandten in Kenntniß, daß der König entschlossen sei der Kaiserin die Unterstützung zu gewähren, welche er ihr schuldig sei, und nicht minder seine übrigen Alliirten zu vertheidigen: die durch Subsidienverträge gebundenen deutschen Fürsten wurden angewiesen ihre Truppen so schleunig als möglich bereitzustellen. Um die militärischen Maßregeln zu berathen wurde ein Comité niedergesetzt, dem außer d'Argenson dem Kriegsminister Belleisle und Paulmy angehörten, und es wurde beschlossen bei Metz ein Observationscorps in der durch den Vertrag von Versailles bestimmten Stärke von 24000 Mann aufzustellen. Es wurden dazu Regimenter aus der Normandie beordert, doch hieß es vorläufig daß darum nicht minder Verstärkungen nach Amerika abgehen sollten. Von anderer Seite jedoch, namentlich durch den Herzog von Richelieu, ward das Project einer Invasion Westfalens und Hannovers eifrig betrieben. Es war von vorn herein so gut wie beschlossene Sache den Continentalkrieg in großem Maßstabe zu unternehmen. Indessen lehrte die von Knyphausen eingesandte und von König Friedrich aufs dankbarste entgegengenommene Übersicht der gegenwärtigen Vertheilung der französischen Truppen, daß eine Operation derselben vor dem nächsten Frühjahr nicht möglich sei[1].

Bald ließ die erste Aufregung am französischen Hofe nach. Mit Befriedigung ersah man aus der Correspondenz Friedrichs mit August III daß Preußen keine Ansprüche auf das Kurfürstenthum Sachsen erhebe und daß der Person des Königs von Polen

---

[1] 1756 Sept. 10. 12. Knyphausen an den König. Beil. II 50. 51. Das Rundschreiben von Rouillé s. Stuhr Forsch. I 339 ff. Über die Meinungen am französischen Hofe vgl. Luynes XV 225. 229 f.

und seiner Familie jede Rücksicht gezollt werden solle. Anfangs hatte man auf König Friedrichs Erklärungen, daß er die Waffen nicht zum Angriffskriege erhebe, sondern daß er in Nothwehr begriffen sei und seinen Feinden zuvorkommen müsse, kaum geachtet und Rouillé hatte gegen den sächsischen Gesandten den Krieg von Preußen gegen Österreich mit dem Kriege des thönernen Topfes gegen den eisernen verglichen. Allmählich fand man jedoch, daß die Auszüge aus den sächsischen Depeschen, welche Knyphausen dem Minister Rouillé vorlas und von welchen dieser sich eine Copie erbat (die Originale wurden bald darauf in Berlin Valori vorgelegt), das zwischen dem sächsischen Hof und Preußen obwaltende Verhältniß in ein ganz anderes Licht setzten; es ward beschlossen vorläufig den französischen Gesandten nicht von Berlin abzurufen[1]. Dazu kam daß man mit dem österreichischen Hofe noch nicht einig war. Starhemberg nahm im Namen der Kaiserin auf Grund des Vertrags von Versailles das Hilfscorps von 24000 Mann in Anspruch und verlangte, es solle sich mit der österreichischen Armee vereinigen: die französischen Militärs dagegen erklärten, es sei Frankreich nicht würdig Subsidiartruppen nach Böhmen unter österreichischen Befehl zu schicken, und bestanden darauf, die königlichen Truppen müßten für sich operieren. Um diesem Grundsatze entsprechend einen Kriegsplan zu vereinbaren und den Zwiespalt der Meinungen auszugleichen ward der Generallieutenant Duc d'Estrées nach Wien abgeordnet[2]. Die französische Regierung begann sich zu überzeugen wie lästige Verpflichtungen die österreichische Allianz auferlege, jedoch der Eifer Ludwigs XV für dieselbe ließ nicht nach und die Pompadour mit den Höflingen so wie die Dauphine hielten ihn im Zuge. Vor allem bemühten sie sich den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Preußen zu bewirken. Und dies gelang[3].

---

[1] 1756 Sept. 17. Knyphausen an den König. Rouillés Wort „c'est la guerre du pot de terre contre le pot de fer" s. Geheimn. d. sächs. Cab. I 60.

[2] Sept. 20. Knyphausens Bericht. Über die von d'Estrées geführten Verhandlungen s. u. Cap. 2.

[3] Das folgende nach den: Acta betreffend die zwischen S. K. M. und der Krone Frankreichs wegen des franz. Ambassadeurs am sächsischen Hofe des C.

Der französische Gesandte am sächsischen Hofe Graf Broglie war in Dresden geblieben und zeigte sich sehr geschäftig einen Verkehr mit dem sächsischen Lager und mit den Österreichern zu unterhalten, den König Friedrich allen Grund hatte nicht zu dulden. Am 14 September ward ein nach Prag abgesandter Courier angehalten und seine Briefschaften Broglie unberührt zurückgestellt. Dem Gesandten selbst ward erklärt, eins oder das andere stehe ihm frei, entweder im Lager bei dem Könige von Polen oder in Dresden bei der königlichen Familie zu verweilen; aber ein Zwischenverkehr könne nicht gestattet werden. Broglie berichtete darüber an seine Regierung und setzte die geheime Correspondenz mit Wien und dem sächsischen Lager fort[1]. Auf Broglie's Bericht erhob die französische Regierung bei der preußischen Beschwerde und erließ an den Gesandten den ausdrücklichen Befehl, August III ein königliches Schreiben persönlich zu überbringen. Wahrscheinlich enthielt dieses außer anderen Zusicherungen und der Aufforderung seine Stellung zu behaupten das Versprechen, daß Ludwig XV bereit sei der Geldverlegenheit des sächsischen Hofes abzuhelfen. Als erste Zahlung für den König von Polen waren am 11 September 300000 Livres an den Gesandten nach Dresden abgesandt worden[2].

Um die Befehle seines Königs auszuführen forderte Broglie abermals Pässe zum sächsischen Lager, und als diese ihm verweigert wurden, machte er sich am 6 October mit eigenem Wagen und Pferden und berittener Dienerschaft auf und versuchte mit Gewalt durch die preußischen Posten zu fahren. So kam er bis zum Dorfe Heidenau in der Nähe von Pirna. Hier wurde er von dem wachthabenden Offizier angehalten und empfieng von dem Markgrafen Karl von Brandenburg, der während der König

de Broglie entstandenen Brouillerie. Pr. St. A. Vgl. Aster a. a. O. S. 309. 335 f. 342. Mitchell Pap. I 215 f. Mém. de Valori II 180 ff. 349—359.

[1] Die von Broglie seit Mitte September bis zum 6 October mit Brühl und General Dyherrn geführte Correspondenz ist in Übersetzung mitgetheilt i. d. Geheimn. d. sächs. Cabinets II 106—109. 126 f. 130. 146—148. 162—169. 189 f.

[2] Aus dem Registre des dépenses secrètes de la cour in Meiners u. Spittler, n. Götting. hist. Mag. 1794 III 328.

in Böhmen war die Armee commandierte, persönlich den Bescheid daß niemand gestattet werden könne das Lager zu passieren, daß er aber neue Befehle des Königs einholen wolle. Broglie drohte, schalt und nahm mit der Erklärung, er gehe nicht vom Platze auch wenn er acht Tage liegen bleiben sollte, Quartier in dem Dorfe, wo ihm eine Wache zum Schutze gegen Marodeurs gegeben wurde. Am folgenden Tage ließ er wieder anspannen und wurde ebenso wie das erste Mal angehalten: am 8 October nachmittags fuhr er nach Dresden zurück. König Friedrich gab an diesem Tag die Weisung „der Franzose muß mit Höflichkeit ge„schoren werden, aber nicht hereingelassen," und wies Podewils an über Broglies „ganz unanständiges" Benehmen gegen Valori sich zu beschweren; auch Knyphausen erhielt Auftrag „billige Remedur" zu fordern. Nach erfolgter Capitulation der sächsischen Armee am 16 October ward Broglie eröffnet, daß es jetzt nur von ihm abhange zum Könige von Polen zu reisen, dagegen Couriere nach Prag und der Orten zu schicken könne nicht gestattet werden.

Diese Vorgänge gaben den Ausschlag. Broglies Bericht über die ihm widerfahrene Behandlung ward Ludwig XV vorgelesen; die Dauphine, welche durch die letzten Briefe ihrer Mutter aufs heftigste aufgeregt war[1] und demnächst eine Fehlgeburt that, erneuerte ihre Bitten; dazu nahm die Pompadour mit Bernis und ihrem ganzen Anhange die Gelegenheit wahr, durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und die Entfernung des preußischen Gesandten eine Scheidewand zwischen Frankreich und Preußen aufzurichten. In Folge dessen setzte Rouillé am 20 October Knyphausen in Kenntniß daß an den königlichen Gesandten zu Berlin der Befehl ergangen sei, da der König von Preußen in Betreff des Grafen Broglie die heiligsten Satzungen des Völkerrechts verletzt habe, seinen Posten zu verlassen[2].

---

[1] S. einen dieser Briefe (o. D.) Luynes XV 237 f.; ein früheres Schreiben, Dresden d. 6 Sept. S. 231 f. Vgl. Luynes' Aufzeichnungen vom 27 u. 28 Oct. S. 251 ff.

[2] 1756 Oct. 21. Fontainebleau. Oct. 25 Paris. Knyphausens Berichte. Beil. II 57. Rouillés Ordre an Valori v. 19 Oct. s. Mém. de Valori II 210 ff.

König Friedrich hatte auch diesen Schritt vorausgesehen: schon am 28 October schrieb er Knyphausen, da der französische Hof in Leidenschaft ganz blind sei, werde er sich keine Rücksicht mehr auferlegen, ohne jedoch aus Furcht vor französischen Drohungen zu sterben. Am 30 October nach Eingang von Knyphausens Bericht sandte er seinem Gesandten den Befehl Frankreich zu verlassen[1]. Knyphausen hatte in den letzten Wochen, während seine amtliche Thätigkeit beendigt war, noch Gelegenheit die Bestürzung wahrzunehmen, welche die Capitulation der sächsischen Armee hervorbrachte, auf deren Entsatz durch die Österreicher der französische Hof mit Zuversicht gerechnet hatte. Es änderte wenig, wenn Starhemberg von Verrätherei der Sachsen sprach, Äußerungen, wie sie damals auch zu Wien und im österreichischen Lager umliefen, begünstigt durch Brühls Bestreben sich zu entschuldigen und die Generale zu verdächtigen[2]. Auch die preußische Denkschrift mit den Actenstücken, von der Knyphausen Exemplare vertheilte, machten auf mehrere Mitglieder des Conseils eine für Preußen so günstige Wirkung, daß sie laut und offen das Verfahren des österreichischen und sächsischen Hofes tadelten. Um die Schrift noch mehr zu verbreiten veranstaltete der Gesandte einen Abdruck in Paris. Schon ward lebhaft erörtert, daß die Allianz mit Österreich Frankreich nur Opfer auferlege und gar keinen Vortheil gewähre: denn der Krieg, welchen Frankreich mit England führe, sei von der Hilfleistung Österreichs ausgenommen; zu Gunsten Frankreichs sei keine Ausnahme gemacht. Die nach Deutschland bestimmten Truppen sah man als Schlachtopfer an, welche man dem Idol des habsburgischen Hauses preisgebe: Preußens Niederlage sei gegen das Interesse Frankreichs. „Trotz aller Geschicklichkeit," schreibt Knyphausen am 5 November, „welche der österreichische Hof angewandt hat um die Augen der „französischen Regierung und der Nation zu verblenden, beginnt „die Binde zu fallen und es gibt fast niemand, der nicht die

---

[1] S. Beil. II 58. 59.

[2] Geheimn. d. sächs. Cabinets II 281 ff. 371. Aster a. a. O. Beil. Nr. 18 S. 37 ff.

„Unzuträglichkeit des Vertrags von Versailles anerkennt und mit „der größten Verachtung davon spricht. Aber die starrsinnige „Vorliebe des Königs für die neuen Verbindungen und die per„sönliche Erbitterung, welche er gegen E. M. gefaßt hat, werden „schwer zu überwinden sein[1]."

Valori empfieng den Befehl zur Abreise am 30 October. In den nächsten Tagen hatte er noch mit Podewils eine Unterredung, in welcher er den Minister ersuchte, den König seiner ehrfurchtsvollsten persönlichen Anhänglichkeit zu versichern und den aus so leichtfertigen Gründen und so übereilt gefaßten Beschluß seines Hofes beklagte. König Friedrich bewahrte diesem würdigen Manne, der schon bei seinem Vater als Gesandter beglaubigt die ersten zehn Jahre seiner Regierung ihm zur Seite gestanden und ihm wichtige Dienste geleistet hatte, ein dankbares Andenken und gab ihm, als er 1774 im zweiundachtzigsten Lebensjahre starb, in dem Beileidschreiben an seinen Enkel das ehrende Zeugniß: „Männer seines Gepräges sind in diesem Jahrhundert selten gewesen[2]."

An Broglie sandte Friedrich die Weisung dem Könige von Polen zu folgen, wie er so oft begehrt, und um dem unstatthaften Verkehr, den er zwischen Dresden und der österreichischen Armee unterhalten habe, ein Ende zu machen sein ganzes Personal mitzunehmen. Demzufolge nahm Broglie am 16 November seine Pässe um über Prag nach Polen zu reisen, hinterließ aber noch einen Secretär als bei der Königin von Polen beglaubigt. Auch dieser erhielt Ende November von dem Könige von Preußen die Weisung Dresden zu verlassen. Knyphausen reiste am 16 November von Paris ab und ward alsbald nach seiner am 3 December erfolgten Ankunft von Berlin nach Dresden zum Könige beschieden. Als Beweis der Anerkennung für seine ausgezeichneten Dienste befahl der König ihm bis Ende Februar seinen bisherigen Gehalt auszuzahlen, alsdann ein Wartegeld

---

[1] 1756 Oct. 8. 29. Nov. 5. 8. Knyphausens Berichte. Beil. II 55. 60. Vgl. Luynes XV 247. 340. 341 f.

[2] Mém. du Marquis de Valori II 224.

von monatlich hundert Thalern[1]. In Jahresfrist sollte ihm von neuem eine Mission von höchster Wichtigkeit am englischen Hofe übertragen werden.

Drittes Capitel.

Rathlosigkeit der englischen Regierung. Newcastle's Rücktritt. Pitt's erstes Ministerium.

Als Friedrich der große den Entschluß faßte den Knoten zu zerhauen und sich Sachsens bemächtigte, verharrte die ihm verbündete englische Regierung in vollständiger Rathlosigkeit: jetzt als Frankreich offen mit Preußen brach und sich zum Continentalkriege anschickte, löste das Ministerium Newcastle sich auf, unfähig länger dem wachsenden Unwillen der Nation die Stirn zu bieten. König Friedrich hatte den englischen Gesandten Mitchell und durch ihn das Ministerium fortwährend in genauer Kenntniß vom Stande der Sache erhalten und Rathschläge ertheilt, wie der wachsenden Gefahr zu begegnen sei. Das ward mit Dank und leeren Versicherungen der besten Absichten erwiedert, aber zu Entschlüssen und Thaten kam es nicht. Noch trug man sich mit der Furcht vor einer Landung der Franzosen in England und versäumte darüber die Gelegenheit ihnen auf dem Continent Widerstand entgegenzusetzen. Unentschlossen und unthätig wie es selbst war suchte das englische Ministerium auch Friedrich II zu bestimmen die Waffen nicht zu erheben, sondern abzuwarten daß der russische Hof sich eines besseren besinne. Man gab zu, daß der preußische König in seinem Rechte sei, wenn er seinen Feinden zuvorkomme, aber bat ihn seine Operationen noch anstehn zu lassen und, wenn er dies nicht zu thun vermöge, zu erklären, wie viel Truppen er für Hannover verwenden wolle. Denn ein feindlicher Handstreich gegen das Kurfürstenthum könne

[1] Kön. Handschreiben. Dresden d. 20 Dec. 1756.

den König von England zu Schritten zwingen, welche für den englisch-französischen Krieg verderblich wären und das Ministerium in eine schreckliche Verlegenheit gegenüber dem Parlamente und der Nation brächten: ja es könne nicht ausbleiben daß Großbritannien gezwungen werde sich von Frankreich Gesetze vorschreiben zu lassen. Wenigstens für den Winter, wo doch auch im schlimmsten Falle kein Angriff der Russen zu befürchten sei, möge er Hilfstruppen für Hannover stellen[1].

Auf diese Vorstellungen erklärte Friedrich II, er sei selber außer Stande seine rheinisch-westfälischen Provinzen zu decken, wolle aber dennoch für den Fall, daß die Franzosen an den Rhein marschieren sollten, dem Könige Georg II die in Pommern stehenden 11000 Mann zur Verfügung halten, welche über Tangermünde und das Cellische binnen zwanzig Tagen bei Hannover eintreffen könnten, während die Franzosen von der Normandie bis zur Weser vierzig Tagemärsche hätten. Brot, Fleisch und Futter sollte von Hannover den Truppen geliefert werden. Im Februar werde er aber diese Truppen nach Preußen abrufen müssen, es sei denn daß gegen alle Erwartung die Kaiserin von Rußland neutral bleibe. In diesem Falle stellte er bald darauf noch 20000 Mann seiner Truppen für Hannover zur Verfügung[2].

Auf die Generalstaaten suchte Friedrich durch seinen Gesandten im Interesse Englands einzuwirken, ließ aber nicht ab die englische Regierung zu ermahnen, daß sie nicht durch veraltete Forderungen in Betreff der neutralen Schiffahrt die Holländer aufbringen möge. Insbesondere bildete die sehr weit getriebene Ausdehnung des Titels der zu confiscierenden Marinebedürfnisse einen Streitpunkt. Preußen selbst hatte Klage zu führen: ein Königsberger Schiff war angehalten worden und König Friedrich bestand auf Genugthuung und Entschädigung für den Eigenthümer; überhaupt möge die englische Regierung genau bestimmen was für Waaren England als Contrebande behandeln wolle. Zugleich er-

[1] 1756 Aug. 6. 10. Michell's Berichte. Vgl. Holdernesse's Schreiben an Mitchell. Raumer II 375–377.

[2] Aug. 19. Berlin. Friedrich II an Mitchell. Raumer II 386 f. Sept. 7. Ministerielle Instruction für Michell.

innerte er daran daß der verheißene Handelsvertrag, für den ein preußischer Entwurf längst vorgelegt sei, in England ganz in Vergessenheit gerathen zu sein scheine[1].

Die Meldung daß Friedrich der große nach Sachsen marschiere erhielt der preußische Gesandte Michell durch ein königliches Immediatschreiben am Sonnabend den 4 September und machte sofort dem Minister Holdernesse Mittheilung. Am folgenden Tage empfieng er zu Kensington von König Georg II die Wünsche des besten Erfolgs der preußischen Waffen. Der Eindruck dieser Nachricht auf die englische Nation war ein günstiger: ihrer Kraft bewußt in dem dumpfen Drucke, der auf den Gemüthern lastete, fühlte sie sich gehoben durch die entschlossene That des verbündeten protestantischen Fürsten. Holdernesse beeiferte sich zu erklären, daß England ihn so viel wie möglich unterstützen werde: in diesem Sinne sollten an den sächsischen und österreichischen Hof Erklärungen erlassen werden. Die Verwendung des Gesandten in Dresden für August III, von der übrigens Friedrich II erklärte, daß sie ihm in keiner Weise unangenehm gewesen sei, ward von dem englischen Ministerium gerügt. Mitchell hatte schon am 12 August die Ermächtigung verlangt den König ins Feld zu begleiten. Diese ward am 8 September ertheilt und Friedrich nahm Mitchell mit offenen Armen auf[2]. Damit unterzog sich dieser wackere Mann nach freier Wahl einem Leben voll Beschwerden und Gefahren, einzig erfüllt von dem Verlangen seinem Vaterlande an entscheidender Stelle zu dienen.

Die englische Regierung beschäftigte sich nunmehr ernstlicher mit dem Gedanken gegen die Franzosen eine Armee in Westfalen aufzustellen und die hannöverschen und hessischen Truppen nach Deutschland zurückzusenden. Aber während man auf Maßregeln gegen künftige Gefahren dachte, traten überall die schlimmen Wirkungen der bisherigen Versäumnisse hervor.

---

[1] 1756 Aug. 17. Friedrich II an Mitchell. Mitchell P. I 201. Sept. 7. Ministerielle Instruction für Michell.

[2] Sept. 7. 10. 17. Michell's Berichte. Mitchell Pap. I 194. 203—206.

Im Mittelmeere hatten die Engländer seit dem Verluste von Minorca keine Position mehr. Die Franzosen fürchteten, sie möchten sich der Insel Corsica bemächtigen, auf der sie leicht mit den Aufständischen Verbindungen anknüpfen konnten, und drängten deshalb die Republik Genua, welche seit dem 1 April 1755 bereits 1,200000 Livres jährliche Subsidien von Frankreich bezog, in die Besetzung der Insel mit französischen Truppen zu willigen. Die Genuesen hatten erst vor zwei Jahren mit vieler Mühe den Abzug der königlichen Truppen erlangt, welche während des vorigen Kriegs hinübergesandt waren, und fürchteten mit gutem Grunde daß die Franzosen auf Corsica bleibenden Fuß fassen möchten. Daher sträubten sie sich nach Kräften gegen das neue Ansinnen; die Verhandlungen zogen sich ein paar Monate hin. Knyphausen meldete diesen Stand der Dinge bereits am 2 Juli und die preußische Regierung setzte sofort die englische in Kenntniß, aber die erste wie alle folgenden Mahnungen blieben ohne alle Wirkung. Admiral Hawke erschien Ende Juli mit zweiunddreißig Segeln vor Port Mahon und nahm auf seiner Fahrt französische Kauffahrer weg, während de la Galissonnière im Hafen von Toulon lag und seine Schiffe ausbesserte: aber er segelte nach Gibraltar zurück. Nach Corsica zu fahren hatte Hawke keinen Befehl und erhielt ihn auch später nicht. Noch am 5 August schrieb Knyphausen, „jedermann, der an dem Erfolge der britischen Waffen Antheil nimmt ist höchst erstaunt „daß die englische Regierung aus dem Widerstande, auf den die „französischen Forderungen bei der Republik stoßen, nicht den „Vortheil zieht sich der Insel zu bemächtigen statt das Ende „dieses Plaidoyers mit dem Phlegma abzuwarten, welches sie „bisher gezeigt hat." König Friedrich schrieb an den Rand der Depesche: „das englische Ministerium ist überall feige." Auch jetzt blieb seine Warnung ungehört. So bequemten sich denn die Genuesen am 14 August zu Compiègne einen Vertrag zu unterzeichnen, demgemäß der König von Frankreich für die Dauer des Krieges sechs Bataillone seiner Truppen nach Corsica schicken sollte, denen St. Florent, Calvi und Ajaccio eingeräumt wurden. Die Republik machte sich anheischig zur Besatzung der Insel ein

Regiment Schweizer anzuwerben und empfieng zu den früher stipulierten Subsidien noch 600000 Livres im ersten Jahre, in den folgenden je 300000. Im Falle die Neutralität, welche die Republik bewahren wollte, angetastet würde, sollten weitere Hilfstruppen von Frankreich gestellt und die jährlichen Zahlungen um 600000 Livres erhöht werden.

Noch war es für die Engländer Zeit das versäumte einzubringen. Denn gerade jetzt war ein großer Mann, Pasquale Paoli, an die Spitze des corsischen Aufstandes getreten und machte im Innern der Insel der genuesischen Herrschaft bald ein Ende. Kaum behaupteten die Genuesen die Küstenplätze, während die Überfahrt der französischen Truppen sich noch Monate verzögerte. Die französische Regierung schwebte in größter Sorge, Hawke möchte die französische Flotte angreifen. Die Sorge war überflüssig. Einmal, zu Ende October, mußte sie vor Stürmen auf der Rhede von Antibes Schutz suchen: das zweite Mal gelang die Überfahrt[1]. Hawke fuhr mit seinem Geschwader zum Winterlager nach England. So ward diese italienische Insel in ihrem Freiheitskampfe von England verlassen und den Franzosen preisgegeben, wie die Zukunft lehrte nicht bloß für diesen Krieg, sondern zu bleibendem Erwerbe.

Nirgends ergriff England die Initiative: trotz der Erbärmlichkeit ihres Hofs legten die Franzosen dennoch mehr Regsamkeit und Thatkraft an den Tag. In Amerika gieng es schlimmer und schlimmer. Hatten im vorigen Jahre die Engländer im Ohiobecken eine Niederlage erlitten, so verloren sie jetzt die Position am Ontariosee, welche sie seit 1727 behauptet hatten; Fort Bull ward im April von den Franzosen genommen, am 13 und 14 August die Forts Ontario und Oswego. An diesem wichtigen Waffenplatze erbeuteten die Franzosen über hundert Geschütze, Schiffe und Kriegsvorräthe aller Art. Damit waren sie Herren des ganzen Gebietes der großen Seen, deren Abfluß der

---

[1] 1756 Juli 2. Aug. 5. 15. 20. Sept. 24. Nov. 12. Knyphausens Berichte. Mouvem. de l'armée du Roy I, 19 f. 329. Koch, table des traités II 17. Vgl. Mém. du Duc de Luynes XV 135. 191.

Lorenzstrom bildet. Mit der Eroberung von Oswego eröffnete der Marschall Marquis de Montcalm sein Obercommando in Canada. Unter einem Gouverneur von solchem Eifer für die Behauptung und Ausbreitung der französischen Colonien in Amerika, wie Vandreuil ihn besaß, und einem miltärischen Befehlshaber von der rastlosen Energie, welche Montcalm an den Tag legte, hofften die canadischen Franzosen die Engländer vollends zu verdrängen. Angesichts der von ihnen gewonnenen Erfolge traten die Indianer mehr und mehr auf französische Seite oder verpflichteten sich zur Neutralität. Die britischen Colonisten in Virginien wichen vor ihren Einfällen zurück: in den nördlichen Provinzen, namentlich in Pennsylvanien, sorgte die Miliz für die Landesvertheidigung, aber die englischen Minister und deren Werkzeuge mistrauten ihr und lähmten ihre Thätigkeit statt sie zu wecken und zu fördern. General Abercrombie und der neue Oberbefehlshaber Graf Loudoun trafen spät mit wenigen neuen Bataillonen und ohne volle Ausrüstung ein und thaten nichts gegen den Feind.

In Ostindien hatten die Engländer so wenig wie die Franzosen für den Krieg Vorbereitungen getroffen, doch war zum Glücke Englands ein bereits bewährter Mann, Robert Clive, seit kurzem zum Oberstlieutenant befördert, wieder nach der Präsidentschaft Madras zurückgekehrt. Er kam, ein Retter in der höchsten Noth, als der Stapelplatz des britischen Handels im Gangesgebiete verloren gieng. Am 20 Juli 1756 nahm der Nabob von Bengalen, Surajah Dowlah, Calcutta und das Fort William. Der Gouverneur und der commandierende Offizier begaben sich beim Anzuge der Gefahr auf die Flucht: einhundertundsechsundvierzig Engländer geriethen in Gefangenschaft und wurden in die schwarze Höhle eingesperrt, aus der nach einer Nacht voll Entsetzen und Qualen nur dreiundzwanzig noch lebend herausgezogen wurden. Diese Vorgänge erfüllten Madras und die anderen britischen Plätze mit Schrecken und Bestürzung, aber das nöthigste ward nicht versäumt. Man rüstete um den verlorenen Posten wiederzuerobern, und ehe die Kenntniß von dem Unglück das Mutterland erreichte, am 2 Januar 1757, hatten Clive und Admiral Watson Calcutta wiedergenommen.

Wohl hätte es für die Engländer verhängnißvoll werden können, wenn damals, ehe ihre Macht sich wieder befestigte, die Franzosen in hinreichender Stärke hätten gegen sie auftreten können. Der Plan dazu war vorhanden. Thomas Arthur Graf Lally-Tollendal, Abkömmling einer irischen Familie, welche den Stuarts in die Verbannung gefolgt war, hatte im österreichischen Erbfolgekriege sich hervorgethan und war zum Maréchal de Camp und Obersten eines irischen Regiments in französischen Diensten befördert worden. Kühn und abenteuerlustig, nicht gewarnt durch das Schicksal von la Bourdonnois und Dupleix, denen jüngst erst für ihre Dienste in Indien mit schnödem Undank gelohnt war, trug er sich mit Plänen die Briten aus Indien zu verdrängen und statt ihrer dort Frankreich mächtig zu machen. Im October 1756 machte er den Vorschlag, daß der König ihn mit fünf bis sechstausend Mann nach Pondichery absenden möge um den Engländern Madras zu entreißen. Der Vorschlag wurde gebilligt[1], aber über den Entwürfen des Continentalkriegs verspätet und verkümmert. Lally traf erst gegen Ende April 1758 in Pondichery ein, mit dem Titel eines Generalgouverneurs und Generallieutenants, aber bloß mit 1200 Mann Soldaten. Damals waren die Engländer längst in der Verfassung ihm zu begegnen.

Die Unglückspost von Indien war noch nicht nach Europa gelangt, aber ohnehin war es offenbar, wie schlimm die Dinge für England standen. Newcastle fieng an sich an den Gedanken zu gewöhnen, es werde nichts übrig bleiben als sich von Frankreich den Frieden dictieren zu lassen. Nur störte ihn dabei die voraussichtlich heftige Opposition des Parlaments, und wenn auch diese durch die geschlossene Schaar bezahlter und ergebener Jaherren überstimmt ward, der Sturm der in der Nation ausbrechen würde: murrte sie doch schon jetzt über Pflichtvergessenheit der Regierung. Ihre Interessen geradezu verrathen war gefährlich, denn in Folge der Misernte herrschte Theuerung und die hungernde Menge war

---

[1] 1756 November 1. Paris. Knyphausens Bericht. Vgl. Mitchell's Schreiben an Holdernesse. Dresden d. 9 Dec. Chatham corresp. I 206. Luynes XV 265 f. 302 f.

des äußersten fähig. Daß ein anderer Minister an seiner Stelle England vor einer solchen Schmach retten könne, kam Newcastle nicht in den Sinn; seine Sorge war nur die öffentliche Meinung zu beschwichtigen, der Opposition jede Stütze zu entziehen und seine Anhänger zusammenzuhalten. Im königlichen Hause bewog er deshalb Georg II zu einer Nachgiebigkeit, welche diesem sehr schwer fiel. Dem Prinzen von Wales ward zugestanden, daß er auch nachdem er mündig geworden war in Leicester House mit seiner Mutter zusammen wohnte, und daß sein Gouverneur Graf Bute als königlicher Oberkammerherr an die Spitze seines Hofhalts trat. Newcastle erntete für seine Gefälligkeit keinen Dank: Leicester House blieb gegen den königlichen Hof und das Cabinet in Opposition und Pitt und seine Freunde wurden damals gern dort gesehen. Den Herzog von Cumberland hatte Newcastle verpflichtet als er Fox ins Ministerium aufnahm, aber dies Verhältniß löste sich, denn Fox hielt es nicht länger auf seinem Posten aus. Er hatte den Namen eines Staatssecretärs geführt und im Unterhause die Maßregeln der Regierung verfochten, aber die vertraulichsten Mittheilungen und die Entscheidung behielt Newcastle für sich. Für dessen Ungeschick und Verkehrtheiten jetzt im Parlamente einzustehen hatte Fox keine Neigung. Als vollends im October die Verluste in Amerika gemeldet wurden nahm er seinen Abschied.

Umsonst sah sich Newcastle nach einem andern Führer des Unterhauses um, nach einem Sprecher, der mit Pitt sich messen konnte, ja der nur den Muth hatte ihm ins Gesicht zu sehn. Als er niemand fand der ihm dienen wollte, bot er im Namen des Königs Pitt den Eintritt ins Ministerium an. Aber Pitt schlug es ab Newcastle an die Seite zu treten, der ihn nur zu seinem Werkzeuge machen wollte um im Cabinet sein altes Spiel fortzusetzen. Eben so bestimmt weigerte er sich mit Fox zusammen ins Ministerium zu treten. So kam es endlich nach vielfältigen Verhandlungen dahin, daß Newcastle am 11 November zurücktrat nachdem er sich dreiunddreißig Jahre im Amte gehalten hatte, und daß der Herzog von Devonshire, ein verständiger und ehrenwerther Mann, ein neues Ministerium bildete, in welchem

Devonshire selbst die Stelle des ersten Lords des Schatzes einnahm. Mehrere Mitglieder des früheren Ministeriums behielten ihre Ämter, unter ihnen der Staatssecretär Holdernesse. Ihm trat Pitt als Staatssecretär zur Seite, um die Leitung des Unterhauses sowohl als der auswärtigen Politik zu übernehmen; sein Schwager Graf Temple wurde erster Lord der Admiralität, Legge Schatzkanzler. Graf Granville verblieb Präsident des Staatsraths.

Die neuen Minister genossen das Vertrauen des Volkes, aber König und Parlament standen ihnen mistrauisch und widerwillig gegenüber. Georg II hegte für Newcastle keine Achtung: er hat einmal gesagt, als Kurfürst von Hannover würde er ihn nicht zu seinem Kammerherrn gemacht haben; aber er wußte mit ihm fertig zu werden und ließ ihn als Haupt der Whigaristokratie gelten. In Pitt dagegen und seinen Freunden sah er die Gegner seiner persönlichen Politik, welche sich ihm als Räthe aufgedrungen hatten und deren er sich je eher je lieber zu entledigen wünschte. Wie dem Könige so waren auch dem Herzoge von Cumberland die neuen Minister zuwider. Am Parlamente hatten sie keinen Rückhalt. Das Oberhaus war schwierig und das Unterhaus, in seiner Majorität von Newcastle abhängig, ließ sich die neue Verwaltung nur gefallen, weil es für den Augenblick nicht anders gieng: von einer kräftigen Unterstützung derselben war keine Rede. Um den Posten zu behaupten und alle offene und versteckte Gegnerschaft zu überwinden, bedurfte es der vollen Energie namentlich Pitt's, und diesem versagte gerade jetzt die Kraft: ein heftiger Anfall der Gicht warf ihn viele Wochen lang aufs Krankenlager.

Trotz all dieser erschwerenden Umstände ward zum besten des Landes manche wichtige Maßregel ins Werk gesetzt. Die Thronrede, mit welcher am 2 December die Parlamentssession eröffnet wurde, unterschied sich durch offene und entschlossene Sprache wesentlich von den seither üblichen Redensarten. Die Unterstützung und Erhaltung der britischen Colonien in Amerika ward als eine Hauptaufgabe vorangestellt: „die wachsenden Gefahren, „denen sie durch unsere letzten Verluste ausgesetzt sein mögen, „erfordern kräftige und rasche Entschlüsse.“ Für die Vertheidi-

gung des Heimatlandes ward der Gesetzentwurf zur Bildung einer Nationalmiliz angekündigt. Was den Continent betraf, so ward die dem deutschen Reiche und dem Protestantismus in demselben durch den Einfall fremder Truppen drohende Gefahr als ein Ereigniß bezeichnet, das die Gemüther des englischen Volkes empfindlich berühren müsse und das die Augen von Europa auf diese neue und gefährliche Krisis gezogen habe. Die kurfürstlichen Truppen sollten nach den deutschen Landen zurückkehren, da der König mit Vergnügen auf den Eifer seines Volkes für die Vertheidigung seiner Person und seines Reiches baue. Den Gemeinen ward in Betreff des Budgets die Erwartung ausgesprochen, daß sie kräftige Anstrengungen, wenn auch mit größeren Ausgaben verbunden, einer weniger wirksamen und deshalb weniger sparsamen Kriegführung vorziehen würden.

Der königlichen Rede entsprach die That. Das Parlament bewilligte die Erhöhung der Streitmacht auf 55000 Mann, die Seesoldaten eingeschlossen, für den Seedienst und gegen 50000 Mann für den Landdienst. Die Milizbill gieng durch beide Häuser, jedoch setzte das Oberhaus, welches in der vorigen Session die ganze Maßregel vereitelt hatte, wenigstens die Beschränkung der Milizen auf 32340 Mann durch, die Hälfte der im Unterhause beantragten und genehmigten Zahl. Im Volke ward die Errichtung dieser Miliz anfangs mit Freuden begrüßt, aber unter der Einwirkung der ihr abgeneigten Aristokratie bald als lästig verschrieen, so daß sie nicht wie beabsichtigt war sich zu einer nationalen Landwehr entwickelte. Für das Heer und die Flotte wurden die Rüstungen von der Regierung eifrig betrieben: überall war statt des hergebrachten Schlendrians rasche und lebhafte Thätigkeit zu spüren. An Mannschaften gebrach es nicht. Bisher waren die Bergschotten noch immer als Rebellen angesehen worden: Pitt that mit Zuversicht den nach vieler Meinung bedenklichen Schritt gerade unter ihnen Truppen für den königlichen Dienst zu werben, zunächst zwei Bataillone jedes von 1145 Mann[1]. Sein Vertrauen ward alsbald gerechtfertigt: die

[1] Journals of the House of Commons XXVII S. 657. 697 (1757 Jan. 18. Febr. 10.) Vgl. Lord Mahon's Hist. III 18. IV 89.

Hochländer drängten sich zu den königlichen Fahnen und kämpften bald unter den besten für die Ehre Großbritanniens. Zugleich suchte Pitt den Eifer der Colonisten anzufeuern ihrerseits so schnell und so stark als möglich zu rüsten. Die Gouverneure, welche darüber mit den Provinziallegislaturen zu verhandeln hatten, wurden angewiesen Beschwerden der Colonisten über ungebührliche Zumuthungen abzustellen. Der Oberbefehl ward dem Grafen Loudoun noch ferner belassen: die neuen Verstärkungen führte Admiral Holbourne nach Halifax hinüber. Nach dem Mittelmeer ward ein Geschwader unter Admiral Osborn beordert: nicht minder giengen in kürzester Frist nach Westindien und nach Ostindien Kriegsschiffe und Mannschaften ab.

Während diese Rüstungen für die Colonien ins Werk gesetzt wurden, ward auch die Lage des Continents ernstlich erwogen. Friedrich der große, sehr wenig erbaut über die Spaltungen in England, stellte in lebhaften Farben die Gefahren dar, mit welchen die Coalition von Frankreich und Österreich die Freiheit von ganz Europa bedrohe, England nicht minder als Deutschland und den Protestantismus überhaupt, und drang darauf keinen Augenblick zu verlieren um zu Lande und zu Wasser Maßregeln zum Widerstande zu ergreifen[1]. „Der König liebt ein offenes Verfahren und erwartet eine offene Antwort," schrieb Mitchell am 20 November[2].

Der Wille war vorhanden. Nach einer Berathung, welche an Pitt's Bette gehalten war, erklärte Holdernesse dem preußischen Gesandten im Namen des Ministeriums, daß der Beschluß gefaßt sei im Bunde mit Preußen das bisher befolgte System beizubehalten, nämlich eine Armee in Westfalen aufzustellen, alles aufzubieten um Rußland zur Neutralität zu bewegen, im Falle dies nicht gelinge die Eifersucht der osmanischen Pforte zu erregen und mit den Holländern wo möglich sich zu vergleichen. Für die Wahl eines Befehlshabers der westfälischen Armee

---

[1] 1756 (Nov. 10). Dresden. Friedrich II an Mitchell. Mitchell P. I 217 ff. Raumer Beitr. II 411 ff.

[2] Mitchell an Holdernesse. M. P. I 221.

ersuchte man König Friedrich um seinen Rath, da es unter den gegenwärtigen Umständen nicht möglich sei, daß der Herzog von Cumberland das Commando erhalte. Die Vertheidigung von Hannover erkannte das Ministerium für eine Pflicht Englands, da die Franzosen es in Folge des amerikanischen Kriegs mit ihrem Angriffe bedrohten: es liege ebenso sehr im englischen Interesse ihnen hier zu begegnen als in Amerika. Aus demselben Grunde wolle man auch Preußen beistehen, da es durch seine Verbindung mit England in den Krieg mit Österreich verwickelt sei[1].

So waren die Principien festgestellt, aber die Ausführung ließ auf sich warten. Pitt konnte weder dem Könige Vortrag halten noch fremde Minister sehen; ein einziges Mal empfieng er Michell im Bette. König Friedrich drängte zur Entscheidung[2]: Michell mußte antworten, die Minister hätten die besten Absichten von der Welt, aber unglücklicher Weise verzögere die Krankheit des Staatssecretärs jeden Beschluß[3]. Nicht früher als gegen Ende Januar konnte Michell melden, daß man glaube mit einem Observationscorps von höchstens 48000 Mann Westfalen decken zu können: daß man Dänemark zu vermögen hoffe, gegen 100000 L. St. jährlicher Subsidien 8—12000 Mann Soldaten und sechs bis acht Kriegsschiffe zu stellen, mit denen sich einige englische verbinden sollten: endlich daß Williams von der russischen Gesandtschaft abberufen werden solle[4]. König Friedrich war durch diesen Bericht nicht befriedigt. So wenig auch Williams sich in Petersburg bewährt hatte, so mußte doch die Entfernung des englischen Gesandten im jetzigen Augenblicke dem Feinde vollkommen freies Spiel geben: jede Möglichkeit einer Gegenwirkung hörte auf und es versiegte damit eine Quelle regelmäßiger Berichte aus Rußland, welche für Preußen von

[1] 1756 Nov. 26. London. Michell's Bericht. Holdernesse eröffnete die Unterredung mit der Erklärung qu'il avoit ordre à me déclarer etc.

[2] Dec. 28. Königl. Instruction für Michell pour engager les ministres Britanniques à se décider ultérieurement sur les mesures à prendre.

[3] 1757 Jan. 11. Michell's Bericht.

[4] Jan. 25. Michell's Bericht.

höchster Wichtigkeit waren. Deshalb widerrieth er diesen Schritt entschieden[1]. Was Dänemark betraf, so billigte er zwar die Vorschläge und ließ sie durch seinen Gesandten unterstützen, aber die großen Erwartungen, welche Pitt davon hegte, theilte er nicht: er sah voraus, wie es auch zutraf, daß Dänemark gegen Rußland weder Truppen noch Schiffe stellen werde. Umsonst mahnte er immer von neuem, daß England gegen den Angriff der Russen ihm durch die Absendung eines Geschwaders in die Ostsee den wirksamsten Beistand leisten möge. Eine Observationsarmee endlich von nicht viel über 40000 Mann war seiner Überzeugung nach zu schwach um gegen die Franzosen etwas auszurichten[2]. Vor der Hand also war Friedrich II auf sich allein angewiesen. Aber von dem ernsten Entschluß des englischen Ministeriums sich ihrem Verbündeten treu zu erweisen empfieng er bald thatsächliche Beweise. Zunächst in Beziehung auf Hannover.

An der Spitze „der zur kurbraunschweig-lüneburgischen Regierung verordneten Räthe" zu Hannover stand der Präsident Gerlach Adolf von Münchhausen, ein um die Kurlande und vorzüglich um die unter seiner Leitung gegründete Universität Göttingen hochverdienter Mann, in der Politik aber ganz von dem hergebrachten hannöverschen Grundsatze beherrscht, aus der Verbindung mit England für Hannover möglichst viel Vortheil zu ziehen ohne dafür einen Gegendienst zu leisten, und was Preußen betraf, zwar in Lebensfragen des protestantischen Interesses am Reichstage mit dieser Macht zu stimmen, im übrigen aber ihr so weit es sich thun ließ, in den Weg zu treten. Sein Bruder der Geheimerath Philipp Adolf, welcher in London als kurfürstlicher Minister an der Seite des Königs die hannöverschen Sachen zu bearbeiten hatte, theilte seine Ansichten und wußte sie bei Georg II in Geltung zu erhalten. Übrigens war in Hannover Münchhausen den andern Räthen, namentlich von Schwicholt und dem Kriegsminister Steinberg an Einsicht und Sachkenntniß weit überlegen.

---

1 1757 Febr. 8. Braunschweig. Mitchell an Holdernesse. M. P. I. 227 ff.

2 Randbemerkungen des Königs zu Michell's Bericht.

Wir haben früher gesehen daß, als der Seekrieg zwischen England und Frankreich auch nach dem Festlande von Europa überzugreifen drohte, Georg II darauf Bedacht nahm seinen kurfürstlichen Landen die Neutralität zu sichern und für den Nothfall einer französischen Invasion Hilfstruppen in Bereitschaft zu haben. Zu diesem Zwecke war von der englischen Regierung im Juni 1755 der Subsidienvertrag mit dem Landgrafen von Hessen-Cassel und im Januar 1756 der Neutralitätsvertrag mit Preußen geschlossen worden. Die hannöversche Regierung ihrerseits schloß im September 1755 Subsidienverträge mit Anspach und Würzburg, welche ihr zusammen gegen 4000 Mann, nöthigesfalls noch mehr, zur Verfügung stellten[1]. Diese Verträge beruhten auf der Voraussetzung der fortdauernden Allianz Georgs II mit Maria Theresia und wurden auf den Wink des Wiener Hofes im August 1756 sowohl von Würzburg als von Anspach gekündigt. Vergebens suchte man dafür Ersatz in Darmstadt; der Landgraf Ludwig VIII hielt seine Truppen für den Dienst der Kaiserin bereit und wies die hannöverschen Anträge zurück. So mußte man sich mit den kleineren Contingenten begnügen, welche Schaumburg-Lippe und Sachsen-Gotha liefern konnten und hatte allen Grund den längst beabsichtigten Vertrag mit Braunschweig-Wolfenbüttel abzuschließen. Mit dem Ausbruch des Kriegs in Deutschland kamen diese Verträge zu Stande. Graf Wilhelm von Schaumburg-Lippe stellte nach dem Vertrage vom 28 August 1756 ein Bataillon von 800 Mann, ferner 300 Mann Artillerie und eine Schwadron, gegen eine Zahlung von 3000 Thalern in den ersten vier Monaten, später von 2500 Thalern, machte aber die Bedingung daß dasselbe nicht direct gegen den Kaiser und nicht jenseit der See gebraucht werden dürfe. Herzog Friedrich von Sachsen-Gotha, der Bruder der verwittweten Prinzessin von Wales, verpflichtete sich durch den Vertrag vom 21 September zwei Bataillone jedes von 800 Mann zu stellen und empfieng

[1] Die genauen Angaben über die von der hannöverschen Regierung abgeschlossenen Subsidienverträge hat mir der Kön. Archivar Prof. Dr. Schaumann aus den Acten des hannöverschen Archivs gütigst mitgetheilt. Über Würzburg und Anspach vgl. Wuttke-Huschberg S. 264 f.

dafür an Werbegebühren für den Mann 25 Thaler, an Subsidien monatlich 1500 Thaler. Aus den mit dem Herzog Karl von Braunschweig gepflogenen Verhandlungen gieng ein am 5 October 1756 unterzeichneter Subsidien- und Allianzvertrag auf sechs Jahre hervor, wonach Braunschweig 6000 Mann Infanterie mit der nöthigen Feldartillerie und zwei Schwadronen Dragoner in vollständiger Ausrüstung und voller Zahl bereit zu halten versprach, gegen eine Anzahlung von 100000 Thalern zur ersten Ausrüstung und von jährlich 175000 Thalern Subsidien. Alle diese Truppen sollten im Felde an Sold und Emolumenten gleich den hannöverschen gehalten werden, insbesondere beim Übertritt in englischen Sold, auf den es von vorn herein abgesehen war.

Während die hannöversche Regierung sich der Truppencontingente geldbedürftiger Fürsten, auf deren Bereitwilligkeit sie zählen durfte, zur Abwehr eines französischen Angriffs versicherte, verfolgte sie mit weit größerem Eifer ihren Hauptzweck, das Kurfürstenthum vor jeder Verwickelung in den englisch-französischen oder preußisch-österreichischen Krieg zu bewahren, selbst auf die Gefahr hin, daß der preußische Staat darüber zu Grunde gehe. Das Bündniß der Höfe von Wien und Versailles störte sie in ihren Plänen nicht; vielmehr hofften die hannöverschen Minister gerade durch den Wiener Hof es dahin zu bringen daß Frankreich die Neutralität von Hannover anerkenne. Sie verfehlten nicht geltend zu machen, daß König Georg II den Vertrag von Westminster mit Preußen in seiner Eigenschaft als König von England, nicht als Kurfürst von Hannover, abgeschlossen habe: Hannover sei durch keinen Vertrag an Preußen gebunden. Das gewaltthätige Verfahren Preußens gegen Sachsen misbilligten sie laut und suchten jeden Schritt zu vermeiden, der in Wien Anstoß geben konnte: namentlich schoben sie die Ratification des mit Braunschweig verhandelten Subsidienvertrags unter immer neuen Vorwänden hinaus.

Daß diese hannöversche Staatsklugheit ihr Ziel verfehlen mußte, konnte jeder der nicht von dem beschränktesten Sondergeiste eingenommen war leicht ermessen. Die französische Re-

gierung kannte zu gut die verwundbare Seite des Königs von England, als daß sie nicht, sobald sie einmal zu Lande Krieg zu führen beschloß, gerade auf sein Stammland hätte losgehen sollen: und Maria Theresia brauchte die französische Mitwirkung gegen Preußen so dringend, daß sie diesen Absichten nicht hinderlich sein mochte. Jedoch begegneten sich allerdings die hannöverschen Vorstellungen mit den Wünschen des Wiener Hofes. Gelang es nämlich einen hannöverschen Neutralitätsvertrag in der Weise zu schließen, daß die Operationen der Franzosen gegen Preußen dadurch nicht gehemmt wurden, so war Friedrich II vollständig isoliert und nach menschlichem Ermessen rettungslos dem Untergange preisgegeben, da er alsdann allen großen Continentalmächten ohne irgend einen Verbündeten gegenüberstand.

Aus diesem Grunde trat Kaunitz in die Unterhandlungen ein, welche im October 1756 von hannöverischer Seite mit der Forderung des kaiserlichen Beistandes gegen eine französische Invasion eingeleitet, zunächst vom Wiener Hofe mit der Gegenforderung des Beistandes gegen Preußen erwiedert wurden. Schon damals ward auch die Neutralität Hannovers erörtert[1]. Am 4 Januar gieng Kaunitz einen Schritt weiter. Er übergab dem hannöverschen Gesandten Freiherrn von Steinberg ein Memoire des Inhalts, daß die Kaiserin für diesmal auf den vertragsmäßigen Beistand, den der König sowohl als Souverän von England wie als Kurfürst von Hannover ihr schulde, verzichten wolle, ausgenommen die Verpflichtungen, welche der Kurfürst als Reichsstand habe. Dagegen aber verlange sie daß König Georg II als Kurfürst sich durch eine förmliche Convention verpflichte dem Könige von Preußen keine Hilfe an Geld oder an Truppen zu gewähren, weder direct noch indirect, und daß er für diese Verpflichtung alle erforderlichen Garantien gebe. Die Kaiserin wolle sich dagegen nach getroffener Vereinbarung mit dem Könige von Frankreich für sich und seine Alliirten zu einem Sicherheitsvertrage für Hannover erbieten, unter der Bedingung daß der König von

---

[1] 1756 Oct. 5. Nov. 12. London. Michell's Berichte. Vgl. Stuhr F. I 97. Kaunitzens Memoire v. 4 Jan. 1757 s. Huschberg-Wuttke S. XXVIII, 1.

England als Kurfürst sich verpflichte für die Fürsten einzustehen, deren Truppen er in Sold habe[1]. Aus den mündlichen Erläuterungen von Kaunitz ergab sich unter anderm, daß Hannover den Franzosen freien Durchmarsch verstatten und ihnen die erforderlichen Plätze zur Deckung ihrer Magazine und Straßenzüge einräumen solle.

Solchen Bedingungen sein Erbland zu unterwerfen war König Georg II nicht gesonnen. Er mochte sie anfangs nicht für möglich halten: indessen die weiteren Verhandlungen, die sowohl in Wien als von der hannöverschen Kanzlei in London mit dem kaiserlichen Gesandten Grafen Colloredo geführt wurden, ließen keinen Zweifel daß jene Forderungen ernstlich gemeint seien. Darauf stellte Georg II am 20 Februar durch seinen Gesandten in Wien in Erwiederung der österreichischen Denkschrift vom 24 Januar nochmals die Anfrage: wie weit man die Neutralität zu erstrecken willens sei und worin die Sicherheit bestehen solle, welche man in dergleichen Fällen zu geben gedenke, und ließ mündlich erklären, der König-Kurfürst habe die Absicht zwar die französischen Truppen von seinen Staaten abzuhalten, aber an dem österreichisch-preußischen Kriege keinen Theil zu nehmen. Von diesen Erklärungen setzte er vorläufig weder seine englischen Minister noch den König von Preußen in Kenntniß. Erst gegen Mitte Februar wurden die Propositionen, welche zu einer Verständigung nicht geführt hatten[2], der preußischen Regierung mitgetheilt und einstweilen steuerte nun Hannover in demselben Fahrwasser mit England und Preußen.

Aber zum Handeln war die beste Zeit verloren. Im December hatte König Friedrich Georg II den Plan vorgelegt so bald als möglich die Observationsarmee hinter der Lippe zwischen Wesel und Lippstadt aufzustellen, so daß sie sich auf Wesel als

[1] Huschberg-Wuttke S. XXIX, 1. Wahrhafte Vorstellung des Betragens, welches S. K. M. v. Grosbritannien als Kurfürst — beobachtet haben 1758 S. 95 (Kriegs-Canzley 1758 III 835 ff.).

[2] 1757 Febr. 17. Friedrich II an Mitchell. Raumer II 418. Febr. 22. Berlin. Ministerialdepesche an Michell. Das Promemoria v. 20 Febr. s. Kriegs-Canzley 1758 III 105 ff. Vgl. S. 801 f.

ihren Waffenplatz stütze und damit einen Rheinübergang beherrsche. Von dieser Stellung aus könne die Armee sich nach Bedürfniß zum Rhein oder zur Weser wenden, namentlich, im Fall die Franzosen gegen Hessen marschierten, rheinaufwärts ziehn: inzwischen würde die Belagerung von Wesel die Franzosen vom Vordringen in Westfalen abhalten. Um die hannöversche Regierung zur Annahme dieser Vorschläge zu bestimmen und die genauere Abrede zu treffen, sandte Friedrich im December den Generallieutenant Schmettau nach Hannover, zugleich mit dem Auftrage die Verhandlung zwischen Hannover und Braunschweig endlich zum Abschluß zu bringen. Aber Schmettau kam unverrichteter Dinge zurück. Was den Operationsplan betraf, so hatten die kurfürstlichen Räthe für militärische Gründe keinen Sinn und kein Verständniß. Für sie war entscheidend, daß der Einmarsch in die bis dahin noch neutralen kurkölnischen Territorien die Folge haben würde, daß der Kurfürst sich gegen Hannover erkläre, und daß nach einem solchen Vorgehen die Kaiserin schwerlich die Neutralität Hannovers zugestehen möchte[1]. Aber einige Wochen später gerieth Georg II vor der seinem Kurfürstenthum unmittelbar drohenden Gefahr in neue Sorge und wollte auf deren Abwehr Bedacht nehmen. Deshalb reiste Schmettau Ende Januar abermals nach Hannover und auf König Friedrichs Vorschlag auch der englische Gesandte Mitchell, dieser von König Georg II beauftragt über den braunschweigischen Subsidienvertrag durch mündliche Besprechung in Hannover und Braunschweig eine Verständigung herbeizuführen; Vollmacht zum Abschlusse ward ihm jedoch nicht ertheilt.

Mitchell fand in Hannover eine sehr kalte Aufnahme. Umsonst bemühte er sich die Minister zu überzeugen, daß das einzige Mittel der Sicherheit für England, Hannover und Preußen darin bestehe, daß zwischen den beiden Königen ein durchgängiges Einvernehmen und volles Vertrauen obwalte. Dem widersprachen sie zwar nicht, aber stimmten auch nicht offen zu und thaten gerade das Gegentheil. Dagegen fand Mitchell bei dem

[1] Oeuvres de Frédéric IV 105 ff.

Herzog von Braunschweig, der Geld brauchte und der Sache seines Schwagers des Königs von Preußen zu dienen wünschte, offenes Entgegenkommen. In Nebenpuncten gab Mitchell nach: dafür ließ der Herzog die Bedingung, seine Truppen abberufen zu können sobald sein Land angegriffen werde, auf die Zusicherung des Gesandten fallen, König Georg II werde Braunschweig so gut schützen wie sein eigenes Land. Als Anfangstermin der Subsidien bedang sich der Herzog den 1 September 1756 aus, zur Entschädigung für die in Folge des Bruchs mit Frankreich ausgebliebene Zahlungsrate. Nach wenigen Tagen konnte Mitchell den Entwurf, wie er aus seinen Besprechungen in Hannover und Braunschweig hervorgegangen war, an den König zur Entscheidung einsenden. Georg II genehmigte und unterzeichnete die von Mitchell verabredete Uebereinkunft noch in demselben Monat.

Durch den Abschluß dieses Vertrages war die Vereinigung der Braunschweiger mit den Hannoveranern Bückeburgern Gothaern und Hessen, lauter Truppen welche den preußischen in Ausrüstung, Disciplin und Waffenübung ebenbürtig waren, zur Vertheidigung des nördlichen Deutschland gegen die französische Invasion gesichert[1]. Es kam nun darauf an aus diesen verschiedenen Truppen, von denen ein ansehnlicher Theil noch in England stand, ein Heer zu bilden und dieses zweckmäßig zu verwenden. Schmettau sparte keine Mühe die hannöverschen Minister endlich zu bewegen Maßregeln für den bevorstehenden Feldzug zu treffen, aber er kam keinen Schritt vorwärts. Umsonst trug er die Gründe vor welche geböten daß die Observationsarmee den Franzosen bis an den Rhein entgegengehe: ihm ward geantwortet, es genüge die Weserlinie zu halten; über die Weser dürfe die Armee nicht gehn um nicht als angreifender Theil zu erscheinen. Am Ende gewann Schmettau bei seinen Unterhandlungen die Überzeugung, daß namentlich die Minister Steinberg und Schwicholt an der Neutralität der hannöverschen Lande selbst gegen den Willen des Königs von England festzu-

---

[1] Mitchell's Journal 1757 Febr. Brit. Mus. Die Unterzeichnung des Vertrags mit Braunschweig meldet Michell London d. 1 März.

halten wünschten. Unter diesen Umständen erhielt Schmettau die Weisung zu erklären, daß König Friedrich beschlossen habe die Festungswerke von Wesel zu sprengen und die Besatzung, 4500 Mann, mit der Observationsarmee zu vereinigen. Ferner sollte er der hannöverschen Regierung anzeigen, daß er Befehl habe entweder bei Abgang der Marschordre an sämmtliche Truppen gegenwärtig zu sein oder ungesäumt nach London zu gehn um dem Könige von England mündlich die Verzögerung zu melden, durch welche seine Minister den Gang des so nothwendigen Geschäfts aufhielten. Nach Empfang dieses Befehls ließ Schmettau seinen Reisewagen packen, fuhr bei den zur Conferenz versammelten Ministern vor und kündigte ihnen an, daß er komme um sich für die Reise nach London gemäß den königlichen Instructionen zu beurlauben. Äußerst betroffen über die ihnen gemachten Eröffnungen versicherten die Minister neue bestimmte Weisungen aus England erhalten zu haben, welche ihnen zu einem thätigen Verfahren Vollmacht gäben und erließen in seiner Gegenwart Marschbefehle an die garnisonierenden Truppen. Bald erfuhr Schmettau daß der Herzog von Cumberland zum Befehlshaber ausersehen sei und verblieb bis zu dessen Ankunft in Hannover um ihm für den Feldzug im Auftrage des preußischen Königs Rathschläge zu ertheilen[1].

Es hatte der englischen Mitwirkung bedurft um über die hannöverschen Anstände mit Braunschweig hinwegzukommen. Der gute und entschlossene Wille, von dem die englische Regierung beseelt war, bewährte sich in demselben Monat auch französischen Anträgen gegenüber. Nämlich zu der gleichen Zeit als der Wiener Hof den König von Frankreich dazu vermochte in die Neutralität von Hannover zu willigen, um Friedrich den großen desto sicherer zu verderben, ward auch England ein Separatfriede von Frankreich angeboten. Der französische Gesandte im Haag, Graf d'Affry, machte Ende Januar dem englischen Gesandten Joseph Yorke die Eröff-

---

[1] Lebensgesch. des Grafen v. Schmettau v. s. Sohne. Berlin 1806. S. 321 ff. Königliche Instructionen für Schmettau vom 27 Jan. u. 17 Febr. in Preuß Urkundenb. II 11 f. Vgl. Westphalen Gesch. d. Feldzüge des H. Ferdinand I 260 ff.

nung, daß Frankreich unter gewissen Bedingungen bereit sei mit England Frieden zu schließen. Das englische Ministerium wies jedoch am 8 Februar den Gesandten an zu erwiedern, daß England auf Friedensanträge, in welchen der König von Preußen nicht inbegriffen sein sollte, nimmer eingehen werde. Zugleich erklärte Pitt persönlich dem preußischen Gesandten, es sei sein fester Entschluß nicht ohne Preußen Frieden zu schließen und angesichts der französischen Anerbietungen in der nachdrücklichsten Kriegführung nirgendwie nachzulassen. Pitt's Verfahren war ebenso sehr durch die Interessen Englands als durch die dem verbündeten Preußen schuldige Rücksicht geboten; denn der Friede hätte nach dem damaligen Stande der Dinge eine Verzichtleistung auf die freie Entwickelung der britischen Colonisation in Nordamerika in sich schließen müssen. Aber wir dürfen billig zweifeln ob das Ministerium Newcastle mit gleicher Festigkeit die französischen Vorschläge zu einem Sonderfrieden zurückgewiesen haben würde[1].

Jetzt war endlich Pitt so weit hergestellt, daß er mit dem Könige berathen und ins Unterhaus kommen konnte. Am 17 Februar legte er eine königliche Botschaft vor, welche die Mitwirkung des Unterhauses in Anspruch nahm um eine Observationsarmee zur Vertheidigung der kurfürstlichen Lande des Königs aufzustellen und ihn in den Stand zu setzen seinen Vertrag mit dem Könige von Preußen zur Sicherung des deutschen Reiches gegen den Einfall fremder Armeen und zur Unterstützung der gemeinsamen Sache zu erfüllen. Auf Grund dieser Botschaft beantragte Pitt für das laufende Jahr die Bewilligung einer Summe von 200000 L. St., welche am 22 Februar genehmigt wurde. Die Rede, welche Pitt bei dieser Verhandlung hielt, ist leider nicht aufgezeichnet: wir hören nur, daß er mit Würde und Nachdruck und unter dem Beifall des Hauses die Wichtigkeit der beantragten Maßregel hervorhob für England sowohl als für die Freiheit von Europa, welche durch die Allianz der Höfe von Wien und Versailles aufs höchste gefährdet sei. Deshalb müsse England Preußen aus allen Kräften unterstützen. Er sprach von

[1] 1757 Febr. 8. 11. 25. Michell's Berichte.

der Unbeständigkeit Rußlands und sagte von Österreich: „ohne „das Blut und die Schätze von England würde der Wiener Hof „sich nicht in der Lage befunden haben Preußen seine schlimmen „Absichten und England seine Undankbarkeit zu beweisen[1].“ Für diese Rede ließ König Friedrich der große dem englischen Staatssecretär in sehr verbindlicher Weise danken und Pitt erwiederte diese Anerkennung mit dem Ausdruck seiner Hingebung und seiner Verehrung für einen Fürsten, „welcher als das unerschütterliche „Bollwerk von Europa der mächtigsten und boshaftesten Verschwörung Stand hält, welche je die Unabhängigkeit der Menschheit bedrohte[2].“

Pitt fühlte sich in der Bewunderung des preußischen Königs um so mehr bestärkt, je unerquicklicher sein Verhältniß zu Georg II war. Bei jeder Gelegenheit kam es zu Tage, daß sein Eifer für den öffentlichen Dienst die persönliche Abneigung des Königs nicht beschwichtigte. Am 28 Januar hatte das Kriegsgericht seinen Spruch über Admiral Byng gefällt und denselben zwar von Verrätherei und Feigheit freigesprochen, aber weil er nicht das äußerste gethan um Port Mahon zu entsetzen oder die französische Flotte zu schlagen, ihn zum Tode verurteilt, jedoch aufs wärmste der königlichen Gnade empfohlen. Aber Georg II zeigte keine Neigung Gnade für Recht ergehen zu lassen und die Masse des Volkes, von Anfang an gegen Byng aufgereizt, forderte sein Blut. Da fühlten sich Mitglieder des Kriegsgerichts selbst in

[1] 1757 Febr. 22. Michell's Bericht. Journals of the House of Commons XXVII 717—724. Hansard, Parliam. Hist. XV 782 f., welcher übrigens fälschlich damit eine im Jahre 1758 geführte Debatte verbindet. Der Vertrag mit Preußen, auf den die königliche Botschaft sich bezieht und der in der Committeeberathung des Unterhauses vorgelegt wurde, ist der am 16 Januar 1756 unterzeichnete Vertrag von Westminster. Daß der von Koch II 29 ff. (Schöll III 30 ff.) publicierte angeblich englisch-preußische Vertrag vom 11 Jan. 1757 gefälscht ist und zwar im April 1757, habe ich in Foß Zeitschr. f. preuß. Geschichte 1866 III 250 ff. nachgewiesen. Aus den Acten des sächsischen Staatsarchivs hat denselben Aster, Kriegswirren Beil. 5 S. 12 mit dem Datum des 15 Jan. 1756 publiciert.

[2] März 12. Dresden. Mitchell an Pitt. März 31 London. Pitt an Mitchell. Chatham Corresp. I 224—227.

ihrem Gewissen getrieben dahin zu wirken, daß die Strenge ihres Spruches gemildert werde und veranlaßten, daß die Sache im Parlamente zur Sprache kam. Pitt erklärte sich offen dafür Milde walten zu lassen: als man ihm sagte, er setze seine Popularität aufs Spiel, entgegnete er: „Mir steht Gerechtigkeit höher als „Popularität." Unter Berufung auf die Stimmung des Unterhauses gieng Pitt den König persönlich um Gnade an, wurde aber kurz abgewiesen mit den Worten: „Ihr habt mich gelehrt „die Gesinnung meiner Unterthanen nicht nach dem Unter„hause zu bemessen." Georg II unterschrieb das Urteil und Byng ward am 14 März erschossen. „Das ist ein schlechtes „Pflaster auf eine garstige Wunde" sagte Friedrich II unwillig zu Mitchell.

Über dieser Angelegenheit und der noch obschwebenden Untersuchung über die Ursachen des Verlustes von Minorca war die Spannung zwischen dem neuen Ministerium und den Anhängern von Newcastle und Fox so sehr gewachsen, daß eine ministerielle Krisis schon seit Anfang März als bevorstehend angesehen wurde. Zugleich stand Pitt, soweit Hannover in Frage kam, die durch Münchhausen in London vertretene hannöverische Regierung mistrauisch und eifersüchtig gegenüber, fort und fort darauf bedacht unter irgend einer Form für Hannover die Neutralität zu erlangen[1]. Georg II gieng nicht ohne weiteres auf diese Vorstellungen ein, sondern wies sie öfters zurück, aber dennoch nahm er sie sich mehr zu Herzen als die Rathschläge Pitt's. Eine Hauptfrage für diesen und seine Freunde war die Ernennung des Oberbefehlshabers der Observationsarmee, welche sie ihrem erklärten Gegner dem Herzog von Cumberland nicht anvertrauen wollten. Schon das vorige Ministerium hatte mit Zustimmung König Friedrichs II an den Prinzen Ludwig von Braunschweig gedacht, der sich in österreichischen Diensten während des vorigen Kriegs ausgezeichnet hatte: dieser aber lehnte ab und zog es vor ruhig in Holland zu bleiben. Jetzt von neuem um Rath gefragt, hatte Friedrich den Prinzen Ferdinand von Braunschweig mit

[1] 1757 März 4. Michell's Bericht.

Auszeichnung genannt, jedoch hinzugefügt, ihm mangele Entschiedenheit; auch seinen Bruder den Prinzen von Preußen nannte er Mitchell als wohlgeeignet: aber vor allen empfahl er doch den Herzog von Cumberland, aus dem Grunde, weil er allein als königlicher Prinz der hannöverischen Regierung gegenüber die nöthige Auctorität besitzen werde[1].

Der förmliche Beschluß über den Oberbefehl der Observationsarmee ward vorläufig noch ausgesetzt, aber am englischen Hofe galt es seit Anfang März für ausgemacht, daß der König keinen andern als seinen Sohn damit betrauen werde. Es handelte sich nur noch um die Bedingungen, welche der Herzog von Cumberland stellte. Vor allem forderte der Herzog Verstärkung der Armee durch englische Truppen; ferner hielt er die vom britischen Parlamente gewährte Beisteuer zu den Kriegskosten für unzureichend. Jedoch ließ er schließlich diese Forderungen fallen, welche Georg II zwar keineswegs für unberechtigt hielt, aber für den Augenblick nicht glaubte durchsetzen zu können, und nahm das Commando an. Um dieses mit allem Nachdruck führen zu können ward er, wie Georg II am 1 April 1757 durch Holdernesse dem preußischen Gesandten eröffnen ließ, mit königlichen Vollmachten versehen um die hannöversche Regierung nach seinem Gutdünken zu leiten: mit einem Worte, der König sein Vater ermächtigte ihn in der Regierung des Kurfürstenthums vollständig als sein Statthalter zu verfahren.

So weit war alles geregelt und die Abreise des Herzogs schien bevorzustehn, da trat er mit seiner letzten Bedingung hervor, der Entlassung von Pitt. Das Körperleiden des Ministers mußte dazu den Vorwand abgeben. Cumberland erklärte rund heraus, er wolle an der Seite seines Vaters kein Ministerium zurücklassen, mit dem er nicht übereinstimme und auf das er nicht zählen könne. Pitt sei in Folge seiner fortwährenden Unpäßlichkeit nicht im Stande sein Amt gehörig zu versehen: habe er doch

[1] 1756 Nov. Mitchell's Journal (Brit. Mus.), vgl. mit den Auszügen aus Mitchell's Bericht b. Raumer Beitr. II 415 f. Von Ferdinand sagte König Friedrich: il n'a pas l'esprit décisif. Über die Ablehnung des Prinzen Ludwig von Braunschweig berichtet Michell schon am 5 October 1756.

seit Antritt seines Ministeriums nicht öfter als sechsmal mit dem Könige gearbeitet und nur fünfzehnmal den Unterhaussitzungen beigewohnt[1].

Es bedurfte nur dieser Erklärung des königlichen Prinzen um den Fall des Ministeriums zu entscheiden. Dem Könige war Pitt verhaßt und Temple unausstehlich: schon im Januar hatte er durch einen Vertrauten Newcastle auffordern lassen doch wieder ins Ministerium zu treten: „ich kann mich nicht als König „ansehen so lange ich in den Händen dieser Schurken bin.“ Aber Newcastles Furcht vor der Verantwortlichkeit (denn noch schwebte die Untersuchung wegen des Verlustes von Minorca) war größer als sein Ehrgeiz: so hielt denn auch der König an sich bis der ausgesprochene Wille seines Sohnes, dessen Dienste für die Rettung des Kurfürstenthums unentbehrlich schienen, allem Zaudern ein Ende machte. Aus der Sache ward kein Hehl gemacht und die Bildung eines neuen Ministeriums offen betrieben; aber noch war Pitt im Amte, entschlossen den Platz, den er zum besten seines Vaterlandes einnahm, nur auf den ausdrücklichen Befehl des Königs zu verlassen. Man wartete einige Tage: alsdann gieng den 5 April Holdernesse zu Pitt's Schwager dem Grafen Temple und kündigte diesem seine Entlassung an, und da Pitt dem Hofe auch jetzt den Gefallen nicht that um seinen Abschied zu bitten, ließ der König am 6 ihm die Siegel abfordern, ebenfalls durch Holdernesse, der willen- und charakterlos durch ein Ministerium wie das andere hindurchgieng[2]. Nachdem der Herzog von Cumberland so auf die roheste Weise die Cabale und die Anarchie neben den Thron gestellt hatte, reiste er am 19 April zur Armee nach Deutschland ab.

König Friedrich versäumte nicht Pitt nach der Entfernung

---

[1] 1757 April 1. Michell's Bericht: que ce prince (Cumberland) ne vouloit pas laisser son père avec un ministère qu'il n'agréoit pas et sur lequel il ne pouvoit compter, vu l'indisposition continuelle du Ch. Pitt, qui ne sauroit agir comme il seroit à souhaiter, n'ayant travaillé avec le roi que six fois et assisté seulement quinze autres à la chambre des communes, depuis qu'il étoit ministre.

[2] April 6. Michell's Bericht. Mahon's hist. IV 98 ff.

vom Amte ausdrücklich seiner vollen Hochachtung zu versichern[1]. Er sah wohl ein daß nur unter der Leitung dieses Staatsmannes England seinen Feinden gewachsen und seinen Freunden vertrauenswürdig und hilfreich sein werde.

Viertes Capitel.

Proceßverfahren des Reichshofraths und Reichstags gegen Preußen. Die Allianz von Österreich, Frankreich und Rußland bis zum Theilungsvertrage von Versailles.

Während König Friedrich sich bemühte mit England und Hannover Maßregeln zu vereinbaren um dem bevorstehenden Einbruche der Franzosen und der Russen in Deutschland zu begegnen, waren die ihm feindlichen Cabinette geschäftig ihn im Laufe des nächsten Jahres dem sicheren Untergange zu überliefern. Der Wiener Hof hatte alle Künste aufgeboten die Überwältigung des preußischen Staates zu einer europäischen Angelegenheit zu machen: dennoch verschmähte er es nicht seine Stellung an der Spitze des heiligen römischen Reiches zu benutzen um auch dieses in den Kampf, der zwischen den Häusern Habsburg und Hohenzollern sich entsponnen hatte, hereinzuziehen und die Reichstände zu vermögen den Staat ihres mächtigsten Genossen zertrümmern zu helfen. Dieser Misbrauch des kaiserlichen Amtes führte nicht zu erheblicher Verstärkung des gegen Preußen unternommenen Angriffs, sondern diente nur dazu aller Welt darzuthun, daß die Reichsconstitutionen zu leeren Formen herabgesunken und dem Untergange verfallen waren. Denselben Weg betrat der königlich polnische Hof. Auf der einen Seite suchte er die Hilfe der großen europäischen Mächte als Garanten

---

[1] 1757 April 23. Ministerielle Instruction an Michell in königlichem Auftrage.

des westfälischen Friedens gegen Preußen nach, auf der andern flüchtete er sich dem Friedenstörer gegenüber unter den Schutz der Reichsgesetze.

Der Widerspruch zwischen hochtrabenden Worten und thatsächlicher Ohnmacht der Reichsbehörden wurde vom ersten Augenblicke an recht handgreiflich dargestellt. Am 13 September 1756 erließ Kaiser Franz I auf Bericht des Reichshofraths an den König von Preußen als Kurfürsten von Brandenburg ein Dehortatorium, mit welchem er ihm gebot und anbefahl, von allen Empörungen, friedbrüchigen Vergewaltigungen und feindlichen An- und Überziehungen der kursächsischen und anderer Reichslande abzustehen, allen verursachten Schaden und Kosten unweigerlich zu erstatten und sofort wie solches geschehen gehorsamst anzuzeigen. Schließlich war hinzugefügt, daß das begangene schwere Verbrechen gemeingefährlicher Empörung nach den Reichsgesetzen werde bestraft werden. Durch ein ferneres kaiserliches Rescript von demselben Tage wurden Offiziere und Gemeine der preußischen Armee von kaiserlicher Macht und oberster Gewalt wegen der dem Könige von Preußen und Kurfürsten von Brandenburg geleisteten Eide entladen und angewiesen die zur Empörung führenden Fahnen und Dienste zu verlassen[1].

So war der mächtigste Reichsstand durch einen Machtspruch der kaiserlichen Kanzlei verdammt, ungehört, ohne Vorwissen Rath und Bewilligung der Kurfürsten Fürsten und Stände, und es waren damit die Satzungen der Wahlcapitulation des Kaisers Franz und alles Rechtsherkommen einfach mit Füßen getreten. Preußen blieb die Antwort darauf nicht schuldig. Zwar ward durch die kaiserlichen Rescripte der preußischen Armee nicht ein Mann abspenstig gemacht, aber die preußische Regierung unterließ nicht durch ihre Manifeste und Denkschriften auf die öffentliche Meinung in Deutschland zu wirken und gewann an dieser

[1] Sammlung d. neuesten Staats-Schriften (T. Kriegskanzley) auf d. J. 1756. Frankf. u. Leipz. 1757. S. 65—83. Die preußischen in österreichischen Diensten stehenden Unterthanen und Vasallen wurden durch königliches Patent vom 2 Nov. zurückberufen; umgekehrt die österreichischen durch k. k. Avocatoria vom 6 Dec. 1756. A. a. O. S. 392. 891.

einen schon damals nicht verächtlichen Bundesgenossen. Am Regensburger Reichstage hatte Friedrich der große einen ehrenfesten und standhaften Bevollmächtigten, Erich Christoph Freiherrn von Plotho, der keine Antwort schuldig blieb, sondern auf Grund der erhaltenen Instructionen beharrlich seine Verwahrungen und Proteste einlegte und für jeden groben Klotz einen groben Keil bereit hielt. Aber nicht allein daß Preußen zuversichtlich sein Recht am Reiche behauptete und seinen Freunden damit Muth einflößte, auch die kleineren Reichsstände und die an Ergebenheit für das Kaiserhaus gewöhnten Höfe geriethen in Unruhe über das summarische Einschreiten des Reichshofraths, dessen Willkür jede Rechtssicherheit aufzuheben drohte. Die Magistrate der größeren Städte z. B. Nürnberg und Ulm veröffentlichten die kaiserlichen Rescripte nicht: der Rath von Frankfurt ließ es ruhig geschehen daß die betreffenden Anschläge vom Volke heruntergerissen wurden: ja selbst in Regensburg, dem Sitze des Reichstags, mußte der Magistrat erst durch Androhung der Execution zur Bekanntmachung gezwungen werden. Die geistlichen Höfe warteten auf den Kurfürsten von Mainz, der die Rechtsgiltigkeit der Decrete beanstandete: erst nach wochenlangen Verhandlungen und nachdem die Kaiserin ihm einen Subsidientractat gewährt hatte, ließ er sich herbei „sich endlich vor den Riß zu stellen" und die Avocatorien zu publicieren. Sein Beispiel hatte vielfache Nachfolge, aber selbst der Fürstbischof von Würzburg, Adam Friedrich Graf von Seinsheim, der schon im October ebenfalls nach Abschluß eines Subsidientractats seine Truppen mit den österreichischen vereinigte, entschloß sich erst Ende Januar, nachdem der Reichskrieg beschlossen war, zu der Proclamation[1]. Bei den weltlichen Fürsten war die Gleichgiltigkeit oder das Widerstreben noch allgemeiner: kurz, gleich die erste Probe lehrte daß der Kaiser und sein Reichshofrath der Reichsstände keineswegs unbedingt sicher sei.

Unterdessen waren den ersten Decreten andere gefolgt. Am

[1] Huschberg S. 60 f. 116. Die lange Reihe der Reichshofrathsconclusa, die Publicierung der kaiserlichen Avocatoria betreffend s. Samml. d. neuesten Staats-Schriften auf d. J. 1756. T. Kriegskanzley auf d. J. 1757.

10 October erließ Kaiser Franz gemäß dem Erkenntniß des Reichshofraths vom vorherigen Tage den Befehl an den kaiserlichen Hoffiskal gegen den Kurfürsten von Brandenburg einzuschreiten: zugleich ergiengen an die Reichskreise wiederholte kaiserliche Mandate, in denen Kriegsrüstungen anbefohlen wurden[1]. Die preußische Antwort, welche am 3 November zu Regensburg übergeben ward[2], hob unter anderm hervor, daß da die Kaiserin Königin zu Ungarn und Böhmen in solcher Qualität und als eine souveräne Macht gegen S. K. M. von Preußen zu dero Unterdrückung und Ruin mit auswärtigen Mächten Bündnisse geschlossen und solche mit deren und besonders des kursächsischen Hofes Zuthun und Vorwissen zur Ausführung zu bringen beabsichtigt habe, so sei wohl auf keine Weise abzusehen, wie Allerhöchstderoselben als einer ebenmäßig souveränen Macht und gekrönten Haupte verwehrt oder verdacht werden könne, gegen solche auf dem Ausbruch gestandene gefährliche Absichten sich zu setzen und die von Gott Ihnen verliehenen Defensionsmittel zu dero und Ihrer Lande Sicherheit an Hand zu nehmen, ohne daß sie jemanden in der Welt, wer es auch sei, davon Rechenschaft zu geben sich verbunden erachten. — Die Achtung gegen die Person des Kaisers, so ihm als Kurfürst obliege, habe der König nie verletzt: wenn aber von dem Reichshofrath wider die Vorschrift der Reichsgesetze und Wahlcapitulation gegen ihn procedieret werden wolle, so sei er an jene ausspürigen und illegalen Verordnungen nicht gebunden. Nothgedrungen habe er zu seiner und seiner Lande Sicherheit die schleunigsten Rettungsmittel ergriffen und erkläre gegen das gesammte Reich in ganz Europa feierlichst, daß er von andern Reichsständen keinen Fuß breit Erde an sich zu reißen, sondern nur bei demjenigen, so er von Gott und Rechtswegen und durch feierliche Tractate besitze, sich behaupten wolle[3]. Der Umsturz der Reichsverfassung sei ein leeres Ge-

[1] Samml. d. neuesten Staatsschr. auf d. J. 1756 S. 183—214.

[2] A. a. O. S. 395—408.

[3] Eine anonyme Schrift „Kurzer, doch gründlicher Bericht, daß das Königreich Böhmen Sr. K. M. in Preußen zustehe" ließ König Friedrich den 16 Januar 1757 zu Dresden öffentlich durch den Henker verbrennen.

schrei, womit der Reichshofrath seine in diesem Vorfall incompetenten und illegalen Verfügungen zu beschönigen suche. Der König sei mit Kaiser und Reich in keinen Krieg verwickelt und gebe zu erwägen, ob nicht bei den Kriegsunruhen zwischen der Kaiserin Königin und dem Kaiser Karl VII weit eher als jetzt ein Umsturz des Reichssystems zu befürchten gewesen sei. — Man wolle den König von Preußen als einen Störer der allgemeinen Ruhe und Reichsfeind ansehen, eine Beschuldigung von der er so weit entfernt sei, daß er gerade zu des Reiches Ruhe und Sicherheit die bekannte Neutralitätsconvention mit dem Könige von England abgeschlossen habe.

Diese Denkschrift hatte eine für Preußen ungemein günstige Wirkung. Als daher ein späteres königliches Schreiben vom 30 October in Kraft der vom Reiche übernommenen Garantie des Dresdener Friedens Hilfe und Beistand der Reichsstände für Preußen begehrte, entnahm das kurmainzische Directorium aus der scharfen Fassung desselben den Vorwand das Schreiben nicht zur Dictatur zuzulassen, worauf Plotho es mit einer neuen Denkschrift drucken ließ[1]. Neben diesen Wortgefechten gieng aber das ernstliche Bemühen der preußischen Regierung her die Reichsstände zur Erklärung ihrer Neutralität zu vermögen, wogegen der kaiserliche Hof Anträge dieser Art für eine Absagung der reichsständischen Pflichten erklärte, wider welche er nach der Schärfe der Gesetze verfahren werde. Namentlich gebot er wiederholt die Bekanntmachung der Avocatorien und die Aufhebung der preußischen Werbungen im ganzen Gebiete des Reiches[2]. So ward ein Reichstagsbeschluß der Neutralität von vorn herein niedergeschlagen. Nicht besser ergieng es dem Plan einer Reichsmediation, welcher von Hannover ausgegangen, von Preußen gebilligt und von andern Reichsständen gern aufgenommen, die Räumung Sachsens und die Beruhigung Deutschlands auf die einfachste Weise zu erreichen gedachte. Ein kaiserliches Rescript,

---

[1] Sammlung d. neuesten Staatsschriften a. a. O. S. 533—541.

[2] 1756 Dec. 10. Kurbrandenburg. Gesandtschafts Pro Memoria m. Beil. ebend. 585—664.

welches am 14 December den Gesandtschaften mündlich kundgemacht wurde, erklärte, der Kaiser könne und werde in eine Reichsmediation, die sich unter der Hand hervorthun wolle, niemals willigen[1].

Nachdem diese Versuche den Frieden in Deutschland zu erhalten vereitelt waren, schritt der Reichstag am 10 Januar 1757 zur Beschlußfassung über die kaiserlichen Propositionen die Reichsbewaffnung gegen Preußen betreffend. Preußen protestierte unter Hinweis auf die Gefährdung des deutschen Vaterlandes durch die fremden Armeen, welche man gegen die Reichsgesetze und die Wahlcapitulation auf deutschen Boden zu führen beabsichtige, und wiederholte die Versicherung, daß die Restitution aller kursächsischen Lande, sobald solche mit hinlänglicher Sicherheit und ohne Gefahr der preußischen Lande möglich sei und zu einem dauerhaften Frieden gelangt werden könne, unverweilt geschehen solle. Hannover stimmte der früheren kaiserlichen Abweisung ungeachtet dahin, von gesamten Reiches wegen die Vermittelung einer Pacification zu versuchen, und diesem Votum schlossen sich alle herzoglich sächsischen Häuser an, ferner Brandenburg-Kulmbach, Braunschweig-Wolfenbüttel, Baden-Durlach, Würtemberg, Holstein-Glückstadt, Hessen-Cassel, die nassauischen Fürsten, Meklenburg-Strelitz, die wetterauischen, fränkischen und westfälischen Grafen. Mehrfach war diesen Abstimmungen der Antrag hinzugefügt den Kaiser zu bitten, gemäß der Wahlcapitulation den Eintritt fremder Truppen in das Reich zu verhindern und die Verwüstung, mit der es bedroht sei, abzuwenden. Dagegen stimmten sämmtliche katholische Reichsstände und von den protestantischen Pfalz-Zweibrücken, Brandenburg-Anspach, Meklenburg-Schwerin, Holstein-Gottorp, Hessen-Darmstadt, Schwarzburg für die kaiserliche Proposition, und es erhielt diese in allen drei Collegien, aus denen der Reichstag bestand (der Kurfürsten, Fürsten und Städte), die Majorität. Demgemäß ward unter dem 17 Januar der Reichstagsbeschluß erlassen, der Kaiser möge nach

[1] Huschberg S. 101 f. Vgl. das königl. preußische Schreiben an die sächsischen Herzöge v. 4 Jan. 1757. T. Kriegs-Canzley auf d. J. 1757 I 217 ff.

den Reichsordnungen überhaupt, insbesondere aber nach Maßgabe der Executionsordnung des westfälischen Friedens und der kaiserlichen Wahlcapitulation fortfahren, um nicht allein den König von Polen zum Besitz seiner Kur- und Erblande nebst Ersetzung der erlittenen Schäden und Unkosten, sondern auch sich selbst und der Kaiserin als Königin und Kurfürstin von Böhmen zur Erlangung hinlänglicher Genugthuung oberstrichterlich zu verhelfen. Zu diesem Ende sollten die gesamten Reichsstände und Kreise die *armatura ad triplum* ungesäumt in dienst- und marschfertigen Stand stellen. Dieser Beschluß ward am 29 Januar im Namen des Kaisers ratificiert und die Erwartung ausgesprochen daß Fürsten und Stände darauf halten würden, daß der Reichsschluß allerseits erfüllet werde[1].

So war der Reichskrieg gegen Preußen decretiert.

Natürlich ward sowohl gegen diesen Beschluß als gegen das Verfahren des kurmainzischen Reichsdirectoriums in diesen Verhandlungen von preußischer Seite Protest eingelegt; auch Hannover und andere protestantische Stände behielten sich alle ferneren Maßnehmungen vor. Aber bei Protesten und Verwahrungen gedachte die preußische Regierung nicht stehen zu bleiben, sondern sie machte Hannover den Vorschlag, die Gesandten von Regensburg abzurufen und sie mit den Gesandten der übrigen in der Minorität verbliebenen Reichsstände an einem anderen Orte zusammentreten zu lassen um gegen die illegalen Beschlüsse gemeinsame Maßregeln zu vereinbaren. Aber ein so entschiedener Schritt entsprach wenig der vermittelnden Stellung, welche Georg II als Kurfürst und seine hannöverschen Räthe einzunehmen suchten, und obgleich die englischen Minister den preußischen Vorschlag für zweckmäßig erkannten, so wagten sie doch nicht bei dem ohnehin mistrauischen Könige ihre Ansicht geltend zu machen[2]. So unterblieb die förmliche Lossagung Preußens vom Regensburger Reichstage, von welcher der Eintritt in die

---

[1] Kriegs-Canzley 1757 I Nr. 1—9.

[2] 1757 Febr. 8. Berlin. Preußisches Ministerialschreiben an das hannöversche Ministerium. März 4. London. Michell's Bericht.

von König Friedrich in seinen alten Tagen mit der Stiftung des Fürstenbundes aufgenommene deutsche Politik die Folge sein mußte. Plotho hatte auch ferner die Aufgabe sich von seinem Platze nicht verdrängen zu lassen, sondern der Majorität gegenüber auf Preußens Recht zu bestehen.

Die Verhandlungen am Reichstage dienten dem Wiener Hofe als ein Mittel um zu erproben, wie weit die kaiserliche Autorität noch reiche und, wenn Preußen überwunden werde, eine Grundlage für die künftige Befestigung und Ausdehnung seiner Herrschaft im Reiche zu gewinnen. Dieser Gesichtspunkt durfte für höher gelten als die wirkliche Verstärkung des Angriffs durch die ständischen Contingente, zu deren Erlangung überdies erst Geld und gute Worte aufgewendet werden mußten. Namentlich verstand Kaiser Franz sich dazu am 22 Februar den Ständen des Reichs „kräftiglich" die kaiserliche Versicherung zu geben, daß er von der Handlung seines kaiserlichen Amts nicht eher nachlassen werde, bis auch dem gesamten Reich und allen dessen Kreisen der jetzt zu machende Aufwand werde erstattet sein[1].

Daß die Kreise mit ihren Rüstungen nicht eilten wußte man in Wien so gut als anderswo; daher bemühten sich Maria Theresia und Kaunitz um so mehr die endgiltige Vereinigung mit Rußland und mit Frankreich zu beschleunigen, von der die rasche Entscheidung des Krieges abzuhängen schien.

Noch ehe die Höfe von Wien und Versailles über den Kriegsplan und die Theilungsprojecte sich vollständig einigten, wurden sowohl von französischer als von österreichischer Seite Verträge mit Rußland abgeschlossen. Schon hierbei zeigten sich die Folgen einer bloß dynastischen Coalition, welche vom Hasse gegen die Person des Königs von Preußen eingegeben war ohne daß nach den Interessen der Staaten nur gefragt wurde.

Seit dem Juli des vorigen Jahres waren Bectejeff am französischen und Douglas am russischen Hofe als Gesandte beglaubigt. Es ward ernstlich darauf Bedacht genommen statt der bisherigen Entfremdung zwischen Frankreich und Rußland enge

[1] T. Kriegs-Canzley 1757 I 107. 111. Vgl. 121. 208. 280.

Beziehungen herzustellen. Aber für diese wollte sich nirgends eine Basis bieten. Ein Defensivtractat, welcher eine gegenseitige Garantie in sich schloß, konnte Frankreich gegen das feindliche England wenig nützen, um so mehr aber sein Verhältniß zu Schweden, Polen, der Türkei zerrütten; denn diese Reiche gegen Rußland zu sichern war bisher die Aufgabe der französischen Politik gewesen, und die Pforte wenigstens, welche schon bei dem Bündnisse mit Österreich außer Acht gelassen war, wollte man durch eine zu enge Verbindung mit Rußland nicht von sich stoßen. Daher verfiel man am französischen Hofe auf den Gedanken einen Handelsvertrag zu schließen, mittelst dessen die Engländer vom russischen Markte verdrängt werden sollten.

Aber auch dieser Plan scheiterte an den gegebenen Verhältnissen. Der russische Handel war von dem englischen Capital abhängig. Die englischen Häuser zu Petersburg pflegten auf die Lieferung russischer Producte Vorschüsse auf lange Fristen zu machen, mindestens auf ein Jahr oder fünfzehn Monate: wie war daran zu denken, daß sich eine entsprechende Anzahl französischer Capitalisten finden sollte, welche bereit wären, um dieses Geschäft in die Hand zu nehmen, nach Rußland zu übersiedeln? Dazu kam daß, abgesehen von den gegenwärtigen Kriegsläuften, die französische Handelsmarine überhaupt nicht zahlreich genug war um für einen so ausgedehnten und entfernten Verkehr eintreten zu können. Man dachte deshalb irgend einen Stapelplatz zu wählen, etwa Hamburg, der diesen Handel vermitteln könnte. Endlich fürchtete man auf französischer Seite wiederum, daß Schweden und Dänemark, welche bisher Frankreich mit den Producten versorgten, welche Rußland liefern konnte, namentlich mit Bedürfnissen für die Marine, durch einen russischen Handelsvertrag veranlaßt werden möchten sich an England anzuschließen. Deshalb erschien auch dieses Project als unausführbar[1].

Schließlich vereinigte man sich dahin, daß die Kaiserin von Rußland der Neutralitätsconvention und dem Freundschafts- und Unionsvertrage von Versailles und den beiden Separatartikeln

---

[1] 1756 Sept. 27. Paris. Knyphausens Bericht. Beil. II 52.

beitrat und von dem Könige von Frankreich und der Kaiserin Königin als ihre gemeinsame Freundin und Bundesgenossin aufgenommen wurde. Die Accessionsacte ward am 31 December 1756 a. St. zu Petersburg unterzeichnet. In derselben ward übrigens Frankreich von Hilfsleistungen gegen Persien oder gegen die osmanische Pforte, Rußland von solchen gegen England oder italienische Staaten ausdrücklich dispensiert. Die geheimen Artikel des Versailler Vertrages waren der russischen Regierung nicht mitgetheilt[1].

Wenige Wochen später, am 22 Januar 1757 a. St., unterzeichneten zu Petersburg Bestucheff und Woronzoff für Rußland, Esterhazy für Österreich eine Convention, welche den Vertrag vom 22 Mai 1746 zu ersetzen bestimmt war.

Wir haben früher gesehen, daß die russische Regierung schon im April des vorigen Jahres den Entschluß gefaßt hatte die Feindseligkeiten gegen Preußen zu eröffnen und Österreichs Mitwirkung dafür in Anspruch nahm, daß es aber den dringenden Vorstellungen von Kaunitz gelang die Vertagung des Angriffsplans auf das nächste Frühjahr zu bewirken. In Folge dessen erhielt die im Marsche begriffene Armee noch vor Mitte Juni Gegenbefehl und es behielt auf Esterhazy's Betrieb dabei auch dann sein Bewenden, als um dieselbe Zeit der sächsische Hof in seiner ersten Sorge vor einem Einmarsche der Preußen auf Grund des Defensivvertrages vom Jahre 1744 russische Truppen sich zum Beistande erbat[2]. Sobald aber die kriegerischen Bewegungen des preußischen Heeres zu Petersburg gemeldet wurden, erließ die Kaiserin Elisabeth am $\frac{4}{15}$ September eine Erklärung, in welcher sie ihren Entschluß kundthat den Einbruch in die Staaten ihrer Verbündeten nicht mit gleichgiltigen Augen ansehn, sondern dem angegriffenen Theile nachdrücklich beistehen zu wollen. Die Entgegennahme fernerer Raten der englischen Subsidien ward von der Hand gewiesen. Damals machte König Friedrich durch Williams einen neuen Versuch Bestucheff zu be-

[1] Martens supplém. III 33—44.

[2] Raumer Beiträge II 405 f. Vgl. o. S. 159 u. 187.

stechen: er bot ihm für seine guten Dienste hunderttausend Thaler. Dies Mittel wirkte. Bestucheff reichte dem englischen Gesandten die Hand und sagte: „von dieser Stunde an bin ich des Königs „Freund, doch sehe ich nicht wie ich ihm jetzt dienen kann. Hätte „ich dies zwei Monate früher gewußt, so möchte sich vieles haben „thun lassen. Aber er hat den Krieg begonnen und nichts kann „die Kaiserin hindern Österreich beizustehn; alle Beschlüsse sind „darüber gefaßt. Es ist wahr, er findet uns etwas unvorbereitet, „und Sie wissen, unsere Bewegungen sind langsam. Ich kann „nicht versprechen jetzt etwas zu thun, weil es außer meiner „Macht liegt, doch mögen Sie dem Könige von Preußen ver„sichern: alles was Mardefeld (der frühere preußische Gesandte) „gegen mich mag unternommen haben, ist vergessen, und ich bin „bereit, sobald sich die Gelegenheit darbietet, dem Könige durch „mehr als bloße Worte zu beweisen daß ich zu seinem Dienste „stehe." Zu dieser Umwandlung Bestucheffs wirkte noch etwas anderes als das preußische Geld, nämlich die geheimen Beziehungen zu der Großfürstin Katharina, welche sich um jene Zeit anspannen und durch die Kränklichkeit der Kaiserin und die Aussicht auf die bevorstehende Thronveränderung genährt wurden. Katharina trug ihre Gesinnungen für König Friedrich von Preußen nicht so zur Schau wie ihr Gemahl der Großfürst Peter, aber gegen den englischen Gesandten misbilligte auch sie das Benehmen des Wiener Hofes gegen England und erklärte, ein Bündniß zwischen England Rußland Holland Preußen und einigen deutschen Fürsten könne allein Europa retten[1].

Aber diese geheimen Einverständnisse und Umtriebe mußten einstweilen vor dem Willen der Kaiserin und ihrem glühenden Hasse gegen Preußen sich verbergen. Bestucheff fuhr fort dem gegenwärtigen Zuge der Politik des Kaiserhofes zu dienen, bis die Stunde der Umkehr komme. Die Klagen der Königin von Polen, Zuträgereien wie die, daß der König von Preußen in Rußland einfallen wolle um Iwan III aus dem Gefängnisse zu befreien und auf den Thron zu setzen, verbitterten die Stimmung

---

[1] 1756 Sept. 28. Williams Bericht b. Raumer II 399 ff.

immer mehr[1], und der österreichische Hof bot alles auf, um für den nächsten Feldzug die russische Regierung zu der kräftigsten Betheiligung am Kriege zu vermögen. So kam am 22 Januar das neue Bündniß zu Stande, zu dem auch Bestucheff seine Unterschrift hergab.

Die Einleitung dieser Convention bezeichnete als besonderen Zweck des Vertrages den König von Preußen zu zügeln: die beiden Kaiserinnen sind entschlossen gegen diesen gemeinsamen Feind, den Störer der öffentlichen Ruhe, ihre Streitkräfte zu verwenden und nicht eher die Waffen niederzulegen als bis man dahin gelangt sei mit göttlicher Hilfe, welche ihre gerechte Sache beschützen werde, ganz Schlesien und die Grafschaft Glatz wieder unter die Herrschaft der Kaiserin Königin zurückzuführen und der Macht jenes Fürsten ausreichende Schranken zu setzen, dessen ungerechte Anschläge keine Schranken kennen. Die Convention besteht aus acht Artikeln. Im ersten bestätigen die Kaiserinnen für sich, ihre Nachfolger Erben Reiche und Staaten den Vertrag vom 22 Mai 1746 und namentlich den vierten Separatartikel desselben, welcher die Grundlage des gegenwärtigen Vertrags bilden soll. Die Kaiserin Königin verpflichtet sich während der ganzen Dauer des Kriegs gegen den König von Preußen wenigstens 80000 Mann regulärer Truppen zu verwenden (Art. II): die Kaiserin von Rußland die gleiche Zahl regulärer Truppen und fünfzehn bis zwanzig Linienschiffe, Fregatten, Bombardiergalioten und mindestens vierzig Galeeren (Art. III). Beide Theile werden einander die genauen Bestände ihrer Armeen mittheilen und zu denselben Generäle abschicken, welche im Kriegsrathe Sitz und Stimme erhalten, und werden den Operationsplan unter einander vereinbaren: und da der König von Preußen dermalen den größten Theil seiner Streitmacht gegen die Armeen der Kaiserin Königin verwendet, verpflichtet sich die Kaiserin von Rußland ihre Armee so rasch wie möglich in die Staaten des gedachten Königs vordringen zu lassen, wogegen die Kaiserin Königin verspricht, in diesem Falle die preußischen Truppen zu

[1] 1756 Oct. 30. Ebend. 403.

beschäftigen um die Operationen der russischen Armee zu unterstützen (Art. IV). Beide Kaiserinnen geloben einander mit ihrem gemeinsamen Feinde dem Könige von Preußen ohne beiderseitiges Einvernehmen keinen Waffenstillstand noch Frieden zu schließen, sondern vielmehr den Krieg fortzusetzen, bis die Kaiserin Königin in den friedlichen Besitz von ganz Schlesien und der Grafschaft Glatz wieder eingetreten und die Wiederbesitznahme ihrer Staaten ihr durch einen feierlichen Friedenstractat gewährleistet ist, den die Kaiserin von Rußland garantiert (Art. V). Da die Ruhe von Europa nimmermehr sichergestellt werden kann, sobald man nicht dem Könige von Preußen die Mittel nimmt sie zu stören, werden die Kaiserinnen alles aufbieten um der Menschheit diesen Dienst zu leisten und zu diesem Zwecke sich mit allen Mächten vereinigen, bei denen sie dieselben Gesinnungen voraussetzen dürfen (Art. VI). Da nicht alle zu diesem Zwecke nothwendigen Maßregeln sich im voraus festsetzen lassen, versprechen die Kaiserinnen einander in allem was auf diese Übereinkunft Bezug hat im Einverständniß zu handeln und sie mit der Genauigkeit und dem Eifer zu erfüllen, den durch Interesse und Freundschaft eng verbundene Mächte einander schuldig sind (Art. VII). Die Ratification soll spätestens binnen zwei Monaten erfolgen; inzwischen sollen die bereits ergriffenen Maßregeln und die aus dieser Übereinkunft sich ergebenden keinen Aufschub erleiden (Art. VIII).

Dem Vertrage sind vier Separatartikel und ein geheimer Separatartikel angehängt. Der erste behält den Beitritt anderer Mächte, insbesondere, wenn er ihn wünscht, des Königs von Frankreich vor. Der zweite bezieht sich auf Schweden. Beide Kaiserinnen werden dahin wirken daß der König von Schweden mit seinen Truppen zu der Erniedrigung des Königs von Preußen mitwirkt, und verpflichten sich in diesem Falle ihm reelle Vortheile, entsprechend dem Antheile welchen er an dem Kriege nehmen wird, zu verschaffen. Nach demselben Grundsatze wird man gegenüber dem Kopenhagener Hofe verfahren. Der dritte Artikel bestimmt, daß, obwohl der König von Polen und Kurfürst von Sachsen durch den Treubruch des Königs von Preußen fast außer Stande ist, seinen Verpflichtungen nachzukommen und

demgemäß zu dem Plane der Erniedrigung des Königs von Preußen beizutragen und mitzuwirken, die beiden Kaiserhöfe dennoch alles daran setzen wollen um ihm nicht allein wieder zum Besitze seines Kurfürstenthums zu verhelfen, sondern ihm auch auf Kosten des Königs von Preußen eine angemessene Entschädigung zu verschaffen. Der vierte Artikel enthält Vorbehalte in Betreff der Anwendung der französischen Sprache in diesem Vertrage. In dem geheimen Separatartikel endlich verpflichtet sich die Kaiserin Königin statt der in dem vierten geheimen Separatartikel vom 22 Mai 1746 bestimmten Summe von zwei Millionen Gulden an die Kaiserin von Rußland jährlich, so lange der Krieg dauert, eine Million Rubel zu bezahlen, und zwar 500000 Rb. nach Auswechslung der Ratificationen und 500000 Rb. sechs Monate später und so fort praenumerando in halbjährigen Raten. Dafür verzichtet die Kaiserin von Rußland auf jede weitere Geldforderung an die Kaiserin Königin[1].

Aus dem österreichisch-russischen Allianztractate spricht der Haß gegen Preußen bitterer als es bei Staatsverträgen sonst der Fall zu sein pflegt, und wenn auch, wie es in einem späteren Vertrage heißt, aus höheren Gründen der Theilungsplan noch nicht förmlich festgestellt ward, so war doch alles darauf angelegt unter möglichst allseitiger Mitwirkung der europäischen Mächte den preußischen Staat zu erniedrigen und zu zerstückeln. Daß damit auch Deutschland zerstückelt und in fremde Hände veräußert ward, war eine Erwägung die vor den Interessen des habsburgischen Hauses schweigen mußte. Das nächste war daß bei dem deutschen Reichstage in der Person des Hofraths von Büttner ein russischer Ministerresident beglaubigt wurde, eine Neuerung, welche zu Regensburg nicht geringes Aufsehen und Kopfschütteln verursachte[2].

Die Subsidien, welche der österreichische Hof den Russen versprach, waren so beträchtlich, daß um sie zu zahlen er des Beistands von Frankreich bedurfte; ein Grund mehr den so lange

---

[1] S. den Vertrag Beil. I 5.

[2] Huschberg-Wuttke S. 132, 16.

schon verhandelten und in seinen Grundzügen festgestellten geheimen Allianzvertrag endlich zum definitiven Abschlusse zu bringen. Ehe man jedoch dazu gelangte mußten sich die Höfe von Wien und Versailles erst über den Plan der Kriegführung verständigen, was wider Erwarten nicht geringe Schwierigkeiten machte. Denn die verschiedenen Interessen Frankreichs und Österreichs machten bis zu einem gewissen Grade selbst im Cabinette Ludwigs XV ihr Recht geltend und die österreichische Regierung war sich dessen zu wohl bewußt, daß die neue Allianz nur von dem Willen des Königs und der Pompadour und ihres Anhangs getragen wurde, im Widerspruch mit den Gesinnungen des Volkes und des Heeres und der erfahrenen Staatsmänner, als daß sie durch entschiedenes Festhalten selbst berechtigter Forderungen die ohnehin starke Opposition gegen den Continentalkrieg noch hätte verstärken mögen.

Wir haben erzählt, daß Maria Theresia nach Eröffnung der Feindseligkeiten im September 1756 den Zuzug des französischen Hilfscorps von 24000 Mann begehrte und daß der französische Hof Anstand nahm diese dem Vertrage von Versailles vollkommen entsprechende Forderung zu gewähren[1]. So einstimmig war die Generalität und der Hof, daß selbst der Unterhändler des Vertrags, Graf Bernis, sein Werk preisgab. „Nichts würde uns „mehr in Abhängigkeit versetzt haben," äußerte er in einem vertraulichen Briefe, „als unser Truppencorps in Böhmen oder Mäh„ren; das hieß dem Wiener Hofe 24000 Geiseln zu seiner Ver„fügung stellen, statt daß wir am Rheine unsere eigenen Herren „sind."

So stand es denn in den herrschenden Kreisen fest, daß wenn Frankreich nach dem Willen des Königs sich am Continentalkriege betheilige, es als selbständige Macht eingreife und seine Waffen nicht bloß gegen Preußen, sondern auch gegen Hannover richte.

---

[1] S. o. S. 220. Corresp. du Card. de Bernis. Londr. 1790 II 24 f. Bernis an Par. du Verney, Fontainebleau d. 18 Oct. 1756. Das folgende nach Stuhr Forsch. I 75 ff. u. Mouvements des armées du Roy pendant l'année 1757. I 25 ff.

Im October ward der Herzog d'Estrées nach Wien gesandt um die französischen Entwürfe dem österreichischen Cabinette annehmbar zu machen. Seine Instructionen wiesen ihn an dasselbe zu überzeugen, daß es unnütz und nachtheilig sei 24000 Mann nach Mähren zu entsenden, welche zweckmäßiger zu einem directen Angriffe auf den Feind zu verwenden seien. Statt dessen sei der König von Frankreich bereit als Garant des westfälischen Friedens sich mit einem Heere von 80—90000 Mann am Kriege zu betheiligen, und zwar solle eine Armee von 50—60000 Mann sich am Rheine sammeln und gegen die rheinisch-westfälischen Besitzungen des Königs von Preußen und gegen die Armee, welche der König von England aufstelle, ins Feld ziehen; andere 30000 Mann sollten von den Grenzen Flanderns aus die österreichischen Niederlande decken und die Holländer in der Neutralität erhalten. Überdies wollte Frankreich den König von Schweden ebenfalls als Garanten des westfälischen Friedens dazu vermögen von Pommern aus die preußischen Staaten anzugreifen.

Maria Theresia und Graf Kaunitz waren mit diesen Vorschlägen durchaus nicht einverstanden. Sie mochten sich nicht entschließen den Vortheil, welcher ihnen im Vertrage von Versailles zugestanden war, Frankreich als Subsidiarmacht zu benutzen, aus der Hand zu geben um die lästige Bürgschaft des westfälischen Friedens zu verstärken und die Franzosen als selbständige Macht im Reiche handeln zu lassen. Auch besorgten sie, wenn Frankreich mit Hannover seinen Zweck erreiche, werde es zum Kriege mit Preußen keinen großen Eifer mehr zeigen. Deshalb stellte Kaunitz in einer Denkschrift vom 27 November einen doppelten Gegenvorschlag auf. Entweder möge der König von Frankreich dem Königreich Hannover und dessen Söldnern Neutralität anbieten: werde diese angenommen, so billige die Kaiserin Königin, daß die französische Armee sich vom Niederrheine her der preußischen Lande bemächtige und alsdann über die Weser gegen Magdeburg vorrücke. In dem Falle aber, daß ein Neutralitätsvertrag nicht zu Stande komme, beantragte der kaiserliche Hof, daß das französische Observationscorps gegen die Niederlande und die norddeutschen Fürstenthümer am Rheine aufgestellt

werde, und daß außerdem noch im Februar königliche Truppen in der Stärke von 40000 Mann über den Oberrhein durch Schwaben und die Oberpfalz und das Vogtland nach Sachsen marschierten. Die Kaiserin werde dieses Corps mit 10000 Mann verstärken und ihm Unterstützung und Rückhalt gewähren, indem sie zu gleicher Zeit den König von Preußen mit 110000 Mann bedrängen lasse.

Nach reiflicher Berathung des dazu niedergesetzten Comités, in welchem Belleisle's Stimme von besonderem Gewichte war, wurde am 12 December von dem französischen Hofe die Antwort auf die österreichischen Vorschläge erlassen. Zwar in die Neutralität von Hannover willigte das Cabinet von Versailles unter der Bedingung, daß den französischen Truppen gegen Bezahlung für ihren Unterhalt freier und ungehinderter Durchmarsch durch das Kurfürstenthum zugesichert werde; jedoch könne Frankreich Hannover keine Anträge machen, sondern lege die Verhandlung darüber ganz in die Hand des österreichischen Hofes. Dagegen ward der Vorschlag mit 40000 Mann durch das Vogtland in das Kurfürstenthum Sachsen vorzudringen aus militärischen Gründen entschieden abgelehnt. Denn der König von Preußen sei der Gebirgspässe Herr und werde von seiner Centralstellung aus sich mit gesamter Macht auf das französische Heer werfen ehe die Österreicher diesem zu Hilfe kommen könnten; überdies werde die Verpflegung der Armee im Vogtlande sehr schwierig sein. Die vertragsmäßigen 24000 Mann könnten spätestens Anfangs März marschieren und über Pilsen oder Eger zum österreichischen Heere stoßen. Außerdem aber gedenke der König von Frankreich der Kaiserin durch eine größere Armee im Norden beizustehen; er sei nämlich bereit 60000 Mann französischer Truppen, ungerechnet die leichten Truppen und die deutschen Söldner, an der Maas und am Niederrhein aufzustellen um nach Befinden von dort später zum Angriff überzugehen. In diesem Gegenvorschlage war zum Scheine zwar die Bereitwilligkeit ausgesprochen, das vertragsmäßige Hilfscorps nach Böhmen zu schicken, aber nichtsdestoweniger stand der Entschluß fest, daß es nicht geschehen solle. Dies hätte bei der herrschenden Stimmung die Pompadour selbst

dem Heere nicht zu bieten gewagt. Vielmehr ward d'Estrées an demselben Tage, an welchem die Denkschrift ausgefertigt wurde, dahin instruiert, daß es die Absicht des Königs sei das Heer am Niederrhein auf 85000 Mann zu bringen, dafür aber von der Stellung des Hilfscorps entbunden zu werden.

Kaunitz verbarg seine Verstimmung über die französischen Entwürfe nicht. Sowohl in mündlicher Verhandlung als in einer neuen Denkschrift vom 4 Januar 1757 nahm er die Stellung der 24000 Mann französischer Hilfstruppen in Anspruch und sprach den Wunsch der Kaiserin aus, daß dieselben sich schon im Februar in Marsch setzen möchten. Dieses französische Corps sollte mit 150000 Österreichern vereint gegen Sachsen operieren; gegen die Lausitz und Schlesien wolle die Kaiserin andere 100000 Mann aufbringen, mit denen die Russen sich vereinigen würden. Die französische Hauptarmee von 60000 Mann werde zweckmäßiger sich am Main und Rhein versammeln; dort könnten österreichische und Reichstruppen, etwa 36000 Mann, sich an sie anschließen.

Schon am 6 Januar erwiederte d'Estrées die österreichische Denkschrift mit dem Gegenvorschlage, daß das französische Hilfscorps von 24000 Mann an den Main rücke und im weiteren Vorgehen sich bei Erfurt mit 36000 Mann österreichischer und Reichstruppen vereinige. Zugleich solle die französische Hauptmacht Hannover zur Neutralität nöthigen und alsdann in zwei Abtheilungen gegen Halberstadt und gegen Halle vordringen. Hier würden von Erfurt her, während das Reichsheer im Rückhalte bleibe, jene 24000 Mann sich mit ihr vereinigen und die Preußen über die Elbe werfen. Dieser Entwurf hatte die Neutralität Hannovers zur Voraussetzung. Für den Fall dagegen, daß Hannover nicht neutral bleibe, erklärte d'Estrées, werde der Kaiserin die bei Erfurt vereinigte Armee zur Verfügung stehen, während die französische Hauptarmee den Kurfürsten von Hannover in Schach halte und im September die Belagerung von Wesel unternehme.

Damit war wiederum die wesentlichste Forderung der Kaiserin beseitigt, die Mitwirkung der 24000 Mann Franzosen zu

dem Angriffe des österreichischen Heeres auf Sachsen, und große Dinge für den Fall der Neutralität von Hannover versprochen, an deren Zustandekommen weder d'Estrées noch die französische Regierung ernstlich glaubte. Die wahre Meinung sagte d'Estrées einige Tage später gerade heraus, daß wenn der österreichische Hof auf seinen Forderungen beharre, er auf das Vorrücken der französischen Truppen über den Rhein nicht rechnen dürfe.

Die Sache war nicht zu ändern. Wollte Maria Theresia Frankreichs Beistand gewinnen, so mußte sie sich den Bedingungen fügen, unter denen er ihr gewährt wurde. Demnach verzichtete Österreich vorläufig auf die Stellung des französischen Hilfscorps: dafür sollten aber wenn Hannover nicht neutral bleibe, zum kaiserlichen Heere 6000 Würtemberger und 4000 Baiern stoßen, welche der König von Frankreich in Sold nehmen wollte. Die französische Hauptarmee sollte auf 105000 Mann gebracht werden und vom Niederrheine gegen die Elbe vordringen. Im Falle der Neutralität von Hannover sollten 70000 Mann unverzüglich auf Magdeburg rücken und diese Festung belagern; 35000 Mann sollten Wesel einschließen. Komme die hannoversche Neutralität nicht zu Stande, so werde die französische Armee im April die Belagerung von Wesel unternehmen und nach Einnahme dieses Platzes bis zum 10 Juli über die Weser gehen und an die Elbe vorrücken. Zur Belagerung von Magdeburg versprach die österreichische Regierung das schwere Geschütz zu liefern. Man nahm als selbstverständlich an, daß diesem Unternehmen die Vertreibung der Preußen aus Sachsen vorausgegangen sein müsse, so daß die Elbe für die Transporte zur Verfügung stehe. Zur französischen Armee sollten vier Bataillone österreichischer Infanterie und künftig noch zwei Husarenregimenter stoßen. Nach einer späteren Übereinkunft sollten die eroberten Gebiete nach Verhältniß der dabei verwandten Truppenzahl unter beide Mächte getheilt werden, das militärische Commando aber dem Theile verbleiben, welcher die Eroberung gemacht und in die Waffenplätze Besatzung gelegt hätte. Über die Rang- und Dienstverhältnisse der combinierten Truppen ward am 25 Februar eine Convention von d'Estrées und dem Grafen

Neipperg, dem Präsidenten des Hofkriegsraths unterzeichnet, in welcher bestimmt ward, daß der Befehlshaber der schwächeren Armee, auch wenn er im Range höher stehe, stets die zweite Stelle einzunehmen habe; im übrigen sollte das Dienstalter über den Vorrang entscheiden[1].

Nachdem hiemit der Zweck der Sendung im wesentlichen erreicht war, verließ d'Estrées, jüngst zum Marschall von Frankreich befördert, am 1 März Wien um den Oberbefehl über die französische Armee in Deutschland zu übernehmen.

Nunmehr zögerte der französische Hof nicht länger im Reiche seinem Einverständnisse mit Österreich gemäß zu handeln. Die früheren Verträgen gemäß von den Kurfürsten von Köln und von der Pfalz zu liefernden Söldner, von jenem 1800, von diesem 6000 Mann[2], wurden eingefordert und von dem letzteren am 28 März zugleich mit dem Abschluß einer Convention über die Besetzung von Düsseldorf durch französische Truppen eine französische Garantieacte übergeben, durch welche der Kurfürst für den Wegfall der am 24 December 1741 gewährten preußischen Verzichtleistung auf Berg und Jülich gesichert werden sollte[3]. Am 29 März ward die französische Militärconvention mit dem Kurfürsten von Baiern, am 30 mit dem Herzoge von Würtemberg unterzeichnet und zwar sollten die Miethstruppen so bald wie möglich nach Böhmen marschieren. Baiern lieferte vier Regimenter jedes zu tausend Mann zur alleinigen Verfügung des Königs von Frankreich und empfieng für jedes Regiment in Friedensjahren 64473 fl., in Kriegsjahren 78507 fl. Der Kurfürst verpflichtete sich die Regimenter vollzählig zu erhalten. Zur Montierung ward aller drei Jahre im Frieden, aller zwei Jahre im Kriege für jedes Regiment die Summe von 20000 fl. gezahlt. Wenn der König das Truppencorps nicht mehr verwendet, ist er nach der Rückkehr desselben in das Kurfürstenthum zu keiner weiteren Zahlung verpflichtet: indessen wird er noch für einen

---

[1] Vgl. T. Kriegs-Canzley 1757 I 769.
[2] Stuhr Forsch. I 104.
[3] Koch-Schöll III 38 f. 126 ff. m. d. Datum d. 2 März.

ferneren Monat die Zahlung leisten. Im Falle der Kurfürst seine Armee durch neue Aushebungen um vier Regimenter jedes zu tausend Mann verstärkt, wird der König ihm ein für allemal 193312 fl. auszahlen. In Verfolg dieser Bestimmung übernahm der König von Frankreich durch einen neuen Vertrag vom 31 Juli 1757 fernere 2800 Mann bairischer Truppen gegen ein Jahrgeld von 219819 fl. 36 Xr. und anderweite Zahlungen für Mobilmachung, Ersatzmannschaften und Montierung[1].

Herzog Karl Eugen von Würtemberg bezog schon seit 1752 325000 L. an französischen Jahrgeldern[2]. In den neuen Subsidienvertrag, nach welchem er sich verpflichtete fünf Regimenter jedes zu tausend Mann zu stellen, wurden dieselben Zahlungssätze aufgenommen, welche der bairische Vertrag vom 29 März enthält, und außerdem zur Mobilmachung für jedes Regiment 48328 fl. bewilligt. Aber ein geheimer Artikel erhöhte die Zahlung für je 1000 Mann in Friedensjahren auf 69473 fl. und in Kriegsjahren auf 83507 fl.; überdies sollten die Zahlungen noch vier Monate nach der Entlassung des Hilfscorps fortgesetzt werden[3].

Der bairische Subsidientractat mit Frankreich erregte kein Befremden. Der früher mit England und Holland eingegangene Vertrag war im vorigen Jahre abgelaufen und die Seemächte hatten keine Neigung bezeigt Zahlungen, von denen sie nicht den mindesten Nutzen zogen, über den einmal bestimmten Termin hinaus fortzusetzen. Ohne fremde Zuschüsse glaubte aber damals der bairische Hof nicht bestehen zu können. Daher hatte Kurfürst Maximilian Joseph bei Zeiten sich dem Hofe von Versailles angetragen und dessen vorläufige Zusage empfangen. Die

---

[1] S. die Conventionen mit Baiern in Murhard-Martens nouveau suppl. au recueil de traités. 1839. II 613—624.

[2] Die an Baiern und Würtemberg sowie an Kurköln, Kurpfalz u. a. geleisteten Zahlungen s. Meiners u. Spittler, n. Götting. hist. Magazin 1794 III 332—338. Über Würtemberg vgl. Stadlinger Gesch. des würtemb. Kriegswesens 1856 S. 402 ff.

[3] Eine Copie des Vertrages befindet sich in der Ambassade de Mr. de Choiseul à Vienne T. III (Kaiserl. Bibliothek zu Paris. Manuscr. suppl. franç. nr. 7134).

Unterzeichnung des Vertrags ward verschoben bis man sich mit dem Wiener Hof geeinigt hätte, aber die französischen Zahlungen hatten schon im September 1756 begonnen. Der Kurfürst folgte mit diesem Bündnisse dem längst hergebrachten Zuge des Wittelsbachischen Hauses, um so leichteres Herzens, da die großen katholischen Höfe einig waren. Des früheren Widerstreits zwischen Baiern und Österreich ward dazumal so wenig beim Heere als bei der Bevölkerung gedacht. Angesehene Beamte und der Beichtvater des Kurfürsten standen im Solde des französischen Hofs.

Nicht so gleichgiltig nahmen die protestantischen Würtemberger den neuen Dienstvertrag ihres Landesfürsten mit Frankreich hin. Sie erblickten damals in Preußen eine Stütze der evangelischen Kirche gegen die katholischen Mächte, und es rief unter ihnen den bittersten Unwillen hervor daß ihr liederlicher Herzog, um seinen zerrütteten Finanzen aufzuhelfen, die würtembergischen Truppen zum Kriege gegen Friedrich den großen an Frankreich verdang. Des Herzogs Bruder Friedrich Eugen diente nach wie vor im preußischen Heere und that sich unter dessen Generalen rühmlichst hervor.

Um dieselbe Zeit wie diese Soldverträge mit deutschen Fürsten, am 21 März 1757, ward zu Stockholm auch eine französisch-schwedische Allianz gegen Preußen abgeschlossen, welche König Adolf Friedrich als willenloses Werkzeug seines Reichsrathes genehmigen mußte. Den adligen Machthabern war es mit ihrem Hasse gegen den Bruder ihrer Königin bitterer Ernst: schon im vorigen Jahre berichtet der englische Gesandte aus Stockholm: „es gibt nichts so arges was man hier nicht vom „Könige von Preußen sagte. Daß er Englands verbündeter ist „erhöht seine Schuld und man triumphiert im voraus, daß sich „Rußland wider ihn erklären werde[1]." Es verstand sich daher von selbst, daß die am 22 November von Preußen gestellte Forderung, Schweden möge der im westfälischen Frieden für das Herzogthum Magdeburg übernommenen Garantie nachkommen, stolz abgewiesen wurde, und daß die schwedische Regierung auf

[1] Raumer Beitr. II 401 f. (vom 24. Sept. 1756).

die bis zum Mai 1757 mit Preußen geschlossene Defensivallianz, welche vor wenig Jahren als ein wichtiger Schutz Schwedens gegen Rußland gegolten hatte, keine Rücksicht nahm.

Der neue Vertrag der Kronen Frankreich und Schweden kam um so leichter zu Stande, da diesmal der französische Einfluß durch den russischen verstärkt wurde. Schweden verpflichtete sich damit, unter Bezugnahme auf die bereits an den schwedischen Minister auf dem Regensburger Reichstage erlassenen Weisungen, die Garantie des westfälischen Friedens mit Frankreich vereint zu leisten. Im Falle Schweden von Preußen nicht angegriffen werde, garantierte Frankreich der Krone Schweden den Besitz von Pommern in den Grenzen des Stockholmer Vertrages von 1720, unter Abstellung aller von Schweden auf Grund desselben gegen Preußen erhobenen Beschwerden. Erfolge aber ein Angriff von preußischer Seite, so versprach Frankreich Schweden in den Besitz von Pommern gemäß dem Vertrage von St. Germain en Laye vom Jahre 1679 zu setzen. Im Falle der Betheiligung am Kriege verpflichtete sich Schweden ohne Zustimmung des Königs und der Kaiserin Königin, welcher der Beitritt zu diesem Vertrage offen gehalten wurde, sich mit Preußen nicht zu vergleichen[1].

Der schwedische Reichsrath stand längst im Solde Frankreichs und hatte die Zusage eines neuen Subsidienvertrags; daher schämte er sich nicht mit den Überlieferungen schwedischer Politik zu brechen und sich den alten Feinden Schwedens, Rußland und Österreich, beizugesellen um die einzige protestantische Monarchie auf dem Festlande zu verderben. Es war geradezu ein Verrath an den Landesinteressen, daß die regierenden Herren die Eroberung Preußens durch die Russen begünstigten, statt diesen tödlichen Schlag gegen die Freiheit des Nordens, wie der dänische Minister Bernstorff ihn mit richtiger Erkenntniß bezeichnete, aus allen Kräften abzuwehren. Das Volk war unwillig über den Krieg gegen Friedrich II, „unsern Mitbruder", wie er als Bruder der schwedischen Königin genannt ward, aber eingeschüchtert und ohne Führer wie es war regte es sich nicht.

[1] Koch-Schöll III 34 ff.

Für die katholischen Mächte war der nächste Gewinn von der schwedischen Allianz die Spaltung der Protestanten: sie konnten um so leichter den Schein von sich abwenden, als sei der Protestantismus bedroht. Aus demselben Grunde, weil damit die Neutralität von Holland und Dänemark gesichert werde und ein Bund der protestantischen Staaten nicht mehr zu fürchten sei, war die französische Regierung mit der Neutralität von Hannover einverstanden[1].

Mit Schweden und Frankreich verhandelte auch Herzog Friedrich von Mecklenburg-Schwerin, dessen Beschwerden über preußische Übergriffe keine Erledigung gefunden hatten. Denn eine am 1 August 1756 zu Regensburg von dem preußischen und dem mecklenburgischen Gesandten unterzeichnete Übereinkunft war in Folge des ausbrechenden Krieges von König Friedrich II nicht ratificiert worden. Am 1 April ward zu Schwerin von Champeaux, dem französischen Abgesandten beim niedersächsischen Kreise, und den großherzoglichen Ministern das französische Bündniß unterzeichnet, in welchem Frankreich für die Streitigkeiten des Herzogs mit seinen Nachbarn, insbesondere mit den Königen von England und Preußen in Betreff der an sie verpfändeten mecklenburgischen Ämter, seine guten Dienste versprach. In einem Separatartikel ward die Erklärung niedergelegt, daß wo in dem Vertrage von Feinden Seiner Allerchristlichsten Majestät und ihrer Verbündeten die Rede sei, unter diesem Ausdruck die Könige von England und von Preußen sowohl in ihrer Eigenschaft als Könige wie als Kurfürsten zu verstehen seien, und alle welche sich mit ihrer Partei verbinden[2]. Dieser für Mecklenburg höchst gefährlichen Politik schloß sich der besser berathene Herzog Adolf Friedrich von Strelitz nicht an, sondern gab seinem Abgeordneten auf dem Reichstage die Weisung sich in allen Dingen nach den Schritten von Kurbraunschweig zu richten[3].

---

[1] Corresp. du Card. de Bernis II 34 f.

[2] S. den Vertrag Beil. I 6.

[3] Buchholz Gesch. d. Churmark Brandenburg VI 238. Vgl. Boll Gesch. Mecklenb. II 304.

Wie zu Schwerin so waren die französischen Agenten auch an andern Orten geschäftig die Reichsstände gegen Preußen und Hannover aufzubieten. Zu diesem Ende reiste seit dem December der bei dem Kurfürsten von Baiern und dem fränkischen Kreise beglaubigte Chevalier Hubert de Folard, ein Neffe des berühmten Militärschriftstellers, in außerordentlicher Mission bei den einzelnen Höfen umher. Von preußischer Seite suchte man theils durch Rundschreiben[1] theils durch besondere Missionen seinen Einflüsterungen entgegen zu wirken. Am meisten war den verbündeten Mächten daran gelegen den Landgrafen von Hessen-Cassel dahin zu bringen den mit England geschlossenen Vertrag zu brechen. Folard kam am 19 Januar nach Cassel und bot dem Landgrafen die vortheilhaftesten Bedingungen, wenn er seine Truppen in den Sold des Königs von Frankreich geben und mit ihm und seinen Alliirten auf dem Reichstage und in allen andern Beziehungen Hand in Hand gehen wolle. Dagegen drohte er für den Fall der Weigerung mit den härtesten Maßregeln, welche die beiden zum Einmarsch in Deutschland bestimmten französischen Armeen gegen die Landgrafschaft vollstrecken würden. Der alte Landgraf ließ sich jedoch nicht einschüchtern, sondern hielt trotz seines Unmuths über die Unthätigkeit Georgs II an der einmal ergriffenen Partei unerschütterlich fest und wies die französischen Anträge höflich aber entschieden zurück, mit der Erklärung daß gegenüber dem gewaltsamen und verfassungswidrigen Verfahren des kaiserlichen Hofes dem Reiche allein mit der vergebens beantragten Friedensvermittelung gedient sein könne[2]. Er beharrte dabei auch dann, als ihm französischerseits das Anerbieten gemacht wurde den Rest seiner Truppen in Sold zu nehmen, ohne daß er behindert sein solle, das Corps welches in englischem Solde stehe auch ferner darin zu belassen, unter der Bedingung daß es in England verbleibe[3]. Nicht bessern Er-

[1] 1757 Jan. 15. Berlin. Schreiben des Cabinetsministeriums an die Geheimenräthe zu Gotha Braunschweig Cassel Stuttgart Baireuth Anspach.

[2] Febr. 3. Cassel. Landgraf Wilhelm an den König von Preußen. Beil. II 61.

[3] 1758 Mai 6. Haag. Mittheilung aus dem Berichte des holländischen

folg hatten die den Herzögen von Sachsen-Gotha und Braunschweig gemachten Anerbietungen.

Im März überschritten die französischen Truppen die Grenzen Deutschlands. Nun zögerten Frankreich und Schweden nicht länger sich als Garanten des westfälischen Friedens auf dem Regensburger Reichstage vernehmen zu lassen. Frankreich war an demselben seit dem Januar durch den Bürgermeister von Straßburg, von Mackau, vertreten: der schwedische Reichstagsgesandte war Baron von Greiffenheim. Diese übergaben im Namen ihrer Souveräne am 30 März zwei gleichlautende vom 14 März datierte Erklärungen in lateinischer Sprache, Mackau dieselbe auch französisch, des Inhalts daß die beiden Könige als Garanten der westfälischen Friedenstractate alle in ihrer Macht stehenden Kräfte anwenden wollten, um den Lauf der das deutsche Reich verwüstenden Drangsale zu hemmen, den Beschädigten Erstattung zu verschaffen, namentlich die Gerechtsame der drei im Reiche befestigten Religionen zu handhaben und damit endlich überhaupt die deutsche Freiheit wider alle Eingriffe sicher zu stellen[1].

Am 26 April kam eine zweite vom 20 März datierte Erklärung der französischen Regierung zum Vortrag, nämlich die Anzeige des Einmarsches französischer Truppen in Deutschland, welcher auf Grund der Requisition der von Preußen angegriffenen und bedrohten Reichsstände und der Kaiserin Königin erfolge um mit den Reichsständen und besonders mit dem Könige von Schweden dahin beizutragen, daß die Beobachtung des öffentlichen Friedens und insonderheit die Freiheit der drei im Reiche garantierten Religionen behauptet, den Bundesgenossen Sr. Majestät Genugthuung verschafft und endlich die Ordnung und die Ruhe in Deutschland hergestellt werde. Um die protestantischen Reichsstände zu beruhigen ward die Versicherung hinzugefügt, daß der Vertrag von Versailles weder directe noch indirecte Verabredungen wider

Gesandten Berckenrode über seine Unterredung mit Bernis vom 30 April 1758. Vgl. d. Betragen S. Allerchristl. Majestät. Kriegs-Canzley 1758 III S. 20.

[1] Ges. Nachr. u. Urk. 1758 S. 535 ff.

die protestantische Religion enthalte. Auch ward auf die von der Kaiserin dem Könige von England für seine deutschen Staaten angebotene Neutralitätsconvention Bezug genommen, zu welcher der König, mehr von dem Unglück des Reiches als von dem Gefühl einer gerechten Rache bewegt, seine Einwilligung gegeben habe[1].

Preußen antwortete auf die französischen und schwedischen Erklärungen durch Gegendeclarationen vom 14 April, welche wiederum von Kurmainz zur Reichsdictatur nicht zugelassen und daher von Plotho durch den Druck bekannt gemacht wurden. Der König von Preußen berief sich darauf, daß von seiner Seite den Reichsconstitutionen kein Eintrag geschehen sei, sondern daß er nothgedrungen, um der auf dem Ausbruch gestandenen Gefahr zuvorzukommen und zur Rettung und Vertheidigung seiner rechtmäßigen Besitzungen wider Willen die Waffen ergriffen habe, und wiederholte die Erklärung, daß er nichts zu acquirieren gedenke, sondern sobald ihm für seine Staaten die nöthige Sicherheit verschafft sei, die sächsischen Lande unverzüglich räumen werde. Er verwahrte sich dagegen, daß die von ihm ergriffenen Maßregeln nach den Absichten seiner Feinde ausgelegt würden, und sprach die Erwartung aus, daß der König von Frankreich die Garantie des westfälischen Friedens zu Gunsten des königlichen Kurhauses ausüben und sich nicht minder der im XXII Artikel des Aachner Friedens von 1748 zugesicherten Garantie des preußischen Besitzes von Schlesien und der Grafschaft Glatz erinnern werde. Was den Religionszustand betreffe, so sei es reichskundig, daß von Seiten der katholischen Stände wohl schwerlich das geringste Gravamen mit Grunde gegen die evangelischen anzuführen sein dürfte, und daß also diese sich ebenfalls der Garantie gegen die Bedrückung und Eingriffe der katholischen zu versprechen haben würden, indem die evangelischen Stände die fast unzählbaren Gravamina, darunter die in den österreichischen Erblanden gegen die Evangelischen bisher vorgenommenen äußersten Bedrückungen, ganz unerledigt sähen. Was die Freiheit und Vorrechte der Reichs-

---

[1] Ges. Nachr. u. Urk. 1758 S. 766 ff. Kriegs-Canzley 1757. II 433.

stände anbelange, so ward darauf hingewiesen daß der Wiener Hof fortfahre das den Reichsständen zustehende Recht des Kriegs und des Friedens und der daraus fließenden Neutralität zu vereiteln, freie Reichsstände durch die nach Willkür verlangten Contingente und ausgeschriebene Römermonate contribuabel zu machen und die nicht consentierenden mit Execution zu bedrohen. Der Krone Schweden wurden in der im wesentlichen gleichlautenden Gegendeclaration noch besonders die Garantie von Magdeburg, die noch nicht erloschene Defensivallianz und gegenseitige Garantie der beiderseitigen Staaten und ihre Pflichten als Mitglied des Corpus Evangelicorum vorgehalten, in welcher Eigenschaft sie sowohl die hessischen Religions-Reversalien garantiert als an den Beschwerden wegen der in den österreichischen Erblanden verfolgten evangelischen Unterthanen theilgenommen habe. Schließlich erklärte der König von Preußen, wenn die Krone Schweden die Remedur von besagten gegen den westfälischen Frieden offenbar angehenden Beschwerden und Eingriffe im Auge habe, so werde Preußen nebst andern patriotischen Reichsständen einer solchen auf feste Begründung des echten deutschen Reichssystems gerichteten Absicht nach allen Kräften willigst die Hand bieten[1].

So ward mit Erklärungen und Gegenerklärungen gestritten, während von allen Seiten die fremden Heere gegen die deutschen Lande heranzogen. Im Anfange des Monats April giengen die Franzosen über den Rhein. Zu dieser Zeit wurden auch die Verhandlungen über die hannöversche Neutralität wieder aufgenommen. Am 26 April übergab Graf Colloredo zu London dem hannöverschen Minister von Münchhausen einen von Starhemberg mit dem französischen Ministerium vereinbarten Entwurf eines Neutralitätsvertrags in zwölf Artikeln. Danach sollte das Kurfürstenthum Hannover vollkommene Neutralität beobachten und weder seine eigenen noch seiner Verbündeten Truppen gegen die Kaiserin und ihre Verbündeten verwenden: dagegen würden diese nichts gegen die Staaten des Kurfürsten unternehmen. Der Kurfürst sollte unter keinem Vorwande weder

---

[1] Ges. Nachr. u. Urk. 1758 S. 747 ff. Kriegs-Canzley 1757. II 427.

direct noch indirect den König von Preußen mit Geld oder Mannschaft unterstützen noch seine Truppen in Deutschland und irgend einem der Staaten der Kaiserin Königin weder für den König von Preußen noch gegen die Kaiserin und ihre Alliirten dienen lassen. Der Kurfürst sollte sich verpflichten den Truppen der Kaiserin und ihrer Alliirten den unschädlichen Durchmarsch (transitus innoxius) durch seine Lande links von der Aller zu gewähren, die Stadt Hannover ausgenommen. Die Stadt und Festung Hameln soll der Kaiserin oder den Garanten dieser Convention oder einem mit der Kaiserin verbündeten Reichsfürsten in Verwahrung gegeben werden, mit der Bestimmung, daß den kaiserlichen und verbündeten Truppen die Freiheit bleibt durch die Stadt zu marschieren, darin zu verweilen, Magazine anzulegen u. s. w. Der Kurfürst verpflichtet sich Brücken und Heerstraßen in gutem Stande zu erhalten: den Aufwand für neu anzulegende Brücken bestreiten die Verbündeten. Der Kurfürst darf keine Vermehrung in seinen Truppen vornehmen: über die Quartiere und Garnisonen, in welche dieselben zu vertheilen sind, wird eine besondere Übereinkunft Bestimmung treffen. Sollte das Kurfürstenthum von irgend einer Macht angegriffen werden, so werden die Kaiserin und ihre Verbündeten es vertheidigen. Die Kaiserin wird Rußland und Dänemark auffordern die Convention zu garantieren: sie soll für die ganze Dauer des österreichisch-sächsisch-preußischen wie des französisch-englischen Krieges in Kraft bleiben[1].

Noch war auf diesen Entwurf eines Vertrags, der die Franzosen ohne weiteres zu Herren der Länder zwischen Weser und Elbe gemacht hätte, keine Antwort ergangen, als zu Versailles der so lange vorbereitete geheime Allianzvertrag endlich unterzeichnet wurde. Noch in den letzten Monaten, während d'Estrées

[1] 1757 Apr. 29. Michells Bericht. Eine Übersetzung des Entwurfs ist abgedruckt in der Schrift: Das Betragen Sr. Allerchristlichsten Maj. des Königs in Frankreich, entgegengestellet dem Betragen des Königs in Engelland, Churfürsten zu Hannover o. O. 1758 Beil. III (Teutsche Kriegs-Canzley 1758 III 108. Vgl. Wahrhafte Vorstellung des Betragens, welches S. K. M. v. Grosbritannien u. s. w. a. a. O. S. 800 ff. Flassan VI 89. Huschberg S. 4. 322 ff.

in Wien war, hatte sich am französischen Hofe der Widerwille gegen die unter der Aegide der Pompadour geleitete Politik laut geäußert, aber Ludwig XV beharrte unerschütterlich bei dem österreichischen Bündnisse. Den Unterhändler desselben Abbé Bernis, der im Jahre 1755 zum Gesandten in Madrid, 1756 in Wien bestimmt worden war, ernannte er zum Mitgliede des Staatsraths, vorläufig als Minister ohne Portefeuille; denn Rouillé ertrug es in einem Amte zu bleiben, von dem er nur den Titel führte, bis ihm am 25 Juni 1757 der Abschied gegeben und Bernis förmlich zu seinem Nachfolger ernannt wurde. Diese Veränderung war lange vorausgesehen: aber ein unerwarteter Streich höfischer Intrigue war es, daß am 1 Februar der Kriegsminister d'Argenson und der Siegelbewahrer und Marineminister Machault entlassen und auf ihre Güter verbannt wurden. D'Argenson war der Pompadour längst verhaßt; Machault's unbedingte Ergebenheit hatte kürzlich in ihren Augen die Probe nicht bestanden. Das Kriegsministerium erhielt d'Argenson's Neffe, der Marquis de Paulmy; die Marine ward Moras übertragen, der nichts davon verstand, und um so weniger die für den Seedienst wesentlichen Anforderungen an die Finanzen durchzusetzen vermochte. Mit den Parlamenten, welche gegen die im vorigen Jahre neu eingeführten drückenden Steuern lebhaft remonstrierten, war ein bitterer Streit; viele Räthe ertrugen Absetzung, Verbannung und Haft lieber als daß sie ihren Protest aufgaben. Man rechnete auf eine Jahreseinnahme von 283 Mill. Livres und schlug das Deficit vorläufig auf 160 Millionen an[1]. Indessen Geld ward geschafft, mit Hilfe von Lotterieanlehen und andern Lockmitteln, welche die gewinnsüchtigen reizten, aber die bürgerliche Arbeit schädigten und die Staatskasse für die Folge schwer belasteten.

Hinter dem Entschlusse des französischen Königs der Kaiserin zu Liebe einen oder ein paar glänzende Feldzüge auszuführen, trat jede andere Erwägung zurück. Man trug Sorge Ludwig XV im Hasse gegen Friedrich von Preußen zu bestärken. Am 5 Ja-

[1] Luynes XVI 49 ff.

nuar hatte Damiens das Messer gegen den König gezückt und ihn verwundet: daß der König von Preußen unterließ bei dieser Gelegenheit Ludwig XV brieflich seine Theilnahme zu bezeigen ward fast einer Mitschuld an dem Attentate gleichgeachtet. Im April endlich, als die Unterzeichnung des österreichischen Allianzvertrages von neuem sich verzögerte, scheint Ludwig XV ein Schriftstück vorgelegt worden zu sein, welches seine Erbitterung aufs höchste steigern mußte, ein angeblich neuerdings von Preußen mit England geschlossener Allianzvertrag, welcher dem Könige von Preußen eine Million Pf. St. Subsidien zusicherte und die gegenseitige Verpflichtung der beiden contrahierenden Theile enthielt, die Franzosen nicht bloß über den Rhein zurückzutreiben, sondern den Krieg in das Innere von Frankreich zu spielen um diese Macht zu zwingen den Frieden unter den Bedingungen anzunehmen, welche man ihr dictieren werde[1]. Nunmehr befahl Ludwig XV die Unterzeichnung des geheimen Unions- und Freundschaftsvertrages, der dazu bestimmt war den Schlußstein des Bundes zwischen dem habsburg-lothringischen und dem bourbonischen Hause und das Fundament des darauf zu errichtenden europäischen Staatensystems zu bilden. Starhemberg, Rouillé und Bernis unterschrieben diesen Theilungsvertrag zu Versailles den 1 Mai 1757. Absichtlich wählte man den Jahrestag der vorläufigen Verträge, welche die Einigung der Häuser Habsburg und Bourbon zuerst beurkundet hatten. Die Ratificationen der Monarchen wurden erst im folgenden Monat ausgewechselt[2].

Der Vertrag besteht aus zweiunddreißig Artikeln; dazu kommen drei Separatartikel und sieben weitere nicht gezählte Se-

---

[1] Vgl. über diese Fälschung o. S. 246.

[2] Den Vertrag publicierte zuerst Koch table des traités 1802 II 43 ff.; daher Schöll III 129 ff. Koch überschrieb den Vertrag: traité d'union et d'amitié défensif entre la France et l'Autriche, avec dix articles séparés; signé le 1 mai 1757, et non ratifié. Dasselbe wiederholte Schöll 1817, obgleich Koch seinen Irrthum längst berichtigt hatte, Tableau des révolutions de l'Europe 2. Ed. 1813. II 358, 1: par le traité du 1 Mai 1757 la France convint aussi avec l'Autriche du partage d'une grande

paratartikel. Der Zweck des Vertrages geht der Einleitung zufolge dahin, nicht allein die Gewaltthätigkeit des Königs von Preußen abzuwehren und sich den Bemühungen seiner Verbündeten zu seinen Gunsten zu widersetzen sowie den beiden von ihm angegriffenen Mächten vollen Schadenersatz und Sicherheit für die Zukunft zu verschaffen, sondern auch die Ruhe von Europa und insonderheit des deutschen Reiches dadurch sicher zu stellen, daß die Macht des Königs von Preußen auf solche Schranken zurückgeführt wird, daß er nicht mehr im Stande ist die öffentliche Ruhe zu stören. — Da die im Vertrage vom 1 Mai 1756 festgesetzte Hilfe von 24000 Mann für den gemeinsamen Zweck unzureichend sein würde, verspricht der König der Kaiserin erstens ein Corps von 4000 Baiern und 6000 Würtembergern zu schicken und diese Truppen während des ganzen Kriegs auf seine Kosten zu unterhalten, zweitens 105000 Mann von seinen eigenen Truppen oder von seinen Söldnern ebenfalls während des ganzen Kriegs zu verwenden, und zwar in dem laufenden Jahre gemäß der darüber abgeschlossenen Separatconvention (Art. I). Der König zahlt an die Kaiserin während der ganzen Dauer ihres Krieges mit Preußen jährliche Subsidien im Belaufe von zwölf Millionen Gulden deutscher Währung (vom 1 März 1757 an gerechnet). Die erste Zahlung erfolgt mit zwei Millionen sofort nach der Auswechslung der Ratificationen. Die Zahlungen sollen unter keinen Umständen unterbrochen oder nicht weiter fortgesetzt werden, selbst nicht im Falle eines Waffenstillstandes, außer wenn dieser über ein Jahr verlängert wird (Art. II). Der König setzt die benannte Hilfe an Truppen und an Geld so lange fort, bis die Kaiserin durch einen mit dem Könige von Preußen geschlossenen und von dem Könige von Frankreich sowie

---

partie de états prussiens etc. — *Ce traité a réellement été ratifié* entre les deux puissances, ce dont j'avais douté en le publiant pour la première fois, en 1802, dans mon Recueil des traités. Vgl. Martens Suppl. au Recueil des Traités. 1808. Tom. IV. table chronol. 1757 Mai 1. Das die Ratification betreffende Protocoll (Wien 1757 Juni 14) veröffentlichte v. d. Schulenburg, n. Actenstücke 1841 S. 42 ff. Die Präliminarien s. Beil. I 4. Vgl. u. S. 292.

von den andern Mächten, welche diesem Vertrage beitreten, garantierten Vertrag in den ruhigen und gesicherten Besitz des Herzogthums Schlesien und der Grafschaft Glatz in deren vollem früherem Umfang gesetzt ist (Art. III). Überdies wird die Kaiserin Königin in den Besitz des Fürstenthums Crossen gesetzt werden, mit einer ihr convenierenden Ausdehnung an Land zum Bereiche ihrer Erbstaaten. Die gegenwärtigen Besitzer solcher Lande werden vermittelst eines zu vereinbarenden Tausches mit königlich preußischen Gebieten entschädigt werden (Art. IV). Die contrahierenden Theile verpflichten sich nicht eher die Waffen niederzulegen und Frieden zu schließen, bis der König von Preußen genöthigt ist, vollständig und unwiderruflich die Herzogthümer Schlesien und Magdeburg, die Fürstenthümer Crossen und Halberstadt, das früher schwedische Pommern und alles was er aus der Erbschaft der alten Herzöge von Cleve besitzt sowie das Oberquartier von Geldern abzutreten (Art. V). Sollte eine Änderung in diesen Bestimmungen nöthig werden, so werden die contrahierenden Theile die betreffenden Maßregeln vereinbaren, in der Weise jedoch, daß der König von Preußen allermindestens durch die Entziehung der gedachten Provinzen oder ihres Äquivalents geschwächt werde (Art. VI). Wegen Ausführung der in Artikel IV und V festgesetzten Dispositionen soll nach gemeinsamem Einverständnisse mit der Krone Schweden, den kurfürstlichen Höfen von Baiern Sachsen und der Pfalz und der Republik der Niederlande verhandelt werden (Art. VII). Dem Könige von Polen Kurfürsten von Sachsen soll das Herzogthum Magdeburg und der Saalkreis zugetheilt werden, und die contrahierenden Theile behalten sich vor, ausgedehntere Besitzungen, namentlich das Fürstenthum Halberstadt, diesem Antheile hinzuzufügen, im Falle und insoweit der König von Polen, um die im vierten Artikel festgesetzten Anordnungen zu erleichtern auf einen angemessenen Austausch eines Theiles der Lausitz mit dem gedachten Fürstenthum Halberstadt eingeht. Überdies erklären sie daß wenn die künftige Wahl eines Königs von Polen auf einen der Prinzen des sächsischen Kurhauses fällt, sie damit vollkommen einverstanden sein werden (Art. VIII). Beide Mächte zahlen zu gleichen

Theilen Subsidien an Schweden und Sachsen, entsprechend den Bemühungen dieser Mächte um die Ausführung des gegenwärtigen Vertrags (ungerechnet die durch frühere Übereinkunft mit Schweden bedungenen Subsidien). Der Betrag derselben soll die Summen, welche die contrahierenden Theile jetzt darauf verwenden können, nicht überschreiten, und was Sachsen betrifft auf die Kosten der Unterhaltung von 10000 Mann beschränkt werden (Art. IX). Die Kaiserin Königin verwendet gegen Preußen mindestens 80000 Mann eigene Truppen (Art. X). Die Kaiserin Königin verpflichtet sich, sobald sie in den zugestandenen und garantierten Besitz von Schlesien und Glatz und der ferner zu ihren Gunsten vereinbarten Theilung getreten ist und die übrigen Anordnungen des gegenwärtigen Vertrages, namentlich der Artikel V und VI, ausgeführt und durch einen Friedensvertrag mit Preußen gesichert sind, an den König von Frankreich zu vollem Eigenthum und Souveränetät abzutreten die Herrschaften Chimay und Beaumont, die Städte und Häfen Ostende und Nieuport, die Städte Ypern Furnes und Mons, das Fort Knocke und eine Meile Gebietes im Umkreise dieser Städte und Forts, mit dem Rechte freien Durchzugs auf den großen Straßen und freier Schiffahrt auf den Canälen und Flüssen welche dahin führen. Artillerie, Kriegs- und Mundvorräthe verbleiben zur Verfügung der K. K. (Art. XI). Nach der Ratification dieses Vertrages und unmittelbar nach der ersten Subsidienzahlung überträgt die K. K. den königlichen Truppen die Besetzung der Städte und Häfen Ostende und Nieuport auf so lange als die Unterstützung an Truppen und Geld von Seiten des Königs gemäß Art. I und II dauern wird, ohne den Souveränetäts- und andern Rechten der K. K. zu präjudicieren (Art. XII). Wenn die contrahierenden Theile sich genöthigt sehen sollten Frieden zu schließen ohne die Anordnungen dieses Vertrags, namentlich Art. III, IV, V und VI, ins Werk zu setzen, so wird der König seine Truppen aus Ostende und Nieuport zurückziehen und die K. K. ohne weiteres wieder in den vollen Besitz dieser Plätze treten (Art. XIII). Die K. K. beabsichtigt die nöthigen Schritte zu thun, um sobald die Umstände es erlauben die Wahl eines römischen Königs zu

Gunsten des Erzherzogs ihres ältesten Sohnes zu bewirken und der König verspricht diese Schritte zu unterstützen und seine guten Dienste nachdrücklichst zur Vollziehung dieser Wahl anzuwenden (Art. XIV). Da die Absicht der contrahierenden Theile dahin geht die katholische Religion im Reiche aufrecht zu halten ohne jedoch die Rechte und Freiheiten der beiden protestantischen Religionen anzutasten, so wie diese durch die Verträge von Münster und Osnabrück festgesetzt sind, so erneuern und bestätigen sie die besagten westfälischen Verträge und werden die Krone Schweden einladen insbesondere diesem Artikel als Mitbürgin derselben beizutreten (Art. XV). Da die K. K. und der König von Frankreich hoffen dürfen vermittelst der vorstehenden Artikel die Ruhe im Reiche wie in ihren Staaten auf unerschütterlichen Grundlagen sichergestellt zu haben, wollen sie ihren Blick auf Puncte richten, welche, in dem Aachner Frieden nicht hinlänglich bestimmt, früher oder später zu Zwistigkeiten oder offenem Kriege Anlaß geben könnten, und haben zu dem Ende für nothwendig erachtet eine neue Übereinkunft über die Ausstattung des Infanten Don Philipp zu treffen und die Thronfolge in den Königreichen Neapel und Sicilien festzustellen, und werden vereint ihre guten Dienste anwenden um den König von Spanien, den König beider Sicilien und den Infanten Don Philipp zu vermögen, den in den folgenden Artikeln zur Sicherung der Ruhe Italiens getroffenen Anordnungen beizutreten (Art. XVI). Demgemäß verspricht die K. K., sobald sie in den zugestandenen und garantierten Besitz von ganz Schlesien und Glatz sowie der weiteren im vierten Artikel bestimmten Theilung getreten und alle Anordnungen dieses Vertrags, namentlich die des fünften und sechsten Artikels, vollzogen und durch einen Friedensvertrag mit Preußen gesichert sind, an den Infanten Don Philipp, Herzog von Parma, Piacenza und Guastalla alles zu übertragen, was sie in den Niederlanden besitzt, mit Ausnahme dessen was nach Art. XI davon abgetrennt werden soll, damit der genannte Infant Don Philipp und seine männliche und weibliche Nachkommenschaft diese Lande mit voller Souveränetät besitze, in derselben Weise und unter denselben Verpflichtungen und Be-

dingungen wie die K. K. sie bisher besessen hat (Art. XVII). Indessen behält sich die K. K. für sich und ihre Erben vor 1) Sitz und Stimme auf dem Reichstage und das Präsentationsrecht für das Reichskammergericht, Rechte die bisher an dem Besitz der Länder des burgundischen Kreises geknüpft waren; 2) die Verleihung des Ordens vom goldenen Vließ; endlich 3) Wappen und Titel des Hauses Burgund in gleicher Weise wie sie dieselben bisher geführt hat (Art. XVIII). Im Falle die ganze männliche und weibliche Nachkommenschaft des Infanten in gerader und legitimer Linie ausstürbe oder derselbe mit Tode abgienge ohne legitime Nachkommen zu hinterlassen, fallen die nach Art. XVII in seinen Besitz übergegangenen Staaten an die K. K. oder ihre Erben zurück, mit Ausnahme der Stadt Tournay und ihres Gebietes, welche alsdann in gleicher Weise wie die in Art. XI benannten Plätze an die Herrschaft Frankreichs übergehen sollen (Art. XIX). Dem Herzog Karl und der Prinzessin Charlotte von Lothringen wird der Infant ihr bisher aus den Niederlanden bezogenes Einkommen jenem von 560000, dieser von 42000 Brabanter Gulden auch ferner auf ihre Lebenszeit anweisen. Sollten jedoch die contrahierenden Theile im Verlauf der Ereignisse es vorziehen dem Herzog Karl eine Ausstattung an Land aus den Staaten des Königs von Preußen zu gewähren, welche für die ihm und seiner Schwester angewiesenen Einkünfte ein genügendes Äquivalent bildete, so behalten sich die contrahierenden Theile vor alsdann eine Übereinkunft in dieser Hinsicht zu treffen (Art. XX). Der Infant wird zur selben Zeit, wo die Abtretung der Niederlande geschieht, an die K. K. und ihre Erben die Herzogthümer Parma, Piacenza und Guastalla abtreten und zu Gunsten der kaiserlichen Majestäten allen Ansprüchen auf die Allodialgüter der Häuser Medici und Farnese und zu Gunsten des Königs beider Sicilien allen Ansprüchen auf die Nachfolge in den Königreichen Neapel und Sicilien entsagen (Art. XXI). Aus Gefälligkeit für den König von Frankreich willigt die K. K. ein, daß fünf Monate nachdem sie vorläufig den vollständigen und ununterbrochenen Besitz von Schlesien und Glatz erlangt hat, der König von Frankreich und der Infant Don Philipp

vorläufig in den Besitz der in Art. XI und XVII ihnen zugesicherten Städte und Lande treten, mit Ausnahme der Stadt und des Herzogthums Luxemburg, welche in der Macht der K. K. gemäß dem folgenden Artikel verbleiben. Zu gleicher Zeit tritt die K. K. vorläufig in den Besitz der Herzogthümer Parma, Piacenza und Guastalla (Art. XXII). Die K. K. behält das Herzogthum und die Stadt Luxemburg bis zur definitiven Abtretung der Niederlande, und verspricht unmittelbar, nachdem die Art. III, IV, V und VI durch einen zwischen ihr und dem Könige von Preußen geschlossenen Vertrag sichergestellt sind, ihre Truppen aus dem Herzogthume und der Stadt zu ziehen. Die Befestigungen der Stadt, die Schlösser und Forts von Luxemburg werden auf Kosten Frankreichs zerstört und rasiert und die Stadt und das Herzogthum gleichwie die übrigen Niederlande dem Infanten zu erblichem Besitze übergeben (Art. XXIII). Sollte gegen allen Anschein der Infant sich weigern im ganzen oder theilweise auf die an den Tausch geknüpften Bedingungen einzugehen, so wird dieser nicht statthaben und die K. K. in dem Besitze des ihm zugedachten Theiles der Niederlande verbleiben, mit Ausnahme der Stadt und des Gebiets von Tournay, welche dem zu Gunsten des Königs vereinbarten Antheil hinzugefügt werden. Überdies werden die Festungswerke von Luxemburg auf Kosten Frankreichs und zu der im vorigen Artikel bestimmten Zeit zerstört (Art. XXIV). Wenn dagegen der Infant sich entschließt den Tausch einfach anzunehmen, so werden die contrahierenden Mächte der legitimen Nachkommenschaft des Königs beider Sicilien in männlicher und weiblicher Linie die Thronfolge im Königreich beider Sicilien garantieren, jedoch unter der Voraussetzung daß S. Sicil. M. den Stato degli Presidii (d. i. Elba Piombino ꝛc.) an den Küsten von Toscana an den Kaiser als Großherzog von Toscana abtritt und zu Gunsten JJ. KK. MM. allen Ansprüchen auf die Allodialgüter der Häuser Medici und Farnese entsagt (Art. XXV). Die K. K. beabsichtigt für den Erzherzog Leopold, welcher die Prinzessin Maria Ricarda, einzige Tochter des Erbprinzen von Modena, heiraten wird, die Expectanz der Nachfolge im Herzogthum Modena beim Kaiser nach-

zusuchen. Die zu dem Ende seiner Zeit von der Kaiserin zu thuenden Schritte wird der König mit seinen guten Diensten beim Reichstage und den deutschen Fürstenhöfen unterstützen (Art. XXVI). Den am 1 Mai 1756 unterzeichneten Unions- und Freundschaftsvertrag von Versailles erneuern die contrahierenden Theile mit Freude und Herzlichkeit, und die K. K. verspricht, im Falle die durch den gegenwärtigen Vertrag getroffenen Anordnungen sich nicht vollständig durchsetzen lassen und sie sich entschließen sollte, sich mit geringeren Vortheilen zu begnügen, sich mit dem Könige über eine entsprechende Ausgleichung der ihm und dem Infanten Don Philipp zu gewährenden Vortheile zu verständigen. Seinerseits wiederholt der König das Versprechen den oben bestimmten Beistand an Truppen und Geld während der ganzen Dauer des Kriegs zwischen der K. K. und dem Könige von Preußen zu leisten (Art. XXVII). Der König verspricht die Liquidation und Rückzahlung der lothringischen Schulden zu Gunsten des Kaisers binnen Jahresfrist zu erledigen und die Termine der von Frankreich zu leistenden Zahlungen zu vereinbaren; in der gleichen Frist sollen die seit dem letzten Kriege restierenden Forderungen der Kaiserin für französische Kriegsgefangene und an Vergütung für Artillerie niederländischer Plätze liquidiert und die Zahlungstermine bestimmt werden (Art. XXVIII). Die Kaiserin verpflichtet sich, sobald alle zu ihren Gunsten getroffenen Bestimmungen ausgeführt und vollzogen sind, dazu mitzuwirken daß in dem zwischen Frankreich und England zu schließenden Frieden Minorca an Frankreich abgetreten werde und die im Utrechter Frieden über die Befestigungen und den Hafen von Dünkirchen getroffenen Anordnungen abgeschafft und vernichtet werden, und wird was in dieser Hinsicht in dem besagten Frieden festgesetzt wird garantieren (Art. XXIX). Die contrahierenden Theile sind übereingekommen befreundete und verbündete Mächte zum Beitritte einzuladen, unter der ersten Hauptbedingung daß sie die Bestimmungen dieses Vertrags von vorn herein und später in dem allgemeinen Frieden garantieren. Demgemäß haben sie beschlossen sofort die Einladung zu richten an den römischen Kaiser nicht

bloß in seiner Eigenschaft eines Großherzogs von Toscana, sondern auch sobald die Umstände es erlauben, in der eines römischen Kaisers und unter Mitwirkung der Fürsten und Stände des Reichs; ferner an die Kaiserin von Rußland, die Krone Schweden, den König von Polen, die Kurfürsten von Baiern und der Pfalz und andere Mächte über welche man sich vereinigt. Ausdrücklich wird die Verpflichtung erneuert den König von Spanien, den König beider Sicilien und den Infanten Don Philipp zum Beitritt zu vermögen (Art. XXX). Der Vertrag bleibt geheim so lange die contrahierenden Theile es nothwendig und angemessen finden, und dieselben verpflichten sich nur nach gemeinsamem Einverständnisse davon Kenntniß zu geben (Art. XXXI). Die Ratificationen sollen spätestens binnen sechs Wochen ausgewechselt werden (Art. XXXII).

Die drei numerierten Separatartikel betreffen Formalien; die nicht gezählten enthalten folgende Bestimmungen: Wenn der König von Spanien während des gegenwärtigen Krieges ohne legitime Erben sterben sollte, verpflichtet sich die K. K. den Infanten Don Philipp nicht in dem Besitze von Parma, Piacenza und Guastalla zu stören, unter der Bedingung daß der Infant in diesem Falle keine Ansprüche auf die Königreiche Neapel und Sicilien noch auf die Allodialgüter der Häuser Medici und Farnese erhebt (1). Sollte es den contrahierenden Theilen nothwendig erscheinen dem Könige von Sardinien eine Entschädigung für seine Ansprüche auf das Herzogthum Piacenza zu gewähren, so werden sie die geeigneten Mittel unter einander vereinbaren, ohne daß jedoch dieses Äquivalent je in irgend Weise auf Kosten der K. K. erfolgen oder ihr zur Last fallen könnte (2). Der dritte Separatartikel bestimmt die Militärstraßen von Lille und Dünkirchen nach Ostende und Nieuport. In dem nächsten (4) Artikel sagen sich beide Monarchen von allen früher mit England und Preußen geschlossenen Verträgen los und verpflichten sich überdies in Zukunft keine Verträge, Acte oder Conventionen abzuschließen ohne vorher einander volle Kenntniß davon gegeben zu haben. Wenn eine Macht, welche zum Zwecke der Ausführung dieses Vertrags von beiden contrahierenden Theilen oder von

einem derselben Subsidien empfängt, sich außer Stande befindet ihre Verpflichtungen zu erfüllen, so soll der Ausfall an Streitkräften anderweit ergänzt werden und dazu die für jene bestimmten Subsidien dienen (5). Der sechste Artikel betrifft die von dem Könige und dem Infanten zu übernehmenden Schulden der Niederlande, welche nach der von der K. K. mitgetheilten Übersicht sich auf 37,710249 fl. 7 s 10 d belaufen. Der letzte Artikel sichert dem gegenwärtigen Vertrage seine volle Wirkung auch für den Fall daß zwischen der Kaiserin und dem Könige von Preußen kein Friedensvertrag abgeschlossen werde, sondern dieser Fürst den von ihm erregten Krieg durch seinen Beitritt zu irgend einem andern Vertrage beendige.

Der Umfang des geheimen Theilungsvertrags von Versailles ist dem Zwecke angemessen, welchem er dienen sollte, ein neues System der europäischen Politik zu bilden und sowohl für Deutschland und die Niederlande als für Italien Anordnungen zu treffen, welche den Interessen der Häuser Habsburg und Bourbon entsprächen und jedem künftigen Zwiste unter ihnen vorbeugten. Das österreichische Cabinet war von seinem Werke höchst befriedigt. Wir finden in dem Protocoll der geheimen kaiserlichen Conferenz vom 14 Juni 1757 die Bemerkung, an der Ratification sei kein Anstand zu nehmen, indem Starhemberg fast in allen Artikeln eher mehr als weniger erhalten habe[1]. Die Richtigkeit dieses Urteils ergibt sich aus der Vergleichung des Tractats sowohl mit den Starhemberg ertheilten Instructionen, welche wir aus dem Conferenzprotocoll vom 2 Juni 1756 kennen, als mit den Präliminarien, wie diese einige Monate früher, vor Unterzeichnung des österreichisch-russischen Vertrags, etwa Ende December 1756 festgestellt waren[2]. Kaunitz und Starhemberg hatten das diplomatische Spiel meisterlich geführt und über die französische Politik einen Sieg davon getragen, der in der Geschichte nicht seines gleichen hat.

---

[1] N. Actenstücke S. 42.

[2] Den Auszug aus dem Protocoll v. 2 Juni 1756 s. a. a. O. S. 27—29; vgl. S. 29 f. die Beilage zum Protocoll vom 19 Mai 1756. Die Präliminarien s. Beil. I 4.

Denn die Summe des weitschichtigen Theilungsvertrags lief auf nichts anderes hinaus, als daß Frankreich mit seiner hergebrachten Politik vollständig brach und zu eigenem Schaden für habsburgische Zwecke seine beste Kraft einsetzte. Zwar wurden die österreichischen Niederlande dem Schwiegersohne des Königs von Frankreich Don Philipp versprochen, und es sollten dabei eine Anzahl Plätze und Herrschaften Frankreich einverleibt und Luxemburg geschleift werden: die kränkenden Bestimmungen des Utrechter Friedens über Dünkirchen sollten unter Österreichs Garantie für immer beseitigt werden, von einem Bunde Österreichs mit England nimmermehr die Rede sein. Das mochte dem französischen Stolze schmeicheln, übrigens trug es für Frankreich wenig aus, ob Belgien unter den Habsburgern oder unter einem spanischen Bourbonen stand, denn auch von dem Wiener Hofe war das Land so gut wie wehrlos gelassen und der Barrieretractat hatte sich nicht als eine Schutzwehr sondern nur als eine Fessel Belgiens erwiesen. Das Bündniß mit England aber löste der Kaiserhof nicht erst in Folge der Opfer, zu denen Frankreich sich verstand, sondern es war gelöst ehe die französische Allianz ins Werk gesetzt wurde. Überhaupt wurden dem bourbonischen Hause zwar eventuelle Gewinnste zugesagt: dafür aber zahlte Frankreich im voraus mit baaren Leistungen an Geld und Menschen um dem habsburgischen Hause unverhältnißmäßig viel größere Vortheile zu verschaffen. War dieses im sicheren Besitze derselben, so mochten auch die Bourbonen ihr Theil dahinnehmen: erreichte Österreich seine Absichten nicht, so gieng Frankreich ohne Lohn und ohne Dank aus dem Kriege.

Österreich dagegen erlangte Frankreichs Unterstützung für die höchsten Ziele seiner Wünsche. Zunächst zur Vernichtung des preußischen Staates, um die Hohenzollern zu Markgrafen von Brandenburg und Herzogen von Hinterpommern zu machen, denn das waren die einzigen Territorien, welche man ihnen allenfalls noch vergönnen wollte, ein Fürstenthum von so geringer Bedeutung, daß es der Kaiserin kaum würdig schien seine Unterwerfung unter die ihm vorzuschreibenden Gesetze in einen besondern Friedensvertrag zu fassen. Maria Theresia gab Belgien

auf, das ihr wie ihrem Vater zur Last geworden war, jedoch nicht ohne für den Fall des Aussterbens des neuen bourbonischen Fürstenhauses sich und ihren Erben den Heimfall vorzubehalten. Für Belgien aber gewann sie einen um mehr als die Hälfte beträchtlicheren Ersatz unmittelbar an den Grenzen ihrer deutschen Erblande. Sie erhielt Schlesien zurück, überdies zu bequemerer Abrundung das von Albrecht Achilles für Brandenburg erworbene Fürstenthum Crossen und von der sächsischen Lausitz ein beliebiges Stück, für welches die Entschädigung aus den von dem großen Kurfürsten von Brandenburg an der Saale und Elbe erworbenen Landen genommen ward. Bei diesem Tausche ward dem sächsischen Kurhause viel weniger zugetheilt, als während des zweiten schlesischen Krieges in den Leipziger Theilungsdeclarationen vom 3 und 18 Mai 1745 demselben zugesprochen war. In diesen war dem leitenden Gedanken des sächsischen Hofes, durch Erwerbung eines Stückes von Niederschlesien eine Verbindung mit Polen herzustellen, gewillfahrt worden: der Vertrag von Versailles dagegen richtete zwischen Polen und Sachsen eine breite Scheidewand von österreichischen Territorien auf. Das dem sächsischen Kurhause außer der Anweisung von deutschen Landen von Ludwig XV, „aus Zärtlichkeit für seine vielgeliebte Tochter die Dauphine“, wie es in den Präliminarien hieß, gemachte Zugeständniß, die künftige Erwählung eines sächsischen Prinzen zum Könige von Polen gutheißen zu wollen schloß eine Verzichtleistung auf die bisherigen französischen Bestrebungen in sich, um derentwillen eine ansehnliche Partei in Polen ihr Vertrauen auf Frankreich setzte. Über die Erwerbung der wittelsbachischen Oberpfalz und des Fürstenthums Sulzbach für Österreich, welche in den Instructionen als eine der Bedingungen worin nachzugeben wäre aufgeführt ist, enthält der Vertrag keine Übereinkunft: man begnügte sich für die Theilung des preußischen Staates Verhandlungen mit dem bairischen und pfälzischen Kurhause vorzubehalten. In Italien wurden unter Frankreichs Garantie durch Parma und Piacenza, Elba und die früher spanischen Küstenstriche, endlich künftighin auch durch Modena, dessen Herzog schon für diesen Krieg der Kaiserin seine Truppen

überließ, die Besitzungen des habsburg-lothringischen Hauses ansehnlich erweitert und durch militärisch wichtige Plätze verstärkt, Sardiniens begründete Ansprüche aber bei Seite geschoben, alles ohne irgend eine Gegenleistung von österreichischer Seite. Im Zusammenhang mit diesen Transactionen stand die Vereinigung der niederländischen und italienischen Kanzlei mit der Hof- und Staatskanzlei, welche im April durch ein kaiserliches Decret angeordnet wurde. Zu dem Gewinn an Land und Leuten kamen die für den Schwager und die Schwägerin der Kaiserin ausbedungenen Pensionen, die Zusage des französischen Königs bisher nicht beizutreibende lothringische und belgische Geldforderungen zu ihren und ihres Gemahls Gunsten zu erledigen, die früher verhinderte römische Königswahl zu befördern. Weit über ihr eigenes Erwarten in Haupt- und Nebenpuncten hatten Maria Theresia und Kaunitz ihre Vorschläge zur Annahme gebracht, und es ward auf das bündigste festgestellt, daß der französische Hof zu seinen Hilfsleistungen unbedingt und auf unbeschränkte Zeit verpflichtet war, aber wenn der gemeinsame Plan nicht gelang daraus nicht die geringste Forderung an Österreich ableiten durfte. In den Präliminarien waren die Subsidien an Geld und Truppen vorläufig nur auf vier Jahre bewilligt und, im Falle die Eroberungs- und Tauschpläne sich als unausführbar erwiesen, die Fortdauer der französischen Besetzung von Ostende und Nieuport während der nächsten zehn Jahre nach dem Frieden ausbedungen: in dem Theilungsvertrage selbst war weder von dem einen noch dem anderen mehr die Rede.

Neben den ausdrücklichen Zugeständnissen, welche der Vertrag der Kaiserin gewährte, kam auch in Betracht was die österreichische Diplomatie von demselben ferngehalten hatte. Zwar sagte sich Österreich ausdrücklich von dem englischen Bündnisse los und ließ die im vorigen Jahre erklärte Neutralität fallen. Aber keine Clausel des Vertrages verpflichtete Österreich thätig gegen England aufzutreten. Die Bestimmungen der Präliminarien, daß Fiume und Triest sowie die toscanischen Häfen den englischen Schiffen verschlossen sein sollten, giengen in den Vertrag nicht über: der französische Hof begnügte sich mit den deshalb ge-

gebenen Zusicherungen. Was Minorca betraf und Dünkirchen, so versprach der österreichische Hof nichts als seine guten Dienste um in dem zwischen Frankreich und England zu schließenden Frieden die französischerseits verlangten Zugeständnisse auszuwirken. Eben so wenig war von der Garantie der Canalinseln, wenn Frankreich, oder Gibraltars, wenn Spanien diese Eroberung mache, in dem definitiven Vertrage die Rede. Die Präliminarien bestimmten, wenn Hannover auf die Neutralität nicht eingehe, solle Bremen und Verden an Schweden zurückgegeben werden: in dem Vertrage ward Hannover mit keinem Worte erwähnt. Kurz es war alles vermieden, was die Möglichkeit einer künftigen Verständigung der Häuser Habsburg und Braunschweig ausschloß. Auch Ostfriesland, welches Hannover Preußen streitig zu machen suchte und worauf auch Graf Kaunitz, dessen Mutter aus dem Hause der Cirksena stammte, längst Ansprüche angemeldet hatte, war für jetzt mit Stillschweigen übergangen. Außer den für Sachsen und Schweden ausbedungenen und für den Kurfürsten von der Pfalz und für Holland in Aussicht gestellten Antheilen an preußischen Ländern enthielt der Vertrag keine Bestimmung, welche der kaiserlichen Politik im voraus lästige Verpflichtungen auferlegte. Auch über die osmanische Pforte, deren die Präliminarien gedacht hatten, schwieg der Vertrag. Das am 16 Juni 1753 zu Moskau von Österreich und Rußland geschlossene Bündniß, welches die Kaiserhöfe verpflichtete, daß wenn einer von ihnen von den Türken angegriffen werde, auch der nicht angegriffene Theil der Pforte den Krieg erklären solle[1], durfte unbeschadet des österreichisch-französischen Bündnisses fortbestehen.

Unter so günstigen Bedingungen, mit der Aussicht auf ansehnliche Erweiterung der habsburgischen Macht, hatte das österreichische Cabinet ein politisches System aufgestellt, in welchem die katholischen Mächte sich vereinigten um den protestantischen

[1] Martens Suppl. III 30 ff. (1807). Vgl. die Erklärung über die Fortdauer dieser Verpflichtung vom 21 März 1760 ebend. S. 58 f. Sie war schon in dem Articulus secretissimus des Petersburger Vertrags von 1746 enthalten. Vgl. Arneth M. Th. erste R. J. III 335.

Gesetze vorzuschreiben. Damit war ein Grundsatz durchgeführt, dem Maria Theresia von Anfang ihrer Regierung an nachgetrachtet hatte. Statt des ihrem Gefühle widerstrebenden Verhältnisses daß die beiden katholischen Großmächte, jede mit Protestanten verbündet, einander bekämpften, waren sie jetzt vereint und die Protestanten zwiespaltig: man hatte Protestanten gegen Protestanten unter die Waffen gebracht, andere protestantische Staaten vermochte man wenigstens in der Neutralität zu erhalten. Gerade diese Bedeutung der österreichisch-französischen Allianz ist noch später unter ausdrücklicher Zustimmung von Kaunitz vorzüglich hervorgehoben worden[1].

Darüber also kann kein Zweifel sein, die habsburgische Hauspolitik wie Maria Theresia und Graf Kaunitz sie auffaßten, hatte einen unvergleichlichen Triumph gefeiert: aber wir müssen hinzusetzen, nie hatte sie sich der Wohlfahrt des deutschen Volkes feindseliger und dem Protestantismus gefährlicher gezeigt. Die Odermündungen waren Schweden zugedacht; auf Preußen hatten die Russen ihr Absehen gerichtet: in der Hand deutscher Regierungen sollten von den Ostseeküsten nur Hinterpommern und Mecklenburg verbleiben. Belgien, das als eine Schutzwehr der freien Niederlande und Deutschlands in europäischen Verträgen feierlich als ein unveräußerliches Erbtheil Österreichs anerkannt war, ward den Bourbonen überlassen, Luxemburg, ein Vorwerk der Rheinlande, der Zerstörung preisgegeben. Es klang fast wie Hohn gegen Deutschland, daß Frankreich die Unkosten der Zerstörung dieser Festung, welche damals für die schönste in Europa galt, auf seine Rechnung übernehmen wollte. Dem Reiche verblieb von dem ehemaligen burgundischen Kreise nichts als der Anspruch der Kaiserin auch ferner für denselben Sitz und Stimme auf dem Reichstage zu führen und das Präsentationsrecht zum Reichskammergerichte auszuüben. Das war der Lohn für Unterthanen voll Treue und Anhänglichkeit für das habsburgische Haus.

[1] Cte de Nény, mém. hist. et polit. des Pays-bas Autrichiens. 2e Ed. Bruxell. 1785 II 3. Vgl. Gachard, bulletins de l'Acad. de Bruxelles VII 1. 362.

Auch in diesem Kriege stritten die belgischen Regimenter unter den kaiserlichen Fahnen auf den deutschen Schlachtfeldern, und die Stände der Provinzen beeiferten sich der Kaiserin außerordentliche Beisteuern, freiwillige Darlehen, Hilfe jeder Art für den Krieg zu gewähren, in welchem sie für nichts weiter als ein Tauschobject angesehen wurden. Und es handelte sich nicht bloß darum Belgien einem fremden Fürstenhause zu überweisen, sondern zu gleicher Zeit wurden die wichtigsten Küstenstädte und Grenzbezirke abgerissen, mit deren Verlust dem Lande vollends die eigene Lebenskraft entzogen und ihm eine unhaltbare Zwitterstellung aufgedrungen ward.

Dem Grundsatze gemäß, welcher gleich bei der Einleitung des Bündnisses von Österreich und Frankreich aufgestellt wurde, die beiderseitigen Territorien so auszugleichen, daß eine feindselige Berührung unmöglich werde, gab der kaiserliche Hof die überrheinischen Lande wehrlos der französischen Machtentwickelung preis. Die Gefahr ward um so dringender, wenn zu gleicher Zeit der preußische Staat, der am Niederrheine wie am Pregel und Memelstrome auf der Wacht gestanden hatte um die deutschen Marken zu schirmen, zu Boden geworfen und in Stücke zerschlagen wurde. Wenn es gelang die Arbeit von vier Generationen, durch welche aus tiefem Elende ein in Wohlstand Geistesbildung und Kraft aufstrebender protestantischer Staat von europäischer Bedeutung geschaffen war, mit Hilfe der Russen, Schweden und Franzosen zu zerstören und an fremde oder katholische Höfe zu vertheilen, so war das nördliche Deutschland unheilbar zerrüttet und der Protestantismus auf dem Continente von der Gnade der andersgläubigen abhängig. Über kurz oder lang mußte aber der Ruin der preußischen Monarchie auch auf Österreich zurückwirken, dem die Hohenzollern schon oft mit ihren Waffen beigestanden hatten und das für große Krisen des Beistandes, den ein starkes Preußen zu bieten vermochte, nicht entrathen konnte, ohne an den Rand des Verderbens geführt zu werden. Diese Überzeugung trug der damals sechszehnjährige Erzherzog Joseph in sich. Als er den Beschluß der Conferenz vom 14 Juni über die Ratification des Theilungsvertrags mit Frank-

reich und die Abberufung des kaiserlichen Gesandten aus London erfahren, machte er seinem Vater die lebhaftesten Vorstellungen: man wolle ihn zum Vasallen von Frankreich machen, das sei das Werk seines Oheims Karl und andrer Generale und Minister. Die Kaiserin solle doch statt dessen mit dem Könige von Preußen sich über einen vernünftigen Frieden einigen. Das erschien seiner kaiserlichen Mutter als knabenhafter Eigensinn und ward als solcher bestraft[1].

In der That war der Kampf Friedrichs des großen gegen die Übermacht der europäischen Cabinette ein Rettungskampf für Deutschland und ward als solcher in tausend deutschen Herzen empfunden. Darin lag zugleich seine Bedeutung für das europäische Völkerleben überhaupt, welche von den gleichzeitigen englischen Staatsmännern, vor allem von Pitt, vollkommen gewürdigt wurde.

Preußen unter seinem heldenmüthigen Könige bestand die Probe und gieng durch Noth und Drangsal gestählt aus dem Kriege hervor. Aber der Krieg schlug Deutschland schwere Wunden und verzehrte viel edle Kräfte und unter den schlimmen Folgen des österreichisch-französischen Bündnisses hatte noch die nächste Generation zu leiden. Frankreich und England waren in einem Kriege um ihre Colonien begriffen, den die englische Regierung so viel an ihr war von dem europäischen Continente fernzuhalten suchte, während ebenfalls alle erfahrenen Staatsmänner Frankreichs die vorhandenen Kräfte auf Amerika und die See concentrieren wollten. Es lag in der Hand der Kaiserin Maria Theresia im Einverständnisse mit England und durch England mit Preußen Deutschland den Frieden zu erhalten. Statt dessen reizte die österreichische Regierung hier die Leidenschaften des russischen dort des französischen Hofes auf: sie verwickelte die Franzosen in den deutschen Krieg und zog sie damit von der Vertheidigung ihrer Colonien ab, in der sie bis dahin glücklich und den Engländern überlegen gewesen waren. Durch den deut-

---

[1] Nach einem von Schlabernbdorf mitgetheilten Berichte aus Wien vom 18 Juli 1757.

schen Krieg kam Frankreich um seine wichtigsten Colonialgebiete, und was auch später geschah um die französische Seemacht wieder herzustellen, große nationale Aufgaben hatten die Franzosen in der neuen Welt nicht mehr zu verfolgen. Sobald ihre Kräfte entfesselt waren, ergossen sie sich über das Festland von Europa und suchten vor allem Deutschland heim. Und für das Kaiserhaus selbst ist die Strafe nicht ausgeblieben, daß Maria Theresia um ihre Rache an Friedrich dem großen zu kühlen und Schlesien wieder zu erobern, Ludwig XV und der Pompadour schmeichelte und diese Machthaber zu Verträgen bewog, welche die Verleugnung und Verhöhnung der nationalen Interessen Frankreichs besiegelten und, obwohl niemals vollständig erfüllt, den Bankerott des Staates beschleunigten. Für die Sünden des verworfenen Königs von Frankreich und die sittliche Fäulniß, welche sein Hof und sein Regiment verbreitete, hat Marie Theresiens jüngste Tochter Antoinette mit ihrem Blute gebüßt.

Der Inhalt des geheimen Theilungsvertrages verlautete nicht so bald: nur aus den Handlungen der Regierungen, aus dem Umfange der Allianzen, den Truppenrüstungen und Märschen entnahmen die Völker, daß große Pläne zur Umgestaltung Europas im Werke seien. Schon ward von vielen Reichsständen und zwar nicht bloß protestantischen, sondern sogar auch von geistlichen Höfen die Besorgniß geäußert, daß die kaiserlichen Waffen im Siege die Grenzen der Mäßigung überschreiten möchten[1]. Stimmen lebhafter Parteinahme für und wider wurden in Flugschriften vernommen. Kaum eine unter diesen ist so ruhig gehalten und wägt so sorgfältig die Wirkungen der österreichisch-französischen Allianz ab, als eine zu Lüttich in französischer Sprache gedruckte Denkschrift über die seit dem Aachener Frieden in dem politischen System von Deutschland eingetretenen Veränderungen[2]. Sie entwickelt die Besorgnisse, welche die Vereinigung

---

[1] Huschberg S. 135 f.

[2] Mémoire important sur le changement arrivé dans le système politique de l'Allemagne depuis le traité d'Aix la Chapelle. à Liège 1757 4° (zuerst in dem Journal encyclop. de Liège I part. 3); deutsch u. d. T. Abhandlung üb. d. Veränderung u. s. w. Frankf. 1757.

von Preußen, Hannover, England, die Bildung eines Fürstenbundes, dessen Haupt der König von Preußen war, bei dem Kaiserhofe habe erwecken müssen; sie tadelt mit scharfen Worten das Verfahren der englischen Regierung gegen die französischen Kauffahrer, Preußens Härte gegen Sachsen und schildert die erstaunlichen Erfolge des kaiserlichen Hofes. „Kaiser und Reichs„hofrath, Reichstag, Kreistage, Calvinisten Lutheraner Katholiken, „alles vereinigt sich um den König von Preußen zu bekämpfen. „Selbst seine Verwandten wagen nicht ihre Stimmen zu ver„weigern. Seine Freunde, der Kurfürst von Hannover, alle die „Fürsten, welche den gefürchteten Verein der mißvergnügten „bildeten, wagen kaum für eine Vermittelung sich auszusprechen, „von der sie wohl wissen, daß der kaiserliche Hof sie nie an„nehmen wird. — Zu Versailles verspricht und gewährt man „viel. Zu Petersburg verspricht und gewährt man alles."

Nachdem die Denkschrift die Maßregeln beider kriegführenden Parteien beleuchtet hat, schildert sie in lebendigen Zügen die Lage von Deutschland. „Und welches ist der Sammelplatz dieser frem„den und einheimischen Armeen, dieser sechs- oder siebenmal„hunderttausend Streiter, welche von Nord und Süd, von Ost „und West kommen, von diesen sechs bis siebenmalhunderttausend „Menschen, welche diese Streiter in ihrem Troß nach sich ziehen?" „„Das deutsche Reich."" Wer wird sie ernähren? „„Eben dieses „„Reich."" Welches Gebiet werden die Parteigänger und die „leichten Truppen verwüsten? „„Das des Reiches."" Welche „Städte und Festungen beabsichtigt man zu belagern und ihre „Werke zu zerstören? „„Die des Reiches."" Die besuchtesten „Messen des Reiches sind gesunken; wird der Krieg sie auf„richten? Der Handel des Reiches ist zerstört; wird der Krieg „ihn wieder herstellen? Zieht der Überfluß bei den Armeen nicht „stets Theurung und manchmal Hungersnoth nach sich? — Wie „viele Menschen richtet nicht der Krieg zu Grunde für einen, „den er reich macht!"

„Es ist wahr, man verspricht den Deutschen daß der Opera„tionsplan nicht von der Art ist, wie die bloße Leidenschaft, der „Ehrgeiz oder die Rache ihn eingeben; daß er weise berechnet

„ist, bemessen nach den Grundsätzen der Menschlichkeit und des „Völkerwohles; daß er dazu dienen soll, das Blutvergießen zu „verhüten, das Gleichgewicht in dem deutschen Reichskörper herzu„stellen und sein altes System zu befestigen, die Gesetzvollstreckung „und die kaiserlichen Constitutionen zu sichern und die Unterthä„nigkeit im Reiche zu erhalten; um in dem ersten oder höchstens „dem zweiten Feldzuge mit einem entscheidenden Schlage die „unter den kriegführenden Mächten entstandenen Streitigkeiten „zu beendigen: daß drei erhebliche Belagerungen zu diesem Plane „gehören um sich Sicherheiten zu verschaffen für Bedingungen, „welche man als die Grundlage der Wiederkehr des Friedens „aufstellen wird; mit einem Worte, um Deutschland aus der „Knechtschaft zu reißen. Wie mächtige Apostel der deutschen Frei„heit sind doch sechs bis siebenhunderttausend Streiter!"

„Zu welcher Zeit, an welchem Orte wird der Sieger, wer „es auch sei, Halt machen? Wenn seine Mäßigung ihm nicht „Einhalt thut, welche Macht wäre im Stande sich seinen Fort„schritten zu widersetzen, in der Mitte oder selbst im Anfange „seiner Eroberungen? Kennen Ehrgeiz und Haß eine Grenze, „wenn sie vom Siege begleitet sind?"

„Welche Frucht wird nach alle dem das Reich von diesen „Schlachten ernten? — „„Keine."" — Wird es seine Grenzen „ausdehnen? — „„Nein, es wird keinen Zoll breit Landes dabei „„gewinnen."" — „Wird es freier werden?" — „„Weit gefehlt."" „— — Man hat das Schwert angerufen, und das Schwert „wird über Deutschland entscheiden."

Drittes Buch.

Das Kriegsjahr 1757.

Erstes Capitel.

Preußische und österreichische Rüstungen. Der Krieg in Böhmen bis zum Rückzuge der Preußen nach Sachsen. Eröffnung der Feindseligkeiten durch die Russen und Schweden.

König Friedrich nahm für den Winter seinen Aufenthalt in Dresden inmitten seines in weitem Bogen an den Meißner Lausitzer und schlesischen Gebirgen lagernden Heeres. Festes Muthes verfolgte er die Entwürfe seiner Feinde und spannte jeden Nerv an um gegen die Übermacht sich in dem Kriege zu behaupten, zu dem der Feldzug des verwichenen Herbstes nur das Vorspiel gebildet hatte. Seine Mußestunden verwandte er auf die Geschichte der großen Feldherrn früherer Zeit: er besuchte das Schlachtfeld von Lützen, auf dem Gustav Adolf den Heldentod gefunden hatte, und studierte die Feldzüge von Turenne Eugen und Marlborough. In den ersten Monaten hoffte er noch auf thätigen Beistand von England und Hannover. Wenige englische Kriegsschiffe würden die Zufuhren für die russische Armee behindert und ihre Bewegungen gelähmt haben: in Westfalen konnte die hannöversche Observationsarmee, wenn sie auf Wesel gestützt die Landschaft südlich von der Lippe vertheidigte, die französische Armee längere Zeit in ihrem Vordringen aufhalten.

Wir sahen daß diese Hoffnungen zu nichte wurden. Seit dem Januar konnte Friedrich der große nicht mehr zweifeln, daß er gegen die ungeheuren Rüstungen von Österreich Frankreich Rußland keinen Beistand zu erwarten habe, sondern auf sich allein und die Treue und Hingebung seiner Unterthanen an-

gewiesen sei. Am 4 Januar kam er nach Berlin um persönlich mit seinen Ministern zu berathen und ihnen seine Befehle zu ertheilen. Er erwog jeden denkbaren Fall, unglückliche Schlachten, Gefährdung der Hauptstadt, seine eigene Gefangenschaft oder Tod. Für diese äußersten Fälle legte er in die Hände des ihm vertrautesten Ministers Grafen Finck von Finckenstein folgende eigenhändig niedergeschriebene Instruction:

Geheime Instruction für den Grafen von Finck.

Berlin den 10 Januar 1757.

In der kritischen Lage, in der unsere Angelegenheiten sich befinden, muß ich Ihnen meine Befehle geben, damit in allen Unglücksfällen, welche in der Möglichkeit der Ereignisse liegen, Sie zu den Schritten, welche zu ergreifen sind, autorisiert seien. 1. Wenn es geschähe (was der Himmel verhüte), daß eine meiner Armeen in Sachsen gänzlich geschlagen würde, oder daß die Franzosen die Hannoveraner aus ihrem Lande verjagten und sich darin festsetzten und uns mit einer Invasion der Altmark bedrohten, oder daß die Russen durch die Neumark vordrängen, ist es nothwendig die königliche Familie, die höchsten Gerichtshöfe, die Minister und das Finanzdirectorium zu retten. Wenn wir in Sachsen auf der Leipziger Seite geschlagen sind, ist der geeignetste Ort für die Überführung der königlichen Familie und des Schatzes Cüstrin; in diesem Falle müssen die königliche Familie und alle oben genannten unter dem Geleite der ganzen Garnison sich nach Cüstrin begeben. Wenn die Russen durch die Neumark eindringen oder uns ein Unglück in der Lausitz zustieße, wird alles nach Magdeburg übergeführt werden müssen. Die letzte Zuflucht endlich ist Stettin, aber dahin darf man erst in dem alleräußersten Falle gehen. Die Garnison, die königliche Familie und der Schatz sind unzertrennlich und gehen stets zusammen; ferner müssen dazu gethan werden die Diamanten der Krone und das Silberzeug der großen Gemächer, welches in solchem Falle ebenso wie das goldene Tafelgeräth sofort zu Gelde gemacht werden muß. Geschähe es daß ich getödtet würde, so müssen die Dinge ihren Gang gehen ohne die mindeste Veränderung und ohne daß man

bemerke, daß sie in andern Händen sind, und in diesem Falle müssen Eidesleistungen und Huldigungen beschleunigt werden sowohl hier als in Preußen und vor allem in Schlesien. Wenn ich das Misgeschick hätte vom Feinde gefangen genommen zu werden, so verbiete ich daß man die mindeste Rücksicht auf meine Person nehme noch daß man die geringste Erwägung anstelle über das was ich etwa aus meiner Haft schriebe. Wenn ein solches Unglück mir zustieße, will ich mich für den Staat opfern und muß man meinem Bruder gehorchen, welcher sowie alle meine Minister und Generäle mir mit ihrem Kopfe dafür einstehen werden, daß man weder eine Provinz noch ein Lösegeld für mich anbietet und daß man den Krieg fortsetzt und seine Vortheile verfolgt ganz als wäre ich nie auf der Welt gewesen.

Ich hoffe und ich darf glauben daß Sie, Graf Finck, nicht nöthig haben werden von dieser Instruction Gebrauch zu machen, aber im Fall eines Unglücks ermächtige ich Sie sie anzuwenden, und zum Zeichen daß sie nach reifer und nüchterner Überlegung mein fester und standhafter Wille ist, unterzeichne ich sie mit meiner Hand und versehe sie mit meinem Siegel.

(L. S.) Friedrich.

Das gesammte Staatsministerium und die Chefs der höchsten Gerichte wurden durch königliche Ordre vom 12 Januar angewiesen allem demjenigen genau Folge zu leisten, was auf gewisse Fälle ihnen der Staats- und Cabinetsminister Graf von Finckenstein im Namen Sr. Königlichen Majestät, nach der ihm ertheilten schriftlichen geheimen Instruction, sagen und eröffnen und von ihnen verlangen werde[1].

Noch an demselben Tage, an welchem er diesen Act selbstverleugnender Fürsorge für die Zukunft seiner Staaten vollzog, verließ König Friedrich die Hauptstadt und betrat sie erst nach Ende des Krieges wieder. Die Regierungsgeschäfte waren ge-

[1] Allerhöchst eigenhändige Instruction weiland S. M. Königs Friedrichs II f. d. Staats- u. Cabinetsminister Grafen Finck von Finckenstein vom 10 Januar 1757. Facsimile nach dem im Kön. Geh. Staatsarchiv aufbewahrten Original. Berlin am 24 Januar 1854. 4⁰. Die Instruction ist abgedruckt in den Oeuvres de Frédéric X 317—320.

ordnet, die Rechtspflege gesichert, die Finanzen wohl bestellt. Die Kosten des Kriegs lagen wenigstens für das kommende Jahr im Staatsschatze bereit und König Friedrich nahm darauf Bedacht mit dem Gelde so zu wirtschaften daß er den letzten Thaler in der Tasche behalte um seinen Feinden den Frieden vorschreiben zu können. Die Steuerkraft des Landes noch mehr anzuspannen erschien nicht räthlich, daher wurde keine neue Steuer ausgeschrieben, wohl aber in den westlichen Landen, welche der französischen Invasion ausgesetzt waren, Steuervorschüsse erhoben. In der Kurmark war schon im vorigen Jahre eine Anleihe bei der Ritterschaft gemacht; ein gleiches geschah jetzt auch in anderen Provinzen. So ward von den preußischen Ständen zur Landesvertheidigung ein Darlehen von 500000 Thalern verlangt, eine Summe welche nicht allein in kurzer Frist aufgebracht, sondern durch den Patriotismus der betheiligten noch um fast 80000 Thaler überschritten wurde[1].

Zu den Mitteln und Einkünften des preußischen Kriegsschatzes kamen die aus dem Kurfürstenthum Sachsen gewonnenen Erträge, außer den hergebrachten Steuern außerordentliche Contributionen, Lieferungen und Naturalleistungen aller Art, welche mit schwerem Drucke auf dem Lande lasteten. Schon war auch durch Ausmünzung geringhaltiger Goldmünzen eine neue Finanzquelle für die Kriegführung eröffnet und es wurden Vorschläge gethan auch das Silbercourant zu verschlechtern. Diese wies jedoch der König im Januar 1757 noch mit Unwillen zurück, weil sie seinen Landen zu höchstem Verderben gereichen müßten. Doch behielt er für nichtpreußische Gebiete auch diese Auskunft im Auge und bald genug drängte ihn die Noth dazu zu greifen.

Vor allem war König Friedrich mit den Plänen des nächsten Feldzugs beschäftigt, um den Krieg mit dem größten Nachdruck zu führen und so rasch als möglich zu entscheiden. Am 29 Ja-

[1] X. v. Hasenkamp, Ostpreußen unter dem Doppelaar. S. 31—33. Vgl. Hertzberg Recueil I. V. X f. Im allgemeinen s. Riedel, der brandenburgisch-preußische Staatshaushalt S. 81 ff. J'espère d'avoir le dernier écu et de la leur préscrire (sc. la paix) schreibt König Friedrich an Marschall Keith d. 15 Mai 1757. Varnhagen Keith S. 146.

nuar hatte er deshalb zu Haynau eine Conferenz mit Schwerin und Winterfeld: des Sieges gewiß schrieb er, als er von dort nach Dresden zurückgekehrt war, an seine Schwester von Baireuth: „man wird dieses Frühjahr sehen was Preußen ist und daß wir „durch unsere Kraft und vorzüglich durch unsere Disciplin mit „der Überzahl der Österreicher fertig werden[1]." Das preußische Heer ward unablässig in den Waffen geübt und neue Mannschaften verstärkten seine Zahl. Noch glaubte Friedrich auf die Dienste der Sachsen rechnen zu dürfen, aus denen zehn Regimenter und fünf Grenadierbataillone formiert waren; dazu wurden vier Bataillone leichter Truppen zu 500 Mann und einige Garnisonbataillone neu errichtet. Ferner ward der Bestand jeder Compagnie der Linieninfanterie, jeder Schwadron Dragoner und Kürassiere vermehrt, im ganzen um 21500 Mann. Damit stieg der Etat der Feldtruppen auf 152000, der Garnisonen auf 58800 Mann. Eine größere Verstärkung des Heeres erschien bei der immer noch dünnen Bevölkerung des Landes nicht thunlich, und die auswärtigen Werbeplätze lieferten bei dem gleichzeitigen Aufgebot so vieler Kriegsvölker nur wenig Rekruten. Zur Vertheidigung der Provinzen gegen feindliche Angriffe ordnete der König im Laufe des Jahres eine Maßregel an, welche Hertzberg vorgeschlagen hatte, nämlich die Errichtung einer Landmiliz, zu welcher jedes Dorf zwei Mann bereit halten sollte[2]. Vollständig wurde diese Einrichtung nicht durchgeführt: dem Widerwillen des Königs gegen ungeregelte Kriegführung entsprach es den Krieg allein den Soldaten vorzubehalten, Bürgern und Bauern die Arbeiten des Friedens; aber in einzelnen Provinzen, namentlich Preußen Pommern und der Mark, ist die wenn auch noch unvollkommene Organisation einer Landwehr von Nutzen gewesen.

Die Hauptstärke der preußischen Kriegsmacht lag in der Einheit ihrer Leitung durch den größten Feldherrn seines Jahrhunderts, der auf den unbedingten Gehorsam aller seiner unter-

[1] 1757 Febr. 5. Oeuvres XXVII 1, 292.

[2] Hertzberg Rec. a. a. O. Dess. précis de la carrière diplomatique hgg. v. Rud. Köpke in Schmidt's Zeitschr. f. Geschichtswiss. 1844 I 19. Oeuvres de Frédéric XXVII 3, 276 f.

gebenen rechnen konnte. Die Armee bestand zum größeren Theile aus Landeskindern und ward durch unausgesetzte Übungen und eiserne Disciplin zusammengehalten. Das Offiziercorps war auserlesen und erprobt und von echtem Kriegergeiste und Wetteifer durchdrungen. Unter den Generalen waren höchst verdiente Männer, voll Muth und Hingebung, der größere Theil jedoch mehr dazu geschaffen die Befehle des Königs unter dessen Augen pünctlich auszuführen, als in schwierigen Verhältnissen selbständig das rechte zu treffen und die ganze Verantwortung zu tragen. Mit einem Worte, das preußische Heer war der bewaffnete Arm des königlichen Staatsmanns, der seine eigenen Hilfsquellen und die Anstalten seiner Feinde in éine Rechnung zog und in tiefem Geheimniß seine Pläne entwarf, mit wenigen vertrauten ihre Ausführung vorbereitete und überwachte und wenn der Augenblick gekommen war mit vollendeten Thatsachen seine Zwecke kundthat.

Nicht minder als König Friedrich war die Kaiserin Maria Theresia von Eifer beseelt vor Ablauf des Winters die Zurüstung ihrer Heere zu vollenden. Aus den entfernten Provinzen des Kaiserreichs wurden die Truppen herangezogen; Kriegsmaterial und Mundvorräthe waren in Prag und andern Orten Böhmens aufgespeichert. An Geldmitteln gebrach es nicht. Willig übernahmen die Kronlande neue Lasten und für dringende Fälle bildeten die von dem Kaiser Franz angesammelten Schätze einen Rückhalt; bald sollten auch die französischen Subsidien flüssig werden[1]. Alle Kräfte über welche die Kaiserin gebot konnte sie gegen Preußen kehren: denn auf keiner andern Seite hatte sie einen Feind zu fürchten. Der türkische Divan sah dem Kriege der christlichen Mächte stumpfsinnig zu, Italien verharrte in tiefer Ruhe, über Belgien war Maria Theresia mit Frankreich einig und durfte das Land von Truppen entblößen. Nach Mitte Januars trafen die durch neue Werbungen verstärkten niederländischen Regimenter, 24000 Mann, mit siebenzig Geschützen, in Böhmen ein.

Das kaiserliche Heer war tapfer und kriegstüchtig, seit dem Aachner Frieden in Bewaffnung und Exercitium nach dem preußi-

---

[1] Die erste Zahlung von 2 Mill. fl. (= 5 Mill. Livres) erfolgte am 15 Juli.

schen Vorbilde reorganisiert, an Artillerie und leichten Truppen der preußischen Armee überlegen. Die Verstärkung und Ausbildung der Artillerie war das Werk des Fürsten Wenzel von Liechtenstein. Im übrigen machte sich um die neuen Heereseinrichtungen der Feldmarschall Graf Leopold Daun besonders verdient und erwarb das Vertrauen der Kaiserin in vorzüglichem Grade. Daun war ein durchaus nüchterner kaltbedächtiger Mann, vornehm und von gemessenen Formen, pünctlich und gewissenhaft im Dienste seiner Kirche und seiner Monarchin, aber von beschränktem Geiste und in der Scheu vor Verantwortung bis zur Ängstlichkeit behutsam. Im Heere genoß größeres Zutrauen der Feldmarschall Graf Brown, der Sohn eines Irländers der wie so viele Anhänger der Stuarts in fremde Waffendienste übergetreten war, ein umsichtiger und muthiger General, streng gegen sich und andere, ein abgesagter Feind aller Leichtfertigkeit. Seines verschlossenen Wesens halber war er in den Hofkreisen nicht wohl gelitten. Maria Theresia erkannte Browns Verdienste an und ehrte ihn, aber den Oberbefehl gegen den König von Preußen hatte sie für die Dauer ihm nicht zugedacht. Dazu war vielmehr ihr Schwager Prinz Karl von Lothringen bestimmt.

In Karl von Lothringen sah Maria Theresia den geborenen Krieger. Es blieb ihr unvergessen daß im Erbfolgekriege er zuerst die Feinde aus Österreich vertrieben und bis über den Rhein gedrängt hatte. Später kam es zu Tage daß dem Prinzen die ersten Eigenschaften eines Feldherrn, ruhige Überlegung, Besonnenheit und Geistesgegenwart, mangelten. Er zankte mit den Generalen und war bei den Truppen im höchsten Grade unbeliebt. Nach den Erfahrungen des letzten Krieges stimmten alle verständigen Männer überein, daß dem Prinzen kein Oberbefehl wieder anvertraut werden dürfe. Aber die Kaiserin beharrte bei der einmal gefaßten guten Meinung und wollte ihrem Schwager Gelegenheit geben die Scharten von Chotusitz Striegau Soor mit der Besiegung Friedrichs auszuwetzen. Deshalb war es umsonst daß mehrere Reichsfürsten sich mit dringenden Gegenvorstellungen an Kaunitz wandten und vorschlugen den Prinzen, der schon vor Jahren als Reichsfeldmarschall bestallt war, die

Reichsarmee befehligen zu lassen, dagegen Brown bei seinem Commando in Böhmen zu erhalten. Sie empfiengen die Antwort, die kaiserlichen Majestäten hätten beschlossen dem den Oberbefehl übernehmenden Herzog von Lothringen den Grafen Brown als Feldmarschall beizuordnen[1]. So ward der Zwiespalt in das Obercommando gelegt, wovon die Folge war daß auch bei den untergebenen keine Harmonie und strenge Subordination herrschte. Diese Übelstände wurden noch gesteigert durch den Einfluß des Hofes auf die Leitung der Operationen. Über dem Feldherrn stand nicht die Kaiserin allein und Graf Kaunitz mit Rücksichten persönlicher Gunst und politischer Erwägungen, wie der Coalitionskrieg sie mit sich brachte, sondern dazwischen noch der Hofkriegsrath, der in der Hauptstadt gemäß den Intentionen des Cabinets die Kriegspläne bearbeitete, an seiner Spitze Graf Neipperg, der nach dem Türkenkriege von Kaiser Karl VI auf die Festung geschickt, später bei Mollwitz von den Preußen geschlagen und in den Niederlanden nicht glücklicher, dennoch von seiner eigenen Einsicht vollkommen überzeugt blieb und des allerhöchsten Vertrauens sich erfreute. Der Hofkriegsrath sah die Dinge meist anders an als die commandierenden Generale; er brauchte Zeit um sich zu entscheiden und die in seinem Schooße gefaßten Beschlüsse blieben kein undurchdringliches Geheimniß.

König Friedrich wurde durch wohlbezahlte Spione, zu deren Diensten sich auch Pfaffen hergaben, über die in Wien gefaßten Beschlüsse auf dem laufenden erhalten[2]. Am 7 December kannte er den ersten österreichischen Kriegsplan, der dahin gieng Sachsen und Schlesien mit drei Corps anzugreifen. Über Eger und das Vogtland sollten Franzosen, deutsche Völker und Österreicher vorrücken, Brown über Friedland auf Bunzlau und Glogau vorgehen und Niederschlesien erobern, Piccolomini Oberschlesien in Besitz nehmen. Damals gedachte König Friedrich selbst mit 40000 Mann zuerst sich gegen die Franzosen zu wenden und mit seiner

[1] Huschberg S. 140.

[2] 1756 Dec. 22. 1757 Jan. 15. Friedrich II an Winterfeld. Preuß Urkundenbuch V 34. 37.

übrigen Armee die Stellungen in Sachsen und Schlesien zu decken, ein Plan gegen den Schwerin nachdrücklichen Widerspruch erhob; denn damit werde den Österreichern die Eroberung von Schlesien erleichtert, auf welche ihr ganzes Absehen gerichtet sei[1]. Indessen gab der österreichische Hof in Folge des französischen Widerspruches jenen Angriffsplan auf; eben so wenig drang Brown mit seinen Vorschlägen durch, mit der kaiserlichen Armee allein zeitig die Offensive zu ergreifen[2]. Der Hofkriegsrath glaubte nichts übereilen zu dürfen. Daß der König von Preußen Böhmen angreife sei kaum zu erwarten, wenigstens könne es wegen des Futterstandes nicht früh im Jahre noch wegen mangelnder Magazine mit raschem Vordringen geschehen: überhaupt werde er, auf allen Seiten von Feinden bedroht, nichts anderes versuchen als sich in Sachsen zu vertheidigen. Deshalb sollte die österreichische Armee zunächst den Preußen gegenüber ihre Stellungen in Böhmen und Mähren halten. Wann aber die Franzosen und die Russen vordrängen und der König sich mit diesen entweder selbst einließe oder doch seine Streitkräfte theilte, sollte die österreichische Armee zum Angriffe übergehen und den Preußen Sachsen und vor allem Schlesien entreißen.

König Friedrich urteilte anders als der kaiserliche Hofkriegsrath sich vorstellte; er wußte daß die einzig wirksame Defensive in einer kräftigen Offensive liegt und daß ihm keine Rettung blieb, wenn er sich von den Feinden matt setzen ließ. Sein Gedanke, in welchem er sich mit Winterfeld begegnete, gieng dahin die Österreicher zu schlagen ehe die Franzosen herankämen: dann meinte er würden sich bei den Franzosen „die stolzen Wellen legen" und er werde nach Bedürfniß entweder gegen sie oder gegen die Russen seine Waffen wenden. „Es wird das Jahr „scharf hergehen," schrieb er an Winterfeld, „aber man muß die „Ohren steif halten und jeder der Ehre und Liebe für das Vater-

[1] Preuß Urkundenbuch V 25. Geschichte des Geschlechts von Winterfeld u. Urkunden verfaßt von Ludw. Gustav v. Winterfeld-Damerow. 1863. Th. II Bd. 2 S. 1031. v. Schöning, der siebenjährige Krieg I 62 f.

[2] (v. Cogniazo) Geständnisse II 268 ff.

„land hat muß alles daran setzen: eine gute Husche, so wird „alles klärer werden[1].“

Um den Hauptschlag mit Nachdruck führen zu können zog Friedrich vor Beginn des Feldzugs auch die Regimenter heran, welche seit dem vorigen Juni in Pommern aufgestellt waren um für den Feldmarschall Lehwaldt, der mit 20000 Mann in Preußen stand, eine Reserve zu bilden. Im März trafen sie in der Lausitz ein und dienten dazu die von den Österreichern oft belästigten preußischen Quartiere besser zu decken. Der Operationsplan ward am 30 März zu Frankenstein von Schwerin Winterfeld und dem vom Könige mit speciellen Instructionen und Bedenken abgesandten Generalmajor von der Goltz nochmals im Detail berathen. Die Absicht war den Feind in den böhmischen Quartieren zu überraschen, einzelne Abtheilungen aufzureiben und durch eine Schlacht gleich im Beginn des Feldzugs sich die Überlegenheit zu sichern. Mit dem von Schwerin und Winterfeld unterzeichneten Berichte erklärte der König sich vollkommen einverstanden und traf seine Anordnungen dahin, daß die Armee am 15 April marschfertig war. Aber so sehr auch der Angriffsplan geheim gehalten wurde, drang doch eine Kunde davon durch: am 8 April hatte man in Browns Hauptquartier die Nachricht daß die Preußen am 16 April in Böhmen eindringen würden[2]. Die Meldung fand jedoch keinen Glauben, da alle Umstände für das Gegentheil sprachen. War es doch land- und stadtkundig, daß die Preußen alles auf die Vertheidigung Sachsens berechneten: die Arbeiten zur Befestigung von Torgau und Dresden wurden beschleunigt, an den Straßen nach Böhmen wurden Bäume geschlagen und Verhaue angelegt, endlich an verschiedenen Puncten

---

[1] 1757 März 7. Dresden. Friedrich II an Winterfeld. Über die Offensive schreibt W. an den König den 19 März; am 21 erwiedert dieser freudig zustimmend, das sei auch seine Idee. Am 25 entwickelt er nochmals brieflich seine Bedenken. v. Winterfeld a. a. O. S. 1043. 1045. Vgl. S. 1031. Preuß Urkundenbuch V 52 f. 54 f. Lebensgesch. I 403 f.

[2] Stuhr Forsch. I 245 nach dem Schreiben des französischen Offiziers d'Haumont vom 8 April. Luynes XVI 17 hat unter dem 10 April eine Nachricht über den preußischen Angriffsplan.

Scheinbewegungen ausgeführt, welche ihren Zweck erfüllten die kaiserlichen Generale vollständig irre zu leiten.

Die österreichische Armee stand in einer Stärke von 133000 Mann vom westlichen Böhmen bis Mähren. Mit 117000 Mann rückten die Preußen in vier Abtheilungen am 18 April und den nächsten Tagen in Böhmen ein. Feldmarschall Schwerin, der selbst über Trautenau gieng, eröffnete den Einmarsch mit den in Schlesien und der Grafschaft Glatz stehenden Truppen. Der österreichische General Serbelloni, der das Corps des jüngst verstorbenen Fürsten Piccolomini befehligte, blieb bei Königgrätz unthätig stehen; Schwerin dagegen beschleunigte seine Bewegungen dermaßen, daß er am 26 April sich mit dem von der Lausitz her vordringenden Corps des Herzogs August Wilhelm von Braunschweig-Bevern vereinigen konnte. Diese zweite Abtheilung des preußischen Heeres hatte bei Reichenberg den kaiserlichen Feldzeugmeister Grafen Königsegg zurückgeschlagen, machte aber des schwierigen Terrains halber nur langsame Fortschritte, bis Schwerins Anmarsch die Österreicher zum Rückzuge nöthigte. Die Vereinigung der beiden Armeecorps fand bei Kosmonos nahe der Iser statt. Der Thätigkeit welche der zweiundsiebzigjährige Feldmarschall bei diesen Operationen entwickelte, zollte Winterfeld, der unter ihm befehligte, seine höchste Bewunderung. Die vereinigten Corps giengen alsdann auf das rechte Ufer der Iser bis in die Nähe der Elbe vor: dort erwartete Schwerin die weiteren Befehle des Königs.

König Friedrich rückte am 22 April über Peterswalde und Nollendorf, Prinz Moritz von Anhalt von Marienberg her am 21 über Kommotau in Böhmen ein; ihre Truppen vereinigten sich am 24 April bei Linay an der Bila. Am 27 ward der Übergang über die Eger ausgeführt. Feldmarschall Brown gab die Stellung bei Budin auf und zog mit dem von der oberen Eger herankommenden Corps des Herzogs von Arenberg vereinigt auf Prag zurück. König Friedrich folgte ihnen und traf am 2 Mai mit 44000 Mann vor Prag ein. Die größere Hälfte seiner Truppen ließ er auf dem linken Moldauufer unter dem Feldmarschall Keith zurück, der auf den weißen Berg gestützt in

einem Halbkreise, welcher oberhalb und unterhalb die Moldau erreichte, den Hradschin und die Kleinseite von Prag einschloß: mit 20000 Mann gieng er selbst am 4 Mai auf das rechte Moldauufer hinüber und erwartete ungeduldig den Anmarsch von Schwerin, der an demselben Tage bei Brandeis die Elbe passierte. Königsegg hatte sich schon am 2 Mai mit dem Hauptheile seiner viel schwächeren Truppen nach Prag zurückgezogen.

Der Einmarsch der Preußen in Böhmen setzte die Österreicher außer Fassung. Die günstigsten Stellungen und die für die später beabsichtigte Offensive reich versehenen Magazine, Millionen an Werth, gaben sie preis um nur die Concentration ihrer Armee bei Prag zu erreichen. Und diese war ihnen gelungen, wenn auch nicht ohne Verlust und unter erschöpfenden Märschen. Nunmehr wählte Prinz Karl von Lothringen, der am 30 April den Oberbefehl übernommen hatte, an der Ostseite von Prag eine feste Stellung um den Truppen die nöthige Ruhe zu geben und die Verstärkungen abzuwarten, welche der Feldmarschall Daun heranführen sollte, der den Oberbefehl über das Serbellonische Corps und die in Mähren stehenden Truppen erhielt. Ein Angriff von preußischer Seite ward im kaiserlichen Hauptquartier nicht vorausgesehen. Die Österreicher beherrschten den Zizkaberg hart an der Stadt und die von diesem landeinwärts sich erhebenden Höhen. Weiter östlich dachen sich die Höhen ab, aber wie am Nordabhange so ward auch auf dieser Seite der Zugang durch eine von Bächen durchschnittene Niederung mit feuchtem Acker und Wiesengrund, zum Theil abgelassenen Teichen, ungemein erschwert. Diese Hindernisse schienen den König von Preußen von dem Versuche die kaiserliche Armee mit stürmender Hand aus ihrer Stellung zu vertreiben abschrecken zu müssen.

Aber König Friedrich ließ sich in seinem Vorsatze nicht irren. Ihm lag alles daran die Wirkung seines Einmarsches in Böhmen durch einen entscheidenden Schlag zu krönen: er durfte dem Feinde nicht Zeit lassen sich zu sammeln und zu verstärken. Sobald daher Schwerin nach einem nächtlichen Marsche in der Frühe des 6 Mai zu ihm gestoßen und damit 64000 Preußen gegen 60000 Österreicher vereinigt waren, befahl er die Schlacht, und

der greise Feldmarschall selbst meinte nach anfänglichen Bedenken: „frische Fische gute Fische.“

Die Dispositionen zur Schlacht wurden von dem Könige mit Schwerin und Winterfeld getroffen. Die steilen Abhänge, welche vor der rechten preußischen Flanke lagen, waren zum Angriff nicht geeignet: daher marschierte die preußische Armee links ab und Schwerin unternahm mit dem linken Flügel um 10 Uhr den Angriff auf die sanfter ansteigenden Höhen in der rechten Flanke der kaiserlichen Armee. Die Reiterei eröffnete das Treffen und nach mehreren vergeblichen Angriffen warf Zieten mit der Reserve die österreichische Reiterei: bei der Verfolgung fielen jedoch seine Mannschaften über ein feindliches Lager her und tranken sich so voll, daß sie für den Tag nicht weiter zu brauchen waren. Gleichzeitig gieng die preußische Infanterie des ersten Treffens vor: aber der sumpfige Boden bot unerwartete Hindernisse, die österreichischen Geschütze wirkten mörderisch und die Grenadiere warfen die anrückenden Preußen zurück. Kaum waren die Bataillone wieder geordnet so nahm Schwerin einem Junker die Fahne aus der Hand und ritt vor ihrer Fronte um sie zu erneutem Sturme zu führen: da ward er von Kartätschenkugeln hingestreckt und die von ihm befehligte Infanterie wich abermals.

Aber die siegreich vordringenden österreichischen Grenadiere wurden nicht unterstützt. Gleich im Beginn des Gefechtes war Feldmarschall Brown, der auf dem rechten Flügel befehligte, schwer verwundet; Prinz Karl, der mit äußerster Anstrengung sich abmühte das frühere Versäumniß nachzuholen und die zur Schlacht erforderlichen Dispositionen zu treffen, ward von einem Brustkrampfe befallen, der ihm die Besinnung nahm. So fehlte den Österreichern jede Oberleitung: auf ihrer Seite löste sich die Schlacht in lauter Einzelgefechte auf. Diesen Umstand benutzten die Preußen. Der König persönlich ordnete mit frischen Truppen des zweiten Treffens einen neuen Angriff an und warf den rechten Flügel der Österreicher, zugleich drang der Herzog von Bevern im Centrum vor und schließlich erstürmten auch die Truppen der Prinzen Ferdinand von Braunschweig und Heinrich von Preußen, der hiebei die größte Bravour zeigte, die ihnen gegenüberliegen-

den steilen Abhänge. Damit war die Schlacht auf allen Puncten entschieden: die Höhen vor Prag waren in den Händen der Preußen, die Österreicher theils über die Sazawa, theils in die Stadt Prag gedrängt.

Der Sieg war glänzend, aber theuer bezahlt. Der Verlust der Preußen war nicht viel geringer als der der Österreicher: er belief sich nach der mäßigsten Angabe auf 12500 Mann[1]. „Schwerins Tod," schreibt König Friedrich, „welkte die Lorbern „des Sieges, der mit zu kostbarem Blute erkauft war. An diesem „Tage fielen die Säulen der preußischen Infanterie; Fouqué „und Winterfeld wurden gefährlich verwundet: es blieben Hautcharmoy, Goltz, der Prinz von Holstein, Manstein und eine „große Zahl tapferer Offiziere und alter Soldaten, welche zu „ersetzen ein blutiger und grausamer Krieg keine Zeit ließ[2]."

Die nächste Folge der Schlacht war die Einschließung des größeren Theiles der kaiserlichen Armee mit dem Prinzen Karl von Lothringen in Prag. Auf dem linken Moldauufer befehligte auch ferner Feldmarschall Keith die preußischen Verschanzungen; auf dem rechten zog der König den Halbkreis: sowohl oberhalb der Stadt als unterhalb ward durch Schiffbrücken die Verbindung zwischen beiden Heerestheilen hergestellt. Eine förmliche Belagerung unternahm König Friedrich nicht; dazu war seine Armee, wenn sie gleich durch Heranziehung der detachierten Corps verstärkt war, dennoch im Verhältniß zu der Besatzung nicht zahlreich genug: sondern er rechnete darauf die in der Stadt eingeschlossene Armee, welche 44000 Mann zählte, durch den Hunger zur Capitulation zu nöthigen oder, wenn sie den Versuch machen sollte sich durchzuschlagen, sie vollends aufzureiben. Auch die Beschießung, welche den 29 Mai begann, hatte nur den Zweck Magazine in der Stadt zu zerstören. Das österreichische Obercommando hinderte die Preußen wenig. Ein Ausfall in Masse um sich den Weg zu bahnen ward nicht beabsichtigt: selbst als

[1] Gesch. d. 7jähr. Kriegs bearb. v. d. Offizieren des großen Generalstabs I 195. Der König gibt den eigenen Verlust auf 18000, den der Österreicher auf 24000 Mann an.

[2] Oeuvres de Frédéric IV 119 f.

nach heftigen Regengüssen das Hochwasser der Moldau am 30 Mai die beiden preußischen Schiffbrücken zerriß verhielt die Besatzung sich ruhig. Durch einzelne Ausfälle von der Wachsamkeit der Preußen belehrt erachtete Prinz Karl seine Befreiung anders als durch den Beistand der Daunschen Armee für unthunlich und suchte durch sparsame Eintheilung des Mundvorraths sich so lange wie möglich zu fristen. Dies Verhalten ward auch von dem kaiserlichen Hofe ausdrücklich gebilligt.

Ganz Europa harrte in gespannter Verwunderung auf die Entscheidung. Der König von Preußen, über dessen Länder seine Feinde das Loos warfen und den sie mit éinem Feldzuge zu überwältigen gedachten, stand jetzt auf dem Puncte gerade umgekehrt ihnen Gesetze vorschreiben zu können. Die zur Eroberung Schlesiens gemachten Zurüstungen waren vernichtet, das kaiserliche Heer geschlagen und mit Gefangenschaft bedroht; ein zweites Heer, eben erst in der Bildung begriffen, war zu schwach gegen die siegreichen Preußen so bald eine neue Schlacht zu wagen. Das gewaltige Unternehmen des Königs von Preußen schien seiner Vollendung nahe zu sein. In Wien fürchtete man das schlimmste und laut erhoben sich die Vorwürfe gegen Kaunitz als den Anstifter des unseligen Kriegs, dessen Ende gar nicht abzusehen war[1]. Vor der Schlacht bei Prag war Kaunitz in Dauns Hauptquartier gereist um den Generalen die Köpfe zurecht zu setzen und sie zu rascher Unterstützung des Prinzen von Lothringen zu vermögen: er kam von dort mit der Überzeugung zurück daß Daun vor der Hand nichts unternehmen könne und suchte nun die Verbündeten zu raschem Vorgehen zu bestimmen. Von allem Anfange an hatte es in der Absicht der österreichischen Regierung gelegen daß die russische Hauptmacht sich nicht nach Preußen, sondern nach Schlesien wenden sollte um mit einem österreichi-

[1] Vgl. Stuhr Forsch. I 243 ff. Huschberg-Wuttke S. 151. In dem Conferenzprotocoll vom 14 Juni 1757, die Ratification des Geheimen Tractats mit Frankreich betreffend, ist das Bedenken verzeichnet, „ob unsere dermaligen „betrübten Umstände die Ratification zugeben." Es wird aus dem Grunde beseitigt, „weil unsere größte Hülfe von Frankreich zu erwarten." N. Actenstücke S. 42.

schen Corps vereint diese Provinz zu erobern. Aus Rücksicht auf Polen, welche die französische Regierung geltend machte, war von diesem Plane abgesehen worden, aber jetzt kam Kaunitz darauf zurück, daß der russische Feldmarschall Apraxin ein Corps von mindestens 24000 Mann nach Niederschlesien marschieren lassen möge um eine Diversion zu machen oder zu den Österreichern zu stoßen. Auch ward über einen Vertrag verhandelt, demzufolge 30000 Mann Russen durch Polen nach Mähren marschieren und in österreichischen Sold treten sollten[1]. Nicht minder dringende Vorstellungen wurden an den französischen Hof gerichtet und von neuem die Entsendung französischer Truppen von der Armee d'Estrées nach dem Vogtlande und nach Böhmen nachgesucht, diesmal ebenso vergebens wie früher. Statt dessen erklärte König Ludwig XV aus eigenem Antriebe sich entschlossen, um der Kaiserin einen neuen Beweis seiner Freundschaft zu geben, unter den Befehlen des Prinzen Soubise im Elsaß eine zweite Armee auszurüsten, welche Franken Schwaben und Baiern gegen Einfälle der Preußen decken und dem Reichstage zu Regensburg Schutz und Sicherheit gewähren sollte[2].

Und fürwahr es schien die höchste Zeit zu sein sich der Reichsstände zu versichern, damit nicht der Reichskrieg gegen Preußen noch ehe er begonnen ein klägliches Ende nähme. Während des Marsches nach Prag am 29 April hatte König Friedrich den Obersten von Mayr, einen gewandten und verwegenen Parteigänger, der früher in österreichischen bairischen und sächsischen Diensten stand und seit zwei Jahren in die preußische Armee getreten war, mit einem Streifcorps in das Reich geschickt. Es waren nicht mehr als zwei Bataillone Freiwilliger zu Fuß und 200 Husaren, zusammen 1500 Mann, mit fünf Kanonen, beutesüchtige Abenteurer aus aller Herren Länder, aber mit strenger Mannszucht zusammengehalten. Mayr nahm zunächst in Böhmen österreichische Magazine weg, namentlich das sehr beträchtliche zu Pilsen, und veräußerte oder vertheilte die Vorräthe, rückte

---

[1] Stuhr I 254. 279 f.

[2] Ebend. S. 171.

dann in die Oberpfalz und brandschatzte bairische, bambergische, pfälzische, nürnbergische Ämter. Am 26 Mai stand er vor Nürnberg. Er verlangte von dem Rathe der Stadt freien Durchmarsch für das Corps von 15000 Mann zu Fuß und drei Regimentern Husaren, dessen Vortrab er bilde, ferner Vereinigung der Nürnberger Kriegsvölker mit den preußischen zum Kriege gegen die Franzosen und Neutralität der Reichsstadt im Kriege des Königs mit der Kaiserin. In ihrer Noth fragten die Nürnberger bei dem gerade in ihren Mauern versammelten Kreisconvente an und schickten ihren Obersten von Imhof in das königliche Feldlager vor Prag mit dem Auftrage, für Erlaß der gestellten Forderungen 80000 fl. anzubieten. Dieses Angebot wies König Friedrich als seiner unwürdig zurück; er verlange nichts als daß die Stadt sich aus den das Reich gar nichts angehenden Privathändeln des wienerischen Hofes heraushalte und strenge Neutralität beobachte.

Unterdessen war Mayr in Franken weiter gezogen, hatte verschiedene Reichsgebiete heimgesucht und kanonierte am 9 Juni bei Vach an der Regnitz mit fränkischen Reichstruppen, mit Bambergern und Würzburgern, 6000 an der Zahl, welche den Auftrag hatten „besagten Mayr einzufangen, auf daß an demselben, andern zum Abscheu, die verwürkten Strafen mögen vollzogen werden." Die brandenburgisch-baireuthischen Gebiete wurden sorgfältig geschont. Friedrichs Schwester Wilhelmine war außer sich vor Freude über die Thaten des kleinen Häufleins, deren Berichte ihre Erlanger Zeitungen ins Reich hinaustrugen: dem Obersten Mayr verlieh sie den Orden de la sincérité et probité. Am 18 Juni stand dieser bei Culmbach: nach mehrtägiger Rast zog er ins Coburgische und von dort über Saalfeld nach Sachsen und Böhmen zurück[1].

Mit einem andern Corps von ein paar tausend Mann erschien der preußische Generalmajor von Oldenburg vor der kurmainzischen Stadt Erfurt, und verlangte daß ihm die Thore geöffnet würden, da der Kurfürst gegen den König von Preußen parteiisch

[1] Pauli Leb. gr. Helden 1759 III 159 ff. Heldengeschichte IV 360 ff.

und feindselig verfahre. Man getraute sich nicht sein Ansinnen zu verweigern: die kaiserliche und kurfürstliche Besatzung räumte die Stadt und zog sich in die Citadelle zurück. Nun forderte der General Oldenburg von der Stadt und der Klostergeistlichkeit Contributionen von über 200000 Thalern, aber ehe diese eingetrieben werden konnten, ward auch diese Abtheilung wiederum zur königlichen Hauptarmee nach Böhmen beschieden[1].

So lange König Friedrich Prag belagerte, wurden im Reiche diese Streifcorps allerdings für nichts geringeres angesehen als für die Vorläufer größerer Truppenkörper. Die Abgeordneten in Regensburg fürchteten für ihre Sicherheit; schon kamen Flüchtlinge an und das gemeine Volk wurde unruhig. Viele der Gesandten, unter ihnen der kurmainzische, hielten dafür, die Versammlung möge sich einstweilen nach Frankfurt zurückziehen. Der würzburgische begehrte von dem Fürstbischof Gewährleistung seiner Effecten und Schadloshaltung, wenn seiner Person etwas zustoßen sollte. Der Schrecken griff um sich: schon verbot der Kurfürst von Mainz seinen Unterthanen feindselige Reden über den König von Preußen zu führen: der Kurfürst von Baiern sandte einen Obersten in das Lager vor Prag und ließ die Erklärung abgeben, daß er allen gegen Preußen geschlossenen Verbindungen entsage und zur Neutralität entschlossen sei[2]. Von dieser kurfürstlichen Entschließung setzte die Regierung zu Amberg durch Circular vom 20 Mai die Beamten in Kenntniß und ließ auch dem Obersten Mayr davon Meldung thun. Die auf dem Marsche zur französischen Armee begriffenen kurpfälzischen Truppen erhielten Befehl bis auf weiteres Halt zu machen. In den Stiftern des Kurfürsten von Köln erhoben die Stände Widerspruch gegen die Kriegsrüstungen: die kurfürstlichen Räthe und viele der kurfürstlichen Offiziere galten für preußisch oder hannöverisch, wenigstens nicht für bourbonisch gesinnt.

Noch bedenklichere Dinge geschahen in Würtemberg. In

---

[1] Heldengeschichte IV 371 ff. Huschberg-Wuttke S. 268. 277 ff.

[2] Oeuvres de Frédéric IV 121. XXVII 1, 395. Stuhr a. a. O. I 247 ff. 317 ff. Huschberg-Wuttke S. 266 ff. Brodrück Feldzug der Reichsarmee v. 1757 S. 26.

diesem Lande herrschte tiefe Betrübniß daß der Herzog, der alles seiner Eitelkeit opfere, sich den Franzosen verkauft habe: in den Kirchen wurde um seine Erleuchtung und den Sieg des Königs von Preußen gebetet. Und es blieb nicht bei den stillen Klagen der bekümmerten Unterthanen, sondern hohe Beamte und angesehene Mitglieder der Landstände und der Bürgerschaft von Stuttgart reizten die Soldaten auf, den Dienst gegen die protestantischen Glaubensgenossen zu verweigern. Vieles Zuredens bedurfte es nicht das gewaltsam zusammengepreßte Militär, so weit es aus Eingebornen bestand, zu empören. Als am 20 Juni der herzogliche General von Werneck mit dem französischen Gesandten und dem Marschcommissar die in Stuttgart einquartierten Truppen mustern wollte, brach der Unwille in offene Meuterei aus: von allen Seiten schrieen die Soldaten sie wollten sich lieber todt schlagen lassen als für den König von Frankreich gegen Preußen kämpfen. Mit Mühe wurden die beiden Franzosen vor ihrer Wuth gerettet und die wichtigsten Posten mit zuverlässigen Mannschaften besetzt. Von mehr als 3000 blieben nur 400 aus der Fremde geworbene bei den Fahnen, die andern giengen in hellen Haufen davon mit dem Rufe daß sie zum Obersten Mayr nach Franken zögen. Der General ließ sie ziehen und gab manchem selber noch Urlaub auf unbestimmte Zeit: dann machte er bekannt daß allen, welche binnen gesetzter Frist sich wieder einstellen würden, die Strafe geschenkt sein solle[1]. Nicht anders als die Würtemberger waren die übrigen Truppen des schwäbischen Kreises, namentlich die Badener, gesinnt: laut äußerten Offiziere und Gemeine ihren Widerwillen mit den Franzosen gegen Preußen kämpfen zu sollen. Graf Pergen gab sich die größte Mühe die Rüstungen für die Reichsarmee in Gang zu bringen, aber mit geringem Erfolge. Im Juni schrieb er von dem oberrheinischen Kreise: „hier verliere ich beinahe mein „Latein, denn die Parteilichkeit aller dieser Protestanten für den „König von Preußen erscheint unglaublich[2]."

[1] Stuhr a. a. O. S. 319 f. Vgl. La pure vérité. Lettres et mémoires sur le Duc et le Duché de Virtemberg. Augsb. 1765 S. 85—87.

[2] Huschberg-Wuttke S. 266. Brodrück Feldzug der Reichsarmee v. 1757 S. 23 ff. 27 f.

So erhob sich weit und breit die Volksstimme gegen den kaiserlichen Hof und die Dienstverträge mit Frankreich: die fürstlichen Höfe schwankten in ihren Entschließungen. In Frankreich selbst herrschte Schadenfreude über die Niederlage der neuen Alliirten, und am Hofe Ludwigs XV kam die Besorgniß auf, der König von Preußen werde das Reich zum Frieden bringen, die österreichische Armee in Prag aushungern, die Kaiserin werde einen Sonderfrieden eingehen und Frankreich allein auf dem Kriegsschauplatze lassen[1].

Die Preußen und ihre Verbündeten jubelten: auch Hannover hoffte von Friedrichs Siegen seine Rettung. Wir haben oben die Bedingungen des im April von Colloredo übergebenen österreichisch-französischen Entwurfes einer Neutralitätsconvention für Hannover mitgetheilt: wenige Tage darauf trafen Mitchell's Berichte vom 19 April in London ein, mit der Meldung von dem Einmarsch des Königs von Preußen in Böhmen und seinen ferneren Feldzugsplänen[2]. Jetzt verwarf König Georg II den Vertrag für Hannover mit Entrüstung und vermerkte den Eifer, mit welchem der dänische Gesandte Graf Rantzau den Minister von Münchhausen zum Eingehen auf die Neutralität zu bestimmen suchte, sehr ungnädig. Rantzau hatte den vermittelnden Vorschlag gethan, daß die Kaiserin und der König von Frankreich von dem Durchzuge durch das Kurfürstenthum Hannover abstehen und ihre Truppen durch Hessen und die Herzogthümer Braunschweig und Sachsen marschieren lassen sollten: König Georg aber ließ ihm eröffnen, daß Ehre und Gerechtigkeit ihm verböten die Länder befreundeter Fürsten dem Durchzuge der Franzosen preiszugeben. Colloredo, dem im Interesse seines Hofs sehr viel daran gelegen war die Neutralität Hannovers zu erlangen, erbat eine persönliche Audienz beim Könige, wurde aber, als er die Convention befürworten wollte, von Georg II höhnisch abgefertigt. Die schriftliche Antwort, welche im Namen des Königs Münchhausen an Collo-

[1] Stuhr Forschungen I 113 aus Belleisles Schreiben an seinen Sohn.

[2] Vgl. o. S. 277 f. Mitchell's Schreiben an den Herzog von Cumberland und den Grafen Holdernesse vom 19 April s. Mitchell Pap. I 237. 241.

redo ertheilte, gieng dahin daß der König alle geeigneten Maßregeln ergreifen werde die fremden Truppen von seinen Besitzungen und ihrer Nachbarschaft fern zu halten, um die Gefahr welche ihnen drohen könnte desto wirksamer abzuwenden[1].

Die kriegerische Stimmung des englischen Hofs ward genährt durch die Berichte aus Böhmen. Am 19 Mai brachte ein von Yorke aus Holland abgesandtes Fischerboot die Nachricht von dem Siege der Preußen bei Prag. „Dies glückliche Ereigniß," schrieb Holdernesse, „hat den Hof und die ganze Nation mit der „höchsten Freude erfüllt und die Bewunderung, welche wir schon „für den Heldenmuth des Königs von Preußen hegten, auf den „höchsten Grad erhoben; Weiber und Kinder singen sein Lob; „die ausgelassensten Freudenbezeigungen gehen auf den Straßen „vor sich. Kurz er ist der Abgott des Volkes geworden[2]."

Den König Friedrich fand der englische Gesandte Mitchell nach der Prager Schlacht siegesfroh aber mitten unter seinen großen Erfolgen gemäßigt. Er hatte das Bewußtsein, daß wenn es ihm gelänge Prag zur Übergabe zu bringen, er die Entscheidung in der Hand habe. In seinen letzten Lebensjahren äußerte er gegen den General Rüchel, „gewann ich noch eine „Schlacht, so konnte ich auf den Wällen von Wien den Frieden „unterzeichnen[3]." Sein Gedanke war nach der Einnahme von Prag die Hauptarmee persönlich nach Mähren zu führen; ein Corps von 30000 Mann mainabwärts durch das Bambergische und Würzburgische nach Hessen zu schicken um das Schattenbild der Reichsarmee zu verscheuchen und die Franzosen über den Rhein treiben zu helfen; endlich gegen die Russen, deren Heeresmassen Feldmarschall Lehwaldt mit nur 28000 Mann gegenüberstand, Truppen zu detachieren, die jenen gerade durch Polen in den Rücken gehen sollten. Kurz dann glaubte er im Stande zu

---

[1] 1757 Mai 6. Michell's Bericht. Wahrhafte Vorstellung des Betragens, welche S. K. M. von Grosbritannien ꝛc. Kriegs-Canzley 1758 III 802. Vgl. Huschberg S. 323.

[2] Mai 20. Holdernesse an Mitchell. Mitchell Pap. I 249. Raumer II 427.

[3] Mitchell's Journal Mai 10 a. a. O. S. 329. E. F. W. Phil. v. Rüchel, mil. Biogr. von de la Motte Fouqué I 40 angeführt von Preuß Fr. d. gr. II 51.

sein nach allen Seiten, wo sie erfordert wurden, Streitkräfte zu senden und den Krieg rasch zu beendigen.

Mittlerweile bildete Feldmarschall Daun eine Armee zum Entsatze von Prag. Am Tage der Prager Schlacht war er bis auf fünf Meilen, sein Vortrab bis auf zwei Meilen herangekommen, im ganzen 30000 Mann, deren Ausrüstung jedoch in vielen Stücken noch mangelhaft war. Auf die Nachricht von dem Siege der Preußen gieng er zurück um weitere Verstärkungen an sich zu ziehen. König Friedrich entsandte gegen ihn ein Observationscorps zunächst nur von 5000 Mann zu Fuß und 12500 Mann Reiterei unter dem Befehle des Herzogs von Bevern. Vor diesem wich Daun Schritt vor Schritt auf der Straße nach Iglau und Wien, aus eigener Behutsamkeit und den Befehlen der Kaiserin gemäß, welche ihn anwiesen nur um Deckung der Erbstaaten besorgt zu sein und sich vor der preußischen Armee sehr in Acht zu nehmen. So konnte Bevern mit seiner unverhältnißmäßig schwächeren Macht am 17 Mai Kolin mit beträchtlichen Magazinen und am 5 Juni Kuttenberg erobern. Übrigens wuchsen Dauns Streitkräfte bei jedem Schritte, den er zurückthat; mit Geschütz und allem Kriegsbedarf ward er reichlich versehen und immer mehr Verstärkungen trafen ein. Er zog die über die Sazawa versprengten Truppen von dem Heere des Herzogs Karl an sich, die in Ungarn und Mähren gelagerten kamen heran, mit ihnen die vier sächsischen Reiterregimenter, welche früher in Polen gestanden hatten: so vermehrte sich sein Heer allmählich auf über 50000 Mann und ward dem nach und nach ebenfalls um mehrere Bataillone verstärkten Bevernschen Corps an Cavallerie um die Hälfte, an Infanterie dreifach überlegen.

Daun verharrte nichtsdestoweniger in seiner passiven Haltung und gieng bis Goltz-Jenikau zurück: da erhielt er von der Kaiserin Befehl, weil Prag sich nur noch bis zum 20 Juni halten könne, zur Rettung des in der böhmischen Hauptstadt belagerten Heeres eine Schlacht zu wagen. Für diese ward ihm völlig freie Hand gelassen: er sollte für den Ausgang nicht verantwortlich sein, aber nie vergessen, daß er die letzten Streitkräfte des Reichs

in seiner Hand habe. Zugleich wurde zur Belebung des Eifers der Armee den Grenadieren, welche das Treffen bei Prag so rühmlich eröffnet hatten, auf Lebenszeit doppelte Löhnung ausgesetzt. Nach diesem Befehle begann Daun am 12 Juni gegen die Preußen vorzugehn. Bevern zog sich nach Kuttenberg, Kolin und weiter auf der nach Prag führenden Kaiserstraße bis Planian zurück und vereinigte sich am 14 Juni südlich von jener Straße in der Nähe von Kaurzim mit dem Könige.

König Friedrich war nämlich, nachdem er die wiederholten Berichte des Herzogs von Bevern über die zunehmende Stärke der Österreicher ungläubig aufgenommen und mit dem Befehle erwiedert hatte Daun nach Iglau zu treiben, endlich selbst aufgebrochen um das Commando der Observationsarmee zu übernehmen, die kaiserlichen Feldtruppen zu schlagen und damit die Capitulation von Prag zu entscheiden. Die Verstärkungen, welche er zu diesem Ende heranführte, waren nicht bedeutend: sie brachten die Armee nicht höher als auf 18000 Mann Infanterie und 13000 Mann Cavallerie. Denn um seinen Hauptzweck nicht zu verfehlen hielt er es nicht für gerathen die Armee vor Prag in ihren ausgedehnten Stellungen allzu sehr zu schwächen[1]: überdies hatte alles was bisher vorgegangen war ihn in der falschen Zuversicht befestigt, mit welcher er Zahl und Leistungsfähigkeit des feindlichen Heers und Dauns Feldherrntüchtigkeit gering achtete.

Die kaiserliche Armee zählte jetzt 54000 Mann und war in allen Waffengattungen, namentlich auch an Artillerie, den Preußen überlegen, an Fußvolk fast doppelt so stark. Sie bezog am 16 Juni ein Lager bei Krichnow in einer Stellung die in der Fronte unangreifbar war: sobald Daun wahrnahm daß die Preußen sich nordwärts nach seinem rechten Flügel wendeten, marschierte er am Abend des 17 auf die südlich der Straße von Planian nach Kolin sich erhebenden Höhen, welche den Geschützen freies Spiel gaben und dem Feinde die Reserven verdeckten. Am frühen Morgen des 18 Juni traten die Preußen unter die Waffen und zogen auf der Kaiserstraße heran. Nachdem man die Aufstellung des

---

[1] Vgl. Oeuvres de Frédéric XXVII 3, 271.

österreichischen Heeres überblickt hatte, gab der König in dem Gasthofe zur goldenen Sonne (Slate Slunze) den versammelten Generalen die Disposition zur Schlacht. Der linke Flügel der Österreicher erschien durch seine Stellung und Stärke wohl gesichert: deshalb ward auf das strengste verboten auf diesen einen Angriff zu unternehmen. Die Schwäche des Feindes lag auf dessen rechter Flanke, und der Plan des Königs gieng dahin von dieser Seite her ihn zu überflügeln. Deshalb sollte die Armee ihren Marsch nach Kolin zu fortsetzen bis ihre Spitzen den österreichischen rechten Flügel umfassen könnten: dann sollte die Reiterei unter Zieten die österreichische Reiterei auf dem äußersten Flügel angreifen und, nachdem diese geworfen, General von Hülsen mit der Infanterie des linken Flügels, von Zieten unterstützt, das Dorf Kretschor nehmen. Wenn dies geschehen sollte das Hauptcorps vom Centrum unter dem Prinzen Moriz von Anhalt vorgehen und, Kretschor zur linken lassend, jenseit dieses Dorfes den Hülsenschen Truppen die Hand bieten. Hinter dem angreifenden Corps des Prinzen Moriz bildeten sechs Bataillone ein zweites Treffen: hinter den Linien der Infanterie blieb der Rest der Cavallerie unter dem General Pennavaire in Reserve. Der rechte Flügel aber unter dem Herzog von Bevern sollte auf der Kaiserstraße dem Dorfe Chotzemitz gegenüber stehen bleiben um nach Bedürfniß ebenfalls weiter nach links herüber gezogen zu werden.

Nach ein Uhr begann die Schlacht. Gemäß der Disposition des Königs ward die von Nadasty befehligte österreichische Reiterei von Zieten aus dem Felde geschlagen und Hülsen eroberte das Dorf Kretschor und die an demselben errichteten Batterien. Aber Feldmarschall Daun hatte den preußischen Angriffsplan richtig ermessen und die Verstärkung des rechten Flügels angeordnet, so daß Hülsen um weiter vordringen zu können die Unterstützung des Hauptcorps unter dem Prinzen Moriz abwarten mußte. Diese erfolgte nicht so wie die ursprüngliche Disposition bestimmt hatte, ein verhängnißvoller Fehler, den der König dem Prinzen Moriz Schuld gab, der unmittelbar auf dem Schlachtfelde von ihm die heftigsten Vorwürfe erfuhr: nach anderen Berichten, die

in späterer Zeit von anhaltischer Seite ausgiengen, hätte Prinz Moriz vergebens dem Könige widersprochen, dessen Befehle seiner eigenen früheren Anordnung entgegengesetzt waren[1]. Das Corps rückte nämlich statt sich halblinks zu halten um jenseit des Dorfes Kretschor den Hülsenschen Truppen die Hand zu bieten, weiter rechts geradezu auf die österreichische Fronte vor, so daß der König um die dadurch entstehende Lücke auszufüllen und den Zusammenhang mit dem Hülsenschen Corps herzustellen, die Bataillone des zweiten Treffens in die Linie einrücken lassen mußte. Jetzt drangen die Preußen von neuem nachdrücklich vor und eroberten südlich von Kretschor eine österreichische Batterie. Zu gleicher Zeit entspann sich auf dem rechten Flügel das Treffen, dem wiederholten strengen Befehl des Königs zuwider. General Manstein befahl die feindlichen leichten Truppen, welche seine Bataillone sehr belästigten, zurückzutreiben; daraus wurde ein blutiger Kampf um das Dorf Chotzemitz, in den schließlich die ganze Infanterie des rechten Flügels verwickelt ward und der nicht abgebrochen werden konnte, ohne hier die Schlacht verloren zu geben.

Bis dahin waren die Preußen im Siege. Sie hatten sieben Angriffe gegen immer frische Truppen ausgeführt: die Österreicher waren überflügelt und hart bedrängt. Schweres Geschütz wurde zurückgeführt und einzelnen Regimentern der Befehl zum Rückzuge nach Suchdol ertheilt; Feldmarschall Daun stand im Begriffe die Schlacht abzubrechen. Aber im Hinblick darauf, daß ein großer Theil seiner Truppen noch nicht in den Kampf gekommen war, entschied er sich vorläufig noch auszuharren. Es kam darauf an ob die Preußen, deren Reihen sich unter dem feindlichen Feuer lichteten, die errungenen Vortheile zu behaupten vermöchten. „Vier frische Bataillone“, sagt der König, „und

[1] S. über diese Streitfrage J. Kutzen, über die vermeintliche Schuld Friedrichs des großen an dem Verluste der Schlacht von Kolin. Abhandl. der Schles. Gesellsch. f. vat. Cultur. Phil. hist. Abth. 1862 S. 86 ff. Dess. Gedenktage deutscher Geschichte I 2 Aufl. 1860. Zur Beurteilung der Schlacht vgl. Mitchell Pap. I 352 f. Dauns ersten Bericht vom Schlachtfelde, Chotzemitz d. 18 Juni s. Luynes XVI 87.

die Schlacht war gewonnen". Aber er hatte nicht eines mehr zur Verfügung. Er sandte die Reservereiterei unter General Pennavaire vor und diese sprengte gegen die österreichische Cavallerie an, aber vor dem Kartätschenfeuer machte sie kehrt, warf sich auf die eigene Infanterie und riß auch diese in die Verwirrung hinein. Umsonst sucht ihr Commandant und endlich der König in Person sie gegen den Feind zu führen: neue Geschützsalven treiben sie unaufhaltsam in die Flucht bis über die Kaiserstraße. Inzwischen hatte der Cürassieroberst von Seydlitz, vom äußersten linken Flügel herbeigeholt, an der Spitze einer Brigade einen glänzenden Angriff ausgeführt: mit zehn Schwadronen sprengte er zwei Infanterie- und zwei Cavallerieregimenter und kehrte mit eroberten Fahnen zurück: vor frischen feindlichen Regimentern mußten seine braven Reiter weichen.

In diesem Augenblicke, gegen vier Uhr, griff Oberstlieutenant von Benkendorf mit einem sächsischen Dragonerregiment das preußische Fußvolk an und brachte es in Unordnung. Seinem Beispiele folgten die andern beiden sächsischen Regimenter, das österreichische Dragonerregiment de Ligne, Graf Starhemberg mit tausend deutschen Reitern, bald noch andre Regimenter. Diese Reitergeschwader faßten die Preußen von allen Seiten, und nun ward Stoß auf Stoß von des Prinzen Moriz und Hülsens Bataillonen eines nach dem andern aufgelöst[1]. Von den Flüchtlingen bringt der König vierzig Mann zusammen und führt sie vorwärts: auch diese verlaufen sich nach und nach während er an ihrer Spitze reitet; da fragt sein Adjutant Major John Grant: „Wollen Ew. Majestät die Batterie allein nehmen?" König Friedrich betrachtete noch einmal durch sein Fernglas die feindliche Stellung: dann ritt er nach dem rechten Flügel zum Herzog von Bevern um die Befehle für den Rückzug zu geben.

Die Schlacht war für die Preußen verloren, von der Infanterie und zwar den besten Regimentern die größere Hälfte

[1] Schlichtegroll Nekrol. f. d. 19 Jhdt. IV 41—48 gibt Benkendorfs eigenen Bericht.

todt oder gefangen: von 18000 sammelten sich nur 6000 Mann. Der Verlust der Cavallerie war gering: sie hatte nicht anhaltend und nachdrücklich am Treffen theilgenommen und von den feindlichen Batterien wenig gelitten. Zieten blieb bis spät abends auf dem Schlachtfelde stehen und vergalt einen von Nadasty unternommenen Angriff nochmals so kräftig, daß dessen Reiter in wilder Unordnung durch den Hohlweg, aus dem sie heraufgekommen waren, zurückflüchteten. Dann folgte Zieten der auf das rechte Elbufer nach Nimburg abziehenden Armee. Die Österreicher belästigten sie nicht: um nichts auf Spiel zu setzen untersagte Daun seinen ohnehin sehr erschöpften Truppen die Verfolgung. Ihr Verlust an Todten und Verwundeten betrug 8000 Mann.

Nach dem Verluste der Schlacht von Kolin stand bei König Friedrich die Überzeugung fest, daß nun Prag nicht mehr genommen werden könne, und er beschloß unverzüglich die Belagerung aufzuheben, ehe Daun dem einschließenden Heere in den Rücken käme. Am 19 Juni frühmorgens überbrachte Major Grant dem Oberbefehlshaber vor Prag Feldmarschall Keith und dem Herzog Ferdinand von Braunschweig, der auf dem rechten Moldauufer commandierte, den mündlichen Befehl das Geschütz abzufahren, die Magazine aufzuräumen, kranke und verwundete zurückzusenden. Am Nachmittage traf Friedrich selbst ein. Das Heer hatte nicht glauben wollen, daß der siegreiche König geschlagen sei, bis man ihn durch das Lager nach seinem Quartiere reiten sah, nur von einem Pagen begleitet, von Arbeit und Wachen erschöpft, sein bedeutendes munteres Auge niedergeschlagen und mit einem tiefen Nebel bedeckt[1]. Am nächsten Tage zog die Armee von Prag ab, vom rechten Moldauufer unter dem Befehle des Königs über die Elbe nach Nimburg zur Vereinigung mit den bei Kolin geschlagenen Truppen, vom linken

[1] v. Westphalen, Gesch. d. Feldzüge des Herzogs Ferdinand I 201. Henckel v. Donnersmarck mil. Nachlaß I ² 230. 235 f. Über einen angeblich nach der Schlacht von König Friedrich an den Grafen Marischal gerichteten Brief s. Sybels hist. Zeitschr. XV 317 ff. u. Jos. Kutzen, Abhandl. d. Schles. Gesellsch. f. vaterländ. Cultur Phil.-hist. Abth. 1866 S. 19 ff.

Ufer unter Keith nach Leitmeritz, wo die Hospitäler und die Vorräthe für die Belagerung von Prag sich befanden.

König Friedrich hielt schon damals die völlige Räumung Böhmens für unvermeidlich, aber er wollte sie so lange wie möglich aufschieben um die böhmischen Grenzlande für sein Heer auszunützen und damit das weitere Vordringen der kaiserlichen Armee zu erschweren. Um Schlesien sowohl als Sachsen zu decken erschien es nothwendig die Theilung seines Heeres, das höchstens noch 73000 Mann zählte, in zwei Corps beizubehalten. Das eine, welches er von Nimburg aus verstärkte, sollte die Transporte nach Sachsen sichern und bereit stehen um sobald es erforderlich sein würde sich über Dresden gegen die Franzosen und Reichsvölker in Marsch zu setzen. Zu diesem Zwecke und in der Erwartung, daß die Österreicher mit der Hauptmacht gegen Sachsen vordringen würden, übernahm er selbst das Commando dieses Corps. Das andere stärkere Corps sollte das rechte Elbufer und die Straßen nach der Lausitz decken und gegen den Winter sich der Vertheidigung Schlesiens unterziehen. Unzufrieden mit dem Prinzen Moriz von Anhalt übertrug er den Oberbefehl über dieses Corps seinem Bruder August Wilhelm dem Prinzen von Preußen, in dem Glauben damit die Stimmung der Truppen zu heben. Um ihn zu berathen setzte er ihm Winterfeld an die Seite, ferner auf des Prinzen eigenen Wunsch Schmettau: außerdem befehligten unter ihm der Herzog von Bevern Fouqué Goltz Zieten.

Die Österreicher drängten den König von Preußen bei diesen Maßregeln nicht. Daun gieng am Tage nach der Schlacht wieder in sein früheres Lager bei Krichnow zurück und ließ am 20 Juni den ambrosianischen Lobgesang singen. Auf die Nachricht von dem Abzug der Preußen von Prag setzte er sich langsam in Bewegung und vereinigte sich am 26. anderthalb Meilen von Prag mit der Armee des Prinzen von Lothringen. Dieser hatte am 18 Juni in Prag die Meldung von der bevorstehenden Schlacht empfangen und ohne sich dadurch zu einem Ausfalle aufgefordert zu fühlen dem weiteren Verlauf der Dinge unthätig zugesehen. Erst auf den Nachzug des von Keith befehligten Armeetheiles ließ er einen Angriff machen, bei dem ein preußi-

scher Brückentrain und fünf Kanonen erobert wurden. Über die nunmehr von dem vereinigten kaiserlichen Heere zu unternehmenden Operationen, welche durch den Verlust der früher angelegten Magazine und die Erschöpfung von Prag erschwert wurden, mußten die Befehle des Hofkriegsraths erwartet werden.

In Wien herrschte große Freude daß die dem Kaiserhause drohende Gefahr überstanden und der Zauber der Unbesieglichkeit des preußischen Königs zerstört war. Zum Gedächtnisse des Sieges stiftete die Kaiserin am 22 Juni den militärischen Maria-Theresia-Orden als Belohnung der kriegerischen Verdienste der Oberoffiziere ihrer Armee und fremder Offiziere welche in derselben als Freiwillige dienten. Jetzt konnte sie auch gegen ihre Verbündeten wiederum eine selbstbewußte Sprache führen: die mit dem russischen Hofe wegen Überlassung von Truppen verhandelte Convention ward nunmehr für überflüssig erklärt und gegenüber den französischen Vorschlägen, welche die Vertreibung der Preußen aus Sachsen als die nächste und wichtigste Aufgabe bezeichneten, zu der die französischen und die kaiserlichen Streitkräfte zusammenwirken könnten, der Hauptzweck des österreichischen Hofes, die Eroberung von Schlesien festgehalten. Demnach ward beschlossen den Preußen durch die leichten Truppen den Rückzug zu erschweren, sie ohne eine Schlacht zu liefern aus Böhmen zu verdrängen und alsdann die Eroberung von Schlesien zu unternehmen. Zu dem Ende sollte die vereinigte Armee des Prinzen von Lothringen und des Grafen Daun nach der Lausitz hin marschieren um dem Feinde die Verbindung zwischen Sachsen und Schlesien zu benehmen und ihn in Ungewißheit zu setzen, ob die kaiserliche Armee sich in der Folge nach Schlesien oder durch die Oberlausitz nach Sachsen wenden würde[1]. Um die Reichsarmee in Bewegung zu bringen wurden zwei Husarenregimenter nach Franken geschickt.

Diesen Befehlen gemäß gieng die kaiserliche Armee am 1 Juli über die Elbe und bewegte sich in gemessenem Schritte vorwärts. Auf dem linken Elbufer, im Mittelgebirge, setzte sich

[1] (v. Cogniazo) Geständnisse eines österreich. Veterans II 380 f.

Oberstlieutenant Laudon mit seinen Croaten fest und machte die Straßen nach Sachsen unsicher: auf dem rechten Ufer ward Nadasty bis Gastdorf vorgeschoben, um die in und bei Leitmeritz lagernde preußische Armee zu beobachten. Die Hauptarmee folgte zunächst der nach Reichenberg führenden Straße: vor ihr her schwärmten die zahlreichen leichten Truppen, welche Ungarn Croatien Slavonien und die Militärgrenze gestellt hatten, eifrig und geschickt den Preußen die Zufuhren abzuschneiden und ihre Verbindungen zu unterbrechen, aber eine furchtbare Landplage für das durch seine Leibeigenschaft ohnehin blutarme böhmische Landvolk, dem diese Barbaren auch das letzte Brod nahmen, das ihnen die Brandenburger noch gelassen hatten[1].

Der Prinz von Preußen übernahm am 1 Juli zu Jung-Bunzlau an der Iser das Commando. Da es hier an Futter und Brod mangelte marschierte er am 4 Juli über Hirschberg nach Neuschloß, am 7 auf Winterfelds Rath nach Böhmisch Leipa. Hier stand er hinter dem Flüßchen Polzen, das bei Tetschen in die Elbe mündet, in einem vielfach durchschnittenen waldigen Berg- und Hügellande, über sieben Meilen von Zittau, fünf Meilen von Leitmeritz, drei Meilen von Tetschen. Die Verbindung mit Zittau konnte theils auf dem Umwege über Georgenthal und Rumburg theils auf der graden Straße, welche zwei Meilen östlich von Leipa über Niemes und Gabel führt, unterhalten werden: auf dieser kamen die Proviantwagen, welche aus den Magazinen von Zittau den Mundvorrath herzuführten. Gabel ward von den Preußen besetzt.

König Friedrich hatte anfangs die rückgängigen Bewegungen des Prinzen und die Wahl seiner Stellungen, welche geeignet schienen die Österreicher in Schach zu halten, gebilligt, aber immer mit Hinweisung darauf, wie wichtig es sei wenigstens bis zum 15 August sich in Böhmen zu halten: jetzt aber ward er unruhig. Am 7 Juli schrieb er: „ich bitte Euch in Gottes „Namen nicht weiter rückwärts zu gehen, denn ich sage Euch, „in Sachsen gibt es kein Futter“; am 8. setzte er ihn von

[1] v. Cogniazo a. a. O. II 376.

seinem Plane in Kenntniß, nach Mitte August sich selbst gegen die Reichstruppen zu wenden, während der Prinz den Feind von der Lausitz abwehre und drang in ihn einen Schritt vorwärts zu thun, das werde auf den Feind einen guten Eindruck machen; am 14. schrieb er von neuem: „wenn Ihr Euch stets zurück„zieht, so werdet ihr binnen hier und vier Wochen nach Berlin „gedrängt sein. Der Feind thut nichts als Euch folgen"[1]. Wohl erkannte er jetzt daß sein Bruder der ihm gestellten Aufgabe nicht gewachsen sei, wie er wenige Wochen später urteilte: „mein Bruder hat Geist, Kenntnisse, das beste Herz von der Welt, aber keine Entschlossenheit, vielmehr ist er schüchtern und kräftigen Maßregeln abgeneigt[2]". Für die Handlungsweise seines königlichen Bruders in dem letzten Jahre hatte der Prinz kein Verständniß: wie sein Bruder Heinrich von Anhänglichkeit für den französischen Hof erfüllt, verwünschte er die Neutralitätsconvention mit England[3], welcher Preußen die französische Allianz geopfert habe: er haßte alle die welche seiner Meinung nach den König in seinen kriegerischen Plänen bestärkten, namentlich Winterfeld. Daher nützte es wenig, daß Winterfeld in seiner Nähe war, denn dessen Rathschläge wurden in der Hauptsache nicht befolgt. Je mehr der König diesem General vertraute, mit um so größerer Mißgunst ward er im Hauptquartier des Prinzen von Preußen angesehen, von diesem selbst, von Schmettau, von Zieten und anderen. Während die Generale unter einander haderten, lockerte sich die Disciplin; die Soldaten wurden mismuthig und Desertion riß ein.

Bis dahin hatte sich die Armee des Prinzen nutzlos mit den leichten Truppen herumgeschlagen: endlich drängte auch die um

---

[1] Des Prinzen Relation ist abgedruckt in v. Aretin Beiträge z. Gesch. u. Lit. IV 71 ff.; die Correspondenz mit dem Könige s. Oeuvres de Frédéric XXVI 118 ff. Winterfelds Briefe an den König vom 6 und 15 Juli s. Preuß Urkundenbuch V 62 f. Schmettaus Bemerkungen s. in Preuß F. d. gr. II 408 ff. Vgl. Lebensgesch. d. Gr. v. Schmettau S. 353 ff.

[2] Apologie de ma conduite militaire. Oeuvres XXVII 3, 275.

[3] 1756 Juli 31. Valori an Rouillé. Mém. de Valori II 130 („ah, la maudite convention!").

zwei Drittel überlegene Hauptmacht des Feindes. Am 14 Juli gieng das österreichische Hauptcorps, welches die Straße nach Reichenberg verlassen hatte, auf der Straße nach Zittau bis Niemes vor: an demselben Tage griff General von Maquire, von dem General Herzog von Arenberg unterstützt, Gabel in der linken Flanke der Preußen an. Durchdrungen von der entscheidenden Wichtigkeit dieses Postens für die Armee that General von Puttkamer das äußerste ihn zu vertheidigen bis die erbetene Hilfe käme: aber sie kam nicht. Nach dem Eingange seiner Meldung ward, statt alles daran zu setzen Gabel zu behaupten und dadurch, es koste was es wolle, die directe Communication mit Zittau frei zu halten, ein großer Kriegsrath berufen. In diesem erschien Winterfeld nicht. Von den versammelten Generalen ward räsonniert und gestritten, und das Ende war, daß Gabel preisgegeben und der Rückzug über den Kamm des Lausitzer Gebirges nach Rumburg und Zittau beschlossen wurde. Puttkamer vertheidigte Gabel bis zum Abend des 15 Juli; dann, als der erwartete Beistand ausblieb, ergab er sich mit 2000 Mann kriegsgefangen dem fünffach überlegenen Feinde, der diesen braven in Bewunderung ihres Heldenmuthes die ehrenvollsten Bedingungen gewährte.

Den Abmarsch der Armee des Prinzen eröffnete Schmettau am 16 abends. Am 17 setzte sich der große Troß in Bewegung: gegen Abend brach der Prinz mit dem Heere auf, dessen Avantgarde Winterfeld führte. Der Marsch von fünf Meilen währte über fünf Tage: erst am 22 Juli stand der Prinz mit seinem Heere eine Meile von Zittau. Es war nämlich auf die blinde Angabe hin, daß die gerade Straße nach Rumburg abgeschnitten sei, der weitere Bogen über Kamnitz Kreibitz Schönlinde nach Rumburg beliebt worden, ein Weg der sich als sehr schlecht und für den großen Troß unbrauchbar erwies. So mußten denn alle Pontons, das Proviantfuhrwerk, viele Munitionswagen entweder dem Feinde zur Beute überlassen oder verbrannt werden. Ausgehungert kamen die preußischen Truppen bei Zittau an, woher ihnen Brod zugeführt wurde, und waren demnächst Zuschauer des Brandes dieser Stadt und der Magazine.

Gleichzeitig nämlich hatte die kaiserliche Armee in kleinen Märschen sich auf der Straße nach Zittau bewegt: General von Maquire erschien am 19 vor der Stadt, am 20 die Hauptarmee. Mit seinem, wie man es in Wien nannte, „verwünschten Schleichen" kam das kaiserliche Heer zu spät um vor Ankunft der ersten preußischen Züge unter Schmettau und Winterfeld Zittau zu besetzen. Um das versäumte nachzuholen und die noch übrigen Mundvorräthe der Preußen zu zerstören ließ Prinz Karl von Lothringen die Stadt mit glühenden Kugeln und Granaten in Brand schießen. Die Verbrennung der offenen Handels- und Gewerbstadt war eine Brutalität, welche Freund und Feind mit gleichem Abscheu verurteilten. Vom militärischen Gesichtspunkte betrachtet war die Einnahme von Zittau nicht einmal des Pulvers werth das man dabei aufgewandt hatte, denn die Preußen waren viel zu schwach um zur Behauptung ihrer fast geleerten Magazine eine Schlacht zu wagen[1]. Der Prinz von Preußen behielt seine Stellungen bei Zittau bis zum 24 Juli; in der folgenden Nacht marschierte er nach Löbau und am 27, wegen der Verpflegung seiner Truppen aus den Magazinen zu Dresden, von dort nach Bautzen, unangegriffen, aber unter zunehmender Auflösung des Heeres: in den drei Tagen liefen fünfhundert Mann zu den Österreichern über.

Winterfeld schrieb damals an den König: „Ew. K. M. haben „die einzige Gnade und machen bald eine Änderung bei dem „hiesigen Corps oder kommen bald zu uns. Es erfordert meine „Pflicht darum zu bitten. — Bei alle dem Kriegsrath halten „kommet nichts heraus, sondern es muß einer allein mit Resolu„tion commandieren, so ist noch alles zu redressieren[2]."

König Friedrich säumte nicht. Auf die Nachricht von dem Verluste von Gabel beschloß er schleunigst nach Sachsen zurückzugehen. Die längst begonnene Räumung der Magazine und Lazarethe zu Leitmeritz war am 20 Juli ausgeführt: am 21 marschierte die Armee über Lobositz Linay Nollendorf in die

---

[1] v. Cogniazo Erinnerungen II 388 f. Vgl. Huschberg-Wuttke S. 180 f.
[2] 1757 Juli 26. Löbau. v. Schöning der siebenjähr. Krieg I 74.

Gegend von Pirna. Hier ließ Friedrich den Prinzen Moriz von Anhalt mit einer Abtheilung zur Deckung der Elbe zurück: die übrigen Truppen führte er nach Bautzen und vereinigte sie am 29 Juli mit dem Corps seines Bruders.

Friedrich war aufs höchste entrüstet. Von dem Marsche nach Sachsen aus schrieb er an seine Schwester von Baireuth: „das „schlechte Verhalten meines Bruders von Preußen nöthigt mich „Leitmeritz zu verlassen; ich hoffe seine Dummheiten wieder gut „zu machen, wenn dies menschenmöglich ist. — Ich spotte der „Reichstruppen, der Franzosen, der Schweden, der Österreicher, „wenn sie einer dem andern folgen wollten, aber wenn ich so „viel Arme hätte wie Briareus, so könnte ich doch nicht aus„reichen diese wiedergebärende Hydra abzuthun, die sich tagtäg„lich vervielfacht und mich von allen Seiten umlagert[1]." Damals wußte er das schlimmste noch nicht. Die auf dem Rückzuge nach der Lausitz erlittenen Unfälle steigerten seinen Zorn aufs höchste und bestimmten ihn ohne irgend eine persönliche Rücksicht die Truppen und ihre Befehlshaber seine Unzufriedenheit empfinden zu lassen. Er verbot den Truppen welche er mitbrachte mit den Regimentern der andern Armee umzugehn: dem General Goltz trug er auf seinem Bruder und seinen Generalen zu sagen, sie verdienten daß über ihr Betragen ein Kriegsgericht gehalten werde, wo alsdann sie alle die Köpfe verlieren müßten: jedoch wolle er im General auch den Bruder nicht vergessen. Schmettau empfieng die Weisung dem Könige nicht unter die Augen zu kommen und sich nach Dresden zu begeben. Winterfeld ward von den Bezeigungen der Ungnade ausgenommen und erhielt den Befehl die Rüge des Königs im Parolekreise zu verlesen; dieser stand unweit und horchte ob es wörtlich geschehe.

Nach diesen Vorgängen legte der Prinz von Preußen unverzüglich das Commando nieder. Sein Lebensmuth war gebrochen; er starb das Jahr darauf, den 12 Juni 1758, zu Oranienburg. Das Verfahren Friedrichs war hart: er hatte mit unrichtigem Urteile seinen Bruder auf einen Posten gestellt,

[1] 1757 Juli 22. Linay. Oeuvres de Frédéric XXVII 1, 298 f.

für den es ihm an Einsicht Erfahrung und Thatkraft gebrach. Seine Strenge gründete sich darauf daß der Prinz seinen bestimmten Befehlen zuwider gehandelt und den Rath des Generals, an den er ihn vorzüglich verwies, nicht befolgt hatte. In der verzweifelten Lage, in welche er durch die Fehler seines Bruders versetzt war, hielt er es für seine Pflicht ohne Rücksicht auf die Person nach dem Grundsatze zu verfahren, den er einige Wochen später dem Prinzen Moriz von Anhalt vorhielt: „hier ist keine „Complaisance für den Prinzen, sondern der General muß seine „Schuldigkeit thun, sonsten hört alles auf[1]."

In den nächsten Tagen, während er die Vorbereitungen traf den Österreichern eine entscheidende Schlacht zu liefern, schrieb König Friedrich zwei Aufsätze nieder um im Falle er unterliege vor seinem Volke und vor der Nachwelt Rechenschaft abzulegen und sein Verhalten als König und als Feldherr zu rechtfertigen. Da dieser Fall nicht eintrat wurden sie nicht publiciert; erst neuerdings sind die beiden höchst bedeutsamen Actenstücke aus dem Staatsarchive an die Öffentlichkeit getreten[2]. In der Vertheidigung seines politischen Verhaltens entwickelt er die Gründe, welche im vorigen Jahre seinen Entschluß entschieden, um seinen Feinden zuvorzukommen den Krieg mit dem Einmarsche in Sachsen zu eröffnen, und fährt alsdann fort: „Wie konnte ich ahnen, „daß Frankreich 150000 Mann in das Reich schicken würde? „Wie konnte ich ahnen, daß das Reich sich erklären, daß Schweden sich in diesen Krieg mischen, daß Frankreich an Rußland „Subsidien zahlen, daß die Engländer trotz der dafür geleisteten „Gewähr Hannover nicht unterstützen, daß die Holländer sich „ruhig von den Franzosen und Österreichern einschließen lassen, „daß Dänemark die Russen und die Schweden agieren lassen „würde ohne daran Anstoß zu nehmen, mit éinem Worte, daß „die Engländer mich preisgeben würden? Die Staatsmänner „können nicht in der Zukunft lesen: was der gemeine Mann

[1] 1757 Aug. 20. Bernstädel. v. Schöning a. a. O. I 76 f.

[2] Oeuvres de Frédéric XXVII 3, 269—286: Raisons de ma conduite militaire und Apologie de ma conduite politique.

„Zufall nennt und die Philosophen mitwirkende Ursachen, entzieht „sich ihrer Berechnung. Wir haben Grundsätze zur Richtschnur „unseres Urteils, und diese bestehen in dem Interesse der Fürsten „und in dem was die bestehenden Bündnisse von ihnen fordern: „überdies ist dieser letztere Punct fraglich. Nun war durch die „Verträge Frankreich nur verpflichtet der Königin von Ungarn „mit einem Hilfscorps von 24000 Mann beizustehn. Frankreich „hatte keinen Vertrag mit dem Könige von Polen, keine Ver„bindung verpflichtete es ihm zu helfen. Ludwig XIV bekriegte „den Herzog von Savoyen, den Schwiegervater des Herzogs von „Bourgogne. Niemals haben die Bande des Bluts auf die Po„litik der Könige Einfluß gehabt; wie war es vorauszusehen daß „die Thränen der Dauphine, die Verleumdungen der Königin „von Polen und die Lügen des Wiener Hofs Frankreich in einen „seinen Interessen diametral entgegengesetzten Krieg hineinziehen „würden? Seit undenklicher Zeit ist Frankreich mit Österreich in „Krieg gewesen, ihre Interessen stehen in diametralem Gegen„satze. Frankreichs Politik ist allezeit gewesen einen mächtigen „Alliirten im Norden zu haben, dessen Diversionen ihm nützlich „sein könnten. Schweden, das ihm ehemals diente, hat seine „Macht und seinen Einfluß auf die Angelegenheiten des Con„tinents verloren. Es blieb ihm also nur Preußen. Wer konnte „sich vorstellen daß eine unerklärliche Geistesumwandlung und „die Intrigue einiger Klatschschwestern es vermöchten seine In„teressen und das einzige System das ihm dienlich ist preiszu„geben? Wozu an Rußland Subsidien zahlen, wozu Schweden „bewaffnen, wozu das Reich gegen Preußen aufreizen, bloß um „diese Macht zu zerstören? Entspringt dies Verhalten aus Un„willen über den zu London geschlossenen Neutralitätsvertrag? „Diese Rache würde mir sehr übertrieben erscheinen. Geschieht „es zu Gunsten einiger Abtretungen, welche die Königin von „Ungarn Frankreich in Flandern gewährt hätte? Dieser Köder „würde mir sehr grob erscheinen, und ich weiß nicht ob für die „Folge Frankreich nicht voraussehen muß, daß trotz all dieses „schönen Scheines das Wachsthum des Hauses Österreich, für „welches es gegenwärtig so warm arbeitet, mit der Zeit zu

„seinem größten Nachtheile umschlagen muß. Frankreich nimmt „zum Vorwande seines Einmarsches in das Reich die Garantie „des westfälischen Friedens. Im Jahre 1745, als wir in Sachsen „einmarschierten, wünschten mir diese Garanten des westfälischen „Friedens zu meinen gelungenen Waffenthaten Glück. Wie wird „denn was im Jahre 1745 gut war im Jahre 1757 schlecht? „Warum macht Schweden eine Schilderhebung, weil tausend „Mann leichter Truppen durch einige Dörfer des Würzburger „Gebiets gezogen sind? Unsere Feinde haben ihrem Verfahren „nicht einmal Farbe geben können, die Vorwände sogar haben „ihnen gefehlt. War es möglich vorauszusehen daß in einem „sehr ernstlichen Kriege, der die englische Nation, das politische „System und die Freiheit von Europa angeht, die Cabalen und „Parteiungen im Innern so sehr gegen die Wohlfahrt der Na= „tion überwiegen würden, daß die Minister die Interessen von „Europa über ihren heimischen Zänkereien vergäßen? Wie konnte „ich voraussehen daß, während sie mir ein Geschwader für die „Ostsee versprochen hatten, sie es mir rundweg abschlagen wür= „den in dem Augenblick, da ich es am nöthigsten brauchte? Ich „sage nichts von dem Schattenbilde des Reiches, das für seine „Tyrannen arbeitet; denn seine Schwäche hat jederzeit sich unter „die vorwaltende Macht gebeugt, deren Drohungen es fürchtete. „Aber Holland, das die Verträge bricht die es mit England hatte „und das sich von allen Seiten von den Franzosen umringen „läßt; aber die Dänen, welche sehen daß Schweden sich von „seinen Verträgen losmacht und daß es, nachdem es Pommern „wiedergenommen hat, ebenso alles was es abgetreten hat zurück= „fordern kann; aber eben dieses Dänemark das ruhig sieht, welche „Macht die Russen sich auf der Ostsee anmaßen und keine Hilfs= „mittel vorbereitet um sich Holstein zu erhalten, sobald es dem „Großfürsten von Rußland, wenn er Kaiser geworden ist, be= „lieben wird es zurückzunehmen: das sind solche Ereignisse, welche „die menschliche Klugheit nicht vorauszusehen vermöchte. Möge „man wenn man will mich vor dem Tribunal der Politik an= „klagen; ich behaupte daß seit der Liga von Cambray Europa „kein so unheilvolles Complot gesehen hat als dieses, daß selbst

22*

„die Liga von Cambray sich mit dem gefährlichen Triumvirat „nicht vergleichen läßt, das sich jetzt erhebt, das sich das Recht „beilegt Könige zu ächten, und dessen ganzer Ehrgeiz noch nicht „enthüllt ist. Wird man einen Reisenden der Unbesonnenheit „anklagen, gegen den drei Straßenräuber mit ihren Banden sich „verbündet haben, wenn er im Dickicht eines Waldes ermordet „wird, den zu durchschreiten seine Geschäfte ihn nöthigten? Wird „nicht jedermann auf die Spur der Räuber ausgehn um sie zu „ergreifen und den Händen der Gerechtigkeit zu übergeben, welche „ihnen ihren wahren Lohn ertheilen wird?

„Armselige Menschen, die wir sind! Die Menge urteilt über „unser Verhalten nicht nach unsern Beweggründen, sondern nach „dem Erfolge. Was bleibt uns also zu thun? Es kommt darauf „an glücklich zu sein."

Die Rechtfertigungsschrift des Königs Friedrich hat in jüngster Zeit einem Schriftsteller zur Unterlage gedient seine Handlungsweise zu verurteilen. Er zieht nämlich aus den Fragen, die der König aufwirft, „wie konnte ich ahnen, daß sie so handeln würden?" den Schluß daß Friedrich selber anders gehandelt haben würde, wenn er das Verhalten Frankreichs und der andern Mächte vorausgesehen hätte. „Dieses andere Handeln aber des„jenigen, der den Krieg beginnt, kann nur das Nichtbeginnen „des Krieges sein[1]."

Wir vermögen nicht zu entscheiden ob Friedrich der große, wenn er vorausgesehen und vorhergewußt hätte, daß er die ungetheilte Macht der drei Continentalreiche Österreich Rußland und Frankreich und ihres Anhanges gegen sich haben würde, allein, ohne daß das verbündete England ihm Beistand leistete, die Geisteskraft besessen hätte den ungeheuren Entschluß zu fassen dennoch den ersten Schlag zu thun und seinen Feinden den Vorsprung abzugewinnen. Das aber dürfen wir auf Grund der Acten und der Thatsachen sagen, daß wenn auch alle die furchtbaren

---

[1] Onno Klopp, König Friedrich II und die deutsche Nation S. 225 ff., namentlich S. 235. 241. Desselben offener Brief betreffend die Ansichten über den K. Friedrich II von Preußen 1862 S. 29.

Drangsale und Gefahren, welche seiner Person und dem preußischen Staate drohten, von allem Anfange an in ihrem ganzen Umfange klar vor seiner Seele gestanden hätten, die Rathlosigkeit seiner Freunde, der blinde jedes andere Interesse verleugnende Haß seiner übermächtigen Feinde, die schlimmen Wechselfälle des Kriegs, er dennoch als König und als Kriegsherr keinen andern Entschluß fassen durfte, wenn er nicht den Ruhm seiner Ahnen, die Kraft seines Volkes und die Zukunft seines Staates kleinmüthig preisgeben wollte. Der gefaßte Entschluß führte entweder zur Rettung des preußischen Staates oder zu einem ehrenvollen Untergange: auf jedem andern Wege war die Auflösung Preußens und seine schimpfliche Erniedrigung gewiß.

In der Entwickelung der Gründe seines militärischen Verfahrens rechtfertigt sich König Friedrich wegen des vergangenen und motiviert den Entschluß den er auszuführen im Begriffe stand, nämlich den Österreichern als dem gefährlichsten Feinde eine Schlacht zu liefern; wenn er sie gewinne die Lausitz von ihnen zu säubern, dort ein Corps in der Defensive zu lassen, nach Schlesien Verstärkungen zu schicken und sich selber gegen die Franzosen zu wenden. Denn bereits marschierte die französische Hauptarmee, nachdem sie am 26 Juli den Herzog von Cumberland geschlagen hatte nach dem Halberstädtischen zu: die andere Armee, mit den Reichstruppen vereinigt, gieng nach Thüringen vor. Die Russen hatten sich der Stadt Memel bemächtigt und setzten sich gegen Königsberg in Bewegung; die schwedischen Truppen sammelten sich in Stralsund. Daher war keine Zeit zu versäumen. Wohl konnten diesen immer drohender anwachsenden Gefahren gegenüber die erlittenen Verluste den Muth auch des entschlossensten Mannes beugen: hatte doch das Heer in vier Monaten 50000 Mann eingebüßt und betrug nur noch 70000 Mann. Aber König Friedrich verzagte nicht: „in „diesen unglückseligen Zeiten," schrieb er an d'Argens, „muß man „sich mit Eingeweiden von Eisen und einem Herzen von Erz „rüsten um alle Empfindlichkeit zu verlieren[1]." Mit brennender

[1] 1757 Juli 19. Oeuvres XIX, 44.

Ungeduld betrieb er die Wiederherstellung des Fuhrwesens und die übrigen zur Verpflegung der Truppen nothwendigen Maßregeln: endlich am 15 August konnte er von neuem die Offensive ergreifen.

Mit nicht viel über 40000 Mann marschierte König Friedrich gegen die österreichische Armee, welche 80000 Mann stark nordöstlich von Zittau an der Neisse stand und bot ihr ein Treffen an. Aber je eifriger der preußische König die Schlacht wünschte, um so sorgfältiger vermieden sie seine Gegner. Der Hofkriegsrath hatte vorgeschrieben daß die Armee wegen mangelnder Magazine und um die übrigen Diversionen (nämlich der Franzosen Russen Schweden) abzuwarten, noch drei Wochen stehen bleiben sollte. Daher begnügten sich der Herzog von Lothringen und Feldmarschall Daun die festen und wohlgedeckten Stellungen, welche sie gewählt hatten, zu behaupten. Die preußischen Generale fürchteten einen verwegenen Angriff, der nur zum eigenen Verderben führen könne, und mehrere derselben beschworen den Prinzen Heinrich dem Könige die Gefahren eines solchen Unternehmens vorzustellen. Der König hörte seinen Bruder ruhig an und erwiederte: „man muß in solchen Dingen zwar nicht zu „schwarz sehen, indeß werde ich morgen nichts eher unternehmen, „als bis ich das Terrain aufs genaueste untersucht habe, und „überhaupt nichts aufs Spiel setzen, wenn ich nicht Hoffnung „habe es auszuführen[1]."

Das Bemühen Friedrichs gieng dahin die Österreicher aus ihrer Stellung heraus zu manövrieren, was ihm nicht gelang. Bis zum 20 August blieb er ihnen gegenüber stehen: dann marschierte er am hellen Tage mit klingender Musik nordwärts. Das wenigstens war ihm gelungen den preußischen Soldaten ihr Selbstvertrauen wiederzugeben und die Zuversicht der Feinde herabzustimmen. Das kaiserliche Obercommando war fortan schwerfälliger und zwiespältiger als je. Auf anderen Puncten zeigten öster-

[1] Generalstab I 293 f. Henckel v. Donnersmarck mil. Nachlaß I 2, 275 f. Über die Stellungen der Österreicher vgl. Keith's Brief an Mitchell M. P. II 463 sq. Er schließt: „at least we have let the world see that this great victorious army dares not risk a battle with us on equal terms.

reichische Befehlshaber kühne und erfolgreiche Entschlossenheit. Oberst von Jahnus war von Münchengrätz aus mit 7—8000 Mann leichter Truppen über die schlesische Grenze nach Landeshut vorgedrungen. Um ihn von dort zu vertreiben zog General Kreutz von Schweidnitz mit einem etwas stärkeren Corps aus: aber Jahnus traf seine Anordnungen mit großer Umsicht und ließ statt den Angriff der Preußen abzuwarten seine Kroaten und Grenzer ihrer Natur gemäß in aufgelösten Rotten sich auf den Feind stürzen. Damit wurden die Linien der tapfer fechtenden Preußen gebrochen und diese mit großem Verluste zum Rückzuge genöthigt. Das geschah am 14 August. Wenige Tage später am 18 August schlug Oberst Laudon mit höchstens 4000 Mann leichter Truppen aus Ungarn und den Grenzlanden den Angriff zurück, welchen Moriz von Dessau mit der Überzahl auf seine Stellung bei Schönau oberhalb Pirna machte. Dabei kam Laudon der Übertritt der Sachsen zu statten, welche haufenweis den ihnen aufgezwungenen preußischen Dienst verließen.

König Friedrich war nicht im Stande in abwartender Haltung dem kaiserlichen Heere gegenüber zu verbleiben: es schien ihm die höchste Zeit in Thüringen den Franzosen und der Reichsarmee zu begegnen. Deshalb übertrug er den Oberbefehl über den Herzog von Bevern, welchem er Winterfeld, recht eigentlich den Mann seines Vertrauens, beiordnete, mit der Weisung die Lausitz so lange als möglich zu halten und alsdann Schlesien zu vertheidigen. Er selbst marschierte am 25 August nach Dresden und nachdem er das Corps des Prinzen Moriz von Dessau an sich gezogen hatte, weiter nach Thüringen, im ganzen mit 25000 Mann, entschlossen in der Gegend von Erfurt den vereinigten französischen und Reichstruppen eine Schlacht zu liefern.

Auf dem Marsche nach Thüringen empfieng König Friedrich zu Rötha an der Pleisse die Meldung, daß seine Truppen in Preußen von den Russen geschlagen seien. Er hatte sich außer Stande gesehen zur Vertheidigung von Preußen mehr als 20000 Mann Feld- und 8000 Mann Garnisontruppen zurückzulassen, welche Feldmarschall von Lehwaldt befehligte. Lehwaldt

war ein General von erprobter Treue und hatte sich in den früheren Kriegen, namentlich in der Schlacht bei Kesselsdorf, ausgezeichnet; jetzt war er ein Greis von zweiundsiebenzig Jahren. Daß es Lehwaldt gelingen werde mit einer so geringen Streitmacht Preußen gegen ein fünffach überlegenes russisches Heer zu vertheidigen, konnte Friedrich nicht erwarten: aber während er sich genöthigt sah gegen das österreichische Heer seine Streitkräfte möglichst zusammennehmen, wollte er doch die entfernte Provinz nicht völlig von Truppen entblößen und dadurch eine feindliche Invasion gleichsam herausfordern. Dabei rechnete er auf die Langsamkeit und Schwerfälligkeit der Bewegungen russischer Armeen und auf den Eindruck der in Böhmen von ihm errungenen Erfolge, welche den Einfluß des feilen Bestucheff und anderer Gegner der österreichischen Allianz verstärken und wenigstens die Neutralität des russischen Hofs veranlassen könnten. Auch hoffte er auf irgendwelche bewaffnete Demonstrationen der osmanischen Pforte, welche der englische Gesandte James Porter und der preußische Agent Haude (unter dem Namen von Rexin) über das russisch-österreichische Bündniß zu beunruhigen suchten. Vor allem aber bemühte er sich die früher verheißene Absendung eines englischen Geschwaders in die Ostsee auszuwirken, dessen Erscheinen, wie er fest überzeugt war, die Russen bestimmen werde sich ruhig zu verhalten. Hätte er bei Kolin gesiegt und Prag erobert, so würde er ein Truppencorps durch Polen in den Rücken der Russen geschickt haben. Übrigens wies er Lehwaldt, an den ersten den besten der ihm zu nahe komme bei den Ohren zu kriegen und den andern an ihm ein Exempel zu geben. Wenn es sich darum handele die Russen in Polen zu verfolgen oder ihre Magazine allda zu zerstören, solle er sich kein Bedenken darüber machen, sondern den Feind da nehmen wo er ihn finde[1].

Lehwaldt nahm zum Ersatze des Abgangs bei seinen Trup-

---

[1] S. die königlichen Ordres bei v. Ollech, Fr. d. gr. v. Kolin b. Leuthen. Berl. 1858 S. 8 ff. Über die russische Invasion handelt am genauesten X. v. Hasenkamp, Ostpreußen unter dem Doppelaar. Königsb. 1866.

pen Aushebungen vor und bildete sechs Compagnien Landmiliz, im ganzen 2000 Mann, zur Küstenbewachung und zur Verstärkung der Besatzungen in den befestigten Plätzen Königsberg Pillau und Memel. Sobald der späte Eintritt des Frühjahrs es erlaubte, setzte in Folge der gemessenen Befehle der Kaiserin die russische Armee sich in Bewegung und überschritt die Grenzen von Kurland und polnisch Litthauen. Ihre Stärke betrug über 100000 Mann regulärer Truppen, also erheblich mehr als wozu das Bündniß vom 22 Januar Rußland verpflichtete. Das russische Fußvolk bewährte bald seine unerschütterliche Ausdauer und Todesverachtung, die Artillerie, welche dreihundert Stück Geschütz zählte, war vortrefflich; dagegen konnte die Cavallerie sich nicht entfernt mit der preußischen messen. Die irregulären Truppen, Kosaken Tataren Kalmüken, verbreiteten Entsetzen durch die Frevel, welche sie verübten. Schon in Polen führte man bittere Klagen über die Zuchtlosigkeit der russischen Truppen; in Preußen vollends fiel jede Rücksicht hinweg. Die rohen Barbaren sengten und brannten zum größten Schaden der eigenen Armee, deren Subsistenzmittel sie zerstörten. Die Verpflegung war überhaupt schwierig und unzulänglich, da kein organisiertes Fuhrwesen vorhanden war. Den Oberbefehl führte Graf Apraxin, ein träger und feister Wüstling, der ohne Verdienst durch Weibergunst und Ränke zum Range des Feldmarschalls emporgestiegen war. Er war im Einverständnisse mit Bestucheff und versicherte die Großfürstin Katharina seiner Ergebenheit: daher hielt er sein Augenmerk weniger auf den Feind, den er bekriegen sollte, als auf die Vorgänge am Hofe gerichtet. An seiner Seite befand sich als österreichischer Commissar Feldmarschallieutenant von St. André. Unter Apraxin standen einzelne tüchtige unter Münnich und Keith gebildete Generale, welche ihre Schuldigkeit thaten, so wenig auch ein Krieg gegen Preußen im Bunde mit Österreich und Frankreich in der Armee zusagte. Denn es war unvergessen daß unter französischer Vermittelung der österreichische Hof im Jahre 1739 den Frieden von Belgrad abgeschlossen hatte, welcher den Russen mitten in ihren Siegen über die Türken Halt gebot.

Die russische Hauptarmee marschierte in drei Colonnen über Wilna nach Kowno um dort über den Niemen zu gehen; eine vierte führte General Fermor durch Samogitien auf Memel zu. Fermor überschritt am 28 Juni mit 28000 Mann die preußische Grenze. Von der kaiserlichen Flotte unterstützt nöthigte er schon am 5 Juni Memel zur Capitulation und ließ die preußischen Unterthanen der Kaiserin den Eid der Treue schwören. Das gleiche geschah auch in den andern Orten welche die Russen besetzten. Fermors weiteres Vorgehen wurde durch die Schwerfälligkeit des Hauptheeres verzögert, welches nicht vor Ende Juli in Preußen einrückte. Wenn Lehwaldt einen Offensivstoß gegen die Russen wagen wollte, so war es jetzt geboten Fermors Armeecorps anzugreifen. Aber in dem Kriegsrathe, welchen er am 4 Juli abhielt, scheint kaum die Möglichkeit eines solchen Unternehmens erwogen zu sein: die Generale bestanden vielmehr auf einer rückgängigen Bewegung auf Königsberg um diese Hauptstadt vor einem Handstreiche der russischen Flotte zu decken. Darauf gieng der Feldmarschall nicht ein, sondern nahm eine Stellung hinter dem Pregel anfangs bei Insterburg, dann bei Wehlau, und erbat für sein weiteres Verhalten königliche Befehle. König Friedrich gab diese zu Leitmeritz am 11 Juli dahin, daß er absolut nichts vorschreiben könne, was der Feldmarschall jetzt zu thun habe: aber wie er noch jüngst ihn ermuntert hatte den Feind anzugreifen wo er ihn finde, so warnte er auch diesmal vor Rückmärschen im Anfange des Feldzugs und fügte mit Bezugnahme auf die ertheilte Vollmacht hinzu: „nur bitte ich Euch auf das höchste die Contenance nicht „zu verlieren, sondern frisch, obgleich nach gutem Überlegen, „Eure Resolution zu nehmen, und wenn Ihr die genommen habt, „alsdann nicht davon abzugehen; überhaupt aber keinen Kriegs„rath zu halten, denn da sieht man nur alle Schwierigkeiten „ein, und wenn man die gesehen hat, so kommt weder Schluß „noch sonst etwas heraus."

In Folge der königlichen Befehle war von einem Rückzuge auf Königsberg nicht weiter die Rede, aber eben so wenig kam es zu einem Angriffe auf die getrennten russischen Corps. Ende

Juli drang auch Apraxin, dem die Kaiserin gedroht hatte, wenn er nicht alsbald gegen den Feind vorgehe, werde sie ihn des Commandos entsetzen, mit der Hauptarmee in Preußen ein und vereinigte sich am 18 August in der Gegend von Insterburg mit dem Fermorschen Corps. Am 27 und 28 August giengen die Russen über den Pregel und nahmen der preußischen Armee gegenüber bei Groß-Jägersdorf eine feste Stellung ein. Bei der Wahl derselben leitete die russischen Generale die Absicht Rücken und Flanken durch natürliche Hindernisse dem Feinde unzugänglich zu halten und den zu erwartenden Angriff in der Fronte durch die Infanteriemassen und das Geschützfeuer zu brechen. Trotz der Übermacht von 80000 Russen gegen 24000 Preußen wagte Feldmarschall Lehwaldt am 30 August die Schlacht und suchte vorzüglich den linken Flügel der Russen zu fassen. Der Beginn des Treffens war seinem kühnen Unternehmen günstig. Die russische Cavallerie und die erste Linie der Infanterie wurde geworfen, drei Batterien erobert; auf allen Puncten kämpften die preußischen Truppen mit der höchsten Tapferkeit. Aber das russische Kartätschenfeuer von den weiter zurückliegenden Höhen herab erschütterte ihre Reihen, und als Graf Peter Rumänzoff auf dem russischen linken Flügel zwanzig frische Bataillone von der Reserve zum Angriffe vorführte vermochten sie das Schlachtfeld nicht länger zu behaupten, sondern zogen in guter Ordnung über den Pregel in ihr früheres Lager bei Wehlau zurück. Ihr Verlust an Todten und Verwundeten betrug 4600 Mann; achtundzwanzig Geschütze fielen den Russen in die Hände: aber die Ehre ihrer Waffen hatten die Preußen gegen den mehr als dreifach überlegenen Feind rühmlich verfochten.

König Friedrich sprach dem alten Feldmarschall auf dessen Bericht mit den gnädigsten und freundlichsten Worten guten Muth ein und empfahl ihm das Feld zu halten: vor allem warnte er ihn sich nicht vom Feinde in Königsberg einschließen zu lassen. Der Noth Preußens Abhilfe zu schaffen und das schwache Truppencorps Lehwaldts zu verstärken war Friedrich II außer Stande.

Die Nachrichten von der Niederlage der Preußen bei Kolin

trieben auch die schwedische Regierung dazu ihre Truppen ins Feld rücken zu lassen. Die Einschiffung begann Ende Juli; gegen den September waren in Stralsund und der Umgegend 18000 Mann Infanterie und 4000 Mann Cavallerie versammelt, welche vorläufig Generallieutenant Graf Hamilton befehligte. Die Mannschaften waren tüchtig, aber ihre Ausrüstung war mangelhaft, ein Theil der Pferde in Folge der Seefahrt unbrauchbar[1]. Der schwedischen Armee stand kein zur Vertheidigung der preußischen Grenzen irgend hinreichendes Truppencorps gegenüber. Der mit dem Commando beauftragte Generalmajor Heinrich von Manteuffel mußte sein Hauptaugenmerk darauf richten Stettin zu decken, das nur schwach besetzt war; im Felde konnte er nicht mehr als vier Bataillone und fünfhundert Husaren verwenden. Übrigens wankte die von Truppen entblößte preußische Provinz in ihrer Treue nicht und war zu Opfern willig. Gemäß einem Beschlusse der pommerschen Stände wurde die Landmiliz auf eine Stärke von 5000 Mann gebracht und auf ständische Kosten unterhalten, außerdem ein pommersches Provinzial-Husaren-Corps und zwei Freicompagnien zur Landesvertheidigung errichtet. König Friedrich faßte damals auch die Ausrüstung einer Flotille ins Auge, welche er im Frieden versäumt hatte. Am 16 Juli 1757 erließ er aus dem Hauptquartiere zu Leitmeritz an den pommerschen Kammerpräsidenten von Aschersleben den Befehl mit dem Generalmajor von Manteuffel nach dessen Ankunft wegen der Inseln Usedom und Wollin und der Odermündungen Swine und Divenow zu sprechen; inzwischen, wenn er es nöthig fände, den Hafen mit einer Defension von Schiffen zu decken und darüber mit erfahrnen Seemännern zu reden. Zunächst wurde jedoch nichts der Art ins Werk gesetzt[2].

---

[1] Nicht alle schwedischen Transporte erreichten ihre Bestimmung. Eine Nachricht aus Colberg d. 23 Oct. besagt: gestern ist hier das dritte schwedische Schiff aufgebracht, auf welchem sich ein Offizier, 24 Reiter, 3 Knechte, 10 Matrosen, 29 Pferde befanden.

[2] Nach einem gedruckten Blatte o. D. „kurze aber wahre Nachricht von „der im letzten Kriege hier errichteten Flotille," dessen Mittheilung ich der Güte

Als von der einen Seite das Vordringen der Russen in Preußen und ihr Sieg bei Groß-Jägersdorf, von der andern die Eroberung der westfälischen, hessischen und hannöverschen Lande durch die Franzosen gemeldet ward, traten endlich die schwedischen Truppen in Marsch und giengen am 12 September über die Peene. Ohne erheblichen Widerstand zu finden besetzten sie Demmin Anclam Ückermünde Pasewalk. Das von Landmiliz vertheidigte Fort Peenemünde ward am 23 September zur Übergabe gezwungen. Den Schweden schien der Weg nach der Mark Brandenburg offen zu stehen.

Auf dem Reichstage zu Regensburg berief sich der schwedische Gesandte abermals auf die von Schweden geleistete Garantie des westfälischen Friedens und motivierte die Invasion des preußischen Pommern mit dem Streifzuge preußischer Truppen durch Franken und gegen Erfurt. Nach Eröffnung der Feindseligkeiten wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen Preußen und Schweden abgebrochen.

Gefährlicher, als der Einfall der Schweden und Russen in die preußischen Staaten sich anließ, waren die Fortschritte, welche die Franzosen im nördlichen Deutschland machten. Der niedersächsische Krieg schien beendet. Am 8 September unterzeichnete der Herzog von Cumberland die Convention von Kloster Zeven, der zufolge die von ihm befehligte verbündete Armee außer Thätigkeit trat und sich auflösen sollte. Statt dem preußischen Staate gegen die vordringenden fremden Heere Beistand zu leisten, vermeinte Georg II, um seine kurfürstlichen Lande zu retten, zu dem guten Willen der Kaiserin Maria Theresia seine Zuflucht nehmen zu müssen.

---

des Herrn Freiherrn J. v. Bohlen-Bohlendorf verdanke. Im Übrigen s. Heldengesch. IV 762 ff. Gesch. d. pr. schwed. Kriegs 1757—1762 von v. d. * n. Berl. 1858.

Zweites Capitel.

Das Coalitionsministerium Pitt-Newcastle in England. Der Krieg in Westfalen und Hannover bis zur Convention von Kloster Zeven. Der Triumph der österreichisch-französischen Allianz.

Während König Friedrich alle Kräfte zusammennahm um seinen Feinden die Spitze zu bieten, war in England auf die unverantwortliche Forderung des Herzogs von Cumberland Pitt's starke Hand vom Staatsruder entfernt; Monate lang trieben persönliche Ränke und Parteiungen ihr Wesen. Der nunmehr auch auf dem Continent entbrennende Krieg forderte Entschließungen, und die Minister, welche noch inmitten der Krisis im Amte blieben, begnügten sich nothdürftig die laufenden Geschäfte abzuthun. Das Parlament saß und beschäftigte sich mit einer Untersuchung über die Versäumnisse des früheren Ministeriums in Betreff der Insel Minorca, bei welcher nichts herauskam. Das Volk grollte dem Hofe und der regierenden Aristokratie und fürchtete neue Unfälle; den abgegangenen Ministern Pitt und Legge bezeugten viele Städte durch Ertheilung des Ehrenbürgerrechts und andere Ehrengaben ihr Vertrauen. Newcastle dagegen ward verachtet und Fox gehaßt. Jeder von ihnen versuchte ein Ministerium zu bilden aber brachte keins zu Stande.

Endlich nach einer dreimonatlichen Krisis, in der schließlich auch Holdernesse seine Entlassung nahm, genehmigte König Georg II die Bildung eines Coalitionsministeriums, über welches Newcastle und Pitt übereingekommen waren. In diesem Ministerium, welches am 29 Juni ins Amt trat, erhielt Pitt mit dem Posten des ersten Staatssecretärs (für das südliche Departement) die ausschließliche Leitung der auswärtigen und Colonial-Angelegenheiten und zugleich die Leitung des gegenwärtigen Kriegs. Zum Staatssecretär für das nördliche Departement ward wiederum Holdernesse ernannt, von jeher gewohnt sich dem Willen eines anderen unterzuordnen und auch jetzt bereit ohne allen selbstän-

digen Einfluß Pitt's Entschließungen zu vollziehen. Newcastle wurde erster Lord des Schatzes, aber ohne den vollen Einfluß, der mit diesem hohen Amte verbunden zu sein pflegte; denn Legge wurde Schatzkanzler und auch in die übrigen Stellen des Schatzcollegiums kam nicht einer von Newcastle's persönlichen Anhängern. Zum ersten Lord der Admiralität wurde nach dem Willen des Königs Lord Anson ernannt, ein bewährter Seecapitän, aber als Minister ohne alle Bedeutung. Pitt's Schwager Temple, der in dem vorigen Ministerium diese Stelle eingenommen hatte, erhielt das Amt des Großsiegelbewahrers. Fox ließ sich mit dem in Kriegszeiten sehr einträglichen Posten des Zahlmeisters für das Landheer abfinden, mit welchem ein Sitz im Cabinet nicht verbunden war: so weit war sein Selbstgefühl gesunken. Präsident des Staatsraths blieb Graf Granville. Der Herzog von Bedford übernahm die Statthalterschaft von Irland.

So waren in diesem Ministerium alle Häupter der Whigaristokratie vereinigt, und statt daß jüngst ihr Zwiespalt die Regierung gelähmt hatte, war nunmehr die Einstimmigkeit des Parlaments für alle vorzuschlagenden Maßregeln gesichert. Georg II fügte sich in das unvermeidliche. „Sire, schenken Sie mir Ihr „Vertrauen" sagte Pitt, „und ich werde es verdienen"; der König antwortete „verdienen Sie es und Sie sollen es haben" und hielt Wort. Das Volk jubelte, daß neben den wie es schien unvermeidlichen Trägern der großen Familiennamen durch seine einmüthige Stimme Männer von bewährtem Talent und Charakter wiederum auf den Posten berufen waren, der ihnen gebührte; vor allem Pitt, ein britischer Staatsmann wie seit Cromwell keiner an der Spitze der Regierung Englands gestanden hatte. Darüber vergaß man daß diese Verwaltung die Gebrechen an sich trug, welche jedes Coalitionsministerium mit sich führt. Pitt hatte sowohl in Beziehung auf die amtliche Stellung seiner Freunde und Verwandten als für seinen Geschäftsbereich Newcastle seine Bedingungen vorgeschrieben: er hatte es durchgesetzt daß er für den Krieg, in dem England begriffen war, über die Wehrkraft und die finanziellen Hilfsmittel des Landes

frei und unbeschränkt verfügen konnte, ohne alle Rücksicht auf hannöverische Interessen, so weit diese nicht mit den englischen zusammenfielen. Newcastle fügte sich, so hart es ihn ankam, da die Noth gebot, aber es konnte nicht fehlen, daß der in Ränken grau gewordene Herzog über kurz oder lang gegen den durch seine Geistesgröße so hoch gestiegenen Emporkömmling wiederum seine alten Künste übte. Auch jetzt behielt Newcastle einen weitreichenden Einfluß: in der innern Verwaltung hatte er freie Hand seine persönlichen Anhänger zu befördern. Pitt erkannte Maßregeln der Gesetzgebung zum gemeinen besten, namentlich eine Reform der Wahlgesetze, für höchst nothwendig. Sie wurden um so dringlicher, je größere Opfer das Volk für die kräftige Durchführung des Krieges brachte: aber unter den bestehenden Verhältnissen konnte natürlich von Gesetzen, welche das Familienpatronat im Staate beschränken und die herrschende Corruption abstellen sollten, nicht die Rede sein.

Damals, wo es galt der Kriegsgefahr zu begegnen, war die öffentliche Meinung damit befriedigt, ein einiges und starkes Ministerium zu haben, in welchem Pitt den zunächst entscheidenden Platz einnahm. Zwar erschien die Lage Englands den erfahrensten Staatsmännern nach den erlittenen Verlusten und den schlimmen Botschaften von den Fortschritten der Franzosen in Westfalen und dem Siege der Österreicher über die Preußen verzweifelt zu sein. Graf Chesterfield schrieb am 4 Juli: „Wir „sind fortan keine Nation mehr; ich sah niemals so furchtbare „Umstände", und ähnlich urteilte einige Wochen später Horace Walpole[1]. Aber die Mittelclassen des Volkes verzagten nicht, sondern sie lebten der Zuversicht daß unter dem rechten Führer England seinen Feinden schließlich doch obsiegen werde. Da der Handel keine wesentliche Störung erlitt war Geld im Überfluß vorhanden. So fest stand der Staatscredit, daß auf die mitten in der Cabinetskrisis ausgeschriebene neue Anleihe von drei Millionen Pfund nicht weniger als sechs Millionen gezeichnet wurden,

[1] Chesterfield Letters ed. by Lord Mahon IV 213. Hor. Walpole to Sir H. Mann v. 3 Sept. W.'s Letters ed. by P. Cunningham III 103.

ein handgreiflicher Beweis, wie Michell bemerkt, über welche Mittel England gebot und eine wie glänzende Rolle es spielen könnte, wenn es gut geleitet würde[1].

Die Aufgabe Pitt's war klar vorgezeichnet. Es war eine Lebensfrage für Großbritannien zur See und in den Colonien von neuem die Oberhand zu gewinnen, namentlich das britische Nordamerika gegen die Franzosen zu vertheidigen. Dies konnte theils direct durch die Flotte und die in Amerika thätigen Streitkräfte geschehen theils indirect, indem man Frankreich in Europa zu schaffen machte. Die überseeischen Unternehmungen wurden durch die Transporte, die Schwierigkeit der Verpflegung und die Natur der Wildniß beschränkt; überdies hatte die englische Regierung nur eine mäßige Truppenzahl zur Verfügung, wenn sie nicht die britischen Inseln selbst einem feindlichen Einfalle bloßstellen wollte. Daher mußte es ihr vorzügliches Bestreben sein Frankreich auf dem europäischen Continente zu beschäftigen.

Diesem Zwecke diente der deutsche Krieg, in welchen sich der französische Hof in seiner Verblendung tiefer und tiefer verwickelte. Selbst wenn die von den verbündeten Höfen von Wien und Versailles verfolgten Pläne, den preußischen Staat aufzulösen und nach ihrem Belieben über Belgien Italien und Deutschland zu verfügen, nicht mit dem bereits begonnenen englisch-französischen Kriege zusammengefallen wären, hätte England um seiner eigenen Interessen willen kaum umhingekonnt solchen Unternehmungen entgegenzutreten. Je weiter Frankreich und dessen Verbündete um sich griffen, um so mehr sah England seinen Handel und seinen Gewerbfleiß vom Continente ausgeschlossen. Ganz abgesehen davon daß es eine Ehrenpflicht für England war die Erblande seines Souveräns nicht den französischen Angriffen preiszugeben, es durfte nicht ruhig zusehen, daß die deutschen Nordseeküsten mit den Handelsplätzen Emden und Bremen französischer Occupation verfielen, in deren Hintergrunde beim Ende des Kriegs die Entschädigung mit flandrischen Küstenstädten lag.

---

[1] 1757 April 19. Michell's Bericht.

Auf dem Continente aber konnte England den Waffen Frankreichs nur vermittelst seiner Bundesgenossen widerstehen und namentlich mit Hilfe des Fürsten, der unter Englands Verbündeten allein eine selbständige Macht besaß, Friedrichs des großen. Zwar konnte die englische Regierung auf eigene Hand deutsche Truppen von ihren fürstlichen Herren in Sold übernehmen und, wenn sie den rechten Mann fand, aus ihnen einen Heereskörper bilden. Aber diese Soldverträge versprachen nur so lange Bestand, als das zusammengedungene Heer das Feld behauptete. Denn die Angebote kamen von beiden Seiten, und um des dermaligen Soldgebers willen Land und Leute preiszugeben durfte leicht als eine unstatthafte Zumuthung gelten, wenn der Parteiwechsel sich unter dem harmlosen Namen der Neutralität oder der Pflichten gegen Kaiser und Reich verbergen ließ. Und selbst wenn dieses alliirte Heer im englischen Solde auch den Franzosen widerstand, so war es doch unausbleiblich verloren, sobald Preußen unterlag und die Österreicher ihren Verbündeten mit ganzer Macht helfen konnten. Dann waren die beiden katholischen Großmächte Frankreich und Österreich im Bunde mit Rußland die Meister des Continents und Frankreich konnte seine Streitkräfte wiederum ungetheilt zur See und in den Colonien verwenden.

Aus diesen Gründen waren alle Parteien in England darüber einig, daß man König Friedrich von Preußen in dem Kriege, in welchem er als Verbündeter Englands begriffen war, auf das nachdrücklichste unterstützen müsse. Das englische Volk begrüßte seine Siege gleich Triumphen der eigenen Waffen und feierte ihn als den Vorkämpfer des Protestantismus: seine Niederlage bei Kolin ward als ein harter Schlag für die gemeinsame Sache schmerzlich empfunden. Bisher hatte Friedrich von der englischen Regierung nichts als gute Worte erhalten: jetzt galt es zu entscheiden was geschehen solle um den mit dem Vertrage von Westminster eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen.

Von preußischer Seite ward beantragt die westfälische Armee mit englischen Truppen zu verstärken, vor allem aber ein englisches Geschwader in die Ostsee zu schicken um die preußischen

Küsten gegen Russen und Schweden zu decken. König Friedrich war der festen Überzeugung, wenn England nur mit wenigen Kriegsschiffen ihm diesen wesentlichsten Beistand leiste, würden sowohl die Russen als die Schweden Ruhe halten[1]. Die englische Regierung schien diesen Wunsch erfüllen zu wollen. Im Juni voriges Jahres hatte Newcastle Versprechungen ertheilt; und neuerdings, noch während der Ministerkrisis, ließ König Georg II unter dem 16 Juni dem russischen Hofe die Erklärung abgeben, daß im Falle die Kaiserin fortfahre, preußische Häfen zu blokieren und Truppen nach den preußischen Staaten zu beordern, er sich vermöge seines mit Preußen geschlossenen Vertrages genöthigt sehen werde den Handel der preußischen Unterthanen im baltischen Meere durch eine dahin abzusendende Flotte zu decken. Aber es blieb bei den Worten. Pitt hatte schon in seinem früheren Ministerium ausgesprochen, daß vor der Hand die Entsendung von Kriegsschiffen nicht möglich sei, und beharrte auch jetzt bei dieser Ansicht.

Im übrigen lauteten Pitt's Zusagen über die Erfüllung der Bundespflicht Englands so bestimmt wie möglich. Die Thronrede, mit der am 4 Juli die Parlamentssession geschlossen wurde, verkündeten den Entschluß der Regierung, die wohlbegründeten Rechte der britischen Krone und Unterthanen zu vertheidigen und zu verhindern, daß ihre wahren Freunde und die Freiheiten von Europa durch eine nicht provocierte und unnatürliche Verbindung unterdrückt würden. Am folgenden Tage gab Pitt dem preußischen Gesandten die Versicherung, die englische Nation werde, wie auch das Loos der Waffen fallen möge, eher ihre eigenen Interessen opfern als leiden daß ihr Verbündeter, der König von Preußen, einen Zoll von seinem Gebiet einbüße[2]. Das war hochherzig gesprochen, aber thatsächlich hatte es noch dabei sein Bewenden, daß die englische Regierung die von Preußen vorgeschlagenen Maßregeln ablehnte und Friedrich den großen gegen den Bund

---

[1] Mitchell Papers I 241. 248 u. 144 f. vom 19 April, 18 Mai und 11 Juni 1757.

[2] 1757 Juli 5. Michell's Bericht.

der feindlichen Mächte nur in so weit unterstützte, daß sie die mit den hannöverschen Truppen vereinigten Hessen besoldete und hunderttausend Pfund zu den hannöverschen Kriegskosten beitrug.

Nicht lange, so trat ein was König Friedrich vorausgesagt hatte. Die Observationsarmee in Westfalen erwies sich als unzureichend, und die Franzosen überzogen ganz Norddeutschland. Alles Land bis zur Elbe fiel in feindliche Gewalt und die dortigen Fürsten, Georg II als Kurfürst von Hannover inbegriffen, suchten die Gnade der verbündeten Höfe von Wien und Versailles nach: das Bindeglied der englisch-preußischen Allianz schien gebrochen. Wir haben den Verlauf dieser Begebenheiten näher zu betrachten.

Nach dem im Februar zwischen den Höfen von Wien und Versailles verabredeten Feldzugsplane sollte die „große" französische Armee, „die Dauphine", wie man sie nannte, im Frühjahr sich der preußischen Lande am Niederrhein und in Westfalen wie Ostfrieslands in raschem Anlaufe bemächtigen und hierauf durch das Hannöversche, Braunschweigische und Halberstädtische gegen Magdeburg vorrücken; mit der Belagerung dieses festen Platzes sollte die Campagne geschlossen werden. „Man „wird versucht", sagt ein französischer Berichterstatter, „wenn „man diesen Plan liest die Specialkarten zu verbrennen und sich „an die Postkarten zu halten"; so sehr schienen diese Entwürfe den herrschenden Vorstellungen von methodischer Kriegführung zu widersprechen.

Nach Mitte März überschritt die französische Armee die deutschen Grenzen. Ihr Etat belief sich auf 110000 Mann mit 100 schweren Geschützen; dazu kamen aus den Niederlanden vier österreichische und späterhin zehn kurpfälzische Bataillone. An der Spitze des Heeres stand eine zahlreiche Generalität vom höchsten Adel Frankreichs, welche die Intriguen des Hofs in das Feldlager verpflanzte. Der Oberbefehl war gemäß der Anciennetät dem Marschall d'Estrées übertragen, einem diensterfahrenen, jedoch über die Maßen bedächtigen und kleinlichen Manne. Er gehörte nicht zu den Günstlingen des Hofs und der regierenden Mätresse und war von vorn herein dem Neide und den Ränken derer bloß-

gestellt, die sich selbst oder ihre Freunde an seine Stelle wünschten. Von den königlichen Prinzen war der Herzog von Orleans beim Heere; Conti hatte das Commando auf Grund früher empfangener Zusagen lebhaft begehrt, aber ward von Ludwig XV ungnädig abgewiesen. Diesen Feind hatte die Pompadour nicht mehr zu fürchten. Das nächste Anrecht nach d'Estrées glaubte der Marschall de Richelieu zu haben. Zu dessen Gunsten unterhielt der Generalstabschef Graf Maillebois mit seinem Schwager dem Kriegsminister Paulmy einen geheimen Briefwechsel voller Gehässigkeit gegen seinen Obergeneral. Bis zu d'Estrées Ankunft bei der Armee befehligte der Prinz von Soubise aus dem Hause Rohan, ein Hofmann von beschränkter militärischer Einsicht aber in höchster Gunst, denn er war jedes Winkes der Pompadour gewärtig, mochte es gelten eine abgedankte Courtisane des Königs in die Ehe zu bringen oder sonst ihre Absichten zu unterstützen. Als nach dem Attentat von Damiens die Stellung der Marquise einen Augenblick gefährdet war, hatte Soubise nicht abgelassen sich zu ihr zu halten. Ihm wurde daher einstweilen unter dem obersten Befehle des Marschalls das Commando eines abgesonderten Corps gegeben: bald sollte ihm eine seiner würdigere Aufgabe zuertheilt werden. Das Offiziercorps verdankte seine Beförderung zum großen Theile vornehmer Geburt und höfischer Gönnerschaft; eine Menge Volontärs in den höheren Graden waren dem Heere nur zur Last: aber neben den üppigen und hochmüthigen Weichlingen zählte es in seinen Reihen auch manche feingebildete und in den Waffen erprobte Offiziere. Die Mannschaften wurden schlecht bezahlt und giengen daher auf Raub und Plünderung aus. Überhaupt war die Disciplin der Armee erschlafft und die Subordination von oben bis unten gelockert.

Am linken Rheinufer kamen die Franzosen zuerst in befreundete Gebiete, in denen sie sich nach Bequemlichkeit einrichteten. Sie legten Besatzung nach Köln Jülich und Düsseldorf und machten diese Städte zu ihren Waffenplätzen. Nur die preußische Festung Geldern leistete Widerstand: auf diesem isolierten Posten hielt sich General von Salmuth Monate lang und zog im August mit kriegerischen Ehren ab. Ungehindert konnten die

Franzosen über den Rhein gehn, sowohl in den kölnischen und pfälzischen Gebieten deren Fürsten Frankreich in Sold und Pflicht hatte als im Herzogthum Cleve. Die Festung Wesel, in welcher unter dem nominellen Oberbefehl des Erbprinzen von Hessen-Cassel Generallieutenant la Motte befehligte, ward gemäß der im Januar von König Friedrich erlassenen Ordre am 24 März geräumt; die Kanonen und Munitionsvorräthe wurden nach Holland und von dort nach Magdeburg gerettet, die Werke gesprengt. Die Besatzung, 4500 Mann, marschierte nach Lippstadt um sich mit der alliirten Armee zu vereinigen. Am 8 April zogen die Franzosen in Wesel ein.

So war der Rhein und die Maas den französischen Transporten geöffnet. Die Holländer machten anfangs Umstände die freie Durchfahrt durch Mastricht zu gestatten und der englische Gesandte Yorke erhob Protest gegen eine solche Begünstigung der feindlichen Unternehmungen: aber da Ludwig XV darauf bestand und auch Graf Cobenzl von Brüssel aus im Namen der kaiserlichen Regierung das französische Ansinnen befürwortete, gaben die Generalstaaten am 6 April ihre Einwilligung. Die Regentin Anna weinte bitterlich, daß sie einen Beschluß genehmigen sollte, der den Angriff auf die Erblande ihres Vaters erleichterte, aber sie hatte nicht die Macht sich dessen zu weigern.

Nunmehr breiteten sich die Franzosen auch auf dem rechten Rheinufer an der Lippe und Ems aus: noch im Laufe des April besetzten sie Münster Hamm und Lippstadt. Am 27 April übernahm der Marschall d'Estrées zu Wesel das Commando und suchte vor allen Dingen durch Errichtung von Magazinen die Verpflegung der Armee sicher zu stellen, wofür die Lande der verbündeten Reichsfürsten nicht minder als die occupierten preußischen Gebiete hart in Anspruch genommen wurden. Überall am Rhein und in Westfalen war die Bevölkerung den Franzosen feindselig, denn diese benahmen sich in Freundes- wie in Feindesland mit gleicher Anmaßung. Zwar wurden die preußischen Unterthanen außer den übrigen Kriegslasten noch durch Contributionen gedrückt; indessen zwang doch ihre treue Anhänglichkeit für ihren König selbst den Feinden Achtung ab: „der König von Preußen

„wird von seinen Unterthanen angebetet" schrieb der General Graf St. Germain am 20 April nach Frankreich[1].

Mittlerweile hatte der Herzog von Cumberland, der am 17 April in Hannover angekommen war, hinlängliche Muße seine „Observationsarmee" zusammenzuziehen. Sie belief sich in voller Stärke, das hessische Corps, welches erst im Mai von England zurückkam, und die von Wesel ausgerückte preußische Besatzung eingerechnet, ungefähr auf 52000 Mann, davon über 27000 Mann Hannoveraner, 6000 Braunschweiger, 12000 Hessen, 800 Gothaer, 1200 Bückeburger[2].

Mit einer aus so verschiedenen Contingenten zusammengesetzten Armee das einheitliche französische Heer, welches an Truppen doppelt und an Artillerie dreifach überlegen war (die verbündete Armee hatte nur zweiunddreißig schwere Geschütze), von Westfalen abzuwehren war unter allen Umständen eine schwierige Aufgabe. Indessen hätte ein geschickter und entschlossener General an der Spitze dieser kleinen, aber aus tüchtigen und kampfmuthigen Mannschaften zusammengesetzten Armee den Franzosen das Vordringen auf deutschem Boden gar sehr erschweren können, um so mehr da das französische Obercommando ohne Energie handelte. Aber dem Herzog von Cumberland giengen alle zu einer kräftigen Gegenwehr erforderlichen Eigenschaften ab. Das Terrain, auf welchem er operieren sollte, war ihm nur oberflächlich bekannt. Unter die seinem Befehle untergebenen Truppen trat er als ein Fremdling; er schlug ihre Leistungsfähigkeit nicht hoch an und wußte ihr Vertrauen nicht zu gewinnen. Überall war er kein General, der es verstand die schwachen Seiten des Feindes wahrzunehmen und die Initiative zu ergreifen.

Den von König Friedrich vorgeschlagenen Feldzugsplan aufzunehmen und die Franzosen am Rheinübergange zu hindern war es zu spät, aber eben so wenig wollte Cumberland sie an

[1] Corresp. partie du C. de St. Germain avec M. Paris du Verney. Londres 1789 I 100.

[2] Vgl. mit den Listen i. d. Gesch. des siebenj. Kriegs hgg. v. d. Offizieren des gr. Generalstabs I Beil. D. Renouard Gesch. des Kriegs in Hessen ꝛc. I Beil. III.

der Weser erwarten, welche wie er richtig einsah durchaus keine Schutzwehr bildete. Daher schlug er einen Mittelweg ein und nahm, ohne dem Feinde das Münsterland streitig zu machen, an den Defileen des Teutoburger Waldes bei Bielefeld und etwas weiter westlich bei Brackwede eine Position, welche er nach Kräften verschanzte um hier den Franzosen Stand zu halten. Diese setzten sich nach langem Zögern wieder in Bewegung. Als der Marschall d'Estrées zum Heere abgieng hielt der französische Hof noch die Annahme des für Hannover angebotenen Neutralitätsvertrags für möglich; nachdem derselbe von Georg II abgelehnt und bald darauf der Verlust der Schlacht vor Prag und die Einschließung des kaiserlichen Heeres gemeldet war, erließ Ludwig XV wiederholt Befehle zur Beschleunigung der Operationen. D'Estrées machte noch einen letzten Versuch: er schrieb am 14 Mai an den Herzog von Cumberland, wenn man den Franzosen freien Durchmarsch durch Hannover gewähre, solle das Kurfürstenthum durchaus nicht belästigt werden, aber der Herzog gab die Antwort, nur mit Gewalt der Waffen könnten die Franzosen ihr Begehren erzwingen.

Nach Empfang dieser Erklärung brach d'Estrées am 21 Mai von Wesel auf und rückte, durch schlechtes Wetter und schlechte Wege aufgehalten, langsam und schwerfällig gegen den Herzog von Cumberland vor. Am 13 Juni lagerte die französische Armee drei Meilen von dessen Stellungen entfernt bei Rheda an der Ems, und es ward beschlossen am nächsten Tage anzugreifen. Der Herzog von Cumberland wartete jedoch den Angriff nicht ab, sondern gab um nicht umgangen zu werden noch denselben Abend seine befestigte Position auf und zog unter Zurücklassung beträchtlicher Vorräthe in ungeordneten und eilfertigen Nacht- und Tagemärschen über die Weser zurück, auf deren rechtem Ufer er bei Minden wiederum Halt machte. Damit war Hessen dem Feinde preisgegeben. Landgraf Wilhelm VIII hatte den lockenden Anerbietungen des französischen sowohl als den Vorstellungen des kaiserlichen Hofes widerstanden und an seinem Vertrage mit Georg II festgehalten. Jetzt verfügte der Reichshofrath am 23 Juni gegen ihn die Execution, wenn er binnen

vier Wochen den Reichsbeschlüssen nicht nachkomme[1]. Die ausschreibenden Fürsten des oberrheinischen Kreises, welche mit Zuziehung des Landgrafen von Hessen-Darmstadt die Execution vollstrecken sollten, wurden durch die Franzosen dieser Mühe überhoben. Der Landgraf mußte in seinen alten Tagen — er war ein Greis von fünfundsiebenzig Jahren — am 5 Juli von Cassel flüchten und mit seiner Schwiegertochter eine Zuflucht in Hamburg suchen. Demnächst wurden die Hauptplätze des hessischen Landes, namentlich Cassel und Marburg, besetzt und das Land mit Contributionen und Requisitionen aller Art besteuert. Durch Hessen eröffneten sich die Franzosen die Verbindungen mit dem Main, woher eine zweite französische Armee, deren Oberbefehl dem Prinzen Soubise übertragen ward, mit der Reichsarmee nach Thüringen und Sachsen vorrücken sollte.

Um dieselbe Zeit detachierte d'Estrées eine Truppenabtheilung nach Ostfriesland, welche am 3 Juli im Namen des Königs von Frankreich Emden in Besitz nahm. Die Holländer wurden besorgt, jedoch ließ alsbald der französische Hof im Haag erklären, daß hiebei ein Misverständniß obgewaltet habe und daß Befehl erlassen sei diesen Irrthum zum Vortheil der Kaiserin Königin zu verbessern. Die hochmögenden Herren hatten kaum hiebei Beruhigung gefaßt, als sie die Meldung erhielten, daß am 19 und 20 Juli die belgischen Plätze Ostende und Nieuport unter Vorbehalt der Souveränetät der Kaiserin Königin von Franzosen besetzt seien. Sie sahen sehr wohl ein, daß der österreichische Hof sich damit über den Utrechter Frieden und den Barrierevertrag hinwegsetzte; bereits verlautete auch daß jene Besetzung ein Unterpfand für künftige Abtretungen in den österreichischen Niederlanden bilden sollte. Aber so höchst bedenklich ihnen diese Fortschritte der französischen Macht auch waren, sie fanden es

[1] Kriegs-Canzley 1757 II 977. Vgl. das Conclusum vom 9 Sept. III 532. Dazwischen kam ein Requisitionsschreiben der Reichskanzlei vom 1 Juli um freien Durchmarsch der Franzosen und Verpflegung gegen baare Zahlung, ein leerer Trost für die Hessen, denn die Franzosen spotteten der Reichskanzlei. Huschberg S. 338 f.

doch nicht gerathen irgend etwas zu thun um sich aus ihrer Verlegenheit herauszureißen und künftigen Gefahren vorzubeugen.

Inzwischen hatte d'Estrées, durch neue königliche Befehle zu größerer Eile angespornt, seine Anordnungen zum Weitermarsche getroffen, und führte, statt wie man in Hannover erwartete sich nach der Niederweser zu wenden, am 15 und 16 Juli unterhalb Höxter bei Corvey und Tonnenburg völlig ungestört sein Heer über die Weser. Erst in den letzten Tagen war der Herzog von Cumberland bis über Hameln vorgegangen und stellte seine Truppen, auf diese Festung gestützt, südlich von der nach Hannover und Hildesheim führenden Straße bei Hastenbeck auf, entschlossen um doch etwas gethan zu haben dem Feinde eine Schlacht anzubieten. Die preußischen Bataillone nahmen an diesem Marsche nicht mehr Theil. Überzeugt daß bei der ungeschickten und unentschlossenen Führung die alliirte Armee ihrer sicheren Auflösung entgegengehe, hatte König Friedrich an das preußische Corps den Befehl erlassen nach Magdeburg zur Verstärkung der Besatzung abzumarschieren.

Die Franzosen zogen in einer Stärke von mehr als 70000 Mann mit 70 schweren Geschützen heran: der Herzog hatte nicht viel über 36000 Mann mit etwa 30 schweren Geschützen beisammen. Indessen schien seine Stellung für einen erfolgreichen Widerstand wohl geeignet. Sie war auf dem rechten Flügel durch einen morastigen Anger gedeckt und lehnte sich mit dem linken Flügel an die bewaldete Ohnsburger Höhe, welche der Herzog nach den empfangenen Berichten für unersteiglich hielt. Den Hauptangriff erwartete er im Centrum bei dem Dorfe Hastenbeck und errichtete daher rechts und links von diesem Batterien. Aber seine Voraussetzung trog; d'Estrées richtete am 26 Juli den Hauptangriff auf die Ohnsburg. Trotz des tapferen Widerstandes der hannöverschen Grenadiere und Jäger ward diese von der Übermacht genommen, und die französische Artillerie beschoß von der Höhe herab nachdrücklich das Centrum der alliirten Armee. Jetzt sah der Herzog von Cumberland den begangenen Fehler ein und verstärkte seinen linken Flügel aus dem Centrum um die Ohnsburg wieder zu nehmen. In Folge dieser Schwächung des Centrums

gieng auch Hastenbeck und die links von diesem Dorfe aufgestellte Batterie verloren. Zugleich vernahm man vom äußersten linken Flügel her ein heftiges Feuern und schöpfte daraus die Besorgniß daß die Armee völlig umgangen werden könne. Deshalb befahl der Herzog den Rückzug, sehr zur Unzeit, denn sein rechter Flügel stand noch völlig unberührt und auf dem linken trat eine Wendung ein, welche den Marschall d'Estrées vermochte ebenfalls seiner Armee den Befehl zum Rückzuge zu ertheilen.

Die hannöverschen Obersten von Breitenbach und von Dachenhausen, welche an der Hildesheimer Straße in Reserve standen, erblickten in dieser Gegend nichts vom Feinde und faßten daher auf eigene Faust den Entschluß sich der wichtigen Ohnsburger Höhe wieder zu bemeistern. Durch den Wald verdeckt marschierten sie um den jenseitigen Abhang: Breitenbach stieg von hier mit seinen drei Bataillonen Infanterie die Höhe hinan, faßte die Franzosen ganz unerwartet in der rechten Flanke und brachte deren zehn Bataillone in solche Verwirrung, daß ein Bataillon auf das andere feuerte und daß sie völlig aufgelöst die Höhe herab nach dem Dorfe Vorenberg flohen. Die Hannoveraner richteten die eroberten Kanonen nun umgekehrt in die rechte Flanke der Franzosen. Am südlichen Fuße empfieng Dachenhausen mit seinen fünf Schwadronen die fliehenden und jagte sie auch aus dem Dorfe Vorenberg hinaus. Zugleich hatte der damals einundzwanzigjährige Erbprinz Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig die Batterie mit dem Bajonnet wieder erobert. Im französischen Hauptquartier war schon vor der Schlacht das Gerücht verbreitet, daß Preußen im Anzuge seien; die Vorgänge auf dem rechten Flügel schienen es zu bestätigen und erweckten die Furcht, daß ein starkes Corps das französische Heer zu überflügeln drohe. Deshalb befahl der Marschall den Rückzug, und als die Generale Guerchy, Cornillon, Chabot und andere dagegen protestierten, forderte er aufs bestimmteste Gehorsam für seine Befehle[1]. Somit traten die Franzosen den Rückzug

[1] Das Mémoire du C. de Maillebois und die dagegen gerichteten éclaircissements présentés au Roi von d'Estrées sind in den handschriftlichen

an und setzten ihn so lange fort, bis die wiederholten Meldungen auch dem Oberfeldherrn keinen Zweifel mehr ließen, daß der Feind die Schlacht verloren gebe und sich auf allen Puncten zurückziehe.

Unwillig gehorchte die verbündete Armee dem Befehle des Herzogs von Cumberland, aus ihren Stellungen zu weichen, denn sie fühlte sich nicht überwunden. Ihr Verlust betrug 377 todte und 1091 verwundete: keine Trophäe fiel dem Feinde in die Hände außer einigen Stücken von der wiedereroberten Batterie. Die Franzosen zählten nach ihren eigenen Berichten 1055 todte und 1277 verwundete: dazu hatte Oberst Breitenbach von der Ohnsburg zwei bis dreihundert Gefangene und mehrere Geschütze hinweggeführt. Von einer Verfolgung des abziehenden deutschen Heeres war nicht die Rede. Aber der Herzog von Cumberland hatte vollständig den Kopf verloren. So bitter er es hinterdrein beklagte voreilig das Feld geräumt zu haben, er beharrte auch ferner dabei dem Feinde den Rücken zu wenden und zog ohne dessen Anmarsch irgendwo abzuwarten eiligst die Weser hinab bis über die Aller: später, als die Franzosen folgten, am 24 August über die Wümme der Niederelbe zu, wo er bei Bremervörde an der Oste ein Lager bezog.

Es war der verkehrteste Weg den Cumberland einschlagen konnte. Er öffnete damit dem Feinde den Weg in das Herz des preußischen Staates und gab das ganze hannöversche und braunschweigische Land mit reichen Vorräthen und gefüllten Cassen wehrlos preis. Statt mit Hilfe des treu ergebenen Volkes jeden Schritt zu vertheidigen und wenn nöthig auf Magdeburg oder wenigstens auf Lüneburg zurückzugehen und sich mit König Friedrich in Verbindung zu setzen, verrannte er sich in eine Sackgasse, in welcher, wenn der Feind seinen Vortheil wahrnahm, der

---

Mouvements des Armées du Roi 1757. S. 436—539 mit andern Berichten und Denkschriften über die Schlacht mitgetheilt. Die Streitschriften von Maillebois und d'Estrées s. übersetzt Kriegs-Canzley 1758 III 334 ff. Danziger Beiträge X 356—417. Das Memoire von Maillebois ist wiederholt abgedruckt bei Luynes XVI 307 ff. Von dem Befehle zum Rückzuge sagt d'Estrées: je commandai cependant comme quelqu'un qui vouloit être obéi.

alliirten Armee kein anderes Schicksal wartete als mit Schimpf und Schande die Waffen zu strecken.

Jetzt war es an den Franzosen das preisgegebene Land in Besitz zu nehmen und auszubeuten. Dies blieb einem neuen Befehlshaber vorbehalten. Der Hof von Versailles, von dem hitzigen Drange erfüllt den Krieg in Deutschland rasch zu entscheiden und mit der langsamen Bedächtigkeit des Marschalls d'Estrées im höchsten Grade unzufrieden, hatte schon am 1 Juli nach Empfang der Berichte über den Sieg des kaiserlichen Heeres bei Kolin dessen Abberufung beschlossen und den Herzog von Richelieu ihm zum Nachfolger bestimmt, in der Meinung daß der Eroberer von Minorca das französische Heer siegreich in das Herz des preußischen Staates führen werde. Zugleich wurden achtzehn Bataillone und zweiunddreißig Schwadronen zur Verstärkung der Armee beordert. Die Veränderung des Commandos ward im Auftrage des Königs schon am 2 Juli insgeheim an Maillebois gemeldet: d'Estrées selbst empfieng die königliche Ordre erst am 30 Juli, am Tage des Abmarsches der hannöverschen Besatzung von Hameln, und übergab am 4 August seinem Nachfolger den Oberbefehl.

Richelieu war durch seine Instructionen angewiesen so rasch wie möglich den Feind über die Elbe zu werfen um gemäß den Vorschlägen des Wiener Hofs den nächsten Feldzug mit der Belagerung von Magdeburg zu eröffnen[1]. Der Lösung dieser Aufgabe schien nichts im Wege zu stehn. Keine Stadt dachte an Widerstand, vielmehr eilten die Abgeordneten von Hannover und andern Orten Tagereisen weit nach dem französischen Hauptquartiere um unterthänig zu versichern, daß man die Thore öffnen werde sobald die königliche Armee heranziehe. Der Herzog von Braunschweig stellte sein ganzes Land mit einziger Ausnahme der Herrschaft Blankenburg den Franzosen zur Verfügung und versprach alles zu liefern was sie fordern würden[2]. Es

[1] Corresp. du Maréchal de Richelieu. Londres 1789 S. 29 ff. (vom 17 Juli 1757). Vgl. die mém. hist. du Duc de Richelieu. Paris 1829 VI 79 ff.

[2] Vgl. Stuhr Forsch. I 124 f.

handelte sich also nur um die Marschroute und die Einrichtung in dem herrenlosen Lande. Maillebois hatte schon am Tage nach dem Treffen bei Hastenbeck an den Kriegsminister geschrieben: „unsere Truppen begehen alle möglichen Schändlichkeiten, plündern die Kirchen und gehen mehr dem Raube als den Flintenschüssen nach.“ Unter dem neuen General besserte sich die Disciplin nicht, denn Richelieu, von seinen jungen Jahren her wegen seiner Galanterie und seines Glückes bei den Weibern berufen, seit dem vorigen Kriege seiner Unterschlagungen wegen übel berüchtigt, fröhnte schamlos seiner Habgier und seine Untergebenen meinten das gleiche Recht zu haben wie der Obergeneral. Als Richelieu später seines Commandos entsetzt ein prächtiges Lusthaus von dem geraubten Gelde baute, nannten es die Pariser spottweise „den Pavillon von Hannover.“

Richelieu nahm am 7 August sein Hauptquartier in Preußisch-Minden, am 10 traf er in Hannover ein, wo er länger als eine Woche verweilte um in den öffentlichen Cassen aufzuräumen, Contributionen auszuschreiben und Anstalten für die Verpflegung zu treffen, welche bei dem Vorgehen über Hannover hinaus sehr schwierig und umständlich wurde. Am 22 August brach er auf und gieng am 29 bei Verden über die Aller. Der Rath von Bremen, der nebst der Bürgerschaft die guten Beziehungen zu England erhalten wollte, suchte um Anerkennung der Neutralität nach, aber er ward beschieden daß Bremen als Reichsstadt so wenig wie Köln berechtigt sei den kaiserlichen Hilfstruppen seine Thore zu schließen. Kaum hatten die Franzosen sich der Weser versichert, so gewannen sie auch an der Niederelbe einen wichtigen Stützpunct. Am 3 September wurde nämlich Harburg, das eine Besatzung von 900 Mann mit 28 Geschützen hatte, von fünfundfünfzig französischen Reitern überrumpelt: das Schloß übergab der Gouverneur am folgenden Tage. Das verbündete Heer, vollständig eingeengt, schien der Kriegsgefangenschaft nicht entgehen zu können.

Da nahm sich König Friedrich V von Dänemark des rathlosen Herzogs von Cumberland an und suchte durch seine guten Dienste eine Convention zu vermitteln. Von der englischen Re-

gierung war im Juli dem dänischen Hofe von neuem ein Bündniß angetragen worden mit 100000 Pfund Subsidien und der Verpflichtung einem englischen Geschwader freie Fahrt durch den Sund zu gewähren und dies mit einigen Schiffen zu verstärken, für welche er noch weitere Vergütung empfangen sollte[1]. Das Anerbieten ward abgelehnt, aber nichtsdestoweniger sah man in Kopenhagen die unerhörten Erfolge der mit den Schweden und Russen verbündeten Franzosen mit Besorgniß. Auch kam in Betracht, daß Dänemark in dem während des nordischen Kriegs am 26 Juni 1715 mit Georg I abgeschlossenen Allianzvertrage die Herzogthümer Bremen und Verden dem Hause Hannover garantiert und sich verpflichtet hatte, gemäß dieser Garantie, wenn es die Noth erfordere, mit 8000 Mann innerhalb sechs Wochen Beistand zu leisten. Um dieser Verpflichtung enthoben zu werden machte die dänische Regierung, als der Krieg sich den hannöverschen Grenzen näherte, bei der französischen gegen die Besetzung der Herzogthümer Vorstellungen und erreichte so viel, daß am 11 Juli 1757 zu Kopenhagen eine Convention unterzeichnet wurde, in welcher Frankreich zusagte die Herzogthümer weder mit Truppen überziehen noch mit Contributionen belasten zu wollen, vorausgesetzt daß auch die hannöverschen Truppen sie nicht beträten. In diesem Falle wollte der König von Dänemark nicht weiter für die Neutralität einstehen[2].

Diese Convention ward hinfällig ehe der König von Frankreich sie ratificierte, da der Herzog von Cumberland seine ganze Armee gerade in jene Herzogthümer führte. Um so mehr lag dem dänischen Hofe daran die hannöversche Regierung durch andere gute Dienste darüber zu beschwichtigen, daß er sich hinter ihrem Rücken mit Frankreich über die Aufhebung seiner vertragsmäßigen Verpflichtungen verständigt hatte. Dabei kam man ihm von hannöverscher Seite entgegen. Cumberland versuchte zuerst sich unmittelbar mit Richelieu zu verständigen und trug diesem

---

[1] 1757 Juli 5. London. Michell's Bericht. Vgl. Mitchell Papers I 258.
[2] Lynar Staatsschr. II 428 ff. Vgl. Flassan VI 89 f. Stuhr Forsch. I 126 f.

einen Waffenstillstand an; da er jedoch eine abschlägige Antwort erhielt[1], wandte er sich an den König von Dänemark und bat um dessen Vermittelung.

Dieselbe Bitte stellte auch der französische Gesandte Ogier im Namen des französischen Oberbefehlshabers. Richelieu hatte nämlich gleich nachdem er das Commando aus d'Estrées Händen übernommen Schwierigkeiten über Schwierigkeiten gefunden. Er klagte über die in seinem Heere herrschende Unordnung, über die Erschöpfung seiner Truppen durch Strapazen und Krankheiten und die Entbehrungen in dem unwirthlichen Lande: er trug Bedenken sich in die Herzogthümer Bremen und Verden hineinzuwagen, ein Land wie seine Phantasie es ihm vormalte „von Gebirgen „strotzend, wo alle Wege unterbrochen und die Lebensmittel er„schöpft sind," und behauptete außer Stande zu sein bei der rauhen Jahreszeit die Belagerung von Stade zu unternehmen, welche zur Sicherung seiner Quartiere nothwendig sei. Deshalb wünschte er durch dänische Vermittelung die Hannoveraner zur Unthätigkeit zu bringen, um seiner Armee ruhige Quartiere zu verschaffen und sie zu reorganisieren, so daß er im Frühjahr Soubise verstärken und überhaupt den zwischen den Höfen von Wien und Versailles vereinbarten Plan ausführen könne[2]. Obgleich Richelieu nicht unterlassen hatte zu bemerken daß er zu dem Vorschlage einer Vereinbarung nicht ermächtigt sei, glaubte Ogier dennoch nicht säumen zu dürfen den König von Dänemark um seine Verwendung zu ersuchen.

So sah sich Friedrich V von beiden Seiten umworben. Es konnte nicht fehlen daß er sich gern bereit finden ließ den Ver-

---

[1] Cumberlands Schreiben vom 22 August und Richelieus Antwort s. Lynar Staatsschriften II 82—84.

[2] Flassan VI 94 f. aus Richelieus Schreiben an Ogier (les duchés de Bremen et de Verden, pays hérissés de montagnes, où tous les chemins sont rompus, et les moyens de subsistance épuisés). Richelieu an M. du Verney v. 2 Sept. 1757 i. d. Corresp. du C. de Bernis avec M. Paris du Verney Londr. 1790 II 161 ff. Ogier an Bernis d. 30 Aug. d. Stuhr Forsch. I 127 f. (Soulavie) mém. du mar. duc de Richelieu IX 178 ff. Mém. hist. de Richelieu VI 89 ff.

mittler zu machen und wie er glaubte gleichermaßen die Könige von Frankreich und von England zu verpflichten. Am 3 September erhielt der königliche Statthalter von Oldenburg und Delmenhorst, Rochus Friedrich Graf zu Lynar, den Befehl sich zur Vermittelung eines Waffenstillstands in die Hauptquartiere der beiden kriegführenden Armeen zu begeben. Diesem Unterhändler gelang es alsbald eine Übereinkunft zu Stande zu bringen, welche am 8 September von Cumberland zu Bremervörde, am 10 von Richelieu zu Kloster Zeven unterzeichnet wurde[1].

Die vom 8 September datierte Convention von Kloster Zeven setzte einen Waffenstillstand fest und verfügte die Rücksendung der bei der Armee Cumberlands befindlichen Hilfstruppen der Hessen, Braunschweiger, Sachsen-Gothaer und Bückeburger in ihre respectiven Lande. Den hannöverschen Truppen verblieb Stade nebst einem geringen Bezirke um diese Festung so wie das Herzogthum Lauenburg: die französische Armee behielt alle Posten und Länder, in deren Besitze sie sich befand. In den angehängten Separatartikeln wurde die Vertheilung der hannöverschen Truppen diesseit und jenseit der Elbe genauer festgestellt und hinsichtlich der Absonderung und Verlegung der Hilfstruppen eine zwischen den Höfen zu treffende Übereinkunft vorbehalten, da diese Truppen nicht als kriegsgefangene anzusehen seien. Vermöge einer besondern Erklärung vom 13 September bewilligte Richelieu die Räumung der freien Reichsstadt Bremen. Eine am 16 September zu Bremervörde unterzeichnete Übereinkunft bestimmte in Folge der geschlossenen Convention die Rückgabe der Gefangenen beider Theile außer den preußischen.

Mit der Convention von Kloster Zeven war Dänemark seiner Verpflichtungen überhoben; an die Stelle der Garantie und der bewaffneten Hilfsleistung trat die Redensart: S. M. der König von Dänemark habe, gerührt von den Leiden der Lande Bremen und Verden, denen er stets seinen besonderen Schutz gewährt habe, seine Vermittelung angewandt und Graf Lynar sich ver-

[1] S. die Acten von der Convention von Kloster-Seven in Lynar's hinterlass. Staatsschriften 1797 II 71—810.

pflichtet von seinem königlichen Herrn die Garantie der geschlossenen Convention zu erlangen[1]. Der niedersächsische Krieg schien mit der bevorstehenden Auflösung der alliirten Armee sein Ende erreicht zu haben, denn man durfte voraussetzen daß die hannöversche Regierung weder die Mittel noch den Willen haben werde sich einem Frieden wie ihn die Sieger dictieren mochten zu entziehen. Noch hatte die Armee einen Effectivbestand von 41230 Mann: wenn die 17000 Mann Hilfstruppen sich von ihr trennten, blieb nur ein Corps von 24000 Mann zurück[2].

Das Verfahren des Herzogs von Cumberland vom Beginn des Feldzugs bis zum Abschlusse der Convention setzte die Zeitgenossen in nicht geringe Verwunderung. Wenn er auch in dem früheren Kriege durchaus kein Feldherrntalent gezeigt hatte, so durfte doch niemand ihm persönlichen Muth absprechen. Auch diesmal setzte er in dem einzigen Treffen das er bestand sich kaltblütig der Gefahr aus. Im Kriegsrathe that er zu öfteren Malen kühne, ja verwegene Vorschläge. Aber er ließ dergleichen Entwürfe auf erhobene Bedenken stets wieder fallen. Denn sein Muth beruhte nicht auf klarer Überlegung und standhafter Entschlossenheit, sondern entsprang augenblicklicher Erregung, welche alsbald wieder in Zweifel und Haltlosigkeit umschlug. Er schwankte zwischen soldatischer Kampfeslust und den kleinmüthigen Friedensgedanken der hannöverschen Regierung hin und her: als er sich nicht anders zu helfen wußte nahm er zu den letzteren seine Zuflucht. So kam er dazu die Convention von Kloster Zeven abzuschließen.

Diese war ihrem Inhalte nach kaum etwas anderes als eine Capitulation, aber gegen diese Benennung protestierte Cumberland so bestimmt[3], daß Richelieu, dem es um einen raschen Abschluß zu thun war, sich zufrieden gab ohne die möglichen Folgen dieses Zugeständnisses zu bedenken. Der Unterschied lag darin, daß eine von den beiden Befehlshabern abgeschlossene Capitulation als eine militärische Übereinkunft sofort in Kraft

[1] Wenck III 152 ff. Lynar a. a. O. II 138 ff. 146 ff. 158 ff. 181 ff.
[2] Beil. II 76.
[3] Mouvem. des armées du Roi en 1757 I 123.

trat: die Convention dagegen bedurfte der Ratification der beiderseitigen Regierungen. Daß sein Vater diese versagen werde, dachte Cumberland nicht; in ihm sträubte sich nur sein militärisches Ehrgefühl gegen den Schimpf capituliert zu haben. Richelieu schmeichelte sich mit der Hoffnung daß die Convention nichts anderes als die Einleitung zu dem hannöverschen Neutralitätsvertrage bilde, über welchen bereits in Wien verhandelt wurde.

Wir haben früher dargelegt, welche Schritte gethan wurden um einen Neutralitätsvertrag für Hannover zu Stande zu bringen. Der zu Ende April von Colloredo übergebene Vertragsentwurf ward von König Georg II abgelehnt, nicht sowohl in der Überzeugung daß eine Neutralität für Hannover mit Ehren überall nicht zu erlangen stehe, als weil die Bedingungen, welche die Kaiserin vorschrieb, den gehofften Vortheil völlig aufhoben. Deshalb ward der bewaffnete Widerstand gegen die französische Invasion versucht und die hannöversche Regierung durch die dem Herzog von Cumberland ertheilten Vollmachten zu einer regeren Thätigkeit für kriegerische Maßregeln angetrieben. Der mächtige Eindruck, welchen der Sieg der Preußen vor Prag und die Einschließung dieses Platzes machte, bestärkte Georg II in dieser Haltung.

Da weckte das Vordringen der Franzosen über den Rhein die Sorge dieses Monarchen von neuem. Seit dem 15 Juni stand seine Armee auf dem rechten Weserufer, die Franzosen konnten nach Gefallen sich in Westfalen und Hessen ausbreiten; die Gefahr rückte immer näher an Hannover heran. Unter diesen Umständen kam die hannöversche Regierung wieder auf die Neutralität zurück und beschloß Ende Juni den Freiherrn von Hardenberg nach Paris abzuschicken. Georg II selbst richtete am 28 Juni an Friedrich II ein Schreiben, welches die Erwartung aussprach, daß nach der Einnahme von Prag die Preußen seinem Sohne zu Hilfe kommen würden[1]: aber schon die nächste Post brachte mit der Botschaft von der Schlacht bei Kolin die bitterste Enttäuschung dieser Hoffnung.

---

[1] Beil. II 62.

Eben damals ward das englische Ministerium neu constituiert, und die Nation versprach sich von Pitt's Energie die Wiederherstellung der so tief erschütterten Macht Großbritanniens. Jedoch für sein nächstes Anliegen fand Georg II bei diesen Ministern keinen Trost. Zwar erkannte Pitt die Bedeutung des Continentalkrieges für die englischen Interessen unverholen an: während er mit allen Kräften an der Verstärkung der britischen Streitmacht in Nordamerika arbeitete, entwarf er zu gleicher Zeit den Plan, durch eine Diversion an der französischen Küste die Franzosen von Deutschland abzuziehen, und ordnete auf die Nachricht von der Einnahme von Emden ein paar Kriegsschiffe ab um den Hafen zu blokieren[1]. Aber an dem Grundsatze, welchen er bei der Bildung des Ministeriums mit seinen Amtsgenossen vereinbart hatte, in keine Maßregel zu willigen, welche auch nur den Schein haben könnte auf Kosten Englands hannöversche Sonderinteressen zu begünstigen, hielt Pitt unerschütterlich fest und weigerte sich demzufolge britische Truppen zur Unterstützung des Herzogs von Cumberland nach Deutschland zu senden. So dringend dieser auch unter Fürsprache des preußischen Gesandten seine Bitte um Beistand wiederholte und so lebhaft König Georg II seine persönlichen Wünsche geltend machte, das Ministerium beharrte dabei diese Maßregel für unmöglich zu erklären und that diesen Beschluß am 29 Juli definitiv dem Herzoge kund.

Das Verhalten des englischen Ministeriums in dieser Angelegenheit gründete sich nicht allein auf die Voraussetzung, daß das Eintreten für Hannover bei der englischen Nation Argwohn und Unwillen erregen werde, sondern außerdem auch auf das Mistrauen in die Kriegführung des Herzogs von Cumberland. Jedes andere Mittel das sich ihm darbot war Pitt bereit zu ergreifen, namentlich war er entschlossen das Bündniß mit Friedrich dem großen zu befestigen und den Landgrafen von Hessen in der Allianz zu erhalten. An demselben 29 Juli ward dem landgräflichen Geschäftsträger in London eine förmliche Declara-

[1] 1757 Juli 12. Michell's Bericht.

tion eingehändigt, in welcher Georg II als König von Großbritannien dem Landgrafen zusicherte ihn nie zu verlassen und sowohl bei der Kriegführung als beim Friedenschluß seine Interessen gleich den eigenen wahrzunehmen. Kein Gedanke aber lag Pitt ferner als sich durch die Invasion Hannovers zu einem unvortheilhaften Frieden bestimmen zu lassen. Er hatte den Krieg in seinem ganzen Umfange vor Augen und lebte der Überzeugung daß die Schläge, welche man den Franzosen dort wo die wichtigsten Interessen Englands auf dem Spiele standen, zur See und in den Colonieen, versetzen werde, auch dazu dienen müßten, ihre augenblicklichen Vortheile auf dem Continente aufzuwiegen[1].

So standen die Dinge als die Meldungen von dem Treffen bei Hastenbeck Georg II in die tiefste Bekümmerniß versetzten. Er versammelte seine Minister und stellte ihnen seine bedrängte Lage vor; dabei erklärte er, wenn man ihn von englischer Seite unterstütze und für die erlittenen Verluste entschädige, werde er nicht aufhören auch als Kurfürst an der gemeinen Sache festzuhalten. Mehrere Minister waren geneigt den Herzog von Cumberland mit einem englischen Truppencorps zu unterstützen, aber Pitt widerstand ihnen und ließ sich nur zu dem Beschlusse herbei, vorläufig bis das Parlament zusammenträte zu den früher bewilligten 100000 L. St. für die niedersächsische Armee nochmals die gleiche Summe zu gewähren und dem Landgrafen von Hessen in Anerkennung seines standhaften Beharrens beim Bunde 20000 L. St. für ihn und seine Schwiegertochter als außerordentliches Geschenk auszuzahlen. Damit war freilich nicht viel geholfen. Münchhausen sagte gerade heraus, wenn sein Herr als Kurfürst noch länger von der Partie sein solle, müsse man ihn für die sämtlichen Einkünfte des Kurfürstenthums entschädigen; wie die Sache liege, bleibe ihm nichts übrig, als sich aus dem Spiele zu ziehen[2].

Mittlerweile wuchs die Sorge um Hannover. Unter dem

---

[1] 1757 Juli 29. Aug. 2. Michell's Berichte.

[2] Aug. 5. 9. Michell's Berichte. Vgl. Pitt's Brief an Geo. Grenville vom 11 August und dessen Antwort vom 14 Aug. Grenville Papers I 206. Chatham Corr. I 243 ff.

2 August meldete der Herzog von Cumberland, der damals bei Nienburg an der Weser stand, bald werde er keine Armee mehr haben um das Feld zu halten, keine Lebensmittel um sie zu nähren, ja keinen Raum um sie in Bewegung zu setzen. Er beschwerte sich über die hannöversche Regierung, welche nicht für den nöthigen Unterhalt des Heeres gesorgt und die Zahl der Truppen höher angegeben habe als sie in Wirklichkeit sei[1].

Von dem Könige von Preußen kamen nicht bessere Nachrichten, aber das englische Ministerium säumte nicht die Verhandlungen mit ihm wieder aufzunehmen. Am 17 Juli erließ Holdernesse an Mitchell ausführliche Instructionen über die Ansichten und Entschließungen der englischen Regierung. Er versichert, daß es sich jetzt zeigen solle, daß nicht die glänzenden Erfolge der preußischen Waffen allein das Bündniß ungebrochen und unerschüttert halten, sondern daß die Freundschaft des Königs von England sich im Unglück gleichwie in den Zeiten des größten Glückes erweisen werde. Nach einer allgemeinen Erörterung der Lage, namentlich der norddeutschen Angelegenheiten sowie der Beziehungen zum dänischen und russischen Hofe und zur ottomanischen Pforte kommt der Minister auf die Art und Weise, in welcher die Kraftanstrengungen Englands sich der gemeinen Sache am nützlichsten erweisen können. Er geht von dem Satze aus: „wir müssen Kaufleute sein auch während wir Krieger „sind; unser Handel hängt ab von der zweckmäßigen Anwendung „unserer Seemacht, und die Reichthümer, welche die wahren „Hilfsmittel unseres Landes sind, beruhen auf seinem Handel." Darauf gestützt wiederholt er die Erklärung daß die Absendung einer Flotte in die Ostsee in dem gegenwärtigen Momente unmöglich sei. Aber die Canalflotte solle zugleich dem Zwecke dienen Großbritannien zu vertheidigen, den Handel zu beschützen und so viel Landtruppen zu decken als hinreichend seien die Küsten Frankreichs zu beunruhigen, um diese Macht zu nöthigen einen großen Theil ihrer Truppen aus Deutschland zurückzuziehen. Holdernesse hob weiter hervor, daß der König von England die

[1] 1757 Aug. 16. Michell's Bericht.

äußerste Sorge und Wachsamkeit der Kriegführung in Amerika zuwende, wo die Hauptursache der jetzigen Kriegsunruhen liege; und zwar werde zugegeben werden müssen, daß der Ausgang des großen Wettstreites zwischen England und Frankreich über die Bedingungen des künftigen Friedens entscheiden werde. Indessen sei der König von England entschlossen den König von Preußen so viel er vermöge zu unterstützen. Mannschaften könnten von England nicht gestellt werden: dagegen könne es als sein Bundescontingent Geld liefern. Darauf einzugehen sollte der Gesandte den König von Preußen vermögen mit der nachdrücklichen Versicherung, daß sobald die Umstände es erforderten, der König von England bereit sei ihn mit einer solchen Geldsumme zu versehen als angemessener Weise bei dem Parlamente beantragt werden könne. Ganz in demselben Sinne meldete Michell, das Ministerium sei entschlossen König Friedrich mit den einzigen wirksamen Hilfsmitteln welche das Königreich im Stande sei ihm zu gewähren, nämlich mit Geld zu unterstützen, und zwar wurde in einer späteren Unterredung die Summe von 500000 L. St. angeboten[1].

Die englischen Propositionen vom 17 Juli giengen in der Nacht des 26 zu Pirna ein, während des Rückmarsches der königlichen Armee aus Böhmen, unmittelbar nachdem die Meldung von den traurigen Vorgängen bei der Armee des Prinzen von Preußen eingegangeu war. Am nächsten Morgen hielt Mitchell dem Könige Vortrag. Friedrich der große nahm das Anerbieten englischer Subsidien mit lebhaftem Danke für die Großmuth des englischen Königs und der Nation entgegen, aber er meinte c'est la moutarde après diner. Er wünsche nicht seinen Verbündeten zur Last zu fallen. Man möge warten bis die Dinge in der Lausitz entschieden seien: wenn es ihm dort glücke, wolle er sich weiter erklären. „Wenn ich geschlagen werde, „so ist überall keine Veranlassung auf die gemachten Vorschläge

[1] 1757 Juli 17. Holdernesse an Mitchell. Mitchell Papers I 254 ff. Vgl. die Minute of Privy Council v. 14 Juli. Beil. II 64. Juli 16 u. 29. Michell's Berichte.

„zu antworten, denn dann ist England außer Stande mich zu „retten, und ich möchte nicht mit meinem Willen die Großmuth „meiner Verbündeten mißbrauchen, indem ich sie in kostspielige „Verpflichtungen hineinziehe, welche keinem entsprechenden Zwecke „dienen können". Mitchell fügt seinem Berichte hinzu: „die „edle Hochherzigkeit dieser Antwort freute mich, aber sie über„raschte mich nicht: denn ich habe den König von Preußen groß „im Glücke gesehen, aber noch größer im Unglücke"[1]. An demselben Tage schilderte König Friedrich dem Könige von England ohne allen Rückhalt brieflich die schwierige Lage in welche die letzten Unfälle ihn versetzten: „Wenn ich Spanien Dänemark „Holland und Sardinien ausnehme, habe ich ganz Europa wider „mich; dabei fürchte ich nicht für die Gegenden, wo ich meine „Heere entgegenstellen kann, wohl aber für die wo wer kommt „niemand sich gegenüber findet[2]".

König Georg II entnahm aus diesem Schreiben die Gewißheit, daß sein Neffe von Preußen ein verlorener Mann sei und daß er selber seine eigenen Wege gehen müsse um sein Land Hannover, seine Armee und seinen in Stade verwahrten Schatz zu retten. Noch an dem Tage, an welchem die Briefe eingiengen, den 12 August, sandte er an seinen Sohn Befehl und Vollmacht für Hannover um jeden Preis mit dem Marschall von Richelieu einen Neutralitätsvertrag abzuschließen. Hiefür ward der dänische Hof um seine Vermittelung ersucht. Ferner erhielt der hannöversche Gesandte in Wien, Freiherr von Steinberg, die Weisung bei dem kaiserlichen Hofe die Neutralität Hannovers nachzusuchen und zu versprechen, daß König Georg an den in Deutschland entstandenen Unruhen auch künftighin als Kurfürst keinen Theil nehmen und die Armee nicht länger zusammenhalten wolle, wenn man seine deutschen und seiner gesammten Alliirten Länder der Last des Krieges völlig entheben wolle. Ähnliche Versicherungen wurden durch Vermittelung des dänischen Gesandten dem französischen Ministerium ertheilt.

[1] Mitchell Papers I 266. 362.

[2] 1757 Juli 27. K. Friedrich II an K. Georg II. Beil. II 66.

Seinen englischen Ministern eröffnete Georg II nachträglich den gefaßten Entschluß als Kurfürst über einen Separatfrieden zu verhandeln, aber von dem Inhalte der ertheilten Instructionen und Vollmachten setzte er sie nicht in Kenntniß. Gegenüber dieser Eröffnung des Königs erklärten die Minister insgesamt ihre Misbilligung; sie würden nie zu einem solchen Verfahren ihre Hand bieten. Zugleich ließen sie von dem Könige sich die Ermächtigung ertheilen, dem preußischen Gesandten in seinem Namen zu versichern daß auf jeden Fall, die Folgen möchten sein welche sie wollten, England sich nie von den Interessen des Königs von Preußen trennen werde[1].

Fürwahr ein eigenthümliches Verhältniß, in welchem Georg II die eine Hand zum Frieden nach Wien ausstreckte und mit der andern Preußen seiner unverbrüchlichen Ausdauer im Bunde versicherte. Seinen Entschluß meldete er Friedrich II brieflich mit den Worten: „ich bin das Opfer meines Vertrauens und meiner „Treue gegen meine Verpflichtungen. Ew. Majestät wird selbst „urteilen, daß ich keinen andern Ausweg habe als zu versuchen, „ob es noch Zeit ist meine treuen Verbündeten und meine armen „Unterthanen von der furchtbaren Knechtschaft und der Unter„drückung zu retten, in welcher sie sich durch die ungerechte Wuth „Frankreichs und die unwürdige Undankbarkeit des österreichischen „Hauses befinden[2].

König Friedrich ward durch diese Wendung nicht überrascht. Er kannte das doppelte Spiel der hannöverschen Minister von lange her und hatte es kommen sehen, daß sie es von neuem mit der Neutralität versuchen würden. Die erste Nachricht von

---

[1] 1757 Aug. 16. Michell's Bericht. Die Erklärung von demselben Tage lautete: qu'à tout événement et quelles qu'en soyent les conséquences, l'Angleterre ne se séparera jamais des intérêts de V. M. Vgl. Holdernesse's Schr. an Mitchell v. dems. Tage Beil. II 67. Die von Steinberg abgegebene Erklärung s. Wahrhafte Vorstellung des Betragens, welches S. K. M. v. Großbritannien als Churfürst beobachtet haben. Kriegs-Canzley 1758 III 811. Münchhausens Schreiben London den 11 u. 12 Aug. s. Lynar a. a. O. II 78 ff.

[2] Aug. 16. K. Georg II an K. Friedrich. Beilage II 68.

diesen Verhandlungen kam aus Berlin. Dort wurde am 20 August ein Reisender angehalten, der sich für einen Kaufmann ausgab, aber auf polizeiliche Vernehmung wies er einen Paß des Herzogs von Cumberland zur Reise über Breslau nach Wien vor, und so ließ man ihn passieren. Am 23 August gieng bei dem Ministerium in Berlin ein Schreiben des hannöverschen Ministers von Steinberg aus Verden ein, mit der Anzeige daß der König sein Herr im Begriff stehe als Kurfürst von Hannover einen Separatfrieden einzugehen um das Kurfürstenthum, die hannöversche Armee und deren Hilfstruppen zu retten; dabei war die Bemerkung nicht unterlassen, daß ja Hannover mit Preußen in keinem Allianzvertrage stehe.

Die gleiche Mittheilung, daß auf Befehl des Königs Georg der Minister von Steinberg einen Courier nach Wien gesandt habe, um über einen hannöverschen Neutralitätsvertrag zu unterhandeln, erhielt Mitchell, der seit Ende Juli in Dresden verweilte, durch ein Schreiben des Herzogs von Cumberland. Mitchell war entrüstet. „Ich kann nicht beschreiben“, sagt er in seinem Tagebuche, „was ich bei dieser Gelegenheit ausstand. Es „lag so viel Perfidie in der Maßregel an sich und sie ward mit „so gemeinen und niedrigen Künsten eingeleitet um sie vor dem „Könige von Preußen zu verbergen, daß ich auf die ganze Sache „mit Verachtung und Abscheu blickte[1]“. Und an Holdernesse schrieb Mitchell: „warum wurde der König von Preußen nicht „vorher befragt? Ich kann mit meinem Kopfe dafür einstehen, „daß er jedem vernünftigen Vorschlage für Hannover beigepflichtet „hätte. Was wird die Nachwelt von einer Regierung sagen, die „zur Sicherung Hannovers den Vertrag von Westminster ab„schloß und duldete daß die hannöverschen Minister offen sagen, „sie hätten keinen Vertrag mit dem Könige von Preußen? — „Mit Unterhandlungen ist es für uns vorbei: nach solchen Vor„gängen wird niemand uns trauen. Ich weiß nicht wie ich dem

---

[1] Mitchell Papers I 364 f. (Journal v. 30 Aug.). Ministerialdepesche an Michell Berlin d. 27 Aug. 1757.

„Könige von Preußen ins Gesicht sehen soll, und Ehre, Mylord, „wird nicht mit Geld erkauft[1]."

Am folgenden Tage, den 29 August, traf König Friedrich auf dem Marsche von der Lausitz nach Thüringen in Dresden ein. Mitchell übergab das königliche Schreiben und theilte mit, was er über die hannöversche Sonderverhandlung wußte, zu welcher seiner festen Ueberzeugung nach, wie er betheuerte, kein englischer Minister zustimme noch mitwirke. Friedrich der große kannte die Redlichkeit Mitchell's und ließ ihn daher das Verhalten der hannöverschen Regierung nicht entgelten: er empfieng ihn aufs freundlichste und besprach mit ihm in vollem Vertrauen was gegenwärtig zu thun bleibe. Im Verlaufe dieser Unterredung, welche am 30 August stattfand, kam Mitchell seiner Instruction gemäß auf die von England angebotenen Subsidien zurück und Friedrich erwiederte, zu seinem Leidwesen seien diese jetzt nöthig geworden. Da die Franzosen und die Russen sich eines so großen Theils seiner Lande bemächtigt hätten, sehe er seine Hilfsquellen schwinden und müsse daher sehr gegen seinen Willen seinen Verbündeten zur Last fallen. Wenn er es bis zum Winter hinhalten könne, werde Zeit sein darüber zu verhandeln; für das nächste Jahr werde eine Beisteuer von vier Millionen Thaler nothwendig sein. Auf die Einwendungen Mitchell's gegen einen so hohen Betrag entgegnete Friedrich, bisher habe er nichts erbeten, nur die Noth zwinge ihn dazu; wolle man aber einmal Maßregeln vereinbaren, so müßten sie wirksam sein.

Nach der Tafel las König Friedrich Mitchell den von Georg II empfangenen Brief und sein Antwortschreiben vor[2]. Georg II hatte das Loos seiner Verbündeten, des Landgrafen von Hessen und des Herzogs von Braunschweig beklagt; mit Bezug hierauf erinnerte Friedrich II in seiner Antwort daran, daß der Verlust von Cleve Mark Minden Ostfriesland Ravensberg, der ihn be-

[1] 1757 Aug. 28. Dresden. Mitchell an Holdernesse. M. P. I 268 f. Raumer Beitr. II 440.

[2] Aug. 30. K. Friedrich an K. Georg II. Beil. II 71. Mitchell's Bericht vom 31 August s. Mitchell P. I 270 ff.; vgl. M's. Journal S. 365 f.

troffen, nur eine Folge des von ihm mit England geschlossenen Vertrages sei. Wenn seine Hilfe nicht so nachdrücklich gewesen sei als er beabsichtigt habe, so liege die Schuld davon an den Moskowitern: er habe stets erklärt, wenn man das Königreich Preußen nicht vor dem Einfalle dieser Horden sichere, befinde er sich außer Stande beträchtliche Hilfe zu leisten. „Ich habe seitdem „Unglücksfälle erfahren; ich bin weit entfernt sie für verzweifelt „anzusehen, aber ich werde mir nie einreden, daß das Unglück „eines Verbündeten ein Grund sei ihn zu verlassen. Ich bin nie „gegen den Frieden gewesen; ich habe ihn stets gewünscht, aber „ehrenvoll und dauerhaft. Ew. Majestät weiß besser als jemand „sonst was ihr zukommt zu thun; ich erwarte stillschweigend und „unerschüttert die Entwickelung dieses Ereignisses."

Diese ließ denn auch nicht auf sich warten. Es waren damals die Flitterwochen des österreichisch-französischen Bündnisses. Wie viel war nicht im letzten Winter über die Verwendung französischer Truppen in Oberdeutschland hin und her verhandelt worden: auf die Botschaft von der Schlacht bei Prag hatte Ludwig XV sie aus eigenem Antrieb gewährt und um sein Wohlwollen aufs deutlichste zu bezeigen den in höchster Gunst stehenden Prinzen Soubise an die Spitze dieser zweiten Armee gestellt. Nicht lange so erhielt der förmliche am kaiserlichen Hofe höchst unbeliebte Marschall d'Estrées in der Person Richelieu's einen Nachfolger, der mit der Pompadour sich verständigt hatte und gesonnen schien den Absichten der beiden Höfe mit raschen Schlägen zu entsprechen. An die Spitze des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten trat am 25 Juni Abbé Bernis auch dem Titel und Namen nach, der Heber und Leger der österreichischen Allianz. Mit dieser Ernennung war das neue politische System auch äußerlich zu voller Anerkennung gebracht.

Nunmehr wurde auch die königliche Gesandtschaft zu Wien wiederum besetzt. Von dieser war Aubeterre im August des vorigen Jahres abberufen um als Gesandter nach Madrid zu gehen und am Kaiserhofe für Bernis Platz zu machen. Einstweilen blieb in Wien nur ein Geschäftsträger, de Ratte; neben ihm verhandelte im Winter d'Estrées den Operationsplan und

während der Monate Mai und Juni verweilte Broglie im besonderen Auftrage am österreichischen Hofe, ehe er sich wieder zu August III nach Polen begab. Als Bernis zum Staatssecretär der auswärtigen Angelegenheiten bestimmt wurde, erhielt den Botschafterposten in Wien der Lothringer Stephan Franz Marquis de Choiseul-Stainville[1], dessen Vater als toscanischer Geschäftsträger am französischen Hofe dem habsburgisch-lothringischen Hause mit hingebender Treue diente. Der jüngere Marquis hatte bis dahin noch nicht Gelegenheit gehabt seine glänzenden Gaben und seinen hochfliegenden Ehrgeiz in einer einflußreichen Stellung zu entfalten. Als Gesandter am päbstlichen Hofe lud er den Haß der Jesuiten auf sich, aber Madame de Pompadour, seine mächtige Gönnerin, beschwichtigte den Verdruß Ludwigs XV und bewirkte daß der Mann ihres besonderen Vertrauens als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister nach Wien abgeordnet wurde um das beste Einvernehmen zwischen den beiden eng verbundenen Höfen zu pflegen. Dieser Aufgabe unterzog sich Stainville, indem er ohne den Haß gegen Friedrich den großen zu theilen das österreichische Bündniß als die einmal festgestellte Basis der französischen Politik hinnahm und auf dieser so viel wie möglich im französischen Interesse zu operieren suchte. Denn ebenso wie er sich Bernis geistig überlegen fühlte dachte er auch nicht daran sich Kaunitz und dem Kaiserhofe unterzuordnen.

Stainville traf am 20 August in Wien ein und wurde von Kaunitz mit Vertrauen und Offenheit, von der Kaiserin und dem Kaiser, der nach Kaunitzens Versicherung von seinem Widerstreben gegen die französische Allianz völlig zurückgekommen war, ausgezeichnet gnädig empfangen. Maria Theresia sprach ihre Freude aus, das langjährige Ziel ihrer Wünsche in dieser Allianz verwirklicht zu sehen: auch versäumte sie nicht sich über den König von Frankreich und den Hof berichten zu lassen und ihre Freundschaft und Hochachtung für Madame de Pompadour auszudrücken[2].

---

[1] Luynes mém. XV 475 v. 24 März 1757; vgl. S. 406. 415 v. Februar.
[2] 1757 Aug. 25. Stainville an Bernis und an den König (Beil. II 70).

Es handelte sich gerade darum die Erfolge der französischen Waffen in Niederdeutschland zu Verträgen mit den dortigen Fürsten zu benutzen. Schon hatte der Herzog von Braunschweig seinen Legationsrath von Moll in Wien zum Abschlusse einer Neutralitätsconvention ermächtigt, und Kaunitz war um so geneigter sie zu bewilligen, als er es für wahrscheinlich hielt daß alsdann der Landgraf von Hessen ein gleiches Gesuch stellen werde. Diese Angelegenheit schwebte noch, als am 30 August von Steinberg mit dem dänischen Gesandten Bachoff von Echt, der schon für die braunschweigischen Vorschläge sich lebhaft verwandt hatte, bei Kaunitz eine Audienz erbat und gemäß den Tags zuvor empfangenen Instructionen die Neutralität Hannovers beantragte. Steinberg war als hannöverscher Geschäftsträger in Wien geblieben, auch nachdem zwischen England und dem Kaiserhofe die diplomatischen Beziehungen abgebrochen waren. Gemäß der dem französischen Hofe ertheilten Zusage erhielt nämlich Graf Colloredo vor Ende Juni den Befehl den Hof Georgs II zu verlassen und reiste am 5 Juli von London ab. Selbstverständlich nahm nun auch der englische Gesandte in Wien, Robert Keith, seine Pässe, die ihm am 26 Juli zugefertigt wurden. Maria Theresia versagte es sich nicht dem würdigen Manne mit sinnig ausgewählten Geschenken den Beweis ihrer persönlichen Hochschätzung zu geben.

Steinberg ersuchte den Grafen Kaunitz die Kaiserin zu vermögen ihrerseits mit Hannover eine Neutralitätsconvention zu schließen und zum gleichen Zwecke sich bei dem Könige von Frankreich zu verwenden: insbesondere bat er dringend daß die Kaiserin an den Marschall von Richelieu ein Schreiben richten möge um diesen zu bestimmen auf die Vorschläge, welche der Herzog von Cumberland ihm machen werde, einzugehn. Der dänische Gesandte unterstützte im Namen seines Königs die Bitten des hannöverschen. Kaunitz fragte nach den Bedingungen, welchen der Kurfürst von Hannover sich unterwerfen wolle, und mußte zu seinem Befremden vernehmen, daß der Gesandte darüber nicht instruiert sei; man habe ihm nur gemeldet, daß derselbe Courier, welcher ihm die königlichen Weisungen einhändigte, dem Herzog

von Cumberland die Propositionen überbringe, welche dieser dem Marschall von Richelieu machen solle. Dieses sonderbare Benehmen des Königs Kurfürsten, von der Kaiserin die Gewährung eines Gesuches zu erwarten, dessen Inhalt sie nicht kenne, und alle übrigen Beschwerden des Kaiserhofes hielt Kaunitz dem hannöverschen Gesandten in stolzer Sprache vor. Der schriftliche Bescheid, welcher am nächsten Tage im Namen der Kaiserin gegeben wurde, führte die von Kaunitz mündlich ertheilte Antwort nur des weiteren aus.

Kaunitz hatte die Angelegenheit unverzüglich mit Stainville besprochen und kam, wie dieser berichtet, mit dem französischen Gesandten überein, daß der hannöversche Hof den Kopf verloren haben müsse, indem er einen derartigen Vorschlag in solcher Form mache, oder daß er die verbündeten Höfe zu besten habe um Zeit zu gewinnen. Stainville war der Meinung alle Vorschläge zu verwerfen, es sei denn daß die Hessen Braunschweiger Gothaer sich von der Armee des Herzogs von Cumberland trennten und nach besonderen, mit den betreffenden Fürsten zu schließenden Übereinkünften zerstreut würden, daß die Hannoveraner das Herzogthum Verden den königlichen Truppen überließen und zwischen Stade und Lüneburg und jenseit der Elbe vertheilt würden; daß ferner der Kurfürst von Hannover gegen den König von Preußen am Reichstage stimme und sein Contingent stelle, und was das Kurfürstenthum betreffe, daß dieses bis zum Ende des mit England geführten Kriegs occupiert bleibe.

Diese Forderungen fand Kaunitz denn doch etwas stark[1]. Aber als am 2 September ein neuer Courier des Herzogs von Cumberland eintraf mit der Meldung, daß Richelieu den nachgesuchten Waffenstillstand verweigert habe, und mit der erneuten Bitte, daß die Kaiserin sich bei dem französischen Marschall verwenden möge, da die Zeit kostbar sei, schlug Kaunitz dies Anliegen rundweg ab: ohne Einvernehmen mit dem Könige von Frankreich werde die Kaiserin keinen Schritt thun, und wenn die Zeit für den Herzog kostbar sei, so sei sie es nicht für die Kaiserin[2].

---

[1] 1757 Aug. 31. Wien. Stainville an Bernis. Beil. II 72.
[2] Sept. 3. Wien. Stainville an Bernis.

In denselben Tagen, unter dem 3 September, wandte sich auch der Landgraf von Hessen, nachdem er einen vergeblichen Versuch gemacht hatte, von Richelieu den Erlaß der in Hessen ausgeschriebenen Contributionen zu erlangen, durch den pfalzgräflich zweibrückenschen Gesandten von Pachelbel an den französischen Hof und erbot sich seine Truppen von der hannöverschen Armee zurückzuziehen, wenn der König ihm billige Bedingungen gewähren und die hessischen Lande in seinen Schutz nehmen wolle. Der französische Hof war jedoch keineswegs gesonnen die einmal erlangten Vortheile leichtes Kaufes aus der Hand zu geben. Die von dem dänischen Gesandten vorgetragenen hannöverschen Propositionen hatte er mit Bezug auf die Feindschaft Englands abgelehnt[1]; die Verhandlung über die hessischen und braunschweigischen Truppen verwies er nach Wien. Übrigens war Bernis der Meinung daß kein Neutralitätsvertrag geschlossen werden dürfe, bevor nicht die betreffenden Fürsten ihre Truppen von den hannöverschen getrennt hätten und für die Winterquartiere der französischen Armee, die Besetzung der festen Plätze und die Entwaffnung der Truppen alle Vorbereitungen getroffen seien. Das Waffenstillstandsgesuch erschien ihm vollends abgeschmackt; er sandte am 12 September an Richelieu den königlichen Befehl sich darauf nicht einzulassen, die Neutralitätsvorschläge anzuhören, aber sie einfach zu berichten, denn der Friede mit Hannover könne nicht von dem Frieden mit England getrennt werden[2].

In dem Vorsatze Hannover für England büßen zu lassen wurde der Hof und die Diplomatie von Frankreich durch die Nachricht bestärkt, daß die englische Canalflotte Truppen an Bord genommen habe um eine Landung an der französischen Küste zu unternehmen. Gerade in den Tagen, da die Flotte in See gieng (den 8 September), empfieng Stainville von Kaunitz die Mittheilung von neuen Vorstellungen des hannöverschen Gesandten und von einem Schreiben Georgs II an die Kaiserin, welches in

[1] 1757 Sept. 6. Kopenhagen. Bernstorff an Lynar aus dem Berichte des dänischen Gesandten Grafen Wedel-Friis, Paris d. 26 August.

[2] Sept. 13. Bernis an Stainville. Vgl. Beil. II 78. Huschberg S. 352 f.

allgemeinen Ausdrücken Vorschläge für den Neutralitätsvertrag enthielt. Davon nahm der französische Gesandte Veranlassung zu erklären: wenn die fünfzehntausend Engländer, deren Landung in Frankreich zu vermuthen stehe, die geringste Forderung zuwider den herkömmlichen militärischen Regeln stellten, müsse das Kurfürstenthum Hannover für den Schaden aufkommen, und ein von den Engländern verbranntes französisches Dorf werde unerbittlich den Brand einer französischen Stadt nach sich ziehen. „Der „Minister der Kaiserin," fügt Stainville seinem Berichte hinzu, „antwortete nichts auf diese meine Erklärung, ich glaube weil „er sie gerecht fand."

Übrigens befremdete es Stainville, daß Kaunitz bei der Verwerfung der hannöverschen Anträge, welche an Entschiedenheit nichts zu wünschen übrig ließ, doch immer nur den einen Grund geltend machte, daß König Georg II durch seine Verbindung mit Preußen und die Ablehnung der im April ihm von österreichisch-französischer Seite gemachten Neutralitätsvorschläge die Operationen gegen den König von Preußen beeinträchtigt und verzögert habe[1]. Es stellte sich klar heraus, daß der kaiserliche Hof die Sache Hannovers von der Englands scheiden wollte, während die französischen Minister, Stainville so gut wie Bernis ihr Absehn darauf richteten mit Hannover dem Könige von England wehe zu thun und daraus für den französisch-englischen Krieg Gewinn zu ziehn. Es heiße eine schlechte Meinung vom französischen Hofe haben, schrieb Bernis am 10 September, wenn man glaube, er werde einen Feind im Todeskampfe schonen gerade während dieser durch starke Rüstungen die französischen Besitzungen in Europa und Indien bedrohe. Der dänischen Regierung ward ihre vermittelnde Thätigkeit sehr verübelt: Kaunitz gab zu daß man in ihr einen versteckten Feind zu fürchten habe, und als Bachoff sich wieder bei Stainville einfand, warf dieser ihm die Unterstützung des hannöverschen Gesandten und die Rolle eines englischen Ministers die er gespielt habe in scharfen Worten vor[2].

[1] 1757 Sept. 8. Stainville an Bernis. Beil. II 75.

[2] Stainville a. a. O. Kaunitzens Ansicht in dem Berichte vom 14 Sept. Vgl. Stainville's Brief an Richelieu vom 23 Sept. Mém. de Richelieu IX 204.

Es schien dahin gekommen, daß in Europa keine andere Sprache als die der Unterwürfigkeit unter den Willen Frankreichs und Österreichs laut werden durfte.

Von Tage zu Tage stieg die Siegeszuversicht zu Wien. Am 10 September überbrachte Graf Montazet, der französische Militärbevollmächtigte bei der Armee des Prinzen von Lothringen, den kaiserlichen Majestäten die Botschaft von dem Siege Nadasty's bei Moys in der Lausitz und von dem Tode Winterfelds; am 11 empfieng Kaunitz einen Courier mit dem Berichte vom Siege der Russen bei Groß-Jägersdorf; in den nächsten Tagen meldete Richelieu die Convention von Kloster Zeven. Obgleich diese Convention die Auflösung der niedersächsischen Armee verfügte, hielt es Stainville doch für gerathen, seinen Instructionen gemäß am 20 September die mit dem Herzog von Braunschweig zu treffenden Stipulationen zu unterzeichnen. Das Geschäft ward ohne viel Umstände abgemacht. Der herzogliche Geschäftsträger von Moll legte seine Vollmacht vor ohne nach der Stainville's zu fragen, welche erst nachträglich ausgefertigt und am 3 October vom französischen Ministerium abgesandt wurde; man datierte sie einfach auf den 6 September zurück.

Die Convention mit Braunschweig schrieb vier Bedingungen vor: 1) Der König von Frankreich hält die Städte Braunschweig und Wolfenbüttel besetzt so lange der Krieg dauert und das königliche Hauptquartier gebraucht die in den dortigen Zeughäusern vorräthige Artillerie, Waffen, Munition. 2) Der Herzog ruft seine Truppen von der Armee des Herzogs von Cumberland ab und entläßt sie in seinem eigenen Lande. Ihre Waffen werden in den Zeughäusern zu Braunschweig und Wolfenbüttel abgelegt, und die Ober- und Subalternoffiziere geloben eidlich während dieses Krieges weder gegen Frankreich noch dessen Verbündete zu dienen. Inzwischen wird dem Herzog gestattet zur Sicherheit seiner Person und seiner Schlösser eine Leibwache von der Stärke eines Bataillons und zweier Schwadronen zu behalten. 3) Die von dem Marschall von Richelieu und dem Armeeintendanten getroffenen Anordnungen bleiben in Kraft so wie sie gegenwärtig geregelt und festgestellt sind. 4) Der Herzog

von Braunschweig liefert sein Contingent an Geld und Truppen nach der Reichsmatrikel. Seine Truppen marschieren unverzüglich zur Reichsarmee ab und der Herzog befiehlt seinem Gesandten in Regensburg gemäß den vom Kaiser genehmigten und bestätigten Reichstagsbeschlüssen zu stimmen. Unter diesen Bedingungen wird der König dem Herzoge seine Gnade wieder schenken; man wird ihm und den Prinzen und Prinzessinnen seines Hauses die gebührende Rücksicht zollen, weder seine Einkünfte und Cassen noch die kirchliche, bürgerliche und gerichtliche Verwaltung seiner Länder antasten, keine Contributionen an Geld daselbst erheben und sich mit der Winterquartier-Verpflegung begnügen, welche für die höheren Offiziere und die Regimenter, die in den Landen seiner Durchlaucht des Herzogs überwintern, ausgemacht werden wird.

Somit war der braunschweigisch-hannöversche Vertrag zerrissen und Braunschweig stand den französischen Intendanten für die ungemessenen Bedürfnisse der Armee und dem Reichshofrathe für die Execution gegen Preußen zur Verfügung. Kaunitz billigte die Form des Abschlusses und unterzeichnete auch im Namen der Kaiserin die Artikel, durch welche Braunschweig vom Könige von Frankreich zu Gnaden angenommen wurde. „Jetzt gibt es in „Deutschland keinen Feind der gemeinen Sache als den König „von Preußen," bemerkte Stainville triumphierend in seinem Berichte über diesen wichtigen Act[1]. Der Herzog von Braunschweig unterschrieb die Ratification zu Blankenburg den 6 October; Stainville nahm sie entgegen und sandte sie am 21 October seiner Regierung ein.

Eine gleiche Übereinkunft wie sie mit Braunschweig getroffen ward empfahl Kaunitz auch für Hessen und Gotha, da die von dem Marschall Richelieu geschlossene Convention Erläuterungen erfordere. Alsdann schien um den Schlußstein zu der Vereinzelung Preußens zu legen und die Dienste der von der alliirten

[1] 1757 Sept. 20. Wien. Stainville an Bernis. Beil. II 83. Die dem Berichte beigefügte Convention mit dem Herzoge von Braunschweig s. Lynar II 280 ff. Kriegs-Canzley 1758 III 119 ff.

Armee abgesonderten Truppen für den großen Bund zu sichern, nur eine Maßregel noch nothwendig zu sein, nämlich die hessischen und braunschweigischen Truppen in Sold zu übernehmen. Mit dem Abschlusse dieser neuen Soldverträge glaubte man jedoch nicht allzu sehr eilen zu sollen; man war überzeugt, die betreffenden Fürsten um so wohlfeiler haben zu können je länger man sie warten ließ.

Aber mitten in dem Siegesrausche der verbündeten Höfe von Wien und Versailles und unter den wechselseitigen Freundschaftsbezeigungen mangelte doch immer etwas an dem Zusammenwirken ihrer Kräfte, und mehr als éine Sorge störte ihr Behagen. Vor allem gab der russische Hof Grund zur Unzufriedenheit. Es blieb dem Grafen Esterhazy nicht verborgen daß Bestucheff von seinem feindseligen Eifer gegen Preußen zurückgekommen sei und sich auf die englische Seite neige. Die Folge war daß der Vicekanzler Woronzoff entschiedener die andere Partei ergriff, aber vorläufig blieb doch Bestucheff der erste Minister[1]. Niemand bezweifelte daß die Kaiserin Elisabeth dem Bündnisse gegen Preußen unbedingt zugethan sei, aber sie war indolent und kränklich, man fürchtete ihre baldige Auflösung und wußte der an ihrem Hofe herrschenden Cabalen nicht Meister zu werden. Kaunitz meinte, er werde Bestucheff die Pein gedenken die er ihm mache, aber so lange der Krieg währe müsse man sich verstellen und so viel Vortheil von Rußland zu ziehen suchen als möglich[2]. Aus diesem Grunde wurden um der Eitelkeit der Kaiserin zu schmeicheln die ausgesuchtesten Redensarten gewechselt und um ihre Minister zu bestechen das Geld nicht gespart. Bestucheff trug kein Bedenken sich von beiden kriegführenden Parteien bezahlen zu lassen; neben dem englischen Jahrgehalte steckte er die französischen Geschenke ein, unter anderm 5000 Ducaten im Herbst 1757[3].

---

[1] Vgl. Luynes XVI 14 vom 6 April 1757.

[2] 1757 August 31. Stainville an Bernis. Sept. 10. Bernis an Stainville. Beil. II 72. 77.

[3] Registre des dépenses secrètes de la cour. Paris 1793 I 141 (nr. 226) 1757 Sept. 18 gratification de 5000 ducats d'or au C. de Be-

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland waren nach allen Regeln der höfischen Sitte hergestellt. Am französischen Hofe trat Michael Bestucheff mit dem August 1757 an die Stelle des früheren einstweiligen Geschäftsträgers Bectejeff. Frankreich ward seit dem Juli in Petersburg durch den Marquis de l'Hôpital vertreten, den früheren Gesandten in Neapel, einen Freund von Bernis und Belleisle[1]. Als Gesandtschaftssecretär ward l'Hôpital der abenteuerliche Chevalier d'Eon beigeordnet, der sich früher in Weiberkleidern mit Douglas nach Petersburg begeben hatte und zur Vorleserin der Kaiserin ernannt worden war. Jetzt hatte d'Eon den Auftrag eine geheime Correspondenz zwischen Ludwig XV und Elisabeth zu vermitteln, von der l'Hôpital nicht wissen durfte. Douglas hatte sich das Verdienst erworben die Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland hergestellt und den russischen Beitritt zum ersten Vertrage von Versailles vermittelt zu haben. Aber um Gesandter bleiben zu können erschien er nicht vornehm genug und schließlich zog er sich durch Überschreitung seiner Vollmachten die königliche Ungnade zu. Er ließ sich nämlich durch Esterhazy und die russischen Minister bereden am 31 December 1756 bei Vollziehung der russischen Accessionsacte zum Vertrage von Versailles einen „allergeheimsten" Artikel zu unterzeichnen, durch welchen Frankreich verpflichtet ward im Falle eines russisch-türkischen Kriegs an Rußland Subsidien zu zahlen. Diesem Artikel, der den Traditionen der französischen Politik in Beziehung auf die osmanische Pforte allzu sehr widersprach, versagte Ludwig XV die Ratification; er rief Douglas unverzüglich ab und wies ihm Bourges zum Aufenthaltsorte an[2].

stuchef, grand chancelier de la Russie. Am 15 Januar (S. 126 nr. 4): présent pour la Russie par M. de l'Hôpital 30534 L.

[1] Ernannt war l'Hôpital schon im Jahre 1756. Dec. 15 empfiengen er und seine Begleiter Zahlungen für die Reise nach Petersburg a. a. O. I 123 Nr. 226.

[2] 1759 Oct. 14 erhielt Douglas eine Unterstützung von 1200 L. a. a. O. I 186 Nr. 291. Er starb 1765. S. Boutaric corresp. secr. de Louis XV. Paris 1866 I 84 f. 341. Lettres, mém. et négoc. du Chev. d'Eon. Londres 1764 S. IV. 361[n]. 382. Über die russische Accessionsacte s. o. S. 259.

Größere Sorge noch als die Unzuverlässigkeit der russischen Minister machte der Kaiserin Maria Theresia die blinde Schwärmerei des russischen Thronfolgers für den König von Preußen. Aber sie kannte seine Geldverlegenheit und beschloß den Versuch zu machen ihn zu erkaufen. Im August schloß sie durch Esterhazy mit dem Großfürsten Peter eine förmliche Übereinkunft, durch welche dieser gegen Empfang von hunderttausend Thalern sich verpflichtete den Interessen der Verbündeten zu dienen. Kaunitz meinte, das Geld sei zum Fenster hinausgeworfen und er hatte Recht[1].

Gerade zur selben Zeit nämlich, am 19 August, nahm Peter von Sir Hanbury Williams, der von Petersburg abberufen sich zur Reise anschickte, schriftlich Abschied mit den Worten: „meine „Interessen sind von mehr als éiner Seite an die des Königs „von England geknüpft. Ich hoffe daß der gemeinsame Feind „der beiden Reiche es eines Tags empfinden soll." Besonders verbindlich schrieb an Williams die Großfürstin Katharina und erklärte in ihrem Briefe: „ich werde alle nur erdenkbaren Ge„legenheiten ergreifen um Rußland zu dem, was ich für sein „wahres Interesse erkenne, zurückzuführen; und dies besteht darin „mit England eng verbunden zu sein, ihm überall den möglich„sten Beistand und das Übergewicht zu gewähren, welches es „zum besten von ganz Europa und insonderheit von Rußland „über Frankreich, ihren gemeinsamen Feind, haben muß, dessen „Größe Rußland zur Schmach gereicht[2]."

In dem Briefe war viel Verstellung, aber in der That sah Katharina in der österreichisch-französischen Diplomatie und deren Anhang ihre Gegner und wußte, während sie nur um Liebeshändel sich zu kümmern schien, den beiden Höfen einen schlimmen Streich zu spielen. Sie hatte Bestucheff, dem Peter mit schnöder Verachtung begegnete, in ihr Interesse gezogen und sich für den Fall einer Thronveränderung seiner Dienste versichert.

---

[1] 1757 Aug. 31. Stainville an Bernis. Beil. II 72; in der Anmerkung Hecht's Meldung aus Hamburg vom 13 September.

[2] Raumer Beitr. II 451 f.

Mit Bestucheff spielte Apraxin unter einer Decke und hatte deshalb, wie man in Wien sehr wohl wußte, seine Operationen so spät und so langsam als möglich ausgeführt. Der Sieg der russischen Armee erhöhte das Zutrauen zu ihren Leistungen kaum: unmittelbar nachdem er ihn erfahren schrieb Stainville: es würde thöricht sein für unsere Sache auf moskowitischen Beistand zu rechnen; Apraxin werde schwerlich Königsberg nehmen, sondern seine Winterquartiere in Polen suchen[1].

Als Stainville dies schrieb befand sich die russische Armee schon auf dem Rückmarsche. Die Kaiserin Elisabeth war zu öfteren Malen von tiefen Ohnmachten befallen worden und man erwartete ihren baldigen Tod. Deshalb bestimmte Bestucheff auf Befehl der Großfürstin den Feldmarschall seine Truppen zurückzuziehen um sie für den beabsichtigten Staatsstreich in Bereitschaft zu haben. Den Vorwand für den Rückzug, welcher in einem am 7 September von Apraxin gehaltenen Kriegsrathe beschlossen wurde, gab der Mangel an Lebensmitteln ab, der allerdings in den durch den Krieg verwüsteten Landschaften arg genug war: aber der Vormarsch hätte dem Heere neue Hilfsquellen aufgethan und die Zufuhr von der See ermöglicht. Statt dessen gieng die russische Armee noch im September bis über die Memel zurück. Ihr Weg ward mit brennenden Ortschaften, mit Mord und Gräuel jeder Art bezeichnet. Alle Bande der Disciplin lösten sich: viele Mannschaften wurden von Seuchen hingerafft: einer geschlagenen ähnlich kam die Armee in die kurischen und litthauischen Gebiete, in denen sie ihre Quartiere nahm. Die Kaiserin war außer sich, als sie von dem Rückzuge erfuhr, und befahl die Wiederaufnahme der Operationen. Aber Monate vergiengen bis das Heer wieder reorganisiert und von neuem marschbereit war.

Neben diesem für die meisten Zeitgenossen unbegreiflichen Ränkespiel am Petersburger Hofe ergaben sich genug andere Schwierigkeiten. Wir haben erwähnt daß die preußischen Unterthanen genöthigt wurden der Kaiserin von Rußland den Huldigungseid zu leisten. Ein solches Verfahren fand Stainville ganz

---

[1] 1757 Sept. 12. Stainville an Bernis.

außer der Ordnung und erhob gegen Kaunitz nachdrücklichst Beschwerde. Der kaiserliche Hofkanzler bemerkte zur Entschuldigung des russischen Feldmarschalls, dieser habe sich zu jener Maßregel nur deshalb entschlossen, um seine Truppen desto leichter von Ausschweifungen abzuhalten, und in gleichem Sinne erklärte sich die Kaiserin Maria Theresia. Stainville zeigte sich jedoch von einer so nichtigen Ausrede wenig befriedigt und Kaunitz versprach nach Petersburg zu schreiben um dies Verfahren abzustellen[1]. Ernstlich gemeint war diese Zusage schwerlich; der österreichische Hof glaubte gewiß damals so wenig gegen die russische Besitzergreifung Preußens Einsprache thun zu dürfen als er es im nächsten Jahre unter gleichen Verhältnissen that; jedoch verlor diese Angelegenheit an Bedeutung, da die Russen ohnehin Preußen bis auf Memel räumten.

Eine nicht geringe Verlegenheit aber bereitete dem österreichischen Hofe die in aller Form gestellte Forderung des russischen, daß Frankreich dem Petersburger Vertrage vom 22 Januar beitrete, daß der geheime österreichisch-französische Vertrag an Rußland mitgetheilt und eine Vergrößerung Rußlands, angemessen den Frankreich und Schweden zugedachten Vortheilen, vereinbart werde. Eine solche Vereinbarung war allerdings vorbehalten, aber unter den obwaltenden Umständen verspürten weder der österreichische noch der französische Hof die geringste Neigung sich darauf einzulassen. Bernis erkannte die Gebietserweiterung Rußlands in der Nachbarschaft Deutschlands als einen politischen Fehler, den der Wiener Hof am ersten bereuen werde, und ohne Zweifel übersah Kaunitz am wenigsten die möglichen Nachtheile, nur daß bei ihm der nächste Zweck, Rußland gegen Preußen zu gebrauchen, jedes andere Bedenken zurückdrängte. Vorläufig kam man überein daß Österreich erklären solle, es sei noch nicht an der Zeit Frankreich alle diese Vorschläge zu machen; zumal nach dem Rückzuge der russischen Armee müsse man gelinder auftreten und sich auf die bloße Einladung beschränken, daß Frankreich dem Vertrage vom Januar beitrete[2].

[1] 1757 Sept. 20. Wien. Stainville an Bernis. Beil. II 82.

[2] Oct. 19. Nov. 1. 8. Versailles. Bernis an Stainville. Beil. II 96. 97. 99.

Inzwischen hatte die russische Regierung die englische Verwahrung zu Gunsten Preußens durch eine am 15 August von Galitzin an Holdernesse übersandte Erklärung in stolzer und drohender Sprache zurückgewiesen und, indem sie sich das Recht der Blokade preußischer Häfen vorbehielt, gegen die Absendung einer britischen Flotte nach der Ostsee protestiert[1]. Auch trat Rußland am 5 November dem zwischen Österreich Frankreich und Schweden am 21 März zu Stockholm geschlossenen Vertrage bei[2].

Am französischen Hofe kamen neben dem Bemühen im Sinne der österreichischen Allianz Rußland gegen Preußen zu gebrauchen fortwährend noch die polnischen Gesichtspunkte in Betracht. Die französische Partei in Polen blickte auf das neue System des Hofes von Versailles mit unverholenem Abscheu, denn sie sah voraus daß der russische Hof den preußischen Krieg dazu benutzen werde sich mit seinen Truppen in Polen einzunisten um beim Tode Königs August III eine seiner Creaturen auf den Thron zu erheben. Es war in ihrem Sinne geschehen, daß die französische Regierung im November 1755 den Subsidienvertrag mit Sachsen an die Bedingung knüpfen wollte, daß König August III den Russen keinen freien Durchmarsch durch Polen gewähre, eine Forderung, welche Graf Brühl für unannehmbar befand[3]. Damals hatte es sich um die von dem englisch-russischen Subsidienvertrage erwarteten Wirkungen gehandelt. Die Partei der polnischen Patrioten änderte seitdem ihre Gesinnungen nicht. Sie bekämpfte im jüngst vergangenen Winter aus allen Kräften den Plan des österreichischen Hofs russische Truppen durch Polen nach Schlesien marschieren zu lassen. So groß war ihre Erbitterung, daß man in Wien befürchtete, es möge sich in Polen eine Conföderation bilden um sich dem Durchmarsche der Russen mit Gewalt zu widersetzen[4].

In Polen urteilte man vollkommen richtig, daß das neue

[1] 1757 Aug. 19. London. Michell's Bericht.
[2] Koch-Schöll III 174.
[3] Geheimnisse des sächs. Cabinets I 281 ff.
[4] Stuhr F. I 280. Vgl. o. S. 110.

System des Hofes von Versailles die Unterordnung der französischen Politik unter die Bestrebungen der engverbundenen Höfe von Wien und Petersburg bedeute. Ludwig XV schmeichelte sich jedoch mit der Hoffnung durch den persönlichen Einfluß, den er auf die russische Kaiserin gewinnen werde, die polnischen Angelegenheiten um so leichter im französischen Interesse leiten zu können. Zu diesem Zwecke und zunächst noch in der Absicht dem Prinzen Conti die polnische Thronfolge zu verschaffen knüpfte Ludwig die geheime Correspondenz mit Elisabeth an: denn trotz seiner Entzweiung mit Conti hatte Ludwig diesen Plan, der den Angelpunct seiner polnischen Politik bildete, noch nicht aufgegeben. Um Conti Gelegenheit zu bieten sich in Polen festzusetzen, war es im Werke daß die Kaiserin Elisabeth diesem Prinzen Curland zuwende und ihm das Commando einer russischen Armee übertrage. Elisabeth und der Vicekanzler Woronzoff giengen auf den Plan ein; es schien sich nur noch um die förmliche Genehmigung Ludwigs XV zu handeln. Diese erfolgte nicht sogleich. Die Pompadour verstand es den Bruch zwischen dem Könige und dem Prinzen immer mehr zu erweitern. Darüber verzögerte sich die Entscheidung, bis die Krankheit der Kaiserin Elisabeth und der Rückzug der russischen Armee dazwischentrat.

Nicht minder wie die geheime Diplomatie Ludwigs XV im Sommer 1757 am russischen Hofe der polnischen Thronfolge des Prinzen Conti Wege zu bahnen suchte war Graf Broglie in Warschau bemüht die französische Partei zu verstärken. Er verfügte über bedeutende Geldsummen und hatte nichts geringeres vor, als den Sturz des Grafen Brühl und die Abdankung des Königs August III herbeizuführen um für Conti Platz zu machen[1]. Diese Umtriebe blieben den russischen Parteigängern in Polen nicht verborgen. Sie wünschten für jetzt alles im bisherigen Stande zu belassen und mit Hilfe der Höfe von Petersburg und Wien die französische Partei niederzuhalten.

[1] 1757 Juli 20. Sept. 15. 21. Dec. 6. Ludwig XV an Tercier. Stuhr F. I 278 f. Boutaric corresp. secr. I 222—226 u. die Einleitung S. 86—88. Vgl. de la Fortelle, la vie militaire de Mad. d'Eon. Paris 1779 p. 30.

Das entsprach den Ansichten des Grafen Kaunitz, denn er glaubte, wenn nur erst Schlesien wieder österreichisch sei, in dem so überwiegend katholischen Polen genug Handhaben zu besitzen um dem Vorwalten des russischen Einflusses zu begegnen.

Da die von Rußlands Beistand gegen Preußen gehegten Hoffnungen in dem ersten Feldzuge völlig getäuscht wurden, bemühte sich der französische Hof um so mehr der schwedischen Kriegführung Nachdruck zu geben. Auch dazu war vor allem Geld erforderlich. Deshalb wurde zu Stockholm am 22 September ein neuer österreichisch-französisch-schwedischer Subsidienvertrag abgeschlossen, in welchem außer den früher von Frankreich bewilligten Subsidien Schweden noch für das erste Kriegsjahr 4,200000 Livres, für die folgenden 3,150000 Livres, zugesprochen wurden, halb von Österreich, halb von Frankreich zu zahlen. Dafür sollte Schweden 20000 Mann im Felde halten; wenn es diese auf 25000 Mann verstärkte, sollten die jährlichen Subsidien auf 4,200000 Livres erhöht werden. In einem geheimen Artikel wurde verfügt, daß Schwedisch-Pommern wieder auf die Grenzen des westfälischen Friedens ausgedehnt werden solle. Die zum Abschlusse des Vertrags von dem schwedischen Reichsrathe bestellten Commissare empfiengen für ihre Willfährigkeit von Ludwig XV Geschenke im Betrage von 90000 Livres[1].

Die mit diesem Vertrage ausbedungene Truppenzahl erschien Bernis noch nicht hinreichend zu sein und er schlug deshalb vor, Österreich möge gemäß dem (fünften) Separatartikel des geheimen Versailler Vertrags die Rußland gewährten Subsidien ganz oder zum größeren Theile zurückziehen und auf Schweden übertragen, damit dieses seine Truppen auf 40000 Mann bringe. In Wien wünschte man, daß Richelieu 12000 Mann Franzosen zu den Schweden stoßen lasse[2]. Der französische Hof war dazu bereit und gedachte mit diesem Corps die Hessen und Braun-

---

[1] Koch-Schöll III 168 ff. Registre des dépenses secr. I 145 nr. 284.

[2] 1757 Oct. 3. Versailles. Bernis an Stainville. Oct. 2. Wien. Stainville an Bernis. Vgl. Mém. du mar. de Richelieu IX 191. 206.

schweiger zu vereinigen, zumal es nicht räthlich erschiene so ansehnliche protestantische Truppenkörper in die Armee der katholischen Monarchen aufzunehmen.

Es fragte sich aber wer diese bezahlen sollte. Der französische Hof erklärte sich außer Stande die wachsenden Unkosten allein zu übernehmen. Giengen doch ohnehin die Summen, mit denen die französische Monarchie als „Pächterin von Europa", wie man sie später genannt hat, auswärtige Höfe und Stimmführer besoldete, über alles Maß hinaus. Schon empfiengen Baiern Würtemberg Pfalz französischen Sold außer den Zahlungen für ihre Truppen, welche durch eine nachträgliche am 13 August ratificierte Convention über 2800 Mann bairischer Truppen noch um 219819 fl. 36 kr. erhöht waren; ferner der Kurfürst von Köln, der Pfalzgraf von Zweibrücken, der Fürstbischof von Lüttich, die beiden Markgrafen von Brandenburg, die Republik Genua; dazu kamen die drei Subsidien für Schweden, eins für Dänemark und die Gelder, welche der in Dresden verbliebenen Königin von Polen ausbezahlt wurden[1]. Der österreichische Hof war nicht geneigt zu neuen Subsidien beizutragen und stellte seinerseits eine Gegenrechnung auf für die an Sachsen gezahlten Beträge, die sich auf beinahe eine Million Gulden belief, und verlangte vertragsmäßige Übernahme der Hälfte dieser Kosten auf französische Rechnung[2]. Da fand man denn am französischen Hofe daß man es in Wien mit dem Gelde so gar genau nehme.

Und die Klagen hatten kein Ende. Die Reichsstände beschwerten sich, daß die ihnen gegen das Versprechen baarer Zahlungen abverlangten Lieferungen für die französische Armee un-

---

[1] 1757 Nov. 1. Versailles. Bernis an Stainville. Vgl. Registre des dépenses secrètes de la cour connu sous le nom de livre rouge Paris 1793 u. die daraus gefertigte Zusammenstellung in Meiners u. Spittler n. Götting. histor. Magazin 1794 III 324 ff. Im Jahre 1757 betrugen die Zahlungen für die Königin von Polen eine Million Livres; für Brandenburg-Baireuth und Anspach (einschließlich der Geschenke für markgräfliche Minister und Secretäre) 223625 L.; für Würtemberg 1,712724 L.; Baiern 2,247217 L., Pfalz 2,046248 L., Köln 937500 L.

[2] S. Beil. II 89.

bezahlt blieben, und der Reichsvicekanzler Graf Colloredo bat, es möchten doch um sie zu beschwichtigen wenigstens einige Abschlagszahlungen geleistet werden. Für die eroberten norddeutschen Lande sollte eine kaiserlich königliche Verwaltung eintreten, und diese wurde auch bestellt, aber die französischen Commissäre kümmerten sich um sie nicht im mindesten[1]. Verschiedene Entwürfe wurden aufgestellt um den Antheil der beiden Mächte an den Einkünften festzustellen, ohne irgend welchen Erfolg; endlich schlug Stainville vor, die österreichische Regierung möge der französischen sowohl für die Vergangenheit als für die Zukunft die Einkünfte der von den französischen Armeen eroberten Länder überlassen. Diese würde davon die Winterquartiere der mit den französischen vereinigten kaiserlichen Truppen bezahlen und die hessischen und braunschweigischen Truppen in ihren Sold nehmen. Den von Stainville ohne Ermächtigung gethanen Vorschlag nahm Kaunitz auf und legte ihn einer Denkschrift zu Grunde, welche er dem französischen Hofe überreichen ließ. Ludwig XV gab der beantragten Übereinkunft seine Zustimmung und ertheilte Stainville Vollmacht zum Abschluß[2]. Damit war die Ausbeutung der eroberten Landschaften völlig der Willkür der Franzosen anheimgestellt. Um so lebhafter drang nun Kaunitz darauf, daß Frankreich die in dem geheimen Vertrage Österreich zugesagten Subsidien auch wirklich zur Verfallzeit zahle und nicht Monat auf Monat in Rückstand lasse[3]. Vor Ablauf Novembers sollten von den Subsidien vertragsmäßig drei Quartale mit 22,500000 Livres (= 9 Mill. fl.) gezahlt sein; man brachte es aber nicht weiter als bis zu 9,000000 Livres (= 3,600000 fl.)[4]. Die Beschwerden des kaiserlichen Kanzlers waren also wohlberechtigt und unbestreitbar. Nichtsdestoweniger fielen sie dem französischen Cabinet

---

[1] 1757 Oct. 12. Versailles. Mémoire von Starhemberg übergeben.

[2] Oct. 28. Stainville an Bernis. Nov. 8. Bernis an Stainville mit der königlichen Vollmacht vom gl. D. Vgl. Stainville's Schreiben an Richelieu vom 24 Oct. Mém. du mar. de Richelieu IX 205.

[3] Nov. 19. Stainville an Bernis.

[4] Ludwig XV wies am 15 Juli 5 Mill., 22 Sept. 2 Mill., 12 Nov. 2 Mill. Livres an.

höchst unbequem und lästig, da zu ihrer Abstellung die baaren Mittel fehlten; es hätte lieber gesehen wenn die Kaiserin sich an dem guten Willen hätte genügen lassen.

Mehr als alle diese Verhältnisse ward die Wirkung der österreichisch-französischen Allianz durch die Verschiedenheit der Meinungen über die militärischen Operationen gehemmt. Der französische Hof wollte vor allem die Preußen aus Sachsen vertreiben, der österreichische dagegen erst Schlesien erobern bevor er seine Macht auf Sachsen richtete. Als der König von Preußen aus der Lausitz nach Thüringen gegen die combinierte französische und Reichsarmee zog, drangen die Franzosen mit größtem Eifer darauf daß die kaiserliche Armee ihm nach Sachsen folgen möge um ihn zwischen zwei Feuer zu nehmen; aber alle Vorstellungen waren vergebens. Unwillig schrieb Stainville: „der österreichische „Hof träumt von nichts als von Schlesien."

Nun wünschte man wenigstens auf der schlesischen Seite eine energische Kriegführung, aber die militärischen und diplomatischen Berichte brachten nichts als Klagen über den Unverstand der kaiserlichen Behörden, mit welchem nach den letzten Erfolgen ein Stolz verbunden sei, der nicht die geringste Einwendung zulasse, über den völligen Mangel einer durchgreifenden Oberleitung der Armee, den Zwiespalt der Oberbefehlshaber[1]. Unter dem Eindruck dieser Nachrichten schrieb Bernis am 13 September: „welch „ein Triumph wäre es für den König von Preußen und was „für ein Ansehn würde er auf Kosten der verbündeten Höfe im „Reiche gewinnen, wenn es ihm gelänge mit ungestrafter Ver„achtung allen österreichischen Streitkräften zu trotzen um seinen „Plan gegen die Armee von Soubise auszuführen[2]."

Die Hauptschwierigkeit lag in der Stellung des Prinzen Karl von Lothringen, über dessen Unfähigkeit nur éine Stimme war. Ihm das Commando abzunehmen erschien unmöglich gegenüber der Erklärung des Kaisers, daß er darin eine persönliche Beschimpfung sehen werde. Die Kaiserin hatte gewünscht daß Daun

---

[1] 1757 Aug. 31. Sept. 12. Stainville an Bernis.

[2] Sept. 13. Fontainebleau. Bernis an Stainville. Beil. II 79.

an der Stelle Brown's, der am 26 Juli den in der Schlacht vor Prag empfangenen Wunden erlegen war, die Stelle eines Mentors bei ihrem Schwager übernehme: aber Daun war dieser Rolle überdrüssig. Er vertrug sich mit dem Prinzen den er nicht achtete durchaus nicht: er hatte eine so geringe Meinung von ihm, daß er unter seinem Oberbefehl nichts unternehmen mochte, und bat deshalb angelegentlich um Versetzung zu dem Armeecorps, welches zum Einmarsche in Schlesien zusammengezogen werden sollte. Aber wer sollte dann dem Prinzen Karl zur Seite stehen? Unter diesen Umständen kam Kaunitz auf den Vorschlag zurück, welcher im Frühjahr von mehreren Reichsfürsten vergeblich gemacht war, daß der Prinz Karl das Commando der Reichsarmee statt des Prinzen von Hildburghausen übernähme, dieser das nach Schlesien bestimmte Armeecorps, während Daun allein an der Spitze der Hauptarmee in der Lausitz bliebe[1]. Der französische Hof, der für Soubise besorgt war, versicherte Kaunitz des vollkommenen Einverständnisses mit seinem Vorschlage, aber obgleich es die Kaiserin betrübte, daß man ihr so übel diene[2], vermochte Kaunitz es dennoch nicht durchzusetzen daß der Oberbefehl über die kaiserliche Hauptarmee dem Prinzen Karl abgenommen und in die Hände eines bewährten Feldherrn gelegt wurde.

Ein volles Einverständniß der verbündeten Höfe war bei dem besten Willen selbst in ihren eigentlichen Hausangelegenheiten nicht herzustellen. Maria Theresia wünschte einen ihrer beiden ältesten Söhne Joseph oder Karl mit Ludwigs XV Enkelin Isabella von Parma zu vermählen und erhielt, als sie die Sache vorläufig am französischen Hofe besprechen ließ, zur Antwort, man bedauere daß sie schon einem sicilischen Prinzen bestimmt sei. Doch diese Angelegenheit drängte nicht und blieb fernerer Besprechung vorbehalten, bei welcher schließlich der Wunsch des österreichischen Hofes durchdrang.

---

[1] 1757 Sept. 7. Wien. Stainville an Bernis. Oeuvres de Frédéric IV 140 wird irrthümlich erzählt, Kaunitz sei gerade in diesen Tagen beim Heere gewesen.

[2] Oct. 21. Stainville an Bernis.

Bedeutsamer war ein Widerstreit der Absichten mit dem Herzogthum Parma und der Ausstattung des jüngeren damals erst dreizehnjährigen Erzherzogs Karl, dem ebenfalls die Hand einer Infantin zugedacht war. Der geheime Vertrag von Versailles bestimmte im XXI Artikel, daß zu derselben Zeit, wo die österreichischen Niederlande an den Infanten Don Philipp übergeben würden, die Kaiserin Königin für sich und ihre Erben in den Besitz von Parma und Piacenza treten solle. Hinterher erwog man am französischen Hofe, daß das habsburgische Haus, wenn seine Gebiete von den deutschen Erblanden bis zum tyrrhenischen Meere reichten, über ganz Italien gebieten werde, und suchte das leichtsinnig gegebene Versprechen durch früher nicht vorgesehene Bedingungen einzuschränken. Man erklärte nämlich, daß die auch im Aachener Frieden bestätigte Bestimmung des achten Artikels der Quadrupelallianz von 1718 in Anwendung kommen müsse, der gemäß der Kaiser niemals in irgend einem Falle sich die Staaten von Toscana und Parma aneignen dürfe: also müßten diese beiden Herzogthümer dem zweiten Erzherzoge zufallen, sobald der älteste zum Kaiserthrone gelange[1]. Diese Schlußfolgerung bestritt der Wiener Hof; er wollte die Berufung auf die Quadrupelallianz, deren Bestimmungen durch die Friedensschlüsse von Wien und Aachen beseitigt seien, nicht gelten lassen, und schlug vor den Erzherzog mit Preußisch Geldern und der Grafschaft Mark auszustatten[2]. Das war wiederum aus mehr als einem Grunde dem Hofe von Versailles nicht genehm. Im VII Artikel des geheimen Vertrages war in allgemeinen Ausdrücken von einem dem Kurfürsten von der Pfalz und der Republik der Niederlande zu gewährenden Gewinnantheile die Rede: dieser sollte nach der Meinung Frankreichs in den Clevischen Landen (also mit Einschluß der Grafschaft Mark) für den Kurfürsten und in Preußisch Geldern für Holland bestehen, welches man damit an die Allianz fesseln und von England völlig trennen werde: oder, wenn man das Herzogthum

[1] 1757 Oct. 31. Versailles. Bernis an Stainville.

[2] Nov. 17. Wien. Stainville an Bernis.

Magdeburg nicht erobere, so könne man das sächsische Kurhaus mit Cleve und den zugehörigen Landen entschädigen. Überdies ward bemerkt daß, wenn rheinische Lande an einen österreichischen Erzherzog überwiesen würden, dieser damit in die Nachbarschaft eines Prinzen des französischen Königshauses käme. Das sei in Widerspruch mit dem Geiste des Allianzvertrags, welcher dahin gehe die Staaten der Fürsten beider Häuser so von einander zu trennen, daß man für die Zukunft jeden Grund zu neuen Zwistigkeiten unter ihnen beseitige. Damit kam der französische Hof auf den Vorschlag zurück dem Erzherzog Karl wenn nicht beide Herzogthümer so doch eins derselben, entweder Toscana oder Parma, zu überweisen[1].

So viel Schwierigkeiten und Bedenken ergaben sich unter den verbündeten Höfen mitten in dem Laufe glänzender Erfolge in den Monaten, da noch kein Gegner ihre Entwürfe durchkreuzte, sondern Hannover Hessen Braunschweig nichts anderes wünschten als zu Gnaden angenommen zu werden und Preußen, auf sich allein angewiesen, einen Schlag nach dem andern erfuhr. Bis in den November, ehe die ersten Rückschläge eintraten, ergiengen sich die Verbündeten in stolzen Entwürfen. Maria Theresia wollte noch in diesem Jahre die Eroberung von Schlesien vollenden. Stainville trieb gemäß den Wünschen seines Hofes dazu, daß zum Winter der König von Polen wieder nach Dresden zurückgeführt werde: dann werde man des ganzen Elbstroms Meister sein und das Belagerungszeug zu Wasser nach Magdeburg hinabsenden können[2]. Die Belagerung dieser Festung sollte das erste Unternehmen des nächsten Feldzugs sein und Österreich dazu das schwere Geschütz oder baare Zahlungen hergeben: Kaunitz erklärte sich im Namen der Kaiserin bereit statt anderer Lieferungen zwei Millionen Gulden für diesen Zweck beizusteuern[3].

Aber in die Siegesträume fielen bereits die Schatten be-

[1] 1757 Nov. 30. Versailles. Bernis an Stainville.
[2] Oct. 7. Stainville an Bernis.
[3] Oct. 1. 28. Stainville an Bernis.

vorstehender Wechselfälle. Man verbarg sich nicht daß für Soubise und die Reichsarmee König Friedrich ein gefährlicher Gegner sei[1], und was die Convention von Kloster Zeven betraf, so ließ sich das Bedenken nicht unterdrücken, ob die Auslegung, welche man ihr französischerseits gab, von den Verbündeten Englands ohne weiteres gutgeheißen werde[2]. Schon bemerkte Kaunitz, daß die Convention einen gefährlichen Schweif nach sich ziehe, und drang auf eine Entschließung des Königs von Frankreich entweder zu gestatten, daß die von der hannöverschen Armee abziehenden Truppen auf dänisches Gebiet unter dänischer Garantie überträten, oder sie in seinen Sold zu nehmen[3]. Jene Alternative, zu der Dänemark sich erboten hatte, ward vom französischen Hofe auf Starhembergs Betrieb verworfen: dagegen ergieng um die Mitte Octobers an Richelieu der königliche Befehl unverzüglich den Abmarsch der hessischen und braunschweigischen Truppen anzuordnen. Nach der Vollziehung der Convention sollten die Verhandlungen über die Übernahme jener Truppen in französischen Sold zum Abschluß gebracht werden[4].

Aber dazu war es nicht mehr an der Zeit. Als diese Befehle abgiengen, handelte es sich bereits darum die von keiner Seite ratificierte Convention zu kündigen und die niedersächsische Armee nicht bloß zusammenzuhalten, sondern sie von neuem ins Feld zu führen.

Drittes Capitel.

König Friedrichs höchste Bedrängniß im Herbste 1757. Geheime Unterhandlungen mit Frankreich.

Seit dem Mai war das königliche Gemüth Friedrichs des großen von einem harten Schlage nach dem andern getroffen.

---

[1] 1757 Sept. 20. Fontainebleau. Bernis an Stainville.

[2] Sept. 28. Wien. Stainville an Bernis.

[3] Oct. 21. Wien. Stainville an Bernis. Vgl. Lynar a. a. O. II 34 ff.

[4] Oct. 16. 19. Nov. 1. 8. Versailles. Bernis an Stainville.

Der Sieg bei Prag ward blutig erkauft; mit der Meldung des Sieges klagt Friedrich seinen Schwestern in Berlin: „wir haben den braven Marschall Schwerin verloren; ich habe Freunde verloren, die ich mein Leben lang bedauern werde[1]". Wenige Wochen später wandte sich das Glück bei Kolin und in die Sorgen um die von allen Seiten sich aufthürmenden Gefahren fiel die Botschaft, daß seine Mutter am 28 Juni gestorben sei. Sie erschütterte ihn tief. Mit inniger Wehmuth verweilte Friedrich bei den Erinnerungen an die Leiden, welche Sophia Dorothea unter einem harten Gemahl ausgestanden, und an die Wohlthaten die er selbst und seine Geschwister ihrer mütterlichen Liebe verdankten. All die Bilder seiner Jugendjahre traten ihm lebhaft vor die Seele; sein Leichtsinn und sein ungeziemender Trotz gegen die übertriebene Strenge des Vaters, die Mishandlungen welche er erfuhr, sein Fluchtversuch und seine Gefangenschaft, endlich die glücklichen Jahre, welche er in Rheinsberg verlebte. Er gedachte der Vergangenheit ohne Bitterkeit und ohne Groll, mit innigster Zuneigung zu seiner ältesten Schwester der Markgräfin von Baireuth, mit der er aufgewachsen war. Die unter den Geschwistern herrschende Eintracht erkannte er als eine Frucht ihrer Erziehung, welche obgleich in manchen Stücken unvollkommen und mangelhaft doch das gute gehabt habe, daß alle Kinder nicht wie Prinzen sondern wie Bürgerkinder aufwuchsen[2].

Es folgte der von schweren Verlusten begleitete Rückzug der preußischen Armee aus Böhmen, Friedrichs Entrüstung über seinen Bruder den Prinzen von Preußen und das vergebliche Bemühen den Österreichern in der Lausitz eine neue Schlacht zu liefern um sie nach Böhmen zurückzuwerfen. Im Nordwesten hatte Cumberland den Franzosen das Feld geräumt; von Südwesten zogen ebenfalls Franzosen und Reichstruppen heran. Friedrich durfte nicht länger zögern zunächst diesem Heere, welches seine Flanke bedrohte, die Spitze zu bieten und brach deshalb

---

[1] Oeuvres de Frédéric XXVII 1, 393.

[2] Mitchell Papers I 357—359. Friedrichs Briefe an seine Schwestern vom 1 u. 5 Juli. Oeuvres XXVII 1, 294 f. 397. Vgl. IV 182.

nach Thüringen auf. Ehe er der Feinde ansichtig wurde erreichte ihn eine Unglückspost nach der andern: in Dresden die Meldung daß Hannover seinen Frieden mit der Kaiserin machen wolle, in Rötha an der Pleiße daß Lehwaldt von den Russen geschlagen sei; bei Erfurt endlich erfuhr Friedrich den Abschluß der Convention von Kloster Zeven, den Marsch der Franzosen nach dem Halberstädtischen und Winterfelds Tod in dem Gefechte bei Moys. Die erschütternde Trauerkunde von dem Verluste eines Freundes steigerte zugleich die Sorge um Schlesien und die zur Vertheidigung dieses Landes bestimmte Armee.

Als König Friedrich mit dem kleineren Theile seines Heeres, etwa 20000 Mann, gen Thüringen zog, übertrug er den Oberbefehl über das größere Corps von 40000 Mann, welches die Lausitz und Schlesien vertheidigen sollte, dem Herzoge von Bevern, der unter den fürstlichen Personen seiner Armee — denn nur einer solchen wollte er das selbständige Commando gegen den Prinzen Karl von Lothringen übertragen — der geeignetste zu sein schien. August Wilhelm Herzog von Braunschweig-Bevern, von früher Jugend an Soldat, hatte sich in den schlesischen Kriegen ausgezeichnet und war durch das Vertrauen des Königs zum Commandanten von Stettin und zum Generallieutenant befördert worden. In der Schlacht bei Lobositz hatte er mit höchster Auszeichnung den linken Flügel commandiert und im vergangenen Frühjahr an der Spitze eines der in Böhmen einrückenden Armeecorps rühmliche Gefechte bestanden. Nach der Schlacht bei Prag, in welcher seine Umsicht und sein Muth sich von neuem bewährte, befehligte er das gegen Daun aufgestellte Observationscorps und manövrierte geschickt gegen den mehr und mehr sich verstärkenden Feind. Deshalb hielt König Friedrich ihn für ganz geeignet auch jetzt gegen die überlegene kaiserliche Armee sich in der Defensive zu behaupten. Der Herzog trug Bedenken diesen ehrenvollen Auftrag zu übernehmen. Er fühlte sich der schwierigen Aufgabe nicht gewachsen und bat den König einen General, der mehr Erfahrung und genauere Kenntniß des Landes besitze als er, mit dem Oberbefehl zu beauftragen. Aber Friedrich erwiederte, er kenne den Herzog besser als dieser sich

selbst und sei mit seinem bisherigen Verhalten durchaus zufrieden; auch stünden ihm wackere Generale zur Seite, vor allen Winterfeld und Zieten, von denen jener mit dem Terrain ganz genau bekannt sei.

So fügte sich denn der Herzog dem königlichen Willen. Er ward angewiesen der doppelt so starken österreichischen Armee gegenüber gute Positionen zu wählen, diese möglichst zu behaupten, so lange die Heerverpflegung es irgend gestatte; jedes allgemeine Treffen zu vermeiden, außer wenn der Vortheil augenscheinlich auf seiner Seite sei; denn alles komme darauf an die Armee bis Ende September zu erhalten; zu dieser Zeit hoffte König Friedrich Soubise zurückgetrieben zu haben und sich wieder nach Schlesien wenden zu können. Deshalb solle die Armee, sobald das Futter zu fehlen anfange, auf Görlitz zurückgehn und auf dem linken Neißeufer unter dem Schutze der Landskrone ein festes Lager beziehn. General von Winterfeld solle jedoch mit seinem Corps auf dem rechten Neißeufer bleiben um von dieser Seite die Magazine in Görlitz zu decken. Dort solle der Herzog sich so lange als möglich halten und auch über die in Bautzen stehenden Truppen verfügen. Endlich bezeichnete Friedrich es als eine Hauptsache, daß der Herzog sich von Schlesien nicht abdrängen lasse und, wenn der Rückzug dahin nöthig werde, dafür sorge daß der Feind nicht ungehindert ein starkes Corps durch die Lausitz nach der Mark Brandenburg schicken könne.

Am 25 August zog der König ab. Die Österreicher, in ausgedehnte Cantonnements vertheilt, unternahmen nichts gegen die Preußen. Der Zwiespalt zwischen Karl von Lothringen und dem ihm beigeordneten Feldmarschall Daun lähmte jeden Entschluß. Als der französische Militärbevollmächtigte Graf Montazet den Prinzen zu größerer Thätigkeit aufforderte, erhielt er von ihm die Antwort: „Was wollen Sie das ich thun soll? Sie sehen ja daß der Feldmarschall nichts thun will, und ich will nichts auf meine Verantwortlichkeit nehmen[1].“ Dennoch brach der Herzog von Bevern, dem seine Stellung zu exponiert erschien, der

[1] Stuhr I 266 aus Montazet's Bericht vom 23 August 1757.

leichteren Verpflegung halber schon am 31 August nach Görlitz auf. Das war der Anfang der rückgängigen Bewegungen, das erste Zeichen daß die Heeresleitung nicht in fester Hand ruhte. Was dem Herzoge abgieng, muthiges Selbstvertrauen, konnte ihm ein beigeordneter General selbst dann kaum geben, wenn er sein Freund gewesen wäre. Das aber war Winterfeld nicht. Schon früher hatte die hohe Gunst, in der dieser beim Könige stand, bei Zieten und anderen Generalen Eifersucht erweckt. Die letzten Vorgänge mit dem Prinzen von Preußen hatten vollends Bevern und die meisten höheren Offiziere in des Prinzen Umgebung aufs äußerste gegen Winterfeld aufgebracht, denn sie sowohl als der Prinz selbst schrieben die königliche Ungnade nicht ihrem Verhalten sondern Winterfelds Berichten zu. Daher blickte man mit Argwohn auf ihn als einen bösen und gefährlichen Mann und suchte seinen kühneren Vorschlägen zuwider aus den königlichen Instructionen vornehmlich die Mahnungen der Vorsicht heraus.

Ein Hauptpunct war die Verpflegung, welche Friedrich mit der äußersten Thätigkeit geregelt hatte. So wie er die Armee in der Lausitz verließ, begann die Ordnung nachzulassen, und die Sorge um den Unterhalt verstärkte die Neigung des neuen Befehlshabers sich keiner Verantwortlichkeit auszusetzen.

Das Lager, welches der Herzog von Bevern bezog, befand sich auf dem linken Neißeufer unmittelbar südlich von Görlitz. Die Landskrone lag vor dem rechten Flügel: sumpfige Wiesen und scharf abfallende Ränder erschwerten die Zugänge zur Front und zum linken Flügel, und durch Verhaue und Redouten wurde die natürliche Festigkeit der Stellung erhöht. Winterfeld blieb gemäß der königlichen Disposition mit etwa 10000 Mann auf dem rechten Neißeufer. Seine Stellung lehnte sich an die Vorstadt von Görlitz und zog sich südlich nach Unter-Moys. Der Jäkelsberg südöstlich von diesem Dorfe vor dem rechten Flügel war mit Grenadieren und Geschützen besetzt. Der Herzog bemerkte daß diese Stellung nicht gesichert sei: Winterfeld glaubte jedoch, wenn der Feind angreifen wolle, ihm bei Zeiten entgegengehen zu können.

Der Rückmarsch der Preußen brachte auch die Österreicher in Bewegung. Prinz Karl verließ am 2 September sein Hauptquartier Zittau und besetzte die von jenen aufgegebene Stellung: bald darauf trieben die dringenden Befehle der Kaiserin, den Abmarsch des Königs von Preußen nicht unbenutzt zu lassen, das kaiserliche Heer zu weiterem Vorgehen. Der von dem Hofkriegsrathe vorgeschriebene Kriegsplan enthielt die Bestimmung vor allem Schlesien zu erobern. Um dahin sich den Weg zu eröffnen galt es zunächst die so viel schwächere preußische Armee aus der Lausitz zu verdrängen. Am 5 September nahm General Andreas Haddick die Stadt Bautzen ein, welche Tags zuvor bis auf ein Freibataillon von den preußischen Truppen geräumt war. Damit wurde die directe Verbindung zwischen Bevern und dem Könige unterbrochen.

Ein noch weit bedeutenderes Unternehmen führte der jüngst zum Feldzeugmeister ernannte kühne Nadasty aus, wie versichert wird auf den Vorschlag und unter Mitwirkung des französischen Generals Montazet[1]. Nadasty zog auf dem rechten Neißeufer mit 25000 Mann heran, den Preußen unbemerkt, bis am Vormittage des 7 September seine Bataillone den Sturm auf den Jäkelsberg eröffneten. Winterfeld war zu einer Berathung bei dem Herzog von Bevern als man die ersten Kanonenschüsse vernahm, und eilte mit den Worten: „aha das sind meine Gäste, „ich will sie bewirthen" zu seinem Corps.

Schon hatten die Österreicher die Höhe erstürmt: Winterfeld führte die nächsten Bataillone ins Gefecht und trieb den Feind wieder hinab; wenn jetzt frische Truppen herzukamen war noch nichts verloren. Diese aber trafen nicht so rasch ein als nöthig war, wie man behauptete durch absichtliche Säumniß des Prinzen Friedrich Karl von Bevern. Ja es wurde sogar das Dorf Moys ohne alle Noth geräumt und von den Österreichern besetzt, welche alsbald den am Jäkelsberge tapfer kämpfenden Truppen in den Rücken kamen. Da ward Winterfeld durch die Brust geschossen. Die Preußen gaben die Höhe auf und zogen sich zurück, ohne

---

[1] Stuhr I 267.

daß die Österreicher, mit den errungenen Vortheilen zufrieden, sie verfolgten: am andern Morgen zogen sie auch vom Jäkelsberge wieder ab. Winterfelds linker Flügel, auf welchem Zieten die Reservecavallerie hatte vorrücken lassen, war nicht angegriffen worden. Zwei Tage später gab Bevern in zunehmender Sorge um die Verpflegung das Lager bei Görlitz auf und zog über den Bober nach Bunzlau. Die Straße nach Berlin war damit den Österreichern offen gelegt.

Die Österreicher gaben ihren Verlust in dem Gefechte bei Moys auf 1500 Mann und 79 Offiziere an. Der preußische betrug gegen 2000 Mann; aber schwerer als alles andere wog der Tod von Winterfeld. Ein Krieger von den glücklichsten Anlagen, gebildet in der harten Schule des Dienstes unter Friedrich Wilhelm I und Leopold von Dessau, hatte er in den ersten schlesischen Kriegen Scharfblick Einsicht und Entschlossenheit wie kein anderer bewährt und sich durch seine Leutseligkeit und seine hervorragenden militärischen Eigenschaften in seltenem Grade das Zutrauen seiner Untergebenen und die Freundschaft des Königs erworben. Er war nicht wie man ihm nachgesagt hat der Anstifter des siebenjährigen Krieges. So wenig wie er an den litterarischen Bestrebungen Friedrichs Theil hatte, denn die französische Schöngeisterei war ihm fremd und der König wechselte mit ihm nur deutsche Briefe, eben so wenig ward über Fragen der Politik sein Rath begehrt oder gehört. Winterfeld war ganz Soldat, er lebte und webte für die Ehre und den Ruhm des preußischen Heeres. In allen Entwürfen und Unternehmungen, welche bis zur Schlacht bei Kolin den Erfolg zu verbürgen schienen, war er Friedrichs rechte Hand; mancher Brief des Königs schließt mit den Worten: „schreibe er mihr hierüber frei „seine Gedanken." Auch die Unfälle des Rückzugs aus Böhmen, deren Zeuge er war ohne sie verhüten zu können, erschütterten Winterfelds Zuversicht nicht; seine Meinung war, der König solle um alles andere unbekümmert die Franzosen schlagen und nach Frankreich einmarschieren um in Versailles den Frieden zu dictieren.

Als vierzehn Tage vor seinem Tode König Friedrich von

Winterfeld Abschied nahm sagte er: „bald hätte ich vergessen ihm „seine Instructionen zu geben; nur diese habe ich für ihn: erhalte „er sich mir." Am 14 September schrieb Friedrich eigenhändig unter eine für Winterfeld bestimmte Ordre, daß eine verflogene Zeitung von seinem Tode ihn in große Sorgen setze; „wende der „Himmel alles zum besten". Am 17 September bei Empfang von Beverns Bericht rief er unter Thränen: „ich werde Mittel wider „die Menge meiner Feinde finden, aber wenige Winterfelde „wieder bekommen," und nach vielen Jahren gedachte er seiner gegen Rüchel mit den Worten: „er war ein guter Mensch, ein „Seelenmensch, er war mein Freund."

Noch denselben Tag schüttete Friedrich in einem langen Briefe sein Herz vor seiner Schwester von Baireuth aus und erklärte nach der Schilderung all des Misgeschicks das ihn seit drei Monaten betroffen und in düsteren Todesgedanken: „ich bin fest „entschlossen noch ferner gegen das Unglück anzuringen; aber „zugleich bin ich entschlossen nicht meine Schande und die Schmach „meines Hauses zu unterzeichnen[1]." Wohl bedurfte es königlicher Selbstbeherrschung mitten in solcher Trübsal an Thatkraft nicht zu ermatten, nie verstimmt und entmuthigt zu erscheinen, sondern durch seine Standhaftigkeit und Zuversicht sein Heer und seine Generale bei frischem Muthe zu erhalten[2]. Unter diesen war Seydlitz jederzeit voll frisches Sinnes und zu kühnen Reiterstücken aufgelegt: dagegen Prinz Heinrich und die zu ihm sich hielten, obgleich tapfer vor dem Feinde, verurteilten alles was der König that und sahen ein Ende mit Schrecken voraus. Trost und Erquickung fand Friedrich der große in dieser schweren Zeit mehr als je in poetischen Ergüssen, in denen er seine tiefsten Empfindungen niederlegte.

Zu allem andern Kummer dieser schweren Zeit kam die Untreue von solchen auf deren Dank und Ergebenheit Friedrich gezählt hatte. Es stellte sich heraus daß sein Vorleser Abbé de Prades eine verrätherische Correspondenz mit Frankreich unter-

---

[1] Oeuvres de Frédéric XXVII 1, 305.

[2] 1757 Sept. 17. Mitchell an Holdernesse. Mitchell P. I 273.

hielt. De Prades war, nachdem die Sorbonne seiner deistischen und materialistischen Grundsätze halber gegen ihn ein verdammendes Urteil gefällt hatte, auf d'Alemberts Vorschlag im Jahre 1752 von Friedrich II in Dienst genommen. Zwei Jahre später erlangte er nach gethanem Widerrufe auf Verwendung des Königs und unter Vermittelung des Fürstbischofs von Breslau die päbstliche Gnade und die Aufnahme in das Doctorencollegium der Sorbonne. Seitdem ließ de Prades sich nicht allein die Unterstützung katholischer Interessen bei Friedrich II angelegen sein, sondern glaubte seinen Eifer für dieselben noch auf andere Weise bethätigen zu sollen. Beim Ausbruch des Kriegs versah er die französische Gesandtschaft zu Berlin mit Nachrichten über die preußischen Rüstungen und ward im nächsten Winter zu Dresden beredet eine verrätherische Correspondenz mit Frankreich zu unterhalten. Diese blieb längere Zeit geheim: im September jedoch ward König Friedrich vom Haag aus gewarnt und ließ, da der Verdacht sich bestätigte, de Prades verhaften und nach Magdeburg bringen. Nach einigen Monaten befreite er den Abbé von der Haft und verwies ihn auf das schon früher ihm übertragene Canonicat nach Glogau[1]. Gefährlicher noch als dieser Spionsdienst war die geheime Verbindung, welche der Fürstbischof von Breslau mit dem kaiserlichen Hofe anknüpfte. Davon erhielt König Friedrich im September eine Kunde, welche ihn bewog am 22 September einen Verhaftsbefehl gegen den bischöflichen Hofkanzler Romberg zu erlassen: dem Commandanten von Breslau verbot er jeden ferneren Umgang mit dem Fürstbischof[2].

Neben den Plänen sich durch eine Schlacht wenigstens auf

---

[1] Henckel-Donnersmarck I² 301 f. (vom 17 September). Vgl. Friedrichs II Briefe an d'Argens vom 15 Nov. 19 Dec. 1757 u. 14 (Jan.) 1758. Oeuvres de Frédéric XVIII 45. 47. 49. Preuß Lebensgesch. II 115. Über de Prades Verdammung durch die Sorbonne und seine Aussöhnung mit der Kirche s. Aug. Theiner Zustände d. kathol. Kirche in Schlesien von 1740—1758. Regensb. 1852 II 134 ff.

[2] K. A. Menzel n. Gesch. d. Deutschen XI 317. 319. Friedrichs Befehl v. 6 Oct. an den Generallieut. v. Katt s. (v. Olleh) Friedrich d. Gr. v. Kolin b. Leuthen S. 42.

einer Seite Luft zu machen beschäftigten damals den König Friedrich Versuche eine Friedensverhandlung einzuleiten. Dazu war weder in Petersburg noch in Wien die geringste Aussicht: die einzige Möglichkeit Friedensanträgen Eingang zu verschaffen schien in Frankreich vorzuliegen. Wir wissen daß Friedrich nach dem Abschlusse des Vertrages von Westminster alles aufbot den französischen Hof zu beschwichtigen und daß er immer wieder Hoffnung faßte, Frankreich müsse von seiner verkehrten Politik zurückkommen, zu Österreichs Vortheil und zu seinem eigenen Schaden in Deutschland Krieg zu führen. Seit die diplomatischen Beziehungen abgebrochen waren fiel die Gelegenheit zu unmittelbarer Einwirkung hinweg. Friedrich wartete ruhig ab, welchen Eindruck seine militärischen Erfolge machen würden. Am Hofe von Versailles war dieser kein anderer als daß die Freundschaft für die Kaiserin größere Anstrengungen erfordere; von einer Änderung des von der Pompadour und Bernis eingeleiteten Systems war bei Ludwig XV keine Rede. Dagegen erfuhr Friedrich von der tiefen Verstimmung aller Kreise, die nicht unmittelbar zum Hofgesinde gehörten und versuchte im Vertrauen darauf nach der Schlacht bei Kolin von neuem mit Frankreich anzuknüpfen.

Am 28 Juni schrieb er seiner Schwester von Baireuth, sie möge die Franzosen bestimmen sich über Friedensbedingungen vertraulich auszusprechen und sich dafür verbürgen daß er ein solches Vertrauen nicht misbrauchen werde[1]. Die Markgräfin wandte sich deshalb an den auch an ihrem Hofe beglaubigten Chevalier Folard und dieser meldete die Proposition seinem Ministerium; aber Bernis ließ sich auf nichts ein, sondern theilte Folards Bericht sogleich Starhemberg mit. Kaunitz blieb nichtsdestoweniger in Sorge vor geheimen Unterhandlungen zwischen Preußen und Frankreich; namentlich beunruhigten ihn Folards Gesinnungen und sein Verkehr mit der Markgräfin von Baireuth in solchem Grade, daß Stainville am Ende rieth Folard

[1] Oeuvres de Frédéric XXVII 1, 293.

auf einige Zeit aus Deutschland zu entfernen, ein Vorschlag auf den jedoch der französische Hof nicht eingieng[1].

Außer der Einleitung von Verhandlungen mit den französischen Ministern versuchte König Friedrich auch seine schlimmste Feindin in Frankreich, die Marquise de Pompadour, zu bestechen und zu seiner Partei herüberzuziehen. Auf den Vorschlag der Markgräfin versah er den Oberkammerherrn des Baireuther Hofs Alexander de Riqueti Grafen von Mirabeau mit geheimen Aufträgen und ermächtigte denselben der Favorite für die Vermittelung eines Friedens bis zu 500000 Thalern anzubieten, ja bei günstigen Bedingungen noch mehr[2]. Wie weit Mirabeau gieng wissen wir nicht. Es findet sich keine weitere Nachricht über seine Reise vor. Nur so viel steht fest daß er nichts ausgerichtet hat.

Inzwischen wurden noch andere Wege eingeschlagen. Oberst Fischer, von Geburt ein Würtemberger, in französischen Diensten als einer der schlauesten und kühnsten Parteigänger berufen, zog am 20 Juni mit seinem Freicorps von Köln rheinaufwärts nach Frankfurt und war am 3 Juli in Neuwied, wo er von dem regierenden Grafen Alexander wohl aufgenommen wurde. Dieser, ein sehr unterrichteter und thätiger Herr, hatte auf Fleury's Betrieb in dem lothringischen Kriege den Unterhändler gemacht und in den Jahren 1735—1738 die Präliminarien und den Frieden zu Wien vermittelt[3]. Voll Antheil für die Sache Friedrichs des großen, in dessen Armee er selbst den Rang eines Obersten bekleidete und sein Bruder Friedrich Karl Ludwig als General mit Auszeichnung diente, besprach Graf Alexander mit Fischer das neue System der französischen Politik und vernahm, daß der französische Hof sich gegen seine eigentliche Absicht gleichsam bei den Haaren in den Krieg für die Vergrößerung Öster-

[1] 1757 Sept. 13. Fontainebleau. Bernis an Stainville. Beil. II 79. Dec. 4. Stainville an Bernis. Stuhr Forsch. I 324.

[2] Juli 7. Leitmeritz. Friedrich II an die Markgräfin. Oeuvres XXVII 1, 295 f. Vgl. Geo. Horn Voltaire u. die Markgräfin v. Baireuth. 1865 S. 159.

[3] Vgl. v. Stramberg Rhein. Antiqu. III 3, 430 f.

reichs habe hineinziehen lassen. Im Heere gebe es vielleicht nicht zehn Franzosen, welche nicht an dem geringsten Schlage theilnähmen der den König von Preußen treffe. Der Marschall von Belleisle hege für diesen eine unbegrenzte Anhänglichkeit. Wenn der König von Preußen Vorschläge thun lasse, werde Belleisle dieselben ohne Zweifel mit seinem ganzen Ansehen bei Hofe unterstützen; im gräflichen Hause zu Neuwied könne die ganze Sache mit einem Bevollmächtigten, den der französische Hof binnen drei Wochen senden werde, verhandelt und Präliminarien unterzeichnet werden. Der Graf von Wied ließ sich die von Fischer mündlich gegebenen Erklärungen schriftlich wiederholen und sandte diesen Brief und seinen eigenen Bericht am 4 Juli an den König von Preußen ab[1].

Nach Empfang dieses Schreibens versicherte König Friedrich II in einem Briefe an den Grafen vom 18 Juli seine Bereitwilligkeit Unterhandlungen anzuknüpfen. Er fügte hinzu, da ihm seine Ehre über alles gehe, werde er sich nie zu schimpflichen Bedingungen verstehn; alle seine deutschen Verbündeten müßten inbegriffen sein und zweitens müsse man sich näher erklären. Wenn die Franzosen sich über diese beiden wichtigen Puncte deutlich aussprächen, könne er jemand senden um das übrige abzumachen[2]. Der Graf von Neuwied versprach hierauf den Befehlen des Königs mit derselben Hingebung nachkommen zu wollen, mit der sein Bruder für ihn kämpfe, und meldete, er habe den seinem Hause sehr ergebenen anspachschen Kammerherrn Barbut de Maussac insgeheim nach Versailles gesandt, wo sich übrigens seit dem 18 Juni die Verhältnisse zu Ungunsten Preußens geändert hätten[3]. Dennoch beschloß nunmehr Friedrich II einen zuverlässigen Mann nach Neuwied und eventuell nach Frankreich abzuordnen und bestimmte zu dieser Mission den Obersten Johann Friedrich von Balby, einen seiner tüchtigsten Ingenieure, der die flandrischen Feldzüge in der französischen Armee unter dem Mar-

[1] 1757 Juli 3. Andernach. Oberst Fischer an den Grafen von Neuwied. Juli 4. Neuwied. Der Graf von Neuwied an König Friedrich. Beil. II 63.

[2] Juli 18. Friedrich II an den Grafen von Neuwied. Beil. II 65.

[3] 1758 Aug. 4. Neuwied. Graf von Neuwied an den König.

schall von Sachsen mitgemacht hatte. Friedrichs Weisungen gemäß fertigte der Cabinetsrath Eichel am 14 August für Balby Instructionen zum Abschluß von Präliminarien an, welche vier unabänderliche Bedingungen vorschrieben: 1) keine Abtretung preußischer Provinzen, also überhaupt nichts abzutreten; 2) einen Waffenstillstand um Zeit zu haben sich mit seinen Alliirten zu verständigen; 3) Einschluß der deutschen Verbündeten; 4) Erklärung die frühere Allianz mit Frankreich erneuern zu wollen[1].

Balby kam am 23 August unter dem Namen van der Heyn in Neuwied an. Wenige Stunden zuvor waren wichtige Depeschen an König Friedrich abgegangen[2]. Barbut nämlich, jüngst aus Frankreich zurückgekehrt, hatte einen zehn Bogen langen Bericht über seine Unterredung mit Belleisle niedergeschrieben und auf Grund der eingezogenen Information verschiedene Vorschläge gemacht, wie zu einem vortheilhaften Frieden zu gelangen sei. Vor allem rieth er dem Könige von Preußen Neuenburg und Valangin an die Pompadour abzutreten, um mit ihrer Hilfe Frankreich von dem Bündnisse der Feinde Preußens zu trennen. Diesem nicht chiffrierten Berichte fügte der Graf von Wied ein Schreiben an den König bei[3]. Unterwegs in Frankfurt am Main empfieng der preußische Courier noch weitere geheime Papiere

---

[1] Pr. St. A. Cabinetspapiere. Rep. XI 89. 1. Point de cessions des provinces de S. M., ainsi rien céder. 2. un armistice pour avoir le tems de s'accorder avec ses alliés. 3. inclusion des alliés de l'Allemagne. 4. qu'on renouvellera l'alliance précédante avec la France. Balby unterschrieb diese Instruction mit folgenden Worten: ces points m'ont été remis à Dresden par Mons. le conseiller privé d'Eichel le 14 d'Aoust 1757 avec recommandation de ne pas m'écarter d'aucun point, et si difficultés pourroient y être faites, d'aller *ad referendum* sans rien décider.

[2] 1757 Aug. 24. Neuwied. Graf von Wied an König Friedrich.

[3] Aug. 23. Neuwied. Graf von Wied an den König. Beil. II 69. Das Verlangen der Pompadour nach Neuenburg wird durch ihre Feindschaft gegen den Prinzen Conti genährt worden sein, denn auch dieser suchte damals die von seinem Großvater Franz Ludwig auf Neuenburg erhobenen Ansprüche wieder hervor; s. Ludwigs XV Brief an Tercier vom 15 Sept. Stuhr I 279ⁿ. Boutaric corr. secr. de Louis XV I 87. 224.

und Briefe von dem königlichen Geschäftsträger Freytag und dem Secretär des Herzogs von Richelieu mit auf den Weg.

In äußerster Spannung harrte man zu Neuwied drei Wochen lang eben so vergeblich auf die Ankunft des von Fischer verheißenen französischen Unterhändlers als auf die Befehle des Königs von Preußen, als am 15 September zum höchsten Schrecken aller betheiligten aus dem preußischen Hauptquartier die Nachricht eintraf, daß der Courier in Oschatz von österreichischen Husaren angehalten und die Depeschen ihm abgenommen seien. Balby erstattete schleunigst dem Könige einen kurzen Bericht über den Inhalt des verlorenen Packets und suchte ein Versteck im Westerwalde: er wartete alsdann zu Dillenburg die ferneren Befehle des Königs ab. Der Graf von Wied fürchtete seine Grafschaft der Plünderung preisgegeben zu sehen und dachte daran nach Frankreich oder nach Holland zu flüchten. Um den üblen Eindruck der aufgefangenen Schriftstücke zu verwischen schrieb er an Kaunitz und schickte den Kammerherrn Barbut von neuem nach Frankreich, ausgerüstet mit Beglaubigungsschreiben an den Minister Grafen Bernis und an den König von Frankreich so wie mit einem angelegentlichen Empfehlungsbriefe an den Marschall von Belleisle[1]. Erst mehrere Wochen nachher, am 6 October, empfieng Balby ein Immediatschreiben des Königs Friedrich vom 26 September, in welchem dieser, unter Hindeutung auf eine direct von ihm eingeleitete Unterhandlung, Balby ermächtigte der Pompadour die Zusage geben zu lassen, daß er, sobald der Friede zwischen Frankreich und ihm geschlossen sei, ihr auf Lebenszeit das Fürstenthum Neuenburg und Valangin mit allem Zubehör und Einkünften abtreten wolle mit Vorbehalt des Heimfalls an ihn nach ihrem Tode. Dafür erwarte er daß die Marquise allen ihren Einfluß dahin anwenden werde daß die Friedensbedingungen für ihn vortheilhaft oder doch nicht lästig seien und daß im äußersten Falle alles wieder in den Stand wie vor dem Kriege gesetzt werde[2].

---

[1] Die Concepte o. D. befinden sich im fürstlichen Archive zu Neuwied.

[2] 1757 Sept. 26. Kirschleben. Friedrich II an Balby. Beil. II 86. Mitchell war über Neuenburg falsch berichtet. M. P. I 378.

Für solche Anerbietungen war es zu spät. Kaunitz hatte den gegnerischen Zug längst abgeschlagen ehe er gethan war. Laudon sandte den wichtigen Fang, welchen seine Husaren gemacht, spornstreichs nach Wien. Schon in den ersten Tagen Septembers konnte Kaunitz dem Grafen Stainville eröffnen, er habe Nachrichten vom französischen Hofe, daß der König von Preußen neue und umfassendere Friedensvorschläge gemacht habe und daß diese an Madame de Pompadour gerichtet seien, welcher der König von Preußen für den Fall, daß sie bei dem Könige von Frankreich deren Genehmigung auswirke, das Fürstenthum Neuenburg anbiete. Stainville erwiederte, schon dieser Umstand allein beweise daß die Nachricht falsch sei. Vor seiner Abreise habe man das Gerücht in Umlauf gesetzt daß Madame de Pompadour Souveränin dieses Fürstenthums zu sein wünsche, aber er sei gewiß daß das Gerücht grundlos sei[1]. Nicht minder versicherte Bernis in seiner nächsten Depesche, die Meldung in Betreff Neuenburgs sei eine aus Dummheit oder Bosheit erfundene Chimäre. Seit den durch Folard übermittelten Anträgen habe der König von Preußen keine neuen Friedensvorschläge gemacht[2].

Kaunitz hatte sich das Terrain gesichert und Starhemberg mit den nöthigen Weisungen versehen, bevor Barbut wieder am französischen Hofe eintraf. Bernis empfieng den Abgesandten des Grafen von Wied am 22 September und nahm seine Beglaubigungsschreiben und die Entschuldigungen, welche er hinsichtlich der aufgefangenen Depesche vorbrachte, mit der größten Artigkeit entgegen: aber zwei Tage später, am Abend des 24 September, holten drei Gefreite Barbut aus dem Bette und führten ihn in die Bastille ab. Barbut berief sich auf das Völkerrecht, auf die Gesetze der Gastfreundschaft, auf Treu und Glauben, seine Klagen blieben ungehört. Er schrieb an Bernis, an den König von Frankreich, er verlangte wenigstens gehört zu werden, alles umsonst. Nach einer Haft von fast vier Monaten wandte er sich brieflich an Starhemberg und nahm die Vermittelung des kaiser-

[1] 1757 Sept. 3. Wien. Stainville an Bernis. Beil. II 73.
[2] Sept. 13. Fontainebleau. Bernis an Stainville. Beil. II 79.

lichen Gesandten für sich als den Abgesandten des Reichsgrafen von Wied, des Directors der westfälischen Grafenbank, in Anspruch; Starhemberg würdigte weder dies noch ein späteres Schreiben einer Antwort. Wieder vergiengen Monate mit vergeblichen Klagen. Barbut wurde fünfmal ins Verhör genommen und man gab ihm zu verstehen, daß der Hof von Versailles nicht sowohl aus eigenem Antriebe als aus Rücksicht auf die Empfindlichkeit des Wiener Hofs gegen ihn so hart verfahre. Als seine Lage sich immer noch nicht änderte wandte sich Barbut mit seinen Beschwerden an den Grafen von St. Florentin und erhielt in dessen Auftrage den Bescheid, man erwarte nur noch einige Aufklärungen vom Auslande — nämlich von Wien —, dann werde seine Haft ein Ende nehmen. Endlich am 28 September 1758 wurde ihm eröffnet, daß nach erneuter Prüfung der Gründe seiner Verhaftung die Grafen St. Florentin und Bernis geneigt seien ihn auf freien Fuß zu setzen. Nochmals vergiengen zehn Tage, bis am 7 October nach einer Gefangenschaft von länger als einem Jahre Barbut die Bastille verlassen und nach Neuwied zurückkehren durfte[1].

Inzwischen war Oberst Fischer, der eigentliche Urheber der geheimen Verhandlung, durch die mächtige Fürsprache, welche er bei den hohen französischen Militärs fand, von jeder Verfolgung frei geblieben. Zwar meinte Stainville, man solle ihn wie alle andern welche in dem Verdachte stünden sich mit dem Feinde eingelassen und preußisches Geld genommen zu haben für die Dauer des Krieges einsperren[2], aber man glaubte seine Dienste bei der Armee nicht entbehren zu können.

Wenden wir uns von diesem Acte französischer Cabinetsjustiz wiederum zu den Mitteln und Wegen, welche König Friedrich einschlug um den französischen Hof zum Frieden

---

[1] 1758 Oct. 24. Neuwied. Barbut's Bericht an den Grafen von Wied, nebst Auszügen aus dem Schreiben Barbut's an Bernis vom 13 Oct. 1757, an Starhemberg vom 7 u. 20 Januar 1758. Fürstl. Archiv zu Neuwied.

[2] 1757 Nov. 23. Wien. Stainville an Richelieu. Soulavie, mém. du mar. de Richelieu IX 252 f. Vgl. ebend. S. 198.

zu vermögen. Balby war kaum nach Neuwied abgereist, als Friedrich einen Brief der Markgräfin von Baireuth empfieng, welcher den Rath Voltaires meldete mit dem Marschall von Richelieu in Unterhandlung zu treten[1]. König Friedrich that auch diesen Schritt. Am 6 September, nach Empfang der Nachricht von dem Siege der Preußen bei Großjägersdorf, richtete er an Richelieu ein schmeichelhaftes Schreiben, in welchem er den französischen Marschall aufforderte den Frieden zu stiften und wenn er dafür keine Instructionen habe sie sich auszubitten. Mit Überbringung dieses Schreibens beauftragte er den Legationsrath Eickstedt, seinen früheren Geschäftsträger am landgräflichen Hofe zu Cassel.

Nicht früher als am 15 September empfieng Eickstedt den von Richelieu erbetenen Paß, welcher auf den Namen von Thüringshofen lautete; am 20 wurde er zu Braunschweig von Richelieu empfangen, der bereits durch Voltaire selbst von dem der Markgräfin gemachten Vorschlage Kenntniß hatte[2]. Nachdem der Marschall das königliche Schreiben gelesen, sagte er, er habe zu Friedensunterhandlungen keinen Befehl und keine Instruction; aber er glaube vernommen zu haben, daß der König von Preußen dem Könige von Frankreich geschrieben oder mit ihm habe reden lassen. Als Eickstedt versicherte nichts davon zu wissen, erklärte Richelieu, er werde durch einen Courier seinem Hofe Bericht erstatten. In der ferneren Unterredung entwickelte Richelieu die Schwierigkeit der Sache und rückte damit heraus, daß Frankreich außer Schlesien der Kaiserin Königin auch Parma und Piacenza versprochen habe, wogegen sie die Niederlande an Frankreich oder was dasselbe sei an den Infanten überlasse. Vor allem meinte er habe König Friedrich Vorschläge thun sollen statt solche zu erwarten. Frankreich werde große Opfer fordern, denn es gelte

---

[1] Oeuvres de Voltaire. Deux-Ponts 1792 LXXVII 273 f. (Auguste). Die Antwort der Markgräfin ist vom 19 August datiert; der dieser beigefügte Brief des Königs (vgl. Oeuvres de Frédéric XXIII 10[n]) ist nicht erhalten. Vgl. Geo. Horn a. a. O. S. 162 ff.

[2] Oeuvres de Voltaire LXXXV 260 ff. 272 f.

die Kaiserin zufrieden zu stellen und Sachsen zu entschädigen. Eickstedt entgegnete, es handle sich nicht darum jemand Bedingungen vorzuschreiben der in den letzten Zügen liege: wenn man durch den Frieden ebenso viel verlieren solle als durch den Krieg, so liege kein entscheidender Grund vor ihn einzugehn. Richelieu schloß damit sein bestes thun zu wollen um dem Vertrauen des preußischen Königs zu entsprechen. Spät abends händigte Richelieu dem preußischen Sendboten sein Antwortschreiben an den König ein, das in den höflichsten Ausdrücken gehalten war, und kam nochmals darauf zurück, der König von Frankreich, der den Frieden lebhaft wünsche, müsse schon unterrichtet sein, denn Bernis schreibe ihm: „ich wünsche Ihnen Glück daß Sie den „Frieden schließen werden[1].“

Eickstedt begab sich hierauf nach Clausthal um abzuwarten daß Richelieu ihn nach der Rückkehr seines Couriers wieder zu sich bescheide. Dort empfieng er von Friedrich II die Instruction, bei erster Gelegenheit Richelieu zu sagen, es sei wahr daß der König von Preußen jemand nach Frankreich geschickt habe, aber nur um sich über die Stimmung des Hofs in Betreff eines Friedensschlusses zu unterrichten. Was die Friedensbedingungen angehe, so erwarte er die Vorschläge, welche man ihm machen werde, um darauf antworten zu können. Wenn übrigens der Marschall von Abtretungen und dergleichen rede, so solle Eickstedt ihm bescheidentlich erwiedern, daß Vorschläge dieser Art nicht die geeigneten Mittel seien den Frieden anzubahnen; er möge sich dessen erinnern was Ludwig XV im Jahre 1672 be-

[1] 1757 Sept. 20. Braunschweig. Eickstedt's Berichte an den König. Beil. II 84. Der Brief des Königs d. d. Rötha ce 6e Sept. 1757 und Richelieus Antwort d. d. Bronswick ce 20e Sept. 1757 sind abgedruckt Corresp. partic. et histor. du Maréchal de Richelieu en 1756, 1757 et 1758. Londres 1789 S. 189 ff. (Soulavie) mém. du mar. de Richelieu IX 175 ff. In dem Schreiben des Königs hieß es nach dem Concepte: Je *sais,* M. le duc, — cependant *très* persuadé — fait *tout* pour signer d. tr. — — Je vous adresse Mr *d'Eickstedt.* In Richelieu's Antwort (welche in den Abdrücken nicht datiert ist): dont je suis convenu avec M. *d'Eichestet.* Gedruckt ist M. Delcheset und Delchezet.

gegnete, als er in Utrecht stand und die Friedensanträge der Holländer verwarf[1].

Erst am 13 October frühmorgens war Eickstedt wieder bei dem Marschall von Richelieu um die Antwort des französischen Hofs zu vernehmen. Diese war in denselben Tagen beschlossen, in denen Starhemberg die Verhaftung Balbut's auswirkte, und entsprach vollkommen den Wünschen des österreichischen Hofs. Sie lautete dahin: „der König von Frankreich, nachdem er als Garant des westfälischen Friedens und als verbündeter Schwedens und der Kaiserin Königin sich verpflichtet gesehen habe an dem gegenwärtigen Kriege theilzunehmen, befinde 1) daß er nicht allein auf das Friedenswerk eingehen könne, sondern nur im Verein mit Schweden und den Reichsfürsten; 2) im Verein mit dem Kaiser, der Kaiserin Königin, der Kaiserin von Rußland und dem Könige von Polen als Kurfürsten von Sachsen; daß 3) das Friedensgeschäft reifliche Überlegungen und Erörterungen erfordere, welche nicht die Sache eines Generals der Armee seien, sondern natürlicher Weise mit dem Minister von Frankreich und denen der Kaiserin Königin erfolgen müßten." Richelieu beobachtete diesmal eine gezwungene Zurückhaltung; auf die Mittheilung von der Sendung nach Paris erwiederte er, der König habe mit zu vielen Leuten von der Sache reden lassen, mit dem Marschall von Belleisle und andern[2]. Noch an demselben Tage reiste Eickstedt aus dem französischen Hauptquartier ab.

Also auch dieser Versuch die österreichisch-französische Allianz zu lösen war fehlgeschlagen. Übrigens spann sich ein geheimer Verkehr zwischen Friedrich II und Richelieu fort. Balby wartete zu Dillenburg mehrere Wochen auf einen Vertrauten von Richelieu; da dieser nicht kam, reiste er selbst in seiner Verkleidung zu dem Marschall[3], mit dem er von Flandern her persönlich bekannt war. Von ihm erfuhr Balby daß zu Friedensverhandlungen für jetzt

---

[1] 1757 Sept. 24. Kirschleben. Friedrich II an Eickstedt. Beil. II 85. Vgl. Voltaire siècle de Louis XIV (1752) Chap. X.

[2] Oct. 13. Halberstadt. Eickstedt an den König. Beil. II 92.

[3] Oct. 20. Dillenburg. Balby an den König.

keine Aussicht sei, aber er vermochte doch so viel, daß Richelieu die preußischen Gebiete mit größerer Schonung behandelte. Mehr als die Worte wirkten bei dem habsüchtigen Marschall die klingenden Argumente. Bei den Verhandlungen über die Contributionen des Fürstenthums Halberstadt, auf welche wir zurückkommen, flossen preußische Gelder — man sprach von 100000 Thalern — in Richelieus Tasche und trugen erheblich dazu bei seinen Kriegseifer zu mäßigen[1].

Gerade zu dieser Zeit, wo die Bemühungen den französischen Hof zu Gunsten Preußens umzustimmen vereitelt wurden, gab Ludwig XV persönlich der Kaiserin Maria Theresia einen ausgesuchten Beweis seiner Freundschaft für sie und seines Hasses gegen Friedrich den großen. Dem französischen Hofe war gemeldet daß die österreichische Armee die Belagerung von Schweidnitz unternehmen solle; da fiel Ludwig XV ein daß der König von Preußen ihm seiner Zeit einen Plan dieser neuerbauten Festung mit eigenhändiger Aufschrift geschenkt habe. Von diesem Plane sandte er jetzt eine Copie nach Wien, damit er bei der Belagerung gebraucht werde; jedoch hatte er noch so viel Schamgefühl, daß er wünschte, nur die Kaiserin und Kaunitz möchten um den Ursprung des Planes wissen[2].

Friedrich II hatte alle Wege eingeschlagen welche er nur erdenken konnte um die Übermacht seiner Feinde zu theilen und sich wenigstens auf éiner Seite Luft zu machen. Er kannte die gemeinen Leidenschaften, von denen die Creaturen französischer Hofgunst erfüllt waren, und that das äußerste um sie sich dienstbar zu machen. Aber wie weit er sich auch herabließ, er blieb fest in dem Entschlusse den preußischen Staat nicht zu zerstückeln und den Frieden nicht durch Abtretungen preußischer Provinzen zu erkaufen. Das Resultat der fruchtlos betriebenen Unterhand-

[1] Oeuvres de Frédéric IV 144 f. F. A. v. Retzow, Charakteristik I 197 f. Um dieselbe Zeit scheint Friedrich II sich einer Courtisane am französischen Hofe bedient zu haben um seine Zwecke zu erreichen, wenn der Brief à Madame Thérèse (1757 Oct. [13] Naumburg) echt ist. Oeuvres de Frédéric XVII 343. Vgl. Preuss avertiss. S. XVI.

[2] 1757 Oct. 8. Bernis an Stainville. Beil. II 90.

lungen war die Gewißheit daß die Rettung oder ein ehrenvoller Untergang allein mit den Waffen zu erringen sei.

Zwar Voltaire, den nicht der Wunsch leitete dem Könige von Preußen einen Dienst zu erweisen, sondern die Eitelkeit bei den großen Zeitbegebenheiten die Hand im Spiele zu haben, war um neue Vorschläge nicht verlegen. Er rieth dem Könige Friedrich in mehreren Briefen statt sich wie ein verzweifelter den Tod zu geben den Frieden mit Opfern zu erkaufen und suchte seinen Rathschlag mit den Worten aufzubringen: „ein „Mensch der nur König ist kann sich für sehr unglücklich halten, „wenn er Staaten verliert, aber ein Philosoph kann sich der „Staaten begeben[1].“

Ähnlich wie Voltaire urteilte des Königs eigener Bruder Prinz Heinrich. Dieser war vom Scheitel bis zur Zehe Franzose geworden[2] und sah von dem Tage an, da Friedrich II sich von Frankreich abwandte nichts als Unglück voraus. Die für den Abschluß des Vertrages von Westminster entscheidenden Gründe kannte er nicht oder mochte er nicht kennen: für ihn stand es fest: „er hat uns in diesen unseligen Krieg gestürzt.“ Was sein königlicher Bruder seitdem als Regent und als Feldherr that, sah er gleichermaßen für verkehrt, thöricht und unheilbringend an: wer diesen lästern mochte war ihm willkommen. Dabei war er im Felde brav und vollzog die königlichen Befehle pünktlich. Friedrich der große bewies ihm brüderliches Vertrauen und zeichnete ihn aus wo sich nur Gelegenheit bot um seiner Eitelkeit zu schmeicheln[3], aber die Abneigung seines Bruders, welche sich seit der dem Prinzen von Preußen widerfahrenen Ungnade mehr und mehr verbitterte, vermochte er nicht zu überwinden. Prinz Heinrich sah keine Rettung aus der verzweifelten Lage als daß

---

[1] Oeuvres de Frédéric XXIII 9—14.

[2] French to the bone nennt ihn Mitchell 1757 Dec. 19. Mitchell P. I 110. Vgl. des Prinzen Brief an Valori v. 16 Jan. 1756 (avec les sentimens d'un ancien Gaulois). Valori mém. II 342 f. Friedrichs Brief vom 5 April 1758. Oeuvres XXVI 172.

[3] 1757 Oct. 6 widmete er ihm die Ode à mon frère Henri Oeuvres XII, 1—7. Vgl. Henckel v. Donnersmarck I 2, 313.

man unter jeder Bedingung sich mit Frankreich vergleiche. Noch am 12 October erklärte er seinem Bruder, er sehe keinen Grund die Sache aufs äußerste zu treiben. Er wäre ja nicht der erste Fürst, der sich gezwungen sähe eine Provinz abzutreten. Die Standhaftigkeit im Unglück bestünde nicht darin eine verlorene Partie halten zu wollen, sondern darin sich der geeignetsten Mittel zu bedienen dem völligen Ruin vorzubeugen[1].

Des Sinnes war König Friedrich nicht: ihn däuchte es eine unerträgliche Schmach, den preußischen Staat den er groß gemacht und zu einer europäischen Macht erhoben, jetzt verstümmelt seinen Feinden zu Füßen zu legen. Sein Entschluß stand unerschütterlich fest, wie er in der poetischen Epistel an Voltaire vom 9 October ihn aussprach: „in der Gefahr zu scheitern, muß „ich dem Sturme trotzend denken, leben und sterben als König[2]".

Viertes Capitel.

Feldzug der combinierten Armee zur Execution gegen Preußen. Marschall Richelieu im Halberstädtischen. Haddicks Streifzug nach Berlin. Die Schlacht bei Roßbach.

Nichts lag in den Herbstmonaten des Jahres 1757 dem Könige Friedrich schwerer auf der Seele als daß er, während die Drangsal Preußens sich auf allen Seiten steigerte, den combinierten Reichs- und französischen Truppen gegenüberstand ohne ihnen eine Schlacht liefern zu können.

---

[1] Hendel I² 319. Vgl. Friedrichs II Brief vom 19 Oct. b. Schöning siebenj. Krieg I 78.

[2] Oeuvres XXIII 15 Pour moi menacé du naufrage, Je dois en affrontant l'orage Penser vivre et mourir en roi. Die Markgräfin sandte den Brief am 16 Oct. an Voltaire. Oeuvres de Voltaire LXXVII 277. Vgl. Friedrichs II Brief an die Markgräfin vom 8 October. Oeuvres XXVII 1, 307.

Lange genug hatte es gewährt ehe die Executionsarmee gegen den König von Preußen überhaupt auf die Beine gebracht wurde. Erst am 9 und 11 Mai ward zu Regensburg beschlossen die Reichsarmee mit der dreifachen Matrikularstärke auf den Kriegsfuß zu setzen und zu den Kriegskosten dreißig Römermonate auszuschreiben. Am 19 Mai erfolgte für diese Beschlüsse die kaiserliche Bestätigung[1]. Nun wurden Kreistage gehalten und die säumigen durch Excitatoria gemahnt. Am schärfsten ward dem Rathe der Stadt Nürnberg sein in der Angst vor dem Mayrschen Streifcorps gestelltes Neutralitätsgesuch vorgehalten; dem kaiserlichen Drohschreiben waren ausdrücklich die Worte beigefügt: „wir meinen all dieses ernstlich[2]."

Nachdem die Schlacht bei Kolin geschlagen war setzten sich Ende Juni allgemach die Contingente nach Franken zu dem Sammelplatze Fürth in Bewegung. Von manchen desertierte die Hälfte unterwegs und was sich zusammenfand, eine buntscheckige Menge, von einigen hundert reichsunmittelbaren Ständen aufgebracht, stellte die verrotteten Zustände des heiligen römischen Reichs in ihrer ganzen Blöße dar. Der ständigen Soldaten waren wenige, die meisten namentlich für die Gebiete, welche ein paar Mann zu stellen hatten, wurden für den augenblicklichen Bedarf aus Landstreichern und Zuchthäuslern recrutiert, deren man sich so mit guter Manier entledigte. Die oft wiederum noch unter verschiedene Compagnien vertheilten Contingente, der Spott der Reichsstände selbst unter deren Fahne sie auszogen, wurden weder durch straffe Disciplin noch durch gemeinsame Übungen zur Einheit formiert. Schlecht gekleidet und genährt, denn ein geordnetes Verpflegungswesen bestand nicht, da jeder Reichsstand selber für seine Leute sorgen sollte, zum größeren Theile mit unbrauchbaren Gewehren versehen, befehligt von unwissenden und eingerosteten Offizieren, konnten diese ungeregelten Haufen sich nicht als einen Heereskörper fühlen, der seine kriegerische Ehre zu wahren hat. Von Interesse für die Reichsverfassung, zu deren

---

1 Kriegs-Canzley 1757 I 203—277.

2 Ebend. II 1002 ff.

Vertheidigung sie befehligt waren, konnte bei ihnen nicht die Rede sein: im Gegentheil versichern Augenzeugen: „fast alle, alle „mit einander, sie seien wes Landes und Glaubens sie wollen, „sind entweder aus Neigung oder Furcht preußisch gesinnt[1]."

Übrigens fiel das Reichsaufgebot dadurch noch jämmerlicher aus, als seine Verfassung es mit sich brachte, daß es mit keinem größeren deutschen Truppenkörper verbunden ward. Ja im Gegentheil entzog man dem Reichsheere absichtlich die kriegstüchtigeren Bestandtheile: so wurden von Baiern und Würtemberg die besten Truppen, um die französischen Subsidien zu verdienen, zur Verstärkung der kaiserlichen Armee nach Böhmen geschickt.

Eine anerkennenswerthe Ausnahme machten die hessen-darmstädtischen Truppen. Landgraf Ludwig war dem Kaiserhause mit Leib und Seele ergeben und rief seinen Sohn den Erbprinzen Ludwig aus dem preußischen Kriegsdienste ab. Dieser fügte sich mit lebhaftem Widerstreben Ende Augusts dem väterlichen Gebote und beurlaubte sich von dem Posten eines preußischen Generallieutenants um sich auf seine reichsunmittelbaren Besitzungen nach Pirmasens zu begeben. Des Erbprinzen Gemahlin Karoline aus dem Hause Pfalz-Zweibrücken, eine der edelsten deutschen Frauen ihrer Zeit, welche man später „die große Landgräfin" genannt hat, verließ erst zu Ende Octobers die preußischen Staaten und war mit ihrem Gatten treu bemüht ihre Achtung und Verehrung für den großen König auch ferner durch die That zu beweisen[2]. Der jüngere Prinz Georg Wilhelm hatte schon im Jahre 1747 seinen Abschied aus der preußischen Armee genommen und war damals als Generalfeldmarschallieutenant einer der wenigen tüchtigen Oberoffiziere der Reichsarmee, deren Dienst ihm jedoch vor Ablauf eines Jahres durch die Zurücksetzung, die er aus höfischen Rücksichten erfuhr, gründlich verleidet wurde.

---

[1] Brodrück, Feldzug d. Reichsarmee v. 1757. Leipz. 1858 S. 78. Diese gediegene Arbeit bildet die Grundlage für die hier gegebene Darstellung. Vgl. Luynes XVI 168.

[2] 1757 Oct. 30. Karoline von Hessen an Friedrich II. Oeuvres de Frédéric XXVII 2, 135. Brodrück 60 ff.

Von den meist über alle Vorstellung erbärmlichen Truppen der geistlichen Stifter unterschieden sich vortheilhaft die würzburgischen Regimenter, welche in österreichischem Solde standen: außer diesen ließ die Kaiserin zwei Husaren- und zwei Kürassierregimenter zum Reichsheere marschieren, dessen Reiterei fast ganz unbrauchbar war. Die Zahl der nach und nach „tropfenweise" zuwachsenden Mannschaften betrug gegen 30000 Mann, ungerechnet das vorübergehend mit derselben verbundene Laudonsche Corps von 3500 Mann kaiserlicher Truppen.

Selbst dem besten General hätte es nicht gelingen können aus solchen Bestandtheilen binnen einigen Monaten ein streitbares Heer zu schaffen. Der Befehlshaber den der kaiserliche Hof sich ausersah war dazu sicherlich nicht berufen. Prinz Joseph Friedrich von Sachsen-Hildburghausen, der jüngere Sohn einer damals in ihren Finanzen zerrütteten Linie des ernestinischen Hauses, nahm in jungen Jahren österreichische Kriegsdienste, ward katholisch und heiratete nach des Prinzen Eugen Tode dessen Nichte und Erbin Victorie von Savoyen. Unter Eugen hatte er sich im lothringischen Kriege ausgezeichnet und behauptete die Gunst Karls VI auch nachdem er in dem Türkenkriege von 1737 auffälliges Ungeschick bewiesen hatte[1]. Während der früheren Kriege der Maria Theresia hatte er nicht im Felde gestanden, sondern an der Militärgrenze und im Innern befehligt: aber die Kaiserin war ihm gewogen und glaubte ihn zum Befehlshaber der Reichsarmee ganz geschaffen. Denn er war einerseits kaiserlicher Generalfeldmarschall und katholisch, andererseits aus einem reichsfürstlichen und zwar evangelischen Hause entsprossen. Seine früheren Misgriffe waren ihm so gut wie Neipperg verziehn, und die große Einbildung die er von sich hatte und sein hochfahrendes Wesen erweckten bei unkundigen die Meinung, daß ein solches Selbstgefühl in bedeutenden Eigenschaften seinen Grund haben müsse. Als ein weiterer Vorzug erschien es daß er an vornehmer Geburt, militärischem Rang und Dienstalter dem französischen General vorangieng, mit dem er zusammen operieren sollte.

[1] Vgl. Arneth Mar. Ther. früh. Regierungsj. II 166 ff.

Denn dahin waren die verbündeten Höfe von Wien und Versailles übereingekommen, daß mit den Reichstruppen vereint das französische Hilfscorps unter dem Prinzen Soubise Sachsen den Preußen abnehmen solle[1]. Soubise's Armee zählte dreißig Bataillone und zweiundzwanzig Schwadronen, zusammen 24000 Mann, und bestand zu einem Drittel aus fremden Soldtruppen, namentlich Schweizern und Deutschen. Es zeugt von dem großen Eifer des französischen Hofs für den deutschen Krieg, daß von den 237 Bataillonen und 226 Schwadronen des stehenden Heeres nur 57 Bataillone und 72 Schwadronen in Frankreich zurückblieben. Die französischen Regimenter gehörten nicht zu den besseren der Armee, denn diese waren schon anders verwendet. Die Disciplin war locker, die Verpflegung kostspielig, aber durch die Willkür und Unterschleife der Kriegscommissare oft mangelhaft; dazu war das Corps mit einer Überzahl von vornehmen Volontärs und unnützem Troß belastet. Soubise war durch seine Instruction vom 19 Juli angewiesen sich den Befehlen des Prinzen von Hildburghausen zu unterstellen, aber in dessen Abwesenheit das Commando über sämtliche combinierte Truppen zu übernehmen. Bei den weiteren bis zum October fortgesetzten Verhandlungen über die Dienstordnung ward daran festgehalten, daß Soubise in seiner Eigenschaft als Obergeneral der königlichen Armee immer der zweite nach dem General en Chef bleibe; in der That gehorchte er diesem trotz aller höflichen Redensarten nur so weit es ihm beliebte.

Die Reichs-Executionsarmee brach am 11 August von Fürth nach Thüringen auf, nachdem der Generalfeldmarschall am 7 August ein Disciplinspatent erlassen hatte, welches außer andern erbaulichen Vorschriften die Unteroffiziere und gemeinen Soldaten anwies, sich zu befleißen alle Generale sonderlich aber ihre Offiziere vom Regiment, wohl kennen zu lernen[2]. Am 29 August war der Prinz Hildburghausen in Erfurt, wo Soubise mit den ersten

---

[1] Vgl. Correspond. du Card. de Bernis avec M. Paris du Verney. Londres 1790 II 64 f. vom 12 Juli.

[2] Kriegs-Canzlei 1757 III 295—313.

französischen Truppen am 25 August eingezogen war, und traf mit diesem Abrede über die fernere Disposition der combinierten Armee. Diese ward wesentlich bestimmt durch die Nachricht daß der König von Preußen von der Lausitz aufgebrochen sei und sich nach Thüringen in Marsch gesetzt habe.

Ein Vorspiel des Krieges hatte in Thüringen schon begonnen. Um die dortigen Reichsstände mit Contributionen den Regensburger Edicten gefügig zu machen und statt der Preußen in kursächsischen Gebieten Geld einzuziehen, ward Oberst Turpin von der Armee Richelieus mit seinem Regimente von 450 Reitern befehligt von Hessen aus bis in die Leipziger Gegend vorzurücken. Turpin führte seinen Auftrag unangefochten aus: am 17 August von Eschwege ausgeritten, kam er am 23 nach Weißenfels, am 26 nach Merseburg; seine Streifpartien drangen bis Zeitz und Borna südlich von Leipzig und bis Halle vor. Von der andern Seite her ließ Laudon, der mit seinen leichten Truppen bei Cotta dem Prinzen Moriz von Dessau gegenüberstand, die kursächsischen Erblande durchstreifen: ungarische Husaren kamen am 13 und wieder vom 21 August bis 2 September nach Grimma und Wurzen an der Mulde sowie nach Oschatz und machten die Communication zwischen Leipzig und Dresden unsicher[1].

Nach Empfang einer Botschaft von Turpin setzte sich Laudon am 29 August in Bewegung um mit dem französischen Oberst vereint einen Handstreich gegen Leipzig zu versuchen. Unterwegs erfuhr Laudon den Marsch des Königs von Preußen und beeilte

---

[1] Wegen des Interesses, das sich an Laudons Streifzug knüpft, und der Dürftigkeit der Nachrichten über denselben (vgl. Brodrück S. 364 f.) theile ich die aus einer handschriftlichen Chronik von Grimma entlehnten Angaben mit, welche ich Herrn Prof. Chr. G. Lorenz verdanke (vgl. v. dems. die Stadt Grimma. Leipz. 1864 S. 726). „Am 13 Aug. kamen etwa 50 ungarische Husaren nach Grimma und giengen nachmittags wieder zurück. Aug. 21 um Mittag kamen wieder etwa 2 Compagnien Husaren und ritten nach 5 Uhr nach Wurzen und Eilenburg und theils nach Oschatz. Sept. 1 kamen wieder 17 österreichische Husaren hieher und hielten vor dem Brückenthor, da ihnen die nöthigen Portiones und Rationes gereicht werden mußten. Sie giengen nach kurzem Aufenthalte nach Oschatz. Den 2 Sept. kam das gestrige österreichische Husarencommando von Oschatz und Strehla wieder hieher zurück und giengen mittags um

sich diesem einen Vorsprung abzugewinnen. Aber Turpin traf er nicht mehr an. Sobald dieser von Laudon die Meldung erhalten, daß die Preußen im Anzuge seien, begab er sich auf den Rückmarsch nach Thüringen und stieß, nachdem er Soubise Bericht erstattet hatte, wieder zur Armee Richelieus. Unter bewandten Umständen blieb Laudon nichts übrig als den Marsch der preußischen Armee zu beobachten und sich unter die Befehle des Prinzen von Hildburghausen zu stellen, der damit einen trefflichen General und ein vorzügliches Corps von 3500 Mann leichter Truppen zu seiner Verfügung erhielt.

Hildburghausen war nach empfangener Meldung der Ansicht, man müsse die Saale zu halten suchen und an diesem Flusse die noch im Marsche begriffenen Heeresabtheilungen vereinigen, also gerade das thun was König Friedrich wünschte. Soubise dagegen, der geringes Verlangen trug sich persönlich mit dem königlichen Feldherrn zu messen, bestand darauf bei Annäherung der Preußen nach Eisenach, wenn nicht weiter, zurückzugehn um dort die Armee zu concentrieren. So gieng der Marsch der Preußen, welche man im Weimarschen und in Erfurt freudig als Befreier empfieng, ungehindert von statten: am 13 September zogen sie in die Stadt Erfurt ein, welche Hildburghausen am 10, Laudon erst vormittags verlassen hatten. Die Besatzung von Erfurt zog sich auf die Citadelle Petersberg zurück und gieng ein Neutralitätsabkommen ein.

Die Reichsarmee und die französische bezogen ein Lager bei

---

12 Uhr nach Colditz zu." In Oschatz sind keine Aufzeichnungen erhalten. H. F. Bellger hist. Beschr. d. St. Colditz. Leipz. 1832 S. 243 erwähnt am 14 Aug. den Durchmarsch von ein paar hundert österreichischen Husaren durch Colditz, welche am 24 August mit 11 gefangenen Preußen zurückkehrten und am 25 nach Freiberg aufbrachen. Sie rückten am 31 Aug. wieder ein; abends 7 Uhr erschien Laudon selbst und um 10 Uhr folgten gegen 1500 Kroaten. Diese zogen sämtlich am 1 Sept. nach Borna, kamen aber schon den 2 Sept. von da wieder zurück und giengen weiter nach Freiberg zu. Ist die letzte Angabe richtig, so gehörten diese Truppen zu der Abtheilung des Oberstlieutenants Gerlichich, welche dem Marsche der Preußen zur Seite blieb und später in Thüringen wieder zu Laudon stieß. Laudon selbst gieng mit 1500 Mann von Borna westwärts. Brodrück 225 f. 230.

Eisenach und gewannen, nachdem sie vollständig beisammen waren, am 17 September eine Stärke von über 50000 Mann. Ihre Stellungen in dem gebirgigen Terrain waren der Art, daß Friedrich II sie mit einer viel schwächeren Macht nicht angreifen konnte: überdies hatte er zu besorgen daß Richelieu sich nach dem Halberstädtischen wende, wohin er schon vor der Convention von Kloster Zeven den Oberst Fischer und andere leichte Truppen geschickt hatte und daß der österreichische General Marschall von Bieberstein, der mit 15000 Mann bei Bautzen stand, etwas gegen die Mark Brandenburg unternehmen möge. Deshalb ließ König Friedrich am 14 September den Prinzen Ferdinand von Braunschweig, welcher seit 1755 Gouverneur von Magdeburg war, mit sieben schwachen Bataillonen, zehn Schwadronen Kürassieren und hundert Husaren nach dem Halberstädtischen aufbrechen[1]. Prinz Moriz von Dessau blieb mit zwölf Bataillonen und zehn Schwadronen vorläufig an der Saale, um die Verbindung mit der Elbe zu unterhalten und zur Vertheidigung der Mark näher bei der Hand zu sein. Friedrich selbst behielt bei Erfurt nur fünfzehn Bataillone und fünfundzwanzig Schwadronen, etwa 12000 Mann. Um die Feinde über seine geringe Stärke zu täuschen wechselte er öfters die Quartiere und schob die Truppen bald da bald dort vor. Falls die combinierte Armee vorrücken sollte, beabsichtigte er die abgesonderten Heerestheile an sich zu ziehn und eine Schlacht zu liefern.

Um der herzoglichen Familie einen Besuch zu machen und sich über die feindliche Armee näher zu unterrichten begab sich König Friedrich am 15 September in Begleitung des Prinzen Heinrich und anderer Generale mit der Vorhut nach Gotha. Dort ward er aufs freundlichste empfangen. Herzog Friedrich III hatte ein Bataillon Infanterie in hannöverschen Dienst gegeben und trotz der kaiserlichen Rescripte, welche ihm an Stelle von Kursachsen die kreisamtliche Ausschreibung der Beschlüsse des Reichshofraths und Reichstags zuwiesen, bis dahin beharrlich verweigert sich an irgend einer der gegen Preußen genommenen Maßregeln zu

[1] 1757 Sept. 13. Friedrich II an den Prinzen Ferdinand. Westphalen II 33.

betheiligen. In diesem Verhalten ward der Herzog durch seine von Friedrich dem großen wegen ihres Geistes und ihres Interesses für Kunst und Litteratur besonders hochgeschätzte Gemahlin Luise Dorothea von Meiningen bestärkt[1]. Der König selbst kehrte abends mit seinem Gefolge in die Gegend von Erfurt zurück und bestellte zum Commandanten von Gotha Friedrich Wilhelm von Seydlitz, welchen er in Anerkennung der bei Kolin bewiesenen Bravour verhältnißmäßig jung — Seydlitz stand im siebenundzwanzigsten Lebensjahre — zum Generalmajor befördert hatte.

Die von Seydlitz befehligte Avantgarde bestand aus zwanzig Schwadronen, zusammen höchstens 2400 Pferden. Das Dragonerregiment Meineke von fünf Schwadronen und zehn Schwadronen von Seydlitz und Szekely Husaren[2] lagerten in und bei Gotha, fünf Schwadronen Dragoner, das Regiment Katt, über anderthalb Meilen entfernt bei Gamstädt an der Straße nach Erfurt.

Das Obercommando der combinierten Armee wollte der preußischen Reiterei, die weder Infanterie noch Geschütze mit sich führte, den Besitz von Gotha nicht vergönnen, sondern beschloß sie zu vertreiben und ihr Hauptquartier dorthin zu verlegen. Daher zog am 19 September ein Corps von 10000 Mann, bestehend aus österreichischer Cavallerie, Laudons Grenzern, leichten französischen Truppen, französischen und reichständischen Grenadieren, von Eisenach heran. Vor dieser Überzahl räumten die Preußen Gotha. Sobald aber Seydlitz sah daß der Feind ihm nicht ernstlich folge, machte er, verstärkt durch die inzwischen herangezogenen fünf Schwadronen Katt Dragoner wieder kehrt und manövrierte so kühn und so geschickt, daß in Gotha die Meinung

---

[1] Oeuvres de Frédéric IV 146 und die Briefe an die Herzogin XVIII 166 u. die Markgräfin XXVII 1, 306.

[2] Eine Schwadron von dem (rothen) Husarenregimente des Obersten Alex. Gottlob v. Seydlitz; die übrigen von dem (grünen) Regimente Szekely. Dieses Regiment bestand aus zehn Schwadronen; vermuthlich geleitete eine Schwadron desselben den König zurück, der mit 21 Schwadronen nach Gotha aufgebrochen war. Vgl. Gesch. d. siebenj. Krieges hgg. v. gr. Generalstab I 357.

aufkam, der König von Preußen müsse in eigener Person mit seinem Heere zur Stelle sein. Unterdessen waren die Prinzen von Hildburghausen und Soubise mit ihrem Gefolge, in welchem sich die Prinzen von Baden-Baden, Baden-Durlach und Darmstadt, General Pretlak u. a. befanden, auf dem herzoglichen Schlosse angekommen und warteten der Zurüstung des Mahles, welches zu vierundzwanzig Gedecken im Tafelgemach befohlen war, als der Anmarsch der preußischen Armee gemeldet ward. Es hatte damit um so weniger auf sich, da die Stadt Gotha zu jener Zeit mit Wall und Graben umgeben war und das Schloß Friedenstein noch seine besondere Befestigung hatte; vor einem Handstreiche des Feindes also durfte man sicher sein. Aber die hohe Generalität zog es vor sich das Mittagsmahl zu versagen und eilte davon, nachdem sie stehendes Fußes in dem Zimmer der Herzogin einen kalten Imbiß genommen hatte. Ein paar Stunden später rückte Seydlitz wieder in Gotha ein und nahm mit seinen Offizieren als willkommene Gäste an der herzoglichen Tafel Platz, während die Mannschaften an zurückgelassener feindlicher Bagage reiche und lustige Beute machten[1].

Das Gefecht bei Gotha hatte für den Gang der Operationen keine entscheidende Bedeutung; schon zwei Tage darauf, am 21 September, zog König Friedrich seine preußische Avantgarde von Gotha zurück. Aber der Stimmung des preußischen Heeres gab es einen nachhaltenden Aufschwung. Das Obercommando der combinierten Armee hatte sich in seiner ganzen Kopflosigkeit bloßgestellt. Die preußische Reiterei dagegen faßte zu ihrer Leistungsfähigkeit und Überlegenheit volle Zuversicht und

---

[1] Mit Brodrücks kritischer Untersuchung dieser Vorgänge sind zu vergleichen die Auszüge aus dem Parolebuche der herzoglichen Garde du Corps i. d. wissensch. Beilage der Leipz. Zeitung 1860 Nr. 75 f. Ferner verdanke ich der gütigen Mittheilung des Herrn Generalmajors Heinrich von Seydlitz einen Plan der damaligen Befestigung der Stadt Gotha und des Friedensteins, eine handschriftliche Nachricht aus den Fourierbüchern des Hofmarschallamts (von der Brodrück S. 251 einen ungenügenden Auszug gibt) und (Pleißners) „ausführlichen und wahrhaften Bericht ꝛc." Baireuth 1759. 4° (der wahre Druckort ist Gotha).

erfüllte sich mit unbedingtem Vertrauen zu ihrem kühnen und genialen Führer, und König Friedrich erkannte in Seydlitz einen Reitergeneral, dem er die höchsten Aufgaben anvertrauen durfte.

Am Tage des Gefechts bei Gotha wurde ein österreichischer Courier aufgehoben, welcher Laudon das Generalmajorspatent überbringen sollte. Friedrich II überschickte Laudon das Patent durch einen Trompeter und ließ ihm dazu gratulieren. Ein gleiches geschah mit Nadasty's Bestallung als Banus von Croatien, welche mit der Equipage des Generals in der Lausitz von den Preußen erbeutet war.

Bald machte die combinierte Armee neue Anstalten sich in Marsch zu setzen. Auf die Nachricht davon räumte Friedrich am 28 September Erfurt und bezog erst ein Lager bei Buttelstädt, alsdann wenige Tage später am 3 October bei Buttstädt nördlich von Weimar. Hier wollte er abwarten, ob Hildburghausen und Soubise ihm eine Schlacht anbieten oder ob er in die Nothwendigkeit versetzt werde gegen Richelieu oder nach der Mark zu marschieren.

König Friedrich war in peinlicher Ungeduld, wie die Dinge sich entwickeln würden, ohne im Stande zu sein für jetzt den Knoten zu zerhauen. Nicht minder ungehalten waren die verbündeten Höfe über den langsamen Fortgang der mit großem Aufwande gegen Preußen eingeleiteten Operationen. Die Vorsicht von Soubise fand der französische Hof noch am ersten gerechtfertigt: um so unzufriedener war er mit dem Marschall von Richelieu. Als dieser an d'Estrées Stelle zum Oberbefehlshaber der königlichen Armee ernannt wurde, versprach man sich von ihm eine rasche Durchführung des Feldzugsplans bis zur Belagerung von Magdeburg. Statt dessen kamen die Operationen in Stocken und in dem Heere, welches d'Estrées nach Kräften zusammengehalten hatte, riß arge Unordnung ein. Richelieu klagte über den zunehmenden Mangel an Disciplin, über die Schwierigkeit der Verpflegung, die Nothwendigkeit dem erschöpften Heere Ruhe zu gönnen; endlich schloß er ohne alle Ermächtigung die Convention von Kloster Zeven ab und begann in Erwartung der Befehle seines Hofs seine Truppen in einem weiteren Umkreise in Cantonnements zu legen.

Kaum hatte Richelieu die Anordnungen zur Dislocation seines Heeres getroffen, als er die Meldung von dem Marsche des Königs von Preußen nach Thüringen erhielt, welche ihn bewog sich am 14 und 15 September mit mehr als 40000 Mann über Braunschweig und Wolfenbüttel nach Halberstadt in Marsch zu setzen. In dieser Gegend hatte indessen Prinz Ferdinand von Braunschweig die leichten französischen Truppen in einigen Gefechten geworfen: als die feindliche Hauptmacht herankam räumte er Halberstadt und zog sich nach Wanzleben zwei Meilen vor Magdeburg zurück. Am nächsten Tage dem 28 September besetzten die Franzosen Halberstadt. Streifpartien ihrer Truppen drangen in die Altmark vor, ja sie setzten unterhalb Magdeburgs über die Elbe und fielen in die Priegnitz ein; mehrere Landräthe wurden als Geiseln für die ausgeschriebenen Contributionen fortgeführt. Auf der andern Seite gieng später eine Abtheilung bis Bernburg und weiter vor. Auf ernstliche Operationen ließ sich Richelieu trotz der Weisungen seines Hofes nicht ein. Er nahm seinen Aufenthalt in Halberstadt, während die Truppen theils dort theils bei Gröningen Quedlinburg Oschersleben lagerten, und hatte keinen lebhafteren Wunsch als seiner Armee ruhige Winterquartiere zu verschaffen um sie in diesen für den nächsten Feldzug zu reorganisieren. Dies war allerdings dringend geboten. Denn die Mannschaften hatten stark gelitten und die Insubordination von oben bis unten nahm immer mehr überhand, ohne daß der Marschall ihr zu steuern wußte. Unverholen schrieb Richelieu am 3 October an Soubise, wie höchst verdrießlich es ihm sein würde, wenn der König von Preußen heranzöge um ihm eine Schlacht zu liefern, während seiner Armee Ruhe unentbehrlich sei. „Das Übermaß ihres Elends und ihrer Zucht„losigkeit rufen Reden und einen Ton hervor der erzittern macht. „Ich sage davon dem Hofe nicht den zehnten Theil, weil es „unnütz ist und weil ich nach angestelltem Versuche und näherer „Prüfung gesehen habe, daß für dieses Jahr keine Abhilfe mög„lich ist[1]."

---

[1] 1757 Oct. 3. Richelieu an Soubise. Stuhr Forsch. I 342. Ähnlich

Die Quartiere seiner Armee hoffte sich Richelieu durch eine Übereinkunft mit dem Könige von Preußen zu sichern. Er schrieb nämlich im Fürstenthum Halberstadt durch den Commissar de la Salle unerschwingliche Lieferungen aus und erklärte auf die Gegenvorstellungen der preußischen Beamten, das einzige Mittel dagegen sei ein Waffenstillstand bis zum 1 Mai; dann werde er den größten Theil der Armee zurückziehen und in dem ganzen Umfange der besetzten Landschaften von der Weser her in die Winterquartiere legen; ja er hoffe binnen dieser Zeit werde zum Frieden Aussicht sein. Die Proposition Richelieus ward am 1 October durch den Kriegsrath von Horst dem Prinzen Ferdinand hinterbracht, der unverzüglich dem Könige berichtete[1].

Friedrich II war über den Antrag erfreut und beauftragte den Prinzen Ferdinand die Sache ins klare zu bringen und eine Convention dahin abzuschließen, daß nicht bloß das Halberstädtische sondern alle preußischen Lande diesseit der Weser von ferneren Bedrückungen befreit blieben. Zugleich ward der Commissar de la Salle durch ein Schreiben des Marschalls Keith eingeladen nach Magdeburg zu kommen, unter dem scheinbaren Vorwande sich persönlich von der guten Behandlung der französischen Gefangenen zu überzeugen. Unterdessen hatte Richelieu schon am 10 October den halberstädtischen Kammerdirector Dietrichs direct an den König abgesandt, mit formulierten Vorschlägen, welche aber nur das Halberstädtische betrafen. Friedrich erklärte im wesentlichen seine Zustimmung, forderte jedoch daß außer dem Fürstenthum Halberstadt auch das Herzogthum Magdeburg, die Grafschaften Mansfeld und Hohenstein, ferner die Altmark Priegnitz und Uckermark in der Convention mitinbegriffen würden. Dem Prinzen Ferdinand gab er Vollmacht zur Unterzeichnung, zugleich mit dem Befehle binnen vierundzwanzig Stunden nach Empfang der von Richelieu unterschriebenen Übereinkunft nach Wittenberg

schreibt er an Stainville am 8 October: parmi toutes les misères de cette armée qui ont enfanté le désordre le plus effroyable, le ton et l'indiscipline qui ne peuvent pas se croire. Beil. II 91.

[1] S. die Actenstücke Westphalen II 63 ff. Vgl. Stuhr I 137 ff. Corresp. du M. de Richelieu en 1756—1758. Londres 1789 S. 242 ff.

und Herzberg aufzubrechen um zur Deckung Berlins gegen die Österreicher mitzuwirken.

Auf die weitergehende Forderung des Königs von Preußen gieng Richelieu nicht ein, sondern hielt daran fest die Convention auf das Fürstenthum Halberstadt zu beschränken. Für dieses wurden die Zahlungen und Lieferungen an die französischen Magazine festgestellt, dagegen sollten alle Feindseligkeiten in demselben aufhören und die Bode von den beiderseitigen Truppen nicht überschritten werden. Die Dauer der Convention wurde bis zum 15 April angesetzt. Obgleich eine wesentliche Absicht des Königs nicht erreicht war, unterzeichnete Prinz Ferdinand dennoch am 18 October die Convention[1], weil ihm die Nachricht zugegangen war, daß am 16 October der österreichische General Haddick Berlin besetzt habe, und sah mit höchster Spannung dem von Richelieu gezeichneten Exemplare entgegen, bis dieser ihn am 21 October benachrichtigte, daß er zur Unterzeichnung erst die Ermächtigung seines Hofes abwarten müsse.

Richelieu hatte ohne Vollmacht der französischen Regierung die Convention von Kloster Zeven abgeschlossen und hinterher die vom 12 September datierten Instructionen empfangen, welche die zu Kopenhagen eingeleitete Verhandlung tadelten und ihm vorschrieben alle ihm gemachten Vorschläge nur entgegenzunehmen um davon seiner Regierung Bericht zu erstatten[2]. Dennoch wurde sein Verfahren gutgeheißen und belobt, aber mit der Weisung in jedem künftigen Falle keine Convention auf eigene Hand zu unterzeichnen ohne vorher zu berichten und keine Unterhandlung, welche nicht rein militärisch sei, abzuschließen, ohne zuvor

[1] Die Propositionen von Richelieu, Halberstadt den 10 October, und die auf königlichen Befehl Naumburg den 13 October von Eichel dazu gemachten Bemerkungen s. Westphalen II 104 ff.; den danach von Prinz Ferdinand aufgestellten Entwurf der Convention (d. d. Halberstadt d. 16 October) S. 91 f. und die von Richelieu schließlich festgestellte Fassung, Halberstadt d. 17 Oct., S. 88 ff. Zugleich wurde ein Cartell über Auswechselung der gefangenen verabredet. S. 98.

[2] 1757 Sept. 12. Fontainebleau. Bernis an Richelieu. Beil. II 78. Vgl. o. S. 384.

königliche Instructionen und Befehle dazu empfangen zu haben[1]. Deshalb hatte der Marschall in diesem Falle seine Absicht, durch eine mit den Preußen abzuschließende Convention die Winterquartiere und die Verpflegung seines Heeres sicher zu stellen, dem Ministerium gemeldet und die königliche Genehmigung seines Verfahrens nachgesucht. Diese aber wurde nicht ertheilt. Der Wiener Hof hatte aus den Verhandlungen Richelieus mit preußischen Beamten Argwohn geschöpft[2] und that was er konnte um sie zu hintertreiben. Als daher Bernis Starhemberg von den Plänen Richelieus in Kenntniß setzte, legte der österreichische Gesandte so entschiedenen Widerspruch ein, daß der französische Hof um ihn zu beruhigen die Versicherung gab die Convention nicht genehmigen zu wollen. Jedoch ward zur Entscheidung über die Winterquartiere ein außerordentlicher Commissar, Generallieutenant de Crémille, mit königlicher Vollmacht abgesandt.

Mittlerweile hatte Richelieu bereits am 8 October einer schon früher erhaltenen Weisung gemäß zwanzig Bataillone Infanterie und achtzehn Schwadronen unter dem Befehle des Duc de Broglie über Nordhausen nach Mühlhausen zur combinierten Armee abgeschickt und ließ andere Abtheilungen den Rückmarsch in die ihnen bestimmten Winterquartiere antreten. Sowohl von diesen Bewegungen der französischen Truppen als von der Verzögerung des Abschlusses der Convention setzte Prinz Ferdinand am 21 October König Friedrich in Kenntniß und erhielt darauf den Befehl ungesäumt nach Berlin aufzubrechen, eine Bestimmung welche noch während seines ersten Marsches am 24 October dahin abgeändert wurde, daß Ferdinand sein kleines Corps schleunigst nach Leipzig führen solle, wo er am 28 October beim Könige eintraf. Schon vorher war an den Kammerdirector Dietrichs der Befehl erlassen das von dem Prinzen Ferdinand unterschriebene Exemplar der Convention zurückzuschicken. Dieser that es um so bereitwilliger, da die Franzosen inzwischen im Halber-

[1] 1757 Sept. 20. Bernis an Richelieu. Stuhr F. I 129 f.

[2] Vgl. 1757 Nov. 23. Dec. 3. Stainville an Richelieu. Mém. du M. de Richelieu IX 211. 213. 214. Stainville schreibt u. a. votre négociation — a produit un esprit diabolique ici contre vous.

städtischen so arg fouragiert geplündert und gewüstet hatten, daß der ursprüngliche Zweck der Übereinkunft, die Landschaft vor Erpressungen zu schützen, gänzlich verfehlt war.

Jetzt aber kamen die Franzosen von neuem auf die Convention zurück. Zwar blieb der Kriegsminister Paulmy dabei stehen, daß er auf die militärischen Gründe zur Rechtfertigung der Convention nicht eingehen wolle, da die Politik es verbiete die Genehmigung zu ertheilen[1]. Aber die Militärs kümmerten sich wenig um die politischen Bedenken des Hofs. General Crémille, der am 4 November in Halberstadt ankam, erklärte sich mit allen von Richelieu vorgeschlagenen Maßregeln einverstanden, namentlich genehmigte er auch auf Grund seiner Vollmachten den Abschluß der Convention. Demgemäß beschied Richelieu am 5 November den Kammerdirector Dietrichs zu sich um die Auswechselung vorzunehmen. Als dieser erklärte, die Convention sei seit dem 31 October nicht mehr in seinen Händen, gerieth der französische Marschall in heftige Aufregung und trug ihm auf sofort an den Prinzen Ferdinand zu berichten. Dietrichs that was ihm befohlen war, fügte aber die Erklärung hinzu, mit einer Übereinkunft unter den früher verabredeten Bedingungen könne jetzt dem Lande nicht mehr gedient sein. Damit hatte die halberstädtische Verhandlung ein Ende. Ohne eine Antwort abzuwarten brach Richelieu am 6 November mit dem Hauptquartier nach Braunschweig auf und empfieng dort die Botschaft von Soubises Niederlage bei Roßbach.

Die mit Richelieu geführten Unterhandlungen boten dem Könige Friedrich die Gewähr, daß ein weiteres Vordringen der französischen Hauptarmee außer Frage sei. Aber noch gab er die Hoffnung nicht auf die combinierte Armee zum Schlagen zu bringen. Kriegsrath wurde bei dieser genug gehalten um zu erwägen, auf welche Weise die ihr gestellte Aufgabe, das Kurfürstenthum Sachsen von den Preußen zu befreien, zu lösen sei. Der Prinz von Hildburghausen wollte die Offensive ergreifen und brachte Soubise so weit, daß am 27 September die Befehle

[1] Stuhr F. I 147 aus Paulmy's Schreiben vom 21 u. 30 October.

zum Abmarsche aus den Lagern bei Eisenach erlassen wurden. Am 1 October stand die Armee bei Gotha, die Vorhut unter dem Grafen von St. Germain in Erfurt.

Über die ferneren Operationen wurde am 2 October Kriegsrath gehalten. Soubise hatte von dem Kriegsminister Paulmy die Anzeige empfangen, daß Richelieu befehligt sei der Armee in Thüringen nach Bedürfniß Truppen zu Hilfe zu schicken. Dabei hob der Minister hervor, wie wichtig es sei den König von Preußen so weit wie möglich von Dresden zu entfernen und fügte hinzu: „der König ist überzeugt, daß Sie zu viel auf „Ihren Ruhm geben um ohne Noth sich dem zweifelhaften Aus„gange einer Schlacht auszusetzen." Auch Belleisle war der Meinung, daß dem Könige von Preußen nichts unbequemer sei als wenn die combinierte Armee jeder Schlacht ausweiche[1]. Aber dieser Ansicht gemäß zu handeln ohne den Zweck des ganzen Feldzugs zu verfehlen war nur unter der Bedingung möglich, daß die österreichische Hauptarmee gegen die Elbe und die Mark ihre Kraft richtete. Da das nicht geschah, sondern die Österreicher nach Schlesien giengen, wäre wenn die combinierte Armee in Unthätigkeit verharrte König Friedrich ungestört Herr von Sachsen geblieben.

Daher der Widerstreit der Befehlshaber. Soubise wollte nichts wagen, sondern nur den Schein retten; schrieb er doch am 27 September an Paulmy: „das wichtigste ist, daß wir den „Augenblick wahrnehmen den König von Preußen zu verfolgen, „wenn er sich von Erfurt zurückzieht, damit wir sagen können „daß wir ihn zum Rückzug gezwungen haben. Im übrigen be„dürfte es wenn wir etwas ausrichten wollen der Hilfe von „Richelieu." Im Kriegsrathe widersprach Soubise jeder offensiven Bewegung und forderte den Abmarsch der Armee nach Langensalza und an die Unstrut, um die von Richelieu zu erwartenden Verstärkungen aufzunehmen. Hildburghausen dagegen verwarf den Seitenmarsch an die Unstrut schon aus dem Grunde,

[1] S. Stuhr I 185 f. die Auszüge aus Briefen von Paulmy und Belleisle vom 19 September 1757.

weil ihm daran lag mit Franken in Verbindung zu bleiben, und drang auf den Vormarsch der den Preußen an Zahl so weit überlegenen Armee. Das gleiche begehrten viele Offiziere des französischen Hauptquartiers, welche nicht ohne Lorbeern an den Hof und in die Salons von Paris zurückkehren wollten, und Soubise gab so weit nach, daß für den nächsten Tag der Marsch nach Erfurt befohlen wurde. Kaum war jedoch der Befehl ertheilt, so ward er auch zurückgenommen, denn es kam die Meldung daß jenseit Erfurt bei Ollendorf ein Piket von vierzig kaiserlichen und französischen Husaren durch die Preußen aufgehoben sei. Es war wiederum Seydlitz, der mit seinen Reitern die ganze combinierte Armee in Alarm brachte. Als nichts weiter erfolgte, gab Hildburghausen neue Befehle, denen gemäß St. Germain am 4 October nach Weimar marschierte; Hildburghausen besetzte mit acht Bataillonen Reichstruppen Erfurt.

Nach Erfurt kam auch Prinz Soubise, jedoch ohne seine Truppen, und zwar in der Absicht seine Mitwirkung zu einer Schlacht zu verweigern und durch diese seine Erklärung der Reichsarmee Halt zu gebieten. Er hatte nämlich ein Schreiben Richelieus vom 29 September empfangen, in welchem dieser meldete, es seien ihm nur sehr bedingte Befehle über die Entsendung von Hilfstruppen nach Thüringen zugekommen; er könne deren nicht wohl abgeben und erwarte die Entscheidung des Königs[1]. Zwischen Soubise und Hildburghausen kam es zu lebhaftem Wortwechsel; unter anderm forderte Soubise, es solle Hildburghausen sich der gemischten Kreisregimenter entledigen, welche beim Marsche sehr lästig und in der Schlacht gefährlich seien. Dabei kam denn nichts anderes heraus, als daß der allgemeine Rückmarsch befohlen wurde. Am 6 October kehrten die Generale von Erfurt nach Gotha und die Vorhut von Weimar nach Erfurt zurück, sehr zum Verdrusse des Königs von Preußen. „Ich kann die Leute hier zu nichts kriegen" schrieb Friedrich in diesen Tagen an den Prinzen Moriz von Anhalt[2]. „Wenn

[1] Richelieus Schreiben im Auszuge b. Stuhr F. I 197 f. Vgl. Hildburghausens Bericht vom 5 Oct. 1757. Brodrück S. 270 ff.

[2] (v. Olleck) Friedrich d. Gr. von Kolin bis Leuthen S. 46.

„Hilperhausen allein wäre, so gienge es gut. Aber die Franzosen „cantonnieren hinter Gotha und die kann er nicht mitkriegen."

Indessen besann sich der Marschall von Richelieu eines andern. In einem Schreiben vom 5 October erklärte er Soubise, daß er in Ausführung des königlichen Befehls binnen zwei Tagen zwanzig Bataillone und achtzehn Schwadronen unter dem Commando des Duc de Broglie über Mühlhausen und Nordhausen zur combinierten Armee in Marsch setze, wiederholte aber dabei, daß er weder mehr Truppen entbehren noch selbst gegen den König von Preußen vorrücken könne. Auf diese Botschaft genehmigte Hildburghausen den Marsch auf Langensalza, wo die Armee am 10 October eintraf und der Ankunft der Verstärkungen wartete. Jetzt war man der besten Hoffnungen voll. Es war bekannt daß die Österreicher von der Lausitz aus etwas gegen Berlin unternehmen würden: nach Maßgabe der dadurch veranlaßten Bewegungen des Königs von Preußen gedachte man vorzugehen und in Wien auszuwirken, daß General von Marschall angewiesen werde an die Elbe zu gehen und eine Schiffbrücke bereit zu halten, um sich mit der combinierten Armee unter dem Feldmarschall Prinzen von Hildburghausen zu vereinigen[1].

Der Abmarsch der feindlichen Armee brachte König Friedrich zu der Überzeugung daß ihm in Thüringen nichts mehr zu thun bleibe, und die schlimmen Berichte aus Schlesien sowohl als die Besorgnisse vor den Absichten der Österreicher in der Lausitz bewogen ihn nach der Elbe zu ziehen. Deshalb brach er am 10 October von Buttstedt auf. Am nächsten Tage erfuhr er den Aufbruch eines österreichischen Corps nach der Mark und beorderte den in Weißenfels stehenden Prinzen Moriz von Anhalt in Eilmärschen nach Berlin zu ziehen, wohin er selbst ihm schleunigst folgte: „wenn ich fliegen könnte, so flöge ich" schrieb er am 16 October dem Prinzen aus Leipzig. Auch an Ferdinand von Braunschweig erließ Friedrich den Befehl über die Elbe nach der Mark zu marschieren. An der Saale blieb Feldmarschall Keith zurück mit sieben Bataillonen und sechs Schwadronen, nicht viel über

[1] Stuhr F. I 205. Brodrück S. 278.

viertausend Mann. König Friedrich vermuthete daß nicht bloß das ganze Marschallsche Corps gegen Berlin in Marsch sei, sondern daß auch die Schweden dies Unternehmen unterstützen würden. Von diesen war noch im September ein Corps unter dem General Lieven in die Uckermark eingerückt und trieb dort Fouragelieferungen und eine Contribution von 200000 Thalern ein. Den Oberbefehl hatte am 9 October der Feldmarschall Freiherr von Ungern-Sternberg übernommen und den bisher preußischen Pommern angekündigt, daß sie hinfort keine andere Souveränetät als die der Krone Schweden anerkennen sollten, welche nach dem Rechte der Waffen ein unstreitiges Recht auf ihren Gehorsam und ihre Unterwerfung erlangt hätte[1]. Aber es hatte bei den stolzen Worten sein Bewenden. Ungern-Sternberg war im Frieden ergraut und kannte keine größere Sorge als ja keinen Schritt zu thun, der ihm den Kopf kosten könne. Bei ihm war an eine Offensive nicht zu denken. Um keine Verantwortung zu tragen berief er wegen der geringsten Kleinigkeit den Kriegsrath und war jederzeit nur auf sicheren Rückzug bedacht[2].

Den Zug nach Berlin führten die Österreicher keineswegs mit dem erforderlichen Nachdruck aus. Es waren nicht mehr als 3400 Mann mit vier Geschützen, welche unter dem Befehle des Feldmarschallieutenants Andreas Haddick sich von der Lausitz in Marsch setzten. Berlin hatte als Besatzung nur fünf Bataillone Landmilizen, nicht viertausend Mann an der Zahl. Wären diese dem Feinde entgegengegangen, so hätten sie ihn zurückschlagen mögen: zur Vertheidigung der weitläufigen Residenz reichten sie nicht aus. Am 16 October gegen Mittag trafen die Österreicher vor der preußischen Hauptstadt ein, erstürmten das schlesische Thor und drangen in die Köpenicker Vorstadt ein. Zwei Bataillone warfen sich ihnen entgegen und wurden zusammengehauen. Mit den übrigen Truppen geleitete der Commandant Generallieutenant von Rochow die Königin und die Minister nach Spandau und ließ dem kaiserlichen General melden, daß er die Stadt geräumt

[1] Heldengesch. IV 804.

[2] Montalembert corresp. I 10. 21 f. 38. 47. 69.

und seiner Discretion überlassen habe. Haddick forderte von dem Magistrate als Ablösung von der Plünderung eine Brandsteuer von 500000 Thalern und 100000 Thaler für seine Truppen. Darauf wurden ihm nach einigen Stunden 185000 Thaler als Abschlagszahlung überbracht: auf den Rest der Contribution wartete Haddick nicht. Er hatte die Nachricht erhalten, daß Prinz Moriz von Anhalt am 14 October bei Torgau die Elbe passiert habe, und trat daher noch vor Tagesanbruch am 17 October den Rückmarsch über Storkow und Beeskow nach der Lausitz an. Aus Berlin führte er 426 Gefangene und sechs Fahnen als Beute mit sich: geblieben war auf österreichischer Seite der General Baboczay und wenige Mannschaften. So gieng die Kriegsgefahr diesmal leichter als befürchtet war an Berlin vorüber[1].

Am folgenden Tage, den 18 October, zog Prinz Moriz in Berlin ein, wo er bis zum 21 October stehen blieb. König Friedrich war am 18 October in Torgau. Von dort marschierte er nach Annaburg und Herzberg um die Rückkehr des Prinzen Moriz abzuwarten und alsdann über Görlitz auf die belagerte Festung Schweidnitz zuzuziehen, da der Stand der Dinge in Schlesien von Tage zu Tage bedenklicher wurde. Berlin stärker zu besetzen war Friedrich nicht im Stande; daher ordnete er an daß die königliche Familie und die Minister sich für die nächste Zeit zu größerer Sicherheit nach Magdeburg begeben sollten. Unter diesen Umständen traf am 23 October von Keith die Meldung ein, daß die Reichsarmee nebst den Franzosen nach der Saale vorrücke. Dies änderte Friedrichs Plan. „Weil diese „Leute sich jetzt herauswagen," schrieb er umgehend an den Feldmarschall, „so schmeichle ich mir, daß indem ich ihnen entgegen„gehe es zu einer Schlacht kommen wird, durch welche ich sie „von mir abschütteln werde." Dem Prinzen Ferdinand befahl er über Halle nach Leipzig zu marschieren: eben dorthin brach er selbst auf und Prinz Moriz folgte in Eilmärschen nach. Am

[1] S. Haddicks Berichte vom 18 und 19 October 1757. Danziger Beyträge III 467 ff.; einen Berliner Bericht S. 340 ff.

27 October war die königliche Armee, 31 Bataillone und 45 Schwadronen, zusammen 24000 Mann, bei Leipzig vereinigt um die Reichsexecutionsarmee aus dem Felde zu schlagen.

Denn mit der Execution gedachte der kaiserliche Hof jetzt Ernst zu machen, sowohl auf dem Reichstage als im Felde. Die Klagschriften hatten sich bei den Reichshofraths- und Reichstagsacten zu Stößen gehäuft. Auf die sächsischen Denkschriften folgte in erster Reihe eine Klage von Kaunitz über den Einmarsch preußischer Truppen in seine Grafschaft Rietberg in Westfalen[1], später klagte Kurköln über den Einmarsch der hannöverschen Truppen in das Münstersche und Paderbornsche[2]. Preußen dagegen erhob Klage über den völkerrechtswidrigen Einfall französischer Truppen in die preußischen Lande und ersuchte den Reichstag sich des Königs als eines Reichsmitstandes kräftigst anzunehmen und die Krone Frankreichs zu vermögen, nicht bloß jene Lande zu räumen sondern auch den verursachten Schaden zu ersetzen[3]. Das gleiche geschah nach dem Einrücken schwedischer Truppen in das preußische Vorpommern[4]. Dazwischen wurden neue Beschwerdeschriften des kursächsischen Gesandten über die Ausbeutung des Landes durch die preußischen Militärbehörden angebracht, und ein kaiserliches Commissionsdecret vom 8 Juli eröffnete dem Reichstage die Beschwerde der Königin von Polen, und forderte auf Grund derselben die Reichsstände auf werkthätig alles dahin beizutragen, damit die übermüthigen stets angehäuften Vergehungen des in der Empörung befangenen und in solcher immer weiter greifenden Königs von Preußen Majestät in die Schranken der Gesetze zurückgebracht werden mögen[5].

Aber es wurde ein noch mächtigeres Rüstzeug gegen den König von Preußen hervorgeholt. Um die lästigen Beschwerden

---

[1] Reichshofrathsconclusa v. 26 u. 28 April u. 26 August. Kriegs-Canzley 1757 II 418 ff. III 266 ff.

[2] Vorstellung d. churcölln. Gesandtschaft vom 16 Juli 1757 ebend. III 100 ff.

[3] Chur-brandenb. Gesandtschafts-Memoriale d. d. 30 April, dictato 10 Mai 1757 eb. II 824 ff.

[4] Sept. 29. dict. Oct. 13 III 857 ff.

[5] Ebend. II 1008 ff. III 34 ff. III 3 ff.

und Proteste des preußischen Gesandten abzuschneiden und der Execution gehörigen Nachdruck zu geben schien das sicherste Mittel, König Friedrich in des Reiches Bann und Acht zu thun. Den Antrag darauf setzte der kaiserliche Reichshoffiscal Emilian Gottfried Helm Wien den 31 März 1757 auf: die Citation selbst erließ Kaiser Franz mit der Gegenzeichnung des Reichsvicekanzlers Grafen Colloredo am 22 August dahin: „also heischen „und laden Wir Ihn, Churfürsten zu Brandenburg, von Römisch-„Kaiserlicher Macht, auch Gerichts- und Rechts wegen hiemit „ernstlich, und wollen daß derselbe innerhalb zwey Monaten dem „nächsten nach Insinuir- oder Verkündigung dieser Unser Kai-„serlichen Ladung — selbst oder durch einen gevollmächtigten „Anwald an Unserm Kaiserlichen Hof, welcher Orten derselbe „alsdann seyn wird, erscheine, um zu sehen und zu hören daß „er, Churfürst zu Brandenburg, ob erzehlter Ursachen wegen — „in Unsere und des Reichs-Acht, mit Verlustigung aller von Uns „und dem Reich habenden Lehen, Gnaden, Privilegien, Expecta-„tiven und Freyheiten mit Urthel und Recht gesprochen und erkläret „werde, oder aber erheblich beständige Ursachen, ob er einige „hätte, warum sothane Erklärung nicht geschehen solle, dargegen „in Rechten fürzubringen und darauf der Sachen und allen deren „Gerichts-Tägen und Terminen bis zum Beschluß und endlichen „Entscheid abzuwarten." Das merkwürdige Schriftstück schloß mit den Worten: „Darnach weiß Er, Churfürst, sich zu richten[1]."

Jüngst erst hatte Plotho von neuem Verwahrung eingelegt, daß die zwischen dem König von Preußen und dem Wiener Hofe entstandenen Kriegswirren keineswegs vor die Reichsgerichte

[1] Die amtliche Ausgabe trägt den Titel: Citatio ad videndum et audiendum, se declarari in poenam Banni Imperii et privari omnibus feudis, Juribus, gratiis, Privilegiis et expectativis in Sachen den gewaltsamen Königlich-Preußischen, Chur-Brandenburgischen Einfall in die Königl. Pohlnisch-Chursächsische Lande, auch weitern Anzug in die Reichs-Lande betreffend, in specie Fiscalis Imperialis aulicus contra den König in Preußen, als Churfürsten zu Brandenburg. Wien den 22 Augusti 1757. Wien, Prag und Triest, zu finden in den Trattnerischen Buchhandlungen 1757. 4° (48 Seiten). Abgedruckt Kriegs-Canzley 1757 III 542 ff.

gehörig seien, indem S. Königliche Majestät als ein Souverän und gekröntes Haupt von Ihren Handlungen niemanden in der Welt, wer es auch sei, Rede und Antwort in solchen Fällen zu geben verbunden sei[1]. Die Verwahrung gegen den Misbrauch des kaiserlichen Namens und der Reichsgerichte als Waffen in dem Kriege, in welchem das habsburgisch-lothringische Haus das königliche Haus von Preußen bekämpfte, ward nicht allein von den Verbündeten Preußens als wohlbegründet angesehen, sondern nicht minder von einer großen Zahl anderer Reichsstände beider Confessionen, welche fürchteten daß nach der Erniedrigung Preußens der kaiserliche Hof auch sie in drückende Unterthänigkeit versetzen und seinen Sonderzwecken vollends dienstbar machen würde.

Dieses Widerstreben deutscher Reichsstände vermochte den Wiener Hof seine Schritte nicht zu übereilen, sondern sie ganz nach seinen kriegerischen Erfolgen zu bemessen. Bereits am 12 Juli 1757 waren durch ein im Namen der Kaiserin Königin erlassenes Patent sämtliche Schlesische Landeseinwohner als ihre Unterthanen und Vasallen der allerhöchsten Gnade und landesmütterlichen Schutzes versichert worden[2]; am 21 September entbot Maria Theresia selbst den getreuen Ständen, Unterthanen und Einwohnern ihres Erb-Herzogthums von Ober- und Niederschlesien so wie ihrer Grafschaft Glatz Heil und Gnade und rief sie zu patriotischem Eifer in dem ihren Truppen zu leistenden Beistande auf. Zugleich ließ die Kaiserin zu Regensburg und an den befreundeten Höfen die Erklärung abgeben, daß sie durch das Königlich Preußische Betragen sich von aller Verbindlichkeit der Breslauer, Berliner, Reichsgarantie und Aachischen Tractaten frei achte und alle Rechte der Souveränetät über Schlesien und Glatz wiederhergestellt habe[3]. Im October endlich ward Haddicks Zug nach Berlin angeordnet und dem Prinzen

---

[1] Chur-brandenb. Pro Memoria d. d. 30 Juli 1757. Kriegs-Canzley 1757 III 94 ff.

[2] Danziger Beytr. III 50 ff. Kriegs-Canzley III 157 ff.

[3] Danziger Beyträge III 462 ff. Das K. K. Patent auch Kriegs-Canzley III 632 f.

von Hildburghausen befohlen ohne weiteres Säumen über die Saale nach Kursachsen vorzubringen. Damit schien auch der Zeitpunct gekommen zu sein mit der Achtserklärung Ernst zu machen.

Am 8 October erließ der Reichshoffiscal an den kaiserlichen Notarius Aprill zu Regensburg das dienstliche Ersuchen die fiscalische Citation vom 22 August dem kurbrandenburgischen Gesandten Freiherrn von Plotho zu insinuiren. Am 14 October begab sich zu dem Ende Aprill mit zwei Zeugen in die Wohnung des Gesandten und leitete die Citation mit einigen Worten ein. Plotho nahm die Actenstücke aus den Händen des Notars. „Nachdem nun hochgedachter Freyherr von Plotho die Citationem fiscalem eingesehen und deren Formalia ihm zu Gesicht gekommen, solche von ihm gelesen und vernommen worden, hat Se. Excellenz sich anfänglich entfärbet und kurz hiernach etwas mehrers entzündet, bald darauf aber, da er mit Attention in die Citationem fiscalem eingesehen und betrachtet, sind Se. Excellenz, Freyherr von Plotho, in einen heftigen Zorn und Grimm gerathen, und also zwar, daß dieselbe sich nicht mehr stille zu halten vermocht, sondern mit zitternden Händen und brennendem Angesicht, beyde Arme in die Höhe haltend, gegen mich aufgefahren, dabey auch die Fiscal-Citation nebst dem Apponendo annoch in seiner rechten Hand haltend, in diese Formalia wider mich ausgebrochen: „Was, du Flegel! insinuiren?" Ich antwortete hierauf: „Dieses ist mein Notariat-Amt, deme ich nach„zukommen habe." Dessen aber ungeachtet fiel mich Er, Freyherr von Plotho, mit allem Grimme an, ergriffe mich bey denen vorderen Theilen meines Mantels, mit Vermelden: „Willst du „es zurück nehmen?" Da mich nun dessen geweigert, stoßte und schob er sothane Citation, benebst dem Apponendo, vorwärts zwischen meinen Rock mit aller Gewalt hinein, und da er, mich annoch bey dem Mantel haltend, zum Zimmer hinausgedrücket, rufte er zu denen zwey vorhanden gewesenen Bedienten: „Werfet ihn über den Gang hinunter!" Welche aber an diesem Actu selbsten ganz verhaftet, nicht wußten was sie eigentlich thun sollten, sondern haben nur mich samt denen zwey

Zeugen zurück begleitet und aus dem Hause uns zu verfügen genöthiget.“ So meldet der Notarius Aprill in dem Protocoll, welches er nebst seinen beiden Zeugen unterschrieben und besiegelt hat[1].

Dieser Vorgang machte verdienter Maßen zu Regensburg und im ganzen Reiche das größte Aufsehen; nicht bloß in Preußen sondern aller Orten jubelte das Volk über den kurzen Proceß, den der preußische Gesandte mit der Achtserklärung gemacht, und Plothos Namen war seitdem in aller Munde. Goethe hat uns geschildert mit welcher Gunst Plotho, „ein kleiner gedrungner, mit schwarzen Feueraugen hin und wieder blickender „Mann“, sieben Jahre später von der zur Kaiserkrönung in Frankfurt aus allen Gegenden Deutschlands versammelten Menge aufgenommen wurde. „Aller Augen waren auf ihn gerichtet, „besonders wo er ausstieg. Es entstand jederzeit eine Art von „frohem Zischeln, und wenig fehlte, daß man ihm applaudirt, „Vivat oder Bravo zugerufen hätte[2].“ Solch ein Vorurteil hatte das Volk für den Mann gefaßt, der als Vertreter des Königs von Preußen den erstarrten Formeln der kaiserlichen Kanzlei Hohn sprach, als der österreichische Hof sie nicht im Dienste der Nation, sondern für seine Sonderinteressen von neuem zu handhaben unternahm.

Der Reichshofrath that nichts um das Gespött von sich abzuwehren. Am 27 October faßte er den Beschluß, nachdem der kurbrandenburgische Gesandte von Plotho die kaiserliche Citation dem zur Insinuation gebrauchten Notario wieder aufgedrungen, die geschehene Insinuation zwar für hinlänglich anzunehmen, solche aber annoch in Regensburg zur gemeinkündigen Wissenschaft affichieren zu lassen. Demnach wurde der Magistrat von Regensburg angewiesen das Original der kaiserlichen Ladung an

---

[1] Amtliche Ausgabe: Notariats-Instrument, aufgesetzt von Georg Matthias Joseph Aprill, betreffend die fiscalische Citation Sr. Majestät des Königs von Preußen, als Chur-Fürstens von Brandenburg 2c. 2c. Stadt am Hof 1757. 4° (8 SS.). Abgedruckt Kriegs-Canzley 1757 III 946 ff. Preuß Fr. d. gr. II 397 ff.

[2] Goethe WW. Ausg. l. H. XXIV 289 f.

das Rathhaus anzuschlagen. Endlich sollte der kaiserliche Hoffiscal gegen Plotho wegen seines respectvergessenen Betragens excitiert werden[1]. Plotho versäumte natürlich nicht gegen die „zudringliche und illegale" Insinuation am 29 November in bester Form Rechtens zu protestieren[2].

Damit hatte dieses Zwischenspiel vorläufig ein Ende. Der kaiserliche Hof überzeugte sich, wie wenig Anklang er mit der beabsichtigten Achtserklärung im Reiche fand; auch der französische Hof mahnte ab[3]. Dazu kam in Wien noch das sachliche Bedenken[4], daß wenn der König von Preußen in die Reichsacht gethan werde, die Reichsstände verlangen könnten, über die Vertheilung seiner Länder mitgehört zu werden und die Reichsconstitutionen darauf anzuwenden. Diese entsprachen aber den Absichten des Wiener Hofs mit nichten. Denn in der Wahlcapitulation hatte Kaiser Franz I sich förmlich verpflichtet: „was „dem in die Acht erklärten abgenommen wird, das sollen und „wollen wir uns und unserem Haus nicht zueignen, sondern es „soll dem Reich verbleiben, vor allen Dingen aber dem be„leidigten Theil daraus Satisfaction geschehen." Ferner war bestimmt, daß bei verwirkten Gütern des Ächters den seines Verbrechens in der That nicht theilhaftigen Agnaten an ihrem Successionsrecht in Lehen und Stammgüter nicht präjudiciert sein solle[5]. Durch diese Satzungen sah man sich in willkürlicher Verfügung gar sehr beschränkt und zog es vor die Wirkungen der Acht, ohne sie ausdrücklich zu verhängen und demnach ohne Einreden der Reichsstände, doch zu Gunsten von Österreich und Sachsen eintreten zu lassen. Außerdem mochte man sich nicht verhehlen daß zwischen den verdammenden Beschlüssen und den Thaten der Executionsarmee eine zu weite Kluft liege, und daß

---

[1] Kriegs-Canzley 1757 III 845 f.

[2] Ebend. III 959 ff.

[3] 1757 Nov. 8. Versailles. Bernis an Stainville.

[4] Nov. 19. Wien. Stainville an Bernis u. das beigefügte Mémoire sur l'idée de faire procéder actuellement au ban de l'Empire.

[5] Wahl-Capitulation I J. K. M. Frantz I v. J. J. Moser. Frankf. 1745. I 75 Art. XX § 6 u. 8.

es nicht gerathen sei durch die Ausschließung des preußischen Gesandten den König von Preußen und seine Verbündeten dahin zu drängen, sich vom Reichstage förmlich loszusagen und ein engeres Bündniß unter sich zu bilden. So lange aber der König von Preußen seiner Stimme am Reichstage nicht förmlich beraubt sei, schien es auch nicht zweckdienlich Plotho von Regensburg wegzuweisen, denn alsdann werde ein anderer Minister kommen, der vielleicht einsichtsvoller und gewandter und demzufolge gefährlicher wäre als er. Daher wurde das Achtsverfahren stillschweigend vertagt[1], und Plotho behauptete seinen Platz in Regensburg, „denen sämtlichen anwesenden fürtreflichen „Gesandtschaften zu beständigem Wohlwollen und Freundschaft „sich bestens empfehlend[2].

Bereits stand König Friedrich im Reiche als Sieger da.

Der Wiener Hof hatte längst mit allen Kräften auf die Offensive der combinierten Armee gedrungen um die Preußen aus Sachsen zu vertreiben. Darüber, daß dies als eine Hauptaufgabe des diesjährigen Feldzugs betrachtet werden müsse, war auch Stainville mit Kaunitz völlig einverstanden und veranlaßte daß österreichischerseits die nöthigen Vorbereitungen getroffen wurden, um sobald als Soubise herankomme bei Pirna eine Schiffbrücke über die Elbe zu schlagen[3]. Auf Grund der gepflogenen Besprechungen verfaßte Kaunitz eine vom 6 October datierte Denkschrift, welche die bisherigen Erfolge aufzählte und vorschlug, daß Richelieu sich von Halberstadt nach Torgau aufmachen möge: alsdann werde der König von Preußen sich über die Elbe zurückziehn oder gegen Richelieu wenden. „In beiden „Fällen," fuhr Kaunitz fort, „kann Soubise in größter Schnellig„keit in die Gegend zwischen Pirna und Dresden rücken und „General Marschall sich mit ihm verbinden; alsdann werden „beide vereinigt im Stande sein Dresden und vielleicht auch „Torgau und Wittenberg einzunehmen; ist dies erreicht dann

[1] 1757 Dec. 5. Versailles. Bernis an Stainville.

[2] Schlußworte des Churbrandenburgischen Gesandtschafts-Pro Memoria v. 29 Nov. 1757.

[3] Stuhr I 201 f. (aus Stainvilles Bericht vom 5 October 1757).

feierten den Sieg, in Dresden und dem ganzen Lande ward die Botschaft desselben von den Kanzeln verkündigt. Das brach ihr das Herz: nach wenigen kummervollen Tagen machte in der Nacht zum 17 November ein Stickfluß ihrem Leben ein Ende. Höchst achtungswerth in ihrem Privatleben hatte sie mit ihren Kindern die bodenlose Finanzwirthschaft des Grafen Brühl beklagt ohne ihrem Gemahl die Augen öffnen zu können. Jetzt saß August III mit dem Günstlinge in behaglicher Ruhe zu Warschau, wo die Polen ihm ein demüthigendes Mitleid bezeigten ohne irgend welchen Beistand zu leisten, während die Königin mit dem Lande für die thörichte und gewissenlose Cabinetspolitik büßte.

König Friedrich war nicht in der Lage den bei Roßbach erfochtenen Sieg in das Reich hinein zu verfolgen. Niemand kam es weniger in den Sinn als ihm die Bedeutung dieser Schlacht zu überschätzen. „Es ist ein Anfang des Glückes," schrieb er, „aber ich brauche noch viel: eine gewonnene Schlacht bringt mir „keinen anderen Vortheil, als daß ich mich mit Sicherheit an„deren Feinden widersetzen kann[1]." Schlimme Botschaften vom Herzog von Bevern riefen ihn nach Schlesien. Am 6 November war Friedrich über die Unstrut gegangen und hatte die Reichstruppen bei Eckartsberga allarmiert; am nächsten Tage ließ er ihnen bis gegen Erfurt nachsetzen: weiter konnte er nicht gehen. Am 8 November stand er schon wieder in Freiburg; von dort gieng er über Merseburg nach Leipzig und brach am 13 November wiederum nach Schlesien auf.

Grade in diesen Tagen galt es wichtige Besprechungen über den Oberbefehl der niedersächsischen Armee und deren fernere Operationen. Denn éin Glück kam zum andern: die Convention von Kloster Zeven ward zu nichte und die hannöverschen Truppen griffen wiederum zu den Waffen. Das englische Bündniß, welches bisher Friedrich dem großen so wenig genützt hatte, sollte

[1] 1757 Nov. 12. Leipzig. Friedrich II an Finckenstein. Klaproth Staatsrath S. 427. Nov. 15. Torgau. F. II an d'Argens. Oeuvres XIX 45. Über Friedrichs II Entschluß vgl. Keith an Mitchell. Nov. 16. Naumburg: for my own part I see nothing he could do but what he has done. M. P. II 468.

jetzt nach Pitts festem Willen sich thatkräftig bewähren, und selbst König Georg II war zu der Erkenntniß gekommen, daß es für Hannover keine andere Rettung aus Feindeshand gebe als im engsten Verein mit Preußen.

Die britischen Minister waren von König Georg II über die Weisungen, welche er seinem Sohne dem Herzog von Cumberland und der hannöverschen Regierung zum Abschlusse eines Neutralitätsvertrages ertheilt hatte, im unklaren gehalten worden: eben so wenig wurden ihnen die Berichte Cumberlands vorgelegt. Aber sie ließen darum nicht nach auf die Vorstellungen des preußischen Gesandten in den König zu dringen die öffentliche Erklärung abzugeben, daß die englische Regierung an der von den hannöverschen Ministern eingeleiteten Verhandlung keinen Theil habe, daß vielmehr die britische Krone fortfahren werde ihre Verpflichtungen gegen den König von Preußen gewissenhaft zu erfüllen und ihn nachdrücklich zu unterstützen. Georg II sträubte sich, und verstand sich nicht eher dazu diesen Schritt zu genehmigen, als bis die Minister ihr Verbleiben im Amte davon abhängig machten. So erfolgte denn die Erklärung der englischen Regierung am 16 September in der Form einer auf Befehl des Königs erlassenen und von Holdernesse unterzeichneten Botschaft an den preußischen Gesandten, welche auch den übrigen Gesandtschaften mitgetheilt und in den Zeitungen veröffentlicht wurde[1].

Zu gleicher Zeit ward die Convention von Kloster Zeven bekannt und erregte in England bei der Regierung und im Volke den höchsten Unwillen. Niemand aber war mehr entrüstet als König Georg II selbst. Er hatte den Waffenstillstand und die Neutralität Hannovers gewollt, aber die Bestimmungen der Convention erschienen ihm unerträglich, da durch dieselben die Ehre der hannöverschen Truppen beschimpft und dem Lande nicht die geringste Sicherheit gewährt wurde. Das erste war, daß er seinem Sohne befahl nach England zurückzukehren und sein Be-

[1] 1757 Sept. 13. 16. Michells Berichte. Die Erklärung der englischen Regierung (à Whitehall le 16 Septembre 1757) ist öfters zusammen mit einem gefälschten Briefe Friedrichs II als ein Brief Georgs II gedruckt. Vgl. v. Sybels hist. Zeitschrift XV 320 ff.

nehmen zu rechtfertigen. Zugleich richtete er an Friedrich II ein Schreiben, welches seinen Verdruß über die Widersprüche, in die er nicht ohne eigene Schuld gerathen war, deutlich abspiegelt. Er erklärte darin daß er als Kurfürst dem Könige von Preußen nicht weiter beistehen könne: dagegen gab er die Versicherung, daß von Seiten Englands alles geschehen solle was menschenmöglich sei um Preußen zu unterstützen[1].

Es bewandte nicht bei diesen allgemeinen Verheißungen. Mit Bezug auf die durch Mitchell eingeleitete Subsidienverhandlung erklärte Holdernesse dem preußischen Gesandten am 23 September[2], wenn König Friedrich den Willen und die Macht habe den Krieg fortzusetzen und nicht ohne Englands Mitwirkung und Theilnahme Frieden zu schließen, sei die englische Regierung bereit zu diesem Zwecke Preußen vier Millionen Thaler Subsidien zu gewähren. Holdernesse theilte ferner mit, daß die Minister in Folge der Convention von Kloster Zeven dem Könige eröffnet hätten, für die fernere Besoldung der hannöverschen Truppen könnten sie nicht einen Heller zahlen. Dem Landgrafen von Hessen ward erklärt, da die englische Regierung an den seinen Truppen auferlegten Bedingungen keinen Theil habe, stehe es bei ihm sie auch ferner im britischen Solde zu belassen, vorausgesetzt daß er sie in den Dienst des Königs von Preußen treten lasse.

In den Maßregeln zum Widerstande gegen den gemeinsamen Feind begegneten sich die Bestrebungen der englischen Minister und die hannöverschen Interessen Georgs II. Pitt und seine Amtsgenossen sahen die Gefahr vor Augen, daß die Franzosen, welche sich in Belgien schon häuslich einrichteten und die Neutralität der Holländer nach ihrem Belieben ausbeuteten, im Bunde mit dem Hause Habsburg in Deutschland Meister blieben und Englands einziger Alliirter, der König von Preußen, der Übermacht unterliege. Ihnen galt es nach wie vor als ein Funda-

[1] 1757 Sept. 20. Kensington. Georg II an Friedrich II. Beil. II 81. Vgl. Mitchell's Journal vom 9 u. 10 October. M. P. I 376.

[2] Sept. 23. Michells Bericht.

mentalsatz der britischen Politik und eine Bedingung der Sicherheit Englands, es nicht dahin kommen zu lassen, daß auf dem ganzen Continente Frankreichs Wille gebiete und England nirgends mehr eine Stütze finde. Darum waren sie entschlossen Preußen als die einzige protestantische Macht auf dem Festlande nicht untergehn zu lassen. Dazu kam die fernere Erwägung daß, während Frankreich durch den deutschen Krieg festgehalten ward und seine Kräfte theilte, England um so mehr im Stande sein werde zur See und in den Colonien das verlorene Übergewicht wieder zu erlangen.

Georg II mußte in seiner Eigenschaft als Kurfürst mitsamt seinen hannöverschen Räthen endlich ebenfalls zu der Einsicht kommen, daß um Hannover aus Feindes Hand zu retten kein anderes Mittel bleibe als ein ehrlicher Kampf im Bunde mit England und Preußen. Der schlau erdachte Ausweg, Hannover von dem Kriege der großen Mächte auszusondern und durch einen Neutralitätsvertrag vor allem Schaden zu behüten, hatte das Land nur um so schneller ins Verderben geführt. Die Convention von Kloster Zeven ließ das Kurfürstenthum in der Gewalt des Feindes. Noch hoffte Georg II, daß Maria Theresia sich der früher empfangenen Wohlthaten „ihres ältesten und besten Freun„des" erinnern und Hannover die Neutralität zugestehen werde, welche sie vor wenig Monaten selbst angeboten hatte. Aber diese Hoffnung ward bitter getäuscht. König Georg mußte es erleben daß seine Bitten und Vorschläge in Wien mit einem Stolze und Hohne zurückgewiesen wurden, der ihn empörte und klar erkennen ließ, daß an dem kaiserlichen Hofe durch die neue Freundschaft mit den Bourbonen jede Spur dankbarer Erinnerung an die älteren Dienste des Hauses Hannover verwischt sei.

Nun sah Georg II vollends ein daß die Convention dem hannöverschen Lande nicht den mindesten Nutzen bringe. Der Waffenstillstand sollte den Feindseligkeiten ein Ende machen, aber trotz desselben erstiegen französische Truppen das Schloß Scharzfels im Fürstenthum Grubenhagen, plünderten es und machten die dort in Garnison liegenden Invaliden zu Kriegsgefangenen. Die Gelderpressungen und Gewaltthätigkeiten wurden nicht ver-

mindert, sondern vermehrt, und die hannöverschen Unterthanen täglich härter behandelt. Die unter den herbesten Bedrohungen an sie gemachten Forderungen waren so übermäßig, daß man leicht sah, es werde eine gänzliche Verheerung und Verderben des Landes das Ende der Sache sein[1]. Auf die darüber erhaltenen Berichte ließ König Georg Anfangs October durch seinen Gesandten an Kaunitz eine Denkschrift überreichen, in welcher das Elend und die Erschöpfung des hannöverschen Landes in lebhaften Farben geschildert und die unerschwinglichen Forderungen der Franzosen aufgezählt wurden. „Der von der verbündeten „Armee besetzte Landestheil soll vier Millionen Rationen liefern, „50000 Sack Weizen, 107000 Sack Roggen, und weit entfernt „sich damit zu begnügen hat der Intendant Baron de Lucé unter „Androhung militärischer Execution von dem Fürstenthum Calen„berg 550000 Thaler Contribution gefordert, zahlbar in drei „Terminen, deren letzter am 20 December abläuft. Überdies „drückt die Ausstattung der Hospitäler, die Einquartierung, die „Lieferung der in diesem Lande so kostspieligen Feurung und so „vieler anderer Gegenstände die Unterthanen nieder, denen man „dazu noch von den üblichen Steuern nichts erläßt, welcher sich „eben so wie aller königlicher Kassen die Franzosen gleich anfangs „bemächtigt haben, so daß wenn nicht bald Abhilfe geschieht, das „Kurfürstenthum auf eine lange Reihe von Jahren ruiniert sein „wird." Auf Grund dieser Beschwerden sprach der König die Erwartung aus, daß die Kaiserin ihre guten Dienste bei dem Könige von Frankreich erneuere, damit die Friedensverhandlung beschleunigt werde und damit man von den neuerdings erhobenen Forderungen abstehe[2].

Kaunitz zog die in so entschiedenem Tone gehaltene Denkschrift in sorgfältige Erwägung. Er hatte es an der Zeit gefunden über die neuerdings gestellten hannöverschen Anträge sich stolz und wegwerfend zu äußern, aber die Neutralität Hannovers entsprach seinen Entwürfen zu sehr, als daß er sie unter allen

---

[1] Wahrhafte Vorstellung ꝛc. Kriegs-Canzley 1758 III 827.

[2] Beil. II 93.

Umständen hätte versagen mögen. Natürlich mußte er einsehen daß diese Neutralität von der Bedingung abhange, daß die Franzosen das Kurfürstenthum schonten. Deshalb kam er gegen Stainville, der darauf bestand Hannover für die Feindseligkeiten Englands gegen Frankreich büßen zu lassen und den hannöverschen Gesandten nicht länger am österreichischen Hofe zu dulden, immer wieder darauf zurück, man dürfe Georg II nicht zum äußersten treiben, sondern müsse den Unterschied zwischen dem Könige von England und dem Kurfürsten von Hannover gelten lassen: man möge den größtmöglichen Vortheil aus dem Besitze Hannovers ziehen, aber doch nicht die Hoffnung abschneiden, daß die Lasten des Landes vermindert werden dürften. Diese Ansicht verwarf Stainville so entschieden, daß Kaunitz Anstand nahm die hannöversche Denkschrift durch ihn an den französischen Hof gelangen zu lassen. Er beauftragte damit Starhemberg und sandte Stainville erst einige Tage später eine Abschrift ohne auf den Inhalt näher einzugehen[1]. Damit erreichte Kaunitz nicht mehr als daß Bernis sich das fernere Verbleiben des hannöverschen Gesandten in Wien gefallen ließ[2]: aber zu irgend einem reellen Zugeständniß an Hannover war der französische Hof nicht zu bewegen und ein solches zu fordern getraute sich die Kaiserin nicht.

Bereits wartete auch König Georg II nicht länger auf die guten Dienste des Kaiserhofes und die Nachgiebigkeit der Franzosen. Statt die Vollstreckung der Convention, so weit sie militärischer Natur war, zu überwachen, brach Richelieu mit seiner Hauptmacht nach Halberstadt auf, und die französische Regierung, statt sie als eine militärische Übereinkunft einfach zu bestätigen[3], beanstandete die Ratification und machte diese von

[1] 1757 Oct. 7. 13. Stainville an Bernis. Beil. II 87. 93.

[2] Oct. 24. Versailles. Bernis an Stainville.

[3] Mém. du M. de Richelieu IX 180 ff. Vgl. Mouvemens des armées du Roi en 1757 I 124: le ministère politique de France, qui ne manie jamais les affaires de guerre sans les froisser, prit mal-adroitement le change sur ce mot (convention) et voulut effectivement tourner en traité, dont on peut différer la ratification, une capitulation, que le droit de la guerre oblige le souverain d'observer telle que son général l'a accordé.

neuen Bedingungen abhängig, welche mit den zwischen Richelieu und Cumberland abgeschlossenen Artikeln in Widerspruch standen[1]. Die Convention bestimmte in dem ersten Separatartikel, daß die hessischen braunschweigischen und andern Hilfsvölker jede in ihrer Herren Lande zurückgeschickt, und daß in Ansehung ihrer Trennung und Verlegung in gedachten Landen das nöthige von den Höfen verabredet werden solle, indem besagte Völker nicht für Kriegsgefangene anzusehen seien. Zu diesen Verabredungen und mehr noch zu Subsidienverträgen mit Frankreich war der Landgraf von Hessen nicht minder als der Herzog von Braunschweig vollkommen bereit. Mit der Genehmigung jenes Fürsten wurde den hessischen Truppen am 20 September vom Herzog von Cumberland der Rückmarsch anbefohlen. Schon war die erste Abtheilung bis Verden gekommen, als am 21 September der Landgraf von seinem Minister von Donop aus Braunschweig ein Schreiben erhielt, welches besagte, auf die Anfrage, wie es bis zum Abschlusse der vorbehaltenen Übereinkunft der Höfe mit den hessischen Truppen gehalten werden solle, habe der Marschall Richelieu erwiedert, daß die Truppen nach ihrer Ankunft in Hessen ihre Waffen abzugeben hätten. Donop drückte dem französischen Marschall sein Befremden über diese unerwartete Zumuthung aus und berichtete an den Landgrafen nach Hamburg.

Der alte Landgraf war über die hannöversche Kriegführung, durch welche Hessen den Franzosen preisgegeben war, längst entrüstet gewesen und hatte sich schon vor der Zevener Convention um eine Ausgleichung mit Frankreich bemüht[2]. Aber seine Truppen entwaffnen zu lassen war er nicht gesonnen. Er wandte sich vielmehr sofort an den Herzog von Cumberland und vermochte diesen nicht allein den in Marsch begriffenen hessischen Divisionen Halt zu gebieten und die vordersten Abtheilungen zurückzurufen, sondern auch von der eben eingeleiteten Verlegung der meisten hannöverschen Truppen über die Elbe abzustehen, kurz die ganze

---

[1] Die Actenstücke s. Lynar Staatsschr. II 233 ff. Vgl. Westphalen I 286 ff. 302 ff. Huschberg 361 ff.

[2] S. o. S. 384.

verbündete Armee zusammenzuhalten, bis der Zweifel über die Vollziehung der Convention gehoben sei. Hievon setzte Cumberland unverzüglich den Marschall von Richelieu mittelst eines Schreibens in Kenntniß, entschlossen seinen Verpflichtungen gewissenhaft nachzukommen, aber unberechtigten Zumuthungen sich mit Gewalt zu widersetzen.

Um diesen Zwischenfall zum Wege gütlicher Unterhandlung zu bringen und die den Hannoveranern auferlegten Kriegslasten zu erleichtern sollte wiederum die dänische Vermittelung helfen. Graf Lynar eilte nach Halberstadt in das französische Hauptquartier. Richelieu war persönlich mit den von seinem Hofe erhobenen Anständen und nachträglichen Forderungen sehr unzufrieden[1], aber er wagte nicht eigenmächtig sich darüber hinwegzusetzen, um so weniger da der Herzog von Braunschweig in dem Wiener Vertrage vom 20 September die Bedingungen zugestand[2], denen auch die Hessen sich unterwerfen sollten. Unter diesen Umständen wußte Lynar nichts besseres zu thun, als mit Richelieu am 27 September die neuen Bedingungen zu formulieren. In diesen Erläuterungen der Convention, wie man sie zu nennen beliebte, ward zuvörderst bestimmt, und zwar als eine Bedingung ohne deren Annahme der französische Hof die Convention nicht ratificieren werde, daß der Waffenstillstand während des ganzen dermaligen Krieges dauern solle; ferner daß die hannöverschen Völker nicht wider den König von Frankreich und dessen Alliirten dienen, nicht vermehrt und nicht recrutiert werden dürften. Was die Hessen betraf, so ward erklärt, es scheine der Billigkeit seiner allerchristlichsten Majestät gemäß zu sein, dem Landgrafen dieselben Bedingungen zu verwilligen, welche der Tractat mit dem Herzoge von Braunschweig enthalte, oder wenigstens geschehen zu lassen, daß besagte Völker in die Staaten

[1] 1757 Sept. 29. Halberstadt. Richelieu an Paris du Verney. — doutes que très mal-à-propos on a voulu élever sur la capitulation du Duc de Cumberland, que l'on a voulu métamorphoser en traité politique, plein de ruses et de dessous des cartes. Corresp. p. 224.

[2] Über die braunschweigische Convention vgl. o. S. 386.

S. M. von Dänemark aufgenommen werden, welcher dieselben aufnehmen und für sie Gewähr leisten wolle. Endlich wolle S. K. Dänische Maj. dero gute Dienste anwenden damit ausgemacht werde, wie man den französischen Kriegsvölkern das nöthige verschaffen wolle, ohne daß die übrigen Auflagen bis auf den gänzlichen Ruin des Landes getrieben werden sollen.

Diese Erläuterungen übersandte Richelieu am 29 September an den französischen Hof, Lynar an den dänischen und an den Herzog von Cumberland. Bis zur Entscheidung der beiden Höfe blieb die Vollstreckung der Convention suspendiert. Richelieu lagerte ohne sich um die verbündete Armee zu kümmern, zu deren Beobachtung er nur ein Corps von nicht 10000 Mann zurückgelassen hatte, im Halberstädtischen. Die Hessen blieben in den zuletzt ihnen angewiesenen Standorten und auch die braunschweigischen Truppen marschierten vorläufig nicht nach Hause ab.

So standen die Dinge, als am 30 September der mit der Zevener Convention nach London abgesandte Courier ein königliches Schreiben zurückbrachte, durch welches das höchste Misfallen ausgedrückt und der Herzog von Cumberland von dem Heere abberufen wurde. Von einer Aufhebung der Convention war in diesem Schreiben noch nicht die Rede. Inzwischen gewann König Georg die Überzeugung, daß keine Aussicht sei durch den guten Willen der Kaiserin Maria Theresia einen Neutralitätsvertrag für Hannover zu erlangen, und daß der gegenwärtig bestehende Waffenstillstand diesem Lande kein besseres Loos bereite als der Krieg ihm verhängen könne. Es fragte sich nur wie er sich die Hände frei machen sollte. Da erhielt er den Bericht des hannöverschen Ministeriums, welcher ihm meldete daß die französische Regierung die Ratification der Convention beanstande und neue Forderungen erhebe. Nunmehr war auch Georgs Entschluß gefaßt, nicht allein die aufgestellten Erläuterungen zu verwerfen, sondern die Convention auch seinerseits nicht zu ratificieren. Demgemäß erließ er an die hannöversche Regierung den Befehl jede fernere Unterhandlung mit dem Marschall von Richelieu abzubrechen und im Einvernehmen mit dem Landgrafen

von Hessen alles vorzubereiten um die Armee, zu deren Leistungsfähigkeit er das beste Zutrauen hatte, wieder in Thätigkeit zu setzen[1].

Diesen Entschluß des Königs von England billigte Friedrich der große, aber er rief ihn nicht hervor, wie man vielfältig behauptet hat. Das Schreiben vom 20 September, mit welchem Georg II als Kurfürst sich von Preußen lossagte, empfieng Friedrich nicht früher als am 9 October und beantwortete es am 16 October mit dem Hinweise darauf, daß die Convention nicht ratificiert und von den Franzosen in mehreren Puncten gebrochen sei, und mit Vorschlägen, wie der Feind aus Hannover und über die Weser gejagt werden könne[2]. Diesen Brief erhielt Georg II erst nachdem die Verwerfung der Convention und die Wiederaufnahme der Operationen der hannöverschen Armee längst beschlossene Sache war.

Während jeder neue Bericht vom Continente schlimmere Folgen der Convention zu melden hatte und in dem englischen Volke die Erbitterung über die so übel abgelaufene hannöversche Politik des Königs immer höher stieg, kehrte am 12 October der Herzog von Cumberland zurück. Auf ihn entlud sich der ganze Verdruß seines Vaters. Als Cumberland bei Hofe erschien, sagte Georg II laut: „das ist mein Sohn der mich zu „Grunde gerichtet und sich entehrt hat." Niemand wagte dem Herzog das Wort zu reden, aber Pitt gedachte nicht der Misgunst, welche dieser ihm noch jüngst bewiesen hatte, sondern gab der Wahrheit die Ehre. Als der König äußerte, er habe seinem Sohne keinen Befehl zu solch einem Vertrage gegeben, erwiederte Pitt mit Festigkeit: „aber ausgedehnte Vollmacht, Sire, sehr „ausgedehnte Vollmacht." In Folge der königlichen Ungnade erbat der Herzog von Cumberland am 15 October die Entlassung von allen seinen militärischen Ämtern. „Welche Comödie," bemerkte König Friedrich zu dem Berichte seines Gesandten[3]. Un=

---

[1] 1757 Oct. 10. London. Michells Bericht.

[2] Oct. 16. Leipzig. Friedrich II an Georg II. Beil. II 95.

[3] „Quelle comédie" am Rande von Michells Bericht vom 18 October 1757.

streitig hatte Cumberland großes Ungeschick bewiesen und sowohl als Militär wie als Unterhändler Fehler auf Fehler begangen: aber die Quelle des Übels lag in der hannöverschen Neutralitätspolitik und den damit zusammenhangenden halben Maßregeln, welche Georg II wenigstens zu einem guten Theile selbst verschuldet hatte. Nach König Friedrichs Meinung war es auch nicht zu rechtfertigen, daß die englischen Minister in der äußersten Bedrängniß Hannover jede Waffenhilfe versagt hatten[1].

Die Oberleitung des englischen Heerwesens, welche bisher dem Herzog von Cumberland zugestanden hatte, gieng nunmehr an den König und das Ministerium über: den Oberbefehl der britischen Armee erhielt Lord Ligonier, ein erprobter Veteran. Um seine Befehle in Betreff der verbündeten Armee in Vollzug zu setzen, sandte Georg II den Geheimenrath Philipp Adolf von Münchhausen aus London nach Stade ab und wies den Generalmajor Grafen von der Schulenburg an, aus dem dortigen Hauptquartier zum Könige von Preußen zu reisen um den Prinzen Ferdinand von Braunschweig als Befehlshaber der verbündeten Armee zu erbitten. Münchhausen kam am 28 October zu Stade an. Am 1 November begab sich Schulenburg als Jäger verkleidet auf die Reise nach Leipzig. Hier traf er den englischen Gesandten Mitchell, welchem er entsprechende Instructionen zu überbringen hatte, und besprach die weiteren Schritte. König Friedrich war auf dem Marsche um die Franzosen und Reichstruppen zu schlagen. Sobald in Leipzig die Nachricht vom Siege bei Roßbach eingegangen war, machte Schulenburg sich zum preußischen Hauptquartiere auf und traf am 7 November mit König Friedrich zusammen; alsbald beschied dieser auch Mitchell zu sich nach Merseburg. Theils dort, theils in den nächsten Tagen zu Leipzig wurden die das Obercommando betreffenden Fragen und die von Schulenburg entworfenen Pläne für den Feldzug der niedersächsischen Armee zwischen dem Könige, Schulenburg, Mitchell und dem Prinzen Ferdinand besprochen[2].

---

[1] 1757 Oct. 11. Mitchell's Tagebuch. M. P. I 377.

[2] Westphalen I 314 f. Mitchell's Journal Nov. 8—12. M. P. I 382 f.

Der von König Georg gestellte Antrag kam zur günstigsten Stunde. Die Auflösung der Armee von Soubise erleichterte die Befreiung Hannovers von Richelieus Armee, und König Friedrich konnte mit um so mehr Sicherheit nach Schlesien aufbrechen, wenn die niedersächsische Armee wieder die Waffen gegen die Franzosen ergriff. Die in London getroffene Wahl des neuen Feldherrn war Friedrich hoch erwünscht und wurde durch die That im vollsten Maße gerechtfertigt. Sie empfahl sich dem englischen Hofe durch den doppelten Wunsch, einen General aus der Schule Friedrichs des großen und einen Prinzen des Hauses Braunschweig an die Spitze des Heeres zu stellen, eine Rücksicht, welche um so eher ins Gewicht fallen durfte, als es sich um den Oberbefehl von Truppen nicht éines Landes, sondern mehrerer fürstlicher Herren handelte. Daher war schon im vorigen Winter, als Pitt in seinem früheren Ministerium der Ernennung von Cumberland zum Befehlshaber der Observationsarmee vorbeugen wollte, von Ferdinand die Rede gewesen; jetzt gab Georg II dem erneuten Vorschlage Pitt's bereitwillig seine Zustimmung[1].

Prinz Ferdinand — oder wie er nach der damals geltenden Sitte meistens genannt wird Herzog Ferdinand — von Braunschweig stand in seinem siebenunddreißigsten Lebensjahre. Er hatte eine gediegene Ausbildung erhalten, allerdings in französischem Stile, jedoch hatte der Geschmack, den er an der fremden Sprache und Litteratur fand, seiner Liebe für das deutsche Vaterland und seinen religiösen Grundsätzen keinen Abbruch gethan. Mit großer Hingebung hieng er dem Freimaurerorden an und bestärkte sich darin in den wohlwollenden menschenfreundlichen Gesinnungen, welche in seinen späteren Jahren von Heuchlern und Schwindlern vielfältig misbraucht wurden. Für die preußische Armee bestimmte ihn sein Bruder, der regierende Herzog Karl von Braunschweig. Friedrich II nahm sich seines jugend-

---

[1] S. o. S. 247. Daß die Wahl schließlich auf Pitts Rath erfolgte, sagt Friedrich Oeuvr. IV 177 ce fut lui qui persuada au Roi d'Angleterre de mettre le prince Ferdinand de Brunswic à la tête de l'armée des alliés et de le demander au roi de Prusse.

lichen stattlichen und liebenswürdigen Schwagers mit Vorliebe an. An der Seite und unter den Augen des preußischen Königs bildete sich Ferdinand in den beiden schlesischen Kriegen zum General und zeichnete sich durch Tapferkeit und Besonnenheit aus. In den ersten Feldzügen des neuen Kriegs befehligte er wiederum unter der unmittelbaren Leitung des Königs, etwa das Commando der Avantgarde beim ersten Einmarsch in Böhmen oder die halberstädtische Expedition ausgenommen: selbständig vor andern preußischen Generalen sich hervorzuthun war ihm noch keine Gelegenheit geboten. Aber die Wahl hätte nicht glücklicher sein können. Bald genug zeigte es sich, daß Ferdinand mit seiner fürstlichen Geburt und seiner militärischen Ausbildung gerade die persönlichen Eigenschaften verband, welche erforderlich waren um aus den Truppen verschiedener Landesherrn einen stets schlagfertigen Heereskörper zu schaffen. Mit den verschiedenen Fürsten und Behörden, mit denen er zu thun hatte, verkehrte er unter den angenehmsten Formen, aber in den sachlichen Forderungen fest und entschieden: seine Geschäftsführung war streng geregelt, seine Entschließungen wohl vorbereitet, aber bis zum Zeitpunct der Ausführung sein Geheimniß. Er wußte das Vertrauen der Offiziere und der Mannschaften zu gewinnen und den Geist des Heeres so zu beleben, daß es fortan dem zahlreicheren Feinde muthig die Spitze bot. „Er nahm dabei," wie sein Generalsecretär von Westphalen sagt[1], „zu seinem Ziele nie „seinen eigenen Ruhm, sondern er setzte sein Ziel höher, in die „Ehre und das Wohl seines Hauses und seines Vaterlandes, „das er vor allem über die Schmach, von einem stolzen eitlen „Feinde willkürliche Gebote anzunehmen, erheben wollte." Christian Heinrich Philipp von Westphalen war schon seit sechs Jahren an der Seite des Prinzen als steter Gefährte Berather und Freund; in höherem Grade sollte er in den folgenden Jahren seine lautere Treue und Selbstverleugnung, seine Einsicht und Entschlossenheit bewähren. Denn obgleich Westphalen nicht Soldat war, gebührt ihm doch an der rühmlichen Heeresleitung Ferdi-

[1] I 35 f.

nands ein wesentlicher Antheil: ohne den Namen und den Rang war er in der That der Generalstabschef des Prinzen.

Sobald Schulenburg den Wunsch Georgs II vorgetragen hatte, gestand Friedrich II ihn in der verbindlichsten Weise zu[1] ohne über die dazwischen liegenden Dinge irgend Vorwürfe zu erheben und setzte den Prinzen Ferdinand selbst davon in Kenntniß. Ferdinand nahm die Berufung, deren große Verantwortlichkeit er vollkommen würdigte, nicht ohne Bedenken am 9 November an. Er behielt sich vor, aus der preußischen Armee nicht auszuscheiden, sondern in derselben seinen Rang und seinen Gehalt nach wie vor innezuhaben; ferner machte er die Bedingung daß er eine umfassende Vollmacht vom Könige von England erhalte und daß er mit diesem wie mit dem Könige von Preußen in unmittelbarer Beziehung stehe, ohne von den hannöverschen Ministern abzuhangen[2]. Friedrich II erklärte daß diese Bedingung keine Schwierigkeit finden werde, daß aber Prinz Ferdinand sich darüber mit Mitchell und dem Grafen Schulenburg einverstehen müsse. In Erwartung einer solchen Vollmacht oder doch einer persönlichen Berufung von Seiten des Königs von England begab sich Ferdinand am 16 November nach Magdeburg und von dort auf die wiederholten dringenden Bitten der hannöverschen Minister am 20 zur Armee. Glücklich kam er einem französischen Streifcommando zuvor, welches ihn unterwegs aufheben sollte, und traf am 23 November abends zu Stade ein. Hier wurde er als ein Retter in der Noth empfangen. Denn Richelieu schickte sich an die Vollstreckung der Convention mit den Waffen zu erzwingen und Ferdinands Bruder der Herzog von Braunschweig schien entschlossen die Wiener Übereinkunft auszuführen.

Mit den von Lynar aufgestellten Erläuterungen der Convention von Kloster Zeven war Ludwig XV eben so wenig einverstanden als Georg II. Während der letztere darin ungebührliche

---

[1] 1757 Nov. 7. Freiburg. Friedrich II an Georg II. Beil. II 98.

[2] Nov. 9. Merseburg. Prinz Ferdinand an Friedrich II. Westphalen II 147 f. Vgl. 315 ff. 339 ff.

Überschreitungen erblickte, welche ihn berechtigten der Convention seine Genehmigung zu versagen, genügten sie den Ansprüchen Ludwigs XV und seiner Minister nicht von ferne. Auf das Anerbieten die hessischen Truppen in die Staaten des Königs von Dänemark zu verlegen gab der französische Hof nicht einmal eine Antwort. Von dänischer Vermittelung mochte er nichts weiter hören. Was Hessen betraf, so war man in Versailles der Meinung, der Landgraf werde erst dann auf die französischen Vorschläge willig eingehen, wenn seine Truppen ebenso wie die braunschweigischen entwaffnet seien[1]. Demgemäß ward an Richelieu bestimmt der Befehl erlassen, daß die hessischen Truppen, sobald sie in ihr Land zurückkämen, das Gewehr von sich legen und des Kriegsdienstes entlassen werden sollten; daß überhaupt dem Landgrafen von Hessen keine andere Bedingungen zu gewähren seien als die, welche der herzoglich braunschweigische Minister zu Wien unterschrieben habe.

Die stolze Sprache des französischen Hofs entsprach den thatsächlichen Verhältnissen nicht mehr. Gleich auf die erste Nachricht daß der König von Frankreich die Erläuterungen der Convention nicht genehmige, gab der hessische Minister Donop dem Marschall Richelieu in Gegenwart Lynars die Erklärung ab, daß der Landgraf lieber den letzten Blutstropfen daran setzen als seine Truppen einer so schimpflichen Entwaffnung unterwerfen wolle. Höchst bekümmert sein Werk vereitelt zu sehen berichtete Lynar am 17 October des langen und breiten an das hannöversche Ministerium. Dieses hatte unterdessen von König Georg II den Befehl empfangen die Convention als null und nichtig anzusehn und für die Wiederaufnahme des Kriegs Fürsorge zu treffen. Zu gleicher Zeit ward von dem englischen Ministerium dem Landgrafen Wilhelm erklärt, für die hessischen Truppen könne nur in dem Falle, daß sie zur freien Verfügung Englands blieben, fernere Zahlung erfolgen. Von diesen Ent-

[1] 1757 Oct. 19. Versailles. Bernis an Stainville. Beil. II 96. Bernis an Richelieu. Mém. du M. de Richelieu IX 185 f. Die Acten der weiteren Verhandlungen gibt vollständig Lynar Staatsschriften II.

schließungen ward öffentlich noch nichts kundgethan, aber Richelieu erfuhr genug um sich nicht darüber zu täuschen, daß die Convention von Kloster Zeven und damit der Waffenstillstand bald zu nichte werden müsse. Er änderte daher seine Sprache und bot dem hessischen Minister die Wahl, der Landgraf möge entweder seine Truppen entwaffnen lassen oder sie in französischen Dienst geben. Da dieses Entgegenkommen die beabsichtigte Wirkung nicht hatte und Donop einer Unpäßlichkeit halber seine Wohnung nicht verließ, begab sich Richelieu am 1 November mit Lynar zu ihm und erklärte, für den zu hoffenden Fall, daß der Landgraf der Zevener Convention nachzukommen beabsichtige, wolle er genehmigen, daß die hessischen Truppen ohne Aufschub in ihre Heimat zurückkehrten. Er gebe die Versicherung bei seinen Ehren und Würden sie nicht zu entwaffnen, sondern ihnen Cantonnements anzuweisen, in denen sie alle Bedürfnisse befriedigen könnten. Donop versprach über diese Proposition dem Landgrafen berichten zu wollen.

Wenige Tage nachher begab sich Richelieu, äußerst verstimmt über die Vereitelung der halberstädtischen Neutralitätsconvention, von Halberstadt nach Braunschweig und richtete von dort aus am 9 November, nach Empfang der Nachricht von der Schlacht bei Roßbach, ein verbindliches Schreiben an den Landgrafen, in welchem er wiederholt sein Ehrenwort gab, daß die hessischen Truppen nicht entwaffnet werden sollten: die Vollziehung der Convention von Seiten Hessens werde hoffentlich noch eine viel engere Verbindung zwischen dem Landgrafen und dem König von Frankreich herbeiführen, welche dieser wie ihm scheine lebhaft wünsche. An demselben Tage schrieb Richelieu auch an den einstweiligen Befehlshaber der hannöverschen Armee, Generallieutenant von Zastrow, und forderte ihn auf die Convention zu vollstrecken, deren Bruch in dem erneuerten Kriege schreckliche Folgen nach sich ziehen müsse.

Aber weder die Verheißungen noch die Drohungen Richelieus machten Eindruck. Der auf Mitchell's Betrieb von König Friedrich mit der Botschaft des Sieges bei Roßbach an König Georg II abgesandte Major Grant erstattete sowohl zu Hamburg dem Land-

grafen als zu Stade den hannöverschen Ministern Bericht über die veränderte Lage der Dinge und über die bevorstehende Ankunft des neuen Oberbefehlshabers Ferdinand von Braunschweig und richtete damit die Gemüther zu höherer Zuversicht auf[1]. Der Landgraf erklärte dem französischen Geschäftsträger in Hamburg, er sei an dem Abschlusse der Convention unbetheiligt und müsse sich weitere Unterhandlungen vorbehalten[2]. Noch bestimmter schrieb er am 16 November dem Marschall von Richelieu, er könne bei der Erschöpfung und Verwüstung seines Landes, ohne der noch übrigen einzigen Hilfe sich zu berauben, seine Truppen der Unterwürfigkeit Großbritanniens nicht entziehen, um so weniger, da der Marschall auch noch letzthin eben so wenig als vorher über die Verlegung derselben sich deutlich erkläre. Es sei ihm daher unmöglich über die von dem Marschall ihm gethanen Vorschläge irgend einen Entschluß anders als mit Genehmigung und Einverständniß Englands zu fassen. Eben so rückhaltslos sprach Zastrow in seinem Antwortschreiben vom 14 November aus, nicht bloß die früher geforderte Entwaffnung der Hessen, sondern eine Reihe anderer Thatsachen entbänden den König von England von dem Vollzuge der Convention, nämlich dieselbe Zumuthung der Entwaffnung der braunschweigischen Hilfstruppen, die Besetzung des Schlosses Scharzfels, das vertragswidrige Zurückhalten der hannöverschen Kriegsgefangenen, die gewaltsame Wegführung eines Theils der dem hannöverschen Heere zugesicherten Magazine, endlich die ungeheuren Erpressungen, welche nach Abschluß der Convention erst mit vermehrter Härte begonnen hätten. Hierüber habe er die ferneren Befehle des Königs von England zu erwarten.

Richelieu wußte sich nicht anders zu helfen als daß er abwechselnd gute Worte und Drohungen anwandte um die Convention schlechthin, ohne die geringste weitere Bedingung oder Zusatz, zu erhalten. So erklärte er Lynar, dafern die Vollziehung

---

[1] Feldzüge der alliirten Armee i. d. Jahren 1757—1762 nach dem Tagebuche des Generaladjutanten von Reden hgg. v. W. A. v. d. Osten. Hamburg 1805 I 69. Über Grants Sendung vgl. Mitchell Papers I 382 f.

[2] Stuhr I 163 aus Champeaux Bericht vom 14 Nov. 1757.

nicht bald geschehe, werde er es den hannöverschen Ministern beimessen und es sie vorerst entgelten lassen, folglich damit anfangen ihre Häuser zu verbrennen und dem Erdboden gleich zu machen; nachgehends werde er mit den königlichen Palästen auf gleiche Art verfahren. Am französischen Hofe hatte Richelieu seinen Willen durchgesetzt: das Ministerium war endlich auf seine Propositionen eingegangen an der Convention nicht zu mäkeln, sondern im Verfolg derselben mit Hessen und Braunschweig Sonderverträge zu schließen. Anfang Novembers hielt man in Versailles noch daran fest die Entwaffnung der Hilfscorps vornehmen zu lassen und erst nachdem diese vollzogen sei über Soldverträge mit Braunschweig und Hessen und zwar zu Wien in Verhandlung zu treten[1]. Der hiebei bestimmende Grund, daß der Wiener Hof einen Theil der zu zahlenden Subsidien tragen solle, fiel mit dem Abschluß der zwischen Kaunitz und Stainville vereinbarten Convention über die Einkünfte der eroberten Länder hinweg[2]. Deshalb wurde nunmehr beschlossen Richelieu den Urlaub zu ertheilen, welchen er nachgesucht hatte um sein Verfahren am Hofe zu rechtfertigen und sein erschüttertes Ansehen durch seine persönliche Gegenwart wieder zu befestigen. Richelieu ward angewiesen, für die Dauer seiner Abwesenheit den Oberbefehl an einen General nach eigener Wahl zu übertragen, am liebsten an du Menil, der sich schon in München und an andern deutschen Höfen als fähigen Unterhändler gezeigt habe. Dieser sollte schleunigst die Subsidienverträge abschließen, zuerst mit Braunschweig, dann mit Hessen: auch rechnete man auf einen raschen Abschluß der Verhandlungen mit dem Herzoge von Mecklenburg-Schwerin[3].

---

[1] 1757 Nov. 1. Bernis an Stainville. Nach Richelieus Angabe Mém. IX 186 f. willigte Bernis in seiner Depesche vom 24 Oct. ein, nicht auf der Entwaffnung der Hessen zu bestehen.

[2] S. o. S. 397.

[3] 1757 Nov. 8. Versailles. Bernis an Stainville; vgl. dessen Schreiben vom 14 Nov. Nach den Mém. de Richelieu IX 187 wurden die Vollmachten zum Abschluß der Capitulation am 7 November abgesandt und trafen am 14 Nov. ein.

Nicht lange waren diese Instructionen abgegangen mit denen man alle Schwierigkeiten beseitigt zu haben meinte, so kamen von verschiedenen Seiten Nachrichten, daß der König von England als König und als Kurfürst die Absicht habe das hannöversche Heer zusammenzuhalten und zu verstärken, und ein Bericht Richelieus vom 6 November bestätigte, daß die hannöverschen Truppen demnächst die Convention von Zeven brechen würden. In demselben Augenblicke, wo die ersten Nachrichten von Soubises Katastrophe am französischen Hofe eintrafen, sah man mit Schrecken, „daß die hannöversche Hydra aus ihrer Asche sich erhebe mit mehr Köpfen als vorher." Deshalb wurde Richelieu am 13 November ermächtigt unverzüglich mit Braunschweig und mit Hessen Verträge sowohl über die für Überlassung der Truppen zu zahlenden Subsidien als über die Behandlung der betreffenden Länder abzuschließen, und es wurden zur Erleichterung der Verhandlungen unmaßgebliche Entwürfe beigelegt. Um den Landgrafen von Hessen ganz besonders zu verpflichten, erklärte Ludwig XV sich sogar bereit der von dem Erbprinzen über die Aufrechthaltung der protestantischen Religion ausgestellten Versicherungsacte seine Garantie zu ertheilen. Die dänische Einmischung sollte jedoch von diesen Verhandlungen ausgeschlossen bleiben[1].

Für solche Entwürfe war es zu spät. Als Richelieu sie am 19 November empfieng, war der Ausführung der Zevener Convention von hannöverscher Seite bereits mit Gewalt entgegengetreten. An demselben 14 November, an welchem General von Zastrow in seinem Schreiben an Richelieu die von französischer Seite geschehene Verletzung der Convention constatiert hatte, be-

---

[1] 1757 Nov. 13 instructions pour M. le Mar. Duc de Richelieu. Stuhr I 343 ff. Vgl. Bernis' Brief v. 22 Nov. Mém. de Richelieu IX 187. Am 18 October hatte der zweibrückensche Minister v. Pachelbel Vorschläge zu einem hessischen Subsidienvertrage an Bernis übergeben (Betragen des Kön. in Frankreich Beil. XIV. Kriegs-Canzley 1758 III 136), am 28 Oct. sandte der braunschweigische Minister v. Schliestedt einen Entwurf ein (Stuhr I 149). Über die hessische Versicherungsacte vgl. o. S. 165.

fragte das hannöversche Ministerium den hessischen General von Wutginau und den braunschweigischen General von Imhof, ob sie mit ihren Truppen sich den Befehlen des zu erwartenden Oberbefehlshabers fügen wollten. Beide Generale behielten sich vor von ihren fürstlichen Herren Verhaltungsbefehle einzuholen. Diese ergiengen von Seiten des Landgrafen dahin, daß die hessischen Truppen sich den Befehlen des Prinzen Ferdinand unterwerfen würden. Imhof dagegen erklärte am 18 November, er habe aus Blankenburg noch keine Antwort erhalten, traf aber insgeheim Vorbereitungen um aus dem Lager hinter der Schwinge bei Stade aufzubrechen und zu den Franzosen zu marschieren, deren nächste Posten sieben bis acht Meilen entfernt bei Rotenburg an der Wümme standen. Denn er hatte allerdings gemessene Befehle des Herzogs empfangen, mit den Truppen nach Braunschweig abzumarschieren: der Erbprinz sollte ebenfalls das Heer verlassen und sich über Hamburg zu seinem Oheim Ludwig nach Holland begeben.

General Imhof schauderte als er die herzogliche Ordre las, aber stand nicht an sie auszuführen[1]. Um Mitternacht sandte er seine Avantgarde voraus, um vier Uhr morgens den 19 November brach er mit den übrigen Truppen auf und marschierte über die Schwingebrücke bei Mulsum. Hier traten ihm Hannoveraner und Hessen entgegen: Imhof selbst und der General von Behr wurden gefangen genommen und nach Stade abgeführt; Oberst von Zastrow, nunmehr der älteste im Commando, und die übrigen Offiziere willigten ein mit den Truppen nach Stade zurückzukehren und hier die weiteren Befehle des Herzogs abzuwarten.

An demselben Tage brachen die bei Zeven stehenden hessischen Divisionen auf und besetzten am 20 November Bremervörde. Die dort lagernden 45 französischen Dragoner marschierten ab. Man hatte ihrem Hauptmanne die Wahl gelassen, mit den Hessen in dem Orte zu bleiben oder sich zurückzuziehen: er

---

[1] 1757 Nov. 23. Stade. Imhofs Bericht an den Prinzen Ferdinand. Westphalen II 140 ff. Vgl. Stuhr I 161 ff.

wählte das letztere. Übrigens setzte das hannöversche Generalcommando am folgenden Tage den Marschall Richelieu von der Verlegung des hessischen Corps nach Bremervörde, welche durch die Rücksichten auf die Sicherheit und den Unterhalt der Truppen geboten sei, in Kenntniß, mit dem Bemerken daß auch die Stellung der andern Truppentheile verändert werden müsse. Inzwischen war auch Richelieu von Braunschweig aufgebrochen und hatte seine Truppen nach der Niederelbe in Marsch gesetzt um die Auflösung der hannöverschen Armee mit Gewalt zu erzwingen. Am 23 November nahm er sein Hauptquartier zu Lüneburg: von dort wurde Winsen und die Hoper Schanze an der Elbe besetzt und die Verbindung mit Harburg eröffnet, wo französische Besatzung lag. Der Übermacht über welche Richelieu gebot schien es ein leichtes sein zu müssen die feindliche, in sich zwiespältige, und durch die schwankende Waffenruhe mehr noch als den unglücklichen Feldzug verstimmte und erschütterte Armee vollends einzuschließen und zu vernichten.

Unter diesen schwierigen Umständen traf Prinz Ferdinand von Braunschweig bei dem verbündeten Heere ein. In Bergedorf erwartete ihn sein Neffe, der damals zweiundzwanzigjährige Erbprinz Karl Wilhelm Ferdinand und berichtete tief erschüttert von den Befehlen seines Vaters, der sich dem französischen Hofe völlig untergeben habe, und von den widrigen Vorgängen mit den braunschweigischen Truppen. Ferdinand bewog seinen Neffen mit ihm zum Heere zurückzukehren und dort die Entscheidung dieser Angelegenheit abzuwarten. In Hamburg empfieng Ferdinand von dem Landgrafen von Hessen die stärksten Versicherungen aus allen Kräften an dem bestehenden Bündnisse festhalten zu wollen. Am 23 November führte eine Blankeneser Barke mit günstigem Winde die beiden Prinzen von Braunschweig nach Stade, dem hannöverschen Hauptquartier und damals zugleich dem Sitze der hannöverschen Regierung.

Noch war von König Georg II keine Vollmacht für den neuen Oberbefehlshaber eingegangen, aber es kam demselben von allen Seiten guter Wille entgegen; sein zugleich milder und entschlossener Character war ganz geeignet die obwaltenden

Schwierigkeiten zu besiegen. Sobald Ferdinand die nothwendigsten Anordnungen getroffen hatte, richtete er am 28 November ein Schreiben an den Marschall von Richelieu mit der Nachricht, daß er von dem Könige von Großbritannien berufen sei die aus seinen und seiner Alliirten Truppen bestehende Armee zu befehligen, und daß die königlichen Verhaltungsbefehle dahin lauteten diese Armee in Activität zu setzen. Die hannöversche Regierung veröffentlichte eine vom 26 November datierte „vorläufige Anzeige der Ursachen, welche J. K. M. von Großbritannien als „Kurfürst zu Braunschweig und Lüneburg zu Wiederergreifung „der Waffen gegen die aufs neue im Anzuge begriffene französische Armee bewogen[1]." Prinz Ferdinand zog sogleich die in Cantonnements aus einander gelegte Armee, welche noch 32000 Mann stark war, zusammen und rückte über Buxtehude gegen den Marschall von Richelieu vor. Am 29 November ließ er den französischen Commandanten von Harburg zur Capitulation auffordern und da diese verweigert wurde am nächsten Morgen die Beschießung anfangen. Um diese zu decken blieb eine Abtheilung zurück. Mit dem übrigen Heere marschierte Ferdinand vorwärts. Am 4 December ward Lüneburg besetzt: an demselben Tage bestand Generalmajor Schulenburg ein glückliches Gefecht mit der französischen Arrieregarde. Überall waren die Franzosen im Rückzuge begriffen, denn Richelieu, durch mancherlei Gerüchte geängstigt, suchte eine Deckung hinter der Aller und nahm sein Hauptquartier in Celle.

So war der erste Schritt zur Befreiung Norddeutschlands von einem übermüthigen Feinde gethan und der Armee das Bewußtsein ihrer Thatkraft zurückgegeben. Noch aber war die unerquickliche braunschweigische Angelegenheit nicht ins reine gebracht. Vor Ferdinands Ankunft war in Stade bereits ein herzoglicher Rath eingetroffen, welcher der hannöverschen Regierung über den Vorgang bei Mulsum die bittersten Vorwürfe machte und den Truppen im Namen des Herzogs untersagte, ferner mit den Hannoveranern Gemeinschaft zu halten oder gegen die Franzosen

---

[1] Lynar II 793 ff.

zu fechten. Prinz Ferdinand bemühte sich ohne der Sache etwas zu vergeben den Zwiespalt so weit möglich in Güte beizulegen. Das hannöversche Ministerium bestimmte er den braunschweigischen Generalen ihren Degen zurückzugeben, unter der Bedingung, vorerst auf ihr Ehrenwort in Stade ruhig zu verbleiben, ferner einen vertrauten Abgeordneten nach Blankenburg an den Herzog zu senden. An diesen schrieb Ferdinand persönlich und erklärte, er habe die Interessen der beiden Könige, die Sache des Vaterlandes und, fügte er hinzu, die Sache des Herzogs selbst zu vertreten. Er beschwur seinen Bruder bei den Banden des gemeinsamen Blutes, bei allem was ihm theuer sei, die Sache der er schon so viel geopfert nicht zu verlassen. Sein höchster Trost werde sein, wenn der Herzog seinen Truppen befehle in der verbündeten Armee auch ferner zu dienen: auf der andern Seite gebiete seine Pflicht ihm zu erklären daß, da das Wohl des Vaterlandes es fordere, er fest entschlossen sei, komme daraus was da wolle, die Truppen nicht abmarschieren zu lassen, sondern sie nöthigesfalls mit Gewalt am Rückmarsche zu hindern. In Ausübung derselben Pflicht habe er den Erbprinzen genöthigt den Befehlen des Herzogs zuwider bei der Armee zu bleiben[1].

Während Prinz Ferdinand seinen Bruder umzustimmen suchte, verständigte er sich mit dem dermaligen Befehlshaber der braunschweigischen Truppen dahin, daß diese bis auf weitere Befehle des Herzogs den Bewegungen der verbündeten Armee folgen sollten, und erklärte dem Erbprinzen, daß die Umstände nicht verstatteten daß er nach seinem Vorsatze die Armee verlasse: er müsse diesen aufgeben oder gewärtigen daß er mit Gewalt daran gehindert werde. Diesen Ausspruch that Ferdinand absichtlich in Gegenwart von Lynar, der sich noch einmal in Stade eingefunden hatte: außerdem stellte er schriftlich seinem Neffen vor, daß er in diesem Falle über das Gebot seines von den Feinden unter-

[1] 1757 Nov. 24. Stade. Prinz Ferdinand an den Herzog Karl von Braunschweig. Westphalen II 151 ff. gibt die ganze in dieser Angelegenheit von Ferdinand geführte Correspondenz. Vgl. Stuhr I 350—354.

drückten Vaters die Pflichten und Dienste stellen müsse, welche das Vaterland von ihm fordere. Um jeden Zweifel zu heben, nahm Ferdinand nicht allein die ganze Verantwortlichkeit für das Verhalten des Erbprinzen auf sich, sondern befahl demselben auch in Vollmacht des Oberbefehlshabers seine Dienste wie bisher fortzusetzen[1]. Mit dem Berichte über diese Vorgänge fertigte Prinz Ferdinand einen Eilboten an König Friedrich ab und ersuchte diesen um seine wirksame Vermittelung: nicht minder setzte er Mitchell und den König von England von dem Stande der Dinge in Kenntniß.

Noch war bei dem Herzog Karl der Unwille über die Nichtachtung seiner fürstlichen Befehle und die Furcht vor dem französischen Hofe mächtiger als alle Gründe, mit denen sein Bruder ihn zu überzeugen suchte, daß Braunschweig der von Hannover und Preußen verfochtenen deutschen Sache sich nicht entziehen dürfe: im Gegentheil wiederholte er sowohl schriftlich als mündlich durch Abgeordnete die an die Truppen und den Erbprinzen erlassenen Befehle. Ferdinand ließ sich dadurch nicht irren. Das Verbleiben des Erbprinzen beim Heere war um der braunschweigischen Truppen willen nothwendig, daher beharrte Ferdinand seinem Neffen gegenüber auf der Erklärung daß er seine Entfernung nimmermehr gestatten könne. Der Erbprinz war von Natur geneigt sein eigenes Urteil dem entschiedenen Widerspruche und dem festen Willen anderer unterzuordnen. In dem gegenwärtigen Conflicte gehorchte er der Stimme des Oheims und des Generals um so eher, da er dessen Verfahren im Herzen billigte und in ihm sein Muster und Vorbild sah.

Der Erbprinz also blieb beim Heere. Nun galt es der braunschweigischen Truppen sich zu versichern, unter denen die wiederholten Befehle des Herzogs eine solche Gährung erzeugten, daß ein offener Ausbruch von Widersetzlichkeit zu befürchten stand. Dem vorzubeugen versammelte Prinz Ferdinand die Offiziere um sich und fragte sie, ob das brave Corps sich jetzt von seinen

[1] 1757 Nov. 27. Buxtehude. Déclaration faite à M. le prince héréditaire. Westphalen II 152 f. Vgl. I 359.

Waffenbrüdern absondern wolle, während alle übrigen mit Freuden marschierten und jeder beherzte Mann, froh über die endlich gebotene Gelegenheit eine zu lange erduldete Schmach zu rächen mit Begierde den Degen gegen den Feind zücke, der noch vor wenig Tagen dem Heere drohte so lange es ruhig stand, aber nun fliehe und nichts anderes erwarte als mit Schimpf aus dem Lande gejagt zu werden. Er schilderte das Elend und die Verwüstung, welche die Franzosen durchgehends und besonders im Braunschweigischen angerichtet: indessen sei kein Unterthan so übel daran als der Herzog, dem sein eigener Wille genommen sei; er müsse in seinem Aufenthalte unter den Feinden nur nach ihrer Vorschrift handeln. So sei er genöthigt worden einen Vertrag gleichsam gegen sich selbst zu zeichnen: die letzte Stütze des Hauses und des Landes, die Truppen, hätten davon das Siegel und das Opfer sein sollen. „Es schaudert mich," fuhr er fort, „wenn „ich gedenke, daß nur noch ein Augenblick zwischen ihrem unvermeidlichen Verlust und ihrer Errettung gewesen, und daß „dieser für die Ehre meiner Landsleute verhängnißvolle Augenblick gerade derjenige ist, in welchem ich zu Ihnen komme; ich „danke dem Höchsten um so mehr, daß sich das Blatt nun ganz „gewendet hat und Sie mit mir Ihren Degen zum Dienst des „Vaterlandes ziehen können." So lange die Convention von Kloster Zeven nicht aufgekündigt war, habe sein Bruder nicht umhingekonnt mit den Feinden zu unterhandeln und ihren Zumuthungen gemäß Befehle zu erlassen. Jetzt sei glücklicherweise diese schädliche und unrühmliche Convention gebrochen und aufgerufen. Was durch sie vorgeschrieben war und ihre Folge sein konnte, falle mit ihr: an die Stelle der gefahrvollen, betrüglichen Ruhe, welche ihr zweideutiger Stand bewirkte, sei der offene sichere Krieg getreten. Von ihm erwarte auch sein Bruder seine Rettung, die Rettung seines Hauses und seines Landes. Dieser könne zwar von dem Druck der Lage gehindert jetzt zu ihnen nicht sagen, vereinigt dazu eure Kräfte mit den übrigen, aber er wisse daß sie sich selbst sagen: seid Eurer Ehre eingedenk und bleibt dem Eide treu, den Ihr dem Könige geschworen habt. „Hierzu fordere ich selbst Sie auf," schloß Prinz Ferdinand seine

Anrede, „zugleich als General des Königs und als Bruder Ihres „Herrn mit dem ich nur éin Interesse habe. Nehmen Sie mich „in dieser doppelten Eigenschaft zu Ihrem Bürgen an, einmal „dafür daß Ihr Eifer für die gemeinsame Sache Ihnen nie „nachtheilig werden und Sie für jeden Schritt vertreten und „schadlos gestellt sein sollen, was ich Ihnen hiermit im Namen „Sr. Majestät verspreche, und dann daß Ihr Herr selbst Ihnen „seinen Dank und Gefallen bezeugen wird, daß Sie mir gefolgt, „sobald es ihm die Umstände erlauben, wozu der glückliche „Augenblick, wie ich hoffe, nicht mehr entfernt ist."

Bei dieser von militärischem Ausdruck belebten Rede hatten sich die vorher finstern Stirnen aufgeheitert: jetzt wandte Ferdinand sich an Zastrow, der das Corps commandierte, mit den Worten: „wozu sind Sie für Sich entschlossen, Herr Oberst;" „Ihren Befehlen Gehorsam zu leisten, gnädiger Herr," erwiederte der tapfere Mann, „und ich hoffe, niemand schließt sich hier aus." In gleichem Sinne antworteten die übrigen Offiziere[1]. Dem Beispiele der Offiziere folgten die Mannschaften. Damit war die Gefahr überwunden daß sechstausend Mann deutscher Truppen den Franzosen ausgeliefert wurden: das brave braunschweigische Corps ward in der Waffenbrüderschaft mit den Hannoveranern und Hessen erhalten und half zur Befreiung Norddeutschlands aus Feindeshand.

Herzog Karl gab sich mit der vollendeten Thatsache zufrieden. Ferdinand betheuerte ihm in mehreren Briefen, daß er in diesem Falle nur als General handeln könne. Von der verbündeten Armee, welche ihm anvertraut sei, bildeten nach den feierlichen Verpflichtungen, die der Herzog mit dem Könige von England eingegangen sei, die braunschweigischen Truppen einen Bestandtheil; daher müsse er, im Falle sie sich auflehnen sollten, die äußersten Mittel anwenden und sie entwaffnen. Endlich beschwur Ferdinand den Herzog seinen Sohn nicht zur Verzweiflung zu bringen, der eben so wie er selbst keinen Augenblick zögern werde den herzoglichen Befehlen zu gehorchen, sobald Ehre und Pflicht

---

[1] Westphalen I 360—362.

es gestatteten[1]. Diese brüderlichen Worte blieben nicht ohne Wirkung. Auch die hannöversche Regierung bemühte sich den Unwillen des Herzogs über ihr Verhalten gegen ihn zu beschwichtigen: namentlich verstand sie sich zu dem Versprechen demselben für die erlittenen Verluste eine außerordentliche Schadloshaltung zu gewähren. Seinen ernstlichen Willen der Wiener Convention nachzukommen glaubte Herzog Karl bewiesen zu haben: Abschriften der betreffenden Correspondenz übersandte er sowohl dem Marschall Richelieu zur Kenntnißnahme des französischen Hofes als dem Grafen Kaunitz[2]. Überdies verminderte sich seine Furcht vor den Franzosen, da die Operationen der verbündeten Armee einen so guten Anfang nahmen.

Den Ausschlag gab die gleichzeitige Meldung von der Schlacht bei Leuthen. Auf den Rath des Grafen Finckenstein machte die Königin Elisabeth Christine zugleich mit der Nachricht von diesem entscheidenden Siege der preußischen Waffen brieflich ihrem Bruder Vorstellungen über die Absicht seine Truppen von der verbündeten Armee abzurufen. Herzog Karl antwortete darauf mit der Erklärung, er wolle sein möglichstes thun, aber er müsse sein gegebenes Wort halten. Übrigens würden nach den Befehlen, welche Prinz Ferdinand gegeben, die braunschweigischen Truppen sich nicht von der Armee trennen[3]. Von dem Inhalte dieses Schreibens machte König Friedrich am 16 December Ferdinand vertrauliche Mittheilung und ließ dem Erbprinzen von Braunschweig die Versicherung geben, er nehme es auf sich ihn mit seinem Vater zu versöhnen, wenn dieser ihm noch zürnen sollte. An den Herzog selbst schrieb Friedrich, jetzt sei der Augenblick wo es gelte auszuharren. Er brauche sich kein Dementi zu geben. „Wenn Ihr Sohn Ihnen nicht gehorcht, so geschieht es allein

---

[1] 1757 Dec. 7. Amelinghausen. Dec. 8. Ebstorf. Prinz Ferdinand an den Herzog Karl. Westphalen II 160 ff. 164 ff. Die Anrede an die Offiziere ward zu Ebstorf gehalten.

[2] Auszüge daraus Kriegs=Canzley 1758 III 90 ff. 133 ff.

[3] 1757 Dec. 8. (Magdeburg.) Die Königin von Preußen an d. Herzog Karl u. dessen Antwort Dec. 9. Blankenburg. Dec. 10. Finckenstein an den König. Beil. II 104—106.

„kraft meiner Überredung; werfen Sie Ihren ganzen Zorn darüber auf mich, denn ich habe ihm versichert, daß alles was Sie „ihm schrieben nichts als eine Fratze sei, daß Sie wollten daß „er nicht gehorche und daß ich alles auf mich nehme; ich mache „es zu meiner Angelegenheit und nehme ihn offen unter meinen „Schutz[1]." Das war das letzte Wort in dieser Sache.

Durch die erneuten Siege Friedrichs des großen und durch die Entschlossenheit, mit welcher Ferdinand von Braunschweig das niedersächsische Heer zusammenhielt, wurden die weitgreifenden Pläne vereitelt, welche die Höfe von Wien und Versailles an das Vordringen der französischen Armee bis zur Elbe geknüpft hatten. Statt daß deren nächste Aufgabe die Belagerung von Magdeburg bilden sollte, hatte sie jetzt um ihre Winterquartiere im Gebiete der Weser zu kämpfen. Man hatte die Absicht gehegt, nachdem man die braunschweigischen und hessischen Truppen in französischen Sold genommen, diese 18000 Protestanten zu der schwedischen Armee in Pommern stoßen zu lassen. Von dieser Verstärkung der Kriegsmacht der Schweden, der alten Beschützer des Protestantismus, hatte man sich die günstigste Wirkung auf die Protestanten im ganzen Reiche versprochen. Mit den deutschen Truppen sollten französische verbunden werden und ein französischer General das ganze Corps befehligen. Diesem Entwurfe gemäß sandte Marschall Richelieu Ende October den Marquis de Montalembert in das schwedische Hauptquartier um die gemeinsamen Operationen zu verabreden[2].

Bald darauf ward Soubise bei Roßbach geschlagen. Richelieu erkannte gleich nach Empfang der Nachricht von dem Siege der Preußen, daß jene Pläne nicht mehr ausführbar seien und gab

---

[1] 1757 Dec. 16. Hauptquartier vor Breslau. Friedrich II an den Prinzen Ferdinand. Westphalen II 173. Dec. 19 an den Herzog von Braunschweig. Beil. II 109. Vgl. Friedrichs Brief an die Königin v. 17 Dec. Oeuvres XXVI 30 und an den Prinzen Heinrich aus derselben Zeit b. Schöning siebenjähr. Krieg I 104.

[2] Octob. 21. Wien. Stainville an Bernis nach einem Briefe Richelieus vom 13 October. Nov. 1. Versailles. Bernis an Stainville. Vgl. Corresp. de M. le marquis de Montalembert. Londres 1777 I 3 ff.

sofort am 9 November dem schwedischen Feldmarschall Ungern-Sternberg Kenntniß von der veränderten Sachlage[1]. Aber das französische Ministerium ließ sich in seinem Vorsatze nicht so bald stören. Man bedurfte zu diesem Unternehmen der Dienste des Herzogs von Mecklenburg-Schwerin. „Wir müssen Herren „seines Landes sein," schrieb Bernis noch am 14 November; man beabsichtigte Dömitz und andere Plätze mit französischen Truppen zu besetzen[2]. Ganz so bereitwillig als der Hof von Versailles erwartet hatte gieng der Herzog Friedrich auf die französische Einlagerung nicht ein: er machte mancherlei Gegenbedingungen, nicht bloß auf Kosten von Preußen, sondern auch von Hannover und Schweden. Daraufhin wurde ein Vertrag entworfen und am 1 December zu Schwerin unterzeichnet, der eine weitere Ausführung des Bündnisses vom 1 April sein sollte. Herzog Friedrich versprach darin für den Fall daß die französische Armee den Kriegsschauplatz nach Brandenburg und Pommern verlege, seine Feste Dömitz dem Könige von Frankreich für die Dauer des Kriegs in Verwahrung zu geben; ferner sollten französische Truppen die an Preußen und Hannover verpfändeten mecklenburgischen Ämter besetzen und während des Krieges „für „die Sache des Reiches" benutzen. Dafür versprach der König von Frankreich keinen Frieden zu schließen ohne daß der Herzog in alle Theile seines Landes, welche ihm im Kriege etwa entrissen worden seien, wieder eingesetzt werde. Für andern Schaden ward der Herzog an das Versprechen des Kaisers gewiesen, der allen Reichsständen Schadloshaltung zugesagt; übrigens war Frankreich in diesem und andern Puncten freigebig mit dem Versprechen seiner guten Dienste ohne weitere Verpflichtungen zu übernehmen. Mecklenburg sollte die zwölf seit 1735 an Hannover und Preußen verpfändeten Ämter zurückerhalten, ferner das Herzogthum Lauenburg, von Schweden Wismar mit den Ämtern Neukloster und Poel. Dagegen erklärte sich der Herzog groß-

---

[1] Eine aufgefangene Copie seines Schreibens s. Henckel-Donnersmarck I 2, 369 f. Vgl. Corr. de Montalembert I 40.

[2] 1757 Nov. 14. Versailles. Bernis an Stainville.

müthig bereit an die Krone Schweden seine Ansprüche an Schweden, Dänemark, das sächsische Kurhaus, sowie an zwei Canonicate in Halberstadt und Magdeburg abzutreten[1].

Diesen Vertrag schloß der Herzog von Schwerin in der Erwartung, daß Richelieu den Prinzen Ferdinand bei Harburg angreifen und die Elbe behaupten werde. Statt dessen erfuhr Champeaux, der französische Gesandte zu Schwerin, schon am nächsten Tage, daß die französische Armee sich an die Aller zurückziehe und schrieb in höchster Bestürzung dem Kriegsminister Paulmy: „alle meine Unterhandlungen wegen Dömitz, wegen „der Besetzung der mecklenburgischen Lande, wegen der den Schweden zu bringenden Hilfe werden zu Schanden[2]."

Nichtsdestoweniger fand Ludwig XV für gut den Vertrag zu ratificieren. Dies schien unbedenklich, weil dem Herzoge zur Erreichung seiner Wünsche nur die guten Dienste Frankreichs, ohne förmlich bindende Verpflichtung, zugesagt wurden. „Der Herzog „läuft genug Gefahr," schrieb Bernis an Stainville, „um zu „verdienen daß man ihm wenigstens Hoffnungen läßt[3]." Es bezeichnet die Heuchelei und die Verworfenheit der Regierung Ludwigs XV, daß sie einen Fürsten, dem sie nicht helfen konnte noch wollte, mit kaltem Blute dazu verlockte die Feindseligkeit Preußens und Hannovers immer schärfer zu reizen. Übrigens scheint die Auswechselung der Ratificationen des durch den ferneren Gang des Krieges für Frankreich werthlos gewordenen Vertrags unterblieben zu sein: im Schweriner Archiv ist nur der Entwurf des Vertrags, nicht die Ratification desselben vorhanden.

Gerade in den Tagen, da Ferdinand von Braunschweig die niedersächsische Armee wiederum ins Feld führte, ward zu Celle am 11 December durch den Armeeintendanten Baron von Lucé ein Decret des königlich französischen Staatsraths vom 18 October bekannt gemacht, welches recht dazu angethan war in Norddeutschland die Sehnsucht nach Befreiung von der fremden

[1] S. den Vertragsentwurf vom 1 Dec. 1757. Beil. I, 7. Über die Verpfändung s. E. Boll Gesch. Mecklenburgs II 267.

[2] Stuhr I 167 f.

[3] 1757 Dec. 22. Versailles. Bernis an Stainville. Beil. II 113.

Unterdrückung zu steigern. Das Decret verkündete die Verpachtung aller Einkünfte des Kurfürstenthums Hannover an Jean Faidy, Bürger von Paris[1]. Es ließ sich voraussehn daß dieser Pächter alles aufbieten würde um aus dem eroberten Lande so viel nur immer möglich herauszuschlagen. Um so dringender ward der Wunsch daß Ferdinand seine Operationen beschleunigen und nachdrücklich durchführen möge.

Sechstes Capitel.

Der Krieg in Schlesien. Die Schlacht bei Leuthen.

Durch die neue Wendung der Dinge in Thüringen und Niedersachsen wurden Maria Theresia und Kaunitz noch nicht allzu tief betroffen. Denn der anfangs so glänzende Feldzug der französischen Armee hatte den Stolz der Minister Ludwigs XV zu einer so bedenklichen Höhe gesteigert, daß ein Rückschlag der sie traf, obgleich er die Beendigung des Kriegs in weitere Ferne rückte, dennoch in Wien nicht ohne eine gewisse Genugthuung vernommen ward. Während das kaiserliche Heer langsam vorrückte und keinen neuen entscheidenden Schlag ausführte, hatte Frankreich in den hannöverschen Angelegenheiten die Stellung einer helfenden Macht verlassen um seine eigenen Zwecke in einer Weise zu verfolgen, welche dem Wiener Hofe von allem Anfange an wenig zusagte. Jetzt stand Österreich daran sein unverrückt verfolgtes Ziel, die Eroberung Schlesiens, in demselben Augenblicke zu erreichen, wo die eigenwilligen Pläne Frankreichs zerstoben. Der Nachtheil, welcher von diesem Umschwunge der gemeinsamen Sache drohte, ließ sich damals noch nicht in seinem ganzen Umfange übersehen: aber den Bruch der Zevener Convention hatte Kaunitz längst erwartet und durfte annehmen daß der französische Hof

---

[1] Kriegs-Canzley 1758 III 845.

von nun an auf die österreichischen Vorschläge bereitwilliger eingehen werde als bisher.

In Schlesien setzte der Herzog von Bevern mit dem preußischen Heere die rückgängige Bewegung auf der großen Straße fort, welche über Liegnitz nach Breslau führte, mehr durch die Schwierigkeit der Verpflegung bestimmt als durch die Unternehmungen der Kaiserlichen: „die Sorge für das tägliche Brot „belastete die Seele des Feldherrn[1]." Der österreichischen Armee kam die Abwesenheit des Königs von Preußen und die Schwäche des feindlichen Heeres wenig zu statten. Denn über der fortwährenden Uneinigkeit des Prinzen von Lothringen und des Feldmarschalls Daun kam man zu keinem thatkräftigen Entschlusse, und was gemäß den von Wien aus ertheilten Vorschriften geschah ward langsam und umständlich ausgeführt.

Die Hauptmacht der Österreicher zog von der großen Straße südlich über Lauban und Löwenberg nach Goldberg und bedrohte Liegnitz und die Verbindung mit Breslau. Um dieser Bewegung zuvorzukommen brach Bevern, der jetzt von der Verpflichtung auf die Deckung der Marken Bedacht zu nehmen ausdrücklich entbunden war, am 18 September von Bunzlau auf und bezog jenseit Liegnitz und der Katzbach bei Barschdorf ein neues Lager. Was nun zu thun sei, darüber giengen die Meinungen der preußischen Generale, welche bei dem Oberfeldherrn sich aufdringlich geltend machten, vollständig aus einander. Wäre Bevern nur seinen eigenen Gedanken nachgegangen, so hätte er sich mit seiner ganzen Streitmacht südöstlich in die Gegend des Würchensees gezogen, ziemlich in gleicher Entfernung von Breslau und Schweidnitz, rückwärts in Verbindung mit Glogau, und hätte zur Behauptung dieser Stellung eine Schlacht gewagt: aber er ließ sich durch die gegen jenen Plan geltend gemachten Rücksichten auf die Magazine in Liegnitz bestimmen seinen Vorsatz

[1] Gesch. d. siebenj. Krieges bearb. v. d. Off. d. gr. Generalstabs I 397. Vgl. außerdem (v. Olleck) Fr. d. gr. v. Kolin b. Roßbach u. Leuthen. Berl. 1858. Auszüge aus französischen Berichten s. Stuhr I 267 ff.; das Journal der kaiserlichen Armee Danziger Beytr. 1757 III 477 ff. 619 ff. Vgl. Huschberg-Wuttke 194 ff.

aufzugeben. Mehrere Generale waren überhaupt der Meinung, da man das Feld doch nicht zu halten vermöge, solle man die Besatzungen der festen Plätze gehörig verstärken und mit dem Reste der Armee zwischen Schweidnitz und Neiße wie mit einem fliegenden Corps agieren; andere riethen gleich nach Glogau zu marschieren um die Verbindung mit dem Könige zu erhalten.

In der That ließ sich Bevern bewegen am 20 September sieben Bataillone nach Schweidnitz Brieg Glatz Neiße und Kosel zu entsenden und schwächte dadurch sehr zur Unzeit sein ohnehin nicht starkes Heer. Jedoch hielt er noch an der Möglichkeit eine Schlacht zu liefern fest. Deshalb verwarf er die Vorschläge zu weiterer Zersplitterung seiner Truppen und gab die Absicht nicht auf die Verbindung mit Breslau zu behaupten. Diese ward indessen durch das Vorrücken der Österreicher, welche am 26 September von den Höhen von Wahlstatt aus gegen das preußische Lager bei Barschdorf eine zwecklose und wenig wirksame Kanonade eröffneten, mehr und mehr bedroht.

Bevern beschloß der kaiserlichen Armee rasch zuvorzukommen. Am 27 September ordnete er den Abmarsch an, scheinbar nach Glogau, aber er verfolgte diese Straße nicht, sondern überschritt oberhalb Steinau bei Diebau die Oder, und marschierte von da stromaufwärts nach Breslau und durch die schlesische Hauptstadt auf das linke Oderufer zurück. Am 1 October stand die Armee, von welcher übrigens abermals Truppen entsendet waren, westlich von Breslau hinter der Lohe in ausgedehnten Stellungen, welche man durch Verschanzungen zu verstärken suchte. Die kaiserliche Armee zog erst am folgenden Tage auf der großen Straße heran, und Karl von Lothringen mußte als er nach Lissa kam, anderthalb Meilen vor Breslau, zu seinem höchsten Verdrusse sich überzeugen, daß die Preußen, welche er bei Glogau wähnte, ihm gegenüber gelagert seien. Im ersten Eifer war er willens sie sofort anzugreifen um durch eine Schlacht sich den Besitz von Breslau und sichere Winterquartiere auf dem linken Oderufer zu verschaffen. Aber auf den Rath seiner Generale stand er davon ab. Es wurde beliebt zuerst die Belagerung von Schweidnitz zu unternehmen und zwar unter Mitwirkung der von

Frankreich besoldeten Baiern und Würtemberger. Inzwischen sollte die Hauptarmee das preußische Lager vor Breslau beobachten und erst nach der Einnahme von Schweidnitz und Vereinigung aller Streitkräfte angriffsweise vorgehen. Die früher beabsichtigte Verstärkung der in der Lausitz zurückgelassenen Truppen unterblieb um die Hauptaufgabe, die Eroberung Schlesiens, mit allen Mitteln durchzusetzen.

Der Marsch der preußischen Armee nach Breslau ward von Freund und Feind als ein Meisterstück bewundert und that dar, daß es dem Herzog von Bevern an Einsicht und Geschick nicht gebrach: es war das Herrschtalent und die Willensstärke, welche ihm abgiengen. Je schwieriger die Umstände wurden, um so mehr richtete er sein Absehen dahin, statt selbst seine Zeit und seinen Ort wahrzunehmen, den Willen des Königs zu treffen. Deshalb wartete er stets dessen Befehle ab, welche aber natürlich den veränderten Umständen nicht entsprachen, und that in ängstlicher Sorge vor unausbleiblichen Vorwürfen lieber nichts, als daß er entscheidende Entschlüsse auf eigene Hand faßte[1].

Schwierig genug waren die Verhältnisse mit denen Bevern zu kämpfen hatte. Seine Armee belief sich nach Abzug der Garnisonen und der Kranken nur auf einige 20000 Mann: insbesondere war die Cavallerie heruntergekommen. Die Kaiserlichen dagegen standen ihm in einer Stärke von 60000 Mann gegenüber, ein Misverhältniß, welches sich später noch steigern sollte und in seinem Gemüth die schlimmsten Befürchtungen weckte. Dennoch war er entschlossen um Breslau nicht verloren zu geben die vor dieser Stadt genommene Stellung um jeden Preis zu halten und wo möglich von ihr aus die österreichische Armee anzugreifen. Bei diesem Vorsatze beharrte er gegen die Ansicht eines am 3 October versammelten Kriegsraths, in welchem die Meinung der meisten Generale dahin gieng, um nicht bei Breslau vom Feinde völlig eingeschlossen zu werden, müsse man sich sogleich auf das rechte Oderufer zurückziehen und die Verbindung mit Glogau sichern. König Friedrich war mit den von Bevern angeordneten

[1] Vgl. Westphalen I 211 ff.

Maßregeln einverstanden und befahl ihm durchaus Breslau zu decken; zugleich erneuerte er einmal über das andere die Vorschrift, er möge allen Kriegsrath abschaffen und mehr Vertrauen zu sich selbst haben. „In einem Kriegsrath kömmt nichts weiter „heraus, als daß nach vielem vergeblichen Streiten die timide „Partei den größeren Haufen macht" schrieb er am 13 October.

Sieben Wochen lang standen bei Breslau Preußen und Österreicher einander gegenüber und verschanzten ihre Lager nach Möglichkeit. Die Österreicher beherrschten das linke Oderufer und schlugen auch unterhalb Breslau eine Brücke, auf der leichte Truppen auf das rechte Ufer übergiengen. Erheblichen Schaden richteten diese jedoch nicht an. Am 19 October hielt Prinz Karl einen Kriegsrath um zu erwägen ob ein Angriff auf die preußischen Linien zu unternehmen sei. Der Beschluß war kein anderer als der frühere; ein Angriff ward durchaus unthunlich befunden. Demnach beschränkte sich die Thätigkeit der kaiserlichen Armee auf die Belagerung von Schweidnitz. Diese Festung war in den Friedensjahren von König Friedrich II am Fuße des Riesengebirges zu dem Zwecke angelegt, die von Trautenau in Böhmen nach Breslau zu führenden Päſſe zu decken; deshalb erschien ihr Besitz, der die kürzeste Verbindung mit Böhmen eröffnete, für die bei Breslau gelagerte kaiserliche Armee von großer Wichtigkeit. Die Werke waren nicht sehr ausgedehnt und nicht von besonderer Stärke. Friedrich II verließ sich darauf, daß die Österreicher während des letzten Kriegs in Belagerungen wenig geleistet hätten. Überdies glaubte er daß der Platz sich gegen eine regelmäßige Belagerung sechs Wochen lang halten könne: binnen dieser Zeit gedachte er sie zu entsetzen.

Die Belagerung von Schweidnitz ward dem Feldzeugmeister Nadasty aufgetragen. Er hatte 30000 Mann zu seinem Befehle, darunter 6800 Baiern und 6000 Würtemberger. Die gute Ausrüstung der letzteren wird besonders gerühmt; auf ihre Dienstwilligkeit war jedoch nicht zu zählen. Nach dem Aufstande vom 20 Juni hatte der Herzog von Würtemberg einen Generalpardon erlassen und die Truppen wiederum unter seinen Fahnen vereinigt, aber als sie ausmarschieren sollten brach am 14 August

im Lager bei Geißlingen eine neue Meuterei aus; zum dritten Male verweigerten sie im September bei Kolin den Gehorsam[1].

Am 13 October ward Schweidnitz eingeschlossen. Zur Mitwirkung bei der Belagerung war eine Anzahl französischer Ingenieure von Soubises Armee gesandt worden; Riverson, der Chef des Ingenieurcorps, leitete die Arbeiten, denen der von Ludwig XV übersandte Plan der Festung zu Grunde gelegt werden konnte. Am 26 October wurden die Laufgräben eröffnet und trotz mehrerer Ausfälle der Besatzung fortgeführt; am 31 begann die Beschießung, welche auf die Festungswerke wie auf die Stadt und die Magazine zerstörend wirkte. Aussicht auf baldigen Entsatz war nicht vorhanden. Allerdings hatte König Friedrich im October, da sein längeres Verbleiben in Thüringen unnütz schien, die Absicht sich nach Schlesien zu wenden, und zwar gedachte er, wie er nach Haddicks Abzug von Berlin am 22 October Bevern schrieb, über Görlitz in die Gegend von Schweidnitz zu marschieren. Er wollte damit nicht allein die Festung sichern, sondern auch Bevern Luft machen, dem er den Befehl ertheilte bei dem zu erwartenden Abzuge der feindlichen Armee deren Nachtrab mit aller Macht anzugreifen. Diesen Plan vereitelte jedoch der Anmarsch der combinierten Armee auf Leipzig, welcher die Aussicht bot durch eine Schlacht die Franzosen und Reichstruppen zu verjagen. Wir wissen wie vortrefflich ihm sein Vorhaben gelang, wie rasch er von der Verfolgung umkehrte um sich nach Schlesien zu begeben, und wie er abermals durch die Verhandlungen über den Ferdinand von Braunschweig zugedachten Oberbefehl aufgehalten wurde. Nicht früher als am 13 November war er im Stande von Leipzig nach Schlesien aufzubrechen.

Dort hatten sich inzwischen die Dinge für die Preußen bedeutend verschlimmert. Die Belagerung von Schweidnitz nahm einen raschen Verlauf: Bevern sah den baldigen Fall des Platzes und in Folge dessen die Verstärkung der ihm gegenüberstehenden Armee auf 80—90000 Mann voraus. Schon am 16 October hatte er dem Könige gemeldet, daß er kein anderes Mittel sehe

---

[1] Stuhr I 321. Vgl. Wuttke-Huschberg 284.

sowohl Breslau als Schweidnitz zu retten, als nach der Theilung der kaiserlichen Armee einen Angriff zu unternehmen. Da König Friedrich in seinen nachfolgenden Schreiben sich über diesen Plan nicht aussprach, zögerte er mit der Ausführung, und kam später zu dem Entschlusse, so lange Schweidnitz sich noch halte die Ankunft des Königs abzuwarten: wenn aber die Festung erobert werde, eine Schlacht zu wagen, ehe der Feind mit seiner vollen Übermacht ihn einschließe und angreife.

Noch ehe dieses Ereigniß eintrat bestimmte ihn der öftere Brand, den man in der Festung wahrnahm, und die Verstärkung des feindlichen Feuers am 11 November die Befehle zu einer Schlacht für den folgenden Morgen zu ertheilen. Während er damit beschäftigt war überbrachte ein Feldjäger ein Schreiben des Cabinetsraths Eichel mit der Botschaft des bei Roßbach erfochtenen Sieges und die mündliche Meldung daß der König nächstens einen Courier senden werde. Statt durch diese Siegesnachricht, welche die Stimmung des eigenen Heeres erheben und die des feindlichen niederdrücken mußte, in seinem Entschlusse bestärkt zu werden, ließ Bevern sich durch das einstimmige Anliegen aller Generale bereden die königlichen Befehle abzuwarten. Diese trafen am 12 November abends ein und enthielten die volle Billigung des von Bevern gefaßten Entschlusses die österreichische Armee anzugreifen ohne die Ankunft des königlichen Armeecorps zu erwarten. In Folge dessen wiederholte Bevern am 13 November die früher ertheilten Befehle für den am nächsten Morgen zu unternehmenden Angriff. Aber in der Nacht, gerade als der Aufmarsch beginnen sollte, kam die Meldung daß Schweidnitz capituliert habe: auch besagte eine, wie sich später ergab falsche, Nachricht daß bereits ein Theil des Belagerungscorps auf dem Marsche nach Breslau begriffen sei. Unter diesen Umständen ließ Bevern sich bereden seine Befehle zurückzunehmen und, statt ein Treffen zu wagen, die ferneren Bewegungen des Feindes und allenfalls dessen Angriff im Lager abzuwarten. Damit war die letzte Möglichkeit einer für die preußische Armee günstigen Entscheidung preisgegeben. Überdies zersplitterte Bevern noch durch neue Entsendungen nach Brieg seine Streitkräfte.

Die Übergabe von Schweidnitz wurde durch einen in der Nacht vom 11 zum 12 November unternommenen Sturm entschieden, bei welchem namentlich die Baiern und Würtemberger ins Feuer kamen. Mehrere Außenwerke wurden genommen, und obgleich noch eine längere Vertheidigung möglich war, gaben die Commandanten von Geers und Grumbkow den Platz verloren und capitulierten. So waren die Österreicher nach siebzehntägiger Belagerung Herren dieser wichtigen Festung mit 180 Geschützen, einem großen Munitions- und Mundvorrath und 236000 Thalern Cassengeldern: die Besatzung — 5800 Mann — ward kriegsgefangen.

Mit der Einnahme von Schweidnitz war der erste Theil des österreichischen Kriegsplans ausgeführt. Nunmehr ward seit dem 15 November die gesamte kaiserliche Streitmacht vor Breslau zusammengezogen. Um der Annäherung des Königs Friedrich zuvorzukommen, glaubte man mit dem Angriffe auf das preußische Lager vor dieser Stadt nicht länger säumen zu dürfen. Deshalb befahl Karl von Lothringen am 22 November die Schlacht.

Gemäß den königlichen Befehlen, welche ihn anwiesen alles daran zu setzen um Breslau zu behaupten, hatte Bevern sich entschlossen der kaiserlichen Armee Stand zu halten. Auf einen günstigen Erfolg rechnete er selbst so wenig als seine Generale. Das Übergewicht von mehr als 80000 Mann Kaiserlicher gegen 28000 Preußen, welche sehr ausgedehnte Linien vertheidigten, war zu groß als daß der Ausgang zweifelhaft sein konnte. Obgleich die Dispositionen der Österreicher nicht zweckmäßig waren und die preußischen Truppen sich meistens wacker schlugen, so überwältigte doch die Masse der Angreifer die schwächeren Gegner, deren Oberfeldherr nicht einmal mehr mit voller Kraft durchzugreifen vermochte. Zwar behauptete sich Zieten auf dem linken Flügel gegen Nadasty, aber das Centrum und der rechte Flügel der Preußen wurden geschlagen und der Rückzug durch Breslau angetreten.

Bevern war tief erschüttert sowohl durch die Unfälle, welche er vorausgesehen und nicht abzuwenden gewußt hatte, als durch die strengen königlichen Befehle, in denen wegen des unterlassenen

Angriffs bittere Vorwürfe erhoben und ihm nebst seinen Generalen mit kriegsgerichtlicher Untersuchung gedroht ward. Er sah keine andere Möglichkeit als sich höchstens noch am 24 November bei Breslau zu halten und alsdann den Rückzug nach Glogau anzutreten, war aber darüber um so mehr bekümmert, da der König ihm seine baldige Ankunft gemeldet und die Behauptung von Breslau als die höchste Pflicht eingeschärft hatte. Indessen zögerten die Österreicher mit dem ferneren Angriffe, und Bevern konnte manches thun um die Stadt noch ein paar Tage zu halten; da wurde er bei einer Besichtigung der Vorposten in der Frühe des 24 Novembers von Truppen des Generals Beck gefangen. Die Gefangennahme geschah unter solchen Umständen, daß man begreift wie sowohl auf preußischer wie auf österreichischer Seite die Meinung aufkommen konnte, daß Bevern um die schwer auf ihm lastende Verantwortlichkeit nicht länger zu tragen, sich freiwillig ausgesetzt habe: aber vor seinem eigenen Berichte und dem Zeugnisse des höchst gewissenhaft geführten Gaudyschen Journals kann dieser Verdacht nicht bestehen[1].

Für das eben geschlagene preußische Heer war die Gefangennahme des Feldherrn ein neues schweres Mißgeschick. An Beverns Stelle trat als der älteste General von Kyau. Dieser, allein darauf bedacht den Rückzug nach Glogau unverzüglich auszuführen, traf keine Vorkehrung irgend einer Art um die Vertheidigung von Breslau bis zur nahe bevorstehenden Ankunft des Königs zu veranlassen. Der von Friedrich II neu ernannte Gouverneur Johann Georg von Lestwitz, ein in Ehren ergrauter General, aber durch die letzten Unglücksfälle außer Fassung gebracht und durch körperliche Anstrengungen und Wunden erschöpft, hatte

[1] Oeuvres de Frédéric IV 160 le prince de Bevern s'avisa d'aller reconnaître le corps de M. de Beck, qui campait près de lui; il était seul, et se laissa prendre par des pandours. In dem vom 26 November datierten Berichte von Stainville heißt es, Bevern habe sich fangen lassen vermuthlich um für Preußen in Wien zu unterhandeln. Retzow I 233 entscheidet sich für die damals allgemein verbreitete Ansicht, daß Bevern sich absichtlich gefangen nehmen ließ. S. dagegen Beverns eigenen Bericht v. Olleck S. 105 f. u. Gaudy's Journal b. Kutzen, Gedenktage II 167 f.

nichts eiligeres zu thun als noch am nämlichen Tage, dem 24 November, unter der Bedingung freies Abzuges der Besatzung Breslau an die Österreicher zu übergeben; ja er ließ es geschehen daß diese einige Stunden vor dem Ausmarsche der Garnison in die Stadt einrückten. Die Folge davon war die Auflösung aller militärischen Ordnung. Die Mannschaften glaubten daß es mit dem Könige von Preußen zu Ende sei und giengen haufenweise zu den Kaiserlichen über: von der Besatzung, welche vor der Capitulation 4288 Mann zählte, marschierten 479 Mann nebst 120 Offizieren mit achtundvierzig Fahnen, die Trümmer von zehn Bataillonen, unter den kriegerischen Ehrenbezeugungen des kaiserlichen Heeres aus den Thoren von Breslau hinaus[1].

Nach diesen Ereignissen schien Schlesien für Preußen verloren zu sein. Die Protestanten sahen mit Furcht und Zittern der Wiederkehr der österreichischen Herrschaft entgegen. „Es ist nicht „zu beschreiben," hieß es in dem Briefe eines bei der kaiserlichen Armee befindlichen Offiziers[2], „wie niedergeschlagen die pro„testantischen Unterthanen dieses Landes sind. Das ihnen vor„gemachte Schreckbild der Religionsgefahr hat bei ihnen so tiefen „Eindruck hinterlassen, daß sie bei Anrückung unserer Völker „schon zittern und nichts anderes glauben, als daß sie nunmehr „gewaltthätig zur Änderung der Religion angetrieben würden, „weshalb dann auch von der hohen Generalität der schärffste „Befehl ergangen von allem sich zu enthalten, was nur von „weitem diese Leute in ihrer irrigen Meinung bestärken könnte." Das kaiserliche Patent vom 21 September diente nicht zu ihrer Beruhigung, denn in diesem hatte Maria Theresia zwar verheißen „Unsern Schutz und Kaiserl. Königl. Gnade der Anklebung „und Treue eines jeden ohne Ansehen der Religion angedeihen „zu lassen," aber diese Zusicherung galt den einzelnen und schloß künftige Maßregeln zur Beschränkung der freien Religionsübung nicht aus. Die Minister Podewils und Finckenstein unterließen

---

[1] S. den österreichischen Bericht Danziger Beyträge 1757 III 622—626. 646 f. Cogniaczo Geständnisse II 416 f. Huschberg 211. Die Liste der Mannschaften s. Schöning Gesch. d. brand.-preuß. Artillerie II 360.

[2] Huschberg 200.

nicht in einem am 29 October an die Schlesier erlassenen königlichen Patente auszusprechen: „nicht allein das Exempel aller „Zeiten sondern auch das Verfahren so die Kaiserin Königin „noch jetzo gegen ihre unglückliche protestantische Unterthanen „ausübet, kann endlich zum Beispiel dienen, was die Protestanten „in Schlesien von dem angebornen Verfolgungsgeiste des Hauses „Österreich zu gewarten haben[1]."

Die ferneren Vorgänge nährten die Besorgnisse der Schlesier. In der Capitulation von Schweidnitz hatten die preußischen Befehlshaber als vierzehnten Artikel aufgestellt: „daß die Stadt „bei allen ihren Privilegien erhalten, auch die evangelische Reli„gion ihr freies Exercitium beibehalten möge." Darauf verfügte Nadasty: „dieses dependiret nur von Kaiserl. Königl. Gnaden." Mehr Rücksicht ward auf Breslau genommen. Auf die in der Capitulation dieser Stadt ausgedrückte Bitte, daß der Magistrat, die Stadt und Bürgerschaft mit sämtlichen Einwohnern, wie auch die zur Stadt gehörigen Dorfschaften bei dem freien ungekränkten Religionsexercitio A. C. mögen belassen werden, verfügte derselbe Nadasty: „wird accordieret, vermöge bereits herausgegebenen „Kaiserlich Königlichen allerhöchsten Patentes," und auch der Nachtrag, welcher die Reformierten einschloß, ward nicht beanstandet. Ja Prinz Karl von Lothringen ernannte, um die Evangelischen zu beruhigen, einen General reformierten Bekenntnisses, von Sprecher, zum Gouverneur der Stadt und einen Lutheraner, von Wulffersdorff, zum Commandanten.

Dergleichen Maßregeln jedoch, welche jeden Augenblick geändert werden konnten, machten wenig Eindruck: in der Hauptsache waren auch die Breslauer auf das kaiserliche Patent verwiesen, welches für die Zukunft der evangelischen Kirche Schlesiens keine Gewähr bot. Und welche Bedrängnisse ihr von neuem drohten, war aus den unverholen geäußerten Hoffnungen eines Theiles des katholischen Clerus zu schließen. An der Spitze desselben stand Graf Philipp Gotthard v. Schaffgotsch. Dieser gehörte einem Hause an, welches unter seinen Vorfahren Blutzeugen des

[1] Danziger Beyträge 1757 III 520.

evangelischen Glaubens zählte. Der Gunst Friedrichs II verdankte er die Erhebung zum bischöflichen Coadjutor und zur fürstbischöflichen Würde von Breslau. Als Bischof war er mit der landesherrlichen Autorität, wie sie Friedrich II ausübte, in Widerspruch gerathen, aber er nahm nicht allein die vielfältigen Beweise königlicher Gnade dankbarlichst entgegen, sondern beeiferte sich auch nach Ausbruch des Krieges in seinen Hirtenbriefen den Klerus und das Volk zur Treue und zum Gehorsam gegen den Herrscher aufzufordern, verordnete Fürbitten und Dankgebete für den Sieg der preußischen Waffen „über unsere rachgierige und hochmüthige „Feinde," und legte den Geistlichen die Verpflichtung auf bei Verlust ihres Seelenheils jedem zur Beichte kommenden Soldaten vor der Absolution die Wichtigkeit des dem Könige geleisteten Eides einzuschärfen[1]. Als aber die preußischen Heere einmal über das andere unterlagen, änderte der Fürstbischof, überall ein Mann von schwankendem Charakter, sein Benehmen. Wir haben gesehen daß König Friedrich schon im September um sein Einverständniß mit dem Feinde wußte: nach dem Einzuge der Österreicher in Breslau hielt Schaffgotsch vor dem Prinzen Karl von Lothringen und dessen Generalität in eigener Person das Hochamt zur Feier des Sieges ab.

Auch den protestantischen Geistlichen Breslaus wurde geboten einen Dankgottesdienst in ihren Kirchen zu veranstalten, und sie kamen dem Befehle mit mehr oder weniger unterthänigen Huldigungen gegen die neue Herrschaft nach. Der Oberstlandescommissarius Graf Kollowrat nahm die Beamten für die Kaiserin in Eid und Pflicht. Manche derselben traten zurück, die meisten ließen sich jedoch bereit finden ihre Geschäfte im Dienste Österreichs fortzuführen. Nicht bloß nach der Ansicht des österreichischen Hofes und seiner Anhänger, sondern nach der Meinung des Volks war Schlesien wieder eine kaiserliche Provinz und stand die Besitzergreifung der noch übrigen Plätze und Kreise

[1] Hirtenbriefe vom 21 Sept. 1756, 21 März u. 13 Mai 1757. Vgl. Aug. Theiner Zustände d. kath. Kirche in Schlesien II 146. K. A. Menzel n. Gesch. d. Deutschen XI 307 f.

binnen kürzester Frist zu erwarten. Nur eins blieb noch zu vollbringen um den durch die österreichischen Waffen errungenen Gewinn sicher zu stellen, nämlich die vollständige Schwächung und der Ruin der preußischen Armee. Diesen wenn irgend möglich noch vor Ablauf des Jahres herbeizuführen ward Prinz Karl von Lothringen durch die dringendsten kaiserlichen Befehle angewiesen.

Die Gelegenheit den schlesischen Feldzug mit einer Feldschlacht zu beschließen sollte nicht auf sich warten lassen: schon war König Friedrich bei der Hand sie anzubieten. Am 13 November brach er von Leipzig auf und marschierte mit 18 Bataillonen und 28 Schwadronen, zusammen höchstens 14000 Mann, nach der Lausitz und Schlesien; am 18 November stand er bei Königsbrück gerade nördlich von Dresden. Die österreichischen Truppen versuchten es nicht seinen Marsch zu hindern, sondern räumten die Lausitz um Böhmen zu decken. Friedrich ließ nämlich dem Prinzen Heinrich, den er zum commandierenden General für die Leipziger Gegend wie für das Halberstädtische und Magdeburgische ernannte, von seinem Heere nur 2500 Mann zurück. Den Rest von 6000 Mann, bei denen sich General Mayr mit seinem Freicorps befand, schickte er unter Feldmarschall Keith nach Böhmen um dort eine Diversion zu machen.

Diese Absicht gelang. Keith rückte über Chemnitz und Marienberg am 23 November nach Sebastiansberg in Böhmen und sprengte überall aus, daß er geradeswegs nach Prag marschiere. Um ihm zuvorzukommen eilte Laudon, der mit seiner kleinen Truppe von 700 Mann am 13 von der Saale her in Freiberg eingetroffen war, nach Prag: aus der Lausitz zogen Marschall und Haddick eben dahin. Der Schrecken in Böhmen war groß: die Bevölkerung wollte ihren Augen nicht trauen als sie die Preußen sah: weit und breit, ja in der festen Stadt Prag selbst herrschten die lebhaftesten Besorgnisse.

Keith nahm eine Stellung bei Postelberg im Saatzer Kreise und sandte nach verschiedenen Seiten Truppenabtheilungen aus, namentlich nach Prag zu und über Lobositz nach Leitmeritz. Von Leitmeritz war wenige Tage zuvor ein großer Transport von

Monturen Waffen und Munition nach Schlesien abgegangen: aber ein ansehnliches Magazin von Mehl und Getreide ward von den Preußen erbeutet und zerstört. Lange jedoch war für Keith kein Bleiben in Böhmen. Von der einen Seite rückten Marschall, Haddick und Laudon heran, von Karlsbad her die früher mit der Reichsarmee vereinigten Reiterregimenter. Dazu erhielt Keith Nachricht von der Capitulation von Schweidnitz, der Schlacht bei Breslau und der Gefangennahme des Herzogs von Bevern. Unter diesen Umständen trat er, nachdem der Hauptzweck seines Einfalls in Böhmen, die Österreicher von der Lausitz abzuziehen, erreicht war, am 30 November den Rückmarsch an und war am 5 December wieder in Chemnitz, ohne einen Mann verloren zu haben.

König Friedrich gedachte anfangs gemäß dem früher schon gehegten Plane geradezu auf Schweidnitz zu marschieren um die Festung zu entsetzen und den Österreichern vor Breslau in den Rücken zu kommen. Diese Absicht vereitelte die Capitulation von Schweidnitz, von welcher er am 18 November bestimmte Meldung erhielt. Jetzt richtete er seinen Marsch auf Breslau, noch in der Hoffnung, daß es Bevern gelingen könne die Österreicher von dort zurückzuschlagen. Am 24 November langte er zu Naumburg am Queis an und ließ die Truppen den folgenden Tag rasten. Bei seiner Ankunft war die ganze Gegend von dem Gerüchte erfüllt daß Bevern die Österreicher zurückgeschlagen habe. Friedrich eilte die frohe Botschaft nach allen Seiten zu melden, namentlich seinem Bruder Heinrich: dieser theilte sie dem in Leipzig verweilenden englischen Gesandten Mitchell mit, der sofort an seine Regierung berichtete[1].

Die Freude war kurz: am nächsten Tage erfuhr Friedrich Beverns Niederlage, und während er das von 4000 Österreichern besetzte Liegnitz zur rechten lassend auf die Oder zu marschierte, kam Tag für Tag eine Unglückspost nach der andern, von Beverns

[1] 1757 Nov. 24. Naumburg. Friedrich II an Moriz von Anhalt und an Keith. (v. Olllech) Leuthen S. 100 f., vgl. S. 79 f.; an Prinz Heinrich Schöning d. siebenjähr. Krieg I 92. Vgl. Mitchell Papers I 385 (Journal vom 26 Nov.). Auf diese falsche Siegesnachricht bezieht sich Newcastle am 8 Dec. ebend. I 291.

Gefangenschaft, dem Abzuge der Armee von Breslau nach Glogau, endlich der Capitulation von Breslau. „Ihr könnt nicht glauben," schrieb er am 30 November dem Prinzen Heinrich, „in welch „schauderhaftem und verworrenem Zustande ich die Dinge in „Schlesien vorgefunden habe." Aber seine Zuversicht wankte nicht: „wenn es dem Himmel gefällt, wird alles sich zum besten wen„den" fügte er hinzu, und mit klarem Sinne und festem Muthe verfolgte er den Plan das kaiserliche Heer in seinem verschanzten Lager vor Breslau anzugreifen und damit Schlesien wieder zu erobern. Denn er sah ein daß, wenn er nicht schlage, die ganze Armee des Prinzen Karl von Lothringen die Winterquartiere in Schlesien nehmen und Brieg Cosel Neiße und Glatz bis zur Eröffnung des künftigen Feldzuges von selbst aus Mangel an Lebensmitteln fallen, folglich alles verloren sein würde. Bei der verzweifelten Lage in der er sich befand glaubte er auch das höchste wagen zu müssen[1].

Das milde Herbstwetter, welches bis in den December anhielt, erleichterte die Bewegungen des preußischen Heeres. Es kam darauf an, was demselben an Zahl abgieng, durch Einsicht und Willenskraft zu ersetzen und den Muth und Pflichteifer, welcher ihn selbst den königlichen Feldherrn beseelte, den Offizieren und Mannschaften mitzutheilen.

Auf die Truppen, welche unter seiner Führung bei Roßbach gesiegt hatten, konnte König Friedrich unbedingt zählen. Einen Marsch von einundvierzig Meilen auf großentheils schlechten Wegen hatten sie, drei Rasttage eingerechnet, in sechszehn Tagen zurückgelegt, für jene Zeit eine außerordentliche Leistung; sie brannten von Begierde sich mit den Österreichern zu messen. Am 28 November trafen sie zu Parchwitz ein. Hier, eine Meile von der Mündung der Katzbach in die Oder, halbwegs zwischen Glogau und Breslau, wollte König Friedrich sich mit der schlesischen Armee vereinigen. Wie sehr er ihren Befehlshabern zürnte,

---

[1] 1757 Nov. 30. Dec. 1. Friedrich II an den Prinzen Heinrich. Schöning I 93 ff. 96 f. Gaudy's Journal i. d. Oeuvres de Frédéric XXVII 3, Vorwort S. XXXIV.

hatten schon seine früheren Ordres kundgethan: jetzt befahl er dem Commandanten von Glogau die Generale Kyau Lestwitz und Katt zu verhaften, welche wegen der Übergabe von Breslau und der sie begleitenden Umstände vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollten; dagegen beförderte er Offiziere, welche sich ausgezeichnet hatten, unter andern von Wedell zum Generalmajor, von Retzow, von Driesen, seinen Bruder den Prinzen Ferdinand und den Prinzen Friedrich Eugen von Würtemberg zu Generallieutenants. Den Oberbefehl über die Bevernsche Armee übertrug er dem Generallieutenant Hans Joachim von Zieten. Diesen wies er an sie von Glogau nach Parchwitz zu führen und, um die schwere Artillerie zum Sturme auf die Verschanzungen zu verstärken, Festungsgeschütze mitzubringen. Zieten kam den königlichen Befehlen eifrig und pünctlich nach. Am 2 December waren die preußischen Truppen vereinigt, mit den 14000 Mann, welche Friedrich selbst von Thüringen mitbrachte, etwa 20000 Mann von der schlesischen Armee, die Trümmer von 30½ Bataillonen und 100 Schwadronen[1], also zusammen gegen 34000 Mann, worunter etwa 12000 Reiter. An Artillerie waren 96 leichte Bataillonskanonen und 71 schwere Geschütze vorhanden, von denen zehn Zwölfpfünder, jeder von 29 Centner Rohrgewicht, und vier fünfzigpfündige Mörser von Glogau herzugeführt waren.

Nachdem das preußische Heer vereinigt war, galt es das entmuthigte schlesische Armeecorps nicht durch fortgesetzte Strenge niederzudrücken, sondern es bei der Ehre zu fassen und zum Wetteifer anzuspornen. König Friedrich berief deshalb am 3 December seine Generale und Stabsoffiziere und hielt an sie eine eindringliche Ansprache. „Ihnen, meine Herren," sagte er, „ist

---

[1] Gesch. d. siebenj. Kriegs hgg. v. d. gr. Generalstab I 435 und Beil. G ist die Zietensche Armee nur zu 18000 Mann gerechnet. Gaudy a. a. O. schätzt die Stärke der vereinigten Armee zwischen 33000 und 34000 Mann; die Zahl von 33000 Mann gibt auch Friedrich II Oeuvres IV 167. Dagegen schreibt Friedrich am 1 Dec. an den Prinzen Heinrich (Oeuvr. XXVI 164): par ce que contiennent les listes nous sommes 39000 h^{s}. Die österreichischen Berichte sprechen von 40000 Mann. Vgl. Kutzen Gedenktage II 171 f., der die Schlacht bei Leuthen mit ausgezeichneter Sorgfalt behandelt hat.

„es bekannt daß es dem Prinzen von Lothringen gelungen ist „Schweidnitz zu erobern, den Herzog von Bevern zu schlagen „und sich zum Meister von Breslau zu machen, während ich „gezwungen war den Fortschritten der Franzosen und Reichs„völker Einhalt zu thun. Ein Theil von Schlesien, meine Haupt„stadt und alle meine darin befindlich gewesenen Kriegsbedürf„nisse sind dadurch verloren gegangen, und meine Widerwärtig„keiten würden aufs höchste gestiegen sein, setzte ich nicht ein „unbedingtes Vertrauen in Ihren Muth, Ihre Standhaftigkeit „und Ihre Vaterlandsliebe, die Sie bei so vielen Gelegenheiten „mir bewiesen haben. Ich erkenne diese dem Vaterlande und „mir geleisteten Dienste mit der innigsten Rührung meines „Herzens. Es ist fast keiner unter Ihnen, der sich nicht durch „eine große ehrenvolle Handlung ausgezeichnet hätte, und ich „schmeichle mir daher, Sie werden bei vorfallender Gelegenheit „nichts an dem mangeln lassen, was der Staat von Ihrer „Tapferkeit zu fordern berechtigt ist. Dieser Zeitpunct rückt „heran: ich würde glauben nichts gethan zu haben, ließe ich die „Österreicher im Besitze von Schlesien. Lassen Sie es sich also „gesagt sein, ich werde gegen alle Regeln der Kunst die zwei„mal stärkere Armee des Prinzen Karl angreifen wo ich sie „finde. Es ist hier nicht die Frage von der Anzahl der Feinde „noch von der Wichtigkeit ihres gewählten Postens: alles dies, „hoffe ich, wird die Herzhaftigkeit meiner Truppen und die „richtige Befolgung meiner Dispositionen zu überwinden suchen. „Meine Herren, die Feinde stehen bis an die Zähne in ihrer „Verschanzung: hier müssen wir sie angreifen, entweder sie „schlagen oder alle da bleiben. Keiner muß denken anders durch„zukommen, und wem dies nicht ansteht, der kann gleich seinen „Abschied bekommen und nach Hause gehen." Der König hielt inne: alles um ihn schwieg, nur der Major Billerbeck rief aus: „Ja das müßte ein infamer Hundsfott sein, nun wäre es Zeit." Der König lächelte und fuhr fort: „Schon im voraus hielt ich „mich überzeugt daß keiner von Ihnen mich verlassen würde; „ich rechne also ganz auf Ihre treue Hilfe und auf den gewissen „Sieg. Sollte ich bleiben und Sie für Ihre Dienste nicht be-

„lohnen können, so muß es das Vaterland thun. Gehen Sie „nun ins Lager und wiederholen Ihren Regimentern, was Sie „jetzt von mir gehört haben."

Welch begeisternden Eindruck seine Worte gemacht hatten nahm Friedrich auf den Gesichtern der versammelten Offiziere wahr: er schloß mit der Ankündigung der Strafen, welche diejenigen treffen würden, welche ihre Schuldigkeit verabsäumen sollten. „Das Regiment Cavallerie, welches nicht gleich, wenn „es befohlen wird, sich unaufhaltsam in den Feind stürzt, lasse „ich nach der Schlacht absitzen und mache es zu einem Garnison„regimente. Das Regiment Infanterie, das, es treffe worauf „es wolle, nur zu stocken anfängt, verliert die Fahnen und die „Säbel, und ich lasse ihm die Borten von der Montierung ab„schneiden. Nun leben Sie wohl, meine Herren; in kurzem „haben wir den Feind geschlagen oder wir sehen uns nie wieder[1]."

Durch die Rede des Königs ward die Ehrbegier seiner Feldhauptleute entflammt und sie theilten ihren untergebenen die gleiche Stimmung mit; auch der König richtete da und dort an die Mannschaften ermunternde Worte, welche alsbald weiter getragen wurden. Sie wirkten um so mehr, da das Heer, welches Friedrich der große jetzt um sich hatte, fast ausschließlich aus Preußen bestand: das fremde Kriegsvolk, welches aus aller Herren Landen der Werbetrommel gefolgt oder zum Dienste gepreßt war, hatte sich unter den letzten Wechselfällen verlaufen. Überdies ward den Truppen bessere Beköstigung gereicht, kurz kein Mittel versäumt sie für die bevorstehende Entscheidungsschlacht zu ermuthigen und zu stählen. Die alte Zuversicht kehrte bei allen

---

[1] Oeuvres de Frédéric XXVII 3, 261 aus Fr. Aug. v. Retzow's Characteristik 2. Aufl. Berlin 1804 I 240 f. Vgl. Preuß Vorwort S. XXXI ff. Kutzen a. a. O. 176 ff. Retzow hat die Rede nach langen Jahren aus dem Gedächtnisse mit Benutzung der Aufzeichnung von Kaltenborns (Briefe eines alten preuß. Offiziers 1790 I 53) niedergeschrieben. Daß er den Hauptinhalt getreu wiedergegeben hat, wird durch andere Mittheilungen bestätigt: an einer Stelle wird seine Fassung von dem damaligen Leibpagen des Königs Geo. Karl Gans Edler zu Putlitz berichtigt; s. Preuß a. a. O. XXXV. Kaltenborns Aufzeichnung bei Kutzen a. a. O. S. 178 f.

Truppentheilen zurück; lauter Jubel erscholl im Lager; mit Ungeduld erwartete das Heer den Befehl zum Aufbruch.

Dieser erfolgte am nächsten Tage dem 4 December. Die auf der großen Straße nach Breslau vorrückende Avantgarde stieß zuerst bei Neumarkt auf Widerstand, der bald überwältigt wurde; und der Gewinn war nicht gering. In dem Städtchen nämlich hatte das kaiserliche Armeecommando während der Belagerung von Breslau die Feldbäckerei errichtet und von dieser jetzt wiederum für den bevorstehenden Marsch 80000 Brotportionen in Bereitschaft setzen lassen, welche nun den Preußen zu gute kamen. Die Armee lagerte die Nacht über um Neumarkt: die Defileen jenseit des Ortes waren in ihrer Hand. Noch am Abend erhielt der König die sichere Meldung, daß Prinz Karl das Lager vor Breslau aufgegeben habe und im Anmarsche begriffen sei. Eine willkommenere Botschaft konnte Friedrich nicht empfangen als die, daß der Feind statt hinter seinen Schanzen ihm im Felde begegnen wolle. Freudig rief er dem Prinzen Franz von Braunschweig zu: „der Fuchs ist aus seinem Loche gekrochen, „nun will ich auch seinen Übermuth bestrafen.“

Das österreichische Heer hatte nach der Schlacht bei Breslau das von den Preußen verlassene Lager hinter der Lohe bezogen und wartete dort die Entscheidung des Hofkriegsraths über die nunmehr zu beziehenden Winterquartiere ab, deren Entwurf durch Eilboten nach Wien eingesandt war. Der Anmarsch des Königs von Preußen machte im Hauptquartier geringen Eindruck, denn man bildete sich fest ein, nach dem Verlust der Plätze Schweidnitz und Breslau werde er bei der vorgerückten Jahreszeit nichts mehr unternehmen, sondern aus Schlesien abziehn, da er in dem von den Österreichern noch nicht besetzten Reste der Provinz keinen hinreichenden Proviant für das Winterlager auftreiben könne. Überhaupt sprach man, stolz auf die gewonnenen Siege, nicht anders als verächtlich von der preußischen Armee, der „Potsdamer Wachtparade“ wie das Stichwort unter den höheren Offizieren lautete. Daß König Friedrich der von österreichischen Truppen besetzten Stadt Liegnitz durch einen Seitenmarsch auswich, statt sie anzugreifen, schien diese Meinung zu bestätigen.

Daher sah man jede Gegenmaßregel für überflüssig an, ja man suchte nicht einmal Fühlung mit dem Feinde zu gewinnen: weder der Marsch der Preußen und ihre Aufstellung bei Parchwitz wurde beunruhigt noch kam es in Frage das kleine königliche Heer vor dessen Vereinigung mit dem Bevernschen anzugreifen.

So gieng die günstigste Zeit zu Unternehmungen des kaiserlichen Heeres ungenutzt verloren. Erst die wiederholten dringenden Meldungen von dem Ausmarsche der Bevernschen Armee aus Glogau um zu dem königlichen Corps zu stoßen belehrten den Prinzen von Lothringen, daß Friedrich einen Angriff im Schilde führe; zugleich empfieng er von Wien den Befehl, ehe er die Winterquartiere beziehe, dem Könige von Preußen noch eine Schlacht zu liefern. Um festzustellen wo dies geschehen solle ward am 2 December Kriegsrath gehalten. In diesem gab Graf Daun seine Meinung dahin ab in der festen Stellung hinter der Lohe den preußischen Angriff abzuwarten, und für dieselbe Ansicht sprach sich mit dem größten Eifer und Nachdruck Graf Serbelloni aus. Dagegen ward geltend gemacht, daß man mit dieser passiven Haltung Liegnitz aussetze und dem Könige von Preußen die Möglichkeit lasse über Striegau die Verbindungen mit Böhmen zu unterbrechen. Der Befehl der Kaiserin werde nicht durch ein Stillehalten in Positionen, welche der nicht halb so starke Feind nicht anzugreifen vermöchte, sondern nur durch eine Feldschlacht vollführt. Auch sei es unter der Würde der siegreichen kaiserlichen Waffen stehn zu bleiben und das Spiel nicht auszuspielen, wo sie alle Trümpfe in Händen hätten. Denn die Dinge lägen so, daß sie mit éiner Schlacht nicht bloß den Feldzug sondern den ganzen Krieg zu einem ruhmvollen Ende bringen könnten. Diese Ansicht vertrat auf das lebhafteste Graf Lucchesi und die Mehrheit stimmte ihm zu. Auch Prinz Karl entschied sich dafür; denn es entsprach seinem Charakter aus träger Sorglosigkeit zu kühnen Entschlüssen überzugehn und nichts reizte ihn mehr als die sichere Aussicht mit éinem großen Schlage an dem Könige von Preußen für die Tage von Czaslau Hohenfriedberg Soor und Prag glänzende Genugthuung zu nehmen.

Der Plan der Offensive des Prinzen Karl von Lothringen

beruhte auf der Voraussetzung, daß König Friedrich zunächst nichts anderes vorhaben könne als Liegnitz anzugreifen. Dorthin setzte also der kaiserliche Feldherr am 4 December sein Heer in Marsch und gieng bei Lissa über die Weistritz, das sogenannte Schweidnitzer Wasser, welches wenig unterhalb Breslau in die Oder mündet. Hier kamen ihm die von Neumarkt verjagten Mannschaften in voller Flucht entgegen und verbreiteten die Schreckenskunde, daß die Preußen geradeswegs heranmarschierten. Dieser Umstand versetzte den Prinzen von Lothringen in sichtbare Verlegenheit: er hielt von neuem Kriegsrath und beschloß, statt seinerseits weiter vorzurücken, das Heer die Nacht unter dem Gewehre lagern zu lassen und vor der Weistritz den feindlichen Angriff abzuwarten.

Das zunächst vorliegende Terrain war eben: einige Büsche und Dörfer dienten als Stützpuncte für die Aufstellung der Armee: nach Süden und Westen hin stieg es wellenförmig empor. Man glaubte hier den Andrang der Preußen mit der vollen Übermacht abschlagen zu können. Das kaiserliche Heer zählte 80—90000 Mann, über 55000 Mann Infanterie, 14000 Mann Reiterei, 16000 Mann leichter Truppen und 210 Geschütze, war also dem preußischen zwei bis dreimal überlegen; jedoch hatten die Preußen mehr schweres Geschütz, welches die Österreicher meistens in Breslau und in den Verschanzungen vor der Stadt zurückgelassen hatten.

Das Centrum der kaiserlichen Armee in zwei Treffen ward von der Masse des Fußvolks gebildet: zwischen die beiden Treffen waren einzelne Abtheilungen Reiterei vertheilt. Seine Bestimmung war die beiden von Neumarkt her nach Breslau führenden Straßen zu beherrschen, die nördlichere große Straße welche durch Frobelwitz nach Lissa gieng und die südlichere sogenannte kleine Straße über Leuthen. Beide Dörfer lagen vor dem ersten Treffen: sie wurden mit Infanterie besetzt und seitwärts durch Batterien vertheidigt, namentlich Frobelwitz nach dem rechten Flügel zu, wo man den Hauptangriff erwartete. Auf den beiden Flügeln ward die Reiterei aufgestellt. Über diese Schlachtordnung hinaus wurden jedoch, um jeder möglichen Umgehung vorzubeugen, in der

Verlängerung beider Flanken Armeecorps vorgeschoben, auf dem rechten Flügel, dessen Reiterei Graf Lucchesi befehligte, bis zu dem Dorfe Nippern die Grenadiere des Reservecorps unter dem Herzog von Arenberg nebst Cavallerie und leichten Truppen, auf dem linken Flügel das Corps Nadasty's, bei welchem sich außer österreichischen Regimentern die würtembergischen und bairischen Hilfsvölker befanden. Dieser äußerste linke Flügel reichte bis über das hochgelegene Dorf Sagschütz. Um sich gegen eine Überflügelung zu sichern, formierte Nadasty beim Anmarsche der Preußen einen Haken, von Sagschütz ab hinter einer von Gräben durchschnittenen Niederung rückwärts bis zu nahe gelegenen Teichen; dahinter war auf der Anhöhe eine Batterie von vierzehn schweren Geschützen aufgefahren. Prinz Karl glaubte sich gegen eine Überflügelung hinlänglich vorgesehn zu haben und achtete um dieser Rücksicht willen des von dem Grafen Montazet ernstlich erhobenen Bedenkens nicht, daß die Schlachtlinie eine Ausdehnung von mehr als einer Meile erhalte und daß nur eine verhältnißmäßig geringe Reserve zur Verfügung bleibe. Mehr als eine halbe Meile westlich von Frobelwitz jenseit Borne hielt an der großen Straße der sächsische General Graf Nostitz mit einer Avantgarde, welche aus den drei sächsischen Dragonerregimentern, von denen bei Kolin die Entscheidung ausgegangen war, und zwei kaiserlichen Husarenregimentern bestand. So erwartete man die preußische Armee.

König Friedrich brach mit seinem Heere in der fünften Stunde des 5 Decembers auf. Der Morgen war trübe und feucht. Eine Avantgarde von neun Bataillonen und 45 Schwadronen unter dem Prinzen Friedrich Eugen von Würtemberg eröffnete den Marsch: die Armee folgte in vier Colonnen flügelweis abmarschiert, in der Mitte die Infanterie, zu beiden Seiten die Cavallerie. Noch in der Morgendämmerung stieß die Avantgarde auf die feindliche Cavallerie vor Borne. Graf Nostitz hatte keine bestimmten Verhaltungsbefehle: er glaubte seine Stellung vertheidigen zu sollen und bat wiederholt den Prinzen Karl um Unterstützung durch Infanterie. Als er den abschlägigen Bescheid empfieng war es zu spät das Gefecht abzubrechen. Die preußi-

sche Reiterei griff ihn von vorn und bald auch in der Flanke an: mit schwerem Verluste sah Nostitz seine Reiter nach Frobelwitz auf das Centrum des kaiserlichen Heeres zurückgeworfen. Er selbst stürzte sich mit Todesverachtung in die feindlichen Säbel und starb nach wenigen Wochen an den erhaltenen Wunden.

Mit Mühe konnten die preußischen Husaren gesammelt und zurückgezogen werden: sie wollten gerade auf die österreichische Armee hineinreiten. Einige hundert gefangene, welche sie gemacht hatten, die Erstlinge des Sieges, wurden an der Armee vorüber nach Neumarkt zurückgeführt. Unterdessen rückten auch die Marschcolonnen über Borne vor und breiteten sich angesichts des rechten österreichischen Flügels aus: dieser schien unmittelbar ihrem Angriffe ausgesetzt zu sein. Auf das dringendste verlangte Lucchesi Verstärkung. Nach anfänglichem Zögern gab man seinen erneuten Vorstellungen nach. Daun ritt selbst zum rechten Flügel und der Rest der Reserve aus dem Centrum und ein Theil der Cavallerie des linken Flügels ward nach der vermeintlich bedrohten Seite beordert.

Aber König Friedrichs Absehen war nicht dahin gerichtet. Südwestlich von Borne auf dem Scheuberge recognoscierte er mit Moriz von Dessau die feindliche Stellung, welche von dort großentheils zu übersehen war. Das österreichische Centrum lag ihm in seiner ganzen Stärke vor Augen, aber als den entscheidenden Punct des Schlachtfeldes erkannte er Sagschütz auf dem linken Flügel des Feindes. Wenn es gelinge diese Position mit der frischen Kraft seiner Soldaten zu nehmen, sei das schwerste vollbracht und die Rückzugslinie des Feindes so wie seine Verbindung nach Süden mit dem Gebirge gefährdet. Deshalb ließ er bei Borne nur die leichte Infanterie zurück, drei und ein halbes Bataillon, und befehligte die Marschcolonnen rechts in zwei Treffen abzuschwenken und zunächst in südlicher, dann in südöstlicher Richtung parallel den österreichischen Linien bis gegenüber dem äußersten linken Flügel des Feindes zu marschieren. Diese Bewegung verdeckte anfangs die südwärts sich hinziehende Hügelreihe, an der die Dörfer Radaxdorf und Lobetinz liegen. Friedrich selbst ritt mit einer Abtheilung Husaren

über die Höhe und überwachte mit größter Sorgfalt das Verhalten des Feindes und den Marsch seiner Truppen. Das Terrain auf dem er operierte kannte er genau durch die dort abgehaltenen Manöver: in die Umgegend, welche er nicht übersehen konnte, sandte er Streifpartien aus, um sicher zu sein daß im Rücken und in der Flanke seiner Armee kein Feind vorhanden sei. Der Marsch geschah in schönster Ordnung, als wenn es zur Revue gegangen wäre. Prinz Moriz und Zieten hielten darauf daß die Distanzen streng inne gehalten wurden, damit die Truppen jeden Augenblick schlagfertig dastehen konnten.

Die Österreicher rührten sich nicht. Weder ward eine Recognoscierung gegen die Höhen unternommen noch der rechte Flügel vorgeschoben. Zwar Nadasty erkannte deutlich, welches Wetter gegen seinen Flügel im Anzuge sei: durch mehr als zehn Offiziere ließ er dem Prinzen Karl die Absichten des preußischen Königs melden und um Unterstützung bitten, aber er fand kein Gehör. Von Frobelwitz her, wo der Prinz Karl sich befand, übersah man den Marsch der Preußen nur unvollkommen. Man erschöpfte sich in Muthmaßungen über ihre unerklärlichen Bewegungen und Daun wie andere Generale waren der Meinung, sie würden wenigstens an diesem Tage der Schlacht ausweichen, ja sich vielleicht seitab nach Striegau zu wenden um der kaiserlichen Armee die Verbindung mit Böhmen abzuschneiden.

Die preußische Armee setzte, sich allmählich halblinks ziehend, ihren Marsch fort, bis ihr rechter Flügel mit der Avantgarde jenseit des Dorfes Schriegwitz dem äußersten linken Flügel der Österreicher gegenüber war. Hier schwenkten die beiden Treffen in Schlachtordnung ein. Die von Zieten befehligte Cavallerie des rechten Flügels hielt mit der linken Flanke an Schriegwitz und ward in der rechten Flanke durch sechs Bataillone Fußvolk von der Avantgarde gedeckt. Die Infanterie des rechten Flügels unter Moriz von Dessau hatte Schriegwitz zur rechten. Vor ihrer Fronte befanden sich die übrigen drei Bataillone der Avantgarde nebst den von Glogau mitgebrachten zehn schweren Geschützen. Diese vorgeschobene Abtheilung, welche General von Wedell befehligte, war zum ersten Sturme auf die feindlichen

Positionen bestimmt. Die Infanterie des linken Flügels unter Generallieutenant von Retzow stand auf der Höhe dicht hinter dem Dorfe Lobetinz. Vor der Cavallerie des linken Flügels lag auf 800 Schritt Entfernung Radaxdorf, jenseit dieses Dorfes in gerader Richtung das vom Feinde besetzte Leuthen. Es waren vierzig Schwadronen unter Generallieutenant von Driesen. Hinter jedem Cavallerieflügel hielten zehn Schwadronen Husaren zur Deckung der Flanke: die übrige Reserve unter dem Prinzen von Würtemberg blieb hinter dem Centrum. Friedrichs Plan war die sogenannte schiefe Schlachtordnung anzuwenden, d. h. den rechten Flügel zum Angriff vorgehen zu lassen, den linken Flügel aber zurückzuhalten und mit diesem den rechts geführten Stoß zu verstärken; deshalb ordnete er dessen Stellung und Bewegung in der Art an, daß ein unzeitiges und zweckwidriges Vorgehen wie bei Kolin nicht möglich war.

Um ein Uhr Mittags begann die Schlacht. Unter lebhaftem Feuer seiner schweren Geschütze, „der Brummer" wie die Soldaten sie nannten, rückte Wedell gegen Sagschütz auf Nadasty's Flanke vor: ihm folgte die Infanterie des rechten Flügels, deren Bataillone sich staffelweise in Abständen von fünfzig Schritt halbrechts zogen. Vor dem überlegenen preußischen Geschützfeuer räumten die Würtemberger einen von ihnen besetzten vorspringenden Busch und wichen zu der Batterie seitwärts von Sagschütz zurück: bald machten auch die Baiern kehrt und zogen sich eilends nach dem Centrum gegen Leuthen hin. Auch die österreichischen Bataillone auf der äußersten Flanke hatten gegen das preußische Feuer ihre Stellung nicht behaupten können. Wedell zog sich mehr und mehr nach rechts hinüber und griff, von dem Prinzen Moriz mit den sechs Bataillonen des äußersten Flügels und einem Bataillone des ersten Treffens unterstützt, die von der österreichischen Artillerie besetzte Höhe bei Sagschütz an. Sie ward im Sturm genommen: der ganze feindliche Flügel bog sich zurück und suchte im Winkel mit der ursprünglichen Schlachtordnung südöstlich von Leuthen eine neue Fronte gegen die Preußen zu bilden.

Bis dahin hatten erst zehn preußische Bataillone gefochten,

bei dem letzten Angriffe ohne Mitwirkung des Geschützes, welches durch die Gräben aufgehalten nicht so rasch folgen konnte. Jetzt kam auch die Cavallerie an den Feind. Sie überwand nicht ohne Mühe die feuchte Niederung; ihr erster Angriff ward von Nadasty's Reiterei abgeschlagen, aber rasch war sie wieder gesammelt, sprengte die feindlichen Schwadronen und warf sich auf die weichende Infanterie, die Baiern und Würtemberger, von denen viele zu gefangenen gemacht wurden. Als vollends von der Reserve her ungeheißen die zehn Schwadronen Zietenscher Husaren vorbrachen, gerieth Nadasty's Reiterei völlig in Verwirrung und sammelte sich erst wieder hinter dem Centrum der Armee.

So war der linke Flügel der Kaiserlichen geschlagen ohne von ihrer noch unberührten Hauptmacht Unterstützung zu empfangen. Zu spät sah Karl von Lothringen ein, wo König Friedrich ihn fassen wollte. Er beorderte ein Bataillon nach dem andern zur Verstärkung, aber aus weiter Entfernung hergeholt kamen die Mannschaften erschöpft und außer Athem auf den Kampfplatz und wurden bataillonsweise, wie sie vorgiengen, zurückgeschlagen. Immer mehr kamen die sechs Bataillone der preußischen Avantgarde den Kaiserlichen in die linke Flanke: auch das schwere Geschütz war herangezogen und spielte von neuem. Der Rest von Nadasty's Infanterie drängte sich um Leuthen zusammen. Dieses Dorf ward jetzt der Schlüssel der österreichischen Stellung. Das Centrum und der rechte Flügel wandte sich nach links um einigermaßen eine parallele Stellung zur preußischen Angriffsfronte zu gewinnen. Einige Regimenter wurden auf die Südseite von Leuthen herübergezogen, wo man in aller Eile eine Art von Brustwehr aufwarf. An der Nordseite von Leuthen auf dem Windmühlenhügel wurden Geschütze aufgefahren.

Die Hauptmacht der Preußen hatte sich inzwischen fortwährend im Anschluß an Wedells Vorgehen nach rechts gezogen. Jetzt rückte das Fußvolk zunächst des rechten Flügels zum Sturm auf Leuthen vor. Die vor dem Dorfe aufgestellten Österreicher wurden geworfen, aber im Dorfe selbst entspann sich ein hartnäckiges Gefecht. Die geschlossenen Gehöfte und der mit Mauern umgebene Kirchhof inmitten derselben waren von dem fränkischen

Regimente Roth-Würzburg besetzt und wurden aufs tapferste vertheidigt. Hier war es wo der Hauptmann von Möllendorff an der Spitze des dritten Gardebataillons Bahn brach. Das Sturmcommando stutzte, da rief Möllendorff dem Commandeur zu: „hier ist nicht zu bedenken," und als jener unentschlossen blieb, sprang er vor mit den Worten: „ein anderer Mann her! „Leute folgt mir!" Ein Thorweg ward gesprengt, der Hof gestürmt, und nun Gehöft um Gehöft, endlich auch der Kirchhof genommen.

Leuthen war erobert, aber hinter dem Orte setzten die Österreicher sich von neuem in dichten Massen und schreckten mit ihrem Geschützfeuer die vorbrechenden Preußen zurück. Der Kampf zog sich hin und her. Auch der linke preußische Flügel trat ins Gefecht ohne die Entscheidung geben zu können. Das schwere Geschütz der Preußen — dabei auch die zehn „Brummer", welche von der rechten Flanke herbeigeholt waren — riß empfindliche Lücken in die tiefen Reihen des Fußvolks, aber vermochte das feste Gefüge der kaiserlichen Regimenter nicht zu brechen.

Es war um die vierte Stunde Nachmittags, als Lucchesi mit der Cavallerie des rechten Flügels herankam und die wie es schien entblößte linke Flanke des um Leuthen kämpfenden preußischen Fußvolks mit einem höchst gefährlichen Angriff bedrohte. Aber Driesen mit der preußischen Cavallerie kam ihm zuvor. Er war angewiesen eine Überflügelung der Infanterie zu verhüten und hatte sich zu dem Ende bei Radaxdorf vorüber in die Flanke der veränderten österreichischen Aufstellung gezogen. So wie Lucchesi seine Schwenkung begann, um seine Reiter gegen die preußische Infanterie zu formieren, sandte König Friedrich Driesen den Befehl anzugreifen. Rasch und umsichtig ward dieser Befehl vollzogen. Driesen schickte der feindlichen Reiterei zehn Schwadronen Baireuth-Dragoner in Flanke und Rücken und führte selbst mit den übrigen dreißig Schwadronen den Hauptstoß so unerwartet und mit so unwiderstehlicher Gewalt, daß das ganze feindliche Corps über den Haufen geworfen wurde: Lucchesi fiel und seine Geschwader flohen vollständig aufgelöst hinter der Infanterie weg nach Lissa. Diese erfaßte ein panischer Schrecken.

Von der siegreichen preußischen Reiterei in der Flanke und im Rücken überholt, verzweifelte sie am längeren Widerstande: die Gewehre wurden weggeworfen, die Geschütze verlassen: was konnte rettete sich nach den Brücken, die über das Schweidnitzer Wasser führten: Massen von gefangenen ergaben sich den preußischen Husaren. Noch hielten sich die kaiserlichen Regimenter Wallis und Baden-Durlach auf dem Windmühlenhügel, bis die Baireuth-Dragoner ihnen in den Rücken kamen und sie meist gefangen nahmen. Vom Regimente Baden-Durlach rettete sich ein Offizier und acht Soldaten vom Schlachtfelde, wenig mehr vom Regimente Wallis.

Als die Dämmerung hereinbrach war die Schlacht auf allen Puncten von den Preußen gewonnen. In grenzenloser Unordnung flüchteten die Österreicher zurück; zur Deckung des Rückzuges waren keine Truppen mehr bereit. Nur Nadasty hatte einen Theil seines Corps wieder geordnet und leitete dessen Rückzug mit Einsicht und Geschick. Nach der mäßigsten Rechnung betrug der österreichische Verlust an todten und verwundeten gegen 10000 Mann: 12000 Mann wurden auf dem Schlachtfelde gefangen genommen. „Wäre die Nacht nicht hereingebrochen," sagt Friedrich in seiner Geschichte[1], „so wäre die Schlacht die entscheidendste „des Jahrhunderts gewesen." Die Preußen erbeuteten 51 Fahnen und Standarten und 116 Kanonen: sie hatten 6300 todte und verwundete, darunter über 200 Offiziere.

König Friedrich hatte die Bewegungen seines Heeres persönlich geleitet und sich dabei so sehr ausgesetzt, daß er einmal sogar unter das Feuer der von seinem Bruder dem Prinzen Ferdinand geführten Division des ersten Treffens gerieth. Aber er sah sein Bemühen und seine Hingebung reich belohnt, denn er zerschmetterte mit der Kraft seines Geistes die Übermacht seiner Feinde und errang einen Sieg, dessen Preis der Besitz von Schlesien war. Über die Genialität und Kunst, mit welcher er die Schlacht einleitete und durchführte, ist unter den kundigen stets nur éine Stimme gewesen. Es mag genügen das Urteil des ersten Na-

---

[1] Oeuvres IV 167.

poleon anzuführen, welcher sich dahin ausspricht: „die Schlacht „bei Leuthen ist ein Meisterstück von Bewegungen, Manövern „und Entschlossenheit: sie allein würde hinreichen Friedrich unsterblich zu machen und ihm seinen Rang unter den größten „Feldherrn anzuweisen. Er greift eine der seinigen weit überlegene, in Schlachtordnung aufgestellte und siegreiche Armee an, „mit einer Armee welche zum Theil aus eben erst geschlagenen „Truppen besteht, und trägt einen vollständigen Sieg davon ohne „ihn mit einem unverhältnißmäßig großen Verluste zu erkaufen[1]." Den rühmlichsten Antheil am Siege hatten auch die preußischen Generale, namentlich Moriz von Anhalt. Diesen ernannte der König noch auf dem Schlachtfelde zum Feldmarschall und äußerte dabei: „Sie haben mir so bei der Bataille geholfen und alles „vollzogen, wie mir noch nie einer geholfen hat," königliche Worte, die Moriz vor seinem Ende in die Archive seines Hauses einzeichnen ließ.

Die Nacht hinderte die Verfolgung, aber König Friedrich ruhte noch nicht. Es lag ihm daran Lissa und damit den Übergang über das Schweidnitzer Wasser in seine Hand zu nehmen, ehe der Feind sich dort festsetzen möchte. Daher ritt er vor die Front der Avantgarde und fragte, ob noch einige Bataillone Lust hätten ihm bis Lissa zu folgen. Sofort traten drei Bataillone an; zu diesen nahm er noch das Seydlitzische Kürassierregiment und gieng nach Lissa vor. Dort angekommen befahl er sogleich die Brücken zu besetzen und so lange die Munition hinreichte die Kanonen abzufeuern, auch die Nacht über Gewehrfeuer zu unterhalten um den geschlagenen Feind zu alarmieren. Er selbst ritt mit kleinem Gefolge nach dem Schlosse. Als er eintrat sah er sich gegen seine Erwartung mitten unter kaiserlichen Offizieren: aber ohne die Fassung zu verlieren rief er ihnen zu: „Bon soir, messieurs. „Gewiß sind Sie mich hier nicht vermuthen. Kann man hier „auch noch mit unterkommen?" Die so angeredeten geleiteten den König ehrerbietig zum oberen Stockwerk, während allmählich sich ein stärkeres Gefolge um ihn sammelte.

---

[1] Mém. p. servir à l'hist. de France sous Napoleon. Tom. V écr. p. Montholon p. 178.

Auch die Armee zog sich näher nach Lissa heran. Ein Grenadier hob das Lied an: „Nun danket alle Gott," seine Waffenbrüder stimmten zu tausenden mit ein und sangen den Choral über das Schlachtfeld hin bis zu Ende. Die Generale und Stabsoffiziere begaben sich noch am Abend in das königliche Hauptquartier und wünschten Friedrich Glück zum Siege. „Nach „so gethaner Arbeit ist gut ruhen," war seine Antwort: hierauf dankte er für den bewiesenen Muth und Eifer und befahl der ganzen Armee bekannt zu machen, wie sehr er mit ihrem vorzüglich tapferen Betragen zufrieden sei. Noch an demselben Abend meldete er seiner Schwester Wilhelmine und seinem Bruder Heinrich brieflich den Sieg, dem letzteren mit den Worten: „mein theures Herz, heute, einen Monat nach dem Tage Eures „Ruhmes, bin ich so glücklich gewesen die Österreicher ebenso „abzufertigen. Ich glaube daß wir 8000 gefangene haben, wunder„viel Kanonen und Fahnen. Ferdinand befindet sich vortrefflich; „kein General ist getödtet[1]."

Die österreichische Armee war durch die Schlacht völlig „aus„einander gestöbert" und das Obercommando nicht danach angethan sie wieder zusammenzufassen. Die frühere Stellung hinter der Lohe wieder einzunehmen ward für unthunlich befunden. Karl von Lothringen ließ in Breslau eine starke Besatzung zurück und trat am 6 December auf einem südlichen Umwege, um nicht den Preußen seine Flanke zu bieten, den Rückzug nach Schweidnitz an. Dieser ward den Kaiserlichen fast noch verderblicher als die Niederlage auf dem Schlachtfelde, nicht sowohl unmittelbar durch die Verfolgung, welche Zieten und später der von Glatz her zu ihm stoßende General Fouqué betrieb, als durch die zunehmende Auflösung der Armee, welche bei dem eintretenden Regen- und Schneewetter auf grundlosen Wegen unter Verlust ihres Gepäcks ohne Zelte, ohne Lebensmittel, in abgerissener Kleidung über das Gebirge langsam und unbehilflich sich nach Böhmen fortschob. Prinz Karl brachte nicht mehr als 35000 Mann zurück, unter ihnen über die Hälfte kranke. Breslau, zu

---

[1] 1757 Dec. 5. Lissa. Oeuvres de Frédéric XXVI 165. XXVII 1, 311.

dessen Belagerung König Friedrich sogleich nach der Schlacht vorrückte, capitulierte am 21 December. Die über 17000 Mann starke Besatzung, darunter dreizehn Generale, wurde kriegsgefangen. Am 28 December räumte der kaiserliche Oberst von Bülow Liegnitz, nachdem ihm und seinen Truppen in Anerkennung ihrer wackeren Haltung freier Abzug mit militärischen Ehren zugestanden war. So war noch vor Ablauf des Jahres ganz Schlesien wieder in preußischer Hand, mit Ausnahme der Festung Schweidnitz, deren Belagerung bis zum Frühjahr aufgeschoben ward.

Der Wiederherstellung der preußischen Herrschaft in Schlesien folgten Maßregeln der Gnade für die derselben treu verbliebenen und der Strenge gegen abtrünnige und pflichtvergessene. Die evangelischen Unterthanen, welche bisher außer für ihr eigenes Kirchenwesen zu dem katholischen hatten beitragen müssen, wurden durch Cabinetsordre vom 31 December von Erlegung der Stolgebühren an die katholische Pfarrgeistlichkeit entbunden: eine spätere Cabinetsordre vom 3 März 1758 enthob die evangelischen Einwohner der Entrichtung von Zehnten Garben und Brote an katholische Pfarrer. Eine Anzahl Äbte und Stiftsgeistlicher in Breslau wurden wegen ihres Verhaltens beim Einzuge der Österreicher und während ihrer Occupation verhaftet und erst im Februar unter Niederschlagung der Untersuchung von fernerer Ahndung ihres Betragens entbunden. In Glatz ward der Caplan Andreas Faulhaber, den Fouqué im September hatte verhaften lassen, weil er nach Aussagen eines eingefangenen Deserteurs den Bruch des Fahneneides in der Beichte als eine nicht allzu schwere Sünde bezeichnet haben sollte, auf königlichen Befehl am 30 December gehängt.

Der Fürstbischof Schaffgotsch hatte durch seinen Wankelmuth und Gunstdienerei Maria Theresia nicht zu gewinnen vermocht, sondern war von ihr nach seinem im österreichischen Schlesien belegenen Schlosse Johannisberg verwiesen worden. Nach der Schlacht bei Leuthen begab er sich nach Nikolsburg in Mähren und meldete von dort am 30 Januar dem Könige Friedrich in einem unterwürfigen Schreiben, daß er in Rücksicht auf die königliche Ungnade beschlossen habe sich nach Rom zu begeben.

Friedrich antwortete am 15 Februar mit einem Briefe, in welchem er den Fürstbischof als einen Verräther bezeichnete, der auf die Seite seiner Feinde getreten sei und von freien Stücken einen Posten verlassen habe, auf dem schon die Betrachtung der Pflichten seines Standes ihn hätte festhalten sollen. Beide Schreiben wurden durch die Zeitungen veröffentlicht, die bischöflichen Einkünfte mit Beschlag belegt und das Privatbesitzthum des Bischofs confisciert und an den meistbietenden verkauft, alles nach königlicher Machtvollkommenheit.

Die Untersuchung gegen die königlichen Beamten, welche ihre Dienstpflicht verletzt hatten, ward durch eine außerordentliche Commission geführt und im Januar beendet. Die Urteile lauteten bei einigen auf Entlassung, bei anderen auf Geldbuße und Festungshaft[1]. Der kriegsgerichtliche Spruch über die Generale Katt Lestwitz und Kyau ward im März unter dem Vorsitze des Prinzen Moriz von Anhalt gefällt und lautete für Kyau auf sechsmonatlichen, für Katt auf einjährigen, für Lestwitz auf zweijährigen Festungsarrest, für den letztgenannten zugleich auf Cassation. Der Herzog von Braunschweig-Bevern wurde von österreichischer Seite mit größter Achtung behandelt und schon im Mai 1758 aus der Gefangenschaft entlassen. Friedrich II verkannte nicht daß er mit dem rechtschaffensten Willen geleistet hatte, was in seinen Kräften stand, und setzte ihn von neuem in das früher von ihm bekleidete Festungsgouvernement von Stettin ein, in welchem er durch seine guten Dienste die in dem schwierigen schlesischen Commando gemachten Fehlgriffe in Vergessenheit brachte und den König völlig wieder mit sich aussöhnte[2].

Mit Ende des Jahres ward auch der Feldzug in Pommern und Niedersachsen beendigt. Nachdem der schwedische Feldmarschall Ungern-Sternberg von Richelieu die Mittheilung empfangen hatte, daß die französische Armee außer Stande sei ihm den

[1] K. A. Menzel n. Gesch. d. Deutschen XI 301 ff. Vgl. (v. Klöber) Schlesien seit dem J. 1740. N. A. Freiburg 1788 II 601 ff.

[2] (v. Ollech) Leuthen. S. 149 ff. 109 f.

verheißenen Beistand zu gewähren, zog er seine Truppen aus dem preußischen Pommern in die Winterquartiere diesseit der Peene zurück und hielt jenseit dieses Flusses nur Demmin Anclam und die Inseln Usedom und Wollin besetzt. Diese Bewegung war kaum ausgeführt, als die Preußen am 23 November die Schweden von der Insel Wollin verjagten und ihnen dabei mehrere hundert gefangene abnahmen. Sie setzten auch nach Usedom über, zogen aber da die Schweden sich verstärkten von dieser Insel wieder ab.

Winterruhe sollte jedoch den Schweden überhaupt nicht vergönnt sein. Nach Empfang der Berichte über den Abmarsch der Russen aus Preußen befahl König Friedrich am 29 September und 2 October[1] dem Feldmarschall Lehwaldt mit seinem ganzen Corps in die Gegend von Marienwerder zu ziehen und sich für den weiteren Marsch nach den Marken und der Elbe in Bereitschaft zu halten. Später änderte er diesen Befehl dahin, daß Lehwaldt nach Pommern gegen die Schweden marschieren solle. In Preußen blieben nur schwache Besatzungen zu Pillau und Königsberg, und bei Tauroggen Grenzposten von Husaren und Landmiliz zurück. Am 4 November brach Lehwaldt mit 24 Bataillonen Infanterie, 50 Schwadronen Cavallerie und zwei Artilleriecompagnien von der Weichsel auf, vereinigte zu Anfang Decembers seine Truppen bei Stettin und rückte trotz der eintretenden Winterkälte nach Vorpommern. Am 30 December nöthigte er die Schweden Demmin zu übergeben, wo sich beträchtliche Vorräthe an Geschützen, Munition und Proviant vorfanden. Um dieselbe Zeit wurden Anclam und die Insel Usedom vor den Preußen geräumt. Auf allen Puncten zogen sich die Schweden in Unordnung zurück und hielten außer der Insel Rügen nur das Fort Peenemünde und die Festung Stralsund besetzt. Diese ward, während Lehwaldt sein Hauptquartier in Greifswald nahm, seit dem 9 Januar auf der Landseite von preußischen Truppen blockiert.

---

[1] A. a. O. S. 37—41. Vgl. Gesch. d. preuß.-schwed. Kriegs. Berlin 1858 S. 10 ff.

Die niedersächsische Armee, deren erste Operationen von so gutem Erfolge begleitet waren, sah sich im December in ihrem Vorgehen gehemmt. Prinz Ferdinand wagte nicht dem früher mit König Friedrich verabredeten Plane gemäß an die Weser auf Nienburg und Minden vorzurücken, bevor er nicht die Franzosen von der Aller verdrängt habe, und dies wollte ihm nicht gelingen. Inzwischen drohte Richelieu zur Strafe für den Bruch der Capitulation die Städte zu plündern, die königlichen Schlösser in Brand zu stecken, die Güter der Offiziere einzuziehen. Er stand mit seiner Hauptmacht bei Celle und ließ am 13 December ohne allen Nutzen für seine Stellung die Vorstadt niederbrennen, über hundert Gebäude mit großen Warenlagern, wobei die Kinder des Waisenhauses in den Flammen umkamen. Solche Barbarei veranlaßte den Prinzen Ferdinand zu der schriftlichen Drohung, wenn der Marschall fortfahre in dieser Weise den Krieg zu führen, werde er Repressalien gegen die Küsten von Frankreich und die mit Frankreich verbündeten Länder unausbleiblich machen[1]. Zu einem ernstlichen Kampfe kam es nicht. Prinz Ferdinand lagerte Celle gegenüber unter wachsenden Beschwerden seiner Truppen durch die Jahreszeit und die Schwierigkeit der Verpflegung: endlich verzichtete er fürs erste darauf die Franzosen von der Aller zu vertreiben und ließ zu Ende Decembers seine Armee weiter rückwärts Cantonnementsquartiere beziehen. Zu deren Sicherung war es ein wesentlicher Gewinn, daß die französische Besatzung in Harburg am 30 December capitulierte. Inzwischen hatte Prinz Heinrich ein paar Bataillone von seinen Truppen und von der Besatzung von Magdeburg unter dem General Jungkenn dazu verwandt die letzten französischen Truppen aus der Altmark und dem Halberstädtischen zu vertreiben. Richelieu verlegte seine Armee in Winterquartiere zwischen der Aller Ocker und Leine und nahm sein Hauptquartier in Hannover; Soubise, der durch königlichen Befehl vom 29 November Richelieu's Obercommando unterstellt worden war, lagerte mit seinen Truppen in Hessen.

[1] Westphalen I 401. Vgl. Friedrichs II Briefe an Ferdinand vom 12. 22. 28 Dec. 1757. Ebend. II 177 180. 182.

So endete das zweite, an großen Ereignissen und erstaunlichen Wechselfällen reiche Jahr des Krieges in Deutschland. Während die Souveraine von Österreich Rußland Frankreich und in ihrem Dienste Schweden und das Reich ihre Heerschaaren aufboten um die preußische Armee zu vernichten, gewann Friedrich der große durch den kühnen Einmarsch in Böhmen und den Sieg vor Prag eine gebietende Stellung, in welcher er den Muth seiner Freunde und Verbündeten befestigte und die Zuversicht seiner Gegner tief erschütterte. Die Niederlage bei Kolin, der Rückzug aus Böhmen und der unglückliche Feldzug des Herzogs von Cumberland warfen ihn in die Defensive zurück. Von Westen und Osten, von Süden und Norden drangen die Feinde mit Übermacht vor: alle preußischen Provinzen, Sachsen und Thüringen, Hessen, Hannover und Braunschweig wurden mit Krieg überzogen, ein Schlag nach dem andern brachte Friedrich an den Rand des Untergangs. Da siegte er bei Roßbach und jagte die Franzosen und Reichstruppen bis Hessen und Franken zurück: die niedersächsische Armee, von einem neuen Feldherrn zusammengehalten, griff wieder zu den Waffen, das russische Heer gab unter den Intriguen des Hofes die gemachten Eroberungen preis, und die Schlacht bei Leuthen entriß den Österreichern den ganzen Gewinn eines siegreichen Feldzugs. König Friedrich an der Spitze seines ruhmgekrönten Heeres war wiederum Herr aller seiner östlichen Staaten und hatte für die französische Occupation seiner westfälischen und rheinischen Lande an dem Besitz Sachsens und des schwedischen Pommerns reichlichen Ersatz. Aber mit den erfochtenen Siegen hatte Friedrich seine Feinde noch nicht überwunden und ihren Bund nicht gesprengt. Nirgends bot sich eine Aussicht auf Frieden, sondern es galt für die Fortsetzung des Kriegs im kommenden Jahre zu rüsten. Bis dahin war König Friedrich allein auf seine eigene Kraft angewiesen: es handelte sich jetzt darum festzustellen, in welchem Maße England Preußen beistehen wolle den großen europäischen Krieg, von dessen Ausgang auch die englische See- und Colonialmacht bedingt war, zu einer glücklichen Entscheidung zu bringen.

Siebentes Capitel.

Misgeschick der Engländer im See- und Colonialkriege. Verhandlungen mit Spanien. Englisch-preußische Verhandlungen bis zum Abschlusse des Subsidienvertrags vom 11 April 1758.

Die Erschütterung der preußischen Macht während des Jahres 1757 ward in England und den britischen Colonien mit ängstlicher Theilnahme begleitet. Denn man war auf beiden Seiten des Oceans sich dessen bewußt daß der Rückschlag zur See nicht ausbleiben werde. Daher betete man um Sieg für die preußischen Waffen[1] und begrüßte ihre Triumphe mit lautem Jubel, denn sie neigten die Wagschale zu Gunsten Englands und der Weltstellung des Protestantismus. Aus ihnen leuchteten nach trüber Zeit wieder die ersten Strahlen der Hoffnung auf, während die englische Kriegführung und Diplomatie in diesem Jahre eben so erfolglos war als in dem vergangenen. Pitt hatte eine schwere Zeit der Prüfung zu bestehen, bis seine Entwürfe von thatkräftigen Männern entschlossen durchgeführt wurden.

Noch war Muth und Unternehmungsgeist auf Seiten der Franzosen. Die englischen Befehlshaber, unentschlossen und saumselig, kamen überall zu spät und thaten lieber nichts als daß sie für ein gewagtes Unternehmen die Verantwortlichkeit trugen. Der englische Obergeneral Graf Loudoun war angewiesen Louisburg auf der Insel Cap Breton anzugreifen, das Bollwerk der französischen Herrschaft im Lorenzbusen, und Admiral Holbourne ward zu diesem Zwecke mit einem wohlversehenen Geschwader und neuen Regimentern nach Amerika hinübergesandt. Loudoun wußte jedoch mit seinen Vorbereitungen immer nicht fertig zu werden, während die Franzosen die Zeit benutzten nach Louisburg Verstärkungen zu werfen, welche ungehindert ihr Ziel erreichten. Sie waren

[1] G. Bancroft hist. of the U. St. Boston 1852. IV 280. Mitchell P. I 279.

aufs beste gerüstet und die Flotte unter dem Contreadmiral Dubois de la Mothe bereit sich mit den Engländern zu messen. Aber diese kamen nicht. Loudoun hatte endlich im August zu Halifax seine Landungstruppen eingeschifft und die Expedition war segelfertig, als man aus den eingezogenen Nachrichten sich überzeugte, daß gegen sechszehn englische Linienschiffe die Franzosen deren siebenzehn hatten, welche mit einem größeren „Gewichte von Metall" versehen seien. Daraufhin ward beschlossen die ganze mit großen Kosten eingeleitete Unternehmung aufzugeben.

Kaum hatte Loudoun sich wieder auf die Fahrt nach Newyork begeben, so erreichte ihn die Botschaft von dem Verluste des Forts William Henry. Nach der Eroberung der festen Plätze am Ontariosee bildete dieses am Georgsee (Lac du St. Sacrement) gelegene Fort den nächsten Zielpunct der französischen Angriffe, welche schon im Winter versucht wurden. Während Loudoun in Halifax lag, führte Marschall Montcalm, durch keine Schwierigkeit und kein Hinderniß abgeschreckt, seine aus königlichen Truppen, französischen Canadiern und Indianern bestehende Streitmacht heran. Der Commandant der Feste Oberstlieutenant Munro wehrte sich tapfer, damit General Webb, der bei dem Fort Edward am oberen Hudson stand, Zeit gewinne zum Entsatze heranzuziehn. Aber statt den erbetenen Beistand zu bringen schickte General Webb den schriftlichen Rathschlag zu capitulieren. Am 9 August ward das Fort übergeben und von den Franzosen geschleift. Die Engländer hatten im Ohiobecken und im Gebiete des Lorenzstroms keinen Posten mehr. „Um Gottes „willen," schrieb der Commandant von Albany an den Gouverneur von Massachusets, „strengen Sie sich an eine Provinz zu „retten. Newyork selbst kann fallen. Retten Sie das Land; ver„hüten Sie den Umsturz der britischen Heerschaft in Amerika[1]."

Im September segelte Holbourne, der mit einigen Schiffen verstärkt und durch erneute Verhaltungsbefehle zur Thätigkeit angespornt war, auf die Höhe von Louisburg um die französische

[1] Bancroft IV 266 f.

Flotte bei ihrer Rückfahrt nach Europa anzugreifen. Aber in der Nacht vom 24 auf den 25 September setzte ein Sturm der englischen Flotte furchtbar zu, ein Schiff von 60 Kanonen scheiterte, andere konnten nur mit Mühe die See halten. Dubois segelte in ungestörter Fahrt nach Brest und etwas später traf Holbourne mit einem Theile seiner Flotte zu Spithead ein.

An der Küste von Guinea brachte Capitain de Kersaint sechszehn englische Schiffe mit Negersklaven und anderer reicher Ladung auf und führte sie nach Martinique hinüber. Im Mittelmeer beschützte de Caumont, der zu Malta Station nahm, die französische Schiffahrt nach der Levante. Die Franzosen litten größeren Schaden durch die englische Caperei als sie selbst der englischen Schiffahrt zufügten, doch hatte auch diese in dem laufenden Jahre noch empfindliche Einbuße, sobald die Kauffahrer nicht durch Kriegsschiffe geleitet wurden.

Diesen Nachtheilen konnte gründlich nur begegnet werden, wenn man die französische Marine an ihrer Wurzel faßte und die feindlichen Kriegshäfen zerstörte. Auf nichts geringeres waren Pitt's Gedanken gerichtet. Ein solches Unternehmen erschien seinen eigenen Landsleuten unerhört. Sie hatten jüngst vor einer französischen Landung in England gezittert und die Regierung hatte zu deren Abwehr die britischen Streitkräfte nicht für zureichend gehalten, sondern deutsche Truppen herbeigeholt. Daß umgekehrt in früheren Zeiten Engländer in Frankreich gelandet waren schien aus der Erinnerung geschwunden zu sein; ja die französische Regierung hielt sich für so sicher daß sie um des deutschen Krieges willen ihre Küsten völlig entblößte. Von der Seine bis zur Garonnemündung wurden zur Küstenwacht nicht zehntausend Mann unter den Waffen gehalten. Daher war gegründete Aussicht vorhanden, daß eine Landung an geeigneter Stelle ohne Schwierigkeit auszuführen sei. Gelang aber ein solches Unternehmen, so durfte man sich außer dem nächsten Zwecke, der Schädigung der französischen Marine, auch die Wirkung davon versprechen, daß die französische Regierung genöthigt werde ihre Streitkräfte zu theilen und Truppen aus Deutschland zurückzuziehn.

Seit Anfang Juli wurden von der englischen Regierung um-

fassende Rüstungen betrieben, aber sie erlitten durch Versäumnisse der Marineverwaltung unerwünschte Verzögerung. Endlich am 8 September gieng die Flotte von Portsmouth in See. Sie bestand aus etwa hundert Fahrzeugen, darunter achtzehn Linienschiffen, und hatte mehr als 10000 Mann Landungstruppen an Bord. Diese befehligte General Sir John Mordaunt; das Seecommando hatte der Admiral Sir Edward Hawke. Das Ziel der Expedition war der französische Kriegshafen Rochefort an der Mündung der Charente, der nach den vorliegenden Berichten von der Landseite wenig befestigt und in dessen Nähe eine Landung leicht auszuführen war. Der königliche Befehl gieng dahin alle Kräfte anzuwenden um die Truppen zu landen, wo möglich Rochefort durch einen tapferen Anfall zu nehmen und die dort befindlichen Schiffe, Werften, Magazine und Arsenale zu verbrennen.

Das Geheimniß war gut bewahrt. Erst auf der See erhielten Mannschaften und Offiziere Kenntniß von ihrer Bestimmung. In Frankreich ergieng man sich in Vermuthungen, ob die gewaltige Rüstung nach der Elbe oder nach Holland oder nach den Colonien oder gegen die Küsten Frankreichs bestimmt sei[1]. Die französischen Kriegsschiffe, welche der englischen Flotte ansichtig wurden, flüchteten in die Gironde. Am 22 September konnte Hawke auf der Rade des Basques bei St. Rochelle vor Anker gehen: am nächsten Tage wurden die halbfertigen Werke auf der Insel Aix vor der Charentemündung beschossen und die kleine Besatzung genöthigt sich zu ergeben.

Jedermann an Bord erwartete den Befehl zur Landung. Aber dieser erfolgte nicht. General Mordaunt hatte den Plan, zu dessen Ausführung er bestimmt war, von allem Anfange für verkehrt angesehen und war mit Admiral Hawke nicht einig. Bevor er die Landung unternahm, forderte er von dem Admiral das Versprechen, daß dieser jeden Augenblick im Stande sein werde die Truppen wieder einzuschiffen. Hawke war bereit was in seiner Macht stand zu dem Gelingen des Unternehmens beizutragen, aber eine solche Zusage zu geben weigerte er sich mit

---

[1] Luynes XVI 146 f. (Aug. 27 1757).

der Erklärung, das hange nicht allein von ihm ab, sondern auch von Wind und Wetter. Darauf berief Mordaunt am 24 September einen Kriegsrath um seine vielfältigen Bedenken auseinanderzusetzen. Einer der jüngeren Offiziere, Oberst James Wolfe, erbot sich Rochefort zu nehmen, wenn ihm 500 Mann und drei Schiffe zur Verfügung gestellt würden, aber Mordaunt wies sein Anerbieten zurück. Ein paar Tage vergiengen mit Berathschlagungen und nutzlosen Vorbereitungen, während der französische Befehlshaber de Langeron durch geschickte Manöver die Engländer über die geringe Zahl seiner Mannschaften zu täuschen wußte. Endlich ward am 29 September beschlossen ohne eine Landung versucht zu haben nach England zurückzusegeln. Am 7 October traf die Flotte wieder auf der Rhede von Spithead ein.

Das war das Ende einer Expedition, von der die größten Dinge erwartet wurden und deren Ausrüstung beinahe eine Million Pfund Sterling gekostet hatte. Admiral Hawke wurde alsbald von neuem ausgesandt um im Canal zu kreuzen, Mordaunt dagegen hatte sich vor einem Kriegsgericht zu verantworten. Dieses sprach ihn frei, und die geheimen Feinde Pitt's suchten das ganze Unternehmen als unausführbar und abenteuerlich darzustellen. Aber das englische Volk blieb der Überzeugung, daß Mordaunt allein das Mislingen verschuldet habe; ja so hoch stieg die Erbitterung daß man von geheimen Befehlen sprach, durch welche Mordaunt angewiesen worden sei nichts zu thun, damit Hannover es nicht zu entgelten habe. Mit Recht war die öffentliche Meinung darüber empört, daß ein Befehlshaber nach dem andern sich eher vor ein Kriegsgericht stellen ließ, als daß er für die Ehre der britischen Waffen auch auf die Gefahr eines Fehlschlages sein Leben einsetzte.

Nicht besseren Erfolg als die englische Kriegführung in Europa und in Amerika hatte der Versuch mit Spanien ein Bündniß gegen Frankreich abzuschließen. Schon während seines früheren Ministeriums hatte Pitt es sich angelegen sein lassen mit dem spanischen Hofe freundliche Beziehungen zu unterhalten und insbesondere den Minister der auswärtigen Angelegenheiten, General Richard Wall, günstig zu stimmen. Dieser, aus einer irischen

Familie entsprossen, hatte mehrere Jahre als spanischer Gesandter am englischen Hofe gelebt und zeigte äußerlich sich sehr bereit mit der englischen Regierung in gutem Vernehmen zu stehn. Aber dennoch dauerten Zwistigkeiten zwischen England und Spanien fort, deren offener Ausbruch nur durch die Geistesschwäche des Königs Ferdinand VI verhindert wurde. Es waren die alten Klagen der Spanier über die Holzschläge britischer Unterthanen am Golfe von Honduras und an der Mosquitoküste und über den Bruch der spanischen Handelsperre durch englische Freibeuter, deren Unterdrückung und Bestrafung die ohnmächtige spanische Regierung von der englischen forderte.

Obgleich dieser Streit unerledigt blieb, verzweifelte Pitt doch nicht daran, angesichts der immer gefährlicher anwachsenden Übermacht Frankreichs Spanien auf die Seite Englands herüberzuziehen, und erließ deshalb am 23 August nach Beschluß des Geheimenraths an den Gesandten in Madrid, Sir Benjamin Keene, die Weisung, dem spanischen Hofe für seine Betheiligung am Kriege mit Frankreich und insbesondere zum Zwecke der Wiedereroberung von Minorca für die britische Krone die Abtretung von Gibraltar an Spanien anzubieten; ferner die Räumung der seit dem Aachener Frieden von Engländern in Centralamerika errichteten Niederlassungen. Wenn Spanien auf das englische Bündniß eingehe, sollten die Höfe von Neapel und Turin zum Beitritt eingeladen werden. Auf die Gesinnungen des Königs von Sardinien zählte Pitt mit Bestimmtheit. Auch von dem Könige von Neapel hielt er sich versichert, daß er den Plan des Hauses Habsburg, durch die Herstellung eines zusammenhängenden Territoriums vom toskanischen Meere bis Sachsen und bis Belgrad Italien entzweizuschneiden und jede Verbindung der Könige beider Sicilien und Sardiniens zu unterbrechen, mit großer Besorgniß ansehe. Um den Eifer des Gesandten für diese wichtige Verhandlung anzuspornen, schilderte Pitt die Gefahren denen England unterliege und die Bedrängniß des Königs durch die französische Eroberung Niedersachsens. „Die so wenig angemessenen Vortheile des Vertrags von Utrecht, die unauslöschliche „Schmach der vorigen Generation, sind der nothgedrungene, aber

„fast unerreichbare Wunsch der gegenwärtigen geworden. Das „deutsche Reich besteht nicht mehr, die Häfen der Niederlande „(Ostende und Nieuport) sind verrathen, der holländische Bar- „rieretractat ist ein leerer Schall, Minorca und damit das Mittel- „meer verloren, und Amerika selbst steht auf dem Spiele."

Als Sir Benjamin Keene diese inhaltschwere Instruction empfieng rief er aus: „Sind sie jenseit des Canals toll? Was „bilden sie sich ein! Jetzt ist es zu spät." Er kannte hinlänglich die unter den Spaniern gegen England herrschende Erbitterung, welche durch den neuen französischen Gesandten, Marquis d'Aube- terre, mit vielem Geschick genährt wurde, um zu wissen, daß die spanische Regierung um keinen Preis zu Gunsten von Ketzern und zumal der Engländer das Schwert ziehen werde. Diese Voraussetzung trog ihn nicht. Ein lockenderes Anerbieten als die Abtretung Gibraltars konnte einem spanischen Minister kaum gemacht werden. Dennoch besann sich General Wall keinen Augen- blick die englischen Vorschläge rundweg abzulehnen unter lebhafter Beschwerde, daß das ungerechte Verfahren der englischen Re- gierung es ihm unmöglich mache sich für ein engeres Bündniß zwischen Spanien und England zu verwenden[1].

So trug England auch in diesem Jahre die schwere Last des Krieges ohne irgend etwas damit zu erreichen. Das Volk litt hart durch Theurung, und die Ausführung des Milizgesetzes rief in Irland und in England selbst Unruhen hervor. Der Grund davon lag in den Bestimmungen des Gesetzes selbst, welches statt allgemeiner Wehrpflicht den wohlhabenden frei ließ sich dem Dienste zu entziehen und damit die Last auf die ärmeren Classen wälzte[2]. Kurz wohin man auch den Blick richten mochte, erschien die Lage Englands trauriger als je. Aber die große Mehrzahl der Engländer wankte nicht im Vertrauen auf Pitt und dieser selbst verzagte nicht.

---

[1] Pitt's Instruction vom 23 August und Keene's Bericht vom 26 Sept. 1757 s. Chatham Corresp. I 247 ff. 263 ff. Vgl. Coxe Bourbon Kings of Spain IV 197. Über die Spanien zu machenden Vorschläge berichtet Michell am 16 August, über die Entwürfe für Italien am 23 September.

[2] Hallam constit. hist. of England. 9th Edit. London 1857. III 262.

Kaum waren die Anstalten getroffen die verbündete Armee in Norddeutschland wieder in Thätigkeit zu setzen, so kam die Nachricht von Friedrichs Siege bei Roßbach, nach vielen schlimmen die erste frohe Zeitung. Pitt athmete auf und der alte König war wie verjüngt; so heiter und zufrieden hatte man ihn lange nicht gesehen[1]. Major Grant, der im Namen Friedrichs die Siegesbotschaft überbrachte, ward mit der größten Auszeichnung empfangen und die Beziehungen zwischen der englischen und preußischen Regierung, welche seit dem August ins Stocken gekommen waren, wurden wieder vertraulich. Über die mit Richelieu hinsichtlich der Halberstädter Convention gepflogenen Verhandlungen gab König Friedrich durch seine Minister eingehende Erklärung[2]. Auch von Stade kamen bald bessere Berichte; Geheimerath von Münchhausen, der am 12 December nach London zurückkehrte, war über den neuen Oberbefehlshaber den Prinzen Ferdinand alles Lobes voll. Wenige Tage später traf die Meldung von dem Siege bei Leuthen ein und ward in England mit Jubel begrüßt.

Zu diesen guten Botschaften aus Deutschland kamen im folgenden Januar Siegesberichte aus Indien. Schon im Laufe des Jahres 1757 war von dorther ein Erfolg der Engländer nach dem andern gemeldet worden, welche dem Admiral Watson, dem Contreadmiral Pococke und vor allem dem Obersten Clive zu verdanken waren. Daß im Januar 1757 Calcutta wieder in die Gewalt der Engländer fiel, ist früher erwähnt; wenige Tage später ward Hooghly eingenommen und reiche Warenlager der Hindus erbeutet oder zerstört. Durch die Kühnheit der Engländer ward der Nabob von Bengalen Surajah Dowlah so sehr in Schrecken gesetzt, daß er im Februar einen Vertrag eingieng, in welchem er ihnen alle ihre früheren Handelsprivilegien bestätigte, mit dem Rechte Calcutta nach ihrem Belieben zu befestigen; ferner gestand er ihnen für ganz Bengalen Zollfreiheit zu und versprach für den im vorigen Jahre angerichteten Schaden Ersatz zu leisten. Diesen

---

[1] 1757 Nov. 22. Michell's Bericht.

[2] Nov. 15. 19. Magdeburg. Ministerialdepesche an Michell.

Friedensschluß benutzten Clive und Watson zu einem Angriffe auf Chandernagore, die einzige französische Station im Gangesgebiete, und es gelang ihnen am 24 März diesen wichtigen Platz, der mit 126 Geschützen ausgerüstet war, zur Capitulation zu nöthigen.

Der Friede mit dem Nabob war von kurzer Dauer. Während dieser Fürst auf das Verderben der Engländer sann, bildete sich eine Verschwörung gegen ihn zu dem Zwecke, den Befehlshaber seiner Truppen Meer Jaffier auf den Thron zu erheben, und Clive zog im Einverständnisse mit den Verschworenen ins Feld. Am 23 Juni 1757 kam es bei Plassey zur Schlacht. Die Streitkräfte der Engländer waren unverhältnißmäßig gering. Clive gebot nur über 3000 Mann, darunter ein drittel Europäer, und zehn Geschütze; der Nabob über 50000 Mann mit vierzig schweren und einer Anzahl leichter Geschütze, die von Franzosen bedient wurden. Aber die Scharen des Nabob waren unzuverlässig und wandten sich vor dem kräftigen Angriffe der englischen Truppen zur Flucht. Surajah Dowlah ward eingeholt und auf Befehl Meer Jaffiers getödtet. Dieser bestieg jetzt den Thron, ein Spielball der Engländer, deren Herrschaft in Indien mit der Schlacht von Plassey begründet ward und Schritt vor Schritt sich weiter ausbreitete.

Die seit November eintretende bessere Wendung der Dinge half Pitt über alle möglichen Schwierigkeiten gegenüber der Nation und dem Parlamente hinweg und befestigte die Einigkeit des Cabinets. Der Beginn der Parlamentssession war auf den 15 November angesetzt, aber nach Empfang der ersten Nachricht von der Schlacht bei Roßbach schlug Pitt dem Könige vor die Session noch um zwei Wochen zu vertagen um die Bedeutung dieses Ereignisses besser überblicken zu können. Eine solche Vertagung unmittelbar vor dem anberaumten Termin war ungewöhnlich und imponierte Georg II: er gab seine Einwilligung und kam überhaupt von seinem Vorurteile gegen Pitt mehr und mehr zurück.

Am 1 December eröffnete der König das Parlament mit einer Thronrede, welche nach dem Hinblick auf die bisher erfolglose Kriegführung den entschiedenen Willen der Regierung

und die Zuversicht endliches Sieges aussprach. „Es ist mein „fester Entschluß," hieß es weiter, „für die Sicherheit meiner „Reiche und für die Herstellung und den Schutz der Besitzungen „und Rechte meiner Krone und Unterthanen in Amerika und „anderswo das äußerste zu thun, sowohl mit kräftigster Anwen„dung unserer Seemacht als mit allen andern Mitteln. Eine „andere große Angelegenheit, die mir am Herzen liegt, ist die „Erhaltung der protestantischen Religion und der Freiheiten von „Europa und in dieser Absicht zu meinen Verbündeten zu stehn „und sie zu ermuthigen. Für diese Sache werde ich keine Lasten „scheuen und nehme dazu Ihre herzliche Mitwirkung und kräftige „Unterstützung in Anspruch. Der letzte glänzende Erfolg in Deutsch„land hat den Dingen eine glückliche Wendung gegeben, welche „weiter zu fördern uns obliegt. In dieser kritischen Verwickelung „sind die Augen von ganz Europa auf uns gerichtet. Insbesondere „muß ich Ihnen empfehlen, daß mein guter Bruder und Bundes„genosse der König von Preußen in solcher Weise unterstützt werde, „wie seine Geistesgröße und sein thatkräftiger Eifer für die ge„meine Sache es verdienen."

Im Parlamente regte sich kein Widerspruch. Ohne erhebliche Debatten wurden die Anträge der Regierung genehmigt und die Gelder für den öffentlichen Dienst bewilligt. Pitt nahm am 14 December, bei der Berathung des Budgets für die See- und Landmacht Gelegenheit sich über den Stand der Dinge freimüthig und klar auszusprechen. Diese Rede ward bewundert wie kaum irgend eine andere die er je gehalten: um so mehr haben wir zu beklagen daß nur geringe Bruchstücke daraus aufgezeichnet sind.

Mit Bezug auf den in der Thronrede gebrauchten Ausdruck „anderswo" versicherte Pitt daß die englische Armee nur unmittelbar für England verwendet werden solle. Er sei nie ein Gegner zweckmäßiger continentaler Maßregeln gewesen, aber er werde für jetzt keinen Tropfen englisches Blutes an die Elbe senden. Eines der Mitglieder für die City von London, der hochachtbare und mit Pitt befreundete Alderman William Beckford, hatte das Verhalten der englischen Generale und Admirale gerügt, durch deren Schuld alle Unternehmungen in Amerika sowie die Expe-

dition gegen Rochefort verfehlt seien[1], und hatte dabei geäußert, er wisse nicht in wessen Händen das Königreich sich befinde. Pitt entgegnete: in den Händen einer wohlthätigen Vorsehung und eines allergnädigsten Königs, der von Verlangen brenne sein Land glücklich zu machen; und rühmte in warmen Worten, wie sehr er des Königs Güte und Vertrauen seit seinem Eintritte in das Ministerium erfahren habe. So hoffe er sein Amt mit Ehren fortzuführen, im Verein mit den übrigen Ministern, welche alle von éinem Geiste beseelt einem und demselben Ziele nachstrebten.

Aber nichts könne gut gehen, fuhr Pitt fort, so lange die Armee nicht der Staatsgewalt untergeben sei: sie habe zu gehorchen, nicht zu räsonnieren. Die auf die letzte Expedition ausgesendeten hätten über die erhaltenen Befehle gelacht, sogar bei Tafel; selbst Mitglieder des Cabinets hätten ein gleiches gethan. Schon hier ward Pitt lebhaft, jedoch hielt er an sich mit Bezug auf die noch schwebende Untersuchung; er war unmittelbar aus der Sitzung des Kriegsgerichts über Mordaunt, in welcher er als Minister über die ertheilten Befehle vernommen war, ins Parlament eingetreten. Aber mit der vollen Schärfe des bittersten Redeergusses tadelte er das Verhalten des Lord Loudoun, welchen vorher Lord George Sackville geglaubt hatte in Schutz nehmen zu dürfen. Die großen Unkosten, welche das Volk für die Armee in Amerika trage, sagte Pitt, seien weggeworfen; es sei nicht allein nichts gethan, sondern es sei nichts versucht. Alle Strom- und Seegebiete von Amerika seien verloren; England habe kein Boot mehr auf diesen Binnengewässern; jedes Thor stehe Frankreich offen. Lord George habe entschuldigen wollen, er könne es nicht; er wolle nicht verdammen, aber seine Meinung gehe gegen Lord Loudoun, der viel habe thun können, hätte er nicht einen Monat lang gekundschaftet ob die Franzosen stärker seien oder nicht. Seit dem 5 August habe Loudoun es nicht seines Amtes erachtet über die Operationen welche er vor-

[1] Vgl. Beckford's Brief an W. Pitt v. 22 Oct. 1757. Chatham Corresp. I 278 ff.

habe zu berichten; man habe allen Grund zu glauben daß der General willens sei in Unthätigkeit zu verharren.

Nach dieser durchschlagenden Rüge ergieng sich Pitt in dem Lobe der Befehlshaber in Ostindien. Dort finde er Watson Pococke und Clive. Wie staunenswerthen Erfolg hatte nicht Watson mit drei Schiffen! Aber er hielt sich nicht damit auf hier zu kalfatern und dort zu mäkeln, sondern segelte kurzweg in den Ganges hinein. Mit ihm wirkte Clive zusammen, dieser vom Himmel gekommene General, dessen Heldenmuth, Einsicht, Entschlossenheit, Beharrlichkeit und Thatkraft einen König von Preußen entzücken würde und dessen Geistesgegenwart Indien in Staunen setzte. Freilich sei er nicht nach allen Regeln geschult, und habe nicht aus einer Erfahrung von vierzig Dienstjahren gelernt nichts zu thun[1].

Das waren Reden nach dem Herzen des englischen Volks und sie bewegten nicht bloß die Gemüther der im Parlament versammelten Abgeordneten, sondern hallten im ganzen Lande wieder und hoben den Geist der Armee und der Flotte. Den Worten entsprach die That. So weit seine Macht reichte, wußte Pitt den öffentlichen Dienst mit der Energie zu durchdringen, welche ihm selbst eigen war. Die Marineverwaltung mußte den hergebrachten Schlendrian abthun und seinen Anforderungen in gesetzter Frist entsprechen. Das Schatzamt hatte die nöthigen Gelder herbeizuschaffen und vermochte dies ohne Schwierigkeit. Zwar wuchsen durch die immer höher angespannten Rüstungen zur See und zu Lande die Ausgaben im Vergleich mit früher ins ungeheure an: im Jahre 1753 bewilligte das Parlament noch nicht 2,800000 L. St., 1754 über 4 Millionen, in dieser Session 10,486000 L. St. Aber die Hilfsquellen Englands floßen mitten im Kriege so reichlich und der Staatscredit war so fest begründet, daß der Regierung was sie nur bedurfte zur Verfügung stand. Im Jahre 1757 belief sich die Einfuhr auf 9,873153 L. St., die Ausfuhr auf 14,266861 L. St.; jene

---

[1] Hor. Walpole's Memoires of the reign of George II. London 1822. II 274—276. Prinz Czartoriski an seinen Vater. London d. 20 Dec. Beil. II 110.

überstieg die Einfuhr von 1755 um mehr als 600000, diese die Ausfuhr von 1755 um anderthalb Millionen L. St.[1]. Der Curs der dreiprocentigen Staatspapiere sank selbst unter dem Eindruck der schlimmsten Nachrichten nicht unter 86 Procent. Während erfahrene Staatsmänner an der Zukunft verzagten, brachte der Handels- und Gewerbestand große Opfer willig dar in dem Vertrauen, daß jeder Schilling redlich zum Besten des Landes verwandt werde, und hegten keinen höheren Wunsch als den, daß der Krieg mit aller Kraft zu einem guten Ende geführt werden möge.

Und darauf war Pitt bedacht. Seine Leitung des Krieges war militärisch beurteilt nicht frei von Fehlgriffen. Nicht immer entsprachen die zu erreichenden Zwecke den aufgewendeten Kosten und Anstrengungen; man durfte sich über die Eigenwilligkeit beklagen, mit der der Minister auf seinen Meinungen bestand. Aber die Hauptsache war, daß ein zum Herrschen geborener Mann mit festem Willen das Steuer führte und die in seine Hand gelegten Mittel beharrlich zu dem einen Zwecke verwandte England durch energische Kriegführung einen ehrenhaften und sicheren Frieden zu verschaffen. Der Schlaffheit, mit der englische Generale und Admirale über Bedenken aller Art ihre Schuldigkeit versäumten, machte Pitt gründlich ein Ende. Mochte das Kriegsgericht auch Mordaunt mit allen Ehren freisprechen, gerechtfertigt war damit das Verhalten des Generals nicht, so wenig wie die Unthätigkeit Loudoun's in Amerika, und die öffentliche Rüge, mit der Pitt unerbittlich die feigen und pflichtvergessenen strafte, verwundete schärfer als Pulver und Blei. Solche Befehlshaber verloren ihr Commando und wurden durch Männer ersetzt, welche statt durch vornehme Geburt und höfische Gunst durch ihr Verdienst sich empfahlen. Jüngere Offiziere, welche Muth und Einsicht an den Tag legten, zog Pitt hervor und stellte sie an den Platz, an dem sie sich bewähren konnten. So ward James Wolfe zum Generalmajor befördert und dem General Abercrombie an die Seite

---

[1] John M'Arthur, financial and political facts of the 18th and present century. 4th Ed. Lond. 1803. App. III.

gegeben, auf welchen mit Loudoun's Abberufung der Oberbefehl in Amerika übergieng. Aber die Entwürfe der Unternehmungen in ihren Grundzügen entschied Pitt selbst und wies die Mittel an: das Detail der Ausführung legte er in die Hand erprobter sachkundiger Männer. Er besaß das glückliche Talent, wie bei seinem Tode ein Ehrenmann, Oberst Barré, im Unterhause bezeugte, seinen eigenen Eifer den Seelen derer einzuflößen, welche an der Ausführung seiner Pläne Theil haben sollten: „es ist manchen Offizieren, die in diesem Hause sitzen wohl „bekannt, daß niemand je Pitt's Cabinet betrat, der nicht beim „Weggehen einen höheren Muth in sich fühlte als beim Ein„treten[1]."

Mit derselben Entschiedenheit, mit der er die oberste Leitung des Krieges führte, handhabte Pitt auch den diplomatischen Verkehr. Die frühere Regierung hatte für alle Welt gute Worte bereit gehabt, aber man konnte nicht darauf bauen: sie kam mit sich selber in Widerspruch und flößte weder Freunden noch Feinden Achtung und Zutrauen ein. Unter Pitt's Ministerium dagegen waren alle an andere Mächte gerichtete Erklärungen unzweideutig und bestimmt: mochte man die Ansichten des Ministers misbilligen, so wußte man wenigstens stets woran man mit ihm war, und was er versprach hielt er gewissenhaft. Die englischen Gesandten an auswärtigen Höfen verspürten den Unterschied der Geschäftsführung in Form und Inhalt. Fortan empfiengen sie genaue Mittheilungen und Instructionen, welche an Klarheit und Präcision nichts zu wünschen ließen. Dafür wachte Pitt auch darüber, daß sie den erhaltenen Weisungen pünctlich nachkamen und sich in völligem Einklange mit ihrer Regierung hielten.

Unter den englischen Diplomaten hatten sich durch ihre Dienste vorzüglich bewährt Generalmajor Joseph Yorke im Haag, ein Sohn des Grafen Hardwicke, Andrew Mitchell im preußischen Feldlager, Robert Keith, der frühere Gesandte in Wien, jetzt zum Nachfolger von Sir Hanbury Williams in Petersburg ausersehen. Unbedeutend war Graf Bristol, welcher nach dem

[1] Rede des Obersten Barré v. 13 Mai 1778. Parliam. Hist. XIX 1227.

Tode des wackeren Sir Benjamin Keene den wichtigen Botschafterposten zu Madrid erhielt.

Die nächste und dringendste Aufgabe des auswärtigen Amts bestand darin über das Bündniß mit Preußen, welches auf dem Vertrage von Westminster beruhte, weitere Vereinbarungen zu treffen. Wir haben oben gesehen, daß die englische Regierung im Juli 1757 Friedrichs II Vorschläge, die niedersächsische Armee von England aus zu verstärken und ein Geschwader in die Ostsee zu senden, ablehnte und anstatt bewaffneter Hilfe mit Truppen und Schiffen Subsidien anbot; daß Friedrich II in seiner höchsten Bedrängniß dieses Anerbieten mit Dank entgegennahm und eventuell vier Millionen Thaler als die erforderliche Summe bezeichnete, aber die Entschließung darüber bis zum Ausgange des Feldzugs vertagte[1]. Die englischen Minister kamen indessen auf ihren Vorschlag wiederholt zurück und wünschten, daß der König von Preußen sich über dessen Annahme erklären möge: unter der Voraussetzung, daß er die hannöversche Armee möglichst unterstütze, genehmigten sie am 23 September ausdrücklich den angegebenen Betrag von vier Millionen Thalern = 670000 L. St. Je näher die Eröffnung der Parlamentssession kam, um so mehr lag ihnen daran diese Angelegenheit ins reine zu bringen; sie baten Friedrich II, er möge nur die Zahlungstermine bestimmen, welche pünctlich eingehalten werden sollten[2].

Für König Friedrich aber war die Sache noch keineswegs abgemacht. Als er Ende Juli zu Dresden sich mit Mitchell besprach, überschwemmten die Feinde von allen Seiten die preußischen Provinzen und die letzten Hilfsquellen drohten zu versiegen: daher faßte er die Möglichkeit ins Auge, zu englischen Subsidien seine Zuflucht nehmen zu müssen. Im November dagegen waren die Franzosen zurückgejagt, Preußen von den Russen, Pommern von den Schweden geräumt: aus Schlesien sollten um jeden Preis die Österreicher vertrieben werden. Damit hatte Friedrich

---

[1] S. o. S. 375. 379.

[2] 1757 Aug. 16. Holdernesse an Mitchell. Beil. II 67. Ders. an dens. Oct. 14. — Michells Bericht vom 23 Sept. 25. 29 Nov.

die Mittel in Händen, ohne fremde Beihilfe die Kosten des nächsten Feldzuges zu bestreiten. Was ihm abgieng war nicht mit Geld zu erkaufen, eine Flotte, um die baltischen Küsten zu decken und das abermalige Vordringen der Russen und Schweden zu hindern, und Mannschaften, um die feindliche Übermacht von seinen Staaten fernzuhalten, wo er diese nicht selbst zu decken im Stande war. Beides konnte seiner Überzeugung nach England ohne eigene Gefahr und Schaden liefern und damit den gemeinsamen Interessen den größten Dienst thun. Denn eine Landung in England stand nicht zu befürchten und die um ein beträchtliches verstärkten englischen Truppen konnten seiner Ansicht nach nirgends zweckmäßiger verwandt werden als wenn sie die Franzosen aus den von ihnen occupierten Ländern herausschlugen.

Auf Grund dieser Erwägungen nahm Friedrich die Verhandlung im November wieder auf, während die englische Regierung gerade die Anschläge der Kriegskosten aufstellte. Seinen Befehlen gemäß schrieben seine Minister Podewils und Finckenstein an den englischen Gesandten Mitchell, der sich damals noch in Leipzig aufhielt, und ersuchten ihn um Unterstützung der preußischen Vorschläge. Mitchell antwortete, er erkenne mit wahrem Vergnügen daß die Ansichten der preußischen Regierung so vollkommen mit den seinigen übereinstimmten und versprach in diesem Sinne zu berichten[1]. Dieser Zusage kam er in seinen Depeschen vom 28 November und 5 December nach. Jene war unter dem freudigen Eindruck der falschen Meldung von Beverns Siege, diese nach der zuverlässigen Botschaft von der Niederlage der Preußen vor Breslau in verzweifelter Stimmung geschrieben. Mitchell sah nach diesem Schlage den König von Preußen für verloren an und sagte grade heraus, daß die englische Regierung

[1] 1757 Nov. 24. Magdeburg. Ministerialschreiben an A. Mitchell. Nov. 26 Mitchell's Antwort an Podewils und Finckenstein (c'est un vrai plaisir pour moi de trouver que mes sentimens sont si parfaitement d'accord avec ceux des ministres du roi les plus éclairés). Mitchell wohnte in Leipzig „in des regierenden Bürgermeisters Herrn Stieglitzens Haus".

durch ihre Unthätigkeit und ihre verkehrten Maßregeln den Untergang ihres Verbündeten verschuldet habe[1].

Durch den Seitenblick auf die Expedition gegen Rochefort fühlte Pitt sich persönlich gekränkt und schöpfte Verdacht daß Mitchell mit seinen geheimen Gegnern in England und mit der hannöverschen Regierung einverstanden sei. Dieser durchaus ungerechte Verdacht ward genährt durch Cumberlands Rechtfertigungsschrift, welcher außer andern Documenten auch des Herzogs Briefwechsel mit Mitchell angehängt war. Es schien daraus zu erhellen daß die Auslassungen des Gesandten über den schlimmen Stand der Dinge zum Abschluß der Zevenschen Convention beigetragen hätten[2]. Jedoch unterdrückte Pitt vor der Hand seinen Unmuth über Mitchell um die Verhandlung mit dem Könige von Preußen nicht zu stören.

Den erneuten Vorschlägen Friedrichs II glaubte Pitt jetzt so wenig als früher beipflichten zu können. Nicht daß er dieselben an sich für unzweckmäßig befunden hätte; im Gegentheil erkannte er das Gewicht der sachlichen Gründe Friedrichs II vollkommen an, aber eben so unerschütterlich beharrte er dabei, daß die englische Regierung aus Rücksichten der inneren Politik ihre Zustimmung versagen müsse. Pitt's Stärke beruhte darauf daß sein System den Überzeugungen der großen Mehrheit der Nation entsprach. Diese verabscheute nach den früher gemachten Erfahrungen jede Maßregel, welche auch nur den Schein hatte hannöverschen Sonderinteressen zu dienen. Deshalb war das neue Ministerium auf die gegenseitige Verpflichtung begründet, daß keine derartige Maßregel je in Frage kommen solle. Vor diesem einmal festgestellten Grundsatze trat die Erwägung, ob in dem gegebenen Falle der Vortheil Hannovers nicht auch Englands Vortheil sei, vollkommen zurück. Was die baltische Flotte betraf, so ward diese nicht im Princip verweigert, sondern weil für jetzt die englische Marine dazu nicht ausreiche. Übrigens

[1] S. Mitchell Pap. I 394 f. Michells Bericht vom 17 Febr. 1758. Vgl. Mitchell's Brief an Holdernesse vom 1 Nov. 1757. M. P. I 164.

[2] 1758 April 14. London. Knyphausens und Michells Bericht, nach Mittheilungen von Holdernesse. Vgl. Mitchell Papers I 166. II 6.

getröstete sich das britische Cabinet nochmals der eitlen Hoffnung daß es dem neuen englischen Gesandten Mr. Keith gelingen werde, den russischen Hof umzustimmen. Soweit zum deutschen Kriege mit Geld geholfen werden konnte, sollte es nicht gespart werden. Pitt versicherte daß England bereit sei für die niedersächsische Armee, deren Kosten auf eine Million L. St. anwachsen würden, die erforderlichen Zahlungen zu leisten, da der König Kurfürst sich entschieden weigere aus seinen Mitteln dazu beizutragen; ferner Friedrich II vier Millionen Thaler Subsidien zu gewähren. Diese Ausgaben gedachte man nicht um Hannovers willen zu machen; Pitt sagte gerade heraus, daß die Aufrechterhaltung dieses Kurfürstenthums für die englische Regierung nur eine untergeordnete Frage sei; die Aufrechterhaltung des Königs von Preußen sei ihre Hauptsache[1].

Auf beiden Seiten ward ein stolzerer Ton angeschlagen. Ehe der Bericht des preußischen Gesandten über seine Unterredung mit Pitt eingieng, war an denselben auf Befehl König Friedrichs bereits eine neue Instruction erlassen, welche ihm vorschrieb, mit dem Nachdruck und der Würde, welche er berechtigt sei in seine Worte zu legen, so oft er im Namen des Königs rede, zu erklären: Geld allein thue es nicht; für die gemeine Sache sei es unbedingt erforderlich daß die verbündete Armee mit 4—6000 Mann britischer Truppen, namentlich Cavallerie, unterstützt werde und daß im nächsten Frühjahr ein englisches Geschwader in die Ostsee komme[2].

Aber Michell fand jetzt so wenig wie früher Gehör. Vielmehr ersuchte Pitt den Gesandten, diese Artikel nie wieder zu berühren, auf welche einzugehn nach den im Innern getroffenen Anordnungen und dem einmal festgestellten Systeme unmöglich sei. Wenn König Friedrich darauf beharren wolle, werde er damit der gemeinen Sache in England großen Schaden thun. Zugleich mit dieser Ablehnung der preußischen Vorschläge ward Michell

---

[1] 1757 Dec. 9. London. Michells Bericht (le soutien de l'électorat n'est pour eux qu'une cause seconde, pendant que celui de V. M. est leur objet principal.

[2] Dec. 13. Magdeburg. Ministerialinstruction (n. f. B.) für Michell.

der Entwurf des Subsidienvertrags eingehändigt, mit dem Bemerken, daß man darin die Verpflichtungen des Königs von England als Kurfürsten von Hannover so bündig wie möglich ausgedrückt habe um eine zweite Convention von Zeven zu verhüten[1].

Inzwischen fand König Friedrich in der wiedereroberten Hauptstadt Schlesiens für ein paar Monate die Ruhe, deren nach den Anstrengungen des verflossenen Kriegsjahres sein Körper und sein Geist bedurfte. Er sah seine beiden Nichten bei sich, die Gemahlinnen seines fieberkranken Bruders Ferdinand und des Prinzen Friedrich Eugen von Würtemberg, und erquickte sich an dem Umgange mit d'Argens, mit dem Minister Grafen Finckenstein und Knyphausen[2]. Unverzüglich beschied er auch Mitchell zu sich, der am 28 December in Breslau eintraf.

Den erhaltenen Weisungen gemäß gab sich Mitchell alle Mühe den preußischen Monarchen zu bestimmen, von seinen Forderungen abzustehn; aber dieser blieb dabei, daß es kein anderes Mittel gebe die Feinde zum Frieden zu zwingen, und ließ Pitt sagen, wenn er seine Grundsätze nicht ändere, sei alles ohne Rettung verloren; er werde nimmermehr sein Verhalten in dieser Sache vor dem englischen Volke rechtfertigen können[3].

Gegen die einzelnen Bestimmungen des von dem englischen Ministerium aufgestellten Entwurfs zum Subsidienvertrage fand König Friedrich nichts zu erinnern und auf Mitchell's wiederholtes Andringen schien er endlich entschlossen denselben zu genehmigen. Am 22 Januar 1758 vollzog er die von Finckenstein ihm vorgelegte Vollmacht für Michell den Vertrag zu unterzeichnen. Da trafen schlimme Meldungen aus Preußen ein und änderten den Entschluß des Königs. Am 16 Januar war General Fermor von Memel aus abermals mit der russischen Armee in Preußen eingerückt. Am 22 Januar besetzte er Königsberg und ließ am

---

[1] 1757 Dec. 20. Michells Bericht. An Mitchell ward der Entwurf unter dem 22 Dec. gesandt.

[2] Dec. 22. 1758 Jan. 14. Breslau. Friedrich II an den Prinzen Heinrich. Oeuvres XXVI 168. 169. Jan. 16. Friedrich II an Voltaire. XXIII 18.

[3] Jan. 21. Berlin. Ministerialdepesche an Michell.

Geburtstage des Königs den 24 Januar der russischen Kaiserin huldigen.

Unter solchen Umständen erschien es Friedrich nothwendiger als je England zu thätiger Beihilfe zu vermögen. Er wurde in dieser Überzeugung bestärkt durch die geheimen Berichte des holländischen Gesandten am russischen Hofe, de Swaert, von denen er aus dem Haag Mittheilung empfieng. Diese giengen dahin daß man in Petersburg vor einem englischen Geschwader sehr in Sorge sei; die russische Regierung suche die dänische zu bestimmen den Sund zu schließen. Bei dem schlechten Zustande der russischen Streitkräfte zur See wie zu Lande würden sechs bis acht englische Kriegsschiffe hinreichen die russische Flotte am Auslaufen zu hindern, und man werde sich gern eines solchen Vorwandes bedienen um damit zum Frühjahre bei den verbündeten Höfen die Unthätigkeit des russischen Heeres zu rechtfertigen[1].

König Friedrich beschloß deshalb einen neuen Versuch zu machen die englische Regierung zu bestimmen statt Subsidien zu zahlen zu seiner Unterstützung einige Schiffe in die Ostsee und ein Corps Truppen nach Niedersachsen zu schicken. Am 25 Januar sandte er Michell die Weisung bis auf weiteren ausdrücklichen Befehl die Convention nicht zu unterzeichnen, und erklärte rund heraus daß ihm an den englischen Subsidien wenig gelegen sei. Diese würden eine geringe Hilfe sein, wenn er nicht in seinen eigenen Staaten und seinen Finanzen die nöthigen Mittel fände seine Truppen zu dem neuen Feldzuge bereit zu stellen. Er sei keineswegs in Verlegenheit ohne irgend welche fremde Hilfe zum Frühjahr mit eben so zahlreichen und eben so gut gerüsteten Armeen im Felde erscheinen zu können als das vorige Jahr und sie mit derselben Leichtigkeit zu bezahlen, aber er wisse auch mit Bestimmtheit, daß man ihn mit so überlegenen Streitkräften und an so verschiedenen Orten angreifen werde, daß es ihm unmöglich sei überall die Stirn zu bieten. Dem Prinzen Ferdinand habe er Unterstützung versprochen: diese werde unter den jetzigen Umständen nicht so stark sein können als er sie habe

[1] 1758 Jan. 7. Haag. Hellen's Bericht.

gewähren wollen. Ohne daß England mit Soldaten und Schiffen helfe, sei eine glückliche Entscheidung nicht zu erreichen[1].

Pitt's Ungeduld war unterdessen immer höher gestiegen. Die Voranschläge für den Krieg in Deutschland waren zurückgelegt bis der Subsidienvertrag mit Preußen abgeschlossen sein werde; denn nur in Verbindung damit wollte er auf die Bewilligung der Ausgaben für die niedersächsische Armee im Parlamente antragen. Um jedoch den dringendsten Bedürfnissen dieser Armee genügen zu können, beantragte Pitt am 18 Januar auf Grund einer königlichen Botschaft die vorläufige Bewilligung von 100000 L. St., welche das Unterhaus am 23 Januar einstimmig gewährte, und sprach bei dieser Gelegenheit von der Nothwendigkeit den König von Preußen zu unterstützen, dessen er in Ausdrücken der Verehrung und Bewunderung gedachte[2].

Aber Friedrichs Forderungen nachzugeben kam Pitt nicht in den Sinn. Michell war so fest überzeugt daß alle weiteren Vorstellungen vergeblich seien, daß er der Ministerialinstruction vom 21 Januar nicht nachkam. Er meinte im Interesse des Königs von Preußen die Schilderung der schlimmen Folgen des abermaligen Einmarsches der Russen in Preußen für sich behalten zu müssen, da ohnehin König Georg II und seine hannöverschen Minister darüber in große Unruhe gerathen seien; ihnen liege vor allem andern die Unterstützung der hannöverschen Armee durch preußische Truppen am Herzen. Solch üble Botschaften würden die englische Regierung nimmermehr bestimmen weiter zu gehn als sie einmal entschlossen sei. Wohl aber könne dadurch eine Krisis herbeigeführt werden, welche den Herzog von Cumberland wieder zu Ansehen bringe. An die Verwendung englischer Truppen auf dem Continent sei nur dann zu denken, wenn Holland

---

[1] 1758 Jan. 25. Breslau. Friedrich II an Michell. Jan. 28. Berlin. Ministerialinstruction an denselben. Beil. II 121. Mitchell's Bericht vom 9 Febr. M. P. I 389—393. Finckenstein sandte die Vollmachten mit der erneuten Weisung nicht zu unterzeichnen Breslau d. 7 Febr. ab. Vgl. Mitchell's Schr. an Holdernesse vom 9 Febr. M. P. I 398.

[2] Jan. 24. Michells Bericht. Beil. II 119. Journals of the House of Commons 1758. XXVI 38 f. 42. Parliam. Hist. XV 838 f.

dem Bunde beitrete oder Preußen an Frankreich förmlich den Krieg erkläre und diesen mit Nachdruck führen könne[1].

Die eigenmächtige Zurückhaltung Michells mußte aufhören, als er die königliche Weisung empfieng britische Subsidien abzulehnen und die früheren Vorschläge zu erneuern. Die demgemäß von dem Gesandten abgegebene Erklärung setzte die englischen Minister in Bestürzung. Sie bestanden auch jetzt auf der Unmöglichkeit englische Truppen über die See zu schicken, es sei denn daß das jetzige Ministerium aufgelöst werde, welches gemäß den Grundsätzen, auf denen seine Stärke beruhe, von seiner Weigerung nicht ablassen könne. Dann aber lasse sich nicht absehen, wie ein anderes Ministerium zu bilden sei, welches Bestand habe und Vertrauen einflöße. Sie ihrerseits seien entschlossen, bevor die Convention nicht genehmigt werde, keinen Schilling weiter für die hannöversche Armee zu fordern. Übrigens so entschieden die Erklärungen der Minister lauteten, daß sie eher ihr Amt niederlegen würden, als englische Truppen nach Hannover senden, so wenig bestritten sie grundsätzlich die Absendung eines Geschwaders in die Ostsee. Sie wiederholten, daß diese Maßregel für den Augenblick nicht möglich sei, aber versprachen, sobald ihnen die Mittel zu Gebote stünden, den Wünschen des preußischen Königs in diesem Puncte nachkommen zu wollen.

Die zwischen der englischen Regierung und dem Könige von Preußen eingetretenen Misverständnisse erregten von neuem Pitt's Unzufriedenheit mit Andrew Mitchell. Er maß diesem die Hauptschuld daran bei und hielt sich überzeugt daß der Gesandte die empfangenen Weisungen nicht gehörig ausgeführt habe. Deshalb drang er darauf daß Mitchell abberufen und ein zuverlässiger Mann statt seiner beim Könige von Preußen beglaubigt werde. Zwar stellten der preußische Gesandte und mehrere englische Minister vor, man möge erst Mitchell's fernere Berichte abwarten, aber Pitt bestand auf seinem Willen und erwirkte den Beschluß des Cabinets, Generalmajor Yorke vom Haag nach London zu berufen und denselben in außerordentlicher Mission zum Könige

[1] 1758 Febr. 3. 7. Michells Bericht. Beil. II 122.

von Preußen abzuordnen. Mitchell ward angewiesen seine Vorbereitungen zur Rückkehr nach England zu treffen, jedoch bis zur Ankunft Yorke's, aus dessen Hand er sein Abberufungsschreiben empfangen werde, auf seinem Posten zu bleiben[1].

Die Gesandten schienen es entgelten zu sollen daß Pitt und Friedrich der große sich nicht einigten. Derselben Meinung, welche Pitt von Mitchell hegte, daß die Gründe der englischen Regierung hätten überzeugen müssen, wenn der Gesandte dieselben mit dem rechten Nachdruck vertreten hätte, war man auch am preußischen Hofe in Betreff Michells. Schon am 23 Januar stellte der Cabinetsrath Ewald Friedrich von Hertzberg schriftlich dem in Berlin anwesenden Minister Podewils vor, man werde vielleicht zum Ziele kommen, wenn der König wenigstens für einige Zeit jemand nach England sende, der vermöge seiner genauen Kenntniß des Standes der deutschen Angelegenheiten das englische Ministerium ins klare setzen könne. Denn es sei undenkbar daß dieses den schlagenden Gründen, welche die preußische Regierung fort und fort geltend mache, nicht nachgeben solle, wenn Michell seine Instructionen geschickt und nachdrücklich ausführe. Man müsse daran zweifeln, sei es daß diesem Gesandten die Fähigkeit abgehe oder daß er die Angelegenheiten Deutschlands, wo er niemals gewesen, nicht kenne, oder weil er sich in sclavischer Abhängigkeit von dem englischen Ministerium befinde. Podewils theilte vollkommen Hertzbergs Ansichten und schrieb darüber an Finckenstein und den König.

Friedrich II gieng vorläufig auf die vorgeschlagene außerordentliche Mission nach London nicht ein: er meinte Mühe und Kosten würden verloren sein[2]. Aber jeder neue Bericht schien nur zu bestätigen daß Michell seiner Aufgabe nicht gewachsen sei und

[1] 1758 Febr. 14. 17. Michells Berichte. Beil. II 123. 124. Febr. 17. Holdernesse an Mitchell. M. P. I 403 f. Vgl. die Berichte des spanischen Gesandten d'Abreu über diese Krisis v. 3 u. 10 März. Chatham Corresp. I 294—300.

[2] Jan. 23. Berlin. Hertzberg an Podewils; Jan. 24 Podewils Rescript an Hertzberg und Schreiben an den König. Jan. 29. Breslau. Friedrich II an Podewils. Beil. II 118.

daß er durch einen andern Minister ersetzt werden müsse[1]. Als vollends Michell anzeigte daß er nach eigenem Ermessen den empfangenen Instructionen nicht nachgekommen sei, stieg der Unwille des Königs aufs höchste; den am 18 Februar erlassenen Immediatbefehlen an den Gesandten fügte Friedrich II eigenhändig die Worte hinzu: „Ihre Berichte sind wie von einem „Secretär des Herrn Pitt und nicht wie von einem Gesandten „des Königs von Preußen; ich bin über die Maßen unzufrieden „mit Ihnen[2]." Insbesondere war es dem Könige unbegreiflich, daß sein Gesandter Anstand genommen den englischen Ministern über die gegenwärtige Lage Preußens die volle Wahrheit zu sagen[3]. Kurz er fand es jetzt nothwendig Michell wenigstens für einige Zeit einen Bevollmächtigten an die Seite zu geben, der die Lage der Dinge ohne Vorurteil übersehe und das Verhältniß Preußens und Englands ins reine bringen könne. Hiezu hielt er niemand für so geeignet als Knyphausen, der schon seit Wochen in seiner Nähe war, und beschloß ihn als bevollmächtigten Minister nach England zu senden.

Von beiden Seiten hatte man sich ereifert und die Sache auf die Spitze getrieben. Indessen bedurften England und Preußen einander so dringend und der Wunsch einer Verständigung war hüben wie drüben so aufrichtig, daß man schließlich doch über die Meinungsverschiedenheiten hinweg zum Abschlusse des neuen Vertrages und zu festem Einvernehmen kam. Zunächst freilich schien nach der Ablehnung der Subsidien von Seiten Friedrichs II nichts geringeres als eine Ministerkrisis bevorzustehen. Am 22 Februar berichtete Michell, die englischen Minister seien außer Fassung über die preußischen Forderungen und sähen damit ihr politisches System vernichtet. Pitt habe schon auf dem Puncte gestanden sich zu dem Könige zu verfügen um zu erklären daß er ihm nicht länger dienen könne, in der Überzeugung daß Friedrichs II Anträge durch die hannöversche Regierung oder durch

---

1 1758 Febr. 9. Breslau. Mitchell an Holdernesse. M. P. I 396.

2 Febr. 18. Breslau. Friedrich II an Michell. Beil. II 125.

3 Febr. 21. Breslau. Friedrich II an Michell. Beil. II 126.

andere geheime Umtriebe hervorgerufen seien. Michell beruhigte Pitt durch die bestimmte Versicherung, daß er sich im Irrthume befinde und daß die erneuten Vorstellungen, welche König Friedrich an ihn und seine Amtsgenossen richte, nur in der Sache begründet seien: daß der König von Preußen eine Hilfe an Truppen Subsidien vorziehe, weil er selbst außer Stande sei die alliirte Armee erheblich zu unterstützen. Wenigstens könne er, von Feinden rings umgeben wie er sei, keine Verpflichtung dafür übernehmen, aber was in seinen Kräften stehe werde er thun.

Dies leuchtete Pitt ein. Er erklärte, unmögliches wolle er nicht fordern, aber um im Parlamente vorgehen zu können, sei es nothwendig, daß der König von Preußen der alliirten Armee einige Unterstützung zuweise und mindestens die Truppen, welche er jetzt ihr zusende, bei derselben belasse, damit das englische Volk erkenne daß England und Preußen in Gemeinschaft handeln; ferner daß er die als Aequivalent für englische Truppen angebotenen Subsidien annehme. Geschehe das nicht, so sei das ganze System des gegenwärtigen Ministeriums aus dem Sattel gehoben. Michell erwiederte, er habe seit langer Zeit in diesem Sinne berichtet, aber ohne Erfolg, ja der König habe ihm darüber sein Misfallen bezeigt. Daher müsse er jetzt auf einer kategorischen Antwort bestehen, damit der König definitiv wisse, was er von England zu hoffen und zu erwarten habe. Pitt versprach deshalb am nächsten Tage das Cabinet zu versammeln. Nach dessen Beschlüssen übergab Holdernesse am 24 Februar dem preußischen Gesandten eine Copie der für Mitchell bestimmten Instruction, welche nachdem noch einige Puncte abgeändert waren am 25 Februar ausgefertigt wurde. Sie trug die Unterschrift von Holdernesse, war aber nach Yorke's Versicherung Wort für Wort von Pitt aufgesetzt[1].

Mittelst dieser Instruction ward Mitchell angewiesen in Betreff der englischen Truppen dem preußischen Monarchen zu erklären, daß so lebhaft auch der König von England wünsche sich

[1] 1758 Febr. 24. 25. Michells Bericht. Febr. 25. Holdernesse an Mitchell. Beil. II 127. 128. Vgl. Mitchell Papers II 8.

ihm gefällig zu erweisen, es unnütz sei auf einer Forderung zu beharren, der nachzukommen unmöglich sei. Die Zögerung des Königs von Preußen die vorgeschlagene Convention zu genehmigen habe alle parlamentarischen Verhandlungen in Betreff der Vertheidigung Deutschlands in Stocken gebracht: diese könnten nicht eher stattfinden, als bis dem Parlamente eine zwischen den Königen von England und Preußen abgeschlossene Convention vorgelegt werde, durch welche beide Theile sich verpflichteten ihre vereinten Anstrengungen zu ihrer beiderseitigen Vertheidigung und Sicherheit, zur Wiedereroberung ihrer Staaten, zum Schutze ihrer Alliirten und zum besten des deutschen Reiches fortzusetzen, mit einer ausdrücklichen Bestimmung daß weder von der einen noch von der andern Seite ein Sonderfriede eingegangen werde. Weder aus Mitchell's Berichten noch aus den von Michell abgegebenen Erklärungen ergebe sich daß der König von Preußen wider irgend eine Bestimmung der Convention etwas einzuwenden habe. Wäre dies der Fall, so könnten dergleichen Schwierigkeiten leicht gehoben werden: man habe gerade deshalb vorgeschlagen, daß die Convention in London unterzeichnet werde, weil Mitchell sich an den Buchstaben des Entwurfs würde haben binden müssen. Was die Unterstützung des Prinzen Ferdinand betreffe, so halte man sich überzeugt, daß Mitchell vermieden haben werde, bei dem Könige von Preußen die Meinung zu erwecken, daß man eine Zusage derselben als eine Bedingung der Convention ansehe, sondern daß seine Vorstellungen nur darauf abzielten, die Aufmerksamkeit des Königs von Preußen auf diesen Gegenstand zu richten. Des weiteren ward Mitchell im Namen des Königs von England die Rüge ertheilt, daß er es an dem pflichtschuldigen Diensteifer habe fehlen lassen, als er, wie aus seinen eigenen Schreiben erhelle, sich bei der unangemessenen und falschen Vorstellung beruhigte, daß die gegenwärtige Staatsverwaltung Englands die Angelegenheiten des Continents mit Lauheit behandle und gegen die Unterdrückung Deutschlands gleichgiltig sei. Zum Beweise daß England sich seiner Verbündeten thätig angenommen habe, ward aufgezählt: daß der König von England von Anfang an sich an Preußen angeschlossen und die Folgen davon

in seinem Kurfürstenthum ertragen habe; die im vergangenen September von der britischen Regierung öffentlich abgegebene Erklärung; das Anerbieten von Subsidien; die erneute Thätigkeit der hannöverschen Armee, deren Oberbefehl unter Zustimmung des Königs von Preußen dem Prinzen Ferdinand anvertraut worden sei; und dies alles in einer Zeit, wo die in Amerika entfalteten Streitkräfte an Umfang alles übertreffen, was jemals in jenem Welttheile unternommen sei. Was die baltische Flotte anlangte, so ward die Versicherung ertheilt, daß der König von England dem Könige von Preußen diesen neuen Beweis seiner Freundschaft zu geben wünsche, sobald es möglich sei, d. h. sobald entweder eine der nordischen Mächte gewonnen werde oder britische Kriegsschiffe verfügbar seien.

Noch ehe diese eingehende Erklärung in König Friedrichs Hände gelangte, kam dieser auch seinerseits der englischen Regierung entgegen. Michells Bericht vom 14 Februar, dessen Überkunft durch widrige Winde lang verzögert ward, beantwortete Friedrich durch ein Cabinetschreiben vom 3 März[1]. In diesem versicherte er seine unveränderten bundesfreundlichen Gesinnungen und erklärte sich bereit die Convention abzuschließen. Wenn er die britischen Subsidien abgelehnt habe, so sei sein Beweggrund kein anderer gewesen als der, seinen Verbündeten nicht zur Last fallen zu wollen. Da er habe hoffen dürfen sich selbst zu helfen, hätte er des englischen Geldes gern entrathen. Auf das baltische Geschwader jedoch kam Friedrich von neuen zurück. Wenn die englische Regierung sich entschließe ein solches in der Ostsee nur kreuzen zu lassen, werde er sofort die Convention unterzeichnen und die ihm zugedachten Subsidien annehmen, aber unter der Bedingung, daß sie in England deponiert bleiben und er sich ihrer nur dann bediene, wenn die Noth ihn dazu zwinge. Auf englische Truppen wolle er nicht weiter bestehen: aber er schlug vor die hannöversche Armee bis um 10000 Mann zu verstärken.

Mit demselben Schreiben wies König Friedrich seinen Ge-

[1] 1758 März 3. Breslau. Friedrich II an Michell. Beil. II 130.

sandten an bei den englischen Ministern Mitchell das ihm durchaus gebührende Lob zu ertheilen als einem sehr einsichtsvollen Minister, dessen Geradheit, Treue und Eifer im britischen Dienste er nicht hoch genug loben könne, überdies von der größten Ergebenheit für die gemeine Sache; Michell sollte hinzufügen, es werde den König verdrießen und empfindlich berühren, wenn man einen so wohlgesinnten und verdienstvollen Minister vom preußischen Hofe abrufe. Friedrich II meldete ferner, daß er trotz seiner bedrängten Lage dem Prinzen Ferdinand ein Cavalleriecorps unter dem Prinzen von Holstein-Gottorp gesandt habe und zur Unterstützung der alliirten Armee durch seinen Bruder Heinrich eine Diversion ausführen lasse. Zwei Tage später, am 5 März, ward Michell ermächtigt, wenn die englische Regierung die Vorschläge hinsichtlich eines kleinen Ostseegeschwaders, der Subsidienzahlung und der Vermehrung der alliirten Armee in den hannöverschen Landen genehmige, auf Grund der in seinen Händen befindlichen Vollmachten die Convention zu unterzeichnen ohne weitere Befehle zu erwarten: die Ratification solle unverzüglich erfolgen[1].

Ganz entsprechend diesen an Michell gerichteten Weisungen wurden am 8 März Instructionen für Knyphausens Sendung nach England ausgefertigt[2]. Zu gleicher Zeit drückte König Friedrich wiederholt sein Bedauern über die ohne Grund übereilt beschlossene Abberufung Mitchell's aus: nicht als habe er etwas wider Yorke, dessen Talent und gute Gesinnung für die gemeine Sache er aus seinem Verhalten in Holland kennen gelernt habe. Aber man möge ihm einen Gesandten schicken, welchen man wolle, er werde sich nie enthalten frei und offen zu sagen, was er zum besten der gemeinsamen Angelegenheiten für unumgänglich nothwendig erachte[3].

Das preußische Cavalleriecorps, welches noch im Januar aus Pommern aufgebrochen war, stieß Ende Februar zur Armee des Prinzen Ferdinand. Es waren zehn Schwadronen Dragoner und

[1] 1758 März 5. Breslau. Friedrich II an Michell.

[2] Beil. II 132.

[3] 1758 März 6. Breslau. Friedrich II an Michell. Beil. II 130.

fünf Schwadronen Husaren, auserlesene Truppen, von denen Friedrich II sagen durfte, daß sie so viel wie dreißig feindliche Schwadronen werth seien. Geführt wurden sie von dem Prinzen Georg Ludwig von Holstein-Gottorp, einem der besten preußischen Cavalleriegenerale[1], der sich im vorigen Jahre bei Großjägersdorf glänzend hervorgethan hatte. Damit war dem Prinzen Ferdinand, der bereits seine Operationen wieder eröffnet hatte, gerade in der Waffe geholfen, welche ihm aufs empfindlichste mangelte, der leichten Reiterei, und er wußte sie gemäß den Rathschlägen König Friedrichs bei der Avantgarde und auf Vorposten bestens zu verwenden. Ihre Verpflegung ließ sich der englische Armeecommissar besonders angelegen sein, und die hannöverische Regierung sowohl wie die englische waren dem preußischen Könige für diese Unterstützung ebenso wie für die von dem Prinzen Heinrich unternommenen Bewegungen dankbar verpflichtet. Um so bereitwilliger gieng man auf den Vorschlag ein die hannöverschen Truppen zu verstärken. Prinz Ferdinand hatte darüber mit beiden Königen schon länger correspondiert. Da Georg II sich mit dieser Maßregel höchlich einverstanden bezeigte, schritt Ferdinand zur Ausführung, bis er zu seinem nicht geringen Befremden eine Erklärung des englischen Königs vom 14 Februar empfieng, welche besagte daß kein Geld zu diesem Zwecke vorhanden sei. Auf den hannöverschen Schatz wollte Georg nämlich nach den außerordentlichen Ausgaben des vorigen Jahres diese neuen Zahlungen nicht anweisen und englische Gelder wurden nicht gewährt, so lange die Convention mit Preußen nicht abgeschlossen sei. Darum ließ jetzt Georg II sowohl persönlich als durch seinen hannöverschen Minister von Münchhausen an Friedrich II Vorstellungen gelangen, er möge doch von seiner Forderung, daß englische Truppen nach Deutschland geschickt werden sollten, abstehen[2].

König Friedrich hatte durch die am 3 und 5 März ertheilten

---

[1] 1758 Jan. 26. Breslau. Friedrich II an den Prinzen Ferdinand. Westphalen II 236 ff.

[2] März 27. Michells Bericht. Ferdinands Correspondenz mit Friedrich II Westphalen II 265—268. 283 f.

Weisungen bereits im wesentlichen den Vorschlägen der englischen Regierung entsprochen als der Courier mit den Instructionen für Mitchell vom 25 Februar und dem dieselben erläuternden Berichte Michells in Breslau eintraf. Der König nahm die ihm mit so viel Offenheit gemachten Mittheilungen mit Dank entgegen und ließ den englischen Ministern erwiedern, sie dürften sich nicht wundern daß er als wahrer und treuer Bundesgenosse Englands, der keinen andern Zweck habe als ihren gemeinsamen Erfolg, bisher auf der Sendung eines englischen Truppencorps bestanden habe: da er aber aus dem letzten viel ausführlicheren Berichte Michells die Überzeugung gewinne, daß ihnen dies nicht möglich sei, so gehe er sie nur darum an die hannöverschen, braunschweigischen und hessischen Truppen so weit zu verstärken, daß die alliirte Armee nicht vor einem an Zahl zu sehr überlegenen Feinde zurückweichen müsse. An dem Bündnisse versicherte er getreulich festhalten und ohne Zustimmung Englands sich in keine Verhandlung mit den Franzosen einlassen zu wollen. Die Convention als solche zu unterzeichnen habe er nie Bedenken getragen, aber er hätte gewünscht, daß man von englischer Seite die für den Erfolg ihrer Sache nothwendigen Maßregeln mit nachdrücklicherem Eifer ins Werk setzen möchte[1]. Auf die Erklärungen der englischen Regierung näher einzugehen vermied Friedrich absichtlich, wie er gegen Mitchell äußerte: „Sie werden „einsehn daß ich leicht darauf hätte entgegnen können, aber dann „hätte ich mancherlei unangenehme Dinge erwähnen müssen; „meine Meinung ist, je weniger Erklärungen zwischen Freunden „und Verbündeten gewechselt werden um so besser[2]."

In London hatte man lange auf Friedrichs Entscheidung zu warten. Wiederum war die Schiffahrt gehemmt; erst am 28 März empfieng Michell mit einer und derselben Post die königlichen Befehle vom 3, 5 und 10 März. Nunmehr wurden die preußischen Vorschläge in mehreren Cabinetssitzungen erwogen. Die Verstärkung der alliirten Armee bis zu dem Effectivstande von

---

[1] 1758 März 10. Breslau. Friedrich II an Michell. Beil. II 133.

[2] März 15. Breslau. Mitchell an Holdernesse. M. P. I 406.

50000 Mann war bereits beschlossene Sache und Georg II hatte sich zu der Versicherung herbeigelassen sie aus eigenen Mitteln noch um fernere 5000 Mann verstärken zu wollen. Außerdem faßte Pitt den Entschluß im Interesse Preußens nach der Stadt Emden, welche die Franzosen in Folge des Vorrückens der alliirten Armee und des Erscheinens des Commodore Holmes in den ostfriesischen Gewässern geräumt hatten, eine englische Besatzung zu legen.

Schon im Januar hatte Prinz Ferdinand dem Könige Georg II vorgestellt, wie wirksam eine Diversion in Ostfriesland sein werde[1], und anfangs März hatte Michell Pitt dafür zu gewinnen gesucht, aber die Entschließung darüber war bis nach der Entscheidung Friedrichs II über die englischen Vorschläge vertagt worden[2]. Sobald diese vorlag, gab Pitt Befehl ein Bataillon von 8—900 Mann von Portsmouth nach Emden zu schicken und erklärte dem preußischen Gesandten, dies geschehe um dem Könige von Preußen zu beweisen, daß er nichts was thunlich und mit seinen Grundsätzen verträglich sei unterlassen wolle um ihn zu unterstützen und vor Europa zu beweisen daß, wenn England keine Landeskinder nach Deutschland schicke, dies aus ganz anderen Gründen geschehe, als weil es nicht an Preußens Sache wahrhaft theilnehme. Michell bemerkte, diese Truppensendung werde nimmermehr erfolgt sein, wenn Emden nicht zu Preußen sondern zum Kurfürstenthum Hannover gehörte. Zugleich ward König Friedrich ersucht entweder selbst oder durch den Prinzen Ferdinand über das Commando in Emden zu verfügen. Diese Angelegenheit legte Friedrich II ganz in die Hand Ferdinands[3].

Die einzige Schwierigkeit, welche noch zu lösen war, lag in der von König Friedrich aufrecht erhaltenen Forderung der Sendung eines englischen Geschwaders in die Ostsee. Pitt beharrte dabei, daß er sie für jetzt nicht gewähren könne, weil er, nachdem so viele Schiffe nach entlegenen Meeren entsendet seien,

[1] Westphalen II 235.

[2] 1758 März 10. Michells Bericht.

[3] März 31. Michells Bericht. April 7. Münster. Ferdinand an den König. April 14. Grüssau. Friedrich II an Ferdinand. Westphalen II 323. 357.

die Canalflotte unter Admiral Hawke nicht weiter schwächen dürfe ohne die Franzosen verwegener zu machen und den britischen Handel zu gefährden. Dabei kam seine eigene Stellung in Frage. Pitt sah voraus daß, wenn er auf Preußens Wunsch eingehe, seine Gegner nicht unterlassen würden der englischen Nation sein Verfahren unter den gehässigsten Farben vorzustellen. Sobald er die Canalflotte zum Zwecke einer Operation in der Ostsee vermindere, würde man ihm vorwerfen, daß er fremde Interessen über die vaterländischen stelle, daß er deshalb die britischen Küsten entblöße in einem Augenblicke, wo ihre Sicherheit keineswegs unbedenklich sei, und daß er den Franzosen freies Spiel lasse alle möglichen Transporte nach Louisburg überzuführen. Ein solches Gerede würde unausbleiblich in weiten Kreisen großen Eindruck machen und könnte möglicher Weise die Auflösung des Ministeriums zur Folge haben. Aus diesen Gründen blieb Pitt, bei aller Anerkennung der Zweckmäßigkeit der von Preußen vorgeschlagenen Maßregel, dabei stehen sie vor der Hand abzulehnen, aber er sagte Michell im Vertrauen, wenn es wie er hoffe gelinge die Überlegenheit der englischen Marine den französischen Küsten gegenüber festzustellen, gedenke er plötzlich in die Ostsee ein Geschwader einlaufen zu lassen, welches im Stande sei dem englischen Namen dort Achtung zu verschaffen[1].

Die Rücksichten auf englische Parteiumtriebe waren für Friedrich II ein schlechter Trost, als er auf den wirksamen Schutz seiner offen liegenden Küsten durch die Kriegsschiffe der verbündeten Macht verzichten sollte. Da er sich jedoch überzeugte daß diese Hilfe nicht zu erreichen sei, ließ er unter dem 26 März Michell die Erklärung zugehen, daß er für die nächste Zeit auf eine baltische Flotte verzichte[2].

Damit war auch das letzte Hinderniß beseitigt. Michell vermochte das englische Ministerium die Bedingungen, von deren Gewährung König Friedrich II die Unterzeichnung der Convention

[1] 1758 April 23. Knyphausen an den König. April 7. Michells Bericht. Beil. II 142.

[2] März 26. Grüssau. Friedrich II an Michell.

abhängig machte, in einer besonderen von den englischen Cabinetsministern unterzeichneten Declaration zu gewährleisten, welche vorläufig geheim bleiben sollte. So war alles zu gegenseitiger Befriedigung festgestellt und der Unterzeichnung der Convention stand nichts mehr im Wege, doch ward sie noch verschoben, erst wegen einer Unpäßlichkeit von Holdernesse, dann aus Rücksicht auf Knyphausen, dessen Ankunft bevorstand und der ermächtigt war an der Unterzeichnung theilzunehmen[1].

Knyphausen traf in Hamburg mit Yorke zusammen, der auf der Reise in das preußische Hauptquartier begriffen war. Dann schlug er die Route über Lingen nach Holland ein, verweilte in der Nacht vom 1 zum 2 April drei Stunden im Haag bei der Regentin Anna und dem Prinzen Ludwig von Braunschweig, welche dringend eine Unterredung mit ihm gewünscht hatten[2], und schiffte sich in Helvoetsluys ein. Sonnabend den 8 April kam er in London an. Am 11 April überreichte er König Georg II sein Beglaubigungsschreiben. Dieser empfieng ihn aufs gnädigste und ließ dem Könige von Preußen versichern, daß er unerschütterlich und ohne je zu dem undankbaren Hause Österreich sich zurückzuwenden beim Bunde mit Preußen beharren werde.

Noch an demselben Tage ward die Convention zwischen Preußen und England unterzeichnet. Die Einleitung bezeichnete als den Zweck derselben die Wiedereroberung der vom Feinde besetzten Lande, den Schutz der Verbündeten und die Aufrechthaltung der Freiheiten des deutschen Reichs. Der erste Artikel bestimmte die englischen Subsidien auf vier Millionen Thaler = 670000 L. St., zahlbar in London. Artikel II verpflichtete den König von Preußen diese Subsidien zur Erhaltung und Vermehrung seiner Streitkräfte, welche zum besten der gemeinen Sache dienen sollten, zu verwenden. Artikel III verpflichtete die contrahierenden Theile, nämlich Seine Preußische Majestät einerseits und andererseits Seine Britische Majestät sowohl als König wie als Kurfürst, keinen Friedens-, Waffenstillstands- oder Neu-

---

[1] 1758 April 7. Michells Bericht.

[2] April 4. Haag. Hellen's Bericht.

tralitätsvertrag noch irgend eine andere Convention oder Übereinkunft welcher Art auch immer mit den Mächten, welche an dem gegenwärtigen Kriege theilgenommen haben, anders als gemeinschaftlich und nach gegenseitigem Einvernehmen abzuschließen und darin einander namentlich einzubegreifen. Der vierte Artikel schrieb die Ratification binnen sechs Wochen vor.

Die im Namen des Königs von England ausgestellte Declaration enthielt zuvörderst die Zusicherung, daß Seine Britische Majestät das Parlament angehen werde um in den Stand gesetzt zu werden in Deutschland eine Armee von 50000 Mann auf Kosten der britischen Krone zu unterhalten, und daß S. M. außerdem in seiner Eigenschaft als Kurfürst diese Armee noch mit 5000 Mann verstärken werde. Diese gesamte Macht sollte mit dem äußersten Nachdruck im Einvernehmen mit dem Könige von Preußen, in den Gegenden wo militärische Erwägungen und die gemeinsamen Interessen es erfordern würden, gegen den Feind agieren. Ferner ward, um nichts zu versäumen, was mit der Sicherheit der britischen Reiche und der kräftigen Fortführung der unerläßlichen Operationen in Amerika verträglich sei, die Absicht des Königs ausgesprochen, einen ansehnlichen Theil seiner Landmacht und die Canalflotte zur Beunruhigung des Feindes und einer nützlichen Diversion zu verwenden: zu diesem Zwecke habe S. M. die Bildung eines Lagers auf der Insel Wight anbefohlen. Ferner sei auf den Vorschlag des preußischen Ministerresidenten Michell ein englisches Bataillon beordert, so lange bis der König von Preußen geeignete Maßregeln treffen könne, Emden zu besetzen.

Sobald das Parlament die zu den Subsidien bestimmte Geldsumme bewilligt habe, werde es von dem Könige von Preußen abhangen zu jeder beliebigen Zeit davon Gebrauch zu machen.

„Zu seinem lebhaftesten Bedauern," hieß es weiter, „befindet „sich der König noch in der absoluten Nothwendigkeit jede Ver„pflichtung über die Entsendung eines Geschwaders seiner Kriegs„schiffe in die Ostsee abzulehnen. Damit jedoch der König von „Preußen sich des weiteren versichert halte, daß die alleinige und „einzige Quelle der Schwierigkeiten, welche man hinsichtlich dieses

„Artikels erhebt, die Unzweckmäßigkeit und die Gefahr ist, ein „kleines Geschwader dorthin zu senden, und die Unmöglichkeit „eines solchen zu entrathen, welches sich dort gehörig geltend „machen könnte, und keineswegs Rücksicht auf irgend eine der „Mächte, welche am Kriege Theil genommen haben; und damit „ganz Europa um so klarer erkenne, von dem Augenblicke an, „wo die heutige Convention ratificiert sein wird, daß JJ. MM. „von Großbritannien und von Preußen dieselben Freunde und „dieselben Feinde haben, ist der König bereit eine solche Er„klärung zu erlassen, wie sie nach der Ansicht S. Preußischen „Majestät die gemeine Sache befestigen und ihren beiderseitigen „Interessen dienen kann; im Falle daß der König von Preußen „bei den an den Höfen von Petersburg und von Stockholm „gegenwärtig obwaltenden Verhältnissen eine andere Sprache zu „führen empfiehlt, als S. Preußische Majestät sie bisher dem „Könige angerathen und mit ihm vereinbart hat[1]."

Zwei Tage nach Unterzeichnung der Convention, am 13 April, erfolgte deren Vorlage im Unterhause durch Pitt mit dem Antrage auf Bewilligung der für Preußen stipulierten Subsidien. Hierauf legte der Kriegsminister Barrington die Kostenanschläge vor für 38000 Mann hannöversche, braunschweigische, gothaische und bückeburgische Truppen vom 28 November 1757 bis zum 24 December 1758, im Betrage von 563084 L. St., worauf jedoch 100000 L. schon im Januar bewilligt waren; für Proviant und anderen Kriegsbedarf dieser Armee 386915 L.; ferner die vertragsmäßigen Zahlungen für 12020 Hessen vom 25 Dec. 1757 bis zum 24 Dec. 1758, in Summa 241897 L., nach Abzug der bis zum 23 April bereits bewilligten Raten noch 165175 L.; ferner zu nachträglicher Bewilligung im Jahre 1757 in Amerika und anderswo gemachte außerordentliche Kriegsausgaben im Betrage von 145454 L., worunter ein Posten von 60000 L. und ein zweiter von 4656 L. für die hessischen Truppen.

Uber diese Vorlagen fand die Committeeberathung des Hauses am 19 April statt. Pitt befürwortete persönlich die Bewilli-

[1] Den Vertrag und die Declaration v. 11 April 1758 s. Wenck III 173—178.

gungen. Er begann seine Rede damit dem Parlamente und der ganzen Nation Glück zu wünschen wegen der engen Bande, welche durch den jetzt abgeschlossenen Vertrag zwischen England und dem Könige von Preußen erneuert würden, und legte dar wie nothwendig es sei diesen Fürsten zu unterstützen und mit ihm gemeine Sache zu machen. Diesem Grundsatze gemäß beantragte er die Gewährung der erforderlichen Mittel um die verbündete Armee zu unterhalten und versprach, daß deren Operationen nur auf die gemeinsamen Zwecke gerichtet sein sollten. Danach äußerte er seinen lebhaften Unwillen über das Haus Österreich, welches um seiner Undankbarkeit und seines Bündnisses mit Frankreich willen wie er hoffe immer für Englands Feind gelten werde; dagegen rechne er darauf daß der mit dem Könige von Preußen geschlossene Bund auf die Dauer bestehen werde. Das Lob dieses Monarchen pries Pitt in Ausdrücken, wie sie keinem anderen Redner so wie ihm zu Gebote standen, und verhehlte dem versammelten Hause nicht, daß nach Abschluß dieses Vertrages die englische Nation nichts sparen dürfe um sich Preußen immer enger zu verpflichten und dessen Sache als in Englands Sache inbegriffen anzusehn. Er redete ferner von den Anstalten welche getroffen seien um den Krieg in Amerika und zur See mit aller Kraft zu betreiben und deutete an, daß obgleich die Regierung nicht beabsichtige Truppen nach dem Continent zu schicken, dennoch die in England stehenden während des Feldzugs nicht unthätig bleiben sollten. Die Absendung eines englischen Bataillons nach Emden erwähnte er als eine abgemachte Sache und ließ durchblicken, daß sich noch andere Fälle ereignen könnten, wo er nicht dawider sein werde englische Truppen über die See gehen zu lassen, vorausgesetzt daß sie immer bei der Hand blieben um in ihr Vaterland zurückzukehren und daß sie nicht bloß dazu dienten kleine Staaten zu beschützen — er nannte geradezu das Kurfürstenthum Hannover —, sondern daß sie zum Nutzen der gemeinen Sache und zur Entscheidung des Kriegs im großen verwendet würden. Nachdem Pitt alsdann die Fortschritte der Armee des Prinzen Ferdinand, der die Franzosen bereits aus Hannover und Westfalen vertrieben,

nach Gebühr gewürdigt hatte, schloß er damit, daß diese Armee nicht mehr eine Observationsarmee (wie man sie im vorigen Jahre aus hannöverschen Rücksichten genannt habe), sondern eine Operationsarmee sein solle. Damit die 50000 Mann, welche England besolde in Wirklichkeit vorhanden seien, werde man sie nur nach Maßgabe der durch einen englischen Commissar, den man zu diesem Zwecke ernennen werde, beglaubigten und von dem Oberbefehlshaber unterzeichneten Listen bezahlen.

In dieser Weise legte Pitt die Convention, auf deren Abschluß er so lebhaft gedrungen hatte, dem Unterhause vor und beantragte die für den Landkrieg erforderlichen Gelder. Deren Bewilligung, im Gesammtbetrage von 1,830454 L. St., erfolgte gemäß den im Committee gefaßten Resolutionen in der Sitzung des Unterhauses am 20 April so gut wie einstimmig: nur drei oder vier Mitglieder erklärten ihren Widerspruch[1].

So waren diese Verhandlungen, welche die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Friedrich dem großen und dem britischen Cabinet auf die Probe gestellt hatten, schließlich zu beiderseitigem Einverständnisse geführt worden. Auch die persönlichen Verhältnisse der dabei betheiligten Gesandten wurden nach Wunsch geregelt. Knyphausen blieb nach dem Willen des Königs vorläufig am britischen Hofe als bevollmächtigter Minister neben Michell dem preußischen Geschäftsträger. Aber es sollte darin keine Zurücksetzung für Michell liegen; vielmehr war Friedrich II mit dessen Verhalten wieder vollkommen ausgesöhnt. Knyphausen ließ Michells Verdiensten volle Gerechtigkeit widerfahren[2] und trat zu dem sechszehn Jahre älteren Berufsgenossen, der im Range unter ihm stand, in ein enges Verhältniß gegenseitiges Vertrauens, welches nie die geringste Störung erfahren hat, gewiß ein schönes Zeugniß für den Character beider Männer.

Nicht so leicht ward über Mitchell's Verbleiben auf seinem Posten entschieden. König Georg II persönlich und die meisten

[1] 1758 April 21. Knyphausens Bericht. Journals of the House of Commons 1758 April 13. 19. 20. XXVI. 187 ff. 207. 209 f.

[2] April 12. 25. Knyphausen an den König. Auch Andrew Mitchell hatte Knyphausen gebeten to live well with Monsieur Michel. M. P. I 407.

Mitglieder des Cabinets hielten seine Abberufung für ungerecht und wünschten ihn in seiner Stellung zu belassen; Pitt dagegen bestand auf seiner Entfernung und ward dabei von dem Grafen Hardwicke und Lord Anson unterstützt. Noch am 28 März berichtete Michell, der König möge nicht auf Mitchell's Verbleiben bestehen: dagegen mache Pitt sich anheischig Sorge zu tragen daß ihm bei seiner Rückkehr ein angemessenes Amt übertragen werde, zum Beweise daß keine Laune im Spiele sei, sondern nur die Absicht Zwiespalt unter den Ministern zu verhüten. Dieser Bericht kreuzte sich mit der Weisung Friedrichs II, von neuem gegen Mitchell's Abberufung Vorstellungen zu machen, mit dem Bemerken, daß nachdem er diesem einmal sein Vertrauen geschenkt und ihn desselben vollkommen würdig gefunden habe, kein anderer Gesandter ihm gleich angenehm sein werde[1].

Inzwischen hatte sich Yorke auf die Reise begeben und traf, wie wir erwähnten, in Hamburg mit Knyphausen zusammen; später hatte er in Berlin mehrere Unterredungen mit Finckenstein. Yorke erklärte daß sein Aufenthalt im preußischen Hauptquartier nicht von Dauer sein werde; sobald er seine Aufträge erfüllt habe, werde er sich nach dem Haag zurückbegeben. Durch den von dem preußischen Könige, wie er von Knyphausen erfahren, bereits an Michell erlassenen Befehl die Convention zu unterzeichnen, sei der Hauptzweck seiner Sendung erreicht und diese überflüssig geworden. Ferner sagte Yorke, in England sei nur éine Stimme über die Nothwendigkeit mit Friedrich II verbunden zu bleiben. Alle Welt sei dort preußisch; das Vertrauen auf Österreich sei für immer dahin; man wünsche den König von Preußen an der Spitze Deutschlands zu sehen. Insbesondere sei es Pitt's Absicht sich noch enger mit Preußen zu verbinden und zwar nicht bloß für die gegenwärtigen Kriegsläufte, sondern zu einem dauernden Bunde auch für die Friedenszeit. Demgemäß solle er dem Könige versichern, daß die jetzt ihm dargebotene so wie die noch zu vereinbarenden Unterstützungen, möchten sie in

---

[1] 1758 März 28. Michells Bericht. März 30. Grüssau. Friedrich II an Michell. Beil. II 140.

Geld oder anderer Beihilfe bestehen, sich nicht auf den gegenwärtigen Feldzug beschränken sollten, sondern daß man entschlossen sei sie für das nächste Jahr zu erneuern und bis zum Ende des Krieges damit fortzufahren. Was Mitchell angehe, so sei dessen Rückkehr eine beschlossene Sache; er überbringe Mitchell's Abberufungsschreiben und solle ermitteln ob es dem Könige von Preußen genehm sei, daß Lord Hyndford (der in den Jahren 1741 bis 1744 Gesandter am preußischen Hofe war) an seine Stelle trete. Übrigens äußerte Yorke im Vertrauen, König Georg sei fortwährend Mitchell sehr gewogen und habe nur Pitt's Andringen nachgegeben. Seiner Ansicht nach könne König Friedrich wenn er es wünsche Mitchell leicht auf seinem Posten erhalten[1].

Friedrich II war über Pitt's Verfahren mit Mitchell sehr unwillig. Er versicherte diesem Gesandten, er werde mit Yorke offen sprechen: „ich habe geweigert mich von Königen regieren „zu lassen und lasse mich nicht von Herrn Pitt regieren[2].“ Von den Rücksichten, welche Pitt seine Stellung unter zum Theil ihm innerlich widerstrebenden Amtsgenossen auferlegte, hatte Friedrich keine Vorstellung: er sah nur auf das Unrecht, welches Mitchell aus keinem andern Grunde widerfuhr, als weil er die im preußischen Feldlager herrschende Unzufriedenheit über die englische Regierung in seinen Berichten wiedergegeben hatte, und empfand daher seine Abberufung als eine ihm selbst angethane Kränkung.

Die preußische Armee belagerte Schweidnitz. Das königliche Hauptquartier befand sich in Kloster Grüssau: Mitchell wohnte eine kleine halbe Meile von dort in Landeshut. Hier kam Yorke am 9 April an, mit Sir John Goodrick, der zum englischen Gesandten in Stockholm ernannt war und sich am preußischen Hofe über die schwedischen Angelegenheiten näher informieren sollte. Mitchell's Verstimmung über Yorke's Sendung gibt sich in seinem Tagebuche und andern Aufzeichnungen unverholen kund[3]: um so mehr sind wir Yorke das Zeugniß schuldig, daß er sich

---

[1] 1758 März 25. Hamburg. Knyphausen an den König. April 4. Berlin. Finckenstein an den König.

[2] Mitchell Papers II 2. 3.

[3] Mitchell Papers II 2—26. I 162—167. 411—417.

in der ganzen Sache durchaus ehrenhaft und wohlwollend benahm. Yorke hatte Mitchell ein Schreiben des Grafen Holdernesse vom 16 März zu übergeben, welchem das königliche Abberufungsschreiben beigefügt war. Dabei setzte Yorke mündlich den ganzen Stand seiner Angelegenheit auseinander und legte Mitchell die empfangenen Instructionen vor. Diese stimmten in ihrem Докpttheile wörtlich mit den am 25 Februar an Mitchell erlassenen überein: zusätzliche Instructionen wiesen Yorke an, sich über König Friedrichs Absichten hinsichtlich eines noch engeren Bündnisses mit England zu unterrichten, den ferneren Feldzug der verbündeten Armee zu besprechen und mitzutheilen, wie lebhaft die englische Regierung sich bemühe Schweden und die osmanische Pforte zu gewinnen. Mitchell erklärte hierauf daß er am morgenden Tage das Abberufungsschreiben dem Könige von Preußen überreichen wolle, aber Yorke bewog ihn diesen Schritt aufzuschieben, bis der Courier den er nach England schicken wolle von dort zurückkehre.

Am 10 April stellte Mitchell Yorke und Sir John Goodrick dem Könige in Grüssau vor. Dieser gab Sir John Rathschläge für Schweden und versprach ihm ein Schreiben an seine Schwester die Königin mitzugeben: genauere Auskunft sollte ihm Finckenstein ertheilen, der früher Gesandter in Stockholm gewesen war. Mit Yorke hatte Friedrich eine lange Unterredung unter vier Augen, in der er mit großer Anerkennung von Mitchell sprach, wie Yorke diesem selbst mittheilte. Friedrich II bestand vor allem auf der Nothwendigkeit, daß Preußen und England sich über ein festes System vereinigten: das hätten ihre Feinde gethan, während sie ihrerseits zu eigenem Nachtheile nur von einem Tag auf den andern gehandelt hätten. Er hatte nichts dagegen einzuwenden daß die Engländer ihre Hauptkraft gegen die Franzosen in Amerika richteten und wünschte ihnen dazu den allerbesten Erfolg, aber er fragte, ob es denn den Engländern behage, daß Nieuport und Ostende an Frankreich abgetreten würden. Wenn nicht, so müsse man auf Mittel denken es zu hindern, und das wirksamste werde ohne Zweifel ein Bündniß mit Holland sein. Man müsse aber bei Zeiten darauf denken; nach Abschluß des

Friedens sei die Sache nicht mehr zu ändern, denn wollten die Engländer zum Tausche den Franzosen Besitzungen in Amerika zurückgeben, so würden sie nur für die Königin von Ungarn gearbeitet haben. Überdies müßten nach Herstellung des Friedens England und Preußen sich in den Stand setzen das europäische Gleichgewicht zu erhalten, indem sie sich durch Bündnisse mit Holland, Dänemark, Schweden oder Rußland verstärkten. Aber wenn Frankreich im Besitze der belgischen Häfen bleibe, werde die Republik Holland sich zur Neutralität gezwungen sehen und in Abhängigkeit von Frankreich versinken. Kurz unter allen Gesichtspuncten suchte Friedrich II die Nothwendigkeit der Aufstellung eines Systems zur Richtschnur ihres Handelns einleuchtend zu machen[1].

In ferneren Unterredungen bemerkte König Friedrich, die englische Regierung habe im vorigen Jahre nichts gethan, aber die jetzt von ihr ergriffenen kräftigen Maßregeln hätten seine volle Billigung. Mitchell habe zu verschiedenen Malen in ihn gedrungen nicht bei seinem Vorschlage der Verwendung englischer Truppen in Deutschland zu beharren, aber er habe geglaubt zum besten Englands auf dieser, seiner Überzeugung nach zweckmäßigen, Maßregel bestehen zu müssen. Yorke erwiederte, er habe über denselben Gegenstand Bände geschrieben und an seinen Berichten habe das Ministerium keinen Anstoß genommen.

Durch die mit Yorke gepflogenen Unterredungen glaubte König Friedrich die Sache ins gleiche gebracht zu haben: am 18 April erließ er an Michell ein Cabinetsschreiben, in welchem es heißt: „Generalmajor Yorke ist hier angekommen, dessen Negociation „so bald beendigt wie begonnen war. Ich hoffe daß alle Welt „befriedigt ist und daß es nicht das geringste Misverständniß „mehr geben wird.“ Indessen belehrten ihn die Berichte seiner Gesandten in London von demselben Datum, daß Pitt von Mitchell's Verbleiben auf seinem Posten nichts hören wolle, und daß selbst Münchhausen, obgleich er bestätigte daß König Georg mit den Diensten des Gesandten sehr zufrieden sei, um schlimmeres

[1] 1758 April 12. Grüssau. Friedrich II an Finckenstein. Beil. II 145.

zu verhüten es für nothwendig halte daß König Friedrich seine Abberufung sich gefallen lasse. Übrigens sei noch keineswegs bestimmt, wer an Mitchell's Stelle treten solle. Nach Empfang dieses Berichtes erklärte Friedrich[1], er sehe ein daß er den dringenden Vorstellungen der englischen Minister nachgeben müsse, aber die Gesandten möchten Sorge tragen daß Mitchell's Nachfolger ebenso entgegenkommend und wohldenkend sei. Ferner sollten sie sich für diesen würdigen Mann verwenden, daß er nicht mit Undank belohnt, sondern gemäß den von Pitt gegebenen Versicherungen zu einem guten Amte befördert werde.

Aber das unerwartete geschah. Yorke's Berichte sprachen durchaus zu Gunsten Mitchell's. Überdies hatte man neue Verhandlungen im Haag einzuleiten beschlossen, zu denen Yorke's Rückkehr nach Holland unumgänglich nöthig erschien, und man wußte für den preußischen Gesandtschaftsposten keinen recht geeigneten Ersatzmann. Unter diesen Umständen kam Pitt von dem gegen Mitchell gefaßten Vorurteile zurück. Knyphausen hatte in seinen ersten Unterredungen mit Pitt kein Wort von Mitchell gesagt, was der Minister ihm sehr hoch anrechnete. Aber sobald sich später Gelegenheit bot, versäumte Knyphausen nicht sich des Gesandten anzunehmen und konnte schon am 2 Mai melden daß er einen Schimmer von Hoffnung habe Pitt zu bewegen Mitchell auf seinem Posten zu lassen. In der That ward am 8 Mai beschlossen Yorke, der inzwischen die Auswechselung der Ratificationen des Subsidienvertrags vollzogen hatte, anzuweisen, sich so schnell als möglich wieder nach dem Haag zu begeben, und unter dem 11 Mai entbot Holdernesse Mitchell den Entschluß des Königs, ihn bis auf weiteres auf seinem Posten als Minister bei dem Könige von Preußen zu belassen. Diese Schreiben gelangten nicht früher als am 7 Juni in das preußische Hauptquartier vor Olmütz. Drei Tage später reiste General Yorke ab und traf in den letzten Tagen des Juni wieder im Haag ein, in hohem Grade befriedigt über die gnädige Aufnahme, welche er bei Friedrich dem großen gefunden.

---

[1] 1758 Mai 7. Aschmeritz. Friedrich II an Knyphausen und Michell.

Damit war auch dieser Zwischenfall erledigt. Andrew Mitchell wußte durch seine ferneren Dienste das volle Vertrauen Pitt's zu gewinnen, dem er aufrichtige Bewunderung zollte.

Der erste Vertrag von Westminster war zwischen England und Preußen geschlossen worden um während des über die amerikanischen Colonien entstandenen Seekriegs den Frieden in Deutschland zu erhalten und einen Angriff der Franzosen auf Hannover, der Russen auf Preußen zu verhüten. Aber statt diesen Zweck zu erfüllen hatte er die von den Cabinetten zu Wien, Petersburg und Versailles gesponnenen Anschläge nur in rascheren Zug gebracht, und Friedrich der große sah sich genöthigt um seinen Feinden zuvorzukommen selbst den Krieg zu eröffnen. Nach den ersten großen Erfolgen wandte sich mit dem Tage von Kolin das Glück: Preußen schien der Übermacht zu unterliegen und Hannover ward von den Franzosen besetzt. Die englische Regierung war selbst beim Seekriege im Nachtheil und hatte zwar den Willen aber nicht die Kraft auf dem Continente zu helfen. Georg II suchte unbekümmert um Preußen für Hannover von der Gnade der Kaiserin Maria Theresia einen Sonderfrieden zu erlangen; Friedrich II war bemüht mit Frankreich Verhandlungen anzuknüpfen, jedoch nur zu einem ehrenvollen Frieden, welcher den preußischen Staat ungeschmälert erhielt und alle seine deutschen Verbündeten einschloß. Diese Verhandlungen wurden durch die Überhebung des österreichischen und des französischen Hofes vereitelt, und nach den neuen Siegen der Preußen ward es Ernst damit die im Vertrage von Westminster übernommenen Verpflichtungen zu einem förmlichen Bündnisse zwischen England und Preußen umzugestalten. Bei diesen Verhandlungen traten die Ansichten Friedrichs des großen und Pitt's über das, was den gemeinsamen Interessen entspreche und thunlich sei, in scharfen Gegensatz. Aber beide, der preußische König und der britische Staatssecretär, mußten schließlich anerkennen, daß die Widersprüche von der einen und der andern Seite nicht aus Laune und Eigensinn entsprangen, sondern auf sachlichen Gründen beruhten. Damit hatte das englisch-preußische Bündniß seine Probe bestanden.

Beilagen.

I. VERTRÄGE.

1ª. TRAITÉ DE SUBSIDES CONCLU ENTRE S. M. LE ROI DE PRUSSE ET S. A. S. LE DUC DE BRUNSWIC ET DE LUNEBURG.

Auszug.

Wolfenbüttel. Dec. 24. 1750.

Art. I. S. A. S. s'engage de fournir dans le cas ci-dessous mentionné à S. M. le Roi de Prusse un corps de 4000 hˢ selon qu'il est plus amplement specifié dans la liste ci-jointe. 1750 Dec. 24.

Art. II. Ces engagemens n'obligeront cependant point S. A. S. de prendre parti si tôt ou tard la guerre venoit à se rallumer. Le corps stipulé ne sera employé contre l'auguste chef et les membres de l'Empire, mais pour être mis en garnison la moitié de 2000 hˢ à Magdebourg et l'autre moitié de 2000 hˢ à Stettin, où les chefs et commandeurs de ces corps dépendront des ordres des gouverneurs et commandeurs de S. M. en ces places pendant tout le temps que ces troupes y seront en garnison.

Art. III. Comme les dites troupes seront à leur arrivée duement habillées, armées et pourvues généralement de tout le nécessaire pour être employées dans une garnison, S. A. S. continuera de fournir à ce but tout ce qui est à sa charge en vertu de ce traité.

Art. IV. S. M. fera procurer à ces troupes pendant qu'elles seront employées les mêmes avances qu'aux propres troupes de S. M., tout comme on fera quand ces troupes se mettront en marche soit pour arriver soit pour retourner.

Art. V. Les dites troupes prêteront serment de fidélité à S. M. avant que de se mettre en marche selon le formulaire inséré après ce traité sans préjudicier à celui qu'elles ont prêté à S. A. S., et suivront les ordres de S. M. pour être employées en conformité de ce traité.

Art. VI. Si en cas de guerre S. M. trouve bon d'employer ces troupes, elle en avertira S. A. S., qui fera en sorte que huit semaines après la dite dénonciation le corps se mette en marche et use de la plus grande diligence pour arriver le plutôt possible à la garnison indiquée.

Art. VII. Pour cet effet S. M. enverra alors un ou deux commissaires pour recevoir le dit corps, le faire passer en revue, lui faire prêter serment de fidélité et le conduire dans les états de S. M.

Art. VIII. S. A. S. se réserve la disposition de tous les charges sans exception qui pourroient venir a vacquer dans ce corps. L'administration de la justice lui restant reservée aussi — —.

1750 Dec. 24. Art. XIII. S. M. le Roi de Prusse s'engage à payer à S. A. S. pour un corps de 4000 h[s] à commencer du jour de la signature de ce traité et continuer pendant l'espace de six ans un subside annuel de 100000 écus en Frédéricsd'or en temps de paix et d'ajouter encore au subside en cas que S. M. trouve bon de se servir de ces troupes de la manière susmentionnée 200000 écus par an à commencer de la dénonciation stipulée à l'article VI.

La solde de ce corps, quand il sera employé, restera cependant à la charge de S. A. S., sans que S. M. en soit mêlée aucunement; si pourtant les circonstances demandent qu'on leur fournisse du pain quand elles seront en garnison, elles payeront chaque portion à raison de 2 gros.

Art. XIV. *Gleichstellung der braunschweigischen mit den preufsischen Truppen in Bezug auf Gottesdienst und Hospitäler.*

Art. XV. *Die beiderseitigen Offiziere rangieren im Kriegsrath nach dem Alter ihrer Patente.*

Art. XVI. S. M. aura toujours la faculté de renvoyer ces troupes..

Art. XVII. — — Si pendant le cours de ce traité S. A. S. fût attaquée dans ses états ou en danger éminent de l'être, S. M. s'engage de lui renvoyer promptement ce corps de troupes.

Art. XVIII. Il sera tenu religieusement le secret sur ce traité des deux parties.

Art. XIX. S. M. garantira non seulement S. A. S. de toutes les suites fâcheuses, qui contre toute attente lui sauroient arriver en haine de ce traité et s'engage de la défendre contre qui que ce soit, mais elle s'engage d'ailleurs de procurer à S. A. S. la garantie de la France sur ce traité pour la maintenir contre tous les préjudices qui sauroient lui arriver en égard de cet engagement. S. M. ayant donné commission et pleinpouvoir à S. A. S. le prince Ferdinand de Brunswic et de Luneburg, Lieutenant-Général des armées de S. M., de négocier ce traité et le dit Seigneur et Prince ayant traité là-dessus avec S. A. S. le Duc de Brunswic et de Luneburg, ce traité fut ainsi conclu, signé et muni des sceaux de leurs altesses sérénissimes à Wolfenbüttel le 24 de Décembre 1750.

Charles Duc de Brunswic et de Luneburg.

Articles séparés du traité de subside conclu entre S. M. Prussienne et S. A. S. le Duc de Brunswic et Luneburg.

Art. I. Comme S. A. S. souhaite qu'il soit établi entre S. M. Prussienne et elle une communication et correspondance plus étroite sur les affaires du temps, qui pourroient l'intéresser, S. M. promet et s'engage, qu'elles intéressera en toutes les affaires à la diète de l'Empire, qui regarderont les intérêts de S. A. S., de s'y employer de son mieux et de l'assister autant qu'il dépendra de S. M., de même que de communiquer confidemment en tout cas avec S. A. S. Tout comme elle s'engage de son côté d'aller toujours de concert avec S. M. dans toutes les affaires, qui pourront regarder leurs intérêts communs et ceux de l'Empire, afin de conserver, autant qu'il dépendra d'eux, la paix et la tranquillité de l'Empire et de faire en sorte qu'il ne soit impliqué ni mêlé des guerres, qui lui sont étrangères.

Art. II. En conséquence de ces intimes liaisons que S. M. prend avec S. A. S., elle s'engage à ne donner de ses troupes à aucune puissance, quelle qu'elle puisse être, que du consentiment de S. M., et que

les dites troupes ne pourront en aucun cas être employées contre S. M. ni contre ses alliés. 1750 Dec. 24.

Art. III. S. M. et S. A. S. de concert écarteront tout ce qui pourroit troubler la paix générale de l'Europe et de l'Empire. Elles uniront plutôt leurs soins et leurs efforts pour empêcher l'Empire d'être entraîné directement ou indirectement dans aucune des guerres qui pourroient survenir en Europe et détourner efficacement des états de l'Empire les calamités inséparables de la guerre, à quelle fin S. A. S. unira ses voix à celles de S. M. tant à la diète de l'Empire qu'aux assemblées des cercles, s'entend toujours, que si par hazard S. A. S. n'envisageoit pas les choses de la même façon que S. M. (ce qui n'arrivera pas aisément) elle ne soit jamais contrainte de voter contre sa propre conviction.*

Ainsi conclu, signé et scellé à Wolfenbüttel ce 24[e] de Décembre 1750.

CHARLES DUC DE BRUNSWIC ET DE LUNEBURG.

* *Nachträglicher von der französischen Regierung geforderter Zusatz:*

L'intention de Son Altesse S. n'est pourtant point de donner ses voix en aucun temps en aucune assemblée de l'Empire ou des cercles pendant toute la durée de ce traité contre la vue susdite d'écarter toute guerre du dit Empire ou contre le repos et la sureté de S. M. T. C. ou de S. M. Prussienne et de leurs alliés dans l'Empire, mais au contraire, s'il s'agissoit de faire déclarer une guerre d'Empire soit à S. M. T. C. soit à S. M. le Roi de Prusse, tant en qualité de Roi que d'Electeur, ou à leurs alliés dans l'Empire, S. A. S. non seulement ne donnera pas ses voix pour le succès de pareil dessein; mais au contraire, elle fera tout ce qui lui sera possible pour en détourner l'effet.

[Nach Aufnahme dieses Zusatzes vollzog der französische Gesandte Lord Tyrconnel am 1 März 1751 die französische Garantieacte.]

1[b]. TRAITÉ ENTRE LES ROIS DE FRANCE ET DE PRUSSE.

1751 Januar 2. Berlin.

S. M. T. C. et S. M. le Roi de Prusse, également attentives et intéressés à la conservation de la paix générale de l'Europe et de la tranquillité publique de l'Empire aussi bien qu'au maintien de son système et à celui de ses constitutions, loix fondementales, privilèges et libertés, ont cru que, pour pouvoir parvenir d'autant plus facilement à un but si salutaire, il seroit convenable de prendre avec les princes et les états de l'Empire les mieux intentionnés pour le bien public les mesures nécessaires pour écarter tout ce qui pourroit troubler le repos de l'Allemagne: c'est pourquoi S. M. le Roi de Prusse, de concert avec S. M. T. C., ayant conclu pour leurs intérêts communs un traité d'amitié, de bonne intelligence et de subsides avec S. A. S. le Duc régnant de Brunsvick-Wolfenbüttel en date du 24 de Décembre l'an 1750, Leurs susdites Majestés ont trouvé nécessaire de prendre entre elles certains arrangemens à cet égard, et comme à cette fin S. M. T. C. a donnée ses pleinpouvoirs au Sr. Comte de Tyrconnell, Pair d'Irlande, Maréchal de Camp de ses armées, chevalier de l'ordre de S. Louis et son ministre plénipotentiaire auprès de S. M. le Roi de Prusse, et S. M. le Roi de 1751 Januar 2.

1751 Januar 2. Prusse les siens au Sr. Comte de Podewils, son ministre d'état et de cabinet, chevalier de son ordre royal de l'aigle noir, ces ministres après s'être communiqué leurs pleinpouvoirs respectifs, dont les copies sont ajoutés à la fin du présent traité, ont arrêté et conclu les articles suivants.

Art. I. Comme le traité conclu entre S. M. le Roi de Prusse et S. A. S. le Duc régnant de Brunsvic-Wolfenbüttel en date du 24 de Décembre l'an 1750 est sensé d'être commun pour les avantages et les intérêts réciproques de LL. DD. MM., tout comme s'il avoit été conclu d'abord et en même temps entre S. M. T. C. et ce prince, généralement pour tout ce qui est stipulé tant dans le corps du traité même que dans ses articles séparés et principalement par rapport aux engagemens que le Duc de Brunswic-Wolfenbüttel y a pris de ne donner ses troupes à aucune puissance, telle qu'elle puisse être, que du consentiment de S. M. le Roi de Prusse, et que les dites troupes ne pourroient en aucun cas être employées ni contre Sa dite Majesté ni contre ses alliés; le S. Duc de Brunsvic et Wolfenbüttel s'étant engagé de plus d'agir d'un commun concert avec S. M. Prussienne dans tout ce qui regarde les affaires de l'Empire et les déliberations et les voix tant à la diète générale de l'Empire qu'aux assemblées des cercles, pour conserver la paix et la tranquillité de l'Empire et pour l'empêcher d'être entraîné dans aucune des guerres qui pourroient survenir en Europe: S. M. le Roi de Prusse aura soin que S. A. S. le Duc régnant de Brunswic-Wolfenbüttel remplisse toujours fidèlement et religieusement les engagemens qu'il a pris à cet égard, ainsi que pour tout le reste du contenu de ce traité et de ses articles séparés pendant tout le cours de son durée, et en conséquence S. D. M. Prussienne s'engage à donner les ordres nécessaires à son ministre à la diète de Ratisbonne pour conformément aux engagemens pris par S. A. S. le Duc régnant de Brunsvic-Wolfenbüttel envers S. M. Prussienne par le traité ci-dessus mentionné concourir à tout ce qui sera pour le bien commun et les intérêts réciproques de S. M. T. C. et de S. M. Prussienne relativement à l'accord ci-dessus mentionné et au bien général de l'Empire.

Art. II. S. M. le Roi de Prusse s'engage à ne jamais consentir pendant la durée de ce traité à ce que le Duc de Brunsvic-Wolfenbüttel puisse sous quelque prétexte que ce puisse être donner aucunes troupes contre S. M. T. C. ni contre ses alliés.

Art. III. S. M. le Roi de Prusse s'engage aussi de ne point employer, le cas existant, les troupes auxiliaires, à moins que S. M. T. C. n'en soit préalablement informée, et S. M. le Roi de Prusse ne s'en servira que du gré et du consentiment de S. M. T. C. Le Roi de Prusse promet également de ne point se servir de ces troupes auxiliaires pour remplir, le cas existant, le contingent auxiliaire auquel elle s'est obligée envers la couronne de Suède par son traité de 1747, et s'il arrivera que l'on jugeât à propos de rassembler le corps de troupes auxiliaires de l'Empire qui sera à la solde de S. M. T. C. pour marcher sur la réquisition de S. D. M. T. C. pour le service de ses alliés dans l'Empire, S. M. le Roi de Prusse s'engage en ce cas de remplacer les 4000 hommes de troupes de Brunswic, qui se trouveront alors employés à la garde de ses places, par 4000 h[s] de ses propres troupes, à moins que S. D. M. Prussienne n'en ait besoin alors elle-même pour la défense de ses états.

Art. IV. En échange S. M. T. C. s'engage non seulement de garantir le susdit traité et en faire délivrer l'acte en dûe et bonne forme, tant à S. M. le Roi de Prusse qu'à S. A. S. le Duc régnant de Brunswic-

Wolfenbüttel, mais S. M. T. C. s'engage aussi de fournir fidèlement et promptement à S. M. le Roi de Prusse le payement des subsides stipulés pour le S. Duc de Brunswic-Wolfenbüttel, sur le pied que S. M. Prussienne en est convenu avec ce prince par le susdit traité, pendant tout le temps de sa durée, à savoir en temps de paix la somme de 100000 écus courant d'Allemagne par an, et une augmentation de 200000 écus argent courant d'Allemagne par an en temps de guerre, et comme 1751 Januar 2.

Art. V. il est stipulé dans l'article XIII. du susdit traité entre S. M. Prussienne et S. A. S. le Duc régnant de Brunswic-Wolfenbüttel, que S. M. Prussienne s'engage de payer à S. A. S. pour un corps de 4000 hs à commencer du jour de la signature du susdit traité et à continuer pendant l'espace de six ans un subside de 100000 écus en Frédéricsd'or en temps de paix et à ajouter encore à ce subside, en cas que S. M. Prussienne trouve bon de se servir de ces troupes, de la même manière susmentionnée à l'article III. du présent traité 200000 écus par an à commencer de la dénonciation stipulée dans l'article VI. du susdit traité fait entre S. M. Prussienne et S. A. S. le Duc régnant de Brunswic-Wolfenbüttel en date du 24 de Décembre l'an 1750, S. M. T. C. promet et s'engage de faire payer exactement à S. M. le Roi de Prusse pour ce subside pendant les six ans que ce traité dure la susdite somme de 100000 écus argent courant de l'Allemagne par an en temps de paix et une augmentation de 200000 écus argent courant d'Allemagne par an en temps de guerre, le cas existant où les dites troupes seroient employées comme il est dit ci-dessus au service de S. M. Prussienne.

Art. VI. Le payement de l'une et de l'autre somme se fera à Berlin en Frédéricsd'or par de bonnes lettres de change le plus secrètement qu'il est possible et sous d'autres prétextes aux banquiers Splitgerber et Daum, dans les temps ci-dessous spécifiés, aux frais et aux dépens de S. M. T. C., tant pour ce qui regarde le change ou ce qu'on appelle l'agio que pour les frais du transport, remise, ou tels autres quels qu'ils puissent être, sans qu'il soit rabattu pour cela la moindre chose de ces sommes, sous quelque prétexte que ce soit, S. M. T. C. s'en chargeant seule et uniquement.

Art. VII. On est convenu que le payement des sommes ci-dessus stipulées se faira tous les ans en trois termes de quatre mois à quatre mois, à compter depuis la date de la signature du traité conclu entre S. M. Prussienne et S. A. S. le Duc régnant de Brunswic-Wolfenbüttel, et comme S. M. T. C. s'engage d'avancer le premier terme du subside annuel de 100000 écus, elle promet de faire payer sans faute au 1 Février de l'année présente 1751 comme il est stipulé ci-dessus par les banquiers Splitgerber et Daum, ici à Berlin, frais tous faits, le premier terme de la susdite somme de 100000 écus en 33333 écus et 8 gros argent courant de l'Allemagne en Frédéricsd'or. S. M. T. C. en payera autant de la même façon le 1 de May de la même année et le reste de la somme du subside annuel de 100000 écus le 1 de Septembre de la susdite année, en continuant ainsi promptement et fidèlement pendant tout le cours de la durée du traité conclu entre S. M. Prussienne et S. A. S. le Duc regnant de Brunswic-Wolfenbüttel.

Il en sera de même du payement de l'augmentation de 200000 écus en temps de guerre, que S. M. T. C. fera également payer en trois termes de quatre mois en quatre mois par an, à commencer de la dénonciation stipulée dans l'article VI. du traité de subsides conclu entre S. M. Prussienne et S. A. S. le Duc régnant de Brunswic-Wolfenbüttel en date du 24 de Décembre l'an 1750, et S. M. T. C. promet de faire payer

1751 Januar 2. exactement et promptement cette augmentation, le cas existant, en avançant toujours le premier terme, par de bonnes lettres de change sur les banquiers Splitgerber et Daum ici en Frédéricsd'or, aux frais et aux dépens de S. M. T. C. sans qu'il en coûte rien à S. M. Prussienne sous quelque prétexte que cela puisse être.

Art. VIII. Les deux hautes puissances contractantes sont convenues de garder le plus inviolable secret tant sur ce traité que sur celui des subsides conclu entre S. M. Prussienne et S. A. S. le Duc régnant de Brunswic-Wolfenbüttel, afin qu'il ne transpire absolument rien ni de l'un ni de l'autre de ces deux traités.

Art. IX. Le traité sera ratifié par les deux hautes parties contractantes en six semaines de temps à compter depuis la date de la signature du présent traité ou plutôt si faire se pourra. En foi de quoi nous soussignés ministres de S. M. T. C. et de S. M. le Roi de Prusse en vertu de nos pleinpouvoirs avons signé le présent traité et y avons apposé les cachets de nos armes. Fait à Berlin ce 2 de Janvier 1751.

---

2. CONVENTION DE NEUTRALITÉ ENTRE LES ROIS DE LA GRANDE BRETAGNE ET DE PRUSSE[1].

1756. Januar 16. Westminster.

1756 Januar 16. D'autant que les différends, qui se sont élevés en Amérique entre le Roi de la Grande Bretagne et le Roi Très-Chrétien, et dont les suites deviennent de plus en plus critiques, donnent lieu de craindre pour la tranquillité publique en Europe, S. M. le Roi de la Grande Bretagne, Electeur de Brunsvic Lunebourg etc. et S. M. le Roi de Prusse, Electeur de Brandebourg etc. attentives à un object si intéressant, et également animées du désir de conserver la paix générale de l'Europe, et celle de l'Allemagne[2] en particulier, ont bien voulu se concerter sur les mesures, qui puissent contribuer le plus efficacement à une fin si désirable; et pour cet effet, elles ont authorisé leurs ministres plénipotentiaires respectifs; savoir, au nom et de la part de S. M. Britannique, ses conseillers privés, Philippe Comte de Hardwicke, son Chancelier de la Grande Bretagne: Jean Comte de Granville, président de son conseil: Thomas Holles Duc de Newcastle, premier commissaire de sa trésorerie: Robert Comte de Holdernesse, l'un de ses principaux sécrétaires d'état; et Henry Fox, un autre de ses principaux sécrétaires d'état; et au nom et de la part de S. M. Prussienne, le Sieur Louis Michell, son chargé d'affaires à la cour de S. M. Britannique; lesquels, après s'être communiqué réciproquement leurs pleinspouvoirs, sont convenus des articles suivans.

Art. I. Il y aura entre lesdits sérénissimes Rois une paix sincère et une amitié réciproque, nonobstant les troubles qui pourront s'élever en Europe, en conséquence des différends susmentionnés, en suite de laquelle aucune des parties contractantes n'attaquera, ni n'envahira directement ni indirectement le territoire de l'autre, mais au contraire elles feront, chacune de son côté, tous leurs efforts pour empêcher leurs

---

[1] Jenkinson treaties of Great Britain. London 1785. III 54. Wenck cod. jur. gent. rec. III 84.

[2] de l'Allemagne] de l'Empire Germanique. *Englischer Entwurf.*

alliés respectifs, de rien entreprendre contre ledit territoire, de quelque manière que ce puisse être. 1756 Januar 16.

Art. II. En cas que, contre toute attente, et en violation de la tranquillité que les hautes parties contractantes entendent maintenir par ce traité dans l'Allemagne[1], quelque puissance étrangère fit entrer des troupes dans la dite Allemagne[2], sous quelque prétexte que ce puisse être, les deux hautes parties contractantes uniront leurs forces pour s'opposer à l'entrée ou au passage[3] de telles troupes étrangères et à cette infraction de la paix, et pour maintenir la tranquillité en Allemagne, selon l'objet du présent traité.

Art. III. Les hautes parties contractantes renouvellent expressément tous les traités d'alliance et de garantie, qui subsistent actuellement entre elles, et nommément l'alliance défensive et de garantie réciproque conclue à Westminster entre LL. MM. Britannique et Prussienne le 18 de Novembre 1742, la convention arrêtée entre LL. DD. MM. à Hannovre, le 26 Août 1745, et l'acte d'acceptation de S. M. Prussienne de celui de garantie de S. M. Britannique du 13 d'Octobre 1746.

Art. IV. Le présent traité sera ratifié par S. M. le Roi de la Grande Bretagne, et par S. M. le Roi de Prusse, et les lettres de ratification en bonne forme seront délivrées, de part et d'autre, dans le tems d'un mois, ou plutôt si faire se peut, à compter du jour de la signature du présent traité.

En foy de quoi nous soussignés, munis des pleinspouvoirs de LL. MM. les Rois de la Grande Bretagne et de Prusse, avons, en leurs noms, signé le présent traité, et y avons apposé les cachets de nos armes. Fait à Westminster, le 16 jour de Janvier, l'an de Grace 1756.

HARDWICKE, C. GRANVILLE, P. HOLLES NEWCASTLE. HOLDERNESSE.
H. FOX.

ARTICLE SECRET ET SÉPARÉ.

Comme la convention de neutralité, signée en date d'aujourd'hui par les ministres de S. M. le Roi de la Grande Bretagne et de S. M. le Roi de Prusse, munis de pleinspouvoirs nécessaires pour cet effet, ne regarde que l'Allemagne, cette convention ne doit point être étendue aux Pais-bas Autrichiens et leurs dépendances, qui ne doivent point être censés compris dans la présente convention de neutralité, sous quelque prétexte que cela puisse être; d'autant plus que S. M. le Roi de Prusse n'a garanti, dans le VIII. article de la paix de Dresde, à S. M. l'Impératrice Reine de Hongrie et de Bohème, que les états qu'elle possède en Allemagne.

Cet article secret et séparé aura la même force, que s'il était inséré, de mot à mot, dans la présente convention de neutralité signée aujourd'hui; et les ratifications en seront échangées dans le même tems que celles de ladite convention. En foy de quoi nous soussignés, munis des pleinspouvoirs de LL. MM. les Rois de la Grande Bretagne et de Prusse, avons, en leurs noms, signé le présent article secret et séparé,

---

[1] l'Allemagne] le S. Empire Romain. *Englischer Entwurf.*

[2] dans la dite Allemagne] dans le dit Empire ou sur quelque partie de son territoire ou dépendance. *Englischer Entwurf.*

[3] ou au passage] *preuſsischer Zusatz. Bei Jenkinson u. Wenck steht fälschlich statt* pour s'opposer — infraction: et pour punir cette infraction.

1756 Januar 16. et y avons apposé les cachets de nos armes. Fait à Westminster le 16 jour de Janvier, l'an de Grace 1756.

HARDWICKE, C. GRANVILLE, P. HOLLES NEWCASTLE. HOLDERNESSE. H. FOX.

DÉCLARATION.

Afin de terminer les différends, qui peuvent s'être élevés entre LL. MM. Prussienne et Britannique, il est déclaré, que dès que S. M. Prussienne levera l'arrêt mis sur la dette de la Silesie, et fera payer aux sujets de S. M. Britannique ce qui leur en reste dû, selon le contrat original, tant intérêts que principal; S. M. Britannique promet et s'engage de son côté, de faire payer à S. M. Prussienne la somme de vingt mille L. St., en extinction de toute prétention de sadite Majesté ou de ses sujets à la charge de S. M. Britannique, sous quelque prétexte que ce puisse être. Fait à Westminster le 16 jour de Janvier, l'an de Grace 1756.

LOUIS MICHELL.

---

3. ARTICLES SECRETS DU TRAITÉ D'UNION ET D'AMITIÉ DÉFENSIV, CONCLU ENTRE S. M. L'IMPÉRATRICE REINE D'HONGRIE ET DE BOHÈME, ET S. M. TRÈS-CHRÉTIENNE[1].

1756. Mai 1. Versailles.

1756 Mai 1. Art. I. Quoiqu'il soit stipulé, par l'art. III du traité défensif, signé aujourd'hui entre S. M. T. C. et S. M. l'I. R. de Hongrie et de Bohème, que le cas de la présente guerre entre la France et l'Angleterre sera uniquement excepté de la garantie et défense promise par S. M. l'I. R. à S. M. T. C.; cependant si, à l'occasion de ladite guerre, d'autres puissances que l'Angleterre venoient à attaquer, même sous prétexte d'auxiliaires, aucune des provinces que S. M. T. C. possède en Europe, S. M. l'I. R. promet et s'engage de garantir et de défendre, dans ce cas, lesdites provinces ainsi attaquées, et de fournir à cet effet les secours stipulés par les articles VI et VII du présent traité.

S. M. T. C. promet et s'engage, de son côté, dans le cas où, à l'occasion de la présente guerre entre la France et l'Angleterre, quelque puissance venoit à attaquer, même sous le prétexte d'auxiliaire, aucune des provinces que S. M. l'I. R. possède en Europe, de garantir et de défendre, dans ce cas, lesdites provinces ainsi attaquées, et de fournir à cet effet les secours stipulés par les articles VI et VII du présent traité.

Cet article secret et séparé aura la même force etc.

Art. II. Quoiqu'il soit stipulé en général, par l'art. VIII du traité défensif, signé aujourd'hui entre S. M. T. C. et S. M. l'I. R. d'Hongrie et de Bohème, que leurs dites MM. se réservent d'inviter d'autres puissances à y accéder, les hautes parties contractantes ont jugé convenable d'expliquer plus précisément leur intention à cet égard, et en conséquence elles sont convenues d'inviter de concert et non autrement à accéder au présent traité défensif S. M. l'Empereur des Romains, en sa

---

[1] F. Schoell, hist. abrégée des traités de paix. Paris 1817. III 19.

qualité de Grand-Duc de Toscane, S. M. Catholique, S. M. le Roi de Naples et de Sicile, le sérénissime Infant don Philippe, Duc de Parme, de Plaisance et de Guastalle, et autres princes dont on conviendra: lesquelles puissances par leur accession audit traité participeront pleinement tant pour elles que pour leurs héritiers, états et sujets en Europe, à la garantie et défense stipulées dans le présent traité; le tout cependant conformément à ce qui a été réglé, par rapport à leurs états, dans les traités antérieurs, et suivant la proportion des secours à fournir par les puissances accédantes, ainsi qu'il en sera convenu par leurs actes d'accession. 1756 Mai 1.

Le présent article séparé et secret aura etc.

Art. III. S. M. T. C. et S. M. l'I. R. d'Hongrie et de Bohème venant d'affermir par le traité d'union et d'amitié défensif, conclu et signé aujourd'hui entre elles, la bonne correspondance et la parfaite intelligence qui subsistent déjà heureusement entre LL. DD. MM., et désirant de les rendre inaltérables, elles se proposent de s'entendre et de s'arranger sur le pied d'une convenance réciproque, juste et équitable, sur tous les cas, qui n'auroient pas été suffisamment prévus dans le dernier traité d'Aix-la-Chapelle, ainsi que sur les différends territoriaux et autres objets qui pourroient un jour troubler la tranquillité de l'Europe et diviser entre elles LL. DD. MM. ou leurs alliés, comme aussi sur les objets qui pourroient intéresser en particulier le repos d'Italie. A cet effet, elles se promettent réciproquement de prendre le plutôt possible entre elles et avec d'autres puissances qui y sont intéressées, d'un commun concert, et non autrement, et sur tous ces objets, les moyens qui leur paroîtront les plus propres à l'exécution de ces vues aussi justes que désirables.

Cet article séparé et secret aura la même force, que s'il était inséré mot-à-mot dans le traité signé aujourd'hui; et les hautes parties contractantes promettent de n'en donner connoissance à qui que ce soit, que d'un commun consentement.

En foi de quoi etc.

Art. IV. Moyennant le traité d'union et d'amitié défensif, signé aujourd'hui entre S. M. T. C. et S. M. l'I. R. d'Hongrie et de Bohème, les intérêts communs de LL. DD. MM. leur paroissent exiger que, pendant la durée de la présente guerre entre la France et l'Angleterre, au sujet des limites de leurs possessions en Amérique, aucune des hautes parties contractantes ne prenne de nouveaux engagements quelconques avec d'autres puissances, à l'insu et sans la participation l'une de l'autre, LL. DD. MM. s'engagent et promettent par conséquent de n'en contracter ni même renouveler aucun, sans en donner préalablement pleine connoissance.

Cet article secret et séparé aura etc.

Art. V. Il a été convenu et arrêté que les quatre articles séparés et secrets signés aujourd'hui, seront ratifiés en même tems que l'acte ou convention de neutralité, le traité défensif et les articles séparés, également signés aujourd'hui, et que les ratifications en seront de même échangées dans l'espace de six semaines, ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi, nous soussignés ministres plénipotentiaires de S. M. T. C. et de S. M. l'I. R. d'Hongrie et de Bohème, avons signé le présent article séparé et secret, et y avons apposé les cachets de nos armes.

Fait à Versailles le 1 de May 1756.

G. COMTE DE STARHEMBERG. A. L. ROUILLÉ. F. J. DE PIERRE DE BERNIS.

4. PRÉCIS DES ARTICLES PRÉLIMINAIRES DU TRAITÉ SECRET DE VERSAILLES (CONCLU LE 1. MAI 1757).

Wir geben das Précis nach der von F. Ch. Schlosser im Archiv des auswärtigen Ministeriums zu Paris genommenen Abschrift; vgl. Gesch. des 18. Jahrhunderts II³ 307 Anm. Ein Auszug ist abgedruckt in den von Soulavie herausgegebenen Mémoires du maréchal duc de Richelieu. Paris 1793. IX 509—515, unter der Ueberschrift: préliminaires et précis des articles secrets du traité de 1757 entre la France et la maison d'Autriche. Dieser ziemlich dürftige und ungenügende Auszug erstreckt sich in 21 Artikeln über Art. I—XXI und XXV. Es spricht alles dafür daſs das Actenstück von Bernis verfaſst ist, wie Schlosser ausspricht, und zwar zur Information Ludwigs XV. Die Zeit der Abfassung der Präliminarien ergibt sich aus Art. II. und IV. Sachsen war von Preuſsen besetzt: die Verhandlungen über die Operationen des französischen Hauptheeres waren im Gange, aber noch nicht beendigt, und der österreichisch-russische Allianz- und Subsidienvertrag vom 22 Januar 1757 noch nicht abgeschlossen: also werden wir die Unterzeichnung der Präliminarien auf December 1756 oder Anfang Januar 1757 ansetzen dürfen. Zur Vergleichung derselben mit dem am 1 Mai 1757 zu Versailles unterzeichneten Tractat sind Verweisungen auf dessen Artikel und die Seitenzahlen des Schoellschen Abdruckes (hist. abrég. des traités de paix III 129 ff.) beigefügt. Vgl. o. S. 280—289.

Art. sép. (4) S. 164. 1. Le roi renoncera à l'alliance du roi de Prusse, l'impératrice reine de son côté renoncera à l'alliance de l'Angleterre. Ni l'une ni l'autre puissance ne pourra faire aucun traité avec les rois d'Angleterre et de Prusse que d'un consentement réciproque.

Art. I S. 131. 2. S. M. T. C. comme alliée de l'I. R. et comme garante de la paix publique de l'empire s'engage d'entretenir pendant tout le cours de la guerre allumée par le roi de Prusse en conséquence de l'invasion de la Saxe et de la Bohême outre le secours de 24000 h^s^ portés par le dernier traité de Versailles 66000 h^s^ de ses propres troupes et 20000 h^s^ des troupes subsidiaires de l'empire, lesquels d'après le plan militaire, qui sera arrêté à ce sujet agiront directement contre le roi de Prusse et ses alliés.

Art. II S. 132. 3. De plus le roi s'engage de fournir pendant l'espace de quatre années s'il est nécessaire et pour plus longtems si l'on en convient de nouveau à S. M. I. un subside annuel de 12 millions de florins argent d'Allemagne. La moitié de ce subside sera payée dans l'espace de trois mois après la ratification des présens articles et immédiatement après que la garde des villes d'Ostende et de Nieuport aura été remise au roi. Les payemens ultérieurs du dit subside annuel se feront par la
Art. XII S. 140. suite des mois en mois et par portions égales. La garde d'Ostende et de Nieuport est confiée à la France jusqu' à l'entière exécution des pré-
Art. XIII S. 141. sens articles, et si les deux puissances contractantes étoient forcées de faire la paix avec leurs ennemis respectifs sans avoir rempli l'objet essentiel de leurs vues, le roi conserveroit encore la dite garde d'Ostende et de Nieuport dix ans après la paix en considération des grandes dépenses, auxquels S. M. s'oblige par les présens articles préliminaires.

4. Au moyen de ce subside annuel l'impératrice reine s'oblige de mettre en action un corps de 80000 Russes, qui agira de concert pour le succès de la cause commune. Sans cette diversion essentielle de la Russie il est stipulé que le roi ne sera plus obligé de fournir le secours de 24000 h^s^ en vertu du dernier traité de Versailles, à moins toutefois que les hautes puissances contractantes ne prennent en ce tems de nouveaux arrangemens.

5. En considération de ces différentes espèces de secours auxquels Art. XI
le roi s'oblige, l'I. R. promet et s'engage de céder et de transférer à S. 138.
S. M. T. C., deux mois après que la Silésie et le comté de Glatz seront
possédés tranquillement et garantis à S. M. l'Imp. par toutes les puissances accédantes à la présente convention, les villes d'Ostende et de Nieuport, d'Ypres, de Turnes, de Mons et le fort de Quenoque avec une lieue de territoire à l'entour desdites places, la souveraineté des grands chemins, et le libre passage sur les canaux et les rivières. L'artillerie et les munitions de bouche et de guerre qui se trouveront dans les dites places sont réservées expressément à S. M. l'impératrice.
Outre la cession des susdites villes il est convenu, que les fortifications Art. XXIII
de la ville et des châteaux de Luxembourg seront rasées aux frais du S. 151.
roi. Il est de plus convenu, que conformément au principe de récipro- Art. XXII
cité adopté de part et d'autre, la Silésie et le comté de Glatz ne sauroient S. 149.
être possédés réellement ou provisionellement par l'I. R. que le roi ne soit mis en même tems en possession réelle ou provisionelle des villes qui doivent faire son partage.

6. Il est arrêté que l'échange de la totalité des Pays-bas (à l'ex- Art. XVII
ception des villes, qui doivent être cédées au roi) avec les duchés de S. 143.
Parme, de Plaisance et de Guastalle, possédés par l'infant Don Philippe, Art. XXI
aura lieu de même aussitôt que la Silésie et le comté de Glatz en leur S. 148.
entier auront été assurés et garantis par les puissances accédantes au présens articles à S. M. l'I. R. et possédés tranquillement par elle avec la clause de réciprocité ici mentionnée par rapport à la possession provisionelle ou réelle du duché de Silésie et du comté de Glatz.

7. En cédant la totalité des Pays-bas à l'infant Don Philippe l'I. R. Art. XVIII
se reserve le droit de voix et séance à la diète de l'empire pour le cercle S. 145.
de Bourgogne, le droit de présentation à la chambre impériale, le droit de conférer la toison d'or et les titres et armes de la maison de Bourgogne. Les dettes tant anciennes que récentes hypothéquées sur les Art. XI
Pays-bas seront acquittées par le roi et l'infant dans le cas de la sus- S. 139.
dite cession, proportionellement au partage qui est assigné à l'un et à XVII S. 144.
l'autre. Ils seront tenus de conserver tous les employés civils, toutes Art. sép. (6)
les pensions à ceux qui s'en trouveront pourvus, de conserver tous les S. 165.
privilèges des villes et provinces cédées, et de payer sur les revenus Art. XX
des dites provinces les pensions assignées aux prince Charles et à la S. 147.
princesse Charlotte de Lorraine, conformément à ce qui sera convenu d'après la révision des états desdites dettes et charges, qui seront incessamment remis à cet effet. L'I. R. est soumise aux mêmes clauses et Art. XXI
conditions par rapport aux charges et hypothèques sur les duchés de S. 148.
Parme, de Plaisance et de Guastalle.

8. Moyennant la cession faite en faveur de l'infant de la totalité Art. XXI
des Pays-bas le dit infant renoncera à ses droits sur les biens allodiaux S. 148.
des maisons de Médicis et de Farnèze et sur la succession aux royaumes de Naples et de Sicile. Cette renonciation de l'infant ne lie point sa postérité dans le cas de l'exstinction de tous les descendans en ligne directe et legitime de S. M. Sicilienne actuellement régnante.

9. La réversion des Pays-bas en faveur de l'impératrice et de sa Art. XIX
postérité est établie par les présens articles dans le cas où l'infant S. 146.
mourroit sans laisser de postérité legitime. Mais dans ce cas Tournay Art. XXIV
et le Tournaisis, la souveraineté de Chimay et de Beaumont, le pays S. 152.
communément appellé rétrocédé, seront ajoutés au partage assigné au Art. XI
roi par la présente convention; tous les différends au sujet de St. Hubert, S. 139.
des enclaves du Hainault et toutes les contestations par rapport aux limites des états respectifs étant terminés dans ce cas à la satisfaction

de la France. De même si l'I. R. venoit à décéder sans laisser de postérité en ligne directe et légitime, les duchés de Parme, de Plaisance et de Guastalle retourneroient de plein droit au sérénissime infant Don Philippe.

Art. sép. (1) S. 162. 10. Le roi d'Espagne venant à mourir sans enfans et avant l'exécution des présens articles; il est convenu, que l'I. R. n'inquiétera aucunement l'infant Don Philippe sur le droit de réversion établi dans ce cas au profit de sa dite M. I. par le dernier traité d'Aix-la-Chapelle sur les duchés de Parme et de Guastalle.

Art. XXIV S. 152. 11. Dans le cas, où l'infant Don Philippe refuseroit de se prêter aux présens arrangemens, il est convenu que la partie des Pays-bas qui doit être cédée au dit infant seroit conservée à l'I. R., à l'exception de Tournay et du Tournaisis, de la souveraineté de Chimay et de Beaumont et du pays appellé rétrocédé, lesquels seroient ajoutés aux villes et forteresses, qui doivent tomber en partage à S. M. T. C., tous les différends au sujet des limites étant réglés dans ce cas à la satisfaction de la France, ainsi qu'il à déja été dit, et tous les arrangemens faits en faveur du dit infant par les présens articles devenant nul et de nul effet dans le susdit cas.

Art. XXV S. 153. 12. Comme le roi de Naples a un grand intérêt d'assurer encore davantage à sa postérité la succession au trône des deux Siciles en redressant à ce sujet les articles mal interprétés du dernier traité d'Aix-la-Chapelle, le roi promet aussitôt qu'il sera assuré des sentimens de S. M. Sic. à cet égard d'appuyer la négociation qui doit être entamée par l'impératrice à la cour de Naples pour engager le roi des deux Siciles à céder à l'empereur les places de Toscane appellées *des garnisons* et à renoncer en faveur de l'I. R. aux droits sur les biens allodiaux des maisons de Médicis et de Farnèze, le tout en considération des avantages procurés à la famille de S. M. S. et de la nouvelle garantie, qui sera faite par les puissances contractantes et accédantes au traité de Vienne de 1738 par rapport à la succession aux royaumes de Naples et de Sicile, qui sera de nouveau confirmée et assurée dans tous les cas à tous les descendans de S. M. S. malgré toutes les stipulations et interprétations à ce contraires.

13. Tels sont les avantages réciproques que les deux puissances
Art. V S. 134. contractantes ont principalement en vue de se procurer; mais comme les dites puissances ne peuvent espérer d'établir une paix solide en Europe qu'autant que les auteurs de la guerre présente seront mis hors d'état de la troubler à l'avenir, il est arrêté et convenu, que les puissances contractantes employeront toutes leurs forces pour affaiblir considérablement la puissance des rois de Prusse et d'Angleterre. A cet effet elles feront tous leurs efforts pour dépouiller le roi de Prusse, outre la Silésie et le comté de Glatz, de la principauté de Crossen, du duché de Magdebourg, du pays de Hall, de la principauté de Halberstadt, de la Poméranie ci-devant Suédoise, des domaines qui ont appartenus aux anciens ducs de Clève et de la haute Gueldre, pour être lesdits états cédés et transférés ainsi qu'il en sera convenu à la couronne de Suède, à l'électeur de Saxe roi de Pologne, à l'électeur Palatin et à la république de Hollande.
Art. IV S. 134. L'impératrice reine de concert avec les dites puissances sera mise en possession de quelques domaines à sa bienséance[1] dans le voisinage de ses états héréditaires de Bohème.

---

[1] à sa bienséance] diese Worte, an deren Stelle Schlosser einen leeren Raum gelassen hat, sind ergänzt aus den Mém. du maréchal duc de Richelieu IX 513.

Pareillement l'isle de Minorque sera assurée pour toujours à la France. Les articles du traité d'Utrecht concernant Dunquerque seront pour jamais annullés, les isles de Jersey, Guernesey et d'Origny seront assurées et garanties à la France, si elle en fait la conquête pendant le cours de la présente guerre. Gibraltar sera de même garantie à S. M. Catholique dans le cas où elle en feroit la conquête et prendroit part aux présens arrangemens. Les duchés de Bremen et de Verden seront restitués à leurs anciens possesseurs ou même cédés à S. M. Danoise, si elle accède à la présente convention. Ce dépouillement des états de Bremen et de Verden suppose que le roi d'Angleterre comme électeur d'Hannovre et ses alliés ne garderont pas une exacte neutralité et accorderont des secours directs ou indirects au roi de Prusse. La Silésie étant une fois recouverte par l'impératrice reine, les puissances contractantes seront les maîtresses, si les circonstances l'exigent, de faire la paix avec leurs ennemis de concert et non séparément, quand même les dépouillemens ultérieurs ci-dessus énoncés n'auroient pas été effectués en tout ou en partie. C'est dans cette idée, que l'époque de quatre années a été fixé comme une espèce de tems suffisant pour remplir la totalité de leurs vues, étant raisonnable qu'après cet espace de tems révolu les deux puissances contractantes poursuivent ou terminent la guerre selon que l'état de leurs forces et de leurs moyens pourra le leur permettre. Le recouvrement de la Silésie et la cession des Pays-Bas, qui doit être faite en conséquence, sont donc les objets véritablement ostensibles de la présente convention. Toutes les autres vues ne sont que de convenance, on a soigneusement distingué ces vues d'avec les autres dans les présents articles préliminaires. Art. XXIX S. 158.

14. L'exécution et l'accomplissement des conditions essentielles des présens articles dépendront du traité, qui en conséquence du recouvrement de la Silésie et du comté de Glatz sera passé entre les parties contractantes et garanti par les puissances accédantes à la présente convention, l'époque de la pacification générale pouvant être retardé trop long-tems par des événemens imprévus.

15. Pour ôter tout prétexte aux ennemis des deux puissances contractantes de vouloir troubler le repos des protestans dans l'empire, les traités de Westphalie de 1648 sont solennellement renouvelés et confirmés avec la garantie des couronnes de France et de Suède. Art. XV S. 142.

16. La liberté de la république de Pologne est assurée par les présents arrangemens, ainsi que la libre élection de ses rois. Les cours de Vienne et de Russie ne prendront aucunes mesures à cet égard que de concert avec la France, et si le trône de Pologne venoit à vaquer et qu'un des princes de la maison électorale de Saxe fut librement choisi pour l'occuper, S. M. T. C. déclare que ce choix lui seroit agréable par la tendresse, qu'elle porte à sa bien-aimée fille Madame la Dauphine. Art. VIII S. 137.

17. Dans la même vue et pour empêcher que la Porte Ottomane suscitée par les ennemis communs ne vint à troubler le concert formé entre les puissances contractantes il est convenu qu'elles entretiendront avec l'empire Ottoman la plus parfaite intelligence et qu'elles éviteront soigneusement de lui donner aucun sujet de plainte et d'ombrage.

18. Les états tels qu'ils sont possédés par les différens princes d'Italie seront assurés par les présens articles à leurs possesseurs. Les hautes parties contractantes sont convenues de veiller à la conservation du repos particulier de l'Italie, d'employer leurs bons offices pour terminer promptement les différends qui pourroient naître entre les divers princes de cette partie de l'Europe, et elles se sont engagées à s'inté-

resser encore plus particulièrement à ce qui concerne la république de Venise et l'état de Gênes.

19. Le produit des conquêtes qui seront faites pendant la guerre présente soit sur le roi de Prusse soit sur l'Angleterre sera partagé entre les puissances contractantes à proportion au nombre de leurs troupes qui auront été employées à faire lesdites conquêtes. L'autorité militaire restera dans les mains de la puissance qui aura fait la conquête et mis garnison dans les places conquises.

Art. XXXI S. 160. 20. Les présens articles préliminaires demeureront secrets tant qu'il conviendra aux puissances contractantes, et elles promettent de n'en donner communication à qui que ce soit que de concert et sous la forme dont elles seront convenues.

21. Les différends nés ou à naître entre les puissances contractantes seront terminés le plutôt possible et toujours à l'amiable.

Art. XXVII S. 156. 22. Le dernier traité de Versailles est confirmé dans tous les points excepté dans ceux qui assurent la neutralité de l'impératrice reine à l'Angleterre durant le cours de la guerre présente.

Art. XXX S. 158. 23. L'empereur accédera aux présens articles d'abord en qualité de Grand-Duc de Toscane, avec promesse d'y accéder en sa qualité d'empereur du consentement de la diète de l'empire. Il s'obligera à fermer tous les ports de Toscane aux bâtimens Anglois armés en guerre, l'I. R. ayant consenti à fermer les ports de Trieste et de Fiume aux dits bâtimens.

Art. XXX S. 158. 24. S. M. C., S. M. le roi des deux Siciles, la couronne de Suède, l'impératrice de Russie, S. M. Danoise, les électeurs de Saxe et Palatin et la république de Hollande seront expressément invités à accéder aux présens articles.

---

25. On s'est étudié dans les autres articles de la présente convention, qui ne sont proprement que de forme, de rendre toutes les clauses réciproques et toutes les conditions égales à prévenir toutes fausses interprétations et à ne laisser aucune obscurité. Si Dieu bénit les mesures prises dans la présente convention, si les négociations, qui doivent en assurer le succès, sont bien conduites, jamais la France n'aura été ni dans une position plus brillante ni plus assurée. Le roi de Prusse sera à la vérité dépouillé, mais les anciens alliés de la France seront enrichis de ses dépouilles. Par ce moyen la balance du pouvoir de la maison d'Autriche sera encore plus solidement établie. Les cours de Vienne et de Londres, dont l'union nous a été toujours si funeste ou si suspecte, seront à jamais irréconciliables, la puissance et le crédit de l'Angleterre étant considérablement diminuée. Il ne restera à la cour de Vienne aucun allié redoutable à la France, et si cette cour, étant parvenue à son but en détruisant le pouvoir du roi de Prusse, se conduisoit mal avec la France ou avec l'empire, il n'est pas difficile de prévoir, par quels moyens on pourroit s'opposer à ses nouvelles entreprises.

---

5. CONVENTION ENTRE L'IMPÉRATRICE REINE DE HONGRIE ET DE BOHÈME ET L'IMPÉRATRICE DE TOUTES LES RUSSIES[1].

1757 Jan. 22 (a. St.). Petersburg.

Au nom de la Très-Sainte Trinité.

Sa Majesté l'Impératrice de toutes les Russies et Sa Majesté l'Impératrice, Reine de Hongrie et de Bohême, en renouvelant les engagements subsistants entre les deux Empires par le Traité d'amitié défensif, conclu entre Elles à St. Petersbourg le vingt deuxième de Mai l'an mil sept cent quarante six, n'ont eu en vue, que de procurer des suretés suffisantes à Leurs Etats respectifs contre toute invasion ennemie, de contribuer par là au maintien de la tranquillité générale et de contenir en particulier le Roi de Prusse. 1757 Januar 22.

Leurs dites Majestés se flattaient que ces mesures, aussi innocentes que légitimes, auraient l'effet désiré.

Mais le Roi de Prusse, venant d'attaquer pour la quatrième fois les Etats de la maison d'Autriche, contre la foi des Traités les plus solennels, et d'allumer ainsi de nouveau le flambeau de la guerre la plus injuste, Elles voient non seulement avec douleur que l'évènement n'a point répondu à Leur attente, mais Elles sentent en même temps la nécessité de pourvoir par de plus grands moyens aux objets, qui ont été le motif de Leurs liaisons susdites.

Pour cet effet et pour préserver, s'il se peut, à l'avenir l'Europe d'attentats pareils à celui, que le Roi de Prusse vient de commettre et à tous ceux qui l'ont précédé, et pour venger en particulier toutes les injustices et violences, que ce Prince exerce en Saxe, ainsi que dans les Etats de Sa Majesté l'Impératrice-Reine, et par tout où Sa convenance l'engage à porter Ses armes; Sa Majesté l'Impératrice de toutes les Russies non-seulement fournira incessamment à Sa Majesté l'Impératrice, Reine de Hongrie et de Bohême, tous les secours portés par les Traités qui subsistent heureusement entre les deux Empires, mais Sa Majesté l'Impératrice de toutes les Russies et Sa Majesté l'Impératrice, Reine de Hongrie et de Bohême, sont de plus déterminées à employer des forces beaucoup plus considérables contre cet ennemi commun, perturbateur du repos public, et à ne point mettre bas les armes, que par l'assistance divine, protectrice de la justice de Leur cause, on ne soit parvenu à faire rentrer toute la Silésie et Comté de Glatz sous la domination de Sa Majesté l'Impératrice, Reine de Hongrie et de Bohême et à mettre des bornes suffisantes à la Puissance de ce Prince, dont les injustes projets n'en connaissent aucune.

Pour parvenir à un but, que la conduite passée et présente du Roi de Prusse rendent aussi juste que salutaire et qui intéresse également la sûrete et l'indépendance de tous les Souverains de l'Europe, Leurs Majestés Impériales résolues à s'arranger entre Elles en conséquence, Sa Majesté l'Impératrice de toutes les Russies a chargé et autorisé Son Chancelier, Conseiller Privé actuel, Sénateur et Chevalier des Ordres: de Saint-André, de l'Aigle Blanc, et de Saint-Alexandre Newsky, Alexy, Comte de Bestoucheff-Rumin et Son Vice-Chancelier, Conseiller Privé actuel, Lieutenant de la Compagnie du Corps, Chambellan actuel et Chevalier des Ordres: de Saint-André, de l'Aigle Blanc, de l'Aigle Noir, de Saint-Alexandre Newsky et de Sainte Anne, Michel, Comte de Wo-

[1] Copie nach dem Originale im Hauptarchiv des Kaiserlichen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten zu Moskau.

1757 Januar 22. ronzow et Sa Majesté l'Impératrice, Reine de Hongrie et de Bohême, Son Chambellan, Conseiller actuel intime, Garde de la Couronne du Royaume de Hongrie, Chevalier des Ordres: de Saint-André et de Saint-Alexandre Newsky, Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire de Sa Majesté l'Impératrice, Reine de Hongrie et de Bohême à la Cour de Sa Majesté Impériale de toutes les Russies, Nicolas Esterhasy de Galantha, Seigneur héreditaire de Forckenstein, Comte du Saint Empire Romain, de concerter et arrêter au plustôt entre Eux les mesures les plus efficaces et les plus analogues à l'objet dont il s'agit et les dits Ministres, après s'être dûment communiqués Leurs pleins-pouvoirs respectifs et avoir mûrement discuté et pesé l'important objet de la négociation qui leur a été confiée, sont convenus des articles suivants:

Art. I. LL. MM. II. confirment de la manière la plus solennelle et la plus obligatoire, pour autant qu'il n'y est pas dérogé par la présente Convention pour Elles, Leurs Successeurs, Héritiers, Empires et Etats, le Traité conclu à St. Pétersbourg, le 22 de Mai, l'an 1746, dans toute son étendue et nommément l'article IV. séparé et secret du dit Traité, voulant qu'il soit envisagé, comme la base et le fondement de la présente convention et se promettant en conséquence réciproquement l'amitié et l'union la plus parfaite et la plus constante.

Art. II. S. M. l'I. R. de Hongrie et de Bohême, actuellement attaquée de la manière la plus injuste par le Roi de Prusse, s'engage et promet d'employer contre ce Prince aux fins indiquées ci-dessus, pendant tout le cours de la guerre aux moins quatre-vingt mille hommes de ses troupes réglées.

Art. III. S. M. l'Impératrice de toutes les Russies s'engage et promet également d'employer aussi contre ce Prince, à telles fins pendant tout le temps que la guerre durera, au moins quatre-vingt mille hommes de troupes réglées, ainsi que de quinze à vingt vaisseaux de ligne, y compris des Frégattes et Galiottes à bombes et au moins quarante de Galères.

Art. IV. Les deux hautes Parties contractantes se communiqueront réciproquement les états détaillés et exacts des armées spécifiées et déterminées dans les articles II. et III.; Elles s'enverront aussi de part et d'autre des Généraux, qui auront droit d'assister et de voter aux Conseils de guerre; et Elles concerteront entre Elles le plan des opérations; mais comme le Roi de Prusse employe actuellement la plus grande partie de ses forces vis à vis des armées de S. M. l'I. R., S. M. I. de toutes les Russies s'engage et promet de faire avancer Son armée ou Ses armées aussi avant et aussitôt que faire se pourra dans les Etats du dit Roi, S. M. l'I. R., s'engageant de Son côté en ce cas à occuper les armées Prussiennes qui lui sont opposées, pour seconder par là les opérations de l'armée de la Russie; S. M. I. de toutes les Russies, promettant d'en user de même à l'égard des forces que le Roi de Prusse employera vis-à-vis d'Elle, et les deux hautes parties contractantes s'obligent à suivre exactement cette règle de part et d'autre pendant tout le cours de la guerre et convenant dès à présent qu'elle devra être la base de tous les plans d'opérations qu'il pourra être question de concerter et d'établir.

Art. V. LL. MM. II. se promettent de la façon la plus solennelle et la plus obligatoire, que faire se peut, non seulement de ne faire ni trève ni paix avec Leur ennemi commun le Roi de Prusse, sans le concours et le consentement l'une de l'autre; mais Elles s'engagent même à continuer la guerre avec les forces convenues aux Articles II.

et III.; jusqu'à ce que S. M. l'I. R. de Hongrie et de Bohême soit rentrée dans la paisible possession de toute la Silésie et du Comté de Glatz; que le recouvrement de ses Etats Lui ait été assuré par un Traité de paix solennel, qui devra être garanti par S. M. I. de toutes les Russies, conformément au Traité du 22 de Mai l'an 1746 et à la présente convention et dont on promet de travailler à se procurer la garantie d'autres Puissances. 1757 Januar 22.

ART. VI. Le repos de l'Europe ne pouvant jamais être solidement établi, à moins qu'on ne parvienne à ôter au Roi de Prusse les moyens de le troubler; LL. MM. II. feront tous Leurs efforts pour rendre ce service à l'humanité et Elles se concerteront pour cet effet avec toutes les Puissances qu'elles jugeront être dans les mêmes dispositions.

ART. VII. Et comme il n'est pas possible de pouvoir fixer et déterminer dès à présent toutes les mesures, qui pourront être utiles et nécessaires pour cet effet, LL. MM. II. se promettent et s'engagent mutuellement à aller et opérer de concert en tout ce qui a on peut avoir rapport à la présente convention et en général, à en exécuter et faire remplir le contenu avec toute l'exactitude et tout le zèle, que se doivent des puissances, étroitement liées d'intérêts et d'amitié.

ART. VIII. La présente convention sera ratifiée par LL. MM. II., S. M. l'Impératrice de toutes les Russies et S. M. l'Impératrice, Reine de Hongrie et de Bohême en déans le terme de deux mois, ou plustôt, si faire se peut, et en attendant non seulement on n'arrêtera pas les mesures déjà prises, mais on fera travailler constamment et sans délai à l'exécution de celles qui résultent de cette convention.

En foi de quoi nous l'avons signée, en vertu de nos pleins-pouvoirs et y avons apposé les cachets de nos armes. Fait à St. Pétersbourg, ce vingt et deuxième Janvier mil-sept-cent-cinquante-sept.

ALEXY, COMTE BESTOUCHEFF-RUMIN. MICHEL, COMTE DE WORONZOW.
NICOLAS, COMTE D'ESTERHASY.

ARTICLES SÉPARÉS.

ART. SÉP. I. Les deux hautes parties contractantes se réservent d'inviter de concert d'autres Puissances, à prendre part à la présente convention et particulièrement Sa Majesté Très-Chrétienne, pour y intervenir même comme partie contractante, si Elle le désire.

ART. SÉP. II. S. M. l'I. R., ayant déjà reclamé l'assistance de S. M. le Roi de Suède, comme garant de la paix de Westphalie, Elle ne doute nullement, que ce Prince ne remplisse religieusement Ses engagements, tant en cette qualité qu'en celle de membre de l'Empire. Mais comme la couronne de Suède se trouve avoir encore d'ailleurs un intérêt commun à tous les souverains à ce que le Roi de Prusse soit mis hors d'état de pouvoir attenter à l'avenir à la sureté et à l'indépendance de Ses voisins; S. M. l'Impératrice de toutes les Russies et S. M. l'Impératrice, Reine de Hongrie et de Bohême croyent pouvoir travailler, et travailleront en conséquent de concert à engager la Suède à concourir par ses forces directement et efficacement à l'abaissement de ce Prince; LL. DD. MM. II. s'engagent dès à cette heure réciproquement, à promettre et à procurer même effectivement à cette couronne en ce cas des avantages réels et proportionnés à la part qu'Elle prendra à la guerre et l'on travaillera sur les mêmes principes vis-à-vis de la Cour de Copenhague.

1757 Januar 22. Art. sép. III. Quoique S. M. le Roi de Pologne, Electeur de Saxe, moyennant la perfidie avec laquelle le Roi de Prusse s'est emparé de Ses Etats Electoraux soit presque entièrement hors d'état de pouvoir satisfaire à Ses engagemens et contribuer et concourir par conséquent à l'exécution du projet de l'abaissement du Roi de Prusse; Les deux cours Impériales feront ce néanmoins tout ce qui pourra dépendre d'Elles, non seulement pour remettre ce Prince dans la possession de Ses Etats Electoraux, mais même pour lui procurer aux dépens du Roi de Prusse une satisfaction convenable pour les torts et dommages qu'il à soufferts, dans la ferme confiance toutefois, que S. M. Polonaise fera de Son côté tout ce qu'Elle pourra pour seconder les efforts des deux Cours Impériales.

Art. sép. IV. Il a été convenu entre S. M. l'Impératrice de toutes les Russies et S. M. l'I. R. de Hongrie et de Bohême, que la langue Française qui a été employée dans la rédaction de l'acte de la présente convention signée aujourd'hui ne pourra pas être citée à l'avenir comme un exemple, qui puisse tirer en conséquence, ni porter préjudice en aucune manière aux parties contractantes, et que l'on se conformera à l'avenir à ce qui a été observé et doit être observé de la part des Puissances susdites, qui sont en usage et en possession de donner et de recevoir des exemplaires de semblables actes en une autre langue que la Française.

Ces quatre Articles séparés seront ratifiés par les deux hautes parties contractantes en déans le même terme, que la convention.

En foi de quoi nous avons signé et y avons apposé les cachets de nos armes. Fait à St. Pétersbourg ce vingt et deuxième Janvier mil sept cent cinquante sept.

ALEXY, COMTE DE BESTOUCHEFF-RUMIN. MICHEL, COMTE DE WORONZOW.
NICOLAS, COMTE D'ESTERHASY.

ARTICLE SÉPARÉ ET SECRET.

S. M. l'Impératrice de toutes les Russies, en augmentant de la manière très considérable le secours qu'Elle s'est engagée à fournir par l'article IV séparé et secret du traité conclu le 22. de May l'an 1746; Sa dite Majesté se chargeant de plus de l'entretien de toutes ses troupes par mer et par terre, ainsi que de tous les frais des opérations qu'elles feront, et S. M. l'Impératrice Reine en vertu du dit article IV separé et secret ayant promis de payer deux millions de florins à S. M. l'Impératrice de toutes les Russies, lorsqu'Elle sera rentrée dans la possession de la Silésie et du Comté de Glatz; S. M. l'Impératrice Reine déclare, promet et s'engage à payer au lieu et à titre de tous ses objets, annuellement et aussi longtems que la présente guerre durera, un million de Rbls à S. M. l'Impératrice de toutes les Russies, et cela de la façon suivante, savoir: 500000 Rbls d'abord après l'échange des ratifications de la présente convention; et 500000 Rbls six mois après, de sorte qu'au moyen de cet arrangement ainsi réglé, S. M. l'Impératrice de toutes les Russies aura à recevoir chacun des dits payements de 500000 Rbls toujours six mois d'avance pendant tout le cours de la présente guerre.

En revanche S. M. l'Impératrice de toutes les Russies tiendra S. M. l'Impératrice Reine quitte de deux millions stipulés par l'article IV séparé et secret, ainsi que de tous les frais faits et à faire, tant pour les différents corps des troupes stipulés par le traité de l'an 1746 et le

dit article IV que pour l'augmentation arrêtée par la convention signée aujourd'hui, en un mot de toute autre prétention quelconque. 1757 Januar 22.

Le présent article séparé et secret sera ratifié par les deux hautes parties contractantes en déans le même terme que la convention.

En foi de quoi nous l'avons signée et y avons apposé les cachets de nos armes. Fait à St. Pétersbourg ce vingt et deuxième Janvier mil sept cent cinquante sept.

ALEXIS, COMTE DE BESTOUCHEFF-RUMIN. MICHEL, COMTE DE WORONZOW.
NICOLAS, COMTE D'ESTERHASY.

---

6. TRAITÉ ENTRE LE ROI DE FRANCE ET LE DUC DE MECKLENBOURG-SCHWERIN[1].

1757 April 1. Schwerin.

Louis par la grace de Dieu Roi de France et de Navarre a tous ceux qui ces presentes lettres verront Salut. Comme notre cher et bien amé le S. de Champeaux notre Envoyé en basse Allemagne auroit en vertu du pouvoir que nous lui en avions donné conclu arrêté et signé le premier du présent mois d'Avril avec les Ministres d'Etat de notre tres cher et bien amé Cousin le Duc de Mecklenbourg, pareillement munis de ses pouvoirs un traité d'union et bonne intelligence dont la teneur s'ensuit. 1757 April 1.

Comme le Roy et le Duc de Mecklenbourg se sont trouvés dans la resolution de former les noeuds d'une sincere union sur le fondement des Traités de Westphalie ainsy que de contribuer au promt retablissement de la Paix de l'Empire, Sa Majesté et Son Alt.se Ser.me ont jugé, que le meilleur moyen de remplir de si louables vues étoit de constater leurs intentions par un Traité, qui fut rélatif aux circonstances presentes; Et a cet effet le Roy et le Duc ont autorisé, savoir Sa Majesté le Sr de Champeaux son Envoyé dans le Cercle de la basse Saxe, et sadite Alt.se Ser.me Ses Ministres d'Etat, le B.on de Ditmar, le Cte de Bassewitz, et le Sr de Both, lesquels apres avoir échangé leurs Pleins-Pouvoirs respectifs sont convenus des articles suivants.

Art. I. Il y aura une parfaitte union et intelligence entre le Roy et le Duc de Mecklenbourg et Son Alt.se Ser.me promet de ne fournir aucun Secours ni assistance directement ou indirectement en Troupes, recrües, argent, ni de quelque autre façon quelconque aux ennemis de S. M. T. C. et de ses alliés, ni contre le Roy, L'Imp.ce Reine et leurs alliés sous quelque pretexte que ce soit, sans pourtant deroger à l'entiere liberté du commerce de grains, de Chevaux et d'autres productions du pais, assurée aux Etats et Sujets de Son Altesse par les loix du Pais. Le tout conformement aux loix et constitutions de l'Empire et nommement a la Paix publique.

Art. II. Son Alt.se Ser.me promet de ne se point départir des Suffrages qu'Elle a donné a la Diette dans la déliberation sur laquelle a été formée la resolution du 17 Janvier dernier; En consequence Elle s'engage de ne donner son Suffrage et son concours ni pour faire une guerre de Religion de la presente Guerre deffensive, ni pour traverser les deliberations de l'Empire, ni pour aucune opposition a l'introduction

[1] Nach dem Originale im Staatsarchive zu Schwerin.

1757 des Troupes qui sont envoyées par le Roi en Allemagne, tant comme
April 1. garant des Traités de Westphalie, que comme auxiliaire de l'I. R. de Hongrie et de Boheme, a l'effet de faire cesser les troubles de l'Empire.

ART. III. Le Ser.[me] Duc promet et s'engage de donner aux Troupes de S. M. et de ses alliés le passage libre par ses Etats lorsqu'il en sera requis, et de n'exiger aucun droit de péage, nommement des munitions de Guerre et de bouche, habillemens, équipemens, artillerie et autres effets qui pouront passer par ses dits Etats; sauf le payement des Etapes.

ART. IV. Le Roy et le Duc s'engagent reciproquement à rendre les deserteurs de part et d'autre sur la requisition qui en sera faite, et l'on fera la dessus un Cartel en forme.

ART. V. Au moyen des presentes conditions et par consideration pour la position des Etats du Duc, S. M. promet de s'interesser aux avantages du Duc et d'employer Ses bons offices a la Cour de Vienne au Sujet des differences qu'il a ou aura avec ses voisins, et notamment avec les Rois d'Angleterre et de Prusse au sujet des douze Baillages de son Duché de Mecklenbourg qui sont detenus par ces Princes. S. M. s'employera en outre, autant qu'il sera possible, pourque dans la Paix génerale de l'empire les avantages, la sûreté et les interêts du Duc soient compris et assûrés.

ART. VI. Si en haine du present Traité ou sous quelque pretexte que ce soit, les Etats de Son Alt.[se] Ser.[me] venoient à être attaqués pendant cette guerre, S. M. T. C. s'engage a lui donner les secours les plus efficaces pour la protection et deffense des dits Etats.

ART. VII. Le present Traité durera tant que la guerre actuellement allumée en Allemagne subsistera et jusqu'à l'entier rétablissement de la paix. Cependant on se reserve la liberté de faire à ce Traité les changements qui seroient jugés convenables de part et d'autre.

ART. VIII. S. M. T. C. et S. A. S. sont convenues de garder le Secret le plus inviolable sur le present Traité.

ART. IX. Le present Traité sera ratifié par le Roy et le Duc six semaines après la Signature ou plustost, si faire se peut.

En foi de quoi nous soussignés Ministres Plenipotentiaires respectifs de S. M. T. C. et de S. A. S. avons signés de nos mains le present Traité et l'avons muni des cachets de nos armes.

A Suerin le premier d'avril 1757.

CHAMPEAUX. DITMAR. DE BASSEWITZ. BOTH.

Es folgt die Schlufsformel der zu Versailles am 19 April 1757 von Ludwig XV vollzogenen und von Rouillé gegengezeichneten Ratification.

ARTICLE SÉPARÉ.

Comme dans le Traité conclu aujourdhui entre le Roi et le Ser.[me] Duc avec les changemens qu'exigent les circonstances actuelles, il y a quelques expressions que par menagement pour ce Prince on n'a pas voulu trop etendre, mais qui pouroient dans la suite faire naitre des difficultés si l'on ne prenoit la precaution de les eclaircir; il a été convenu entre Sa Majesté et Son Alt.[se] Ser.[me] que dans tous les Articles ou les Termes d'Ennemis de S. M. T. C. et de ses alliés se rencontrent, on entend de part et d'autre sous cette denomination les Rois

d'Angleterre et de Prusse tant en leur qualité de Rois que d'Electeurs 1757
et tous ceux qui s'uniront a leur parti. April 1.

Cette declaration sera tenue dans le plus profond secret de part et d'autre, et elle aura la meme force que si elle etoit inserée de mot a mot dans le Traité signé cejourdhui; elle sera ratifiée de la meme maniere et les Ratifications en seront echangées en meme tems que celles du Traité.

En foi de quoy nous envertu de nos Pleinpouvoirs respectifs avons signé le present article separé.

Fait a Suerin le premier d'avril 1757.

CHAMPEAUX. DITMAR. DE BASSEWITZ. BOTH.

Die Ratification des Separatartikels ist ebenfalls von Ludwig XV zu Versailles den 19 April vollzogen. Die Ratificationen des Herzogs Friedrich sind zu Schwerin den 29 April 1757 ausgefertigt.

---

7. PLAN DE TRAITÉ ENTRE LE ROI DE FRANCE ET LE DUC DE MECKLENBOURG-SCHWERIN[1].

1757. December 1. Schwerin.

Le salut de l'Allemagne dépendant non seulement de la cessation 1757
de la guerre et du rétour d'une paix prompte, mais aussi du rétablis- Dec. 1.
sement d'un Equilibre interieur dans l'Empire, qui facilite l'observation des loix et l'execution du traité de Westphalie, S. A. S^me^ le Duc de Mecklenbourg toujours rempli du plus grand zèle pour le bien de la Patrie, n'a pas cru pouvoir se dispenser d'entrer dans les vues qui lui ont été proposées pour parvenir à cet objet et S. M. T. C. ayant chargé de cette négociation le S^r^ de Champeaux Envoyé de S. M. dans le Cercle de la Basse-Saxe et S. A. S. ses Ministres d'Etat, le B^on^ de Ditmar et le C^te^ de Bassewitz, ils ont échangé leurs Pleinpouvoirs respectifs, et sont convenus des articles suivants qui ne sont qu'un développement du Traité conclu le 1^er^ d'Avril de cette année.

I. Le Duc de Mecklenbourg promet que dans le cas, où il sera jugé convenable, que l'Armée auxiliaire de l'Empire se porte dans le Brandebourg et la Pomeranie pour en faire le Théatre de la guerre, S. A. S. remettra en dépot au Roi T. C. comme Garant du Traité de Westphalie et par conséquent à l'Empereur et à l'Empire pendant la présente guerre la ville de Dömitz et sa Forteresse pour y établir ses Magazins. Elle consentira aussi, que la Garnison de ses Troupes y restant, l'Armée auxiliaire de l'Empire y mette des Troupes. Celles-ci auront un Commandant François qui prêtera serment au Duc de Mecklenbourg comme Proprietaire et Souverain de cette place pour n'y pas toucher à l'administration Ecclesiastique civile et judiciaire dans cette place ni aux revenues ni aux Caisses du Duc; qui consentira en outre que l'armée auxiliaire introduisse des Troupes dans les Villes des Baillages de Mecklenbourg qui sont hypothéqués à l'Electorat d'Hannovre et dans celles des Baillages que tient le Roi de Prusse, pour en faire, pendant la guerre présente, l'usage qui sera jugé le plus convenable à la cause de l'Empire sans être pernicieux aux interêts de S. A. S^me^.

---

[1] Nach dem Original im Staatsarchiv zu Schwerin.

1757 Dec. 1. II. Mais dans le cas où le Roi jugera à propos de mettre des Troupes dans les villes des Baillages hypothequés et retenues, S. M. promet de ne point retirer ses Troupes sans en avertir le Duc de Mecklenbourg, et de remettre ces Villes à des Troupes Mecklenbourgeoises si le Duc souhaite d'y en introduire.

III. S'il est jugé à propos de faire des travaux à Dömitz ou ailleurs pour assûrer les places et les mettre hors de surprise, ce sera aux frais de S. M. T. C. Le Duc de Mecklenbourg ni ses Sujets ne seront point obligés d'y rien fournir. S'ils y fournissent quelque chose que ce soit, ils seront payés, et à la paix les Villes et la Forteresse de Dömitz seront rémises immédiatement à S. A. S. avec les travaux qui y auront été faits, sans qu'on en démolisse rien et qu'on y fasse aucun changement qu'autant que le Duc pourroit le souhaiter.

IV. En cas, que les évènements de la guerre tournent peu favorablement et que le Roi de Prusse et ses alliés viennent à s'emparer de cette forteresse S. M. s'engage à ne jamais consentir à la paix, que sous la condition que cette place sera restituée à S. A. S. en son entier, sans y faire aucune démolition, brêche ou préjudice, et de même sans qu'on restitue à ce Prince les autres portions de son Territoïre, qu'on pourroit lui avoir enlevé pendant la présente guerre. Et la promesse que l'Empereur a fait de la réparation de tous autres dommages subsistant toujours, le Roi engage ses bons offices en faveur du Duc, pour la remplir, si le cas arrive.

V. Le Roi T. C. s'engage à faire comprendre S. A. S. dans le Traité de paix et pour le mettre à couvert du ressentiment des Princes mécontents du parti que le Duc a pris dans les affaires présentes, S. M. s'engage à faire avec la Suede et le Mecklenbourg après le retablissement de la paix un Traité d'Alliance defensive qui aura pour objet la défense commune de leurs Etats, en cas d'une offension.

VI. S. M. s'engage encore dans le cas suposé par l'article IV. à employer au retablissement de la paix tout son credit afin que le Duc de Mecklenbourg parvienne à son juste dessein, de recouvrer les Baillages que les Cours d'Hannovre et de Berlin lui retiennent, et que ces Cours ne puissent se dispenser sous aucun pretexte de les restituer, à mésure que S. A. S. payera ce qui est du, dont on fixera la Somme et les Termes dans le Traité, s'il est possible, et en cas que cela ne se puisse pas, S. M. s'engage à faire stipuler dans le Traité que la Somme et les Termes seront fixés en six mois par des arbitres ou Commissaires, qui seront aussi nommés par le Traité.

VII. Mais dans le cas où les évènemens de la guerre seroient assez heureux pour la France et pour l'Empire pour obtenir quelque avantage par le traité de paix, le Roi s'engage à la négociation de la paix à se faire ceder en dédommagement des fraix de la guerre ou comme conquêtes tant les prétentions des Cours d'Hannovre sur les Baillages du Mecklenbourg qui lui sont hypothequés que celles de la Cour de Berlin sur les Baillages qu'elle retient, et de remettre ces Baillages au Duc de Mecklenbourg sous la condition d'entretenir pour le Service du Roi dans l'Allemagne pendant l'Espace de .... ans M. Fantassins qui cependant ne serviront jamais contre l'Empereur ni contre l'Empire, ni dans une guerre de Religion contre des Cours de la réligion protestante, et qui passeront la première Revue un an après que le Duc sera mis en possession de tous les Revenues de ces Baillages.

VIII. Si les hostilités recommencent avec l'Electorat d'Hannovre et que les évenemens soyent favorables à la France, le Roi promet au

Duc de Mecklenbourg que ses generaux s'empareront aussitôt que la raison de guerre le permettra non seulement des Baillages qu'il reclame, mais aussi du Duché de Saxe-Lauenbourg et que sur le champ S. M. lui remettra les Baillages aux conditions proposées dans l'article précedent et aussi le Duché de Saxe-Lauenbourg sous d'égales conditions pour l'entretien de M. autres Fantassins pendant .... ans et qu'à la paix Sa Majesté se fera ceder comme conquêtes ou dédommagement de fraix de la guerre non seulement ces prétentions sur les Baillages, mais aussi le Duché de Saxe-Lauenbourg pour les remettre à S. A. S. conformement à ce qui a été expliqué dans l'article précédent. En cas que la guerre presente ne fournisse pas aucun moyen de faire passer le Duché de Saxe-Lauenbourg au Duc de Mecklenbourg, comme il est proposé dans cet article, S. M. lui promet de l'aider en toute occasion de ses bons offices pour faire reconnoitre et valoir ses droits sur ce Duché.

1757 Dec. 1.

IX. S. M. promet enfin, de faire à la paix tous ses efforts de concert avec ses alliés pour engager le Roi de Prusse, à donner une satisfaction entière au Duc de Mecklenbourg sur les justes prétentions, que le Duc a sur ce Prince, et au pis-aller à ratifier la transaction faite à Ratisbonne le 1 d'Aout 1756 entre les Ministres plenipotentiaires de part et d'autre.

X. Le Roi T. C. s'engage à faire acceder à ce Traité et à ses engagemens l'Empereur, la Cour de Vienne et la Couronne de Suede attendû qu'ils en partagent les avantages et qu'en s'y prêtant S. A. S^me^ a eu leurs intérêts en vue.

Le présent Traité sera ratifié par le Roi et par le Duc six semaines après la signature, ou plûtôt si faire se peut. En foi de quoi nous soûsignés Ministres Plenipotentiaires respectifs de S. M. T. C. et de S. A. S. avons signé de nos mains le présent Traité et l'avons muni des cachets de nos armes.

A Suerin le 1^er^ Decembre 1757.

CHAMPEAUX. DITMAR. BASSEWITZ.

ARTICLES SÉPARÉS.

I. Le Roi de Prusse ayant par la force et sans aucun titre enlevé dépuis quelques années au Duché de Mecklenbourg une Paroisse et quelques Villages, qu'il a joints à la Terre d'un de ses Vassaux en Pomeranie et n'étant pas à présumer qu'il soit de l'intention de la Couronne de Suede de s'approprier cette usurpation ni de celle de la France de l'autoriser en cas que la Suede vient à acquérir la Pomeranie Brandebourgeoise dans la guerre présente, Sa Majesté T. C. fera tout son possible, pour engager dans ce cas la Couronne de Suède à consentir qu'on examine les Droits du Duc de Mecklenbourg sur ces Villages, afin qu'ils lui soient restitués, s'il est prouvé qu'ils lui appartiennent.

II. Le Duc de Mecklenbourg ayant réprésenté, qu'il lui seroit très-avantageux de pouvoir rentrer en possession de la Ville de Wismar et des Baillages de Neukloster et Poël, qui sont enclavés dans ses Etats, et qu'il en pourroit resulter aussi des avantages à S. M. par les traitemens que le Duc s'engagera à faire au commerce et à la navigation de la France, et ayant demandé, qu'en cas, qu'il y eut dans la suite occasion de traiter de nouveau avec la Suede pour les Con-

1757 Apr. 1. quêtes qu'elle pourra faire dans la présente guerre, S. M. promet d'employer tout son credit pour engager la Suede à ceder en retour des avantages qu'on lui feroit, au Duc de Mecklenbourg, Wismar et les dits Baillages.

En échange de quoi le Duc cederoit encore à la Couronne de Suede ses prétentions sur la Suede, le Dannemarck, la Maison Electoral de Saxe, comme aussi la prétention de deux Canonicats à Halberstadt et Magdebourg.

Ces articles auront la même force que s'ils étoient inserés de mot à mot dans le traité signé cejourd'hui. Ils seront ratifiées de la même manière, et les ratifications en seront échangées en même tems que celles du Traité.

En foi de quoi nous, en vertu de nos Pleinpouvoirs respectifs, avons signés les présentes articles separés. Fait à Suerin le 1er Decembre 1757.

CHAMPEAUX. DITMAR. BASSEWITZ.

Eine Ratification des Vertrages und der Separatartikel vom 1 December 1757 ist im Staatsarchive zu Schwerin nicht vorhanden. Vgl. o. S. 496.

II. BRIEFE. BERICHTE. ACTENSTÜCKE.

1. Graf Marishal an König Friedrich II. 1754

Sire

Mardi le 1r du mois j'ai présenté à M. de St. Contest M. de Knyphausen et la lettre de vos ministres. Je rends grace à V. M. du soulagement que par là vous m'accordez. Recevez aussi, Sire, mes très-humbles remerciments de ce qu'il vous a plû de me dire d'obligeant et des récompenses que vous avez la bonté de m'offrir. Celle que je souhaite est que V. M. soit persuadée que je vous ai servi fidèlement, de bon coeur et par reconnoissance. A mon âge que pourrois-je desirer? à moins que je ne vous demande un épitaphe à mettre sur l'olivier sous lequel je conte être niché un jour. J'ay l'honneur d'être avec le plus profond respect — Jan. 5. Paris.

Sire
de Votre Majesté
le très humble, très obéissant et très fidèle
Serviteur
LE MARÉCHAL D'ECOSSE.

2. Friedrich II an den Freiherrn von Knyphausen. 1755

Knyphausen hatte in seinem Berichte vom 7 April 1755 sich über die finanziellen Hilfsquellen Frankreichs ausgesprochen, welche denen von England mindestens gleichkämen.

J'ai reçu votre rapport du 7e de ce mois qui m'a extrêmement choqué par le pitoyable raisonnement que vous y avez fait en voulant comparer le parti de la France en Europe contre celui de l'Angleterre, en sorte que je ne veux point vous cacher, que jamais je n'ai reçu aucune relation de quelqu'un de mes ministres aux cours étrangères aussi legère et peu solide que celle de vous, remplie de faussetés ouvertes et de gasconnades ridicules de jeune homme sans fond et sans expérience. Aussi en suis-je si mal édifié, comme si elle m'étoit venue de la part d'un jeune homme qui ne fait que de sortir du collège, qui se laisse imposer par des gens fanfarons et qui prend du clinquant pour de l'or. Enfin je ne puis pas finir sur cet article sans vous dire encore, qu'il faut que vous ayez fabriqué cette relation sur des propos légers d'une compagnie des petits-maîtres ou de quelques dames qui ne sont jamais sortis de Paris ou bien sur ceux de quelqu'un qui — Apr. 19. Potsdam.

rempli de prévention ridicule n'a aucune connoissance ni de l'état de la France ni de celui de l'Angleterre. C'est donc en conséquence que je vous avertis serieusement de ne plus donner dans des pareilles bévues grossières, mais de réfléchir bien sur ce que vous voulez me mander, afin de ne pas perdre autrement toute ma confiance.

3. Knyphausen an den König.

1755 Juli 24. Compiègne.

— Mr. Rouillé m'a fait appeler pour me notifier que S. M. T. C., ne désirant rien avec plus d'ardeur que de donner à V. M. dans toutes les occasions et particulièrement dans le moment présent des preuves de sa confiance, avoit fait choix du duc de Nivernois pour lui faire part de ses vues et pour se concerter avec elle sur les mesures qu'il conviendroit de prendre, relativement à l'acte de hostilité que l'Angleterre venoit de commettre. — Qu'au reste on ne laisseroit M. de Nivernois que fort peu de temps à Berlin et simplement pour l'exécution de cette commission et que, comme il étoit actuellement plus nécessaire que jamais d'avoir quelqu'un à la cour de V. M. qui lui fût agréable et en qui elle eût confiance, on rappelleroit incessamment M. de la Touche et le remplaceroit par quelqu'un dont elle eût sujet d'être satisfaite. Le ministre m'a même fait entrevoir dans cet entretien qu'on feroit choix du marquis de Valory, si elle le désiroit, en un mot tout ceux qu'elle désigneroit seroient agréable au roi son maître. Le maréchal Belleisle, dont le fils a épousé la fille du duc de Nivernois, m'a prié le même jour d'appuyer la première de ces deux propositions auprès de V. M. et de l'assurer que M. de Nivernois contribueroit avec le plus grand zêle aux intérêts réciproques des deux cours.

4. Knyphausen an den König.

Juli 31. Compiègne.

Le duc de Nivernois — me repète tous les jours, que comme il ne veut aller à Berlin que dans la certitude morale de réussir dans sa négociation, il ne se chargera d'aucune proposition qu'il croira être contraire aux intérêts de V. M. et incompatible avec sa sûreté. J'ai tout lieu de supposer que V. M. sera contente de ce choix. M. de Nivernois ne réunit non seulement beaucoup d'esprit avec beaucoup de savoir et de douceur, mais il jouit aussi d'une grande considération, et tout ce qui sera proposé par lui sera très-bien accueilli et fera impression sur le roi et sur le ministère. C'est d'ailleurs un des plus zélés admirateurs que V. M. ait dans ce pays-ci et qui a toujours fait profession du plus grand attachement pour sa personne.

5. Friedrich II an Knyphausen.

Aug. 9. Potsdam.

— Il vous est connu ce que je vous ai dit à Wesel —: que les propos, que les ministres de l'Angleterre avoient tenus au duc de Mirepoix, n'étant pas authorisés par la nation, n'auroient dû être regardés par ce ministre que comme étant des sentiments particuliers de quelques uns des ministres Anglois, mais non pas la réponse de nation à nation. — — Je ne vois dans le ministère de France ni système ni projet arrêté.

6. Knyphausen an den König.

1755

Der Einfluſs der Pompadour wächst von Tag zu Tag. Aug. 29. Paris.

— la nomination du duc de Nivernois et l'extrême confiance qu'on temoigne à l'abbé Bernis, qui sont l'un et l'autre ses créatures, prouve évidemment — qu'elle prend part aussi aux affaires les plus importantes. Il est certain qu'on n'a entrepris aucune démarche dans la conjoncture présente sur laquelle elle n'ait été consulté. — Le duc de Nivernois, l'abbé de Bernis et le maréchal de Belleisle — ont actuellement le plus de part à sa confiance —.

7. Friedrich II an Knyphausen.

Antwort auf Knyphausens Meldung vom 22 August, daſs Rouillé vielleicht das auswärtige Ministerium an Bernis abgeben werde. Sept. 1. Potsdam.

— bien l'abbé Bernis soit un galanthomme qui a de l'esprit, la conversation agréable et des talents, je doute cependant qu'il ait la tête assez forte pour suffire à un département si important que celui des affaires étrangères, surtout dans un temps aussi épineux que celui-ci. — que d'autre côté je ne saurois pas être avec les Saxons dans une même alliance.

8. Knyphausen an den König.

— quoique V. M. ait un grand nombre de partisans dans ce pays-ci, il n'y a aucun qui soit aussi zélé pour ses intérêts et sa gloire que l'est le maréchal de Belleisle. Sept. 8. Paris.

9. Friedrich II an Knyphausen.

— Au reste je ne veux pas vous laisser ignorer, et vous pouvez même en glisser quelque chose dans les entretiens avec M. de Rouillé, qu'on m'est venu faire des ouvertures assez singulières et importantes, dont je me réserve cependant de communiquer le détail au duc de Nivernois dès qu'il sera arrivé chez moi. Sept. 13. Au Camp de Breslau.

10. Friedrich II an Knyphausen.

— J'ai été prodigieusement surpris de la résolution que la cour de France a prise en relâchant la frégatte Angloise. — Je ne puis dissimuler à vous que la conduite que le ministère de France tient à ces égards est des plus pitoyables qu'on puisse imaginer, et qu'il me semble qu'ils fassent comme les enfants, qui en se tenant les mains devant les yeux se croyent câchés devant tout, de sorte que je crains véritablement, que ce ministère deviendra encore la risée de toute l'Europe par tant de foiblesse. Sept. 23. Potsdam.

11. Friedrich II an Knyphausen.

— Au surplus puisque vous dites que la France ne veut point se décider avant qu'elle ne se soit concertée avec ses alliés, expliquez-moi, je vous prie, qui sont proprement ces alliés, qui elle veut exciter? October 18. Potsdam.

Elle n'est point d'accord avec l'Espagne, pour la cour de Turin, elle ne la comptera pas entre ses alliés; son traité avec moi va finir au mois de May qui vient; ainsi qu'il ne me reste que le Dannemarc, la Suède et l'électeur Palatin pour se concerter. — Que M. de Rouillé se souvienne que le terme de mon traité avec la France va expirer et que de sorte qu'on se prend à mon égard relativement à la Saxe, j'aurai de la peine à renouveller mon traité, ce que vous ne laisserez pas à insinuer intelligiblement à ce ministre, quoique avec douceur et de la modération et en termes modifiés. Mais quant à vous, je veux bien vous confier, bien qu'absolument pour votre direction seule, que pourvu que la France prendra des engagemens avec la cour de Dresde, je ne pourrai que de me retirer du jeu et que je ne mettrai pas la plume à la main pour signer le renouvellement de mon traité avec la France.

1755

12. Knyphausen an den König.

October 27. Paris.

— Le duc de Nivernois, qui est outré de la lenteur du ministère de France et croit que V. M. est seule capable de le tirer de l'inaction dans laquelle il languit, fait tout ce qu'il peut pour décider le roi à lui ordonner de partir. J'ai cependant lieu de supposer que M. Rouillé l'emportera et que le départ de ce ministre n'aura point lieu avant la fin du mois de Novembre.

13. Knyphausen an den König.

Nov. 7. Paris.

— Je me suis acquitté auprès du M. Rouillé des insinuations que V. M. m'a ordonné de lui faire en conséquence de sa lettre du 18 d'Octobre touchant le traité de subsides que la France se propose à faire à la cour de Saxe. — Sur quoi M. Rouillé m'a répondu: qu'on avoit beaucoup de déférence pour les avis de V. M. et grande envie de conserver son amitié; mais qu'on s'étoit trop avancé avec la cour de Saxe pour pouvoir reculer honorablement, à moins qu'il ne se présente quelque prétexte pour cet effet. Qu'on avoit fait porter des paroles positives à cette cour par le canal du S[r] de Linau —. M[r] le Dauphin se donne de grands mouvemens pour former cette alliance et — le C[te] de Vitzthum qui vient d'arriver y travaille de son mieux avec beaucoup de chaleur.

14. Friedrich II an Knyphausen.

Nov. 8. Potsdam.

J'ai été bien aise d'avoir été instruit par vous des points de l'instruction qu'on va donner au duc de Nivernois, qui quelque vague, quelque misérable qu'elle soit, m'indique au moins où ces gens-là en veulent.

15. Friedrich II an Knyphausen.

Nov. 15. Potsdam.

— Je vous dirai cette fois, qu'ayant réfléchi sur l'éloignement singulier que le ministère de France marque contre toute guerre de terre et son irresolution à envahir les pays-bas Autrichiens, il m'est venu la pensée s'il n'y a pas peut-être quelque chipotage secret entre les cours de Versailles et de Vienne.

16. Friedrich II an Knyphausen.

— Quand à la malheureuse défaite du général Dieskau vous devez me marquer avec cette fidélité que j'attends de vous, — si toutes ces nouvelles accablantes pour la France ne font pas l'effet sur le roi pour qu'il ouvre les yeux sur la mauvaise administration de ses affaires, et qu'il soubçonne au moins qu'elles vont mal et de mal en pis. 1755 Nov. 22. Potsdam.

17. Correspondenz König Friedrichs II mit Herzog Karl von Braunschweig über die Neutralität Hannovers. August bis December 1755.

1. Apostille d'une lettre du duc régnant de Brunswig à son frère le Prince Ferdinand.

Voici le cas annoncé dans la lettre; ma précédante étoit partie deux jours quand le correspondant du président de Münchhausen m'en apporta une dans laquelle après des complimens il dit: La conviction que j'ai de l'estime infinie de S. M. le roi pour M^me^ la princesse Caroline ne me rend pas d'autant plus facile à me flatter, que votre cour voudra bien cimenter nos espérances connues, en évitant des démarches qui en pourroient reculer ou embarasser l'accomplissement et en montrant au roi une véritable affection et participation à la situation épineuse à laquelle un devoir indispensable de maintenir les droits de sa couronne vient l'exposer; Aug. 8.

S. A. S. est trop éclairée et connoît trop bien les intérêts de sa maison pour n'apercevoir point qu'une invasion de ce pays ne peut jamais lui être indifférente.

Elle peut compter aussi, que le roi pense effectivement de la sorte par réciprocité et relativement au pays de Brunswig, et s'il y a des raisons qui empêchent dans l'instant S. A. S. de s'engager à joindre effectivement ses forces à celles du roi pour la défense de ses possessions Allemandes, il n'en sera pas de même à l'égard des bons offices qui pourront être employés soit pour faciliter indirectement la défense du pays du roi.

D'un autre côté on ne sent que trop bien ici de quel effet et de quelle importance sera dans cette crise la contenance qu'au cas de rupture entre l'Angleterre et la France observera S. M. le roi de Prusse, et il en résulte une idée assez naturelle que j'ose vous confier et qui est celle; qu'il plût à monseigneur le duc ou à S. A. R. madame la duchesse de disposer S. M. Prussienne à déclarer, qu'au cas que la France attaquât, ou fit mine d'attaquer à l'occasion des présentes brouilleries en Amérique les pays Allemands du roi, S. M. Prussienne n'empêchera point ni directement ni indirectement S. M. de prendre toutes les mesures possibles pour la défense de ces mêmes pays. Ce sera sûrement la plus grande et la plus essentielle marque d'amitié que LL. AA. peuvent donner au roi, et qui ne laissera d'opérer la plus vive reconnoissance; c'est pourquoi je n'en puis assez recommander l'effectuation à votre droiture et affection pour les intérêts communs des deux sérénissimes maisons, vous priant etc.

2. Réponse du roi (de Prusse) au Prince Ferdinand.

Que le duc pourroit bien croire que le roi avoit été très surpris des propositions que le roi d'Angleterre lui avoit fait; mais comme il Aug. 9.

convenoit de répondre, le roi prioit le duc de dire à son correspondant en même temps: qu'il m'avoit sondé sur les propositions du roi d'Angleterre et que j'avois répondu, qu'il étoit libre à tout le monde de prendre des précautions pour sa sûreté; que personne ne s'étoit avisé de contrecarrer le roi d'Angleterre dans les traités subsidiaires qu'il avoit conclu tant avec la Saxe qu'avec la Hesse et ceux de Gotha. Que pour de déclaration formelle ce n'étoit pas le cas ni le tems de la donner, mais qu'il seroit à désirer pour le bien de l'Europe qu'on pût accommoder les différences qui s'élevoient entre la France et l'Angleterre et qu'on étouffât cette étincelle avant que l'embrasement devint general; que je serois charmé d'y contribuer et que le roi d'Angleterre pouvoit compter que je m'y porterois avec le plus grand zêle.

1755 3. Du duc régnant de Brunswic au roi.

Aug. 11. Vingt-quatre heures étoient à peine écoulées depuis la respédition du courier de V. M., qu'on me fit avertir d'Hannovre que mylord Holdernesse viendroit ici. Il arriva samedi et demanda hier dimanche une audience particulière, dans laquelle il m'exposa combien le roi son maître et tout le ministère Anglois reconnoissoit que la tranquillité de l'Allemagne et surtout que son maître y possède dépendoit de V. M. Il ajouta que la puissance formidable de V. M. l'étoit d'autant plus par la supériorité de génie de V. M. Que ces considérations avoient determiné le roi son maître de l'envoyer pour me prier de me charger des propositions qui, à ce qu'il espéroit, ne seroient pas trouvées indignes de l'attention de V. M.

Je ne lui ai pas dissimulé que peut-être V. M. ne pourroit pas trouver convenable que je me mêlasse de cette commission, cependant la même incertitude sur les volontés de V. M. m'empêchant cette fois-ci comme auparavant de m'y refuser entièrement, j'ai cru de mon devoir de les entendre. J'ai demandé au ministre Anglois de me donner par écrit ces propositions, mais il s'en est défendu sous prétexte d'en manquer d'ordre. Il a consenti cependant de les répéter devant un de mes ministres, qui en ayant fait à mesure qu'il parloit une minute et la lui ayant lue, il n'a pas hésité de la reconnoître tout-à-fait conforme à ses discours, ce qu'il a assuré aussi dans ma présence.

C'est cette minute que je présente ici jointe à V. M., remettant à ses lumières et son bon plaisir, si et comment elle trouve à propos que je sois chargé de ses ordres là-dessus. Il ajouta d'une façon indirecte et assez fine que ce qui procureroit le plus d'estime et de considération auprès de la nation à moi et à ma maison, seroit si on verroit que j'étois bien auprès de V. M. et qu'elle nous honoroit, moi et sa nièce, de sa haute bienveillance.

4. Précis des discours de mylord Holdernesse.

Les différends survenus entre l'Angleterre et la France pourroient bien troubler le repos général de l'Europe et même porter le fléau de la guerre au sein de l'Allemagne. On a pourtant de la peine à concevoir, sous quel prétexte on voudroit inquiéter un membre de l'Empire et comment on pourroit colorer une attaque sur les états Allemands de S. M. Britannique en haine des mesures, qu'elle s'est vue forcée de prendre pour la défense des droits et possessions de sa couronne dans le nouveau monde. Une attaque aussi injuste ne pourroit manquer d'être suivie des plus malheureuses conséquences. S. M. se verroit

obligée d'avoir recours aux puissances alliées et des inondations des troupes étrangères mettroient le comble aux malheurs de l'Allemagne. Une telle calamité intéresse trop S. M. le roi de Prusse, pour qu'elle pût la voir arriver avec tranquillité, et les sentimens patriotiques de ce prince sont trop bien connus pour qu'on puisse douter que bien loin d'appuyer l'injustice d'une telle attaque il ne fît ses efforts auprès de ses alliés pour en prévenir les suites funestes. La droiture de S. A. S. et l'intérêt qu'elle doit prendre à la conservation du repos de l'Empire et de la sûreté des états Allemands de S. M. Britannique, tant en vertu des pactes de famille qu'en considération de l'amitié qui subsiste entre les deux branches de la maison, sont des garants de l'empressement avec lequel S. A. S. employera ses bons offices auprès de S. M. le roi de Prusse dans la conjoncture présente, et les vues qu'on a de resserrer de nouveau les noeuds de parenté et d'alliance, pourroient également intéresser S. M. Prussienne et S. A. S. à l'objet en question.

Ce que l'on désire de la part de S. A. S. est qu'elle tâche de disposer S. M. Prussienne à se prêter aux vues patriotiques de S. M. le roi de la Grande-Bretagne pour la conservation de la paix en Allemagne et de la porter à donner une promesse formelle qu'elle n'entreprendra rien directement ni indirectement contre les états de S. M. Britannique dans l'Empire et qu'elle ne prêtera aucun secours à la France dans les dessins qu'elle pourroit avoir contre S. M. Britannique en Allemagne et que pareillement elle ne s'oppose pas aux mesures défensives que S. M. se verroit obligé de prendre en cas d'une telle invasion et même qu'elle préviendroit et empêcheroit la France d'entreprendre rien de pareil.

La réciprocité à accorder à S. M. Prussienne pourra être facile à trouver.

5. Réponse du roi au duc de Brunswic.

1755 Aug. 12. Potsdam.

Je vous avoue qu'il est fâcheux que des démêlés de peu d'importance dans le fond ayent brouillés la France et l'Angleterre. Les possessions que les deux nations se disputent dans les terres incultes de l'Acadie et du Canada sont un objet si peu important de lui-même, que les fraix que chacune de ces nations a faits pour ses arméments surpassent de beaucoup la valeur du terrain litigieux. Il paroît même que de deux côtés on a agi avec trop de précipitation et que des mesures en mesures ces deux nations se sont engagés dans une rupture ouverte, où elles se sont laissés entraîner sans paroître trop le prévoir. Quoïqu'il en soit dans la situation présente de l'Europe il est sûr, que si l'on n'y prête un promt remède la guerre de l'Amérique passera en Europe, et alors il sera sans doute à craindre que comme un mal contagieux elle ne gagne de proche en proche et ne communique enfin son épidemie à l'Allemagne comme à toutes les autres nations.

Vous me marquez surtout les appréhensions que vous avez pour le corps Germanique et en particulier pour les possessions que le roi d'Angleterre y a. Quoique vos craintes me paroissent prématurées dans le moment présent, je ne voudrois cependant pas répondre de ce qui peut arriver. La France pour ressentir la rupture des Anglois en Amérique pourroit former des vues sur l'électorat d'Hannovre, ne pouvant attaquer les possessions du roi d'Angleterre à terre ferme. D'un autre côté tout ceci est sur le chapitre des probabilités, mais pour éviter ces troubles et toutes les suites malheureuses et ruineuses qui peuvent en résulter je suis d'opinion, qu'il ne faut point employer des palliatifs,

mais couper le mal dans sa racine, ce qui ne peut se faire que par une bonne paix; je ne vois pas d'impossibilité d'y réussir. Par l'entremise d'amis communs cet ouvrage salutaire pourroit s'acheminer. Je vous ouvre mon coeur et vous parle peut-être avec trop de franchise, mais si la Reine Impératrice ou les Hollandois ou les Espagnols ou le Dannemarc ou quelques uns de ceux là, supposé la Reine Impératrice et moi, nous chargions de la médiation, que je trouvasse le moyen de la faire agréer de la France et qu'en conséquence nous travaillions à rapprocher les esprits, il y a grande espérance qu'entre ci et le printems prochain la paix seroit faite, pourvu que sous main l'Angleterre et la France convinsent des médiateurs et agréassent leurs bons offices. Ce seroit en suite à nous à nous proposer nous-mêmes, ce qui sauveroit l'honneur et la dignité des deux couronnes et vous tireroit de tous vos inquiétudes. C'est croyez moi l'unique remède efficace et le seul par lequel nous pouvrons parvenir à maintenir l'Europe en paix et à empêcher la ruine de la patrie commune. Je me porterai à cette oeuvre salutaire avec tout le zèle possible et certainement je crois qu'après les premières illusions d'animosité dissipées les deux puissances belligérantes auroient lieu d'être satisfaites de la paix.

1755 6. Réponse du duc de Brunswic au roi.

Aug. 22. par laquelle il marque que le lord Holdernesse ayant été parti de Brunsvic avant qu'il ait pu lui communiquer la lettre du roi, il lui en avoit fait parvenir la copie mot pour mot, et qu'il avoit reçu la réponse, dont voici l'extrait:

7. Extrait de la lettre de lord Holdernesse au duc de Brunswic.

La pièce communiquée sent partout la capacité supérieure de la main d'où elle est partie; mais le roi a d'abord remarqué que le jugement, qu'on porte sur les affaires de l'Amérique, provient d'un défaut d'information, qui influe sur le reste. S. M. ne s'en étonne pas parceque le roi de Prusse n'a jusqu'ici entendu qu'une des parties. C'est à quoi il faut suppléer avant toutes choses et j'y travaillerois dès l'instant même, si le peu de jours que j'ai encore à rester ici m'en laissoit le temps et si j'avois à Hannovre les papiers nécessaires. Mon premier soin après mon retour en Angleterre sera de fournir un exposé clair et naturel de l'état de la question entre les deux nations et du progrès de la négociation entre les deux cours, et je me flatte d'être en état de prouver que les objets en dispute sont de la dernière importance pour le salut des colonies Angloises en Amérique, que les prétentions des François sont injustes en elles-mêmes et qu'elles ont été soutenues par l'insulte et la violence, que pendant tout le cours de la négociation la France n'a laissé entrevoir aucun indice d'un esprit de conciliation, que les hostilités ouvertes ont été commencées par la France dès l'année 1754 et que les différents points de dispute en Amérique sont d'une nature si délicate pour l'Angleterre, que le roi n'a pu se disposer de prendre des mesures vigoureuses de défense, sans commettre des droits décidés de sa couronne et sans se relâcher sur la protection que S. M. doit à ses sujets dans les articles les plus essentiels de leur commerce. Le roi n'a jamais varié dans le désir le plus sincère de mener les choses à un accommodement, mais tous ses efforts pour y parvenir ont été jusqu'ici infructueux. Il paroîtra à qui la faute en doit être attribuée.

En attendant ces détails, le roi seroit bien aise de savoir ce que S. M. peut attendre de l'amitié de S. M. Prussienne en cas que contre toute justice la France entreprît quelque chose contre les états Allemands du roi, en conséquence des démêlés purement Anglois. L'influence de S. M. Prussienne auprès de ses alliés pourroit bien détourner les calamités d'une guerre générale; mais si ce prince s'employoit en cette occasion, sa puissance dans l'Empire empêcheroit certainement, qu'aucune des parties de l'Allemagne y fût enveloppée.

8. Du roi au duc régnant de Brunswic.

1755 Sept. 1. Potsdam.

— — quoique je ne prendrois aucun autre engagement avant que le terme stipulé dans ce traité (d'alliance avec la France) ne soit expiré, je ne désavouerai cependant point V. A., si elle voudra en attendant donner à entendre au Ministre Anglois, avec lequel elle est en correspondance là-dessus, mais toujours comme d'elle-même et sans que j'y sois mêlé encore, que pourvu qu'on me feroit faire des propositions raisonnables de la part du roi d'Angleterre, l'on pourroit peut-être arriver au but qu'on s'etoit proposé relativement à la neutralité des états d'Hannovre; qu'il ne falloit cependant pas s'attendre que je m'y ouvrirois le premier, mais qu'il faudroit indispensablement qu'on commenceroit à s'expliquer en me faisant des propositions acceptables.

9. Lettre du duc de Brunswic au roi.

Oct. 8.

Un courier Anglois m'apporta hier la ci-jointe lettre, par laquelle le lord Holdernesse a accompagné la déduction qu'il souhaite d'être présentée à V. M. de même qu'une carte de l'Amérique septentrionale. — Après lui avoir promis d'avoir soin de ses déductions et de la carte, comme aussi que d'abord que je serois informé des sentiments de V. M. sur tout ceci, je ne tarderois pas d'en donner part —.

10. Lettre du lord Holdernesse au duc de Brunswic.

Sept. 30. Whitehall.

La façon ouverte et confidentielle dont V. A. S. a daigné s'expliquer envers moi exige de ma part la plus vive reconnoissance, et je me flatte qu'elle voudra bien me permettre de m'ouvrir de mon côté avec la même franchise dans cette lettre particulière sur les conjonctures que V. A. S. a formées des intentions de S. M. Prussienne sur l'objet de la neutralité des états Allemands du roi.

Par les pièces que j'ai eu l'honneur de communiquer à S. M. Prussienne, elle jugera de la justice et même de la modération du procédé du roi envers la cour de France, dans les différends survenus avec cette couronne en Amérique, et que c'est la France elle-même qui a commencée les hostilités dans cette partie du monde, en envahissant une province, dont la possession était décidée en faveur du roi et dont on régloit actuellement les limites, en saisissant par force ouverte et en fortifiant un pays, dont le roi étoit en possession et où la France n'a jamais prétendu même avoir le moindre droit avant l'année 1750, et en attaquant un fort érigé par ordre de S. M. dans son propre territoire. — Mais quelle que soit l'idée que l'on puisse se former des affaires d'Amérique et de leurs suites par rapport à l'Angleterre, il est constant que rien ne peut égaler l'injustice de vouloir impliquer le roi comme électeur, et le roi est trop assuré de l'attachement dévoué de tous ses sujets, pour pouvoir douter qu'il ne se trouve efficacement soutenu par la nation Angloise dans une pareille conjoncture.

Les conséquences en seront toujours fâcheuses. Le roi de Prusse est certainement en état de les prévenir et se concilieroit par ce moyen l'amitié du roi et l'affection de la nation Angloise, pour laquelle S. M. Prussienne a toujours témoigné de l'estime. Et le roi de Prusse pourroit aussi en conservant la paix agir autant pour sa gloire, qu'il n'a jamais jusqu'ici par le succès le plus brillant de ses armes et se verroit assurer par-là la tranquille possession du fruit de ses victoires passées.

Je l'avouerai, Monseigneur, que mon entière ignorance de ce que le roi de Prusse pourroit croire *proposition acceptable,* m'a empêché jusqu'ici de toucher cette corde-là; mais j'ai lieu de croire, que si le roi de Prusse voudroit bien s'expliquer ouvertement en faveur de la neutralité d'Hannovre et sur l'entretien de la paix en Allemagne, on choisiroit un ministre Anglois de confiance, et qui ne seroit pas désagréable à S. M. Prussienne, pour cette négociation, qui pourra se terminer à Berlin, sous les yeux même du roi de Prusse.

1755 ### 11. Réponse du roi au duc de Brunswic.

Oct. 13. J'ai reçu le factum des Anglois avec les cartes de l'Acadie, que vous avez eu la bonté de m'envoyer. C'est une chose très-compliquée et qu'il semble que le hazard ait pris plaisir d'embrouiller. Je crois qu'on auroit pu s'expliquer nettement dans le traité d'Utrecht sur ce qu'on entend par l'Acadie, et que par quelques éclaircissements on auroit alors pu prévenir les brouilleries des Anglois et des François. C'est à Dieu, le seul juge des rois à décider du droit de ces nations.

Je passe à présent de l'Amérique en Europe et de l'Europe à notre chère patrie. Si j'ai bien compris votre lettre, je crois y avoir entendu que le roi d'Angleterre exige de moi une déclaration de neutralité pour ses états d'Hannovre. Quant à la Prusse je peux lui répondre, que nous n'avons jamais eu de dessein direct ni indirect sur les possessions Allemandes du roi d'Angleterre, sur lesquels nous n'avons ni droits ni prétensions, qu'ainsi je puis répondre de la Prusse, et que certainement nous ne désirons que le maintien de la paix. Mais comment le roi d'Angleterre veut il prétendre de moi (qui ne suis ni en liaisons ni en traités avec lui) que je lui réponde des événements futurs, lui, qui ne s'explique point de ses propres desseins, et qui peut prendre telles mesures qui m'obligeroient à contre-coeur de sortir de l'inaction et de prévenir des conjonctures, dont les dangers pourroient retomber sur l'état que je gouverne. Il est vrai, que l'année 1741 je fus assez heureux que d'arrêter les opérations du maréchal de Maillebois et de donner lieu au traité que le Sr. de Münchhausen signa à Francfort sur le Mayn; mais à présent les conjonctures sont différentes. Je suis à la vérité allié de la France, notre traité est simplement et purement défensif, mais sous quel prétexte pourrois-je couvrir une démarche aussi singulière, que seroit de ma part celle de préscrire des bornes aux mesures qu'elle peut prendre? Ne seroit-elle pas en droit de me dire: „nous avons embrassé vos intérêts lors des différends que vous eûtes avec les Anglois, touchant la déprédation de quelques vaisseaux prussiens, nous vous avons assurés de nos secours, au cas que le roi d'Angleterre, pour soutenir je ne sais quelles prétensions qu'il forme sur l'Ostfriese, en vint à la rupture, et à présent nous sommes en guerre avec ces mêmes Anglois, lesquels vous n'avez pas empêché de prendre nos vaisseaux, vous voulez nous empêcher d'employer les moyens que nous jugeons les plus propres pour nous défendre?" Ne m'accuseroit-on

pas avec justice d'ingratitude envers mes alliés, dont je n'ai point à me plaindre, et d'étourderie de m'être engagé d'un côté à seconder le roi d'Angleterre sans savoir ses intentions ni ses desseins? On exige beaucoup de moi sans s'expliquer d'un autre côté. Je serois en tout tems disposé pour mon particulier à lui donner des marques de l'estime et de la considération que j'ai pour lui, je dois cependant vous avertir, qu'en qualité d'homme qui gouverne un état, dont le bonheur et la garde m'est confié, mon premier devoir est de ne penser à ne faire aucune démarche contraire à ses intérêts, que je dois lui sacrifier mes penchants, mes haines, mon personel et en un mot, toutes mes passions, qu'ainsi si le roi d'Angleterre ou quelque prince de l'Europe me fait des propositions, il faut avant tout, que les intérêts de la Prusse s'accordent avec ceux de la nation qui me fait des propositions, et que si on exige de moi que je m'explique, je suis de même en droit qu'on s'explique de son côté.

12. Lettre du lord Holdernesse au duc régnant de Brunswic. 1755

La multiplicité des affaires qui précédent inévitablement l'ouverture d'une séance de parlement, m'ont empêché jusqu'ici de rendre à V. A. S. mes très humbles remerciments de l'honneur qu'elle a daigné me faire par ses deux dernières lettres. Nov. 21. Whitehall.

Bien que la harangue de S. M. et les adresses des deux chambres du parlement soyent peut-être déjà entre les mains de V. A. S., j'ose prendre la liberté de lui en envoyer des copies authentiques, par lesquelles elle pourra juger des sentiments qui animent le roi et le parlement. — — — — — —.

Le roi ayant déclaré publiquement que son intention est de n'offenser, bien moins d'attaquer aucune puissance Européenne, me permet d'assurer V. A. S. en son nom, que le traité que S. M. vient de conclure avec la Russie n'a pour but que la défense de ses états, et que les troupes, qui selon les stipulations du dit traité devront venir au secours du roi, ne se mettront en mouvement que dans le cas, où quelque puissance voudroit attaquer à force ouverte ses royaumes ou états. V. A. S. fera auprès de S. M. Prussienne l'usage qu'elle jugera convenable de ce que j'ai l'honneur de lui écrire. Il auroit été à souhaiter que le roi de Prusse eut bien voulu s'expliquer un peu plus clairement par rapport à l'envoi d'un ministre Anglois à sa cour. Le roi mon maître continue invariablement dans les sentiments que j'ai eu l'honneur d'exposer à V. A. par ma lettre du 30 Septembre passé. Et pour peu que le roi de Prusse y montre de l'inclination, S. M. fera choix d'une personne, qui ne sera pas désagréable à la cour de Berlin.

13. Lettre du roi au duc de Brunswic.

— que le ministre Anglois a fait de son propre mouvement des ouvertures à mon chargé d'affaires à Londres, qui vient de m'en faire son rapport. Dec. 8. Potsdam.

18ª. Friedrich II an Michell.

König Friedrich weist Michell an den englischen Ministern zu erklären:

que je recevrois avec plaisir les propositions qu'ils (les ministres d'Angleterre) vous avoient chargés de me faire, et qu'étant dans l'in- Dec. 7. Potsdam.

tention de contribuer de tout mon pouvoir au maintien de la paix de l'Europe, je ne trouvois rien de plus raisonnable que de commencer par affermir la tranquillité de l'Allemagne; que je croyois que la chose pourroit se faire en concluant entre le roi d'Angleterre et moi un traité de neutralité pour l'Allemagne pour le tems des démêlés qui subsistent actuellement en Europe, sans y nommer les François ni les Russes, pour éviter de choquer personne et pour me laisser par ces ménagemens en situation de travailler plus efficacement à la reconciliation des deux nations ou brouillées ou désunies.

1756 18[b].

Verfügung Friedrichs II ad marginem des Immediatberichtes von Knyphausen, Paris den 26 Dec. 1755, über den französisch-sächsischen Subsidientractat:

Januar. que quand au traité de subsides que la France vouloit faire avec la Saxe, qu'il devoit à présent le traiter avec indifférence et se tenir tout clos et boutonné là-dessus.

19. Knyphausen an den König.

Jan. 21. Sire

Paris. J'ai lu avec la plus grande attention la lettre de V. M. du 3 de ce mois, et me propose d'avoir demain un entretien avec Mr. Rouillé pour m'acquitter envers lui des ouvertures que cette dépêche renferme relativement à la neutralité de l'Allemagne. Comme cette négociation me paroit être de la plus grande importance, tout le zêle que j'ai pour le service de V. M. se ranime en cette occasion, et me détermine à lui faire les observations suivantes, qui pourroient échapper à sa pénétration et que me suggère la connoissance que j'ai du local de la cour de France et de la façon de penser de son ministère. Ces observations concernent uniquement la forme des démarches, que V. M. aura à faire en cette occasion vis-à-vis de la France, non le fond de la question, car elle se sera aperçu plus d'une fois, que je suis persuadé que la neutralité est le parti qui convient le mieux à ses intérêts dans la conjoncture présente.

Le royaume de France est gouverné par un prince qui étant tout-à-fait livré à la dissipation et étant peu sensible à la gloire redoute la guerre comme une calamité qui appesantiroit considérablement un fardeau qu'il se sent incapable de porter. Le ministère auquel il accorde sa confiance est peu eclairé sur les véritables intérêts du royaume, souvent divisé sur ce qui les concerne, peu capable de résolution et animé continuellement par cet amour immodéré de la paix qu'il puise dans la soumission aveugle qu'il a pour les volontés de son maître, et que nourrit le sentiment de sa propre foiblesse et de sa dépendance. Ce même conseil est dirigé par une femme, qui a un intérêt tout-à-fait particulier au maintien de la paix et qui ne peut pas manquer d'avoir la plus grande répugnance pour tout ce qui peut suspendre les plaisirs et l'inaction du roi, sur lesquels sont fondés son credit et son existence à la cour.

Tel étant le tab eau du gouvernement actuel françois, il est certain que les alliés de la France ne peuvent prendre aucune confiance en elle dans le moment présent. Sa conduite même prouve qu'elle ne fera la guerre qu'autant qu'elle y sera forcée et qu'elle ne la continuera

que par nécessité sans faire beaucoup d'attention à ses alliés. Il n'est donc pas douteux que de tous les partis que V. M. pourroit prendre dans la conjoncture présente celui de la neutralité ne soit le plus conforme à ses intérêts et a sa sûreté. Mais comme d'un autre côté les vices dont je viens de faire mention ne sont qu'accidentels au gouvernement de France et que le temps peut changer les goûts du roi et occasionner dans le ministère des révolutions considérables, qui pourroient en peu élever la France à ce point de gloire et de grandeur dont elle est déchue, je crois qu'il est de l'intérêt de V. M. de ne point sacrifier un allié aussi puissant à des avantages momentanés, et par la même raison je prends la liberté de lui conseiller de ne point conclure sa négociation avec l'Angleterre à l'insu de la France, mais de travailler dans l'intervalle à disposer cette dernière à donner son consentement à la neutralité de l'Allemagne. Je suis persuadé qu'il ne seroit rien moins qu'impossible de l'obtenir, et les raisons suivantes me determinent à former cette conjecture.

1°. la France paroît déjà avoir renoncé depuis quelque temps au projet qu'elle avoit formé de disposer V. M. à une invasion dans le pays d'Hannovre. Elle sent elle-même, et j'ai eu soin de le faire apercevoir plus d'une fois au ministère de France, qu'on n'est point en droit d'exiger une pareille démarche de V. M., parceque ses traités avec la France sont purement défensifs et qu'une pareille entreprise ne la commetteroit non seulement avec tous les alliés de l'Angleterre, qui sont puissans et en grand nombre, mais qu'elle pourroit armer aussitôt l'Empire contre elle. La France n'a donc à ce sujet que des lueurs d'espérance bien foibles, et V. M. verra que le duc de Nivernois n'insistera pas sur ce point avec une certaine chaleur.

2°. Ceux qui ont le plus de crédit sur l'esprit du ministère de la France lui représentent souvent qu'une invasion dans le pays d'Hannovre, soit qu'elle fût formée par des troupes françoises ou par des troupes alliées, ne seroit jamais qu'une diversion passagère, et que le succès n'en influeroit que foiblement sur la pacification des différends qui subsistent entre la France et l'Angleterre. D'autres sont allé plus loin et ont représenté au ministère: que vu l'intention où il étoit de restreindre la guerre à l'Angleterre il y auroit du danger à entreprendre une pareille opération parcequ'elle rendrait nécessairement la guerre générale en vertu des alliances, que le roi d'Angleterre a eu soin de contracter pour la défense du pays d'Hannovre. Le ministère paroît donc avoir entièrement renoncé à cette idée et il semble par tous les arrangements qu'on vient de prendre qu'on se bornera uniquement, si la guerre a lieu, à l'exécution du projet présenté par le maréchal de Belleisle sans faire aucune autre levée de bouclier ni en Allemagne ni ailleurs.

Telle étant donc la façon actuelle de penser de la cour de France, il ne se présente aucune raison qui pourroit lui inspirer la moindre répugnance pour la neutralité de l'Allemagne. Une pareille ligue la mettroit en état de tourner tous ses moyens et toutes ses forces contre la seule Grande-Bretagne, et il est certain que tant que la guerre sera restreinte aux cours de France et de l'Angleterre la pacification de leur différends sera beaucoup moins difficile que lorsque d'autres puissances se trouveront entraînées dans leur querelle. Ce dernier point me confirme donc dans l'opinion où je suis, qu'une pareille proposition ne serait nullement désagréable ni au roi ni à M[me] de Pompadour ni au maréchal de Noailles ni aux garde des sceaux, qui quoique conduits par des motifs très différens se sont tous réunis pour déterminer

le roi à se borner à une guerre maritime, système que rien ne sauroit mieux consolider que la neutralité de l'Allemagne. La seule personne qui s'opposeroit vraisemblablement à une telle proposition seroit le c^te^ d'Argenson qui ne peut pas manquer de désirer une guerre de terre, par l'accroissement du crédit et de l'autorité qu'il en reçoit. Mais cette résistance serait bientôt vaincue par les efforts que ferait M^me^ de Pompadour et le garde des sceaux pour contrebalancer le poids de ses représentations et comme l'un et l'autre sont ses ennemis jurés, ils seroient charmés de lui donner ce nouveau dégoût et d'en faire trophée. Il sera donc assez facile de faire consentir la France à la neutralité de l'Allemagne, si V. M. s'y prend de la façon que je viens de lui indiquer. Mais il sera difficile de calmer cette cour et de conserver sa confiance, si elle négocie secrètement avec l'Angleterre et qu'elle ne lui fasse part de son traité qu'après qu'il sera conclu. Dans ce dernier cas le roi de France sera non seulement piqué de ce manque de confiance, mais l'on soupçonnera aussi que ce traité renferme des mystères dangereux pour la France, et il en resultera un levain d'aigreur qui produira des fermentations continuelles. A quoi il faut ajouter encore, que l'animosité de M^me^ de Pompadour et des autres antagonistes du c^te^ d'Argenson sera bien plus flatté de préparer elle-même le coup qu'on lui portera que de le voir terrassé par une main étrangère, sans pouvoir se vanter d'y avoir contribué.

Je crois donc que V. M. ne sauroit mieux faire que de déclarer franchement au duc de Nivernois, qui est chargé de lui demander son avis pour ce qui concerne les mesures qu'il conviendra de prendre relativement à l'Allemagne: qu'elle ne sauroit se charger de l'attaque du Hannovre; qu'il ne lui semble même point qu'il soit de l'intérêt de la France de faire la guerre en Allemagne; et qu'elle est d'avis que la neutralité de l'Allemagne est le parti qui convient le mieux à elle ainsi qu'à la France. En suite de quoi V. M. pourra, si elle le juge à propos, communiquer au duc de Nivernois les propositions que l'Angleterre lui fait à cet égard et l'assurer qu'elle ne veut les accepter que du consentement de la France, avec laquelle elle étoit disposée de renouveler ses anciens engagemens. Je suis persuadé qu'on souscrira à cette condition à la demande de V. M., non seulement par les raisons que j'ai alléguées ci-dessus, mais aussi parcequ'on connoît trop bien la puissance de V. M. pour ne pas savoir qu'elle peut faire pencher la balance dans la conjoncture présente en faveur du parti pour lequel elle se déclarera, et qu'on aimera mieux de conserver son alliance à ce prix que de voir passer un allié aussi considérable dans le parti opposé. D'un autre côté le duc de Nivernois, qui ne voudra pas que son ambassade soit tout-à-fait infructueuse et qui est jaloux de renouveler le traité qui subsiste entre V. M. et la France, s'employera avec zèle, lorsqu'il verra qu'on ne peut pas déterminer S. M. à des démarches offensives, pour disposer sa cour à consentir à la neutralité de l'Allemagne. Une conduite aussi franche et aussi sincère fera en même tems beaucoup d'honneur à V. M. vis-à-vis de la France et l'on n'aura aucun reproche à lui faire.

J'observerai encore à cette occasion que l'avis du duc de Nivernois, si V. M. parvient à le persuader, sera infailliblement adopté ici, parceque le roi, M^me^ de Pompadour et tous les ministres ont une confidence aveugle en lui, et qu'on se conformera vraisemblablement à tout ce qu'il pourra proposer. Enfin, il faut que je rappelle encore à V. M., que le duc de Nivernois lui-même est convenu avec moi, ainsi que j'ai eu l'honneur de le mander, qu'elle n'étoit point obligée par aucun traité à attaquer l'électorat d'Hannovre en faveur de la France, et qu'elle ne

sauroit agir en Allemagne qu'autant qu'on trouveroit moyen de réduire la Russie à une entière inaction, soit par l'entremise de la Porte soit par les autres moyens qu'on a tentés dans le nord et dont aucun n'a réussi jusqu'à présent. La résolution, que lui annoncera V. M., ne pourra donc pas le surprendre, et elle ne renferme rien qui soit contraire à ses principes.

Telles sont les observations que j'ai cru devoir faire à V. M. sur le contenu de la lettre susaccusée et que j'espère qu'elle voudra bien agréer en faveur de la pureté de mon zèle; l'amour seul de la vérité me les a dictées et j'ai cru être de mon devoir de les mettre aux pieds de V. M. Je suis avec le plus profond respect

Sire
de V. M.
le très humble, très obéissant et très fidèle
serviteur et sujet
KNYPHAUSEN.

P. S. 1756.

Sire

Ayant vu Mardi dernier [21] M. Rouillé, je me suis prévalu de cet entretien pour le sonder sur le contenu de la lettre de V. M. du 3 de ce mois et pour m'éclaircir sur ce qu'il pense de la neutralité de l'Allemagne, dont il y est fait mention. Il m'en a lui-même offert l'occasion en me disant: qu'on lui mandoit par ses lettres de Vienne, que l'Angleterre cherchoit à former une ligue en Allemagne pour en assurer la neutralité et pour en défendre l'entrée à toute armée étrangère. Sur quoi je lui ai fait observer, que dans l'intention où étoit la France de s'en tenir à une guerre maritime, il me sembloit qu'une pareille ligue, loin d'être contraire à ses vues, leur seroit tout-à-fait favorable, en ce qu'étant jointe aux arrangemens qu'on avoit pris pour la neutralité de l'Italie et à ceux qu'on alloit prendre encore pour celle de la Hollande, elle restreindroit la guerre uniquement à la mer et garantiroit le continent de tout incendie. A quoi j'ai ajouté qu'une pareille ligue devoit, à ce qu'il me sembloit, convenir d'autant plus à la France, qu'elle paroissoit avoir renoncé au projet qu'elle avoit eu de faire une invasion dans le pays d'Hannovre, et qu'il étoit certain qu'une pareille entreprise ne pourroit pas manquer de rendre la guerre générale en Europe par les alliances que le roi d'Angleterre avoit eu soin de former pour la défense du pays d'Hannovre. M. Rouillé ne fit non seulement aucun effort pour me prouver que V. M. pourroit se charger d'une pareille diversion, comme il l'a tenté ci-devant en plus d'une occasion, mais il convint même ingénûment avec moi, que la France n'avoit pour le moment présent point de projets relativement à l'Allemagne et qu'une invasion de sa part dans le pays d'Hannovre seroit vraisemblablement sujette à de grandes difficultés. Cependant, reprit il, quoique ce soit là notre façon actuelle de penser et qu'il y ait toute apparence, que nous ne tenterons rien en Allemagne, il seroit néanmoins bien humiliant pour nous d'avoir les mains liées à cet égard, d'autant plus que si la guerre se fait, nous ne sommes pas sûrs de réussir dans les entreprises maritimes que nous formerons. Après quoi ayant discuté quelque temps avec moi les inconvénients qui pourroient résulter du partage des forces et des moyens de la France, si elle entreprendroit une guerre de terre sans que cela pût influer à un certain point sur la pacification de ses différends avec l'Angleterre, il finit par me dire, que l'idée dont nous venions de nous entretenir méritoit d'être pesée avec la plus

Jan. 23.
Paris.

grande attention, et qu'elle pouvoit être envisagée sous différens points de vue. Je crois pouvoir inférer de là, que l'éloignement du ministère de France pour la neutralité de l'Allemagne n'est pas aussi considérable qu'on pourroit bien l'imaginer, et que V. M. n'aura pas beaucoup de peine à disposer la cour de France à donner son consentement aux engagemens qu'elle auroit envie de prendre. Au reste M. Rouillé m'a fait des reproches amers dans un entretien postérieur que j'ai eu avec lui de ce qu'il apprenoit par la voie de la Haye, qu'il passoit fréquemment par cette ville des courriers Prussiens, qui alloient en Angleterre et qui en venoient, et qu'entre autres le frère du S^r de Hellen y avoit été deux fois, sans que V. M. eût donné aucune communication à la France des propositions que lui faisoit l'Angleterre, tandis que les lettres de Londres portoient que le traité, pour lequel on étoit en négociation avec la cour de Prusse, alloit incessamment être conclu, que quelques authentiques que fussent les nouvelles qu'il recevoit à cet égard, il avoit cependant beaucoup de peine à y ajouter foi, et que la grande expérience qu'il avoit des lumières et de la pénétration de V. M. ne lui permettoit presque pas de croire, qu'elle pût regarder un instant la France comme un allié inutile ni se dissimuler que, si cette dernière se voyoit abandonnée par elle dans un moment aussi critique, elle trouveroit facilement des occasions pour prendre sa revanche, que la façon dont V. M. se comporteroit dans la conjoncture présente, deviendroit dorénavant la mesure de la confiance que le roi son maitre prendroit en elle, et que cette boussole comprendroit toutes ses actions à son égard. Sur quoi lui ayant répondu en termes vagues et généraux, il ajouta que la façon, dont V. M. s'expliqueroit sur les ouvertures que le duc de Nivernois étoit chargé de lui faire, éclairciroit incessamment sa cour sur la valeur des assurances que je venois de lui donner, réponse qui indique encore, que le renouvellement du traité qui subsiste entre V. M. et la France, est l'article qui tient le plus au coeur au ministère de France.

Je suis *ut in litteris* KNYPHAUSEN.

20. Baron von Hellen an den König.

1756. Jan. 23. Haag.

Sire

Rencontrant mardi au soir assez tard le ministre d'Angleterre seul, il m'embrassa en me disant que je saurois la grande nouvelle du traité que V. M. avoit fait avec le roi son maître: que S. M. B. lui avoit ordonné de confier la nouvelle *sous le sçel du secret le plus absolu* à la Gouvernante, que S. A. R. ne se possédoit pas de joie. Il en parut pénétré lui-même, ajoutant que personne ne le savoit d'ailleurs ici, et qu'il auroit soin de ne le dire encore à qui que ce soit.

21. König Friedrichs II Aufsatz über die Unterredung mit dem Duc de Nivernois[1].

Jan. 24. Berlin.

Cause de droit.

1. Je n'ai point garanti l'Amérique, la guerre vient de cette cause, donc elle ne me regarde pas.

---

[1] Der Aufsatz trägt den Vermerk (rep. XI nr. 73): Copie. L'original étoit de la propre main du Roi du 24 Janvr. 1756. Aufsatz von verschiedenen Motiven, so Sie in Dero heutigen Unterredung mit dem duc de Nivernois gebrauchet haben.

2. Mon alliance n'est que défensive, donc je ne suis pas obligé à des démarches offensives.

3. Mon alliance est finie, donc je suis dégagé de tout devoir d'allié.

Cause de fait.

1. Je ne puis mettre que $\frac{100}{m}$ hommes en campagne; Hannovre $\frac{40}{m}$, l'Impératrice Reine $\frac{100}{m}$, la Russie $\frac{60}{m}$, je suis donc de moitié plus foible qu'eux. Or est-il prudent, est-il conforme aux règles de la guerre, quand on est de la moitié plus foible que son ennemi? Non; si ces $\frac{200}{m}$ étoient dans un camp et moi et mes $\frac{100}{m}$ vis-à-vis d'eux, je les attaquerois; mais comme par leur position ils m'obligent à partager mes forces, je me trouve partout plus foible qu'eux. Doit on commencer une guerre quand il faut la force défensive? Non, car c'est de tous les genres de guerres la plus onéreuse et la plus risqueuse.

3. Puisse rester dans l'inaction et laisser faire à mes ennemis ce qu'ils veulent? Non. Car si les Russes entrent dans l'Empire, je ne puis pas le souffrir et me voilà entraîné dans une guerre que je dois éviter pour la conservation de l'état.

4. Pourquoi empêcher les Russes d'entrer dans l'Empire? Parceque leur jonction rendroit mes ennemis trop forts, et que je dois les combattre plutôt un par un que tous ensemble.

5. Comment éviter l'entrée des Russes? En faisant avec l'Angleterre le traité de neutralité, qu'elle me propose; donc il faut le faire.

6. Vaut-il mieux pour la France que les Russes viennent dans l'Empire, ou qu'ils n'y viennent point? Il vaut mieux qu'ils ne viennent pas; car s'ils y sont appelés, c'est pour agir contre la France, donc s'ils n'y viennent point, ce sont autant d'ennemis de moins.

7. Mais ne seroit pas bon de faire dépenser à l'Angleterre le plus d'argent qu'il se pourra en subsides pour la ruiner d'autant plus vîte? Oui, si l'Angleterre faisoit seule la dépense, mais ne voit on pas qu'en multipliant les ennemis de la France on l'oblige à proportion aux mêmes dépenses pour leur resister; donc si l'on peut empêcher l'Angleterre de ne point faire usage de ses alliés, c'est faciliter les entreprises des François. Or si la guerre devient compliquée, il sera bien plus difficile à la terminer, par la complication des intérêts, que si elle ne se fait qu'entre deux puissances brouillées à présent. Si donc je restois neutre sans faire un traité de neutralité, je n'empêcherois ni les Russes de marcher ni toutes les sortes de complications auxquelles cette marche donneroit lieu. Donc mon traité de neutralité convient à la France tout autant qu'il m'est indispensable dans le moment présent.

8. Si toute l'Allemagne est en guerre et sans dessus dessous, est ce l'avantage de la France? Non! Car elle n'y gagne rien du tout que de voir peut-être ruiner les alliés qui dans d'autres conjonctures pourront lui être très-utiles. Donc la neutralité convient à tout le monde.

22. Knyphausen an den König. 1756.

Knyphausen berichtet von einer Unterredung mit Rouillé, in welcher der französische Minister erklärt:

qu'il me laissoit à considérer, combien il avoit été douleureux pour elle (S. M. T. C.) d'apprendre la conclusion d'un pareil traité dans le Jan. 30. Paris.

même instant qu'elle avoit choisi pour offrir à V. M. les gages les plus précieux de son amitié et pour lui renouveler par une ambassade solennelle des sentimens de la confiance la plus tendre et la plus véritable; que V. M. à qui cette démarche avoit été annoncée il y a plusieurs mois auroit au moins pu épargner cette mortification à la gloire du roi et empêcher qu'un citoyen illustre, qui s'étoit particulièrement signalé par son attachement pour elle, ne servît en cette occasion de trophée aux ennemis de la France.

1756.

23. Knyphausen an den König.

Febr. 2. Paris.

— M[r] Rouillé — m'a parlé avec plus de chaleur que la première fois sur le traité — en disant, qu'il étoit bien douleureux pour la France de se voir abandonnée dans la conjoncture présente par celui de ses alliés, en qui elle avoit eu le plus de confiance, et qu'il étoit bien plus cruel encore, que par l'effet d'une réticence, qui lui paroissoit être sans exemple, le même prince qui venoit de faire un traité avec le seul ennemi qu'eut S. M. T. C., se fût rendu le dépositaire de ses pensées les plus secrètes et les plus importantes.

24. Friedrich II an Knyphausen.

Febr. 3. Potsdam.

J'ai bien reçu les depêches que vous m'avez adressées du 21 et du 23 du Janvier passé et ne veux point vous dissimuler, que j'ai été extrêmement satisfait tant par rapport aux nouvelles que vous m'avez indiquées que par les raisonnemens très-solides et les reflexions sages qu'elles comprennent. Mais pour entrer en matière là-dessus, je vous dirai, que dès la première audience que le duc de Nivernois a eue de moi, j'ai prévenu pour la pluplart les bons avis que vous venez me donner.

25. Friedrich II an Knyphausen.

Febr. 7. Potsdam.

— Quant à vous je veux bien vous dire tout naturellement, que la manière dont vous vous conduirez présentement dans cette affaire me servira de pierre de touche pour en reconnoître, si vous possédez effectivement toutes les qualités requises d'un ministre habile dans les affaires; car c'est absolument dans cet instant que vous me le prouverez en employant toute l'adresse, talents et savoir faire dont vous êtes capable, pour faire goûter aux ministres de France ma susdite convention et pour leur lever tout soupçon, toute méfiance et tout aigreur qu'il pourroient avoir conçus à cette occasion, aprés tous les argumens que je vous ai déjà suppedités afin d'y parvenir. Aussi devez vous être assuré, que pourvu que vous réussirez en ceci et qu'en calmant les inquiétudes du dit ministère vous rétablirez la confiance, vous vous insinuerez parfaitement dans mes bonnes graces. Et sur ce etc.

26. Friedrich II an Knyphausen.

Febr. 10. Potsdam.

P. S. *de la propre main du Roi.*

Voici une occasion où vous me pouvez donner des preuves éclatantes de votre capacité. Il faut faire jouer toutes sortes de ressorts pour découvrir si une démarche très-innocente de ma part leur a donné plus que de l'humeur contre moi. Si ce n'est qu'une brutade passagère, comme il leur arrive d'en avoir, je puis renouveler le traité avec

eux; mais s'il y a un levain caché dans le fond de leur coeur, cela m'obligera à prendre des mesures toutes différentes. Pour moi je suis persuadé qu'ils ne trouveront que de belles paroles à Vienne, mais rien de plus, et que lorsqu'il verront qu'ils ne peuvent pas trouver des gens qui se sacrifient pour eux, ils seront bien aises de renouer avec moi, de même qu'avec l'Espagne, et qu'ils ne trouveront plus étrange, que ni les uns ni les autres n'ayent voulu se mêler de la guerre des Merluches. Tâchez de flatter la P. pour voir si peut-être elle se lâchera et dira par emportement ce que les ministres cachent par sagesse; peut-être sera ce elle qui réconciliera les choses.

27. Friedrich II an Knyphausen.

1756. Febr. 17. Potsdam.

J'ai bien reçu votre dépêche du 8 de ce mois. Je suis fort content de votre relation. Il est de votre devoir, comme vous l'avez fait, de me rendre compte de tout ce que les ministres de France vous disent, ainsi que des propos du public. Mais bien loin que les décisions du vulgaire fassent impression sur mon esprit, je ne pense qu'à suivre les intérêts de l'état pied à pied, bien assuré qu'en remplissant bien cet objet-là, c'est le seul moyen de bien établir ma reputation si j'en ai une. J'ai bien lu les reproches que vous a fait M. Rouillé, mais je suis bien eloigné de croire ses arguments sans réplique, et voici ce que vous pouvez lui dire.

1° il est clair que les possessions Françoises hors de l'Europe sont expressément exclues de nos garanties; que l'Espagne, plus attachée à la France par les liens du sang et par l'intérêt commun des deux nations, ne prend aucune part aux démêlés des François et des Anglois en Amérique, et qu'ainsi à plus forte raison, comme nul traité, nul engagement me lie, peut-on exiger la moindre chose de moi, dans le cas présent de la guerre, que tant que la France n'attaquera que l'Angleterre je serois bien embarassé de voir d'où lui viendroit une diversion dans ses possessions. En supposant même à M. Rouillé les vues les plus fines, je le défie de me dire, ce que la France a à présent à craindre pour son continent.

2°. En second lieu je vois que M. Rouillé paroît surpris qu'un roi de Prusse pense à sa sûreté; ce qui me paroît à moi la chose la plus simple et la plus naturelle. Le pays d'Hannovre est attaqué par les François, la Prusse l'est par les Russes et la Silésie par les Autrichiens. Peut-on prétendre qu'un allié sacrifie deux de ses plus belles provinces pour favoriser l'invasion que son allié veut faire sur une terre ennemie? J'ai toujours cru que les alliances étoient fondées sur l'avantage réciproque des alliés; M. Rouillé a peut-être d'autres notions; je le prie de me les communiquer pour m'éclaircir là-dessus. Hugo Grotius et Puffendorff les ont ignorées; mais c'étoient apparemment des bêtes.

3° M. Rouillé articule que le traité de 1741 n'est pas expiré encore. Il le sera au mois de Juin, que les opérations vont commencer. Si on avoit attendu ce temps pour s'arranger, ne voit-on pas que chaque puissance, agissant en conséquence de ses engagemens, auroit fait usage de ses mercénaires, et que l'Allemagne se seroit vue inondée de Russes, de Calmouques, de Tartares, de toutes ces nations barbares, inconvéniens auquel il étoit nécessaire de porter remède. La chicane de trois mois peut être admise dans le cas de naissance d'enfans posthumes et encore a-t-on décidé les légitimités de naissances à onze mois. Peut-on employer de pareils argumens en politique?

4° M. Rouillé a recours à une alliance défensive conclue entre la Suède, la Prusse et la France, qui y a accédée[1]. Ne se souvient-il pas que cette alliance ne regarde que l'équilibre du nord? Il aura bien de la peine de l'interpréter aux démêlés présens qui subsistent entre la France et l'Angleterre. S'il croit cependant que cette alliance est applicable aux circonstances présentes de l'Europe, que ne se sert-il des secours des puissances mercénaires pour fortifier les armemens navals de la France? Mais il paroît dans le cas présent qu'on se relâche envers les subsidiaires, et qu'on étend au délà de leur bornes les engagemens qu'ont pris les puissances libres et indépendantes.

5°. Pour le cinquième M. Rouillé examine les préjudices que mon traité de neutralité porte aux intérêts de la France. Il ne trouvera pas mauvais que je les réduise à leur juste valeur et que je sépare les déclarations des choses. Il dit premièrement, que la neutralité de l'Allemagne fait perdre à la France le fruit des traités subsidiaires qu'elle a conclus en Allemagne. Je le prie de remarquer 1° que les traités qui ont passés par mes mains ont pour base la tranquillité de l'Allemagne. Je remarquerai d'ailleurs que dans le temps où ils furent faits, on pensoit si peu en France à la guerre des merluches, au fort de Beauséjour et de la rivière d'Ohio, que personne n'avoit sûrement alors calculé ces traités à cet objet, et que ce qui y donna lieu, ce furent les mouvemens des Russes sur les frontières de Finlande, qui menaçoient la Suède d'une guerre prochaine. Or des alliances faites pour assurer selon leur teneur le repos de l'Allemagne ne peuvent point servir à la troubler.

6° M. Rouillé croit que par ce traité de neutralité l'Angleterre se verra à même de pouvoir se servir de ses auxiliaires en Angleterre. S'il ne parle que d'une partie de ces auxiliaires, je lui avoue qu'il a raison; car, à ce qu'on apprend, les Hessois ont été requis de marcher et les sollicitations du roi d'Angleterre à la Haye feront de même partir le corps auxiliaire des Hollandois. Mais je demande à cette occasion à M. Rouillé, s'il vaut mieux que les Anglois fassent passer 14000 h^s^ d'auxiliaires pour la défense des trois royaumes ou qu'une armée de 80000 marchât en Flandre et une de 60000 sur le Rhin? C'est cependant de quoi le délivre ce traité de neutralité, contre lequel il se remue si fort, et dont il semble qu'il a pris à tâche d'interpréter tout du mauvais côté. Il seroit à souhaiter pour la France qu'elle pût faire toutes ses opérations sans résistance, mais si elle veut bien y penser, elle trouvera que cette convention de neutralité, sans lui lever tous les obstacles, lui en facilite cependant beaucoup.

Je suis effrayé de l'effroi de M. Rouillé sur l'expédition d'Hannovre. Il me permettra de lui dire en qualité de militaire, que c'étoit au mois d'Août de l'année passée qu'il falloit tenter cette expédition; mais dès-lors qu'on laissa échapper ce temps, c'est y songer après coup. Lorsque Louis XIV attaqua les Hollandois l'an 1672, il s'y porta d'abord et il eut les plus grands succès. Ces sortes d'expéditions veulent être brusquées, mais on les rate, si on donne à l'ennemi le temps de s'y préparer. M. Rouillé me permettra donc de croire qu'il est trop prudent pour vouloir s'engager dans une telle démarche mal-à-propos. Je ne doute pas qu'il n'ait encore fait quelques petites réflexions, comme par exemple, que le roi d'Angleterre et la nation Angloise ne pensent pas sur le pays d'Hannovre avec une tendresse égale; qu'on pourroit faire la conquête d'Hannovre par souscription des Anglois signée et payée

---

[1] S. o. S. 63, 1.

à Londres; que comme cette guerre présente est une affaire de la nation, qui regardant son commerce l'intéresse particulièrement, l'influence du roi n'est pas assez grande pour que la nation sacrifiât ses véritables intérêts pour le pays d'Hannovre, mais qu'une pareille démarche ne feroit qu'attirer les Russes dans l'Empire, causeroit une guerre générale et qu'ainsi, loin de remplir l'objet qu'on attend, la France commettroit ses alliés, au bien desquels elle dit s'intéresser, et que d'un autre côté elle éloigneroit la paix en compliquant les causes de la guerre.

7° Les craintes de M. Rouillé sur l'altération que ma convention de neutralité pourroit porter à l'égard des alliés du nord, sont mal fondées. On a pris soin d'instruire les ministres de ces cours de façon qu'ils représenteront dans leurs résidences respectives, que ces engagemens passagers n'altéroient en aucune manière les liens durables et les engagemens généraux de la Prusse, vu que le traité mentionné ne regarde que l'Allemagne.

La conclusion de M. Rouillé me paroît de la même justesse de raisonnement que le reste de ses argumens. Je crois avoir clairement établi que cette convention de neutralité n'étoit aucunement contraire à l'esprit des traités qui existent entre la France et la Prusse, compatible avec les intérêts de la France, et conforme à l'étroite harmonie de deux alliés qui doivent avoir à coeur leurs intérêts communs, point outrageante à la France, qui ne peut être plus offensée de la neutralité de la Prusse que de celle de l'Espagne, et à laquelle la circonstance de l'arrivée du duc de Nivernois ne peut rien aggraver, vu que ce n'est pas le caractère de personne, mais les conditions acceptables, qui décident du succès de la mission.

Sur les réflexions que M. Rouillé fait par rapport à mes intérêts, vous pouvez lui dire: qu'il s'en peut rapporter à moi, et que tenant celui qui a les cordons de la bourse, je n'avois rien à craindre de Vienne ni de Petersbourg, dont la mauvaise volonté ne pouvoit devenir réelle que par des secours pécuniaires étrangers. Vous pouvez l'assurer que le duc de Nivernois verra le traîté avec tout ce qui y est annexé, où il ne trouvera autre chose que ce dont je lui ai donné copie. Vous direz encore à M. Rouillé que je regardois le salut de deux provinces exposées à être ravagées comme un objet assez important pour faire une convention, par le moyen de laquelle je leur épargne la dévastation; que j'étois mortifié de voir qu'on regardât de pareils objets comme des bagatelles; que pour moi je n'avois pas pensé de même lorsque le prince de Lorraine l'année 1744 pénétroit en Lorraine; que cependant je me réglerois sur la façon de penser de M. Rouillé, à moins qu'on voulût établir une différence entre les ménagements qu'il faut garder pour les provinces de la France, et qu'on n'a pas besoin d'avoir pour les provinces dépendantes de la Prusse.

Vous voyez par là conclusion de M. Rouillé que ce qui le fâche, c'est que j'ai négligé de demander sa permission pour faire ma convention, et j'en appelle à tous les Jurisconsultes pour savoir si une tête couronnée a le droit de faire des traités, ou si elle est obligée d'en solliciter la permission auprès d'un autre prince. La conclusion du discours de M. Rouillé est un aveu tacite de l'innocence de la démarche que j'ai faite, et il conclut par dire, qu'il ne manquoit que sa permission pour rendre cet acte legitime. Il me permettra de n'en point convenir, et cela vous donne un si beau champ, que je ne doute en aucune manière que vous lui ferez sentir, avec cette douceur, qui vous est propre, toute l'absurdité de son raisonnement.

Comme les matières deviennent intéressantes, ne ménagez point le papier, et qu'il vous arrive plutôt de trop écrire que d'écrire trop peu. Je m'en rapporte à vous pour l'adoucissement des termes, sans cependant que vous n'altériez rien au fond. Sur ce etc.

1756

28. Précis de la réponse, que le chancellier d'état et de la cour (Cte de Kaunitz) a donnée de bouche à Mr. Keith[1].

Mai 9. Wien.

Que S. M. l'Impératrice avoit été fort sensible à l'attention que S. M. Britannique a bien voulu lui témoigner, en lui faisant communiquer, le 7 avril, le traité qu'elle a signé avec S. M. Prussienne le 16 janvier de cette année;

Qu'elle ne sauroit lui dissimuler cependant que, d'après la première participation qui lui en avoit été faite, elle ne s'étoit pas attendue à voir désigner, dans un traité fait par S. M. Britannique, la partie de ses états que la France pourroit attaquer, sans avoir rien à appréhender dudit traité;

Que moyennant cela et les mesures, que S. M. Britannique n'a point jugé à propos de prendre avec ses alliés, l'Impératrice se trouve dans le plus grand danger;

Et qu'ainsi, dans cet état des choses, S. M. Britannique peut juger aisément de quels soins l'Impératrice peut et doit s'occuper dans le moment présent;

Qu'au reste, S. M. l'Impératrice qui souhaite toujours tout le bien imaginable à S. M. Britannique, désire beaucoup que l'Angleterre, ainsi que l'électorat de Hanovre, puissent retirer du traité en question tous les avantages que S. M. Britannique en espère.

29. Knyphausen an den König und das Ministerium.

Knyphausen bemerkt zu dem österreichisch-französischen Vertrag vom 1 Mai:

Juni 4. Paris.

L'abbé de Bernis, qui a décoré ce traité de sa signature, en a été le principal mobile, et la complaisance aveugle et servile du conseil pour les volontés de la maîtresse l'a porté à sa perfection —

30. Auszug aus einem Briefe, Petersburg d. d. 9 Juni 1756.

Juni 9. Petersburg.

Le Cte Esterhazy s'employe à présent à faire accéder la cour de Russie aux engagements de la France et de l'Autriche. En combinant les fréquentes conférences de ce ministre avec les deux chanceliers et avec les liaisons entre le C. Esterhazy et le Sr Douglas, les allées et menues continuelles des courriers Autrichiens, la mission du marchand François Michell en France et les dispositions favorables pour la France, il paroît que la cour de Petersbourg est sur le point d'entrer dans les vues des cours de Vienne et de France.

J'ai appris de bonne part que les propositions d'Esterhazy tendent en partie à demander le secours stipulé contre la Prusse par le 4me article secret du traité de Petersbourg de l'année 1746, la cour de Vienne regardant le moment présent comme le plus favorable pour regagner la Silésie.

---

[1] Publiciert von Gachard, Bulletins de l'acad. de Bruxelles XVII 1, 393.

31. Knyphausen an den König.

1756 Juni 21. Paris.

Über den Eindruck des Vertrags von Westminster: — je ne saurois lui (à V. M.) cacher que cette démarche a occasionné ici un germe de méfiance et d'aigreur qui subsistera long-temps et qu'il sera peut-être impossible de détruire entièrement. Il est certain que c'est uniquement cet événement et nul autre motif qui a déterminé la cour de France de se lier aussi étroitement qu'elle vient de le faire avec celle de Vienne. Je sais même de bon lieu que la convention de V. M. a ajouté un intérêt singulier au succès de cette négociation, que le roi de France a écrit de sa main plusieurs lettres à l'impératrice reine pour en applanir les difficultés, et qu'il a désiré la signature de ce traité avec tant de chaleur, que personne dans le conseil n'a osé s'y opposer. J'ajouterai encore — — qu'on l'accuse (V. M.) avoir tenu dans ces derniers temps différents propos sur le ministère de France et sur la nation, qui ont été rapportés au roi et qui à ce qu'on prétend n'ont pas peu contribué à augmenter son aigreur et le mécontentement qu'il avoit conçu. On m'a assuré entr'autres, qu'il étoit revenu au roi, que V. M. avoit dit ouvertement, que le gouvernement François étoit trop foible pour que ses alliés puissent avoir aucune confiance en lui, et que c'étoit un royaume où il y avoit beaucoup de bras, mais peu de têtes.

32. Auszug aus einem Briefe, Petersburg d. d. 22 Juni 1756.

Juni 22. Petersburg.

Alle Kriegspreparatorien zu Wasser und zu Lande seynd hier auf einmahl sistiret und contremandiret worden, und die reguliere Trouppen sowohl als die irreguliere, die im march nach Liffland waren, haben ordre erhalten sich zurück zu ziehen. Man ist hier nicht so böse als man es wohl zu seyn scheinen wolte. Engelland und dessen Ministre haben ihre Sachen hier verdorben. Man sucht nun hier mit aller Macht und Gewalt die Freundschafft von Frankreich, dieses wird hier keine Mühe kosten, und man wird bald hören, was vor Ministres von beyden Theilen benand seynd.

33. Friedrich II an Knyphausen.

Juni 26. Potsdam.

— Finalement je vous ferai une question —, savoir, si je venois à être attaqué par la Russie et que je me visse entraîné dans une guerre avec la reine de Hongrie, ce qu'alors je pourrois attendre de la France; si elle ne remueroit pas à cette occasion, et si contre ses intérêts essentiels, elle voudra se mêler des troubles de l'Allemagne ou non? Question à laquelle vous répondrez sur votre conscience et honneur avec toute l'exactitude qu'il se pourra.

34. Knyphausen an den König.

Juli 2. Paris.

— — Je passe maintenant au dernier article de la lettre susallégué de V. M. (du 12 Juin), par lequel elle me demande des éclaircissements sur la façon actuelle de penser de M^me^ de Pompadour, du S^r^ de Machault et du maréchal de Belleisle à son égard. La première a toujours regardée V. M. comme un prince hardi et entreprenant et qu'elle a redouté à differens égards, non seulement comme pouvant entraîner le roi dans des entreprises qui seroient contraires à ses vues personnelles, mais aussi comme pouvant par les seuls exemples qu'elle donne à ce prince et l'émulation que sa conduite est capable d'inspirer, le tirer de l'état d'indolence et d'inaction dans lequel on cherche à

l'entretenir. Elle n'a dont jamais été portée pour V. M. en aucune occasion. Les ministres d'Angleterre et d'Autriche ont de tout temps été ceux qu'elle a le plus favorisés, et elle a saisi avec un empressement singulier l'événement de la neutralité conclue entre V. M. et l'Angleterre pour déterminer le roi et le conseil à adopter le plan proposé à elle à différentes reprises par le C^te^ de Caunitz. Le S^r^ de Machault a de tout temps été entièrement dévoué à la marquise; il suit en tout sa volonté et se conforme à son avis en toutes les occasions. Il est, ainsi qu'elle, l'ennemi juré du comte d'Argenson, et en cette qualité ainsi qu'en celle de ministre de la marine, toutes les liaisons qui peuvent servir d'acheminement à une guerre de terre lui répugnent singulièrement. Ce seroit donc se faire une illusion bien grossière que de le mettre au nombre des partisans de V. M. Mais heureusement il influe peu sur les affaires étrangères et est doué d'ailleurs de peu d'activité et d'expérience. Le maréchal de Belleisle a été de tout temps le partisan le plus zélé et le plus ardent de V. M., qu'elle ait eu dans ce pays-ci. Mais sa convention de neutralité avec l'Angleterre a prodigieusement rallenti la chaleur avec laquelle il parloit autrefois en sa faveur et l'a d'autant plus affligé et humilié, que c'étoit lui qui avoit été le principal promoteur de la mission de M. de Nivernois, et qui avoit rassuré le conseil sur les soupçons qu'on commençoit déjà à avoir ici lors du départ de ce dernier. Cet événement, joint à l'indisposition actuelle du roi et de son conseil contre V. M., fera que le maréchal de Belleisle n'hazardera jamais d'ouvrir aucun avis en sa faveur. Mais je suis persuadé qu'indirectement et pour peu qu'il fut sûr d'être soutenu dans le conseil il se prêteroit avec empressement à tout ce qui pourroit contribuer au rétablissement de l'ancien systèmè. Je ne laisserai cependant point ignorer à V. M. que les ménagements, qu'il se croit obligé de garder à cet égard, sont si grands, qu'ayant ci-devant été intimément lié avec moi, il évite maintenant de me voir et ne me parle qu'avec la plus grande réserve. J'éprouve le même traitement de la part de tous ceux qui ont quelque influence dans les affaires, et c'est en essayant beaucoup de dégoûts et de peines que je viens à me procurer les notions dont j'ai besoin pour informer V. M. de ce qui me paroît digne de son attention et de sa curiosité.

1756
35. Knyphausen an den König und das Ministerium.

Juli 4. — les conférences de l'ambassadeur d'Espagne avec l'abbé de
Paris. Bernis et le c^te^ de Starhemberg deviennent de jour en jour plus fréquentes. Il passe toujours pour constant que ces pourparlers ont non seulement pour objet l'accession de l'Espagne au traité de Versailles, mais qu'il s'agit aussi d'une convention particulière par laquelle S. M. Catholique s'engageroit à assister la France de toutes ses forces maritimes tant dans les mers d'Amérique que dans celles de l'Europe, tandis que S. M. T. C. promettra de céder à l'Espagne toutes les conquêtes qu'elle pourroit faire sur l'Angleterre dans la Méditerranée ainsi que de s'employer auprès l'I. R. pour prendre des arrangemens définitifs et permanens relativement aux établissemens des Infants en Italie. Il vient même de m'être assuré de très-bon lieu: qu'afin de mieux témoigner à l'Espagne, combien on désire ici d'ôter toute pierre d'achoppement par rapport à ce dernier article, on a déjà invité la cour de Naples d'accéder au susdit traité, et il vient d'arriver un courrier du marquis d'Ossun à Versailles qui doit avoir été chargé — d'un projet d'accession du roi des Deux-Siciles. — La démission du comte de

St. Severin ainsi que celle du marquis de Puisieulx, qui vient de se retirer du conseil, et lesquelles quoiqu'elles ayent été volontaires, ont pourtant vivement été sollicitées par l'abbé de Bernis et le parti dominant, prouvent suffisamment, combien on est empressé ici de captiver l'amitié de l'Espagne en expulsant du conseil tous ceux qui ont été les instrumens du traité d'Aix-la-Chapelle et par là les auteurs du refroidissement qui a subsisté depuis cette époque entre les cours de Madrid et de Versailles.

36. Friedrich II an Knyphausen[1]. 1756.

J'ai reçu votre rapport du 2 de ce mois. Je suis très content de la relation immédiate que vous y avez jointe. Dans la conjoncture présente il ne m'importe pas d'apprendre des choses agréables, mais de savoir des vérités. C'est pourquoi aussi vous ne devez point me ménager, mais me mander tout purement et naturellement les choses telles qu'elles sont véritablement. Cependant il est toujours bon, afin que les propos mauvais et mal-fondés qui se débitent là où vous vous trouvez ne fassent pas trop d'impression au public ni s'enracinent pas tout-à-fait, vous devez avoir soin de glisser dans le public, en parlant là-dessus à toute sorte de gens, les ministres de France exceptés, auxquelles vous n'en direz rien, les insinuations suivantes; savoir que quant à l'animosité de la cour de Vienne contre moi, on avoit raison de dire en France, qu'elle étoit aussi grande et extraordinaire, que si on sentoit là, que la France restant alliée avec moi sauroit avoir tôt ou tard la guerre avec les Autrichiens, il falloit que j'avouasse qu'on accusoit juste là-dessus. Cependant comme les François marquoient tant de répugnance pour m'assister dans une guerre où je pourrai être engagé avec l'Autriche, il me paroissoit que cela justifioit les mesures que j'avois pris dans la guerre présente. — — —

Juli 13. Potsdam.

Si donc ou s'imagine en France, que je serois obligé de faire la guerre sans raison quand ils le jugeroient à propos, ils se sont lourdement trompés; je croyois être leur allié et non pas leur valet. Faites remarquer surtout à vos beaux raisonneurs la contradiction dans laquelle ils tombent. Les uns disent que je suis trop puissant, et que la France doit s'opposer à mon agrandissement. Les autres disent que ce n'est qu'une force précaire, qui n'est que l'ouvrage de l'industrie, que la Prusse sera un allié qui deviendra à charge à la France, c'est donc dire que la Prusse est trop foible. Que ces gens, de grâce! se décident donc et conviennent avec eux-mêmes, si je suis trop puissant ou trop foible pour eux. Je me suis aperçu de longue main, qu'on avoit en France de la prédilection pour la cour de Vienne et de la méfiance contre moi; auroit-il été prudent, vu la façon de penser de vos gens, de s'embarquer avec eux à tout hazard? Quant au système qu'ils ont adopté présentement, il est si forcé et si contraire à leurs intérêts permanents, qu'il faut attendre qu'ils en sentent eux-mêmes l'incompatibilité avec évidence, mes démarches leur paroîtront innocentes dès qu'ils verront, que la maison de Bourbon et celle d'Autriche ont des vues et des intérêts diamétralement opposés, mais à présent qu'ils abondent encore dans leurs sens, et qu'ils sont dans les premiers moments de leur ivresse, il faut les laisser aller, jusqu'à ce qu'ils commencent à cuver leur vin.

Sur ce qu'ils m'accusent d'agir durement envers mes voisins (ces voisins qu'on sousentend sont le roi de Pologne et le duc de Mecklen-

[1] Eigenhändig concipiert.

bourg) je prie qu'on me dise si jamais j'ai envoyé contre le gré de ces princes des corps de troupes comme les François vont en envoyer aux Génois, et si je les ai traité avec la hauteur que le S[r] Affry a traité les Hollandois? Mais voilà les choses que leur amour propre leur cache et dont ils ne conviendront point. Un roi de France, à ce qu'on dit à présent, est un assez grand prince pour endurer des avances, pour moi, qui ne suis qu'un petit prince en comparaison de lui, je préfère mon honneur à la possession de toute la terre, et j'avoue que je n'ai pas la modération de me voir insulter impunément ni par un roi de Pologne, ni par un duc de Mecklenbourg. François I, qui étoit un preux chevalier, auroit sûrement décidé en ma faveur. Et sur ce etc.

1756

37. Knyphausen an den König.

Sire

Juli 15. Compiègne. J'ai reçu la lettre de V. M. du 29 de Juin et ai fait tout ce qui a dépendu de moi conformément aux ordres qu'elle m'a donnés par ses précédentes dépêches pour approfondir si les soupçons qu'elles renferment relativement au traité conclu à Versailles se trouvent effectivement fondés. Tout ce que j'ai pu découvrir à cet égard me confirme dans l'opinion où je suis, que ce traité ne renferme jusqu'à présent point d'autres articles que ceux qui ont été rendus publics, et qu'on n'y a pris aucunes mesures offensives contre aucune puissance. Je crois aussi pouvoir assurer V. M. de la manière la plus positive que tout ce qui s'est répandu d'un prétendu projet qu'auroit formé la cour de Vienne pour exciter une guerre dans l'Empire entre les princes protestants et catholiques, dont il est fait mention dans la lettre immédiate du 19 de Juin est également faux et controuvé. Mais en même temps il me revient de fort bon lieu que les cours de Vienne et de Versailles, qui sont tellement énivrées du nouveau système qu'elles viennent de former, qu'elles voudroient pouvoir l'eterniser, lèvent tous les obstacles qui sauroient s'y opposer et travaillent avec la plus grande vivacité pour prendre des arrangemens stables et définitifs relativement à l'échange des Pays-bas Autrichiens contre les possessions des Infants en Italie. On prétend qu'il n'est non seulement question d'échanger les duchés de Parme et de Plaisance, mais même les royaumes de Naples et de Sicile à la mort de S. M. Catholique contre la totalité des Pays-bas, qui à l'exception de l'établissement qu'on formeroit pour l'infant Don Philippe seroient cédés à la France, laquelle, afin de déterminer l'Espagne à ratifier cet échange, s'engageroit à lui céder l'Isle de Minorque et Gibraltar â la fin de la guerre présente. L'objet de cet arrangement seroit de détruire toute rivalité entre les maisons de Bourbon et d'Autriche en rendant cette dernière toute-puissante en Italie où la république de Gênes et les états du roi de Sardaigne la sépareroient totalement de la France, tandis que la cession susmentionnée des Pays-bas éleveroit d'un autre côté un mur éternel de séparation entre ces deux cours du côté de la Flandre. Ce projet a, selon ce qu'on assure, été extrêmement goûté par la cour d'Espagne, qui, dit-on, est très disposée d'y entrer: mais l'on prétend que le roi de Naples, qui destine les royaumes de Naples et de Sicile à son avénement au trône d'Espagne à un de ses fils cadets, n'y veut nullement entendre et pousse même l'opiniâtreté à cet égard au point qu'il refuse à accéder au traité de Versailles, quoique les parties contractantes l'y ayent invité. J'ignore jusqu'à quel point ce soupçon est fondé; mais il est certain que la négociation dont est chargé le comte de Starhemberg est relative a

l'Espagne, l'ambassadeur de cette cour assistant fréquemment aux conférences que M. Rouillé et l'abbé de Bernis ont avec le ministre de LL. MM. II. Tel est à ce qu'on prétend le plan de la négociation à laquelle travaillent actuellement les cours de France, de Vienne et de Madrid. Mais l'on assure en même temps que le ministère Autrichien, dont l'objet principal est de détacher entièrement la France de V. M. et de se prévaloir s'il est possible en ce moment pour l'attaquer, insiste vivement sur l'extrême importance, dont il seroit que les deux cours se concertassent dès-à-présent par un traité séparé sur les mesures qu'il conviendroit de prendre au cas que V. M. prît des engagements plus particuliers avec l'Angleterre et qu'aidée de ses alliés en Allemagne elle attaquât la maison d'Autriche en haine de son traité avec la cour de France. Il m'est revenu, que dans la vue de déterminer la France d'autant plus aisément à un pareil traité, on lui a insinué que, s'il se formoit effectivement quelque orage en Allemagne, et que la cour de Vienne, aidée par la France et ses alliés, parvînt à dépouiller V. M. de la Silésie, elle pourroit céder à cette dernière la totalité des Pays-bas en récompense de l'assistance qu'elle lui prêteroit, ce qui pourroit réaliser tout d'un coup l'exécution du projet qu'on a formé et dont il a été fait mention ci-dessus. A quoi on a ajouté, qu'en attendant qu'on prit des arrangemens définitifs à cet égard, il seroit nécessaire qu'on se concertât pour priver V. M. de toutes les ressources qu'elle sauroit trouver pour l'exécution des desseins qu'elle pourroit avoir formés en faveur de l'Angleterre. C'est en conséquence de ces insinuations qu'on a entamée avec la Russie la négociation dont est chargé le S[r] Douglas et qu'on s'est considérablement échauffé envers la Bavière, qu'on enlevera certainement à l'Angleterre, si la dernière ne met promptement les fers au feu. Je sais d'ailleurs de fort bon lieu que la cour de Vienne ne s'en tient pas aux représentations, dont je viens de rendre compte; mais qu'afin de parvenir d'autant plus promptement à ses fins et de presser la conclusion du traité qu'elle propose, elle répand ici avec affectation que V. M. fait marcher un nombre considérable de troupes en Silésie, et qu'elle leur fait faire des mouvemens très suspects du côté de la Bohème. Le ministère de France est tellement imbu de ce soupçon et en est si vivement alarmé qu'il en a témoigné la plus grande inquiétude à différentes personnes de ma connoissance et qu'il les a chargées de me sonder indirectement sur ce qui pourroit en être. Cette inquiétude que je sais être très-sincère prouve, ce me semble, de la façon la plus incontestable, qu'on est fort éloigné ici jusqu'à présent d'avoir pris contre V. M. des engagemens offensifs. Mais en même temps il est à craindre que pour peu que ce soupçon continue à germer, il ne produise des effets très-conformes aux vues de la cour de Vienne et qu'elle n'entraîne le ministère de France, auquel elle a su inspirer une confiance aveugle, dans des engagemens très-contraires à la tranquillité publique et aux intérêts de V. M. Il sera donc nécessaire, ce me semble, qu'elle désabuse promptement et d'une façon authentique le ministère de France sur les soupçons qu'on cherche à lui donner, et qu'elle ne néglige rien pour la convaincre de l'innocence de sa conduite et de ses vues. Je crois aussi ne pas devoir laisser ignorer à V. M. à cette occasion que je m'aperçois par moi-même et que différents membres du conseil ont aussi fait entendre à plusieurs personnes de mes amis, que les menaces qu'elle avoit fait faire à la Suède, et que la conduite qu'elle observoit envers le duc de Mecklenbourg prouvoient bien que ses intentions n'étoient nullement pacifiques, et qu'elle ne cherchoit qu'à troubler la paix de l'Europe.

D'un autre côté il m'a été assuré de fort bon lieu, que la Saxe a fait témoigner par son ministre, qu'elle étoit extrêmement inquiète de différents mouvements de troupes que V. M. faisoit du côté de ses frontières, et que le C. de Broglie en a écrit dans le même sens au ministère de France. M. Rouillé s'est même avancé jusqu'à me parler lui-même de ce bruit, quoique seulement par manière de conversation et dans les termes les plus polis. Mais sur les assurances que je lui ai données du contraire il m'a dit sans aucun déguisement, qu'il désiroit d'autant plus ardemment que les dispositions de V. M. fussent en effet aussi pacifiques que je les lui présentois, attendu que si elle prenoit la résolution d'attaquer la maison d'Autriche dans la conjoncture présente, la France ne sauroit se dispenser, par la nature des engagemens qui subsistoient maintenant entre elle et cette cour, de se réunir avec elle pour repousser de pareils efforts. A quoi il a ajouté que la France se trouveroit en pareil cas exactement dans la même position que V. M. si sa cour prenoit la résolution d'attaquer l'électorat d'Hannovre, dont elle avoit garantie la neutralité. Il est donc à appréhender que, si la cour de Vienne parvient à fortifier à un certain point les soupçons qu'elle a déjà excités ici contre V. M., elle ne réussisse aussi dans le dessein qu'elle a formé de se concerter par un traité séparé avec la France sur les mesures qu'il conviendroit de prendre au cas qu'elle fût attaquée par V. M. en haine du traité de Versailles. Je pense donc qu'il est essentiel, que V. M. cherche à parer ce coup de bonne heure en évitant soigneusement tout ce qui pourroit tendre à favoriser les bruits que ses ennemis affectent de répandre et en cherchant à convaincre qu'elle n'a aucunes vues offensives contre aucune puissance. Mais je suis persuadé en même temps, que ce n'est pas le seul écueil que V. M. ait à craindre, et qu'elle est menacée d'autres revers dont les effets ne seront pas moins fâcheux pour elle. Je veux dire que j'ai tout lieu de supposer que la cour de Vienne fera les plus grands efforts pour déterminer la France à attaquer l'électorat d'Hannovre, afin d'avoir un prétexte pour pouvoir tomber impunément sur V. M. dans le cas où elle s'opposeroit à la diversion. J'ai à la vérité peine à croire qu'on se prêteroit aisément à une pareille démarche; mais comme on pourroit être forcé à ce parti par quelque échec sur mer et qu'il y a d'ailleurs un parti considérable dans le conseil, qui désire fort une guerre de terre, cette conjecture pourroit fort bien venir à se vérifier avec le temps et peut-être dans le courant de l'année prochaine, la distribution actuelle des troupes françoises ne permettant pas qu'elle puisse avoir lieu cette année. Il est certain qu'un pareil événement rempliroit toutes les vues que la maison d'Autriche peut s'être proposées par le traité de Versailles, par lequel elle s'est privé d'un allié considérable, auquel elle n'auroit certainement pas renoncé, si elle n'eût eu l'espérance de s'en dédommager par le projet dont je viens de faire mention. Plusieurs personnes pensent même qu'elle pourroit bien proposer à la France d'entreprendre cette diversion à ses risques moyennant un subside que la France lui payeroit à cet effet, uniquement dans la vue de détacher entièrement cette cour de V. M. et de l'entraîner dans une guerre contre elle. Il est certain que si un pareil événement venoit à avoir lieu et que V. M. se vît en devoir de remplir les engagemens qu'elle a contractés avec l'Angleterre, la France se livreroit toute entière à son ressentiment et laisseroit agir librement la maison d'Autriche sans prendre conseil de ses vrais intérêts et sans se laisser arrêter par les inconvéniens qui pourroient par la suite en résulter pour elle. Je suis donc persuadé que ce seroit se faire une illusion bien grossière que

d'imaginer que V. M. pourroit en pareil cas s'attendre à aucun secours de la part de la France, à laquelle le ministère Autrichien a tellement fasciné les yeux qu'on ne sauroit se flatter de pouvoir la désabuser. Comme il me semble que la question que V. M. me fait à cet égard dans sa lettre du 26 de Juin n'est applicable qu'à ce cas, je crois qu'il seroit superflu d'entrer sur ce point en de plus grands détails, n'étant point à supposer que la maison d'Autriche attaqueroit V. M. sous d'autres prétextes que ceux dont je viens de faire l'énumeration. Il me semble donc qu'il résulte des observations que je viens d'exposer qu'il faut distinguer dans la conjoncture présente les vues de la France d'avec celles de la maison d'Autriche, qui fera certainement les plus grands efforts pour déterminer la France à porter la guerre en Allemagne, afin de pouvoir la détacher tout-à-fait de V. M. et d'avoir un prétexte pour l'attaquer. Mais en même temps V. M. peut être persuadée que cette diversion n'aura certainement pas lieu cette année et que la France ne s'y déterminera que très-difficilement, pour peu qu'elle continue à avoir les mêmes succès sur mer qu'elle a eus jusqu'à présent. Telle est, Sire, le précis de tout ce que j'ai pu découvrir jusqu'à présent relativement aux négociations des cours de Vienne et de Versailles, le secret qu'on garde à cet égard étant si grand et su de si peu de personnes, que je n'ai pu faire usage d'aucune des voies, que V. M. m'a indiquées, pour me procurer des notions plus détaillées.

38. Friedrich II an Knyphausen.

1756

Juli 17. Potsdam.

— Vous supposez que les avis qu'on a, que la cour de Vienne voudroit se réunir avec la Russie pour attaquer mes états sont destitués de tout fondement, et croyez que la France — se reconnoîtroit de son erreur. — A cela je vous réponds, que les arrangemens militaires que les Autrichiens font actuellement, deviennent de jour en jour plus dangereux et m'inspirent les plus forts soupçons d'un dessein pris contre moi. Le bruit entre eux est général qu'ils m'attaqueront si non cette année-ci encore, qu'au moins cela se feroit certainement dans celle qui vient. On a voulu m'assurer qu'ils faisoient défiler des troupes d'Italie. Je ne saurois vous l'écrire positivement, mais ce qui je puis vous prédire c'est que, s'ils font marcher des troupes d'Italie en Allemagne, je ne le regarderai jamais avec indifférence, mais me mettrai en avantage, et alors il ne faut plus douter que la guerre ne s'ensuive.

39. Friedrich II an den Geheimenrath von Klinggräff in Wien[1].

Juli 18. Potsdam.

Vous demanderez une audience particulière de l'impératrice reine, et quand vous y serez admis, après les complimens ordinaires, vous lui direz en mon nom, quoique modestement et avec toute la décence convenable, qu'apprenant de beaucoup d'endroits les mouvemens que ses troupes faisoient en Bohème et en Moravie et le nombre des régimens qui s'y rendoient, je demandois à l'impératrice, si cet armément se faisoit à dessein de m'attaquer? Si elle vous répond, que c'étoit à l'exemple des mouvemens, que j'avois fait faire à mes troupes, vous lui direz convenablement, qu'il vous paroissoit que les cas étoient tout différens, qu'il vous étoit connu que j'avois fait filer des troupes

[1] Im Auszuge publiciert Valori mém. I 129 u. ö.

en Poméranie, mais que rien n'avoit remué sur ses frontières, ni qu'aucune de mes dispositions ne lui auroit pu donner de l'ombrage.

Si elle vous répond, que chacun étoit maître de faire chez soi ce qu'il veut, tenez-vous-le pour dit et contentez-vous de sa réponse. Si elle vous dit qu'elle faisoit assembler des camps en Bohème et en Moravie comme toutes les années, faites lui remarquer la différence du nombre des troupes, des magazins, des préparatifs de guerre, et demandez-lui, si c'étoit toute la réponse qu'elle avoit à vous donner. Si elle vous parle de l'affaire de Mecklenbourg ou des bisbilles que nous avons touchant le commerce et cent autre choses sur nos frontières, prenez le tout *ad referendum* et dépêchez votre courier.

Vous vous rendrez après votre audience conter au Sr. Keith de ce que s'y est passé et vous tâcherez d'en semer la nouvelle dans toute la ville, à moins que l'impératrice ne vous recommande expressément le secret.

Et sur ce etc.

1756

40ª. Friedrich II an Mitchell[1].

Friedrich II theilt Mitchell einen Bericht vom 18 Juli über das österreichische Lager bei Eger mit und fügt das eigenhändige Postsriptum hinzu:

Juli 24. Potsdam. J'en ai reçus bien d'autres encore, il ne me reste plus que *prevenire quam preveniri.*

40ᵇ. Friedrich II an Knyphausen.

Juli 24. Potsdam. — Le plan est arrêté entre les deux cours impériales de m'attaquer à la fois, et je sais qu'on l'auroit exécuté dès cette année-ci, mais qu'on a été obligé de le renvoyer jusqu'au printemps prochain parceque le corps de troupes que la Russie a tenu dans la Livonie et la Courlande ne va qu'à 53000 hˢ effectifs, qu'elle voudroit bien à 75 ou 80000 hˢ, et parceque d'ailleurs la cour de Vienne a de son côté aussi encore bien de détails a régler pendant l'hiver, avant d'avoir ajusté le tout au point de pouvoir mettre son vaste projet en exécution.

Quant à moi, je verrai ce que j'aurai à faire de ma part dans ces occurrences pour ne pas être pris au dépourvu et ce que ma sûreté demandera.

41. Friedrich II an Knyphausen[2].

Juli 26. Berlin. J'ai bien reçu votre dépêche du 15 de ce mois, et pour vous mettre au fait des complots qui se trament actuellement en Europe contre moi, vous saurez (n. b. *toute l'affaire des Russes et Autrichiens avec tous les détails que j'en ai, le renvoi de leur projet à l'année qui vient).*

Vous pouvez voir par ce complot monstrueux que la guerre est inévitable pour moi, que de quelque façon que les choses tournent en Europe il m'est impossible de l'éviter, pour détromper cependant les François des impostures que les Autrichiens ne cessent de leur débiter, vous direz à M. Rouillé que ce qui lui donne tant d'ombrage de mes armemens se réduit simplement à des mesures défensives que j'ai pris

---

1 Aus den Mitchell Papers im Britischen Museum.
2 Eigenhändig concipiert.

dans mon pays pour être à couvert des desseins, que je savois que les Autrichiens et la cour de Pétersbourg avoient formés contre moi, que si la cour de Vienne faisoit du bruit pour quatre régimens d'infanterie que j'avois fait marcher en Poméranie et de ce que j'avois mis mes forteresses de Silésie hors d'insulte, elle découvroit bien la mauvaise volonté qu'elle avoit contre moi, tandis que je n'ai rien dit des grands amas d'artillerie qu'elle fait sur mes frontières et des prodigieuses levées dont elle augmente ses troupes et les renforce en Bohème et en Moravie. Vous donnerez copie au M. Rouillé des ordres ci-joints qui ont été donnés au M. Klinggräf à Vienne pour demander des éclaircissemens à l'impératrice sur ce qui me fait soupçonner ses intentions; ce qui se passera ultérieurement dans cette négociation vous sera fidèlement communiqué pour être par vous remis au M. Rouillé. Les François qui n'ont pas les yeux fascinés verront de cette négociation que, si les intentions de l'I. R. sont nettes, si ce traité dont on l'accuse avec tant de certitude est faux, il ne tiendra qu'à elle de perpétuer la paix, mais si elle ne me donne pas les assurances que de droit j'exige d'elle, alors ce n'est plus celui qui attaque qui est l'agresseur mais bien celui qui a formé le projet de faire la guerre à l'autre.

Je regarde le ministére François trop foible et trop borné pour se garder des embûches de celui de Vienne, le c^te Caunitz les menera et les poussera si fort en avant, qu'alors ils n'ouvriront les yeux que trop tard; j'en suis fâché, ma situation est hazardée de toutes les manières, je ne puis m'en tirer que par un coup hardi. Valory a fait ici une déclaration dont j'ai vu qu'il étoit honteux lui-même, elle consistoit à m'annoncer assez sèchement que, si j'attaquois la reine d'Hongrie, le roi de France son allié seroit obligé de la secourir, comme je me trouverois obligé à secourir le roi d'Angleterre en cas qu'ils l'attaquassent. Je vois par là que toute la trame des Russes et des Autrichiens leur est inconnue, vous pouvez leur en glisser quelque chose, mais vous ne leur développerez tout le secret d'iniquité que lorsque vous aurez reçu le second mémoire que Klinggräf a ordre de présenter. Sur ce etc.

42. Friedrich II an Klinggräff.

1756 Aug. 2. Potsdam.

Immédiatement après la réception de cette lettre vous demanderez audience de l'I. R. Vous lui direz que je suis fâché de l'importuner encore, mais que c'est indispensable dans la situation présente des affaires, dont l'importance exige des explications plus claires que celles qu'elle vient de me donner. Ni les états de l'impératrice ni ceux de ses alliés sont menacés d'aucune attaque, mais bien les miens. Il faut que l'impératrice sache pour ne lui rien dissimuler que je suis informé d'une manière à ne pas en douter, qu'elle a fait au commencement de cette année une alliance offensive avec la cour de Russie contre moi. Il y est stipulé que les deux impératrices m'attaqueront inopinément, celle de Russie avec 120 m. hommes et l'I. R. avec une armée de 80 m. combattans. Ce projet qui devoit se mettre en exécution dès le mois de May de cette année a été différé à cause que les troupes Russes ont manqué de recrues, leur flotte de matelôts et la Finlande de blé pour les nourrir. Les deux cours sont convenues de ne remettre les choses que jusqu'au printemps qui vient, et comme il me revient à présent de toute part que l'impératrice rassemble ses forces principales en Bohème et Moravie, que les troupes campent à peu de distance de mes frontières, qu'on fait des magazins et amas considérables de mu-

nitions de guerre et de bouche, que l'on tire des cordons de houssards et de Cravates le long de mes frontières, comme si nous étions en pleine guerre[1], je me crois en droit d'exiger de l'impératrice une declaration formelle et cathégorique, consistant dans une assurance [verbale ou par écrit], qu'elle n'a aucune intention de m'attaquer ni cette année-ci, ni l'année qui vient; [soit que cette déclaration se fasse par écrit ou verbalement en présence des ministres de France et de l'Angleterre, cela m'est égal et dépend du bon plaisir de l'impératrice]. Il faut savoir si nous sommes en guerre ou en paix; j'en rends l'impératrice l'arbitre; si ses intentions sont pures, voici le moment de les mettre au jour, mais si on me donne une réponse en stile d'oracle, incertaine on non concluante, l'impératrice aura à se reprocher toute la suite qu'attirera la façon tacite dont elle me confirmera par-là les projets dangereux qu'elle a formé avec la Russie contre moi, et j'atteste le ciel, que je suis innocent des malheurs qui s'en suivront[2]. Sur ce etc.

1756

43. Friedrich II an Knyphausen.

Aug. 3. Potsdam. J'ai reçu le rapport que vous m'avez fait du 22 de Juillet. Je crois pénétrer la façon dont la cour de Vienne use présentement envers la France. Quand la dite cour étoit en alliance avec l'Angleterre, elle chipota séparément et sous main avec la cour de Pétersbourg sans en laisser rien entrevoir à celle de Londres, qui ignoroit absolument les concerts que les ministres Autrichiens prenoient avec ceux de Russie. A présent que la cour de Vienne a fait son traité avec la France, elle continue de faire le même manège; elle prend des arrangemens avec la Russie, sans que la France en soit instruit, et tandis que la dite cour ne témoigne que des sentimens pacifiques à la France, elle se lie avec la Russie par des engagemens offensifs contre moi, en sorte que la France en est la dupe toute comme la cour de Londres en a étée autrefois. A présent la susdite cour de Vienne ne travaille que de m'agacer par des démonstrations guerrières qu'elle fait en Bohème et en Moravie en y assemblant deux gros corps d'armées.

44. Friedrich II an Knyphausen.

Zu der Mittheilung der zweiten Anfrage in Wien:

Aug. 7. Potsdam. Ce sera cette réponse de l'impératrice que j'attends qui réglera mon sort, et à moins qu'elle ne soit cathégorique la guerre éclatera incessamment.

---

[1] Das folgende ist von Raumer, Beitr. II 374 aus den Mitchell Papers publiciert.

[2] Das auf Grund dieser Instruction von Klinggräff redigierte Memoire s. Valori Mém. II 162 ff. u. a. O. Die oben eingeklammerten Worte sind darin gemäſs späterer Instruction weggelassen. Das Memoire schlieſst: le soussigné a ordre de demander sur ce que ci-dessus une réponse prompte, cathégorique et par écrit, ainsi que S. M. l'I. R. le lui a fait promettre en dernier lieu par S. E. Monsieur le Grand-Chancelier de la cour, le C. de Kaunitz-Rittberg.
Vienne le 18 Août 1756. KLINGGRÄFF.

45[a]. Friedrich II an Knyphausen.

1756

— toutefois n'ai-je conclu ma convention avec l'Angleterre que pour conserver la tranquillité en Allemagne; c'est là à quoi étoient dirigées toutes mes mesures; mais que les Autrichiens en soyent irrités au point de vouloir mettre tout en combustion, il n'y va pas de ma faute; et je ne saurois que me tenir sur mes gardes et qu'employer les moyens propres à empêcher de n'être pas opprimé, ce qui sauroit se faire sans alliances. Aug. 14. Potsdam.

45[b]. Friedrich II an Knyphausen.

— Vous tâcherez d'ailleurs de faire bien comprendre à tout ce qu'il y a de bien-intentionné pour moi la distinction solide et fondée entre l'agresseur et entre les premières hostilités; que c'est l'agresseur qui fait tous les arrangemens pour mettre son plan en exécution, qui ne veut point venir à des explications et qui n'attend que le moment pour frapper son coup, au lieu que l'autre, qui se voit forcé malgré lui de commettre les premières hostilités pour ne pas être pris mains et pieds liés afin d'être égorgé impunément, n'agit qu'à son corps défendant. Comme cette distinction est exactement conforme au droit de nature et des gens, vous tâcherez de la établir en mieux. Aug. 16. Potsdam.

46. Friedrich II an Knyphausen.

J'ai reçu la dépêche que vous m'avez faite du 8 de ce mois. En conséquence duquel[1] je vois que le principal argument des Autrichiens pour me brouiller avec la France consiste dans l'intimité qui règne à présent entre le roi de la Grande Bretagne et moi. C'est donc ce soupçon de nouvelles liaisons que j'ai pris selon eux, dont vous devez vous efforcer à les détromper. Aug. 21. Potsdam.

1°. Vous pouvez dire hardiment que jusqu'ici il n'y avoit d'autre lien entre l'Angleterre et la Prusse que cette convention que le duc de Nivernois a vue et qui est très-innocente, comme je vous assure sur mon honneur, que c'est en cela que consiste tous nos engagemens; vous pouvez en parler avec la plus grande assurance.

2°. Vous pouvez y ajouter qu'à la vérité il étoit naturel et simple que dans un moment de crise comme l'est celui-ci j'aie plus d'intimité envers une nation qui m'a garanti mes possessions qu'envers une autre qui a refusé mon alliance, que par conséquent personne ne peut trouver à redire que je m'adresse à mes amis pour prendre des mesures pour ma défense.

3°. Que la mauvaise volonté des Autrichiens contre moi étoit claire, et que quoique la France fût en alliance avec eux, cela ne m'empêcheroit pas de prendre des mesures pour ma propre défense et même en cas de besoin pour prévenir les desseins de mes ennemis; qu'il y avoit deux mois que j'aurois pu attaquer la reine d'Hongrie au dépourvu si je l'avois voulu, que je lui laisse amasser tranquillement une armée de $\frac{90}{m.}$ combattants, mais que si je ne reçevois pas une réponse nette et satisfaisante au dernier mémoire du Sr. Klinggräf, personne ne m'empêcheroit de prévenir les mauvais desseins de cette princesse, que je savois que la Russie s'en mêleroit l'année qui vient, mais que voyant

[1] Das folgende nach dem eigenhändigen Concept des Königs.

qu'après tout ce que j'avois fait pour empêcher cette guerre elle devenoit inévitable, je m'y porterois sans ménagement.

4°. Que jusqu'ici je n'avois point soupçonné la bonne foi des François envers moi, mais que je savois de science certaine les offres que l'I. R. vouloit faire en France pour attirer cette puissance dans la conspiration qu'elle a formée contre moi, et comme la politique de cette princesse m'est connue, je m'attendois à voir employer de sa part les impostures les plus noires pour aigrir l'esprit du gouvernement contre moi et pour profiter d'un moment d'humeur afin de l'entraîner dans ses vues: que rien ne pouvoit se comparer à ces temps que ceux de la ligue de Cambray, à la différence, qu'on ne viendroit pas aussi facilement à bout de la presse qu'on pouvoit se l'imaginer, et que certainement cela donneroit lieu à une guerre générale dont on ne pouvoit pas prévoir la fin, qu'il me seroit douloureux de voir employer à ma ruine des troupes avec lesquels j'avois été allié longtemps et qui se souviendroient encore de la diversion qu'en 1744 je fis en leur faveur, et qu'il falloit espérer que le grand mouvement, que cette guerre pourroit causer, remettroit les liqueurs de l'Europe dans leur équilibre naturel.

1756

47. Friedrich II an den Freiherrn von Maltzahn in Dresden.

Aug. 26. Potsdam.

Les procédés injustes et les desseins dangereux de la cour de Vienne me forcent d'en venir à des extrémités que j'aurois voulu éviter pour l'amour de la paix et de la tranquillité publique, et ces mêmes circonstances me mettant malgré moi dans la nécessité de faire marcher mon armée en Saxe pour entrer en Bohème, vous vous rendrez immédiatement après la réception de cette dépêche auprès du C. de Brühl et lui demanderez d'être admis le plutôt possible à l'audience de S. M. Polonoise. Après quoi vous déclarerez à ce prince ou même simplement à son ministre, au cas que l'audience auprès du roi rencontrât des difficultés ou des retardemens; vous lui déclarerez, dis-je, de ma part, que les brouilleries survenues entre moi et l'impératrice-reine me mettoit à mon grand regret dans la fâcheuse nécessité d'entrer avec mon armée en Saxe, pour aller de là en Bohème, que l'on auroit pour les états du roi de Pologne tous les ménagemens que les circonstances présentes pourroient comporter, que nos troupes s'y conduiroient avec l'ordre et la discipline la plus exacte; mais que je me voyois forcé de prendre mes précautions de manière à ne pas retomber dans la situation où la cour de Saxe m'avoit mis pendant les années de 1744 à 45; que du reste S. M. Polonoise pouvoit être persuadée qu'on auroit pour sa personne et pour sa famille royale toute la considération imaginable et tous les égards, que le malheur des temps et ma propre sûreté pourroit permettre, et qu'en mon particulier je ne désirois rien plus ardemment que de voir arriver l'heureux moment de la paix, afin de pouvoir témoigner à ce prince toute l'étendue de mon amitié et le remettre dans la possession paisible et tranquille de tous ses états, contre lesquels je n'avois jamais eu aucuns desseins offensifs. Vous accompagnerez cette déclaration de tout ce que la politesse pourra vous fournir d'affectueux de ma part et de respectueux de la vôtre, pour lui faire sentir que c'est une affaire de nécessité, de contrainte et d'obligation, et que ce n'est qu'à la cour de Vienne seule, qu'il faut nous en prendre de tout ce que cette situation peut avoir de dur et de désagréable. Et vous ne manquerez pas au surplus de me faire sans perte de temps un rapport fidèle et circonstancié de la réponse qu'on vous aura donnée et du résultat de cette importante commission.

48. Friedrich II an Knyphausen.

1756

Votre rapport du 15 de ce mois m'est bien entré. Le dernier courier du Sr. de Klinggräf m'a apporté hier la réponse de l'I. R. — — Je me vois enfin, toute considération faite, obligé de prendre des mesures pour ma sûreté et de me mettre à cette fin en marche avec mon armée. Aug. 27. Potsdam.

Je ne saurois vous câcher à cette occasion, que la situation où je me trouve étant critique et des plus embarrassantes, qu'aucune considération ne sauroit m'empêcher de prendre mes mesures de manière à ne pas me laisser opprimer impunément par mes ennemis et de me servir des seuls moyens qui me restent pour me tirer de l'oppression de la cour de Vienne et pour prévenir l'effet de ses mauvaises intentions contre moi. Sur ce etc.

49. Ministerielle Instruction für Knyphausen.

— — Et d'abord vous ferez sentir au Sr. de Rouillé que ce n'est pas d'aujourd'hui que la cour de Vienne a commencé à manifester sa mauvaise volonté contre moi; qu'il y a plus de six ans, que cet orage roule sur ma tête; qu'immédiatement d'après la paix d'Aix-la-Chapelle elle avoit formé le plan d'une nouvelle guerre qui pût l'aider à reconquérir la Silésie; que les troubles du Nord et l'élection du roi des Romains lui ayant manqués, elle m'avoit brouillé avec la Russie et avoit travaillé contre moi à limes sourdes dans toutes les cours de l'Europe —. Aug. 31. Berlin.

50. Knyphausen an den König.

— Je ne saurois trouver des expressions assez fortes pour représenter à V. M. l'impression qu'a causée à la cour de France l'entrée des troupes Prussiennes dans l'électorat de Saxe et les incidents dont on prétend que cet événement a été accompagné. M[me] la dauphine — a été informée de cette démarche par un courier que le roi son père lui a dépêché. — Le tableau que LL. MM. Polonoises ont fait à cette princesse de la triste situation dans laquelle cet événement les a constitués a tellement émue sa compassion, qu'on assure qu'elle est allée se jeter aux pieds du roi pour implorer sa protection et la supplier de vouloir bien ne pas abandonner ses parents dans ses conjonctures aussi affligeantes. Il m'est revenu que S. M. T. C. avoit été vivement touchée du récit dont je viens de faire mention et qu'elle avoit promis à M[me] la dauphine de ne rien négliger de ce qui pourroit dépendre d'elle pour tarir le sujet de ses larmes et venger S. M. Polonoise de l'insulte qu'elle avoit reçu. Je sais outre cela que M[me] la dauphine ne s'en est pas tenue à cette première démarche, mais qu'encouragée apparemment par l'effet qu'elle a produit et les promesses qu'elle a occasionnés, elle a prié M. Rouillé d'empêcher que je ne me présente point devant elle Mardi dernier, jour consacré à cette cour-ci aux audiences des ambassadeurs, afin de n'irriter sa douleur et ne lui en retracer le motif. — — — L'on assure aussi que le roi a dit que l'impératrice n'avoit qu'à demander le nombre des troupes qu'il lui falloit et qu'il feroit tout ce qu'il pourroit de la manière la plus efficace. Sept. 10. Paris.

51. Knyphausen an den König.

— J'appréhende vivement que pour peu que continue la fermentation que le désespoir de M[me] la dauphine a excitée dans l'esprit du Sept. 12. Paris.

roi et de son ministère, on ne prenne ici dans la chaleur et le transport du ressentiment des partis très-violents et très-contraires aux intérêts de V. M. En attendant je ne saurois exprimer la révolution subite que la douleur de la famille royale a occasionné dans l'esprit de tous les courtisans, même de toute la nation, et la rapidité avec laquelle elle a soulevé contre V. M. même ceux qui paroissoient être le plus favorablement disposés pour elle et auxquels la réunion des maisons de Bourbon et d'Autriche répugnoit le plus. Ceux dans le conseil qui lui étoient le plus affectionnés sont de ce nombre et déclament avec le plus de véhémence contre les prétendues violences dont le roi de Pologne l'accuse dans ses lettres à M^me^ la dauphine.

1756

52. Knyphausen an den König und das Ministerium.

Über den Stand der Verhandlungen zwischen dem französischen und dem russischen Hofe.

Sept. 27. Paris.

— On prétend que les deux cours sont convenues de s'employer mutuellement pour établir entre elles des liaisons de commerce, qui tendissent à consolider le système qu'elles ont adopté au sujet des conjonctures présentes et à leur faire trouver un intérêt permanent à entretenir la bonne intelligence qui règne actuellement entre elles.

Ce projet — a cependant —, lorsqu'on est venu à en éplucher les détails présenté de grandes difficultés. L'on a observé en premier lieu, que le commerce de l'intérieur de la Russie, qui sert à faire transporter dans les principaux ports de ce royaume les denrées que fournissent les provinces, se fait par des marchands Anglois, qui avancent aux naturels du pays les fonds nécessaires pour ce trafic et qui sont obligés de leur faire des crédits considérables et à des termes fort éloignés, dont les moindres sont d'un an ou de quinze mois. L'on a donc objecté, qu'il seroit très-difficile de trouver en France des négociants qui fussent assez riches pour faire face à de pareilles entreprises ou qui voulussent s'expatrier à une distance aussi considérable. — —

A cette difficulté on en a fait succéder une autre qui consiste en ce que la marine marchande de la France n'est pas assez nombreuse pour pouvoir fournir seule et par ses propres navires à un commerce aussi éloigné et aussi étendu, et qu'elle seroit par conséquent obligée de former quelque entrepôt qui pût la soulager dans sa traversée. Je sais qu'on a jeté pour cet effet les yeux sur la ville de Hambourg.

Mais il reste encore une difficulté — qui regarde les influences qu'un pareil traité de commerce répandroit sur les cours de Suède et de Dannemarc, qui pourvoyent actuellement la France des mêmes denrées qu'elle voudroit tirer de la Russie et qui se trouveroient forcées par un pareil événement de se rapprocher de la Grande-Brétagne. — Il y a apparence même que leurs cours (de Suède et de Dannemarc) seront d'autant plus embarassées de parer ce coup, que la France n'est liée avec la Suède par rapport à son commerce que par une convention très-vague et générale et que le traité de commerce qui subsiste entre la première et le Dannemarc expire l'année prochaine.

53. Ministerialschreiben an Knyphausen. ad mand.

König Friedrich läſst in Betreff der von französischer Seite behaupteten Zusicherung englischer Subsidien an Preuſsen erklären:

que j'étois jusqu'ici fort éloigné d'en demander de cette couronne, tout comme je n'en avois pas tiré de la France pendant la dernière guerre. 1756 Sept. 28. Berlin.

54. Friedrich II an Knyphausen.

— il est a présumer que le ministère de France — conviendra, que je n'ai absolument pu me dispenser de désarmer un ennemi qui ne faisoit qu'épier le moment favorable pour m'enforcer le poignard dans le coeur, dès-lors que je me verrois les mains liées à ne pouvoir parer le coups mortel. — — quoique-je me voie obligé de tenir bloquées les troupes Saxonnes, la table de S. M. le roi de Pologne ne s'en ressent aucunement, le transport des vivres et de tout ce qui est nécessaire pour la servir étant très-permis et ne rencontrant pas le moindre obstacle, la reine de Pologne ayant de son côté reçu les sommes en argent qu'elle a demandées. Sept. 30. Sedlitz.

55. Knyphausen an den König und das Ministerium.

— — que la nation commence à ouvrir les yeux sur les inconvéniens du traité de Versailles, et qu'on déclame avec chaleur sur la disproportion qu'il y a dans le cas de l'alliance où l'on a excepté en faveur de la cour de Vienne la guerre présente entre la France et l'Angleterre sans avoir excepté aucun cas en faveur de la France ni compensé cette inégalité par aucun autre avantage. Oct. 8. Paris.

Que sans les clameurs qu'occasionnent ici les violences qu'on accuse V. M. d'exercer en Saxe et qui ont déchiré le coeur du roi et de la famille royale plus que je ne saurois l'exprimer, le bandeau de l'illusion seroit tombé il y a longtemps. — Mais cet incident a tellement courroucé le roi, que ceux qui sont les mieux intentionnés et le plus zélés pour son service n'osent élever la voix pour le désabuser, et que quand ils le voudroient, ils en seroient empêchés par les cris de la famille royale et de tous ceux qui environnent ce prince.

56. Friedrich II an Knyphausen.

— Que quant à la guerre que j'avois été obligé de faire contre l'Autriche, vous pouvez l'assurer (M. Rouillé) fermement, que ce n'avoit pas été ni ambition ni cupidité ni dépit ni désir de m'aggrandir ou de faire des acquisitions ni inspirations de qui que ce soit qui m'y avoit mené, et que je pouvois attester le ciel que l'unique raison qui m'y avoit entraîné étoit les complots dangereux que la cour de Vienne ourdit presque tout à l'entour de moi et les mauvais dessins qu'elle faisoit éclater, et que j'ai cru ne pouvoir plus arrêter qu'en le prévenant avant que je me trouvois mains et pieds liés devant elle, comme c'étoit son dessein. — Que d'ailleurs M. de Rouillé me rendroit tant de justice, que si jamais j'avois eu envie de rompre de gaieté de coeur ou par quelques vues intéressées avec la maison d'Autriche, je ne l'aurois pas fait dans un temps où elle venoit de faire une alliance avec la France, et que par conséquence il a fallu que les motifs ont été bien pressans qui m'ont forcé à entreprendre cette guerre pour ma sûreté avant d'être tout-à-fait prévenu. Oct. 12. Lobositz.

Voilà mon cas avec la Saxe. Je ne puis que faire avec fermeté et sans me laisser décontenancer ce que j'ai été obligé d'entreprendre,

car n'ayant pas pu éviter leur mauvaise volonté, je me suis vu obligé de la prévenir et de tâcher de la désarmer pour la mettre hors d'état d'exécuter ses pernicieuses intentions contre moi.

1756

57. Knyphausen an den König und das Ministerium.

Der Gesandte berichtet über die tags zuvor von Rouillé ihm angezeigte Abberufung des französischen Gesandten von Berlin. Man versichert:

Oct. 21. Fontainebleau.

que ce qui est arrivé à l'égard de M. de Broglie n'est qu'un prétexte qu'on a saisi avec avidité afin d'exécuter le projet de rappeler le marquis de Valory, qu'on a formé depuis l'entrée de V. M. en Saxe et sur lequel M^{me} la Dauphine a insistée sans cesse et avec la plus grande vivacité. Il est certain aussi que le roi auroit beaucoup de répugnance à prendre cette résolution, et qu'il ne s'y seroit peut-être jamais déterminé, s'il n'eût eu le coeur ulcéré par le mauvais succès de l'ambassade de M. de Nivernois et par différentes autres causes. — Enfin j'observerai encore que M. de Pompadour, l'Abbé Bernis et tous les promoteurs du nouveau système qu'on a adopté ici ont fait les plus grands efforts pour pousser le roi à une démarche, qui en élevant entre lui et V. M. une espèce de mur de séparation contribuât à consolider le nouveau système et en assurer la durée.

58. Friedrich II an Knyphausen.

Oct. 28. Sedlitz.

— comme je vois que la passion a aveuglé la cour de France au suprême dégré et qu'elle est contre rime et raison, je n'aurois aussi plus de ménagements et prendrai mes mesures en attendant que leurs menaces ne me feront mourir de peur.

59. Friedrich II an Knyphausen.

Der Gesandte wird angewiesen unverzüglich ohne Abschied zu nehmen den französischen Hof zu verlassen und über Metz und Frankfurt nach Berlin zu reisen. Dieser Instruction fügt Friedrich II das eigenhändige Postscriptum hinzu:

Oct. 30. Sedlitz.

C'est par les intrigues des Autrichiens qu'on vous fait revenir. A peine serez vous parti de Paris, que rien ne retiendra le cours des mensonges de mes ennemis. Ils feront tant de contes, ils débiteront tant de choses, que l'on ne verra que par leurs yeux et n'entendra que par leurs oreilles. S'ils veulent être mes ennemis, à la bonne heure: c'est eux qui l'ont bien voulu.

60[a]. Knyphausen an den König und das Ministerium.

Nov. 5. Paris.

— Je sais de bon lieu que quelques unes des pièces justificatives — ont fait beaucoup d'impression sur différens membres du conseil, qui n'ont pas fait difficulté de blâmer la conduite des cours de Vienne et de Saxe et de s'en expliquer en termes très-énergiques. Mais — il s'en faut beaucoup que les symptômes de changement se manifestent dans la conduite et le langage du roi. — — Le comte de Starhemberg — ne sauroit que s'alarmer de voir que malgré toute l'adresse dont a usé sa cour pour fasciner les yeux du ministère de France et de la nation, ce bandeau commence à tomber, et qu'il n'y a presque personne qui ignore les inconvéniens du traité de Versailles et n'en parle avec le

plus grand mépris. — Mais — la prévention opiniâtre du roi de France en faveur des nouvelles liaisons qu'il a formées et l'aigreur personnelle qu'il a conçue contre V. M. seront peut-être les plus grands obstacles qu'on aura à combattre en pareil cas.

60[b]. Knyphausen an den König und das Ministerium. 1756

— il vient encore de m'être confirmé, que la cour de Vienne vient Nov. 12.
d'insister — sur la préstation actuelle du corps auxiliaire pour garantir la Bohème des entreprises que V. M. pourroit former cette année Paris.
dans la vue de prendre ses quartier d'hiver dans cette province. L'on prétend que le C. de Starhemberg, aidé du C. de Bernis, se donne les plus grands mouvemens pour faire passer en résolution les promesses qui lui ont été faites à ce sujet et dont l'accomplissement paroît tenir extrêmement à coeur à l'I. R. Cependant — l'on persiste à vouloir attendre les dépêches — du C. d'Estrées auparavant de prendre une résolution définitive sur ce point.

Paris den 15 Nov. meldet Knyphausen, daſs er morgen abreisen werde. Berlin den 3 Dec. 1756 meldet er dem Könige seine Ankunft.

61. Landgraf Wilhelm VIII von Hessen-Cassel an König Friedrich II. 1757

Sire

Quoique V. M. ne sauroit ignorer la mission du ministre de France Febr. 3.
le chevalier Follard vers plusieurs cours de l'Empire et le but de cet Cassel.
envoy; je croirois manquer au plus essentiel de mes devoirs et à la confiance entière et respectueuse que j'ai pour elle, si je me dispensois de lui rendre compte des propositions dont il a été chargé pour moi, et de la façon que j'y ai répondu.

Le dit ministre arriva ici le 19 du passé, et ses lettres de créance avec ses propositions verbales tendoient à m'offrir une union avec sa cour et ses alliés, nommément celle de Vienne, dans la vue de maintenir le système de l'Allemagne et de procurer le rétablissement de sa tranquillité. A cette fin je devois me joindre aux mesures que S. M. T. C. prendroit pour parvenir à ce but, en rappelant mes troupes engagées au service de la Grande-Bretagne pour les donner à la France contre des subsides et d'autres avantages, et en allant tant à la diète que partout ailleurs de concert et d'intelligence avec le Roi T. C. et ses dits alliés. Le chevalier Follard fit précéder à ces propositions et les accompagnoit en suite de diverses insinuations menaçantes, annonçant entre autres la marche prochaine de deux armées françoises, dont l'une, forte de $\frac{60}{m}$ hommes, se porteroit sur le bas Rhin et l'autre, au nombre de $\frac{30}{m}$ combattans, pénétreroit en Allemagne vers la Lahn.

Les sentimens que V. M. me connoît tant par rapport à l'exécution des engagemens où je me trouve avec l'Angleterre, qu'en égard aux atteintes manifestes dont le système de l'Empire et la liberté de ses membres seroit menacée, et au zèle inviolable qui m'attache aux intérêts de V. M., la feront juger d'elle-même du parti que j'avois à prendre. Il ne s'agissoit, Sire, que de donner à mes explications le sens le plus conforme aux ménagemens que j'ai à observer envers la cour de France, et le moins susceptible d'un ressentiment, dont il seroit d'autant plus facile de faire tomber sur moi des premiers les effets pendant l'éloignement de la plus grande partie de mes troupes, et pendant que S. M.

Britannique, autant que je sache, n'a pas encore pris aucunes mesures positives, moins encore suffisantes, pour défendre ses propres pays et pour couvrir les miens en vertu de la garantie dont elle s'est chargée par le dernier traité.

J'ai porté en même tems mon attention à insinuer au ministre de France, combien peu les vues de sa cour, en favorisant les projets connus et violens de celle de Vienne, étoient compatibles avec ses propres intérêts, et en conséquence je lui ai fait connoître:

Qu'aussi sensiblement touché qu'on pouvoit l'être des troubles qui s'étoient élevés en Allemagne, je souhaitois avec un vrai empressement de pouvoir contribuer à y remettre la tranquillité. Que toutes mes démarches tant à la diète qu'ailleurs n'avoient tendu qu'à cette fin. Ainsi qu'étant persuadé que les moyens violens, proposés par la cour impériale, si contraires en eux-mêmes aux constitutions de l'Empire, et aux mesures prises ci-devant en pareil cas, au lieu de convenir à ce but, ne feroient qu'alonger la durée de la guerre et en multiplier les calamités, en y enveloppant plusieurs états et provinces innocens, qui n'y avoient aucune part; j'avois insisté que l'Empire voulût employer sous l'authorité de son chef sa médiation pour terminer ces troubles et ramener la paix. Que cette voie de la conciliation me paroissoit devoir produire un effet d'autant plus sûr après que V. M. avoit fait déclarer en plus d'une occasion et encore en dernier lieu à la diète, qu'elle ne demandoit point à faire aucunes conquêtes; qu'elle étoit même prête à restituer l'électorat de Saxe aussitôt que la sûreté de ses propres états lui seroit garantie, et qu'elle ne rejetoit point la médiation mentionnée, si l'Empire vouloit s'en charger.

J'ai ajouté qu'éloigné, comme je l'étois, de vouloir que les autres princes et états réglassent leurs sentimens sur les miens, j'espérois que par un juste retour on ne voudroit point m'obliger non plus ni les autres princes d'Allemagne, qui étoient du même sentiment, de prendre la loi de ce que la pluralité des suffrages prétendoit de conclure dans le cas dont il s'agissoit. Qu'une grande partie des suffrages portées à la diète et les menées qu'on avoit mises en oeuvre pour les obtenir, ne visoient pas à moins qu'à remettre entre les mains de l'empereur le pouvoir d'obliger le reste des états par la force d'entrer dans ces mêmes mesures, dictées par la pluralité des voix, et que si ce principe devoit s'établir, c'en étoit fait de la liberté germanique, affermie au prix de tant de sang, et soutenue malgré tant d'entreprises tentées jusques ici pour la renverser.

Que c'étoit porter le dernier coup à la paix de Westphalie, et que je me flattois que S. M. T. C. comme garante de la dite paix, loin de vouloir exiger de ceux des états de l'Empire, qui comme moi agissoient là-dedans par des principes si purs et irreprochables et sans aucuns autres motifs étrangers à cet objet, de se prêter à des mesures aussi préjudiciables à leur liberté que contraires au bien et au salut de la patrie, voudroit bien plutôt les protéger, et ne point permettre, qu'ils soient forcés ou molestés pour cela par qui que ce soit.

En même tems j'ai allégué au dit ministre de France les engagemens où je me trouve actuellement avec la Grande-Bretagne, contractés avant le commencement des présentes hostilités et dans un tems où personne ne pouvoit s'y attendre, en lui faisant connoître les obligations qu'ils m'imposent et dont je n'étois plus le maître.

Le S[r] de Follard a reçu ces explications sans combattre beaucoup mes raisons ni sans y opposer de nouvelles instances que pour témoigner ses regrets, que l'union qu'il m'avoit proposée avec sa cour et pour la

conclusion de laquelle il tenoit le plein-pouvoir en main, n'avoit pu avoir lieu, et c'est de cette façon qu'il est reparti d'ici pour se rendre à ce qu'il dit à la cour de Bayreuth.

Si ce détail, Sire, que j'ose cependant la supplier très-humblement de vouloir bien faire ménager, n'a rien de particulièrement intéressant pour V. M., je me flatte, qu'elle voudra bien au moins n'en rapporter l'ouverture qu'à cette confiance souveraine qu'en tout ce qui m'arrive je mets en ses hautes lumières et en sa puissante protection. Rien ne manquera à ma consolation et je me trouverai rassuré contre tout ce que ma situation peut me faire appréhender dans cette épineuse crise, si elle daigne approuver ma conduite en cette occasion et reconnoître dans cette démarche les traces de ce zèle qui ne m'abandonnera jamais pour ses intérêts, et qui ne sauroit être égalé que par les sentimens de gratitude et du profond respect avec lesquels je ne finirai d'être

Sire
de Votre Majesté
le plus humble et plus dévoué serviteur
et cousin
GUILLAUME.

62. König Georg II von England an König Friedrich II.

1757 Juni 28. Kensington.

Monsieur mon frère,

J'ai vu par la lettre de V. M. du 10 Juin l'état où se trouve Prague, et la résolution qu'elle a prise en renforçant le corps du prince de Bevern d'aller chercher les débris de l'armée de Leop. Daun pour la dissiper. J'admire en toutes occasions les desseins et l'activité de V. M. Si l'armée de Daun est détruite, je me flatte que Prague et sa garnison tomberont bientôt entre ses mains, et qu'alors V. M. se trouvera en état d'assister son bon allié. La grande superiorité des François a forcé mon fils à mettre le Weser entre lui et eux, et comme une armée inférieure et sur la défensive ne peut faire face à tout, je crains que du moins une partie ne perce quelque part. On a fait la déclaration que V. M. a souhaité à la Russie, et il ne tiendra pas à moi de donner à V. M. toute l'assistance dans mon pouvoir, étant très parfaitement

Monsieur mon frère
de Votre Majesté
le bon frère
GEORGE R.

63. Graf Alexander von Neuwied an König Friedrich II.

Juli 4. Neuwied.

Mon zèle ne me permet pas de supprimer l'ouverture que me fit hier le colonel François de Fischer, homme d'intelligence et d'intrigue, très-bien avec M. de Belleisle, dont il me montra une lettre et me fit l'incluse parceque je voulois quelqu'écrit. Il assura sur sa tête que dans trois semaines il y auroit ici sous prétexte de négocier mon bataillon un lieutenant-général François actuellement employé à une cour d'Allemagne, au cas que je puisse lui donner à connoître indirectement, qu'il plairoit à V. M. d'envoyer pareillement en secret une personne de rang pour entrer en pourparler, afin de pouvoir en cas de convenance signer des préliminaires en vertu des pleinpouvoirs, qu'ils auroient en poche. Un de mes amis a trouvé à Versailles un homme de quelque poids dans les sentimens què Fischer dépeint. Les ordres de V. M. seront ma règle

inviolable, selon le profond et soumis dévouement, avec lequel je serai, malgré les temps critiques, toute ma vie

Sire
de Votre Majesté
le très-humble, très-obéissant, très-soumis
serviteur
LE COMTE DE NEUWIED.

63[a]. Oberst Fischer an den Grafen von Neuwied.

1757 Juli 3. Andernach.

(Dem vorstehenden Briefe eingeschlossen.)

Monsieur,

C'est à présent à mon tour, que je vous parle politique; il est sûr, qu'il est extraordinaire à voir dépenser 200 millions la France pour les sacrifier pour l'aggrandissement de la maison d'Autriche, sûrement, Monsieur, je ne me saurois pas imaginer que c'est véritablement l'intention de la cour, et je crois qu'elle se trouve forcé et tiré par les cheveux dans cette guerre, sans s'en être aperçue, de quelle façon elle a été mené dans ce pas. Le roi de Prusse quel grand homme qu'il soit trouvera encore des ressources dans lui-même et dans l'étendue de son grand génie, je souhaite même, qu'il les trouve, mais tous les grands conquérants ont-ils été toujours heureux? Il n'y a peut-être pas 10 François à l'armée qui ne prennent pas part au dernier échec arrivé au roi de Prusse.

Je sçais a ne pas douter, que Mons. le M[al] de Bellisle a un attachement au délà de ce que je pourrai vous dire, pour la personne du roi de Prusse, soyez persuadé, Monsieur, que si le roi de Prusse voudroit faire des propositions, que Mons. le M[al] qui a du poids dans toutes les affaires de la cour, se prêteroit infailliblement, et si par quelque moyen, Monsieur, vous pourriez faire parvenir cette idée à S. M. Prussienne, je me fairai fort, de faire traiter cette affaire dans votre maison même et de disposer qu'on envoyât quelqu'un chargé de la cour pour entrer en affaire.

J'ai l'honneur d'être avec un profond respect

Monsieur
Votre très-humble et très-obéissant serviteur
FISCHER.

64. Minute of Privy Council[1].

Juli 14. Arlington Street.

Present: Duke of Newcastle. Mr. Secretary Pitt. Earl of Hardwicke. Earl of Holdernesse. Lord Anson.

. . . .

That His Majesty is sensible of the great expences, which the King of Prussia has been at; and He has been no charge to His Allies; and that the King has the interest of the King of Prussia, and his present success, so much at heart, that, if His Prussian Majesty should find, that His Revenues shall be so far diminished, by the progress of the enemy, that he shall want a pecuniary support from hence, the King of Prussia may depend upon it. But the King would be glad, in the same confidence, te know when and what sum may be wanted for such a succour.

[1] British Museum, Mitchell Papers vol. XXIX fol. 146—148, nach gütiger Mittheilung von Herrn Bergenroth.

And this Mr Mitchell may assure His Prussian Majesty in the strongest terms, it being always to be understood that the sum should be a reasonable one, and not exceed what His Majesty may, with propriety, demand of His People for that purpose.

65. Friedrich II an den Grafen von Neuwied[1]. (1757)

Juli 18. (Leitmeritz.)

Je vous suis très-obligé des bonnes intentions dans lesquels vous êtes pour mon service. J'ai lu votre lettre avec attention. Il est bien vrai que la France en a agi jusqu'à présent d'une manière incompréhensible, sans vue, sans système, et travaillant contre ses propres intérêts. Je ne sais si ceux qui gouvernent pensent comme les gens sensés desquels vous faites mention; on parle d'un traité conclu entre la France et l'Autriche qui stipule des cessions en faveur de la France. Si ce traité se trouve réel, je ne vois pas comment la France pourra s'en désister. Je passe sur tous ces difficultés, persuadé que le maréchal de Belleisle n'avancera rien qu'il ne puisse soutenir. Je dois vous dire, Monsieur, que j'ai fait cette guerre malgré moi, que j'y ai été forcé par la réponse altière de la cour de Vienne et par les complots de mes ennemis, dont les preuves authentiques sont entre les mains de tout le monde. La fortune m'a favorisé au commencement de cette guerre, j'ai reçu un échec, mais cela ne m'empêchera pas de lutter contre difficultés et de m'opposer constamment contre tous ceux qui conjurent contre les états que le devoir est de défendre jusqu'à la dernière goutte de mon sang. Vous pouvez donc insinuer s'il vous plaît à ceux que vous croirez propres pour faire parvenir ceci plus loin, que préférant mon honneur à tout, je n'entendrai jamais à des conditions de paix flétrissantes; qu'il faut que tous mes alliés d'Allemagne y soient compris, secondement qu'on s'explique ultérieurement. Je mets ma confiance en vous, Monsieur, je vous confie mes intérêts; si vous pouvez tirer des François une explication claire sur ces deux points importants, je pourrois alors envoyer quelqu'un pour arranger le reste.

Curialia.

66. Friedrich II an Georg II von England. 1757

Monsieur mon frère, Juli 27.

Je suis extrêmement sensible à la part que V. M. prend aux événemens qui me sont arrivés. J'avois espéré de pouvoir lui donner de meilleures nouvelles, mais je crois lui devoir la vérité et je lui écrive sans déguisement. En marche auprès de Pirna.

Après la levée du siège de Prague je formois deux armées, dont celle que je commandois étoit destinée pour agir contre toutes ces armées Françoises et ces troupes de l'Empire dont on me menace; l'autre commandée par mon frère devoit couvrir la Lusace et la Silésie. Je me trouvois avoir un magazin considérable à Leutmeritz qu'il falloit couvrir. Il est bon de dire une fois pour toutes, que les villes Bohémiennes sont presque toutes situées dans des fonds et commandées par des hauteurs et avec cela entourées de mauvaises murailles, tombées en ruine, ce qui oblige d'occuper ces hauteurs et ce qui employe beaucoup de troupes pour leur défense. Mon frère se trouvoit à Bohmisch-Leipa, d'où il couvroit la Lusace et Zittau, où se trouvoit son magazin. Mon intention étoit de fourager si bien ces deux rives de l'Elbe,

[1] Eigenhändig concipiert.

que l'ennemi n'auroit pas été en état de me suivre avec des gros corps, et d'occuper les gorges de la Saxe plus faciles à défendre avec peu de troupes, le moment que j'aurois été obligé à détacher. Mais voici ce qui a dérangé ces mesures. Mons. de Daun a fait une marche à Nimes qui l'approchoit d'un poste que mon frère avoit à Gabel; mon frère auroit dû marcher incessamment pour soutenir ce poste important, qui assuroit sa marche vers Zittau et ses vivres: il resta dans son camp de Leipa, Gabel fut pris et il se vit obligé de marcher par le mauvais passage de Rumburg pour gagner Zittau. Cette marche faite avec trop de lenteur a donné à l'ennemi le tems de gagner Zittau avant lui, il y est arrivé aussi, mais les Autrichiens, maîtres d'une hauteur qui commandoit la ville, l'ont bombardée et réduite entièrement en cendres. Nous avons sauvés tout ce qu'il a été possible du magazin, la garnison, ne pouvant plus se tenir dans la ville à cause des flammes et des rues étroites, a jointe l'armée de mon frère; il est a présent à Löbau. Je me suis détaché de l'armée de Bohême pour passer ici l'Elbe, joindre l'autre camp et redresser les affaires à tout prix. Ceci m'oblige à quitter la Bohême et à me borner aux gorges de la Saxe. Quoique tous ces contretems soyent très-fâcheux, il faut réparer le passé, mais je ne saurois nier à V. M. que cela me dérange beaucoup. Dans un mois d'ici je dois faire face à une armée Suédoise en Poméranie, à une armée Françoise dans le duché de Magdebourg, à une armée composée de François et d'Allemands qui doit marcher par Egre, et j'ai actuellement à combattre ici les Autrichiens et les Russes en Prusse. Si j'en excepte l'Espagne, le Dannemarc, la Hollande et le roi de Sardaigne, j'ai toute l'Europe contre moi; avec cela je ne crains pas pour les lieux où je pourrois opposer mes armées, mais pour ceux où celui qui viendra ne trouvera personne vis-à-vis de lui.

V. M. voit par ce que je viens de lui écrire le tableau fidèle et non flatté de ma situation. L'Autriche, la France et la Russie agissent avec une animosité égale, ce qui me fait soupçonner, qu'ils ont résolu entre eux de bouleverser entièrement le système de l'Europe; s'ils y réussissent, toutes ces puissances tièdes, qu'une prudence outrée rend les spectateurs de cette scène, s'en repentiront, mais trop tard, et lorsqu'ils seront forcées de se plier au joug, que les puissances ennemies de la liberté de l'Europe leur préparent.

Je fais mille voeux pour la conservation de V. M. et pour la prospérité de ses armes, étant avec la plus haute considération et estime

Monsieur mon frère
de V. M.
le bon frère
F.

1757 67. Graf Holdernesse an Mr A. Mitchell[1].

Aug. 16. London. — I am not informed what orders are given to the Duke, but I both hope and believe nothing will be done without a previous concert with the King of Prussia: but at all events England will remain firm in her engagements, and will assist her ally, by such means as are within her reach, and if a pecuniary assistence can be useful, the King of Prussia may depend upon as large a subsidy as ever was given at any time to the House of Austria.

[1] Britisch Museum, Mitchell Papers. Vol. XIX fol. 158 s. Nach gütiger Mittheilung von Herrn Bergenroth.

68. Georg II von England an Friedrich II.

1757 Aug. 16. Kensington.

Monsieur Mon Frère.

J'ai vu avec douleur par la lettre de V. M. du 27 Juillet le mauvais état de ses affaires: depuis la dernière action les miennes se trouvent dans une triste situation. Les ennemis sont maîtres de la plus grande partie de mes états et de ceux de mes amis. Je n'ai aucun secours à espérer de V. M. et je me trouve hors d'état de lui en fournir. Je suis la victime de ma bonne foy, et de ma fidelité à mes engagemens. V. M. jugera elle-même que je n'ai d'autre ressource que de tâcher s'il en est encore tems de délivrer mes fidèles alliés et mes pauvres sujets de l'horrible esclavage et de l'oppression où ils se trouvent par l'injuste rage de la France, toujours ennemie de ma maison, et l'indigne ingratitude de la maison d'Autriche. En même tems je rechercherai toutes les occasions à lui marquer ma sincère amitié et la véritable estime avec laquelle je suis

Monsieur Mon Frère
de Votre Majesté
le bon Frère
GEORGE R.

69. Der Graf von Neuwied an König Friedrich II[1].

Aug. 23. Neuwied.

Je ne puis mieux détailler à V. M. les dispositions présentes de la cour de France qu'en lui présentant la relation du Sieur Barbut de Mausac chambellan d'Anspach, part*ic*ulièrement attaché à ma maison, qui s'étoit chargé de faire le voyage en France, qui m'a rapporté la réponse du M[al] de Belleisle au sujet des ouvertu*res* de Fischer lequel avoit aussi depuis fait un tour à Compiègne. La dite rela*tion* semble s'accorder parfaitement avec ce que j'ai appris par d'autres du système temp*oraire* des ministres de France. Quoique l'humeur régnante ne semble pas favoriser à l'h*eure q*u'il est les vues d'un accommodement, il est plus que probable qu'il y a eu une *occasion* dont on auroit pu profiter. Que l'avarice d'une certaine personne, le changement *du mi*nistre des affaires étrangères, et le succès des armes Françoises joints au cont*recoup* en fortune du 18 de Juin n'aient dérangé les maximes salutaires et conformes au vé*rit*able intérêt de la France, qu'on auroit suivies sous des circonstances où les *cabales* de la cour, l'intérêt des particuliers et la vénalité des favoris auroient eu ces con...... moins .... Je ne manqueroi pas néanmoins de veiller soigneusement et d'avoir *l'oeuil* le plus attentif à tout ce qui peut tendre à la satisfaction de V. M. Elle e*st* ...... trop éclairée pour que l'on ose lui rien suggérer, cependant il est sans doute *per*mis de lui représenter les choses dans le jour qu'on les conçoit: c'est le devoir indispensable de ceux qui font gloire d'être dévoués à ses hauts intérêts.

Il y a toute apparence que cet hyver produira des changemens considérables *dans le* tempérament de la cour de France, et peut-être que l'employ d'une person*ne* sous main ou dans ce pays-là, caractérisée par une autre cour pourroit rapp*orter* de l'utilité à V. M.

J'avoue ingénûment, Sire, que le Sieur de B. a entrepris avec *zèle ce* voyage à ses propres dépens: je suis convaincu de sa discrétion *et de* son intégrité: j'ai de la confiance en lui et il m'est affidé; c'est donc

---

[1] Nach dem am Rande schadhaften Concepte in dem fürstlichen Archive zu Neuwied.

avec plaisir que j'ai vu l'empressement avec lequel il a fait cette expédition, qui n'a pas rapporté à la vérité l'utilité aux affaires de V. M. que j'aurois souhaité du fond de l'âme; cependant, Sire, si vous daignez approuver la démarche, que j'ai faite par l'effet d'un zèle le plus pur, je m'estimerai heureux qu'il se soit présenté une occasion de témoigner à V. M. le zèle et le dévouement avec lesquels je fais gloire de vivre et de mourir — LE COMTE DE NEUWIED.

70. Marquis de Stainville an Ludwig XV von Frankreich.

1757 Wien.

Lettre au Roi jointe à la dépêche de M. l'ambassadeur du 25 Août 1757.

— L'impératrice, après m'avoir parlé encore de V. M. avec le plus vif intérêt, m'a demandé des nouvelles des personnes qui vous honorez, Sire, de votre confiance et m'a témoigné pour M^me^ de Pompadour beaucoup d'amitié et d'estime. —

71. Friedrich II an Georg II von England.

Aug. 30. Au Camp de Dresde.

Monsieur Mon Frère

J'ai appris avec une véritable douleur tous les événemens qui depuis un mois sont arrivés dans l'électorat d'Hannover. V. M. plaint le sort du landgrave de Hesse et du duc de Brunswig et sans doute elle a raison; mais oubliera-t-elle que si j'ai perdu les duchés de Cleves, de la Marche, les principautés de Minden et d'Ostfrise et le comté de Ravensberg, que ce n'est qu'en haine du traité que nous avons fait? V. M. oublieroit-elle que si mes secours n'ont pas été aussi efficaces qu'étoit mon intention de les lui fournir, qu'on s'en doit prendre aux Moscovites, et que j'ai declaré constamment et sans varier, que si l'on ne pouvoit garantir le royaume de Prusse de l'invasion de ces peuples, je ne saurois donner des secours considérables? J'ai éprouvé depuis des malheurs, je suis fort éloigné de les croire désespérés, mais je ne me persuaderai jamais que parcequ'un allié est malheureux, ce soit une raison de l'abandonner. Je n'ai jamais été contraire à la paix, je l'ai toujours souhaitée, mais honorable et durable. V. M. saura mieux que personne ce qui lui convient de faire; j'attends dans le silence et sans émotion le dénouement de cet événement, assurant V. M. de tous les sentimens de considération avec lesquels je suis

Monsieur Mon Frère
de Votre Majesté
le bon Frère
F.

72. Marquis de Stainville an den Grafen Bernis.

Aug. 31. Wien.

Monsieur

Il est arrivé avant-hier un courier de Londres au ministre d'Hanovre qui le lendemain demanda une conférence à M. le c^te^ de Kaunitz; ce ministre la lui donna. M. de Steinberg dit à M. de Kaunitz que le roi d'Angleterre comme électeur d'Hanovre désiroit obtenir une neutralité pour l'armée Hanovrienne retirée dans le duché de Bremen, que pour cet effet il prioit l'impératrice d'oublier les sujets de mécontentement que les deux cours paroissoient avoir et qu'il demandoit à S. M. Impériale d'interposer ses bons offices auprès du roi pour que S. M. acquiesçât à une convention publique, que l'électeur de Hanovre étoit disposé à signer avec les deux cours alliées de France et de Vienne.

M. de Steinberg ajouta que l'électeur son maître pressoit extrêmement l'impératrice d'écrire à M. le maréchal de Richelieu pour qu'il reçût les propositions qui lui seroient faites par M. le duc de Cumberland. M. de Bakoff ministre de Dannemark étoit avec celui d'Hanovre et joignit les bons offices de son maître à ceux du ministre Hanovérien.

Le C. de Kaunitz répondit à ces deux ministres qu'en absence de l'impératrice[1] il ne pouvoit pas donner une réponse sur une proposition aussi peu attendue, qu'il alloit expédier un courier à S. M. I. pour l'en informer, et que sans doute le ministre Hanovérien avoit ordre de communiquer à l'impératrice les conditions auxquelles l'électeur d'Hanovre vouloit se soumettre. M. de Steinberg assura qu'il n'avoit pas d'autres instructions que celles qu'il venoit de dire, qu'on lui mandoit simplement que le même courier, qui lui remettoit l'ordre de faire la démarche qu'il faisoit, avoit passé à l'armée de M. de Cumberland pour lui remettre les propositions que ce prince devoit faire à M. de Richelieu.

M. de Kaunitz fit sentir sur cela à M. de Steinbérg le procédé singulier de sa cour, qui vouloit engager l'impératrice à faire au roi une demande dont elle ne connoissoit pas la substance. Le ministre de S. M. I. reprocha à celui de Hanovre avec beaucoup de hauteur les griefs de la cour de Vienne contre le roi d'Angleterre et il finit par dire que, si l'impératrice avoit jamais la bonté de les oublier, ce ne seroit que par le canal de la France et selon la convenance de son allié; qu'au reste, lorsqu'il sauroit les intentions de sa maîtresse, il remettroit une réponse en forme au ministre d'Hanovre.

M. de Kaunitz me parla le même jour de la proposition qui lui avoit été faite; il me dit qu'il avoit écrit à l'impératrice, laquelle seroit sûrement de son avis; qu'il me feroit voir la réponse qu'il donneroit par écrit au ministre Hanovrien avant que la lui remettre. Nous avons été étonnés l'un et l'autre de la démarche de la cour d'Hanovre et en calculant le jour du passage du courier à l'armée Hanovrienne, qui est le 15 de ce mois, avec une lettre du 18 que j'ai de M. de Richelieu, bien loin de me parler des propositions dont il est question, il me fait le détail de sa marche sur Ferden.

La réponse de l'impératrice a été telle que M. de Kaunitz l'avoit prévue; ce ministre me l'a lue ce matin mise en forme et telle qu'il l'a remise à M. de Steinberg. Elle dit en substance et plus au long ce que M. de Kaunitz avoit répondu avant-hier; elle vous sera communiquée par M. le C. de Staremberg à qui on l'enverra par un courier. —

Après avoir raisonné ce matin fort longtemps sur cette matière avec M. de Kaunitz, nous sommes convenus, ou que la cour d'Hanovre avoit perdu la tête en faisant une proposition pareille dans la forme qu'elle l'a faite, ou qu'elle cherchoit à nous amuser pour gagner du temps. M. de Kaunitz craint beaucoup que ce ne soit un piège que l'on nous tend. — D'ailleurs je ne lui ai pas caché que je vous informerois des soupçons que j'avois conjointement avec lui sur les propositions Hanovriennes, et que mon sentiment à moi étoit de rejeter toutes propositions à moins que les Hessois, les troupes de Brunswik et de Gotha ne se séparassent de l'armée du duc de Cumberland et ne fussent dispersées selon que l'on en conviendroit particulièrement avec les princes à qui appartiennent ces troupes, et que pour ce qui est de celles de Hanovre elles remettroient Ferden aux troupes du roi, seroient dispersées entre Stade et Lunebourg et de l'autre côté de l'Elbe, si

[1] Die Kaiserin war am 27 August nach Hollicht gefahren; sie wollte am 1 September zurückkehren.

cela est nécéssaire, laissant Bremen libre comme il doit l'être; que de plus l'électeur d'Hanovre voteroit dans l'Empire contre le roi de Prusse, furniroit son contingent, et que quant à son électorat, il resteroit en notre possession jusqu'à la fin de la guerre avec l'Angleterre.

Il m'a paru que quoique M. de Kaunitz fut en méfiance sur les propositions d'Hanovre et je puis dire animé contre le roi d'Angleterre, il trouvoit mes propositions un peu fortes. Elles ne me paroissent que justes, car outre l'intérêt de l'alliance, nous avons notre querelle personnelle avec le roi d'Angleterre, et ce premier principe ne me semble pas devoir être négligé dans aucune des circonstances qui se présenteront pendant la guerre. — —

Vous verrez par les détails de M. de Montazet le peu d'ensemble de l'armée Autrichienne; j'en ai fait sentir les conséquences à M. de Kaunitz, mais il n'est pas militaire quoiqu'il ait la direction des armées, et dans la partie de la guerre je ne suis nullement content de l'administration de cette cour. Ce n'est pas qu'elle manque de volonté, mais elle manque de sujets, et ceux qui sont à la tête sont sur cette matière tant à l'armée que dans le ministère d'une ignorance crasse, à laquelle ils joignent depuis leurs succès une hauteur qui n'admet qu'à peine la plus légère représentation. — —

M. de Kaunitz prétend que vous étiez instruit du traité que l'impératrice a conclu avec le grand-duc de Russie; il regarde que ce sont cent mille écus que S. M. I. jette par la fenêtre[1]; il n'est nullement content des sentimens du grand-duc, qu'il dit si entiché du roi de Prusse qu'à peine vouloit-il croire qu'il eut été battu à l'affaire du 18 Juin. Malgré les préventions de ce prince et la manière douteuse, dont se traitent les affaires à la cour de Petersbourg, le ministère de cette cour cherche tous les moyens possibles pour la ménager tant que la guerre présente durera, et l'on s'applaudit d'avoir à force de présens, de complaisances et de dissimulation tiré de Russie le meilleur parti qu'il étoit possible; mais le ministre de S. M. I. m'a ajouté qu'il n'oublieroit pas la peine que M. de Bestucheff lui donnoit; qu'il étoit nécessaire que notre cour dissimulât aussi pour le bien de la cause commune et qu'elle flattât la hauteur Russienne.

L'ambassadeur impérial à Petersbourg mande que M. de l'Hôpital réussit à merveille. — —

1757

73. Stainville an Bernis.

Sept. 3. Wien. — — M. de Kaunitz m'a dit qu'il étoit venu des avis de cette cour que le roi de Prusse avoit fait de nouvelles propositions de paix au roi plus étendues que les premières et que les dites propositions avoient été adressées à M^me^ de Pompadour, à laquelle le roi de Prusse offroit la principauté de Neufchatel, si elle les faisoit adopter au roi. J'ai répondu à M. de Kaunitz que cette circonstance seule prouvoit la fausseté de cet avis, qu'avant mon départ de France on avoit fait courir le bruit que M^me^ de Pompadour désiroit d'être souveraine de cette principauté, que j'étois certain que ce bruit n'avoit nul fondement —.

[1] 1757 Sept. 13 Hamburg meldet der preufsische Geschäftsträger von Hecht „in ganz zuverlässiger Erfahrung, dafs nachdem des Grofsfürsten aller „Reufsen kaiserliche Hoheit seit langer Zeit bei dem englischen Hofe um „eine jährliche Pension angehalten, — endlich dem Wienerschen Hofe sich „verstanden unter gewissen Bedingungen hiemit an Handen zu gehen, und „versichert man, dafs solche auf 100000 fl. regulieret worden“.

74. Stainville an Bernis.

1757 Sept. 7. Wien.

— M. de Kaunitz m'a communiqué une idée qui lui est venue et qui tireroit cette cour d'un grand embarras. L'inaction et la mauvaise manoeuvre de l'armée impériale en Lusace vient en parti de la mésintelligence, qui est entre le prince Charles et M. de Daun, et du peu de confiance que l'on a ici dans le prince. Le remède le plus simple à cet inconvenient seroit de faire revenir le prince Charles. Ce point délicat ne peut pas être traité vis-à-vis de l'empereur, qui s'est expliqué qu'il regarderoit comme un déshonneur personnel le rappel de son frère. M. de Daun de son côté ne veut rien risquer sous un chef qu'il n'estime peu; il est dégoûté du rôle de précepteur qu'il joue à l'armée impériale et désireroit avoir le commandement de la seconde armée que l'on forme pour pénétrer en Silésie. L'impératrice ne veut pas lui donner ce commandement parce qu'elle n'a personne pour le remplacer auprès du prince. D'un autre côté il ne lui reste pour commander les armées que le maréchal Batthiany, qui est vieux et goutteux, et le prince de Hildburghausen. Dans cet état M. de Kaunitz désireroit que M. le prince Charles remplaçât M. de Hildburghausen à l'armée de l'Empire, que ce dernier allât commander l'armée qui se forme pour l'expédition en Silésie et que M. de Daun restât commandant de celle en Lusace. —

75. Stainville an Bernis.

Sept. 8. Wien.

Depuis ma dernière lettre le ministre d'Hanovre a fait de nouvelles instances auprès de M. le C. de Kaunitz: j'ai même inféré par ce que m'a dit M. de Kaunitz que M. de Steinberg lui avoit remis une lettre du roi d'Angleterre où les propositions de S. M. Britannique sont énoncé en termes généraux: elles ont confirmé le ministre de l'impératrice ainsi que moi dans l'opinion que le seul objet des démarches de la cour d'Hanovre dans cette occasion étoit de retarder nos opérations en nous amusant par une feinte négociation. Les propositions me paroissent de nature à ne devoir pas même être écoutées.

Je n'ai point laissé ignorer à M. de Kaunitz que je n'avois pas de nouvelles de ma cour, mais je lui ai ajouté que je croyois pouvoir l'engager de dire avec assurance au ministre Hanovrien, que si les 15000 Anglois, que l'on supposoit débarquer en France, y faisoient la moindre exaction contraire aux règles militaires suivies entre nations policées, l'électorat d'Hanovre répondroit des dommages, et *qu'un village François brûlé par les Anglois occasionneroit sans rémission l'incendie d'une ville Hanovrienne.* Le ministre de l'impératrice n'a rien répondu à cette déclaration de ma part, je crois que c'est qu'il la trouve juste. J'ose de dire de plus que, si j'étois dans le cas de conseiller S. M., je la ferois imprimer dans tous les papiers publics et elle seroit exécutée avec précision si le cas y échéoit.

Je sais bien que la cour impériale sans adopter le sentiment d'Hanovre voudroit cependant séparer la cause de l'électorat de la guerre avec l'Angleterre. M. de Kaunitz en rejetant toutes les fois fort bien et fort hautement les propositions Hanovriennes n'a allégué d'autres raisons que celles du tort et du retardement, que le refus de la neutralité d'Hanovre au mois d'Avril et la liaison de S. M. Britannique avec le roi de Prusse avoient causés aux opérations des deux couronnes. Ces raisons seroient suffisantes si les troupes d'Angleterre restoient dans leur île ou en Amérique, mais dès qu'il est question d'une entreprise Angloise contre la France pour le bien même de la maison de

l'Autriche il me paroît que cette expédition doit faire la matière de nos premières réflexions.

Le ministre de Dannemark est venu hier chez moi —. Je me contentai de dire à M. de Backoff —, que j'avois été étonné de voir qu'il eût mis autant de chaleur pour appuyer ici au nom du roi de Dannemark les instances de l'électeur de Hanovre. Il me répondit qu'il n'avoit selon ses ordres passé que des offices. „Si vos ordres sont tels", lui repliquai-je, „j'ai peine à croire que la vivacité que vous avez mis dans „vos démarches, le concert assidu qu'il y a entre vous et M. de Stein„berg dans tout le cours de la négociation, et le rôle de ministre d'An„gleterre que vous avez joué soient approuvés du roi de Dannemark. „Quoi qu'il en soit, ajoutai-je, je vous préviens que j'en instruerai ma „cour". M. de Backoff m'a paru embarassé et je n'ai pas poussé la conversation plus loin.

1757 Sept. 8. Kloster Zeven.

76. Etat der Armee des Herzogs von Cumberland nach Abschlufs der Convention von Kloster Zeven den 8. September 1757[1].

Infanterie.	Bataillons et escadrons:	leur force étoit complète:	malades aux hôpitaux:	effectivs:	manque au complet:
Hanovriennes	25	19950	1324	17222	1404
Hessoises	12	9900	976	8039	885
de Brunswick	7	6060	485	5387	188
de Saxe-Gotha	1	825	67	694	64
de la Lippe	1	1270	68	948	254
	46	38005	2920	32290	2795
Cavallerie.					
Hanovrienne	34	6765	340	6217	208
Angloise (Hessoise)	12	2100	105	1943	52
	46	8865	445	8160	260
Chasseurs Hanovriens . . .	—	800	12	780	8
Total		47670	3377	41230	3063

77. Bernis an Stainville.

Sept. 10. Fontainebleau.

— Il n'est pas douteux que l'impératrice de Russie ne soit de bonne foi, mais ce n'est qu'à prix d'argent qu'on peut être assuré de ses ministres, et chaque service qu'ils croyent rendre exige un payement particulier. — — Nous dissimulons une infinité de plaintes que le peu de discipline de ses troupes excite avec raison en Pologne.

Nous ne pouvons regarder que comme un piège grossier la démarche du roi d'Angleterre pour obtenir du roi par les bons offices de l'I. R. une neutralité pour l'armée Hanovrienne. — C'est avoir trop mauvaise opinion de nous que de nous croire capables d'épargner un ennemi aux abois dans le moment même où il menace par un armement considérable nos possessions en Europe et aux Indes.

La réponse de l'impératrice est telle que nous devons l'attendre de la sagesse et de l'intérêt qu'elle prend à la gloire du roi et à la prospérité des armes et des affaires de S. M.

[1] Mouvemens des armées du Roi en Allemagne 1757. Bibl. Imp. Suppl. Fr. nr. 11260.

Quant aux conditions absolument indispensables de la neutralité dont il s'agit, supposé qu'elle puisse avoir lieu, on n'en peut dicter que de dures à un ennemi qui ne demande grace que parcequ'il est le plus foible. Cette réflexion doit s'étendre à toutes les autres neutralités qu'on nous propose aujourd'hui après les avoir indécemment refusées lorsque nous avons eu la générosité de les offrir nous-mêmes.

78. Bernis an den Marschall duc de Richelieu. 1757

Vous êtes, M., plus en état que personne de juger qu'un *armistice* — exigeroit de notre part les mêmes précautions que s'il n'existoit pas. Sept. 12. Fontainebleau.

A l'égard d'une *neutralité* avec Hanovre, elle ne pourroit nous convenir qu'accompagnée de conditions que le roi d'Angleterre n'accepteroit certainement pas et que nous exigerions cependant comme indispensables.

La *paix* avec Hanovre ne doit pas être séparée de la paix avec l'Angleterre, et ce n'est qu'en faisant éprouver à l'électeur tout le poids de notre juste ressentiment que nous forcerons le roi à une paix honorable et utile pour nous. L'électorat doit être entre nos mains un moyen de représailles et un gage de conciliation. Il seroit trop singulier que tandis que la flotte Angloise, qui a mis à la voile le 8 de ce mois, va entreprendre de ravager nos côtes, de brûler nos magazins et de ruiner notre marine, nous eussions les ménagemens les plus déplacés pour les états du roi d'Angleterre, qui doivent en quelque façon être régardés comme un ôtage entre nos mains.

D'ailleurs vous êtes trop éclairé, M., pour ne pas prévoir le funeste effet, que la négociation imprudemment entamée à Copenhague produira en Europe. — —

Pour cet effet l'intention du roi est, M., que vous vous borniez à écouter toutes les propositions qui vous seront faites et que vous ne les receviez que pour en rendre compte à S. M. — Elle désire qu'en attendant vous ne suspendiez point le cours de vos opérations.

79. Bernis an Stainville.

— — Quel triomphe pour le roi de Prusse, et quelle considération ne regagneroit-il pas dans l'Empire aux dépens des deux cours alliées, s'il parvenoit impunément à braver avec mépris toutes les forces Autrichiennes pour venir exécuter le projet qu'il paroît avoir formé contre l'armée de Soubise?[1] Sept. 13. Fontainebleau.

Ce qu'on a mandé à M. le C. de Kaunitz par rapport à la principauté de Neufchatel est une idée chimérique inventée par l'ignorance ou la malignité.

Quant aux propositions de paix qui nous ont été faites par le roi de Prusse, il n'y en a pas d'autres que celles qui nous sont venues par le Chevalier Folard à qui le Margrave de Bareith les avoit confiées. J'en ai informé sur le champ M. de Starhemberg, et je lui communiquerai toujours avec la même ouverture et le même empressement tous ce qui viendra à ma connoissance relativement aux intérêts des deux cours.

[1] Dieser Satz auch bei Stuhr Forschungen I 189.

1757

80. Oberst von Balby an König Friedrich II.

Sept. 15. Neuwied.

Dans ce moment le 15 Septembre la lettre en chiffre m'est remise. Le malheur arrivé au courier est très-accablant pour le C. de Wied, qui vous a détaillé la tentative, que l'on a fait auprès le maréchal de Belleisle et sa réponse, comme aussi quatres .....[1]. L'entrevue avec un général François n'a pu avoir lieu, le colonel Fischer ayant avancé des mensonges.

La dite dépêche contenoit des plans et propositions, en particulier la cession de Neufchatel et Valengin à la Pompadour pour détacher la France et vous procurer une paix avantageuse, conditionelle fait tout[1]. Il y avoit aussi une grande relation du S^r^ Barbut, de l'entretien qu'il a eu au long avec le M^al^ de Balleisle. J'apprends que le courier en passant Frankfort a reçu un paquet de Freytag, concernant les mentionnés projets, avec plusieurs lettres du secrétaire du duc de Richelieu. Le paquet du comte Wied étoit déjà fermé lorsque j'arrivois chez lui, contenant dix feuilles, qui n'ont pu être en chiffre, à cause de leur volume et pour l'empressement de le faire partir, outre que le courier ayant assuré la garantie du paquet. Le comte de Neuwied court le plus grand risque du monde; il s'est proposé de se mettre à couvert en France ou en Hollande, croyant que le comté sera pillé. Le pire est qu'il se voit obéré et sans argent et sa ruine totale. Il fait partir le chambellan Barbut pour Paris — —.

81. Georg II von England an Friedrich II.

Sept. 20. Kensington.

Monsieur Mon Frère.

Ce n'est point faute de m'intéresser à la situation d'un allié malheureux que j'ai pris le parti, auquel je me suis trouvé forcé. Mon absence indispensable de mes états, et dans une occasion aussi critique, a causé par la mauvaise conduite et le manque de jugement des contretemps, auxquels par cette raison je n'ai pu remédier, et un dernier incident, qui m'a autant indigné que surpris, a mis le comble à mes chagrins et à mon impuissance de prêter comme électeur de l'assistance à V. M., mon entière destruction ne lui pouvant être d'aucune utilité. En revanche, V. M. peut être assurée que du côté de l'Angleterre on fera tout ce qui peut être humainement possible pour la soutenir et l'assister. Je souhaite toute sorte de bonheur et de prosperité à V. M., et la prie de me croire très-sincèrement

Monsieur Mon Frère
de Votre Majesté
le bon Frère
GEORGE R.

82. Stainville an Bernis.

Sept. 20. Wien.

— J'ai cru devoir parler fortement à M. le C. de Kaunitz sur le démarche que venoit de faire la cour de Russie dans la Prusse ducale en forçant les habitans de prêter serment à l'impératrice de Russie. Le ministre de l'I. R. est convenu de l'irrégularité de cette démarche, il a supposé, ainsi que S. M. I. m'a fait l'honneur de me le dire, que M. d'Apraxin ne s'est déterminé à faire prêter serment aux sujets du roi de Prusse que pour éviter les désordres de son armée dans la Prusse,

[1] Die Depesche ist ungenau dechiffriert.

dont les troupes légères seront contenues plus facilement lorsqu'elles pourront croire que ce pays appartient à leur souveraine.

Vous sentez, M., combien une pareille raison est futile; M. de Kaunitz le sentant m'a promis d'écrire à S. Petersbourg pour rectifier ce procédé.

Un des principaux objets, que les alliés doivent avoir actuellement, est d'empêcher que les intrigues de la cour de Londres et de Berlin à Constantinople ne prennent consistance par les mécontentemens que la Russie pourroit donner à la Porte. Il me semble, ce que j'ai démontré à leurs MM. II. et à leurs ministres, que le projet que nous exécutons tant militaire que politique ne pouvoit plus essuyer de danger et même de contradiction que par une guerre que la Porte susciteroit à la Moscovie. Il est de la dernière importance que le ministère du roi de Pologne, lequel me paroît intimément lié avec celui de Russie, évite toute occasion de déplaire à la Porte. — M. de Kaunitz m'a assuré qu'il agiroit selon ces principes vis-à-vis des cours dont il est question.

83. Stainville an Bernis.

1757 Sept. 20. Wien.

Malgré la capitulation faite par M. le maréchal de Richelieu avec M. le duc de Cumberland sous l'intervention du roi de Dannemark — j'ai cru suivre vos intentions en faisant signer à l'agent de M. de Brunswik à cette cour les quatres conditions que vous trouverez ci-jointes et qui sont les mêmes mot-à-mot que celles que vous m'avez fait l'honneur de m'adresser le 3 de ce mois. Le dit agent de M. de Brunswik étoit muni des pleinpouvoirs nécessaires pour accepter les dites conditions et il n'a point exigé que je lui exhibasse les miens.

Il m'a paru, M., que ces quatres articles accepté par le duc de Brunswik expliquoient le second article de la convention de M. le maréchal de Richelieu et le premier article séparé de cette convention en ce qui regarde principalement le licenciement des troupes alliées de l'Angleterre. M. le C. de Kaunitz a trouvé ainsi que moi que cette forme étoit la plus simple et qu'il seroit à désirer qu'elle fut suivie par les troupes de Hesse et de Gotha, d'autant plus que la convention de M. de Richelieu demande nécessairement une explication.

Il résulte de ces différentes opérations qu'il ne reste plus en Allemagne d'ennemi à la cause commune que le roi de Prusse.

P. S.

M. le C. de Kaunitz a signé de son côté au nom de l'impératrice les articles convenus entre le roi et M. le duc de Brunswik. — Je joins simplement ici l'instrument signé par le ministre de Brunswik et une copie de celui que je lui ai donné en échange[1].

84. Legationsrath von Eickstedt an König Friedrich II.

(1757 Sept. 20. Braunschweig.)

Bericht über die Unterredung mit dem Marschall von Richelieu.

A.

Après avoir lu la lettre de V. M., il me dit qu'il n'avoit point d'ordre ni instruction mais qu'il croyoit avoir entendu, que V. M. avoit écrit au roi de France ou lui fait parler. Je lui dis, que non, que je ne le croyois pas, puisque V. M. m'en auroit dit quelque chose pour ma direction.

[1] S. o. S. 387.

Cela le détermina à dire qu'il en écriroit par courier à sa cour. Il ajouta que la chose étoit difficile et qu'il ne savoit pas comme sa cour se tireroit d'une affaire si embarassante. Je lui ai répondu que ce seroit la première fois que sa cour seroit embarassée pour se tirer d'affaire. Il me dit: supposons que l'Impératrice Reine ait promis les Pays-Bas, si elle lui fait avoir la Silesie, que feriez-vous? quelle proposition à faire? Le roi de Prusse employe ordinairement des gens au fait. R.: que ce n'étoit pas de mon ressort de faire les plans, que je ne savois à quel point les Pays-Bas pouvoient intéresser la France et balancer les anciens traités avec V. M., de même que les sentimens d'amitié et de reconnoissance que je devois naturellement lui supposer avec V. M., qu'en outre je savois bien que ce traité ne parloit que de $\frac{24}{m.}$ hommes. Oui, me dit-il, au commencement, mais l'I. R. voyant le sérieux, nous dit: cela ne suffit pas, cédez-moi Parme et Plaisance et je vous donne les Pays-Bas, ou à l'Infant, c'est la même chose, si vous agissez avec force pour me procurer la Silésie. Il me prioit de rester, faisant semblant de répondre à V. M.; puis embarassé se leva et me dit qu'il est embarassant de peser tous les mots. Lui ayant répondu sur le champ, je ne les peserai pas non plus, il me demanda, pourquoi V. M., si supérieure en génie, n'avoit fait des propositions. Je répondis en général, que V. M. apparemment avoit cru tout faire se prêtant à les attendre. Il continua que c'étoit bien sérieux de V. M. de faire la paix, répondant que V. M. avoit déclaré assez clairement dès le commencement de la guerre, qu'elle ne la faisoit que pour avoir la paix, tout ce qui avoit précédé, enfin toutes ses démarches étoient des interprètes de ses intentions. Il continua: mais si le roi fait des propositions, la France demandera de grands sacrifices. Je lui répondis qu'il ne s'agissoit pas de préscrire à quelqu'un qui est aux abois, que naturellement les propositions de paix devoient être persuasifs, puisque si on perdoit par la paix autant que par la guerre, je ne voyois rien qui puisse déterminer à la faire. Il me dit: écoutez, le roi désire la paix, son ministère également et tous ceux qui l'environnent de même; il nous faut 15 jours pour la réponse, on voudra aussi la communiquer au C. Stahremberg, le roi de Prusse ne me demande pas le secret, qu'en dites vous? Je lui dis que le roi m'a ordonné le plus grand secret et incognito; ce que vous me dites tendroit à une paix générale. Il m'a répondu: mais voilà deux grandes difficultés, de contenter l'I. R. et de dédommager la Saxe. Le roi a vu le faux pas que son ministère lui a fait faire quand il étoit piqué contre le roi de Prusse *qui à la paix en* place *de s'entendre*[1] en fait de guerre avec le roi; puis il assuroit que l'abbé de Bernis est de ses amis et qu'il feroit du mieux pour répondre à la confiance de V. M. En même tems il m'a appointé à 9 heures du soir quand tout se seroit retiré, que pour mieux cacher l'affaire je pourrois me tenir en lieu tiers, et retourner avec un passe-port qu'il me donneroit du 4 d'Octobre, puisque les lettres pourroient faire soupçonner, et si l'I. R. l'apprenoit.

B.

à Bronswick le 20[me] Septembre 1757 le soir.

1757 Sept. 20. Braunschweig.

V. M. a sans doute reçu mon très-humble rapport de ce matin. Je reviens dans ce moment du maréchal. Il m'a remis la lettre ci-jointe[2], me priant d'assurer V. M. de ses plus profonds respects. Quant aux affaires il ne m'a dit autre chose, si non qu'il ne pouvoit se dé-

---

[1] qui — entendre] falsch dechiffriert. [2] Vgl. o. S. 419.

faire de l'idée que le roi de France ne soit déjà informé, puisque l'abbé Bernis lui avoit écrit: je vous félicite de ce que vous ferez la paix. Il ajouta que V. M. connoissoit mieux que lui la cour de France, et qu'elle savoit bien que le roi de France désire la paix. Que le courier ne partiroit que demain, parceque ses dépêches n'avoient pu s'achever. Qu'entre le 6. et le 10. d'Octobre il auroit la réponse.

85. Friedrich II an Eickstedt.

1757 Sept. 24. Kirschleben.

— Je ne saurois répondre à la lettre du duc de R., vu qu'il ne s'y agit que des complimens, pour répondre à la lettre que je lui avois faite. Mais la première fois que vous lui parlerez vous lui direz, — qu'il étoit vrai que j'avois envoyé quelqu'un en France, quoique pas pour y négocier, mais pour sonder seulement la façon de penser de sa cour et comment elle s'expliqueroit sur un accommodement à faire. — Que quant à la paix, soit particulière soit générale, nous attendions les propositions qu'on me feroit, afin d'y pouvoir répondre. Au surplus, quand le duc de Richelieu vous parlera de cessions ou de pareilles choses, vous lui répondrez modestement, que des propositions de cette nature n'étoient pas les moyens propres pour faire acheminer la paix, et qu'il devoit se souvenir de ce qui arriva en l'an 1672 à Louis XIV, lorsqu'il fut à Utrecht. —

86. Friedrich II an den Oberst von Balby.

Sept. 26. Kirschleben.

Après la lettre que le conseiller privé Eichel vous a écrit en conséquence de mes ordres le 24 de ce mois Sept., le porteur de celle-ci vient d'arriver ici, et m'a fait un fidèle rapport et précis de ce que la dépêche malheureusement perdue avec le chasseur Nadler avoit compris. J'ai été bien aise de tout ce qu'il m'a rapporté à cette occasion et me flatte que la négociation secrète et que je viens d'entamer directement prendra peut-être consistance, à moins qu'on ne prétendra pas des cessions. Comme entre autre le susdit porteur m'a dit que la négociation seroit bientôt faite, si je voulois me résoudre de céder à M^{me} de Pompadour sa vie durante la principauté de Neufchatel et Wallangain, je suis bien aise de vous dire que je ne ferois point de difficultés sur cet article, de sorte que je vous ordonne et autorise expressément par le présent d'en parler à vos amis où vous êtes et où il convient, afin qu'ils puissent hardiment insinuer et promettre à M. de Pompadour de ma part, que la paix entre la France et moi faite, je céderois d'abord et de bonne foi à elle sa vie durante la principauté de Neufchatel et de Wallangain avec toutes ses appartenances et revenues, ne m'en conservant que le retour et le rechange au cas de sa mort, mais qu'aussi et en revanche je me flatte qu'elle emploiera tout son crédit afin que les articles de la paix à faire me soient avantageux ou du moins point onéreux, et que pour l'ultimum tout soit remis dans l'état où les positions étoient avant la guerre présente. Au reste donnez-moi au plutôt des éclaircissemens, si vous croyez que la France voudra à la paix générale ou si elle aime mieux de la faire préalablement séparée avec moi, pour travailler après à juste pacification générale. Il m'importe extrêmement d'être instruit sur cet article pour prendre mes mesures en conséquence.

Ce 26 Septembre au quartier de Kirschleben[1].

FEDERIC.

[1] reçu à Dillenburg le 6 Octobre.

87. Stainville an Bernis.

October 7. Wien.

— — M. de Kaunitz pense qu'il faut laisser subsister la distinction du roi d'Angleterre et de l'électeur d'Hanovre en retirant cependant tout le profit possible de la possession d'Hanovre, mais en laissant l'espérance que l'on pourra en diminuer les charges. — — Si le roi d'Angleterre comme électeur d'Hanovre doit conserver des espérances pour son électorat, c'est par nous et non par la cour de Vienne que ces espérances doivent venir.

Au reste, Monsieur, je ne peux pas vous cacher que je désapprouve dans M. de Kaunitz ce ménagement, tout spécieux qu'il paroît être, et je le désapprouve d'autant plus que ce ministre m'a caché un mémoire que M. de Steinberg lui a présenté de la part de son maître, par lequel S. M. Britannique demande que LL. MM. II. interposent leurs bons offices pour le soulagement de l'électorat d'Hanovre. Ce mémoire finit par une phrase fort peu claire où il est question de la paix, je l'ai lu le même jour que M. de Steinberg l'a présenté et j'ai été étonné que non seulement M. de Kaunitz ne m'en ait pas parlé, mais que même depuis il ait voulu me faire sentir que l'électorat d'Hanovre demandoit des ménagemens. Je ne doute pas que M. le C. de Starhemberg ne vous fasse part du mémoire d'Hanovre: ce sera à vous à juger s'il convient que nos intérêts les plus chers passent par cette cour, et s'il ne seroit pas mieux de couper court à toutes ces négociations inutiles et dangereuses en priant LL. MM. II. de rompre absolument avec la cour d'Hanovre.

C'est le vice-chancelier de l'empire qui m'a fait voir le mémoire de M. de Steinberg en me priant de n'en point parler à M. de Kaunitz, je lui ai tenu parole, mais je suis blessé du mystère que m'en a fait le ministre de l'impératrice.

88. Etat des contributions en argent dont la levée a été ordonnée sur les pays conquis[1].

		Ecus.	
Pays Prussiens.	Sur le duché de Cleves, comté de la Mark etc., principauté de Meurs	800000	L'écu evalué à 3 l. de France à cause du bas titre des espèces dans ces pays:
	sur le duché de Gueldres	220000	
	sur le comté de Lingen.	75000	
	sur le comté de Tecklenbourg	67000	
	sur le comté de Ravensberg, demande formée en entrant à Bielefeld.	156430	
	sur la principauté d'Ostfriese	320000	
	sur la principauté de Minden	200000	
		1,838430	5,515290 L.
Pays d'Hanovre, de Brunswik et de Hesse.	sur la principauté de Calenberg.	550000	L'écu evalué à 3 L. 12 S. de France:
	sur le duché de Grubenhagen	100000	
	sur les duchés de Brême et de Verden .	320000	
	sur le comté de Diepholt	15000	
	sur le comté d'Hoya.	110000	
	sur le duché de Lunebourg	220000	
	sur le comté de Dannenberg[2]	100000	
	sur le comté de Schaumbourg	20000	
	sur le langraviat de Hesse	850000	
	sur le comté de Hanau.	70000	
	sur le duché de Brunswik.	425000	
		2,780000	10,008000 L.

[1] Mouvemens des armées du Roi 1757 p. 750.
[2] Das Manuscript hat Damalberg.

Récapitulation.

	Ecus.	Réduction en argent de France.
Sur les pays Prussiens	1,838430	5,515290 L.
sur les pays d'Hanovre, de Brunswik et de Hesse	2,780000	10,008000 -
	4,618430	15,523290 L.

Plus la principauté de Halberstadt 200000 écus d'Allemagne. On dit qu'elle vaut environ 11 à 1200000 L. de France; selon d'autres 1,500000 L.

Le total de ces contributions considérables ne fut point payé, parceque l'on n'avoit point eu la précaution d'en faire les traités avec les différentes régences des pays, et parceque l'armée du Roy abandonna si précipitemment tous ces pays, qu'elle n'eut pas le temps de les lever.

89. Von der Kaiserin Königin an den König von Polen vom October 1756 bis September 1757 geleistete Zahlungen[1].

		fl.	kr.
1.	In baarem Gelde während des Lagers bei Pirna	150000 fl.	— kr.
2.	Für 3000 Pferde bei der k. k. Armee	528657 -	32 -
3.	Für die Überläufer welche sich in Ungarn befinden	276622 -	49 -
4.	Alte Waffen, welche man den besagten Überläufern geliehen hat	22958 -	20 -
		978238 fl.	41 kr.

Diese Summe beträgt in französischem Gelde 2,445596 L. 17 S.
[14 S.]

90. Bernis an Stainville.

— — Je joins ici, M., un plan des fortifications de Schweidnitz. 1757 Oct. 8. Versailles.
Cet envoi paroîtra extraordinaire au premier aspect, la cour de Vienne étant plus à portée que nous d'en tirer un de Silésie, mais celui-ci a un mérite très-particulier, puisqu'il vient du roi de Prusse lui-même, qui l'a envoyé au roi, et que l'inscription qui est au haut du plan est de la main même de S. M. Prussienne sur l'original. Comme le roi étend son attention à tout ce qui peut contribuer à la gloire et à l'avantage de l'I. R., il m'a ordonné de vous dépêcher un courier pour vous porter ce plan qu'il veut que vous présentiez de sa part à S. M. I. comme un nouveau témoignage de sa sincère amitié. S. M. désire qu'il n'y ait que l'impératrice et M. de Kaunitz qui sachent que ce plan lui ait été remis par le roi de Prusse et qu'elle l'ait envoyé à S. M. I. Le roi croit devoir cet égard aux liens qui l'ont uni autrefois avec le roi de Prusse, l'amitié exigeant des égards même après qu'elle est éteinte.

91. Richelieu an Stainville.

— *Postscriptum.* Oct. 8. Halberstadt.

Parmi toutes les misères qui sont en cette armée, qui ont enfanté le désordre le plus effroyable, le ton et l'indiscipline qui ne peuvent pas se croire, il nous arrive des événemens dont la tête est prête de me tourner, c'est que le prêt est au point de manquer. M. de Montmartel fait les fonds assez exactement pour être payé les premiers

[1] Ambassade de M. de Choiseul à Vienne. Tom. III. Pièces justif. en 1757. (B. I. Suppl. Fr. 7134).

jours du mois, mais à Paris toutes les distances se confondent, quand elles sont portées à un certain point. Cologne, Halberstadt et autres villes sont également de l'Allemagne, cependant il y a cent lieues de Cologne ici: le trésor ne doit arriver à Hanovre que le 11. ou le 12., et il ne sera pas ici avant le 15. ou le 16., et si les chemins devenoient plus mauvais, vous pouvez juger ce qui arriveroit. — J'ai fait mettre en prison les juifs d'ici pour les forcer à nous faire des avances, mais ce sont des gueux qui n'ont rien et dont je n'ai pu rien tirer.

1757

92. Legationsrath von Eickstedt an König Friedrich II.

Oct. 13. Halberstadt. Toutes les lettres ont été ouvertes, c'est la raison qui m'a empêché de marquer à V. M. la cause du retardement, pour ne pas risquer d'être découvert. Avec la plus grande diligence je n'ai pu parler à M. le maréchal que ce matin à 7 heures. Il m'a lu la réponse suivante: que le roi de France ayant été obligé comme garant de la paix de Westphalie et allié de la Suède et de l'I. R. de prendre part à la présente guerre ne trouve 1° pas qu'elle puisse entrer seule dans l'ouvrage de la paix, et pas autrement que conjointement avec la Suède et les princes de l'Empire. 2° conjointement avec l'empereur, l'I. R., l'impératrice de Russie et le roi de Pologne en qualité d'électeur de Saxe. 3° l'affaire de la paix demandoit de mûres réflexions et des discussions qui n'étoient pas d'un général d'armée, mais naturellement devoit se faire avec le ministre de France et ceux de l'I. R. —

93. Stainville an Bernis.

Oct. 13. Wien. — — M. de Kaunitz m'a communiqué le mémoire que lui avoit remis le ministre d'Hanovre. —

Mémoire de M. de Steinberg joint à la dépêche de M. l'ambassadeur du 13 Octobre 1757.

Après la suspension d'armes arrêtée entre les deux armées on auroit dû espérer qu'il seroit mis fin aux exactions et aux calamités qui avoient déjà abîmé une grande partie des pays d'Hanovre. Le blé dans les quartiers où l'armée combinée Impériale et Françoise avoit passé a été fouragé avant de parvenir à sa maturité. Plusieurs villages ont eu le malheur d'être incendiés ou dévastés, toute la récolte a du être remise entre les mains des commissaires sans qu'on ait laissé aux pauvres habitans de quoi subsister, de quoi nourrir leur bétail et ensemencer la terre pour l'année prochaine, et il seroit difficile de faire un juste tableau de toutes les misères sous lesquelles le pays succombe déjà et qui vont l'accabler davantage par les plus horribles fléaux. Non-obstant cela on continue de lui imposer des charges qui surpassent absolument ses facultés. En particulier on vient de régler encore en général pour les états-majors de chaque régiment. La partie des pays que l'armée combinée occupe est obligée de fournir 4 millions de rations, 50ᵐ sacs de froment, 107ᵐ sacs de seigle, et loin de se contenter de ceci, M. l'intendant Baron de Lucé a exigé tout récemment en date du 14 Septembre sous peine d'exécution militaire de la seule principauté de Calenberg 550ᵐ Reichstalers de contribution, payables en 3 termes dont le dernier échéera le 20 Dec[bre] et par dessus tout cela la fourniture des hôpitaux, les logemens, les livraisons du chauffage si cher dans ce pays-là, et de tant d'autres articles accablent les sujets; à qui ce qui plus est, on ne relâche rien des taxes

ordinaires dont de même que de toutes les caisses royales les François se sont emparés d'abord dans le même pays de manière que si remède n'y est pas bientôt apporté tout l'électorat sera ruiné de fond en comble pour une longue suite d'années.

S. M. Britannique et Altesse Electorale de Brunswik-Luneburg se promet de la grandeur d'âme et de l'équité si connues de LL. MM. II., qu'elles ne seront point insensibles au triste sort d'un des plus considérables états de l'Allemagne, qui déjà pour long-temps est rendu inutile à l'Empire, et qu'elles voudront bien renouveler les bons offices qu'elles ont daigné employer jusqu'ici auprès de S. M. T. C. pour que la négociation de la paix soit accélérée et pour qu'on renonce aux prétentions nouvellement formées.

94. Réponse de M. le C. de Kaunitz au billet de M. l'ambassadeur du 11 Octobre[1], jointe à la dépêche du 13 Octobre.

La communication que je me suis donné l'honneur de faire à V. E. du mémoire de M. de Steinberg en original et tel qu'il m'a été envoyé n'a eu d'autre objet que celui de ne lui rien laisser ignorer de tout ce qui a rapport à sa cour et à la mienne, et moyennant cela dans mon billet je suis d'autant moins entré dans aucune dissertation sur le contenu de cette pièce, qu'entre nous elle me paroissoit n'en point avoir besoin. —

95. Friedrich II an Georg II von England. 1757

Monsieur Mon Frère, October 16.

Je plains V. M. qu'elle a été si mal servie dans la convention que ses généraux ont fait à Stade avec les François; mais cet acte n'est pas ratifié, mais les François même y font infraction en voulant désarmer les troupes Hessoises et en s'emparant d'un fort dans le Harz. Leipzig.

Je crois qu'il y auroit un moyen plus avantageux et plus convenable, en même tems plus digne de la gloire de V. M., d'expulser les François tout-à-fait du pays d'Hannovre et de les rechasser au delà du Weser.

Les Russes ont quittés la Prusse, le maréchal Lehwaldt est en pleine marche de la Prusse pour entrer en Poméranie, en chasser les Suédois et ravager les environs de Stralsund. De-là, si j'étois sûr que les Hannovriens se joignissent à lui, il n'y auroit qu'à passer l'Elbe, tomber dans les quartiers des François pour les replier bien loin en arrière. J'attends sur ceci la réponse de V. M., c'est l'affaire d'une expédition d'hiver, dont je garantirois le succès et où il ne faut que du courage et de la vigueur pour l'entreprendre. C'est de cette façon que M. de Turenne chassa les ennemis de l'Alsace, et c'est par ces mêmes ressources que les grands états se sont plus d'une fois sauvés de leur ruine. Pour moi je me mets nécessairement en marche, et après avoir fait fuir l'armée Françoise et de l'Empire jusqu'à Eisenach, j'accours au corps de Marschall en Lusace, et de-là je compte dégager la Silésie.

V. M. sera instruite de tout ce qui se passe, étant avec une parfaite estime

Monsieur Mon Frère
de Votre Majesté
le bon Frère
F.

[1] In diesem Billet hatte Stainville vorzüglich betont: le roi mon maître ne fait nulle distinction dans les qualités de son ennemi comme électeur d'Hanovre ou comme roi d'Angleterre.

1757 Oct. 19. Versailles.

96. Bernis an Stainville.

— La cour de Vienne raisonne mal si elle favorise l'agrandissement de la Russie dans le voisinage de l'Allemagne; elle sera peut-être la première de s'en repentir. —

Les derniers ordres du roi à M. le maréchal de Richelieu sont entièrement conformes à ce que j'ai l'honneur de vous mander concernant la négociation à entamer avec le landgrave de Cassel et le duc de Brunsvic pour prendre leurs troupes à la solde du roi. J'ajouterai seulement qu'il est ordonné au maréchal de commencer par exécuter la convention que vous avez signée à Vienne tant avec le duc de Brunsvic qu'avec les autres alliés de l'électeur de Hanovre. Le motif qui a dicté cette resolution est, que si l'on commence par négocier le traité

1° ce sera donner à la cour de Danemarc l'éveil d'une négociation et la mettre à portée d'y former des obstacles.

2° le landgrave dans la confiance qu'on le ménage parcequ'on a besoin de ses troupes demandera des conditions exorbitantes, au lieu qu'en commençant par exécuter la convention, la gêne dans laquelle il se trouvera et l'impatience de revoir son palais le porteront naturellement à modérer ses conditions et lui donneront plus d'empressement pour finir.

Quant à l'inconvénient que les troupes Hessoises ne se débandent et ne passent au roi de Prusse, on pourra le prévenir en faisant passer aux principaux officiers Hessois l'espérance de les remettre bientôt en activité.

Ce que je vous marque ici, M., sur la conduite à tenir avec le landgrave de Cassel, doit servir aussi pour le duc de Brunsvic. Mais à cette occasion je ne puis vous cacher un trait fort singulier de M. de Schliestedt, premier ministre de ce prince. Vous verrez par la copie du mémoire ci-joint qu'il ose avancer que le résident du duc à Vienne n'a point eu de pouvoir pour accepter la convention qu'il a signé avec vous. Comme j'ai envoyé à M. le maréchal de Richelieu la copie libellée de l'exemplaire de convention signée par le S. Moll, il a en main de quoi confondre l'imposture et je lui marque de faire observer à M. de Schliestedt, qu'il fait attention à la vérité des faits qu'on lui cite, afin de dégoûter ce ministre de l'envie de le surprendre par de faux exposés.

97. Bernis an Stainville.

Nov. 1. Versailles. — M. de Starhemberg m'a fait connoître combien sa cour étoit pressée par la Russie de communiquer à cette puissance nos engagemens secrets et de convenir avec elle des avantages qu'on lui a fait espérer avec imprudence dans la vue de lui donner de moindres subsides. On me presse beaucoup pour en accorder à la Saxe ainsi que nous en sommes convenus par le traité secret.

98. Friedrich II an Georg II von England.

Nov. 7. Freiburg. Monsieur Mon Frère,

Comme j'étois en pleine marche pour la Silésie j'appris que l'armée Françoise et celle de l'Empire s'avancoient du côté de Leipzig, ce qui m'obligea à revenir sur mes pas pour défendre mes magazins et couvrir le pays de ces environs. Le 3. de ce mois je tombois dans leurs cantonnemens, je les obligeois à se replier au délà de la Sala et leur enlevois le poste de Weissenfels; après quoi nous avons passé la rivière,

nous sommes marchés à eux le 4., mais leur poste étant trop fort pour être attaqué, nous avons voulu le tourner. Le 5. ils sortirent de leur poste et ils ont été battus. Ils y ont perdu 8 généraux, 206 officiers, 4500 hommes, 62 canons, 15 étendarts, deux paires de timbals et 7 drapeaux; leur déroute a été si considérable que les trois quarts ont jeté leurs armes. Je reviens de la poursuite et je ne les ai quitté qu'auprès d'Erfort. J'ai cru peut-être que cette nouvelle pourroit ne point être désagréable à V. M.

Le duc de Richelieu avoit renforcé cette armée de 20 bataillons et de 16 esquadrons, elle étoit forte en tout de $\frac{62}{m}$ hommes. A la nouvelle de cette bataille les François se sont retirés avec précipitation du pays de Halberstadt et je laisse à juger à V. M. des suites que cela pourroit avoir, si l'on saisissoit le moment pour en profiter. Les Autrichiens ont mis le siège devant Schweidnitz; j'y marche incontinent pour y apporter du secours et pour nettoyer en passant la Lusace.

Le maréchal Lehwaldt arrivera dans huit jours à Stettin, et je ne doute pas qu'il n'expulse en peu le pays des Suédois qui l'ont infecté.

M. Mitchell m'a dit que V. M. souhaitoit que le prince de Bronswig se mit à la tête de son armée; je le fais partir incontinent, très-persuadé que si l'on agit d'abord dans la circonstance présente, on en retirera le plus grand avantage. Je fais des voeux pour la prospérité de V. M., étant avec la plus haute estime

Monsieur Mon Frère
de Votre Majesté
le bon Frère
F.

99. Bernis an Stainville. 1757

Nov. 8. Versailles.

— M. de Starhemberg m'a communiqué une note par laquelle cette puissance (la Russie) demande l'accession de la France à la convention de Petersbourg, la communication des arrangemens secrets des deux cours et un agrandissement proportionné à ceux de la France et de la Suède. Je suis convenu avec l'ambassadeur de LL. MM. II. qu'on répondroit à cette puissance, qu'il n'étoit pas encore tems de faire toutes ces propositions à la France, que surtout après la retraite de l'armée Russe il convenoit d'aller plus doucement et de se restreindre avec elle à l'invitation pure et simple d'accéder à la convention de Petersbourg du mois de Janvier.

100. Aus der von dem K. Dänischen Minister Grafen Jo. Hartwig Ernst von Bernstorff dem französischen Gesandten Ogier übergebenen Denkschrift, Ostfriesland betreffend.

Nov. 13. Kopenhagen.

— Nous n'avons aujourd'hui en Europe aucune prétention qui menace davantage de troubler infailliblement la tranquillité que celle du grand-duc de Russie sur une partie du Duché de Sleswick, et aucun établissement qui soit une source plus féconde de concertation et de haine que le partage des domaines et la communauté de la souveraineté du duché de Holstein, qui subsiste entre le roi et ce même prince. — Les moyens de gagner le grand-duc sont entre les mains de ce monarque (S. M. T. C.). Il a conquis de concert avec l'Impératrice Reine, mais par la force seule de ses armes, les provinces que le roi de Prusse possédoit en Westphalie et entre elles l'Ostfrise. S'il veut rendre cette belle province à son ancien possesseur, je ne saurois

trop le répéter à V. E., le roi ne me permettra pas d'y opposer des représentations. S. M. n'a aucune liaison avec S. M. Prussienne. Elle peut donc se dispenser de rien demander en sa faveur; mais elle n'est point en guerre avec ce prince et n'est par conséquent pas en droit de travailler à son dépouillement; mais si S. M. T. C. est résolue d'en faire un autre usage, si le parti est pris de disposer différemment de l'Ostfrise, quel emploi plus noble et plus digne de son coeur (et me seroit-il permis d'ajouter, plus digne de sa sagesse et de sa généreuse politique) pourroit-il en faire que de la consacrer au maintien de la paix et de l'affermissement inébranlable du système qu'elle a tant travaillé à établir dans le Nord. Le grand-duc ne résistera pas à l'appas d'une si grande acquisition.

1757

101. Stainville an Bernis.

Nov. 25. Wien.

— M. de Kaunitz, après m'avoir — confié que dans peu de jours on renverroit de Vienne le ministre Hanovrien, m'a reparlé d'un plan favori qu'il a toujours eu, et qui consisteroit à reprendre la négociation de la neutralité d'Hanovre. — J'ai marqué décisivement ma répugnance à ce ministre sur son projet. — M. de Kaunitz avec assez de raison ne songe qu'au roi de Prusse, mais il me semble que nous en y songeant aussi, nous ne devons pas oublier et l'honneur et l'intérêt du roi.

102. Graf Marishal an den Minister Grafen Podewils.

Nov. 27. Neufchatel.

Monsieur

Recevez mes remercimens de ce que V. E. a bien voulu à ma recommandation accorder sa protection à M. Vouga, j'en suis bien reconnoissant, et souhaiterois avoir des occasions à la lui prouver.

Je vous fais mes complimens sur la victoire du 5., je suis cependant dans des cruels alarmes, je vois que le roi s'expose plus qu'aucun soldat de son armée, il dirige tout, il fait tout, l'humanité ne pourra résister à tant de veilles et de fatigues. Si un malheur lui arrive, nous sommes perdus.

J'ai pris la liberté en bon Suisse de vous envoyer vos étrennes d'un fromage, et en vieux Espagnol un peu de tabac. Je vous prie d'avoir la bonté de dire à Madame de Camasse qu'il y a aussi pour elle un peu de tabac, et un fromage pour la reine, et que je la prie de me mettre au pieds de S. M. J'ai l'honneur d'être avec une considération respectueuse

de Votre Excellence
le très-humble et très-obéissant
serviteur
LE MARÉCHAL D'ECOSSE.

J'envois une relation d'un officier françois de l'affaire du 5.

103. Bernis an Stainville.

Nov. 30. Versailles.

— Nous avons amené la cour de Copenhagen à nous faire confidence de l'unique objet de son ambition et de nous donner par écrit l'assurance de se conformer au résultat de la diète du 17 Janvier contre le roi de Prusse et de donner son contingent, si la cour de Vienne veut seconder le projet de l'échange du Holstein par la cession de l'Ostfrise au grand-duc de Russie. Nous connoissons la répugnance de

l'impératrice à faire ce sacrifice; d'ailleurs il faut s'attendre à la répugnance de M. de Kaunitz qui est un des prétendans à cette principauté, mais il y a des moyens à tout accommoder.

104. Königin Elisabeth Christine von Preufsen an den Herzog Karl von Braunschweig[1]. [1757

Vous aurez vu, cher frère, par les gazettes la victoire du roi bien grande et bien complète. Elle l'est bien d'avantage encore qu'on n'en a dit et on ne sauroit assez louer Dieu et admirer les voies de la providence, comme il a assisté le roi en lui donnant une victoire aussi grande et qui passe l'imagination. J'espère aussi que cette providence ne nous abandonnera pas et qu'il assistera aussi mon frère Ferdinand, qu'il soit celui qui a été choisi et destiné par cette sage providence pour nous tous délivrer de notre ennemi commun; et que vous n'aurez dans peu que des sujets de joie et de bonheur autant que vous avez depuis quelque tems de l'adversité. C'est bien malgré lui que mon frère a *accepté ce parti* (?) et il est bien mortifié d'avoir été obligé d'agir comme il a fait. Mais il ne sauroit le faire autrement et il espère que vous ne lui saurez pas mauvais gré, car cela le chagrine, craignant de vous avoir déplu, cher frère, et cette idée jette beaucoup d'amertume dans sa vie et surtout en voyant sa situation et la situation du prince votre fils, ce qui l'accable, mais un mot de votre part le pourroit tirer du grand chagrin et de la situation embarassante dans laquelle il se trouve. [Dec. 8. Magdeburg.]

105. Herzog Karl von Braunschweig an die Königin Christine von Preufsen. 1757

Madame Dec. 9. Blankenburg.

V. M. m'a bien agréablement réjoui par sa gracieuse attention en me donnant part par un courier de la victoire que S. M. le roi a remportée le 5. près de Lissa. Dieu soit loué que S. M. se porte bien, que le prince Ferdinand son frère est heureusement sorti aussi de cette bataille comme aussi mon frère cadet. Le tout-puissant veuille protéger et bénir plus outre. Je lui ai aussi mille obligations pour l'autre très-gracieuse lettre que j'ai reçu en même tems et de la communication des pensées du comte de Finck qui sont des plus justes. Je ferai tout ce qui est humainement possible de faire, mais il faut soutenir mon langage. Non-obstant cela les troupes ne se sépareront pas parceque mon frère y a mis ordre. Dieu l'assiste, pourvu qu'il y eût seulement des troupes Prussiennes un peu plus de ce côté-ci, car tant que cela n'est pas, Brunswic et Wolfenbüttel est toujours dans les mains des François et mon ministère aussi. Il faut espérer que Dieu aidera à la fin nous autres pauvres gens opprimés .... jusqu'à présent entièrement. Le Landgrave de Cassel .... n'a que ce fils qu'il n'aime pas et un ministre qui n'a rien à perdre, qui est Hardenberg, cependant il a plus négocié à Versailles que moi je n'ai jamais fait, voyant à présent qu'on l'a renvoyé il fait ces déclarations. Je lui demande excuse de cette digression, me recomman-

---

[1] Nr. 104 und 105 aus dem Kön. Preufs. Hausarchive. F. 123 E.

dant dans l'honneur de ses bonnes graces et souhaitant de bonnes nouvelles plus outre. Je suis avec tout le zèle et dévouement imaginable

Madame

de Votre Majesté

le très-humble, très-obéissant et tout-à-fait

dévoué serviteur

CHARLES.

1757

106. Graf Finckenstein an König Friedrich II.

Dec. 10. Magdeburg.

J'ai cru de mon devoir de marquer très-humblement à V. M. que j'ai pris la liberté d'engager la reine à faire comme d'elle-même quelques représentations au duc régnant de Bronswic, sur la résolution qu'il paroissoit avoir prise de vouloir rappeler ses troupes. Sa Majesté s'est prêté à cette démarche avec tout le zèle imaginable et la réponse du duc, qu'elle vient de me communiquer, porte en termes exprès, qu'il avoit à la vérité été obligé de céder aux malheurs du tems, et qu'il ne pouvoit pas se dispenser de conformer son langage aux engagemens qu'on l'avoit forcé de prendre, mais que ses troupes ne se sépareront pas pour cela de l'armée alliée et qu'il seroit toujours charmé de pouvoir contribuer indirectement à l'avancement des intérêts de V. M. et de la bonne cause, témoignant en même tems la joye la plus vive à l'occasion de la victoire que V. M. a remportée sur l'armée Autrichienne.

Je me flatte que V. M. ne sera pas fâchée d'apprendre ces circonstances, qui prouvent clairement la bonne volonté du duc de Bronsvic et qui font voir que la convention qu'il a été obligé de conclure, ne portera aucun préjudice aux opérations du prince Ferdinand.

107. Stainville an Bernis.

Dec. 12. Wien.

— — — M. de Kaunitz prétend avoir des droits fondés sur la totalité de l'Ostfrise. Il m'a dit qu'il avoit fait parvenir il y a quelques années un mémoire à S. M. Prussienne, qui a tellement frappé ce prince qu'il a cru devoir entrer avec lui en négociation sur ses prétentions. Ces négociations ont abouti à rien, mais qu'il n'en est moins vrai que ses droits ont frappé S. M. Prussienne. „Les dites prétentions", ajouta ce ministre, „sont décidées en ma faveur par différents tribunaux de „l'Empire". M. de Kaunitz m'a dit que dans le cours des négociations qui ont cimenté l'alliance, il avoit évité de faire entrer le moindre intérêt qui lui fût propre, mais que dans cette occasion il croyoit qu'il ne manquoit pas à son devoir ni à son attachement aux deux couronnes en représentant plus encore pour ses enfans que pour lui le tort que le roi et l'impératrice lui feroient, s'ils contractoient des engagemens au préjudice de ses droits qu'il suppose reconnus.

J'ai répondu à ce ministre que jusqu'à présent j'avois oui que ses prétentions ne portoient que sur quelques terres de l'Ostfrise —, mais que puisqu'il regardoit ses droits comme valables pour la totalité, il étoit question de savoir si sans perdre l'idée d'attirer le Danemarc absolument dans l'alliance on ne pourroit pas dans une autre partie le dédommager. Sur cela j'ai mis au perspective le comté de la Marck comme dédommagement; il m'a paru que cette idée flattoit le ministre. — La conclusion de notre conversation a été que la cour impériale ne rejeteroit pas la proposition de l'échange de l'Ostfrise. M. de Kaunitz insiste seulement sur deux points, l'un — est que l'on n'arrête aucun

traité sans le concert de l'impératrice, l'autre que l'on ne promette rien positivement au Danemarc sans être sûr de son concours efficace et des efforts réels qu'il fera en faveur de la bonne cause. — Vis-à-vis de M. de Kaunitz, si les espérances éloignées que je lui ai données vous paroissent mériter d'être suivies, comme elles ne le paroissent à moi, non seulement dans la supposition que ses droits sur l'Ostfrise, à moi inconnus, ont de la réalité, mais encore pour gouverner un fil qui puisse retenir nécessairement à nous l'intérêt et la hauteur du ministre Autrichien —.

108. Marquis de Monciel an Bernis.

1757 Dec. 14. Stuttgart.

— M. le duc de Wirtemberg — accepte le commandement de l'armée de l'Empire. — — Après tous ces arrangemens j'ai eu l'honneur de lui dire: „mais seroit-il possible qu'un grand prince se donnât tant „de peines sans en espérer quelque fruit?“ Il m'a répondu que l'empereur et l'impératrice lui avoient donné parole pour le premier électorat, et qu'en attendant il avoit appris que l'on vouloit former à M. de Daun une principauté dans l'Ostfrise, mais qu'il avoit fait changer ce projet, et qu'il a trouvé qu'il valoit mieux de lui donner la ville impériale de Nürenberg; que cette ville avoit fait un mauvais usage de son autorité, d'ailleurs que cela barreroit son beau-père le Margrave de Bareuth, dont l'on devoit se méfier dans les circonstances, et que par le même engagement on lui demanderoit la ville d'Ulm, qui étoit fort à sa convenance. Il m'a dit qu'il me feroit voir les minutes du plan qu'il avoit envoyé à Vienne, dont voilà à peu près le précis.

109. Friedrich II an den Herzog Karl von Braunschweig.

Dec. 19 près de Breslau.

— P. S. C'est à présent le moment de tenir bon, où nos affaires prennent une forme avantageuse pour vos intérêts, pour votre gloire et pour votre honneur. Il ne faut pas vous démentir. Si votre fils vous désobéit, c'est à ma seule persuasion, et jetez-en toute votre colère sur moi, car je l'ai assuré que tout ce qui vous lui écriviez n'étoit que grimace, que vous vouliez être désobéi, et que je me chargois de tout; j'en fais mon affaire et je le prends ouvertement sous ma protection.

110. Prinz Czartoriski an seinen Vater[1].

(Über Pitt's Rede in der Sitzung des Unterhauses d. 14 December.)

Dec. 20. London.

— — Ch^r Beckfort, le criailleur, dont je vous ai fait mention dans une de mes lettres, se leva et s'avisa de dire que c'étoit le siècle où les généraux et les amiraux de la Grande-Bretagne entamoient sottise sur sottise, et il finit par demander, entre les mains de qui ce royaume étoit. M^r Pitt reprit la parole et dit, qu'il étoit entre les mains d'une providence bienfaisante, d'un roi brûlant du désir de faire le bonheur de son pays et d'un ministère si étroitement uni, qu'en étant un des moindres membres il osoit garantir, qu'animé d'un même esprit, tendant au même but, rien ne pouvoit le séparer; qu'il n'étoit que trop vrai que les fastes de ce siècle ici ne feroient pas mention fort honorable des militaires, qui avoient paru depuis peu sur la scène et qui

---

[1] Preuſs. St. A. XI 73. Varia Anglica.

dégénéroient de cette bravoure naturelle à la nation; que depuis le 5 d'Août Milord Loudoun n'avoit pas jugé à propos de lui donner des nouvelles des opérations qu'il projetoit, et qu'il avoit tout lieu de croire, qu'il s'étoit déterminé à rester dans l'inactivité; que la providence avoit réuni toute la bravoure, toutes les intelligences autrefois reparties dans les chefs Anglois dans la personne du Chr Clive, qui commande aux Indes Orientales; que c'étoit un général tombé du ciel (ce sont ses propres termes); qu'il n'avoit pas, il est vrai, été élevé dans toutes les règles et qu'il lui manquoit cette expérience, que 40 années de service donnent pour ne rien faire.

Jamais on ne mit plus de feu, plus d'éloquence dans un discours que Mr Pitt dans le sien: quelqu'uns prétendent cependant qu'il a plutôt parlé en tribun de peuple qu'en secrétaire d'état.

111. Michell an den König und das Ministerium.

1757 Dec. 20. London.

Michell berichtet, bei Übersendung des Entwurfs des Subsidienvertrags, von seinen wiederholten vergeblichen Vorstellungen bei den englischen Ministern über eine baltische Flotte und die Verwendung englischer Truppen in Deutschland und fährt fort: ils m'ont même prié, et entr'autres le Sr Pitt, de ne jamais plus toucher ces articles-là, puisqu'il étoit impossible qu'en conséquence des arrangemens pris intérieurement et du système que l'Angleterre vouloit suivre, on pût les promettre, et qu'enfin, si V. M. y insistoit, il étoit bien aise de me dire que cela feroit beaucoup de tort ici au soutien de la cause commune.

Randbemerkung Friedrichs II:

Comment est-ce que la cause commune peut être soutenue sans cela?

112. Stainville an Bernis.

Dec. 20. Wien.

— Les suites de la bataille du 5. ont été plus funestes pour la destruction de l'armée impériale que l'on n'avoit imaginé d'abord. — Dans l'abattement où se trouve M. de Kaunitz il m'a communiqué en gros le projet qu'il a de faire venir en Bohème 30000 hommes d'infanterie Russienne.

113. Bernis an Stainville.

Dec. 22. Versailles.

— J'apprends, et c'est un secret, que la cour de Vienne a flatté le duc de Wirtemberg du commandement de l'armée des cercles, à laquelle il espère que le roi trouvera bon qu'il joigne ses propres troupes. — La promesse d'un électorat n'est point contraire aux vues ni aux intérêts de S. M., mais il seroit contre les bons principes de détruire les villes impériales en leur donnant des souverains particuliers ou en les joignant aux états des princes de l'Empire.

Notre traité avec le duc de Meckelbourg a été signé le 1. de ce mois et S. M. l'a ratifié. Il y a quelques articles qui suffriroient de la difficulté vis-à-vis des Suédois et de l'électeur de Hanovre, mais comme il n'est question pour le roi que d'employer ses bons offices, je n'ai pas voulu chicaner la cour de Schwerin de peur de la dégoûter; elle court assez de risque pour mériter qu'on lui laisse au moins des espérances.

114. Prinz Heinrich von Preußen an den Grafen Mailly[1]. 1757

— Je vois bien que vous n'avez pas besoin d'être excité à remplir un objet aussi désirable que celui de procurer la tranquillité publique, aussi aurois-je voulu vous témoigner plutôt combien je suis touché de la manière affectueuse avec laquelle vous voulez bien vous prêter à rendre un service si essentiel. C'est pour m'informer que je pouvois vous indiquer à Paris qui soit instruit des intentions du roi mon frère que j'ai tardé à vous faire réponse; mais ayant appris qu'il ne se trouve actuellement personne qui soit chargé de ce soin, je dois vous prier de vous conduire selon vos propres lumières, persuadé que c'est le meilleur guide que vous puissiez avoir. Dec. 26.

---

[1] Ambassade de M. de Choiseul à Vienne. II.

Berlin, Druck von Gustav Schade.
Marienstraße Nr. 10.

Häusler.

Schaefer, Arnold,

Geschichte des Siebenjährigen Kriegs

Bd.: 1

Berlin 1867